

L70000

51

1917

13. / III. - 23. / III.

Rußische Politik

34.

Das böse Gewissen über Serajewo.

Einer der heikelsten Punkte für die Verbandsjournalisten und die Verbandspolitiker blieb immer seit Ausbruch des Krieges der Mord von Serajewo. Es mußten alle möglichen publizistischen Blendwerke erfunden werden, um zu verbergen, daß man, um die Urheber eines schrecklichen politischen Mordes zu verteidigen, die Welt in eine solche Katastrophe gestürzt hatte. Nachdem der französische Ministerpräsident Viviani in der Kammer Sitzung vom 4. August 1914 selbst noch von dem „abscheulichen Verbrechen“ gesprochen hatte, welches dem Erzherzog-Thronfolger das Leben gekostet hatte, änderte sich nachher die Tonart vollständig. Die englische und die französische Presse gingen aber zwei verschiedene Wege. Die englische Presse, kühl und zurückhaltend, sprach wenig mehr über den Mord, betonte nur immer mit hinterlistiger Deutlichkeit, daß der Mörder ein Landsmann des ermordeten Erzherzogs gewesen sei. Tatsächlich war er ein bosnischer Serbe. Die französische Presse war bewußt heimtückischer, aber auch angriffs-lustiger in ihrer Tattik. Ihr mußte der Mord dazu dienen, um durch geheimnisvolle Andeutungen, deren Stil einem Kollportage-roman entnommen schien, Zwietracht zwischen die einzelnen Völker Österreichs (ein Ziel, das sie nie aus den Augen verliert!), sogar Zwietracht zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu säen. Der Temps in seiner Nummer vom 5. Juli dieses Jahres gibt jetzt, nach dem dreijährigen Erinnerungstage des Verbrechens, wieder einen Beweis davon und zeigt zugleich, wie schlecht das Gewissen unsrer Gegner in dieser Sache ist. In einem Leitartikel, betitelt „Nach der Amnestie die Untersuchung!“ bespricht er erst den Begnadigungs-Erlaß Kaiser Karls, dem er nur eine mäßige Anerkennung spendet, und meint, Amnestie genüge nicht, man möge jetzt auch einmal eine gründliche Untersuchung über den Mord von Serajewo eröffnen. Diese selbst für einen französischen Journalisten verblüffende Unverschämtheit wird in folgenden Worten ausgedrückt:

Man meldet, der Kaiser habe in seinem Erlasse auf eine Politik des Hasses und der Vergeltung angespielt, die, dank einer verworrenen Lage, den Krieg entfesselt habe. Sollte er das geschrieben haben, so verzichtet er — und wir nehmen gern davon Vermerk — auf die ungeheuerliche Theorie wonach Österreich-Ungarn und Deutschland zum Kriege genötigt worden wären, um sich zu verteidigen. Da diese Lehre in Berlin noch immer gilt, so erkennt man zwischen den beiden Reichen eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, über welche die Interessenten sich aussprechen sollten. Aber, wie dem auch sei, nicht mit Anklagen gegen eine „dunkle Politik“ und eine „verworrene Lage“ kommt man zu persönlichen Sicherheiten oder zu sichern Fortschritten. Man muß die Verantwortlichkeiten auf sich nehmen. Nach der Amnestie für die Opfer müßte die Untersuchung gegen die Verbrecher beginnen.

Man kann neben der Unverschämtheit die hinterlistige Ber-drehungs-kunst des Temps anerkennen, die den Worten Kaiser Karls einen vollständig andern Sinn gibt, als ihnen inne-wohnt. Über den Mord von Serajewo und seine Auffassung be-steht selbstverständlich zwischen Wien und Berlin nicht die geringste Meinungsverschiedenheit. Als Kronzeuge für die folgenden Aus-führungen muß dem Temps ein von Leonhard Adelt im Berliner Tageblatt (vom 28 Juni) veröffentlichter Artikel „Zum 28. Juni“ dienen, aus dem der Franzose allerhand tatsächliche Verschiedenheiten in den ersten und den spätern Berichten über das Attentat herauswittert. Besonders spricht er im Sensations-lone eines Filmdichters davon, daß Adelt erzählt, es seien 13 Bomben von den Mordbuben verteilt worden (12 von diesen Bomben sind aufgefunden worden nach Princip's Angaben), während das anklagende österreichische Rotbuch nur die Herkunft von sechs dieser Bomben aus dem serbischen Arsenal von Kragujewah nachgewiesen habe. Woher stammten die übrigen sechs? Man sieht förmlich, wie der französische Politiker in ein Labyrinth politischer Verschwörungen, dunkel wie die Bitaval-Geschichten, hineinbläht. Selbstverständlich ist das alles absichtliche Verleumdungsmache. Der angezogene Artikel des Berliner Tage-blattes bietet in seinen Ergänzungen und nachträglichen Anekdoten über die Mordtat auch nicht den allergeringsten Grund dazu. Nein! Österreich-Ungarn ist wahrlich nicht in diesen schrecklichen Krieg aus Übermut und Gewalttätigkeit gegangen. Es ist vielleicht nicht einmal in ihn gegangen, um eine gerechte Rache wegen der Er-mordung Franz Ferdinands zu üben. Es hat den Krieg geführt, um sein Dasein zu verteidigen, um sich seiner Haut zu wehren, die überall bedroht war, um zu verhindern, daß es den zwanzigjährigen Ränken und Verbrechen der Serben gelänge, ganze Stücke aus seinen Sübprovinzen herauszureißen. Die guten Franzosen tun immer — genau wie die Engländer und aus gleichen Gründen! — als ob die Weltgeschichte erst mit dem 1. August 1914, wo sie von dem bösen Wolf Deutschland überfallen wurden, anfinge. Was vor-herging, das existiert nicht für sie. Die Agrarer Prozesse, die Unruhen in Kroatien 1903, die ewigen serbischen Verschwörungen, die Landkarten mit dem aufgeteilt

Osterreich, die man nachher im Konat von Belgrad auffand — das alles sind erdrückende Beweise. Das ist das nicht hinweg-zudisputierende Schuldkonto des serbischen Volkes, für das der Mord von Serajewo nur den letzten und blutigsten Posten bildet.

13/VII. 1917

3

Rückkehr der hospitalisierten Invaliden.

Amlich wird gemeldet:

Das I. und II. Kriegsministerium hat den kompetenten russischen Stellen den Vorschlag übermitteln lassen, es mögen diejenigen im neutralen Ausland hospitalisierten Angehörigen beider Armeen, welche als invalide anzusehen sind, ganz in die Heimat entlassen werden.

Die russische Regierung hat diesen Vorschlag angenommen. Es ist demnach damit zu rechnen, daß eine größere Anzahl bereits hospitalisierter in die Heimat entlassen werden wird.

Im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten, welche sich den Besuchreisen Angehöriger in Dänemark und Norwegen entgegenstellen, empfiehlt es sich, daß Angehörige von Hospitalisierten, für welche die eingangs erwähnte Entlassung in Frage kommen könnte, einen etwa beabsichtigten Besuch vorerst unterlassen, beziehungsweise, bis zu dem Zeitpunkt aufschieben, in welchem über die Heimkehr des Hospitalisierten definitiv entschieden ist.

Die Schweiz und Amerika

Die „Daily News“ läßt sich aus Washington melden, daß alle europäischen Neutralen mit Ausnahme der Schweiz gemeinsam gegen das neue Embargo auf die Ausfuhr der Vereinigten Staaten Protest erheben. Die Vertreter Hollands, Schwedens, Dänemarks und Norwegens unternahmen alle Schritte, um von der amerikanischen Regierung Modifikationen zu erhalten; aber die amerikanische Regierung bleibe unerschütterlich in ihrem Entschlusse, kein einziges Getreidekorn und keine einzige Tonne Kriegsmaterial durch die neutralen Länder nach Deutschland gelangen zu lassen.

Wie wir von zuständiger Stelle vernehmen, hat sich in der Tat die Schweiz einem Kollektivschritt der Neutralen nicht angeschlossen. Eine Einladung zu gemeinsamem Vorgehen ist nicht an sie gelangt. Die Schweiz steht auch nicht in den gleichen Verhältnissen wie die seefahrenden Neutralen. Die Schweiz ist bisher, jedenfalls von amtlicher amerikanischer Seite, auch nicht mit den andern neutralen Nachbarn Deutschlands ins gleiche Band genommen worden.

An unfreundlichen und auch höchst unverständigen Drohungen der amerikanischen Presse der Schweiz gegenüber hat es allerdings nicht gefehlt; diese Stimmen zu überhören, dürfen wir uns schon deswegen nicht erlauben, weil auch die dem Präsidenten nahestehende Presse den Drohfinger aufgehoben hat. Man wollte uns Emisäre in Aussicht stellen, die unser wirtschaftliches Leben beaufsichtigen sollten; die, wie es scheint, nun wieder von italienischer Seite genährten ewigen Anklagen gegen unsere Lebensmittelausfuhr sind auch in die amerikanische Presse übergegangen; die Unkenntnis der Vereinbarungen der Schweiz mit der Entente spielte dabei bis in einflussreiche politische Kreise hinaus eine fast ebenso große Rolle, wie die völlig mißverständene Bedeutung der amerikanisch-schweizerischen Exportziffern vor und nach dem Kriege.

Noch haben wir keinen Grund, an unfreundliche Absichten der amerikanischen Regierung gegenüber der Schweiz zu glauben; aber die Notwendigkeit, auf Irrtum beruhende Vorurteile zu beseitigen, hat sich in der letzten Zeit verschärft.

Was die Ausfuhr von Südfrüchten betrifft, die uns Italien seit Kriegsausbruch zuführte, so ist die Schweiz glücklicherweise in der Lage, mit Dokumenten zu beweisen, daß sie mit Wissen und Willen der italienischen Behörden gehandelt hat. Davon wird später die Rede sein.

Ein im „Genevois“ vom 12. Juli erwähntes Vorkommnis, das geeignet sein könnte, auf die schweizerische Gesandtschaft in Washington ein schiefes Licht zu werfen, klärt sich ebenso einfach auf. Es wird gemeldet, daß die amerikanische Regierung den bei der schweizerischen Gesandtschaft angestellten Baron von Schaffhausen, der früher der deutschen Botschaft in Washington angehörte, ausgewiesen habe. Wie kommt die schweizerische Gesandtschaft dazu, deutsche Diplomaten in ihren Dienst zu nehmen?

Die Sache verhält sich so: Die Schweiz hat in Amerika bekanntlich den Schutz der deutschen Interessen übernommen, und für diesen Spezialdienst ist der schweizerischen Gesandtschaft ein früherer Attaché der deutschen Botschaft beigegeben worden. Das ist etwas überall Uebliches, so arbeiten in Berlin Italiener bei der schweizerischen Gesandtschaft für den Schutz der italienischen Interessen. In Regierungskreisen ist das alles sehr wohl bekannt, es handelt sich um eine auf tatsächlichem Ueberkommen der Kriegführenden beruhende Uebung. Es handelt sich also um kein Geheimnis, das aufgeklärt werden müßte, wie der „Genevois“ verlangt. Ob die Ausweisung des Barons von Schaffhausen stattgefunden und ob sie berechtigt war, das ist eine Frage, die das Verhältnis zwischen Amerika und Deutschland betrifft. Auch wenn sich der deutsche Beamte Fehler zuschulden kommen ließ, so ginge es nicht an, die schweizerische Gesandtschaft dafür verantwortlich zu machen. Das braucht man natürlich nicht den amerikanischen leitenden Kreisen zu erklären, man muß es aber denjenigen sagen, die nur zu geneigt sind, alles und jedes zu Ungunsten der Schweiz auszulegen.

Die große Frage, die in der nächsten Zeit zu entscheiden ist, ist die unserer wirtschaftlichen Neutralität. Man braucht es nicht besonders hervorzuheben, daß das ganze Schweizervolk entschlossen ist, neutral zu bleiben und sich auf keine Reglementierung einzu-

lassen, die es aus der Neutralität hinausdrängen müßte. Jedermann weiß es in unserem Lande, daß wir uns schon deshalb nicht in eine einseitige Stellungnahme hineindrängen lassen können, weil wir wirtschaftlich von beiden Seiten abhängig sind. Die Entente weiß auch ganz genau, daß sie uns weder die deutsche Kohle, noch das deutsche Eisen ersetzen kann.

In dem großen Kampf zwischen Recht und Gewalt steht auch das Recht der Neutralen, wie es in den Haager Beschlüssen von 1907 niedergelegt ist, auf dem Spiele. Wer gestützt auf seine wirtschaftliche Ueberlegenheit einen Neutralen zwingen will, auf die freie Verwendung eigener Bodenerzeugnisse zu verzichten, der steht auf der Seite der Gewalt. Recht bleibt Recht, für Kleine wie für Große — nur die Gewalt ist verschieden. Das neutrale Amerika hat sich gestützt auf das geschriebene Völkerrecht mit Erfolg darauf berufen, daß es Munition für jeden Käufer fabrizieren dürfe. Das kriegführende Amerika wird sicherlich nicht behaupten, daß die Schweiz nicht ebenso frei sei in der Verwendung ihrer Bodenerzeugnisse. Sollte das Verlangen gestellt werden, daß unsere Produkte nur noch nach einer Seite ausgeführt werden, so hieße das, daß die Schweiz, ihr eigenes gutes Recht verratend, sich der Gewalt beuge. Ein mehr als fragwürdiger materieller Vorteil würde durch einen kaum gut zu machenden Verlust an moralischem Prestige bezahlt. Auf einen solchen Handel wird sich Amerika ernsthaft nicht einlassen wollen.

Die Republik Ukraine.

Die Mitglieder der Regierung.

Stockholm, 12. Juli. (Tel.-Korr.-B.)

Der hiesige Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ erfährt folgende Zusammensetzung des ukrainischen Kabinetts:

- Präsidium und Inneres — Romanschriftsteller **W e n n y t s c h e n k o**.
- Finanzminister — **L u g a n S a r n a n o w s k i**.
- Auswärtiges — Literaturprofessor **G f r e m o w**.
- Ernährungsminister — **T e s z c z a k**.
- Ackerbauminister — Publizist **M a r t o w**.
- Kriegsminister — Historiker **P e t l j u r a**.
- Justizminister — Advokat **S u d o w s k i**.

Die ukrainischen Demonstrationen in Kiew.

Ueber die am 17. Juni stattgefundenen ukrainischen Manifestationen in Kiew hat Abg. Baron Nikolaus **W a s s i l k o** über Stockholm Nachrichten erhalten, über die er uns in liebenswürdiger Weise mitteilt:

Am 17. Juni um 11 Uhr vormittags sollte in **T o j i t s k h i s** Volkshause in Kiew die Eröffnung des zweiten allgemeinen ukrainischen militärischen (von **K e r e n s k i** verbotenen) Kongresses erfolgen. — Zu der Zeit waren zum Kongreß gegen 2000 militärische Delegierte von der Front und aus dem Hinterlande und die Vertreter der Baltischen und Schwarzen-See-Flotte eingetroffen. Da aber noch nicht alle Delegierte angekommen waren, wurde die Eröffnung bis 5 Uhr nachmittags verschoben. Um diese Zeit war das Theater überfüllt. Infolgedessen war man gezwungen, die Sitzungen des Kongresses in einem größeren Saale des Stadttheaters abzuhalten und die Eröffnung des Kongresses wurde daher für den folgenden Tag, 10 Uhr vormittags, festgesetzt.

Die im Volkshause Versammelten veranstalteten dortselbst ein Meeting unter dem Vorstize des Sozialdemokraten **W h n n i t s c h e n k o**. Die Mehrzahl der Redner äußerte sich, daß die Petersburger provisorische Regierung der ukrainischen Frage auszuweichen trachte. Das ukrainische Volk soll daher selbst die Lösung dieser Frage übernehmen. Es wurden heftige Vorwürfe gegen den Minister **K e r e n s k i** erhoben. Man vertrat den Standpunkt, daß die ukrainische Frage unbedingt noch vor der Einberufung der Konstituante gelöst werden müsse.

Inzwischen war das ukrainische Regiment des **B o h d a n C h m e l n y z k h i** in voller Ausrüstung vor dem Theater erschienen. Die Versammlung wurde unterbrochen. Die Delegierten erschienen auf der Straße, wo die gegenseitigen Begrüßungen und Ansprachen erfolgten.

Dann zog das Regiment mit den Delegierten des militärischen Kongresses unter das Denkmal des **B o h d a n C h m e l n y z k h i** auf dem Sofienplatze. Auf diesem Platze wurde das *Te Deum* in ukrainischer Sprache gelesen. Das Militär und das Volk fiel auf die Knie. Nach dem Gottesdienste wurden unter freiem Himmel Reden gehalten. Man forderte die Delegierten auf, zu schwören, daß sie, ohne die Autonomie der Ukraine beschlossen zu haben, zu ihren Truppenteilen nicht zurückkehren werden. „Wir schwören!“ ertönte es aus den Reihen des Militärs und die Hände wurden gehoben.

Ein Redner sprach: „Einst wurde das ukrainische Volk vom Adel unterdrückt und jetzt bedrückt es die moskowitzische Regierung.“

„**K e r e n s k i** unterdrückt!“ rief die Menge.

Jemand rief dazwischen: „Das ist nicht wahr!“ — „Fort, nieder mit ihm!“ antworteten die Massen.

Eine Reihe von Rednern erhob die Forderung der selbständigen Ukraine.

Es sprach eben der Leutnant **M i c h n o w s k h i**, als die uralten Glocken des Sofiendomes zu läuten begannen. — „Es begrüßt die heilige Sophie euch, das freie, ukrainische Volk!“ schloß **M i c h n o w s k h i** seine Rede.

Viel geschluckt.

Er hat unglaublich viel geschluckt in den sieben Jahren seiner Amtstätigkeit, der nunmehr gewesene Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg, stoßkonservative und äußerst demokratische, Kriegs- und Friedens-, Annexions- und Reichsannektionsprogramme, wie es gerade der Zeitenlauf mit sich brachte. Er hat alles geschluckt, ohne Unterschied von Qualität und Herkunft, und sein Magen hat alles vertragen, und so hätte er noch lange seine Schluckluststücke fortsetzen können, aber schließlich ist es den anderen, die — anfangs staunend — zusahen, bei diesem wahllosen Hinunterschlucken von Dreck und Feuer umsohl geworden, und so mußte Herr v. Bethmann Hollweg von der Bühne, auf der er seine Virtuosität entfaltet hatte, unter allgemeinem Wiberwillen abtreten. Das ist, kurz zusammengefaßt, die Geschichte und das tragikomische Ende dieser Kanzlerschaft.

Zwei Fragen waren es, bei denen Herr von Bethmann zuletzt seine ungeheure Aufnahmefähigkeit heterogenen politischen Stoffes in einer so überwältigenden Art bewies: der Friede und die preussische Wahlreform. Beginnen wir mit dem Letzteren. Die preussische Wahlreform stand schon beim Beginn der

Kanzlerschaft des Herrn v. Bethmann 1910 auf der politischen Tagesordnung. Eine Thronrede hatte sie dem Volk verheißen. Herr v. Bethmann leistete sein Meisterstück, indem er sie zu Fall brachte. Es ist kennzeichnend für den Mann, an die Anschauungen zu erinnern, die er damals, am 10. Februar 1910, im preussischen Abgeordnetenhaus darlegte. Das allgemeine Wahlrecht lehnte er entschieden ab als „eine Stappe auf dem Wege zur Unterminierung des monarchischen Staates“. Bon der „Demokratisierung des Parlamentarismus“ durch ein ausgedehntes Wahlrecht sagte er, daß sie „in allen Ländern dazu beigetragen hat, die politischen Sitten zu verflachen und zu verrohen und den Fortschrittsprozeß zu hemmen, dessen wir dringend bedürfen“ — also das allgemeine Wahlrecht ein kultureller Rückschritt. Derselbe Mann hat aber in diesen Tagen plötzlich, weil er sich nur so im Amt erhalten zu können meinte, die kaiserliche Volksherrschaft gegengezeichnet, in der das allgemeine Wahlrecht für Preußen zugesichert wird, und in dem offiziellen Kommentar gesagt, daß diese demokratische Reform „für Krone und Volk von dauerndem Heil“ sein werde. Und das alles hat Herr v. Bethmann ohne sichtbare Beschwerden geschluckt.

Damals, im Februar 1910, hat er auch über Parlamentarisierung der Regierung gesprochen. In welcher Art? Er sagte, dadurch würde man „dem historischen Preußen sein Ende bereiten“, diejenigen, die ein parlamentarisches Regime auch nur einzuführen versuchten würden, nannte er die „Totengräber Preußens“. „Preußen läßt sich — rief er pathetisch in die Welt hinaus — nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus verschleppen, solange die Macht seines Königtums ungedrohen ist.“ In diesen letzten Tagen hat er sich aber plötzlich nicht nur bereit erklärt, sondern angeträngt bemüht, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, an dessen Spitze er selbst treten wollte als „Totengräber Preußens“ in eigener Person. Er hat auch das geschluckt.

Die Friedensfrage! In seiner Rede vom 5. April 1916 zum Beispiel sagte Herr v. Bethmann: „Den Status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht.“ Als jetzt seine Stellung kritisch wurde, war er bereit, sich für einen Frieden ohne Annexionen

auszusprechen. Seinen Staatssekretär Dr. Helfferich ließ er verkünden, daß die Kriegskosten von den Gegnern getragen werden müßten, die daran Generationen abzarbeiten hätten. Neuestens wollte er auch einem Frieden ohne Kriegssentschädigungen das Wort reden.

Herr v. Bethmann, heißt es, soll gehen, weil er ein Hindernis für den Frieden geworden sei. Seine Gegner haben allerdings schon lange behauptet, daß Herr v. Bethmann zu jedem Vertragsschluß ungeeignet sei, weil er einmal völkerrechtliche Verträge „Fetzen Papier“ genannt habe. Doch Herr v. Bethmann würde zweifellos auch bereit gewesen sein, das entgegengesetzte Prinzip von der „Heiligkeit der Verträge“ elegant hinunterzuschlucken, wenn er sich dadurch seinen Posten hätte retten können.

Sein wunderbarer Magen hätte es vertragen, aber, wie gesagt, den anderen scheint's zu viel geworden zu sein.

Die internationale Konferenz.

Sie soll am 15. August beginnen!

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Stockholm, 13. Juli.

Da die Verhandlungen des holländisch-standinavischen Comité mit den Russen die völlige Einigung über die allgemeine Konferenz herbeiführten, wurde zur Organisation der Konferenz ein Comité eingesetzt, das aus russischen und holländisch-standinavischen Delegierten besteht. Dieses Comité hat nun einen Aufruf an das internationale Proletariat erlassen, der folgenden Wortlaut hat:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Drei Jahre währt der Krieg und man erblickt noch kein Ende des Konflikts. Die Notwendigkeit, diese Lösung vorzubereiten, hat den Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat bewogen, die Initiative zu ergreifen, um unter dem Banner der russischen Revolution eine internationale Konferenz des Weltsozialismus einzuberufen. Dieser Vorschlag, dem übrigens entsprechende Anregungen zahlreicher sozialistischer Parteien vorangegangen waren, fand die Gutmeyung des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte. Er bezweckt die Einigung aller Kräfte des internationalen Proletariats zur Erreichung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund der Selbstbestimmung der Völker.

Zur Durchführung ihrer Aufgabe versicherte sich die russische Delegation der tätigen Mitarbeit des holländisch-standinavischen Comité, das seine Pläne in die russische Initiative einschloß und schon durch Separatkongressen mit den meisten sozialistischen Parteien zahlreiche Fragen präzisiert hatte. Zur Vorbereitung der allgemeinen Konferenz wurde ein Organisationsbüro errichtet, das aus Delegierten des russischen und des holländisch-standinavischen Comité besteht. Dieses Büro beschloß, zur Vermeidung von Anfechtungen die für den ordentlichen Kongreß der Internationale geltenden Regeln sowohl bezüglich der Zulassung als auch der Zuteilung der Stimmen möglichst streng einzuhalten.

Die Delegation des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte und das holländisch-standinavisches Comité laden demgemäß zur allgemeinen Konferenz alle an das Internationale Sozialistische Büro angeschlossenen Parteien sowie jene ein, die während des Krieges der Berner Kommission beitraten, also Mehrheiten wie Minderheiten, desgleichen die Oppositionsgruppen, die sich während der jüngsten Ereignisse als Sonderparteien konstituierten. Sie laden weiter die an die Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Berufsorganisationen ein.

Die Konferenz findet

in Stockholm am 15. August

und den folgenden Tagen statt. Das Konferenzprogramm wurde vorläufig nachfolgend festgesetzt:

1. Weltkrieg und Internationale.
2. Friedensprogramm der Internationale.
3. Wege und Mittel zur Verwirklichung dieses Programms und zur raschen Kriegsende.

Die Organisatoren der allgemeinen Konferenz sind tief überzeugt, daß die Internationale, wenn sie zur Beendigung des Weltkrieges beitragen will, alle sozialistischen Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen dahinbringen muß, jenen unter ihren Regierungen jede Mitarbeit zu verweigern, die entweder die Angabe ihrer Kriegsziele verweigern oder offen oder versteckt imperialistische Ziele äußern oder den Verzicht auf sie ablehnen!

In der Ueberzeugung, daß Ihre Organisation diesen Anschauungen beitrifft und bereit ist, sich zu verpflichten, die diesen Grundsätzen gemäßen Beschlüsse der allgemeinen Konferenz ohne Zaudern oder Abweichung zu verwirklichen, ersucht Sie die Delegation der russischen Arbeiter- und Soldatenräte und das holländisch-standinavisches Comité, an der Internationalen Sozialistischen Konferenz tätig teilzunehmen und Ihre Vertreter dorthin zu entsenden.

Falls Ihre Organisation auf die Tagesordnung eine im Konferenzprogramm nicht vorkommende Frage zu stellen wünscht, ist die Mitteilung des Vorschlages, ergänzt durch einen Bericht, an das Organisationscomité der Internationalen

Sozialistischen Konferenz, Stockholm, Uplandgatan Nr. 16, zu senden, und zwar so, daß sie vor dem 5. August in den Händen des Sekretariats ist.

Sozialistische Brudergrüße!

Der Aufruf trägt die Unterschriften der fünf Delegierten des Kongresses der russischen Arbeiter- und Soldatenräte und sämtlicher Mitglieder des holländisch-standinavischen Comité sowie der Ersahmänner.

Der Aufruf wurde vom Presbüro des Arbeiter- und Soldatenrats und vom Büro des holländisch-standinavischen Comité herausgegeben.

Der neue Kanzler.

Die Ernennung des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis zum Nachfolger Bethmanns bedeutet gewiß für viele eine große Ueberraschung. Unter den vielen vorausgegangenen Kombinationen war er nicht erwähnt, erst zuletzt wurde sein Name genannt, aber auch nur mit Zweifel, weil es ein in Deutschland ungewöhnlicher Vorgang ist, daß ein Beamter von der Stelle eines Unterstaatssekretärs auf den höchsten Posten berufen wird. Und noch in einer anderen Hinsicht weicht seine Berufung von dem Herkommen ab: Michaelis ist der erste bürgerliche Reichskanzler, ein Mann aus völlig anderer Schicht als seine Vorgänger.

Politisch ist der neue Lenker der Reichsgeschichte ein unbeschriebenes Blatt. Er hat sich im Verwaltungsdienst emporgearbeitet und erst im Kriege durch seine erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiet der Volksernährung die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Dr. Georg Michaelis, geboren im Jahr 1857, hatte sich zuerst der juristischen Laufbahn gewidmet, war auch schon kurze Zeit Staatsanwalt und trat erst im Jahre 1892 als Regierungsrat in Trier in den Verwaltungsdienst über. 1897 wurde er Oberregierungsrat, 1902 Oberpräsidialrat in Breslau, 1905 Geheimer Oberregierungsrat und 1909 Unterstaatssekretär im Finanzministerium. Aus dieser Stellung hob er sich zu größerer Bedeutung im Kriege durch die gelungene Regelung der Getreideversorgung unter seiner Leitung hervor. Seine Berufung zum preussischen Staatskommissar für das Ernährungswesen war die Folge.

Nur den Mann, nicht den Staatsmann Michaelis hat man bisher kennen zu lernen Gelegenheit gehabt. Der Mann aber ist sicherlich einer der besten Vertreter des guten Preußentums: desjenigen Preußentums, dem der kategorische Imperativ im Blute steckt, das ganz auf die Sache gerichtet ist und dem Leben Pflichterfüllung bedeutet. Er ist sicherlich nicht der Mann, der das höchste Amt nur als Werkzeug anderer Instanzen übernimmt, auch sicher nicht einer, der es übernehme, wenn er nicht für sich überzeugt wäre, ihm gewachsen zu sein. Wir glauben nicht, daß er ein „starker Mann“ im Sinne derjenigen ist, die unablässig nach einem solchen rufen. Wohl aber möchten wir ihn für einen wirklich Starken halten, einen Mann von eiserner Energie, von starker Zähigkeit, von einer kühlen Klarheit des Blickes. Höchst bezeichnend für ihn sind die Worte, die er im Abgeordnetenhaus sprach, als er sich der ihm nicht sehr freundlich gestimmten Versammlung als Ernährungsminister vorstellte: „Ich übernehme kein Amt, das ein Schwert ohne Schärfe ist, und behalte auch kein Amt, in dem mir nach irgend einer Richtung das Schwert stumpf gemacht werden sollte. Ich will das Amt durchhalten und werde das Meinige dazu beitragen, daß wir auf diesem Gebiete unseres inneren Wirtschaftskampfes den Sieg davontragen.“

Ein Preuße im guten Sinne des Wortes — aber sicher kein preussischer Partikularist, sondern einer, dem das Reich Vaterland und Aufgabe ist. Herr Dr. Michaelis hat im Kriege vielerlei Einblicke tun können: in die Mängel der preussischen Verwaltung, in die inneren Reibungen der Reichsmaschine, in das, was Deutschland not tut.

Wie er das als Staatsmann werten wird, wissen wir nicht. Der Politiker Michaelis wird sich erst zu zeigen haben. Die Mehrheit, mit der er arbeiten muß, wenn seine Arbeit zum Heile des Vaterlandes dienen soll, ist gegeben, es gibt keine ohne die Linke. Es wird sich bald zeigen, ob er mit ihr zu arbeiten gewillt und imstande ist.

Die amtliche Bestätigung.

Das kaiserliche Handschreiben an Bethmann.

Berlin, 14. Juli. (W. B. Amtlich.) Eine Sonderausgabe des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Seine Majestät der Kaiser und König haben allergnädigst geruht, dem Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Dr. v. Bethmann-Hollweg die nachgesuchte Entlassung aus seinen Ämtern unter Verleihung des Sterns der Großkomture des königlichen Hausordens von Hohenzollern zu erteilen und den Unterstaatssekretär, Wirklichen Geheimen Rat Dr. Michaelis zum Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

Ferner wird folgendes Handschreiben Seiner Majestät des Kaisers und Königs bekanntgegeben:

Mein lieber von Bethmann Hollweg!

Mit schwerem Herzen habe ich mich entschlossen, Ihrer Bitte um Enthebung von Ihren Ämtern als Reichskanzler, Präsident des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten durch Erlass vom heutigen Tage zu entsprechen. Acht volle Jahre haben Sie diese verantwortungsvollen hohen Ämter des Reichs- und Staatsdienstes in vorbildlicher Treue geführt und Ihre hervorragende Kraft und Persönlichkeit erfolgreich in den Dienst von Kaiser und Reich, König und Vaterland gestellt. Gerade in der schwersten Zeit, die je auf den deutschen Banden und Völkern gelastet hat, in der es sich um Entschliebungen von entscheidender Bedeutung für das Bestehen und die Zukunft des Vaterlandes handelte, haben Sie mir mit Rat und Tat unermüdlich zur Seite gestanden. Ihnen für alle Ihre treuen Dienste meinen innigsten Dank zu sagen, ist mir ein Herzensbedürfnis. Als äußeres Zeichen meiner Dankbarkeit und besonderen Wertschätzung verleihe ich Ihnen den Stern der Großkomture meines Hausordens von Hohenzollern, dessen Abzeichen Ihnen hierneben zugeht. Mit wärmsten Segenswünschen verbleibe ich Ihr Ihnen stets wohlgeneigter dankbarer Kaiser und König Wilhelm I. R.

Berlin, den 14. Juli 1917.

An den Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg.

© Schläfst du, Polonia?

Polen und die politische Offensive.

Vor einem Jahr um diese Zeit brandeten die Wellen der Brussilowschen Offensive gegen die Front des Erzherzogs Joseph Ferdinand, schlugen sie in den Wall von Eisen und Feuer, den unsere Bundesbrüder neben uns bildeten, bis Linsingens Eisenfaust dem Sturm Halt gebot. Mit Opfern sonder Zahl hatte der russische Draufgänger einen Geländegewinn erkauft, der unsre Feinde in keiner Weise einer für sie siegreichen Entscheidung des Krieges näher brachte. Die Vergeltung für Gorlice-Tarnowo, die geplant war, der Durchbruch unsrer Ostfront, die Wiedereroberung Galiziens und Polens waren glänzend gescheitert. In jenen Kampftagen lebte die Bevölkerung der gefährdeten Gebiete in angstvoller Unruhe, und die wildesten Gerüchte, von der jüdischen Pantoffelpost eifertig durchs Land getragen, gingen von Mund zu Mund. Nur einer Frage sann die Bevölkerung nach: „Was wird aus uns, wenn die Deutschen weichen müssen und die Russen kommen?“

Wiederum erleben wir eine Brussilowsche Offensive. Wer heute in Lublin weilt, kann deutlich den Donner der Geschütze hören, der von dem fernen Schlachtfeld herüberdröhnt. Gegen die Front des Generalobersten v. Böhm-Ermolli hämmert heute der Widderkopf aus Menschenleibern, der Sturmbock des rücksichtslosesten aller russischen Generale, mit nicht geringerer Kraft, als im vergangenen Jahre gegen die Truppen des Erzherzogs. Wieder liegt blasse Furcht auf den Gesichtern der Eingeborenen, wieder schwirren die wildesten Gerüchte durch die Luft, wie die Libellen, die über die wogenden Getreidefelder Galiziens bis hin zu den Wolhynischen Sümpfen jagen. Da wird der Fall von Lemberg an die Wand gemalt oder als verbürgt berichtet, daß große Munitionslager der Deutschen hart hinter der Front in der Gefahrgone des russischen Angriffs, von den Bomben feindlicher Flieger getroffen, in die Luft gegangen wären. Wieder gilt die Frage: „Werden die Russen zurückkehren? Was wird dann aus uns?“ Die Hand der Deutschen hatte man seit zwei Jahren als lastend empfunden — wieder einmal, wie im vergangenen Jahre, hofft man nun auf sie als den Retter aus der Not, vertraut man darauf, daß sie das Land wieder bewahren werden vor dem zermalnenden Tritt des Kriegsgottes, der die vielversprechende Ernte ebenso bedroht wie die Wohnstätten der Menschen, verstummt sind die sonst oft so beweglichen Klagen über das „schlimme Los“ der besetzten Gebiete.

Wir Deutsche wissen, daß wir auf unsre Wacht im Osten heute ebenso bauen können wie vor einem Jahre. Wir wissen, daß die politische Offensive der Russen von 1917, von England und Amerika befohlen, kein besseres Schicksal haben wird, als die politische Offensive Brussilows von 1916. Ja, vor einem Jahr konnten die Russen als Erfolg buchen, daß Rumänien sich endlich zu dem entschloß, wozu unsre Feinde es seit Kriegsbeginn zu verfehlen versucht hatten; heute gibt es keinen Nachbarstaat Rußlands mehr, den Brussilowsche Erfolge zum Schritt in den Abgrund verlocken könnten. Wie eine Mauer schützt unsre Ostfront Deutschland. Aber mehr noch, diese Front, die tief in Feindesland steht, schützt auch dies besetzte Gebiet vor dem Kriegselend, sie schützt vor allem das Land, das unter unsern Füßchen wieder werden soll, was es einst gewesen ist, frei und kraftvoll und selbständig — Polen. Gerade in Polen aber scheint man das geringste Interesse daran zu haben, daß der Hammer Brussilows sich nicht als stärker erweise denn der Amboss unsrer Ostfront. Es gab eine Zeit, da kämpften die polnischen Legionen mit hoher Tapferkeit Schulter an Schulter mit uns gegen den russischen Feind, diese Zeit ist verklungen. Seit die Legionen „nur für Polen“ da sind, seit sie den Stamm des polnischen Heeres, das sich immer noch nicht bilden will, abgeben, leben sie fern von der Front und baden sich in dem Ruhm vergangener Kampftage, uneingedenk dessen, daß — die Möglichkeit einmal genommen — ein Durchbruch durch unsre Ostfront, ein Weichen unsrer Heerschaaren aus den westrussischen Gebieten durch Polen, daß eine Preisgabe Polens aus ihrem Vaterland eine Wüste machen würde, wie Nordfrankreich zur Wüste geworden ist. Schläfst du, Polonia?

Nur vereinzelt findet man in der polnischen Presse Betrachtungen, die dem Ernst der Lage für Polen gerecht werden. So urteilte die im österreichischen Besatzungsgebiet erscheinende Zeitung Dziennik Narodowy vom 4. Juli folgendermaßen: „Die polnische Allgemeinheit hat ein unmittelbares Interesse an dem Schicksal der russischen Offensive. Jedes Sich-Vorschieben der russischen Heere gegen Westen wird ein Schade für die polnischen Interessen, für unsre zukünftigen Grenzen bedeuten,“ und sie schloß ihre Betrachtung über die politische Offensive Rußlands mit den Worten: „Hoffen wir, daß die gegenwärtige Grenze, welche die Frontlinie bildet, keinen bedeutenden Veränderungen unterliegen wird.“ Ein Polen von Rußlands und Englands Gnaden würde auch in seinen Grenzen von Rußland und England abhängig sein, es würde den Knochen nehmen müssen, den man ihm bietet, und der gesunde Hunger des russischen Bären würde schon dafür sorgen, daß das Stück Fleisch für den weißen Adler nicht allzu groß ausfiele. Größe und Macht werden errungen durch Blut und Eisen, das hat noch jedes Volk erfahren, das den Weg empor zu schreiten willens war. Ein wertvolles Gut fällt einem Volk ebenso wenig in den Schoß wie dem einzelnen Menschen. Die Polen aber begehen diesen schlimmsten Fehler: Sie wollen ihr Reich, womöglich ein groß-polnisches Reich, geschenkt erhalten, sie wollen, daß es wie eine reife Frucht von selbst vom Baume des Lebens ihnen vor die Füße falle. Statt der Zustimmung, der Mitarbeit und der vollen Einsetzung aller polnischen Kräfte in friedlicher Arbeit wie auf dem Felde der Ehre, damit der polnische Staat im Sinne des Aktes vom 5. November 1916 bald Wirklichkeit werde, erleben wir wieder und wieder, und so auch in diesen Tagen der zweiten Brussilowschen Offensive, nur Ablehnung, Zurückhaltung und Halbheit.

Das ermutigt nicht gerade dazu, weiter im Osten die Wacht so zu halten, daß in erster Linie Polen den Gewinn von unsern Blutopfern hat. Schließlich, wenn Polen das farà da es will, das Italien einst für sich proklamierte, um dann doch nur mit Hilfe fremder Mächte zu werden, so möge es allein seinen Staat schaffen — man könnte den Staatsmann nicht tadeln, der so dachte, nachdem alle Bemühungen, Polen zur tätigen Mitarbeit zu veranlassen, auf steinigem Boden fallen. Wäre es nicht wirklich jetzt an der Zeit, daß sich endlich beiden Polen ein Gefühl des Verständnisses dafür auslöste, daß die alte Phrase: „Wir haben euch nicht gerufen, warum also Dank?“ übel angebracht ist einem Volk gegenüber, dessen Waffenmacht Polen immer noch wie seit zwei Jahren vor dem Kriegselend bewahrt? Der Kanonendonner, der vom Schlachtfeld herüberdröhnt nach Polen und schon in Lublin eine so deutliche Sprache redet, daß die Einwohner die alte Kriegsfurcht, die halb schon vergessene, wieder gelernt haben, sollte den Polen sagen, daß es jetzt wirklich an der Zeit sei, nicht bloß mitzutaten, sondern mitzutaten, damit ihr Reich gesichert bleibe und gefestigt werde, ohne daß noch einmal der Russe ins Land komme. Die einfachste Überlegung der Vernunft sollte den Polen dies gebieten, anstatt daß ihre Wehrmacht in den Straßen Warschaws spazieren läuft oder Sportfeste veranstaltet. Es geht um nichts weniger, als um Sein oder Nichtsein des polnischen Staates — schläfst du, Polonia?

Wählbarkeit der Frau, nicht Frauenstimmrecht.

Von Elisabeth Krutenberg-Congé, Kreuznach.

Zwei Gedankengänge machen die Forderung des Frauenstimmrechts in der landläufigen Form für mich zu etwas Unwesentlichem gegenüber der Wählbarkeit der Frau in alle Geseße beratenden Körperschaften in Staat und Gemeinde. Der eine: daß durch Verleihen des aktiven Stimmrechts der Frau nicht unbedingt auch die Wählbarkeit der Frau, d. i. das passive Frauenstimmrecht, erreicht wird. Dieses allein aber scheint mir von wesentlicher Bedeutung. Denn nicht um Erweiterung von Frauenrechten kämpfe ich, sondern um Einfluß der Frau möchte ich an geeigneter Stelle gewahrt sehen. Daß Frauen mitberaten und mitbeschließen dürfen, daß ihre Stimme gehört wird an maßgebender Stelle, scheint mir dringender noch zu tun. Daß Frauen Männer wählen dürfen, hat für mich geringes Interesse. Der andere: daß die Frau, wie ich sie in täglicher Arbeit im Dienste der Stadtgemeinde, als einzelne wie als Masse, im Laufe dieser Kriegsjahre kennen lernte, viel unbilligermäßig, viel unteilsunfähiger und damit viel leichter beeinflußbar ist (wenn auch immer nur für den Augenblick) beeinflusbar als der Mann. Wie Kinder sind viele Frauen, angewohnt und unwillig, Eigenverantwortung zu tragen, Eigenarbeit zu bilden. Bevor nicht die Erziehung der Frau über die Volksschuljahre hinausgedehnt wird, bevor nicht ein alle Kreise umfassendes Frauenlernenjahr, Ausbau der Mädchen-Vorbildungsjahre u. dgl. die Frau stärker diszipliniert und zu Pflächterfüllung erzieht — Pflächterfüllung dem ganzen Volke, nicht nur dem engsten Kreis gegenüber —, wird die Frau in ihrer Gesamtheit bei Beurteilung größerer Dinge hinter dem Manne zurückbleiben, wird sie — als Durchschnittsgenommen — weniger weilsichtig sein und weniger befähigt, sich zu ordnen als der entsprechende Durchschnitt der Männer.

Ich sehe in solchem Geständnis keine Minderwertung der Frau. Denn ich fordere zugleich Mittel und Wege, um die Frauen in ihrer Frauennart besser zu entwickeln, bessere Mittel und Wege, um die Stellung der Frau volksfördernd auszugestalten, bessere zum Erreichen solchen Ziels (Schon jetzt den Einfluß der durch Arbeit und Lebenserfahrung und durch Durchdenken vorhandener Schwächen bereicherten Frauen auf den Ausbau aller die Frauen betreffenden Arbeits- und Lebensgebiete. Um unser Volksleben neu aufzubauen, das durch den Krieg schwer belastete Familienleben neu zu festigen, um die Gesamtheit der Frauen weiser, urteilsfähiger, schicklicher zu machen, fordere ich das. Ob sie dann selbst aktiv tätig auch das aktive Frauenstimmrecht erwerben werden, ist mir ganz gleich. Das mag die Zukunft lehren. Auch das herübergehende Belohnen eines Stimmrechtsverordnendes (mit

Kriegsbeginn legte ich diese Arbeit nieder) habe ich nie das aktive, sondern immer das passive Wahlrecht der Frauen in den Vordergrund gerückt, habe das schon vor Jahren in den Preuß. Wahlbüchern betont, habe viele Ortsgruppen des Wahlrecht nicht nur von der Seite des Selbst-Wählens sondern auch von der Seite des Gewählt-Werdens-Kommens angesehen, angeregt. Ich kenne die Argumente für das aktive Frauenstimmrecht sehr wohl, habe sie oft genug aufgegriffen und aufgeführt. Aber mit Wärme und Überzeugung habe ich immer nur das passive Wahlrecht, d. h. die Wählbarkeit der Frau in alle ihr Interessesgebiete berührenden Kommissionen, Deputationen und sonstige, auch größere Körperschaften als Weisentliches hervorgehoben. Die steigrenden Erfahrungen des Krieges haben mich in dieser Auffassung bekräftigt. Der Weg gehender Weiterentwicklung geht für mich über die Wählbarkeit der Frau, nicht über das Frauenstimmrecht, das mich gleichgültig läßt.

Der Mann, so ist mein Wunsch, sollte verpflichtet werden, überall da Frauen zu wählen, wo Frauenanteil wünschenswert und wesentlich ist. Vielleicht nach Vorschlag der großen Frauenorganisations-Zentralen, wie sie sich im Kriege immer fester ausgestaltet haben. In der Gemeinde gehört die Frau — nach dem Vorbilde Badens — in fast alle Gemeinde-Kommissionen mit beschließender Stimme hinein. Auch im Kreis, im Regierungsbezirk, in der Provinz wird ihre Mitarbeit in mancher Kommission von Wert sein. Und ebenso in staatlichen Ministerial- oder Parlamenten-Kommissionen, die Frauen-Interessengebiete zu bearbeiten, darüber zu beschließen haben. Nun werden manche Männer vielleicht in großer Zukunftssorge denken, daß bei konsequenter Weiterführung dieses Gedankens: Wählbarkeit der Frau in alle ihr Interessesgebiete gestaltenden Körperschaften, die Frau schließlich auch als Abgeordnete zu wählen sein würde. Ich will durchaus offen sein: ich lehne das als Zukunftsgedanken durchaus nicht ab. Haben nicht schon in mancher großen, über ernste Fragen beratenden Versammlung Frauen neben Männern das Wort genommen, sind nicht Frauen oft genug als Vertreterinnen ihrer Anschauungen seitens männlicher Leiter ausdrücklich hinzugezogen worden? So wäre mir auch die Frau im Parlament — sofern ihr Kreis ihr vertraut — kein Un Ding. Aber ich weiß: die Entwicklung geht, sofern sie gesund ist, nicht in Sprüngen. Mitarbeit der Frau an allen geeigneten Stellen ist für den Neuaufbau unseres Volkstums zu erstreben. Aber sie kann recht wohl langsam einkehren, kann auf Grund der in der Gemeinde, im Kreise, in der Provinz gemachten Erfahrungen nach und nach erweitert werden. Daß die Mitarbeit der Frau aber auch vor Maßnahmen der Regierungszentralen, auch bei den parlamentarischen Kommissionen erwünscht sein kann, hat die Erfahrung bereits gelehrt. Und zwar ist Gemeindefortsberatung von Männern und Frauen

zu erstreben in ein und derselben Kommission. Nebenkommissionen — Frauen und Männer gesondert — bleiben einseitig, und schriftlich übermittelte Gutachten bleiben Papier. Es sei denn, daß sie ein lebendiger Mensch als etwas durch ihn wieder lebendig Gewordenes übermitteln. Aber gerade auf die Beschäftigung der Anschauungen, den Gedankenanstausch zwischen Mann und Frau kommt es mir an. Daß der Mann Frauenwort verständig misvoll aufzunehmen, daß er aber auch Männerwort dagegen zu behaupten und seinerseits die Frau von der Berechtigung seiner Anschauungen zu überzeugen weiß, ist der gegebene Weg.

Die Auferstehung der Ukraina.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters
Max Theodor Lehmann.

* Stockholm, 15. Juli.

Ueber die Vorgänge in der Ukraine läßt sich aus der russischen Presse kein einheitliches und übereinstimmendes Bild gewinnen: je nach der Parteirichtung werden in den russischen Tageszeitungen die Vorgänge in und um Kiew bald absichtlich übertrieben, bald ebenso absichtlich als Bagatelle bezeichnet. Um so interessanter dürften folgende Ausführungen eines Gewährsmannes sein, der erst am 30. Juni Kiew verlassen hat und mit über seine Wahrnehmungen als Augenzeuge berichtet:

Wer Kiew von früher her kennt, würde die „Mutter der russischen Städte“ jetzt nicht wiedererkennen. Verschwunden sind die roten Fahnen, die seit Revolutionsausbruch über Stadthaus und Stadttheater, Semstwo und Gerichtspalast geweht hatten; überall die blau-gelben Farben der alten Ukraina. Auf allen Hauptstraßen und Plätzen Tausende von Gestalten, die aus dem Gogol'schen „Taras Bulba“ in tägliche greifbare Wirklichkeit überseht zu sein scheinen: verschwunden sind die „mostallischen“ Vollbärte, die plötzlich dem martialischen Schnauzbart der alten Kosakischen „Sjelsch“ Platz gemacht haben; Bauer und Soldat, Kaufmann und Beamter schreiten in grenzenlos weiten blauen Huderhosen einher, darüber den blutroten „Schupon“, auf dem Kopfe die graue Pelzmütze, bei Zivil und Militär an der linken Hüfte den krummen Säbel der alten Ukraina. In der Petersburger Presse werden diese Neußerlichkeiten eines mächtig aufschäumenden nationalen Lebens ärgerlich bespöttelt, aber hinter diesen Neußerlichkeiten birgt sich ein ernstes Tun und Wollen.

Unvergeßlich für jeden Zuschauer wird jener Dienstagabend bleiben, wo auf dem Kiewer Sossienplaz zu Füßen des Bogdan-Chmelnyzki-Denkmal vor Zehntausenden vor Zehntausenden der „große Kleinrussische Schwur“ geleistet wurde. Aufmarschiert kam dort das ganze neugeschaffene „erste ukrainische Regiment Bogdan Chmelnyzki“ in Wehr und Waffen, mit seinen den ältesten Kleinrussischen Geschlechtern entstammenden Offizieren an der Spitze. Mit entblößten Häuptern kniete das Regiment vor dem Denkmal des großen Befreiers der Ukraina vom mostowitischen Joch, aus der historischen Sossienkathedrale trat in vollem Ornat die Geistlichkeit, und unter dem Geläute der Kirchenglocken legten Offiziere und Mannschaften laut und vernehmlich einen Schwur ab, „den letzten Blutstropfen für eine freie und selbständige Ukraina zu opfern“. Tausende und Abertausende von Zuschauern sprachen diesen Schwur nach, und man fühlte, daß diese in Petersburg verhöhnten — und gefürchteten — „Neußerlichkeiten“ dem innerlichsten Wollen eines nach nationaler Freiheit dürstenden Volkes entströmten.

Tags darauf hielt das neugebildete „Generalsekretariat der ukrainischen Zentralrada“ seine erste Sitzung ab. Ueber die Schaffung dieses Generalsekretariates, des ersten ukrainischen Ministerkabinetts, ist bereits drahtlich aus Petersburg berichtet worden: der Vollständigkeit halber sei hier vermerkt, daß das Generalsekretariat aus acht Ressorts besteht, die wie folgt besetzt sind: Winnitschenko, Vorsitzender, Generalsekretär und Inneres, Jefremow, Auswärtiges, Petljur, Krieg, Christjuk, Reichssekretär, Baranowski, Finanzen, Schajjuk, Volksverpflegung, Martos, Landwirtschaft, Sadowski, Justiz.

Bis Ende Juni war die Ukrainisierung sämtlicher bisher russischer Behörden des Kiewschen Gouvernements bereits durchgeführt: Polizei, Semstwo, Volksverpflegungsämter, Landverteilungskommissionen haben in ihren Resolutionen übereinstimmend „die ukrainische Rada als einzige provisorische höchste Regierungsinstanz“ erklärt und beschlossen, „die nötigen diplomatischen Beziehungen mit dem russischen Reiche durch das Generalsekretariat der ukrainischen Rada zu pflegen“. Die bisher russischen Schilder, Siegel und Briefköpfe der obenbezeichneten Ämter sind durch solche in Kleinrussischer Sprache ersetzt worden. Die Steuerzahlungen an die russische Regierung haben bereits mit dem 27. Juni aufgehört; über ein rein ukrainisches Steuersystem sollten Rada und Generalsekretariat demnächst beschließen. Inzwischen sind vom letztgenannten als bevollmächtigte Kommissare nach dem Gouvernement **Wolkawa**, **Heben nach dem Gouvernment**

Krementschug und vier nach dem Charlower Gouvernment entsandt worden, um die dortige, ebenfalls fortgeschrittene ukrainische Bewegung in geordnete Bahnen zu leiten. Aus einer großen Reihe von Kreisen der ebengenannten Gouvernements sind bei der Kiewschen Zentralkleitung bereits Meldungen über den erfolgten Anschluß an die zentrale Rada eingelaufen.

Friedensfundgebung des Volkshauses.

Die Abgeordneten haben gestern abend in gehobener Stimmung den Sitzungsaal verlassen, da das Material für die Plenarsitzungen dieser Tagung gut und glatt aufgearbeitet ist, aber das Volkshaus geht eigentlich nicht auf Ferien, die Ausschüsse tagen weiter, das Parlament, wieder zu seinen Rechten gelangt, will diese im Interesse der Öffentlichkeit, des Staates und der Bevölkerung ohne Pause entschieden weiter ausüben. Zu den nicht wenigen und überdies wichtigen praktischen Ergebnissen dieser Tagung gesellt sich damit ein erfreulicheres, ideelles politisches Moment. Die Aktion gegen die Reaktion, die wir gestern als Kennzeichen der Tätigkeit des endlich wieder einberufenen Parlaments hervorgehoben haben, bleibt in Kraft.

Das Volkshaus hätte nicht würdiger und zeitgemäßer seine Tätigkeit krönen können, als es gestern in der Schlussrede des Präsidenten Dr. Groß geschah, der sich sagen darf, daß er heute bereits von allen Parteien zu den Größten in der Führung des Parlaments gezählt wird, daß man ihn einem Giska, Hopfen und Ohlmecky ehrend anreicht. Dr. Groß gab der Befriedigung Ausdruck, daß das Parlament den Weg zum verfassungsmäßigen Leben wieder freigemacht hat. Das berührt die innere Politik; daran schloß er eine Betrachtung über die Weltlage, die in einer feierlichen Rundgebung der Vertreter des Volkes für den Frieden ausklang. Für einen Frieden, wie er auch in der Resolution des deutschen Reichstages in klaren Zügen und mit festen Strichen gezeichnet ist. Wir führen keinen Eroberungskrieg, man kann dies nicht oft und nicht entschieden genug wiederholen, und deshalb erstreben wir auch einen Frieden, der keinen Haß zurückläßt und alle Nationen zu gemeinsamer Kulturarbeit wieder vereinigt. Lebhafter Beifall und Händeklatschen aller Parteien war die Antwort auf die wirkungsvolle, schlicht und mannhaft gesprochene Rede.

So wird denn diese Tagung des österreichischen Parlaments auch im feindlichen Ausland starken Eindruck machen. Wohl gab es leidenschaftliche Zusammenstöße der Meinungen, aber alle Parteien und alle Nationen blieben sich bewußt, welche große Verantwortung sie zu tragen haben. Und es zeigte sich, daß diese Haltung ihnen eigentlich gar nicht schwer fällt. Verleumdung und Unwahrheit war die stete Behauptung der Entente von dem Auseinanderstreben der Völker in unserm Reiche; vernichtet ist ihre Hoffnung. Das ganze Volkshaus wünscht einen baldigen, ehrenvollen Frieden, das ganze Volkshaus erklärte aber gestern auch durch den Mund ihres gewählten Präsidenten, daß es bis dahin alles für Kaiser und Vaterland einsetzen werde. Das Volkshaus hat sich ein ausgezeichnetes Zeugnis bei der Bevölkerung ehrlich verdient.

Das deutsche Bündnis im ungarischen Parlament.

Von
Professor Dr. Ludwig Stein.

Abseits von jenen inneren Fragen, die augenblicklich im Mittelpunkt unseres politischen Interesses stehen, spielen sich im ungarischen Parlament Vorgänge ab, die ernsthafte Beachtung verdienen. Es macht sich dort das Verlangen geltend, die Bündnistreue mit dem deutschen Reiche mit besonderem Nachdruck zu betonen und die Einigkeit der gesamten ungarischen Nation hinsichtlich des Verhältnisses zum deutschen Reiche in feierlicher Form kundzugeben. Den äußeren Anlaß zu dieser sehr bemerkenswerten Kundgebung des Abgeordnetenhauses bildeten zwei Reden des Grafen Michael Károlyi, jenes Führers des radikalen Flügels der Unabhängigkeitspartei, der sich des besonderen Vertrauens des Grafen Czernin rühmt und der unter dieser Deckung eine starke Friedensbewegung im Lande zu erzeugen sucht. Ein Anhänger der Etsza-Partei, Baron Julius Madarassy-Beck, der Präsident der ungarischen Sektion des deutsch-österreich-ungarischen Wirtschaftsverbandes, brachten im Anschluß an die bedeutlichen Propagandareden des Grafen Károlyi eine Interpellation im Abgeordnetenhause ein, die sich rückhaltlos und ohne jeden Vorbehalt auf den Boden des deutschen Bündnisses stellt. Darob ein wüßtes Ergimmen des Károlyi-Blattes und persönliches Berunglimpfen des Antragstellers. Die Austragung dieser sogenannten „Ehrenaffäre“ mit den Waffen ist zum Glück verhindert worden, da die beiderseitigen Sekundanten zur Einsicht gelangten, daß wir mitten im Weltkriege ehrlichere und anständigere Arbeit zu verrichten haben, als unseren Feinden das Schauspiel spielerischer Dezentrenzung zu geben.

Die Interpellation des Barons von Madarassy-Beck hat indes das für uns erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß der politische Sonderling Graf Michael Károlyi durch eine einmütige Kundgebung des ganzen Parlamentes zugunsten des deutschen Bündnisses völlig in den Winkel gestellt wurde. Aus der Rede Károlyis ist folgende Äußerung bemerkenswert:

„In Deutschland ist eine Krise entstanden, die von der Friedensfrage ausgeht. Immer habe ich verkündet, es genüge nicht, den Frieden zu ersehnen, man müsse für ihn auch handeln. Graf Czernin hat Handlungen für den Frieden aufzuweisen; er hat unsere Bereitwilligkeit erklärt, einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen einzugehen. Das war eine Tat in Worten, für die ich die Politik des Grafen Czernin begrüße. . . Die Demokratisierung Deutschlands würde den Frieden mächtig fördern. Wir haben nicht das Recht, uns in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes zu mischen, wohl aber dürfen wir Propaganda machen in der Richtung, daß die Hindernisse, die dem Frieden im Wege stehen, beseitigt werden. Je demokratischer die Regierung aller Länder wird, desto wirksamer kann für den Frieden gearbeitet werden.“

In seiner Wochenschrift „Gazonda“ tritt Graf Stefan Etsza unter der Ueberschrift „Die falschen Friedensapostel“ diesem Beginnen rückhaltlos entgegen. Er hält unter deutlicher Anspielung auf den Grafen Michael Károlyi den falschen Aposteln folgende Worte entgegen:

„Wer den Frieden ausschließlich, ernstlich und ehrlich will, muß, wie dies jeder Faktor des Landes ohne Unterschied der Parteien, im ganzen Kriegsverlaufe getan hat, betonen: daß unser Krieg ein Kampf der Notwehr ist und daß wir jederzeit zu einem unsere Zukunft bedrohenden, ehrbaren Frieden bereit sind; gleichzeitig aber müssen wir ohne Unterschied der Parteien auch beteuern, daß wir in diesem Verteidigungskampfe nach wie vor durchhalten werden, ohne Zaudern, ohne Kleinmut, ohne Herablassung, mit aller Entschlossenheit. Ich glaube und hoffe, daß kein politischer Abenteurer je diese Entschlossenheit erschüttern wird. Aber, wer dergleichen zu versuchen sich erlaubt, vergreift sich mit sündiger Hand an dem Daseinsinteresse der Nation, und kann er auch die zur siegreichen Erlämpfung des Friedens erforderliche zähe Widerstandskraft nicht schwächen, so rückt er immerhin die Friedensmöglichkeit in die Ferne, steigert er die bis zur Erlämpfung des Friedens notwendigen Opfer, indem er in unseren Feinden die Hoffnung weckt, durch Fortführung des Kampfes unseren Zusammenbruch herbeiführen zu können.“

17. VII. 1917 18

Der Ministerpräsident Graf Moriz Esterhazy trat im Parlament den Bestrebungen Karolyis mit großer Entschiedenheit entgegen und rückte merklich von ihm ab, indem er einen starken Schnitt zwischen sich und der persönlichen Politik des Grafen Karolyi vollzog. Seine Ausführungen werden im Deutschen Reiche nicht ohne Wiederhall bleiben. „Unentwegt“, so sagte Esterhazy, „halten wir an jenem alten, im jetzigen Weltkriege glänzend bewährten Bündnisse fest, das die Monarchie mit dem Deutschen Reich verknüpft. An unsere ehrliche und feste Bundestreue vermag nicht der geringste Verdacht eines Zweifels heranzutreten. Und da in dieser Hinsicht der Standpunkt der gegenwärtigen Regierung mit dem der vorigen Regierung identisch ist, wünsche ich die ungebrochene Kontinuität unserer Bündnispolitik zu betonen. Dies ist die Politik, für die die Regierung die Verantwortung übernimmt, die sie verkündet, der sie Geltung verschafft, die sie vertritt und von der sie sich abweisen wird. Ich hielt es für notwendig, dies mit besonderem Nachdruck zu betonen. Ich wünsche auch zugleich zu bemerken, daß, wenn einzelne Äußerungen einiger, die gegenwärtige Regierung unterstützenden Abgeordneten (gemeint ist Graf Michael Károlyi) mit dem soeben entwickelten Standpunkt nicht im Einklang stünden, diese Äußerungen ohne meine vorhergehende und nachträgliche Zustimmung erfolgt sind, und vollkommen der persönlichen Verantwortung des Betreffenden unterliegen. Solche eventuelle Äußerungen können den soeben entwickelten Standpunkt der Regierung, der jedem Zweifel und jeder Deutung gegenüber klar dasteht, weder verdunkeln noch irgendwie modifizieren.“

Für diese Auffassung des Ministerpräsidenten hatte die Opposition volles und restloses Verständnis. In ihrem Namen erklärte Graf Etsza im Parlament, daß er für den Ministerpräsidenten in dieser Hinsicht weder eine Kritik, noch ein geringschütziges Lächeln, sondern eine begeisterte, volle, hingebende Unterstützung über habe. „Auch in den Fragen“, so fuhr Etsza fort, „des Krieges und der auswärtigen Politik kann ich mich den Ausführungen des Ministerpräsidenten anschließen. Er hat der Sache einen guten Dienst geleistet durch die Feststellung, daß dieser Krieg ein uns auferlegter Verteidigungskrieg ist, daß wir im Kriege mit unwandelbarer Festigkeit an dem deutschen Bündnis festhalten und zusammen mit unserem deutschen Verbündeten gehen, und daß wir schon längst, noch zu Lebzeiten unseres verbliebenen großen Herrschers, Beweise dafür geliefert haben, daß wir bereit sind, einen Frieden zu schließen, den auch unsere Feinde ruhig annehmen könnten. Denn heute ist die Situation der Welt für den Frieden reif. Das einzige Hindernis des Friedens liegt darin, daß jeden Morgen die Feinde neue Waffen schmieden können, um den eigenen Völkern den Glauben beizubringen, daß wir schon am Ende unserer Widerstandskraft stehen, daß unser Zusammenbruch bevorstehe, daß bei uns eine Richtung die Oberhand gewinne, die um jeden Preis sogar einen demütigenden Frieden zu schließen bereit wäre. Ich sage nicht, daß die Herren dies wollen, aber ehe sie aus welchem Grunde ihre verhängnisvolle Aktion fortsetzen, mögen sie bedenken, daß die Männer, die sich in ihr Vertrauen hineinstehlen wollen, indem sie sich als besondere Propheten des Friedens hinstellen, nicht allein unsere Nation, sondern auch die Sache des Friedens kopromittieren.“

Die einmütige Stellungnahme des gesamten Parlamentes gegen den Grafen Michael Károlyi beweist, daß er mit seinem Vorstoß völlig isoliert dasteht. Sein Schwiegervater Graf Julius Andrássy erklärt in seinem Blatt „Magyar Hirlap“ vom Sonntag, 15. Juli, wo er sich über innerpolitische Fragen mit dem Grafen Etsza auseinandersetzt, er habe nur aus äußeren Gründen auf die wertvolle und eindrucksvolle Rede Etszas nicht antworten können, weil der Ministerpräsident das Haus verlassen mußte, um in amtlichen Angelegenheiten nach Wien zu reisen. In außenpolitischen Fragen weiß sich Graf Andrássy, besonders, was das deutsche Bündnis angeht, mit seinem Gegner Graf Etsza völlig eines Sinnes. Wenn es wahr ist, was die Blätter behaupten, daß Graf Stefan Etsza, der den Rang eines Obersten bekleidet, sich in den nächsten Tagen zur Dienstleistung bei der Truppe ins Feld begeben wird, so dürfte Graf Andrássy, der Präsident der Verfassungskommission, aus deren Schoß der jetzige Ministerpräsident Graf Esterhazy hervorgegangen ist, ein ebensolcher Hort und Hüter des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche im Parlament sein, wie sein Freund Graf Albert Apponyi, der das Kultusministerium übernommen hat, Schulter an Schulter mit dem Grafen Esterhazy am Regierungstisch.

17. VII. 1917

Frankreich und die Linksbewegung in Deutschland

(Von unserem Korrespondenten)

§ Paris, 14. Juli.

Die innerpolitischen Vorgänge in Deutschland werden hier, soweit das unter den jetzigen Umständen möglich ist, gewissenhaft verfolgt. Die Presse beschäftigt sich tagtäglich mit dem, was man die deutsche Krise nennt. Und man kann bei den bürgerlichen Blättern aller Schattierungen eine ungewöhnliche Uebereinstimmung im Urteil über den Ursprung und die Tragweite der Linksbewegung in der deutschen Politik feststellen. Das Urteil geht ganz allgemein dahin, daß man der Linksbewegung die innere Ehrlichkeit abspricht und sie als eine von oben diktierte Bewegung ansieht, durch die der Kaiser, Hindenburg usw. zu den längst ersehnten Friedensverhandlungen kommen wollen. Man sage sich einfach, das schöne Lied von der Demokratie werde in den Ohren der Entente so angenehm klingen, daß Wilson, Lloyd George und Ribot nicht länger zögern werden, die Verhandlungen zu beginnen. Eine humoristische Zeichnung in einem Pariser Blatt hat alle diese Gedanken treffend verbildlicht. Man sieht hinter die Kulissen eines Theaters. Dort stehen der deutsche Kaiser, der Kronprinz, Hindenburg und Bethmann-Hollweg, angetan mit der phrygischen Mütze, bereit, „zum letzten Akt“ auf die Bühne zu treten.

Man wird diese Auffassung der Vorgänge in Deutschland vielerorts ungerecht finden. Wir wollen auch nicht versuchen, ihre Berechtigung darzutun; aber wir wollen sagen, warum man in der französischen Presse Gewicht darauf legt, so zu urteilen. Man stelle sich einen Augenblick lang vor, Deutschland werde von heute auf morgen eine demokratische Republik. Was würde dann geschehen? Würde man sich brüderlich in die Arme fallen und einem verflochtenen Regime oder dem kapitalistischen Imperialismus die Schuld an all dem Unglück geben, das über die Welt hereingestürzt ist? Kein Mensch hält einen solchen Umsturz in Deutschland für möglich. Aber wenn man die französische Ueberlegung übertreibt, so tritt sie am schärfsten zutage. Es ist nicht möglich, daß ein einfacher politischer Umsturz die ganze Rechnung dieses Kriegs auswischt. In ihrem Eifer, diese Wahrheit in allen Köpfen festzusetzen, geht ein Teil der französischen Presse vielleicht etwas zu weit. Man braucht nur den Kampf zu verfolgen, den der „Temps“ periodisch immer wieder gegen die sozialistische „Humanité“ ausführt, um zu sehen, daß es das große Blatt für direkt landesgefährlich hält, wenn man auch nur an die Möglichkeit eines ehrlichen Versuchs einer Linksbewegung in Deutschland glaubt.

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die gegenwärtigen innerpolitischen Vorgänge in Deutschland nicht so weit führen werden, daß die Regierungen der Entente sich die Frage vorlegen können, ob es an der Zeit sei, lediglich auf Grund dieser Veränderungen in Verhandlungen mit der deutschen Regierung einzutreten. Aber selbst wenn man diesen Fall für möglich halten könnte, so bleiben gewisse Forderungen Frankreichs dennoch bestehen. Ribot hat noch jüngst in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten gesagt, daß die französische Regierung (der Sozialist Thomas inbegriffen) unter keinen Umständen eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen annehmen könne. Und Kriegsminister Painlevé berührte in seiner großen Kammerrede die Frage der industriellen Rückung. Deutschland hat aus Nordfrankreich und Belgien alles entfernt, was ihm industriell nützlich sein konnte. Wie würde Frankreich dastehen, wenn morgen ohne weiteres der friedliche Wettstreit wieder beginnen würde? Deutschland würde den Vorteil behalten. Es würde gegenüber Frankreich ein erdrückendes Uebergewicht haben. Dazu kommt noch, daß die vielen Staaten der Entente unmöglich annehmen könnten, daß Deutschland und seine drei Verbündeten zum Frieden kämen, solange sie nach der europäischen Kriegskarte noch im Vorteil sind.

Aber gerade wenn man alle diese Dinge betrachtet, so begreift man wiederum nicht, warum sich die französische Presse gar so sehr bemüht, der demokratischen Bewegung in Deutschland jegliche Bedeutung abzuspochen. Auch wenn diese Bewegung viel mehr Aussicht auf Erfolg hätte, wäre der Frieden noch nicht geschlossen. Auch Wilson hat den status quo ante abgelehnt, weil aus ihm der Krieg

hervorgegangen ist, was seine Gefährlichkeit zur Genüge beweist. Dieser Krieg wird eine Neuordnung der Dinge in Europa bringen. Der demokratische Gedanke hat nicht nur bei der Entente Fortschritte gemacht. In Deutschland mögen seine Fortschritte noch bescheidener sein; aber vorhanden sind sie doch. Wer sie systematisch leugnet, der muß bei den Unbefangenen den Eindruck erwecken, als wäre gerade das unwillkommen, was allein einen dauerhaften Frieden sichern kann. Zu viel Vertrauensseligkeit ist von Nebel; die Franzosen haben es mehr als einmal erfahren. Dies ist aber kein Grund, ins andere Extrem zu fallen und allzu skeptisch zu sein.

Abhandl
17. VII. 1917

24

Die Verhaftung des deutschen Kuriers in Norwegen.

Notenwechsel zwischen der norwegischen und der deutschen Regierung.

Berlin, 16. Juli.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Notenwechsel zwischen der norwegischen Gesandtschaft in Berlin und dem Auswärtigen Amte über die Beförderung von Sprengstoffen durch einen deutschen Kurier. Danach erhob die norwegische Gesandtschaft unter dem 28. Juni in einer Verbalnote im Namen der norwegischen Regierung gegen die Beförderung von Bomben und anderen Sprengmaterialien durch den deutschen Kurier v. Kautenfels und deren Aufbewahrung in Privathäusern, zu denen Kautenfels und andere Mitschuldige Zutritt hatten, Einspruch, als gegen einen ersten Mißbrauch des Kurierprivilegiums und Verletzung des Territoriums.

In der Verbalnote vom 3. Juli läßt das Auswärtige Amt den Sachverhalt auf und teilt mit: Der Kurier wurde seiner Stelle als Kurier entzogen. Ueber die Frage, ob eine strafbare Handlung vorliegt, wird die zuständige Strafjustizbehörde noch zu entscheiden haben. Die deutsche Regierung wiederholt jedoch die Versicherung, daß der Kurier ebensowenig wie eine andere Person von einer deutschen Amtsstelle einen Auftrag zu einer Verwendung von Sprengstoffen auf norwegischem Gebiete oder gegen norwegische Interessen hatte. Auch kann die deutsche Regierung nicht umhin, die der norwegischen Regierung bereits durch den deutschen Gesandten in Christiania übermittelte Verwahrung gegen die mit dem Völkerrecht nicht vereinbare Verhaftung des die Vorrechte der Extraterritorialität genießenden Kuriers durch die norwegischen Behörden sowie gegen seine Unterstellung unter die norwegische Gerichtsbarkeit ausdrücklich zu wiederholen. Auf den Vorwurf der Verletzung norwegischen Territoriums wird in der Note erklärt, daß eine solche in der bloßen Durchfuhr der Sprengstoffe sowie in deren zeitweiligen Lagerung zum Zwecke der Durchfuhr schwerlich erblickt werden könne, da dies nicht verboten sei. Auch ist im Laufe des Krieges zu Gunsten der mit Deutschland im Kriege befindlichen Mächte Kriegsmaterial aller Art in größtem Umfange durch Norwegen durchgeführt und zeitweilig dort aufgestapelt worden. Die Note drückt schließlich die Hoffnung aus, daß der von der deutschen Regierung sehr bedauerliche Vorfall die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht weiter beeinträchtigen wird.

17. VII. 1917

Veränderungen im belgischen Kabinett.

Rücktritt des Ministers des Aeußern.

A. Bern, 16. Juli. Das Pariser „Journal“ meldet aus Havre: Der belgische Ministerrat hat infolge des Rücktrittes des Ministers des Aeußern Baron Dehen's beschlossen, dieses Portefeuille dem Ministerpräsidenten Chevalier de Broqueville zu übertragen. Außerdem sollen die Staatsminister Duhmans und Vandervelde Portefeuilles bekommen. Ein bisher nicht bezeichneter General soll das Portefeuille des Ministeriums des Innern übernehmen.

17. VII. 1917

Die österreichisch-ungarische Monarchie und der Friede.

Von Hofrat Universitätsprofessor Dr. Heinrich Lammasch.
Mitglied des Herrenhauses und des internationalen Schiedsgerichtshofes in Haag.
Salzburg, 15. Juli.

Nicht um Landstriche zu erobern und um Völker zu unterwerfen kämpfen unsere Brüder an den Fronten, sondern nur um den heimatischen Herd zu schützen, die heimische Art und Sitte zu wahren und um wenigstens ihren Kindern das kostbare Gut des Friedens zu sichern. Nur das Bewußtsein dieser nach außen hin negativen Kriegsziele flößt ihnen den Heldenmut ein, durchdringt sie mit dem Opferwillen, mit dem sie seit drei Jahren den Angriffen weit überlegener Gegner bewundernswerten Widerstand leisten. Nur dann aber können sie in dieser Gesinnung ausharren, wenn sie wissen, daß auch wir im Hinterlande sie nicht verlassen. Wie sie, müssen auch wir „durchhalten“, nicht bloß im materiellen Sinne, indem wir mit allem, was zur Erhaltung ihrer und auch unserer Kräfte notwendig ist, sparsam und sorgfältig wirtschaften, sondern auch in einem höheren, moralischen Sinne, indem wir jene Stimmung erhalten, pflegen und verbreiten, aus der allein der Friede, ein ehrenvoller und dauernder Friede erwachsen kann. Nicht nur jene sind Verräter an den höchsten Interessen ihres Vaterlandes, die an der Front zum Feinde überlaufen, sondern auch jene, die schwelgen, während andere darben, die das für Alle Bestimmte in Uebermaß für sich verbrauchen; nicht minder aber auch jene, die statt den Geist der Versöhnlichkeit und Gerechtigkeit auszubreiten, Haß und Bedrückung predigen, aus denen der Krieg entstanden ist. Dies erkannt und durch sein weithin leuchtendes Beispiel gelehrt zu haben, ist das große Verdienst unseres Kaisers. Mag die Amnestie auch manchen Schuldigen der reichlich verdienten Strafe entrißen haben, so hat sie, abgesehen davon, daß die zahlreichen Opfer summarischer „Rechtspflege“ durch sie von weiterer Erduldung unverdienter Uebel und unverdienter Schmach befreit wurden, vor allem den unermesslichen Wert, den Weg zu zeigen, auf dem die Welt allein zum Frieden gelangen kann. Um dieses hohe Ziel zu erreichen, müssen wir aufhören, zu untersuchen, wessen Schuld die größere und die ursprüngliche gewesen ist, und uns darüber gegenseitig die schwersten und beleidigendsten Vorwürfe zu machen.

Je mehr jene Persönlichkeiten, die in den Beginn des Krieges verwickelt waren, mögen sie auch für sich selbst vom besten Friedenswillen bejeelt gewesen sein, zurücktreten und durch andere, von keiner kriegerischen Vergangenheit belastete ersetzt werden, desto leichter wird dieses Ziel zu erreichen sein. Auch in dieser Richtung ist es ein nicht hoch genug einzuschätzender Vorzug unserer Monarchie, daß unser Kaiser, wenn wir von den noch ungeklärten Zuständen Rußlands absehen, das einzige Staatsoberhaupt ist, das zweifellos an dem Ausbruch des Krieges unbeteiligt war. Aus diesem Grunde allein schon ist er besonders berufen, die Welt auf den Weg zum Frieden zu leiten. Zur höchsten Potenz wird dieser Beruf dadurch gesteigert, daß ihm das Vertrauen des neutralen und des feindlichen Auslandes in einem Maße entgegen kommt, wie keinem anderen. Dieses Vertrauen beruht nicht bloß auf Hoffnungen und Vermutungen, sondern auf feststehenden Tatsachen. Weit mehr als bei uns werden vier Regierungsakte unseres Kaisers und Königs im Auslande als Beweise dafür gewürdigt, daß die Monarchie mit aller Entschlossenheit einen gerechten Frieden unter ihren Völkern und mit ihren Gegnern anstrebt. Diese Regierungsakte sind: In Oesterreich die Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens und die Amnestie, in Ungarn die Entlassung des Grafen Tisza und die Anbahnung eines gerechten Wahlrechtes. Gewiß sind alle diese Regierungsakte nicht aus Motiven der auswärtigen Politik herausgewachsen, sondern aus inneren Notwendigkeiten. Allerdings sind sie alle danach angetan, uns dem Frieden näher zu bringen. Deshalb sind sie nur um so mehr zu begrüßen. Gewiß führen diejenigen, die seit drei Jahren die auswärtige Politik der uns feindlichen Staaten lenken, den Krieg gegen uns und insbesondere gegen unsere Verbündeten nicht zum Zwecke der „Bereinigung der kleinen Nationen“; aber ebenso gewiß ist es, daß die edleren Gemüter in den feindlichen Staaten (und auch in ihnen ist keineswegs alles so verrotzt, wie es oft dargestellt wird) an eine Bedrückung kleiner Nationen durch größere bei uns und bei unseren Verbündeten nicht glauben. Es, was ihnen die Ueberzeugung schafft, daß wenigstens die Zukunft eine solche Gefahr nicht mehr besteht, stärkt die Friedenstendenzen bei den Feinden, die sicheren Nachkommen zufolge weit stärker sind als allgemein angenommen, und schwächt den Angriffswillen und die Angriffs-

kraft ihrer Völker, indem es die Schlagworte entkräftet, mit denen sie gegen uns aufgeboten werden.
Daß der Krieg nicht zum „Auf-die-Stiele-Zwingen“ der einen oder der anderen Gruppe führen kann, ist durch drei schmerz- und leidvolle Jahre erwiesen. Damit ist auch die Ohnmacht des Machtprinzipes bis zur Evidenz einleuchtend geworden und sind die Staaten auf den Weg der Verständigung miteinander gewiesen. Die österreichisch-ungarische Monarchie, die am längsten an jenem Fieber leidet, von dem nun die ganze Welt ergriffen worden, ist am weitesten fortgeschritten in der Erkenntnis seiner Aetiologie und hat auch die meiste Erfahrung in dessen therapeutischer Behandlung. Wiederholt waren wir schon ganz nahe daran, die dieses Fieber erzeugende Bakterie unschädlich zu machen. Nur eine „papierdünne Wand“ hatte uns noch von der völligen Verständigung zwischen den Nationalitäten getrennt. Wenden wir nun in diesem entscheidenden, weltgeschichtlichen Augenblick alle Besonnenheit und Einsicht, aber auch alle Entschlossenheit und Energie auf, um im Inneren zur Versöhnung zu gelangen; wir werden damit der Welt das Beispiel geben, dem sie folgen wird. Wir werden dadurch uns selbst und aller Welt das schwerste, sonst noch bevorstehende Leid ersparen; wir werden damit den Dank der Welt verdienen, unserem Vaterlande höchsten Ruhm erwerben. Dann sind die furchtbaren Opfer der letzten Jahre nicht umsonst gewesen — aber auch nur dann.

18. VII. 1917

Albanien gegen Italien.

Eine scharfe Abrechnung.

Anlässlich der Unabhängigkeitserklärung Albanien durch Italien richtete der Albaner Ismail Beg Fieri einen offenen Brief im „Genevois“ an Luccio Bugge Ili, der in seinem Blatte „La Suisse“ die Albanische Frage berührt hatte.

Beg Fieri verweist zunächst auf das Nationalitätenprinzip als Grundlage zur Regelung aller schwebenden Fragen der unterdrückten Völker und fährt dann fort: Ironisch sagen Sie in dem Aufsatz, es wäre vielleicht angezeigt gewesen, wenn man für die Unabhängigkeitserklärung Albanien die Einwilligung Oesterreich-Ungarns eingeholt hätte. Wenn das auch nicht ganz richtig ist, so wäre es doch Pflicht gewesen, das Land erst zu befreien, bevor man die Unabhängigkeit des Landes proklamierte. Neun Zehntel Albanien stehen heute unter österreichischer Oberhoheit, während Italien nur Valona mit seinem Hinterland besetzt hält. Weit vom Wege entfernt, Albanien zu befreien, schreiten die italienischen Truppen heroisch gegen den unverteidigten Epirus vor, dort, wo sie sicher sind, keine Oesterreicher anzutreffen! Was das zivilisatorische Werk, das Ihr in Albanien unternimmt, anbetrifft, wäre, glaube ich, Eure Pflicht, vorerst Südtalilien zu zivilisieren, wo die Mehrzahl der Bevölkerung Analphabeten sind. Wir Albaner haben uns unsere Meinung über Euch gebildet. Denn wo immer Ihr den Fuß hingeseht habt, sei es in Skutari, während der internationalen Besetzung, sei es anderswo, bestand eure erste zivilisatorische Aufgabe darin, die Einrichtung von tolerierten Häusern zu schaffen, eine Institution, die mit unseren Sitten unvereinbar ist. Sie sprechen von der Sympathie der Albaner für die Italiener. Aber einige Gegenden ausgenommen, wo diese Sympathie aufgezwungen wurde, lieben Euch die Albaner derart, daß, falls Ihr auf der überstürzten Flucht aus Durazzo Zeit gehabt hättet, einen Blick nach rückwärts zu richten, ihr die Wahrnehmung gemacht hättet, daß es Albaner und nicht Oesterreicher waren, die Euch verfolgten. Das Maß der Ironie Ihres Artikels wird dadurch voll, daß Ihr, die „Söhne des geheiligten Egoismus“, die bis zum letzten Augenblick mit Eurer Neutralität geschächert habet, an der Ehre teilnehmen wollt, unter den Verteidigern des Rechtes und unter den Verteidigern Belgiens zu sein. Denjenigen, mein Herr, denen das an Belgien begangene Verbrechen nahe ging, haben sofort am Kriege teilgenommen und nicht fast zwei Jahre lang gewartet, um zu sehen, welcher Seite man sich mit größerem Vorteil anschließen könne! Ueber die Hilfe, die Ihr den armen Serben und Montenegroinern gebracht habt, wollen wir nicht sprechen. Statt ihnen zu Hilfe zu eilen, habt Ihr sie im Hafen von San Giovanni di Medua, 120 Kilometer von der italienischen Küste, vor Hunger und Frost sterben lassen. Diejenigen, die wirklich für Recht und Menschlichkeit kämpfen, sind Belgier, Franzosen und Engländer. Sie handeln, ohne sich zu rühmen.

Gezeichnet: Ismail Beg Fieri.

Die Redaktion des „Genevois“ bemerkt hierzu: „Dieser Artikel ist gewiß hart und an manchen Stellen leidenschaftlich, aber er antwortet auf einen anderen unfreundlich spöttischen Artikel, in welchem die Ironie sicherlich nicht am Platze war. Wir werden die Verteidiger der Autonomie der kleinen Völker bleiben, wer sie auch immer seien.“

Ein katholisches Friedensprogramm.

Unter Führung des Grazer Universitätsprofessors Dr. U h d e hat sich eine Reihe katholischer Organisationen zusammengefunden, um für den Frieden zu wirken. In ihrem, dem katholischen Friedensprogramm, werden folgende Forderungen aufgestellt:

Wir fordern das Ende des nutzlosen Blutvergießens auf den Schlachtfeldern, zugleich aber damit das Ende einer Politik, die mit Machtmitteln die sittlichen Probleme des Zusammenlebens der Völker zu überwinden sucht und dabei immer aufs neue Kriege heraufbeschwört.

Wir fordern den dauerhaften Weltfrieden, an dem wir glauben im Namen der Zivilisation, der Kultur, der Sittlichkeit und Religion.

Wir fordern als Anfang des Friedens die Ablenkung des Interesses aller Völker von dem vermeintlichen äußeren Feind und die Konzentration aller Kräfte gegenüber dem tatsächlichen inneren

Feind, der allen Völkern gemeinsam ist: Alkoholismus, Unsitte, Unethik, Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose, Degeneration, Geld- und Bodenvucher, Pauperismus, Unterernährung u. s. w.

Wir fordern das Aufgeben des sinnlosen Wettrüßens der Völker zu Wasser und zu Land und die Konzentrierung ihrer Mittel auf die positiven Kulturaufgaben.

Wir fordern als Voraussetzung für diese Neuorientierung der Politik die Aufnahme der Forderung in das Programm aller friedliebenden Parteien aller Länder, daß Kredite für Rüstungen nur in dem Maß bewilligt werden, als diese zur Sicherung der Ordnung im eigenen Lande erforderlich sind und nur in einem für alle Länder gleichen Prozentsatz der Kredite für Kulturzwecke der betreffenden Länder.

Wir fordern ein Handinhandgehen aller Regierungen und Parlamente zur ehrlichen, friedlichen Verständigung über die gegenseitigen Forderungen der Gerechtigkeit und den unbedingten Willen aller Regierungen und Parlamente, beim nächsten Volk das als recht anzuerkennen, was man für sich selbst als billig ansieht.

Wir fordern von unseren Regierungen und Parlamenten die eheliche Unterstützung aller Bestrebungen, die auf die Schaffung eines dauerhaften Weltfriedens, eines Weltkulturbundes gerichtet sind, nicht nur der kleinen äußeren Mittel der völkerrechtlichen Verständigung, sondern vor allem der Ueberwindung des kriegverursachenden Geistes der Selbstsucht und Ungerechtigkeit im Leben der einzelnen und der Völker im großen.

Wir fordern das Aufgeben des Massenkampfes und aller Vergewaltigungsbestrebungen eines Volksteiles gegenüber dem anderen und die Anerkennung des Naturrechtes für jedes Volk, kraft dessen es seine eigene Sprache, Kultur, Religion innerhalb des Staatsganzen ungehindert betreiben und entfalten darf.

Wir fordern die Ueberwindung des Klassenkampfes, der mit dem Geist der nackten Machtpolitik im Leben des einzelnen Volkes auch den Geist der Machtpolitik im Völkerleben, damit den Geist des Weltkrieges heraufbeschwört, durch den Geist des sozialen Ausgleiches, des Willens zur sozialen Gerechtigkeit und der versöhnenden christlichen Nächstenliebe.

Wir fordern die Neuorientierung der Erziehung der heranwachsenden Jugend unter Vermeidung aller Chauvinismus, aller Nahrung kriegerischen Geistes, unter Bedung des sozialen Pflichtgefühls, der Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit, Selbstlosigkeit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft, sozialen Verantwortlichkeit.

Wir fordern das Aufgeben des Machiavellismus in der Politik und seine Ersetzung durch die Grundsätze des Christentums auch im öffentlichen Leben als der einzigen Grundlage für dauernde Verständigung und friedliches Nebeneinanderleben der Völker.

Wir fordern die Rückkehr aller Völker und Staaten und aller ihrer einzelnen Glieder zu einem praktischen Christentum, unbedingte und rückhaltslose Anerkennung und Durchführung des göttlichen Sittengesetzes und seiner Forderungen der Gerechtigkeit und Nächstenliebe, und sehen die Gewähr des Erfolges aller Friedensbemühungen, die unverfälschte Kraftquelle des Friedensgeistes, in der geistigen und wirklichen Kommunion aller Völker und ihrer Glieder mit dem Friedenskönig „Christus gestern und heute und in alle Ewigkeit“.

Das Programm verdient schon deshalb beachtet zu werden, um zu erkennen, wie weit sich die politisch-keritale Politik von diesen humanen und sittlichen Ideen entfernt hat.

18. VII. 1917

30

Der Friede und die Entente.

Besprechung über die Kriegsziele in Paris.

Wien, 17. Juli.

Die Vertreter der feindlichen Mächte morgen in Paris eine Besprechung über die Kriegsziele haben. Vor etwa sechs Monaten haben sie dem Präsidenten Wilson mitgeteilt, daß Engländer, Franzosen, Russen und Italiener nicht aufhören können, zu kämpfen, weil die Monarchie und Deutschland noch unfrei sind und durch das Schwert zur Volksherrschaft gebracht werden müssen. Die Völker der Entente sind jedoch müde, das Elend fortzuschleppen, und wollen ihr Blut nicht länger ausströmen lassen, weil einzelne Nationen, deren Namen stets so ungeläufig waren, kein volles Maß von Selbstbestimmung haben. Der Groll steigt und das Beispiel von Rußland macht in London so nachdenklich, daß König Georg dem Geheimen Räte das Gesuch vorlegt, seinen deutschen Familiennamen ändern, den Großvater, den Prinz-Genahl Albert von Coburg, verleugnen und der Dynastie ein altbritisches Mäntelchen umhängen zu dürfen. Er hat das Wappen des Kaisers Franz Josef aus der Kapelle der Ritter des Hosenbandordens zu Windsor entfernt und will vergessen, daß die Königin Viktoria mit ihrer ganzen Seele an der Lieblingstochter, an der Kaiserin Friedrich, hing. Er glaubt, verhüllen zu können, daß seit der Vermählung eines Welken mit einer Prinzessin aus dem Hause Stuart kein Tropfen englischen Blutes in den Nachkommen der vier ersten George gewesen ist. Der Prinz, der nach dem Tode der Königin Anna geholt wurde, um England zu regieren, schenkte seine Gunst nur Damen aus Deutschland, und zwei von ihnen änderten den Namen, eine ist Herzogin von Kendal, die andere Gräfin von Darlington geworden. Der jetzige König will nicht mehr ein Deutscher gescholten werden. Wie schwach muß seine Stellung im Lande sein, wenn er glaubt, die Krone retten zu können, indem er sie mit einer Verbeugung vor dem Pöbelhaße aus den geschichtlichen Zusammenhang reißt. Der auffallende Beschluß des Königs zeigt, daß der dreijährige Krieg in England heftigere Bewegungen hervorgerufen hat, als nach außen sichtbar wird. Die Unbehaglichkeiten des Lebens nehmen zu, die Verluste an Menschen sind unermesslich und die Hoffnung auf die Vereinigten Staaten ist ein langfristiger Wechsel. Die verfügbare Tonnenzahl wird mit jedem Monat geringer, die an die russische Offensive geknüpften Erwartungen sind nach dem Erfolge der Mittelmächte bei Kalusz wieder hinfällig geworden und die Angriffsschlachten im Frühjahr haben nach den Beständen der Franzosen mit dem Untergange ganzer Armeeteile geendet. Die Entente hat wichtige Gründe, die Kriegsziele und die Friedensbedingungen zu überprüfen.

Sie rechnet nicht mehr auf den Hunger, weil das neue Getreide schon in einigen Wochen verfügbar sein wird. Sie hat den Plan, Macht über die inneren Verhältnisse der Mittelmächte zu bekommen, ihnen täglich vorzureden, daß der Krieg ein Kreuzzug für die Demokratie sei, ein Werk der Erlösung, das freie Völker für die unfreien unternehmen haben. Werdet demokratisch, sagt Gardiner, und der Friede ist da. Er schwört, daß die Entente den Krieg nur führe, damit der letzte Rest von absolutistischen Regierungsformen aus der Welt verschwinde. England gibt täglich fast acht Millionen Pfund aus, weil es nicht ertragen kann, daß gewisse Nationen auf dem Festlande über Bedrückung klagen. Als der Zar noch regierte, war es für fremde Leiden weniger empfänglich; als Stolypin russischer Ministerpräsident war und im tiefsten Frieden einige tausend Menschen von den Feldgerichten zum Tode verurteilen ließ, ist die Sehnsucht nach Demokratie und Freiheit schweigend geblieben. Der Massenmord an den Iren in Dublin wurde auch nicht als Widerspruch zur Politik empfunden, von der Präsident Wilson sagte, daß sie nicht ruhen werde, ehe die Völker vor der Gewalt für alle Zeiten geschützt seien. Aber diese Unwahrhaftigkeit

hindert nicht, daß die Entente hofft, sie werde durch Gärungen in der inneren Politik der Mittelmächte, durch ein Schürfen in den Verdrossenheiten und durch Vorspiegeln, daß freie Einrichtungen den Frieden sichern, die Nachgiebigkeit der Regierungen in den Ländern erzwingen, die von der stärksten Uebermacht nicht besiegt und von dem schlimmsten Leiden nicht bis zur Wehrlosigkeit gebragt werden konnten. Der Hunger nach Brot hat bisher den Erfolg nicht gesichert und so versucht es die Entente mit dem Hunger nach Freiheit.

Die Selbstbestimmung der Völker, für welche die Entente vorgibt, ihre Jugend auf den Schlachtfeldern zu opfern, hebt die Selbstbestimmung der Staaten auf. Dem die Feinde erklären, daß sie allein das Recht haben, den Begriff der Freiheit festzusetzen und auch das Maß an Demokratie, für das der Friede zu haben ist. Regierungen, die ernsthaft mit sich zu Räte gingen, ob sie den Saumer, unter dem so viele Menschen sich krümmen, nicht auch durch solche Mittel abzukürzen vermöchten, würden bald durch eine höhnische Antwort sich die Gewißheit verschaffen, daß die Entente nur ein Reizmittel anwenden, nur Verwirrungen stiften und nur die Köpfe beunruhigen will, aber gar keine Interesse an den Schicksalen der Völker hat, deren Freiheit sie stets im Munde führt. Sie würde erschrecken, wenn durch einen Boten des Himmels plötzlich allgemeine Zufriedenheit über die Mittelmächte ausgebreitet werden könnte. Sie will die Unzufriedenheit vermehren. Bei jeder demokratischen Maßregel, die in der Monarchie und in Deutschland geplant wird, spottet sie, das sei nur Täuschung, nichts als Lug und Trug und schon gar nicht der richtige Gegenwert an Freiheit für den Frieden. Die Widerstandskraft soll von innen ausgehöhlt werden. Die Völker der Mittelmächte sollen, wie Gardiner freimütig gesteht, beständig hören, daß die Entente ihre Fesseln lockern, ihre Rechte erweitern und ihnen dafür auch noch den Frieden schenken werde. Mit solchen Höllenmaschinen arbeitet jetzt die Entente. Die Schlachten haben nichts vermocht und sind der ärgste Massenmord gewesen. Die Absperrung vom Meere ist eine der ernstesten Heimtuchungen für die Mittelmächte und sie waren seit drei Jahren unter der Geißel der Not. England ist jetzt selbst in Mitleidenschaft gezogen; seine Empfindlichkeit ist größer, weil auch seine Lebensstufe besser und seine Bewöhrung stärker war. Die äußere Politik hat sich in der Erweiterung des Krieges über sämtliche Weltteile erschöpft und kann über diese Leistungsfähigkeit beinahe nicht mehr hinaus. Die Untriebe der Entente haben jetzt ihren Schwerpunkt in der inneren Politik.

Die zwei stärksten Kräfte sollen ihr dienstbar werden: die Sehnsucht nach Frieden und die Sehnsucht nach Freiheit. Sie duldet im eigenen Lande nicht, daß unabhängige Menschen aus Einsicht und Barmherzigkeit für den Frieden eintreten. Wer das tut, verliert die Freiheit und ist von Gefängnis oder gesellschaftlichen Verfolgungen bedroht. In den Mittelmächten will sie jedoch, daß Friede und Freiheit sich in den Vorstellungen zu einem Begriffe verschmelzen und daß die Entente auf diese Weise politische Gewalt über ihre Feinde habe. In den bisherigen Kriegszielen der Feinde ist keine Spur von der Neigung zu einem Frieden ohne Landwerb zu merken. Frankreich will Elsaß und Lothringen, ja sogar das linke Rheinufer. England möchte die Türkei verstümmeln und Italien ist noch habgieriger. Es kann trotzdem sein, daß in den jetzigen Besprechungen manche Stimmen zur Mäßigung und zum Einlenken drängen werden. Nicht wegen des Fortschrittes der Demokratie, auch nicht wegen des Aufschwunges der Freiheit, sondern wegen der wachsenden Erkenntnis in den Völkern der Entente, daß die Verlängerung des Krieges einer der schrecklichsten Irrtümer ist. Nie hat eine Vereinigung von Mächten eine so schrankenlose Selbstsucht gehabt, und von ihr zu glauben, daß in dem Kampfe, den sie führt, ein idealer Gehalt sei, wäre menschenfreundliche Täuschung. Vielleicht wird sie in Paris bei dem jetzigen Stande der russischen Offensive mildere Beschlüsse fassen. Aber nicht aus Großmut und nicht als eheliche Beschützerin der Volksfreiheit.

Das Königshaus Windsor.

Die Namensänderung des Königs Georg V.

London, 17. Juli. (Nachung des Reuterschen Bureaus.) Der König hat heute in der Sitzung des Geheimen Rates für sich und seine Familie den Namen Windsor angenommen.

Inmitten der großen Tragik dieses Völkermordens wirkt der Entschluß des Königs von England, seinen und seiner Familien Namen „Prinz von Sachsen-Koburg-Gotha, Herzog von Sachsen“ auf „Windsor“ abzuändern, weil die ersteren Namenstitel an die deutsche Abstammung des Geschlechtes erinnern, sehr grotesk. Der König von England Georg V. vermeint seinem Volke und den mit ihm verbündeten Nationen ein leuchtendes Beispiel von Mut und Kraft zu geben, da er in einem mit dem ganzen, veralteten Pomp der englischen Verfassung verbrämten Staatsakt einer Sitzung des Geheimen Rates verkündet, er habe für sich und seine Familie den Namen „Windsor“ angenommen.

Zur gleichen Zeit, da Georg V. dieses Zeichen von Heldensinn gab, haben sich tausende und aber tausende Angehörige des englischen Volkes in den Schlächtergräben Nordfrankreichs verblutet, wurden englische Mütter kinderlos, Frauen und Kinder ihres Ernährers beraubt. Die Könige von Großbritannien und alle Mitglieder ihrer Familie werden aber von nun an nicht mehr Prinzen von Sachsen-Koburg und Gotha genannt

werden — ein Opfer, das sein Gleichnis in Fällen der Tagesgeschichte findet und nur durch die Person und den Zeitpunkt sich von ihnen unterscheidet. Gemeinsam aber ist allen diesen Fällen, mögen sie den König von England oder einen recht gewöhnlichen Sterblichen betreffen, dem sein Familienname nicht mehr gefällt, daß Tatsachen, die urkundenmäßig belegt und historisch erhärtet sind, auch durch noch so feierliche Ablehnungen von ihrer Wahrheit nichts einbüßen.

Die Geschichte der Abstammung des jetzigen englischen Königshauses ist allgemein bekannt und bedarf daher nur einer kurzen Darstellung. Durch das Thronfolgesetz von 1701 wurde der englische Königsthron der Prinzessin Sophie von Hannover und ihren Leibeserben, „soweit Protestanten“, zugesichert. Damit sollte die englische Krone an das uralte deutsche Adelsgeschlecht der Welfen gelangen. Ernst August, aus dem in Hannover und Braunschweig-Lüneburg herrschenden Welfengeschlecht, war mit der Prinzessin Elisabeth Stuart, der Enkelin König Jakobs I. von England, vermählt, und der Sohn aus dieser Ehe, Kurfürst Georg Ludwig von Hannover, bestieg am 31. Oktober 1714 als Georg I. den Thron. Der letzte männliche Welfe, der König von England war, ist der 1837 verstorbene Wilhelm IV. gewesen. Ihm folgte 1840 seine Nichte Viktoria, die 1840 den Prinzen Albert von Sachsen-Koburg und Gotha heiratete, und nach diesem führte die englische Königsfamilie den Titel „Prinz (Prinzessin) von Sachsen-Koburg und Gotha“.

Nunmehr wird dieser Titel verschwinden und der Name „Windsor“ erscheinen, der von dem gleichnamigen königlichen Landsitz und Schloß in Berkshire abgeleitet ist. Windsor ist ein etwa dreißig Kilometer von London entferntes, am rechten Themseufer gelegenes Städtchen, von dem man über eine Brücke zu dem durch sein College berühmten Dorf Eton kommt, einem vornehmen Erziehungsinstitut. Windsor selbst verdankt seine Bedeutung dem großartigen königlichen Schloß, dem Windsor Castle, das auf einer Anhöhe liegt, an deren Fuß eine Jubiläumstatue der Königin Viktoria steht. Das Schloß ließ Wilhelm der Eroberer erbauen, doch ist es im Laufe der Jahrhunderte so vielfach umgeändert worden, so daß kaum mehr eine Erinnerung an seine ursprüngliche Bauform erhalten blieb. König Georg IV. ließ es durch den Architekten Sir Jeffery Wyattville restaurieren und prächtig ausstatten. Das Schloß mit seinen Anlagen bedeckt einen Flächenraum von etwa fünf Hektar und ist in zwei Höfe geteilt, die durch einen runden Turm von einander getrennt sind. Vom oberen Hof gelangt man zu einer Terrasse mit herrlicher Aussicht. An der Nord-

seite liegen die Staats- und Audienzzimmer, an der Ostseite die Zimmer des Königs. Der untere Hof enthält die St. Georgskapelle, durch einen unterirdischen Gang mit dem von Georg III. erbauten Mausoleum verbunden, das Königin Viktoria zu einer Albertkapelle umwandelte — zum Andenken an ihren Gemahl, den Prinzen Albert von Sachsen-Koburg und Gotha. Dem jetzigen König Georg V. aus dem Hause Windsor wird diese pietätvolle Erinnerung an seinen Großvater jedenfalls nicht sehr willkommen sein, da er und seine Familie den Namen von einem Schloß ableiten, in dem die deutsche Abstammung des englischen Königshauses einen so weisevollen Ausdruck findet.

Das Schloß Windsor enthält aber noch andre, gegenwärtig recht unangenehme Erinnerungen an Englands Geschichte aus dem vorigen Jahrhundert. Von der St. Georgshalle, in der die Zeremonien der Verleihung des Hofenbandordens vorgenommen werden — auch der verbliebene Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm II. wurden hier zu Ordensrittern geschlagen, aber bei Beginn des Weltkrieges vom jetzigen König aus der Ordensliste gestrichen worden —, gelangt man in den Waterloofoal. Dieser Saal hält die Erinnerung an die Kämpfe gegen Napoleons Welt Herrschaft fest. Die Bildnisse von Staatsmännern, Feldherren und Generalen, die in den Jahren 1813 bis 1815 eine hervorragende Rolle spielten, sind an den Wänden verewigt, darunter auch diejenigen der preussischen Heerführer, die in der Schlacht von Waterloo den von Napoleon schon hart bedrängten Engländern zum Siege verholfen.

Salbe Petersburger Zugeständnisse an die Ukraine.

Petersburg, 16. Juli. (Reberb. Tel.-Ag.)

Die einstweilige Regierung hat folgende Erklärung über die ukrainische Frage veröffentlicht:

Nach Kenntnisnahme der Mitteilungen der Minister Kerenski, Tereschtschenko und Tseretelli über die ukrainische Frage hat die einstweilige Regierung folgende Entschliebung angenommen:

„Als höheres Organ zur Verwaltung der Angelegenheiten der ukrainischen Gebiete ist ein besonderes Generalsekretariat zu errichten, dessen Personal von der Regierung im gemeinsamen Einvernehmen mit dem ukrainischen Zentralrat bestellt werden wird, der auf gerechten Grundlagen aus Vertretern der anderen die Ukraine bewohnenden und durch ihre demokratischen Organisationen verkörperten Nationalitäten ergänzt wird. Das genannte Organ wird beauftragt sein, die Maßregeln, die sich auf die Lebensbedingungen und die Verwaltung in den genannten Gebieten beziehen, zur Durchführung zu bringen.

In der Erwägung, daß die Frage der nationalen und politischen Organisation der Ukraine sowie die Art der Lösung der Landfrage in dieser Gegend innerhalb der Grenzen des allgemeinen Grundsatzes der Uebertragung von Land an die Arbeitenden von der verfassunggebenden Versammlung entschieden werden muß, wird die einstweilige Regierung der von dem in der oben erwähnten Art ergänzten ukrainischen Zentralrate zu besorgenden Ausarbeitung eines Entwurfes über die Regelung der nationalen und politischen Angelegenheiten der Ukraine, und zwar in dem Sinne, den der Zentralrat selbst als den Interessen dieser Gebiete entsprechend erachtet wird, sowie eines Entwurfes über die Lösungsart der Landfrage in der Ukraine sympathisch gegenüberstehen. Die Entwürfe werden dem Präsidium der verfassunggebenden Versammlung zu unterbreiten sein.

Da die einstweilige Regierung es für unerlässlich hält, während des Krieges die Kampfeinheit der Armee aufrechtzuerhalten, erachtet sie Maßnahmen für unzulässig, die der Einheit der Armeearganisation und der Heeresleitung Abbruch tun könnten, wie Aenderungen der Mobilisierungspläne im gegenwärtigen Augenblick durch sofortige Einführung des Systems der territorialen Ergänzung der Truppenkörper oder die Uebertragung von Kommandorechten an diese oder jene soziale Organisation.

Gleichzeitig hält es die Regierung für möglich, auch weiterhin zur innigsten nationalen Einheit der Ukrainer in den Reihen der Armee sowie zur Ergänzung der Einheiten ausschließlich durch Ukrainer beizutragen, soweit eine solche Maßnahme nach der Entscheidung des Kriegsministers vom technischen Gesichtspunkte als möglich und der Kampffähigkeit der Armee nicht als abträglich erkannt werden wird. Um dieses Ziel auf die zweckmäßigste Art und mit Erfolg zu erreichen, hält es die einstweilige Regierung im gegenwärtigen Augenblicke für möglich, die Ukrainer selbst an der Lösung dieses militärischen Problems teilnehmen zu lassen. Zu diesem Zwecke werden im gemeinsamen Einvernehmen mit dem Zentralrat besondere ukrainische Delegierte dem Kabinett des Kriegsministers, dem Generalstab und dem Generalissimus zugeteilt werden können.

Was die örtlichen ukrainischen Militärkomitees betrifft, werden sie ihre Tätigkeit auf allgemeinen Grundlagen fortsetzen, die mit der Tätigkeit der anderen besonderen militärischen Organisationen in Uebereinstimmung gebracht werden sollen.“

Poltawa — Hauptstadt der zukünftigen Ukraine?

AB Bern, 18. Juli.

Das ukrainische Bureau meldet: Poltawa soll zur Hauptstadt der zukünftigen Ukraine werden. Während Kiew zu sehr russifiziert sei, sei Poltawa eine ukrainische Stadt geblieben. Der Plan, Poltawa zur Hauptstadt zu wählen, verursachte einen sehr ernsten Konflikt zwischen dem Exekutivkomitee und einzelnen ukrainischen Parteien.

19. VII. 1917

Der Kanzlerwechsel.**Begrüßungsdepeschen zwischen Doktor Michaelis und dem Grafen Czernin.**

W. Wien, 18. Juli.

Der deutsche Reichskanzler Dr. Michaelis hat heute an den Minister des Aeußern Grafen Czernin nachstehende Begrüßungsdepesche gerichtet:

„In dem Augenblick, in dem mich Seiner Majestät des Kaisers und Königs Vertrauen auf den Posten des Reichskanzlers berufen hat, ist es mir ein tiefgefühltes Bedürfnis, in Eurer Erzellenz den Vertreter der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches zu begrüßen, mit dem in engster und treuester Bündnisgemeinschaft zusammenzuhalten seit nunmehr fast vier Jahrzehnten der leitende Grundsatz jedes deutschen Kanzlers gewesen ist. Dies kostbare Erbe unverbrüchlich zu bewahren, betrachte auch ich als meine vornehmste Pflicht. Von ganz besonderem Werte würde es für mich bei diesem Bestreben sein, wenn Eure Erzellenz auch mir die rückhaltlose Unterstützung bewahren wollten, die von Eurer Erzellenz meinem Herrn Vorgänger in so reichem Maße zuteil geworden ist. Oesterreich-Ungarn und Deutschland werden, das ist mein felsenfester Glaube, siegreich aus diesem schweren Kampf hervorgehen und ihren heldenmütigen Völkern eine glückliche und schöne Zukunft sichern. Reichskanzler Michaelis.“

Der Minister des Aeußern Graf Czernin hat hierauf mit folgender Depesche geantwortet:

„Für die warmen Worte, mit welchen Eure Erzellenz mich gelegentlich Ihres Amtsantrittes zu begrüßen die Güte hatten, bitte ich meinen tiefstgefühlten Dank entgegenzunehmen.“

In der innigen, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Leitern der deutschen Politik, in unverbrüchlichem Festhalten an dem altbewährten Bündnis erblicke ich die sicherste Gewähr für eine glückliche Zukunft unserer heldenmütigen Völker.“

Zur Sicherung unserer Existenz, zur Wahrung unserer heiligsten Güter stehen wir in dem gewaltigsten Kampfe aller Zeiten und ich vertraue zu Gott, daß wir in treuem Aussharren das ersehnte Ziel erreichen werden.“

Zu einem ehrenvollen Frieden bereit, sonst aber zu dem Kampfe bis auf das Aeußerste entschlossen, werden sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam die Bedingungen für eine ungestörte, friedliche Zukunft erzwingen. Czernin.“

Die beiden Depeschen enthalten, abgesehen von den selbstverständlichen Sätzen über die Fortdauer des Bündnisses, ein paar markante politische Stellen. So kann in der Depesche des Reichskanzlers Michaelis der Satz über den „felsenfesten Glauben“ des Kanzlers an den Sieg der verbündeten Kaisermächte als Stellungnahme zur geplanten Friedenskundgebung des Reichstages gelten. Graf Czernin bringt in seiner Antwort zunächst die ursprünglichen Kriegsziele der Verbündeten in Erinnerung, betont die Bereitschaft zu einem ehrenvollen Frieden, aber auch den Entschluß, nötigenfalls „bis auf das Aeußerste“ für jene Kriegsziele zu kämpfen und sie „in treuem Aussharren“ zu erzwingen. Die eine wie die andere Depesche läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Die Verletzung der holländischen Hoheitsrechte durch England.

Ämliche Feststellungen des niederländischen Marinedepartements.

A. Haag, 18. Juli. Das Marinedepartement teilt mit: Am frühen Morgen des 16. Juli sichteten Posten der Küstenwache 7 Frachtschiffe unbekannter Nationalität, die durch die Hoheitsgewässer in nördlicher Richtung fuhren. Um 6 Uhr 15 Minuten wurden von einem Küstenwächter etwa zwanzig britische Kriegsschiffe gesichtet, die um 6 Uhr 50 Minuten in die Höhe von Velsen kamen und innerhalb der Hoheitsgewässer die Handelsschiffe zu beschießen begannen.

Vier Frachtschiffe wurden, obwohl sie innerhalb der Hoheitsgewässer fuhren, von den Kriegsschiffen weggenommen.

Zwei fuhren direkt auf den Strand zu und wurden, nachdem sie schon festgelaufen waren, noch immer beschossen. Mehrere Geschosse fielen aufs Land.

Ein anderes Handelsschiff ankerte bei dem Untersuchungsfahrzeug am Eingang nach dem Schuylve Gat. Als das Untersuchungsfahrzeug 18 englische Torpedojäger sichtete, lichtete es die Anker und legte sich zwischen das Handelsschiff und die Torpedojäger, worauf diese in südlicher Richtung wegfuhren.

Als um 6 Uhr 52 Minuten in Den Helder die Nachricht eintraf, daß britische Torpedojäger innerhalb der Hoheitsrechte auf Frachtschiffe Jagd machen, wurden das Kriegsschiff „Portenaer“ und vier Torpedoboote abgeschickt, die um 8 Uhr 25 Minuten an Ort und Stelle kamen. Zwei andere Torpedoboote erhielten den Befehl, bei Texel am Schuylve Gat zu kreuzen. Zwei mußten zwischen Blieland und Texel kreuzen, und zwar bei dem am Sonntag gestrandeten deutschen Schiffe.

Es steht fest, daß der Angriff innerhalb der Hoheitsgewässer stattgefunden hat.

Abm. 19. VIII. 1917

Kriegsziellandgebung des Flottenvereines.

Die am 4. Juni 1917 abgehaltene zwölfte ordentliche Generalversammlung des Oesterreichischen Flottenvereines hat einstimmig und unter lebhaften Beifallskundgebungen eine Entschliessung zur Frage der Kriegsziele Oesterreich-Ungarns angenommen. Es heisst darin:

Zunächst sei bemerkt, dass der Friede unserem Vaterland vor allem die Möglichkeit bieten muss, sich auf dem ihm von der Natur vorgezeichneten, nach Südosten gerichteten Linien der Adria und des Donautales weiter zu entwickeln und sich politisch und kommerziell freie Hand zu sichern. Der Friede muss uns die Sicherheit bieten, dass von Westen her kein Riegel italienischen Einflusses über die Adria hinweggreife und von den Donaumündungen aus kein solcher russischer Einflusses uns politisch, strategisch und wirtschaftlich abschliesse.

Was unsere Stellung an der Adria anlangt, sollten wir vor allem danach streben, dass weder Balona mit Safeno, noch sonst ein Punkt der adriatischen Ostküste in der Hand Italiens verbleibe.

Sollten Albanien und Montenegro als Staaten weiterbestehen, so müsste sich die Monarchie an der Küste von Spizza bis Balona denjenigen Einfluss sichern, der im Frieden und im Krieg den Missbrauch dieser Küste durch uns feindliche Mächte ausschließen würde, vor allem militärische Stationsrechte an den wichtigsten Punkten, Antivari, Dulcigno, San Giovanni di Medua, Durazzo und an der Bojanamündung. Albanien und Montenegro dürften als Staaten überhaupt nur dann bestehen, wenn sie mit der Monarchie eine so enge wirtschaftliche und militärische Verbindung eingehen, dass sie in keine der Monarchie feindliche Kombination einbezogen werden können.

Um in der südlichen Adria einen gegen Gefährdung von der Landseite hinreichend geschützten Stützpunkt zu besitzen, müssen

wir unbedingt den Bocen für immerdar fest in der Hand behalten. Erst dann können wir Cattaro zu einer Flottenbasis ersten Ranges ausgestalten. Der Bocen darf daher auch einem noch so fremdlich gesinnten und noch so eng an uns angegeschlossenen Montenegro nicht zurückgegeben werden.

Die Südwestgrenze unseres Reiches, deren ungünstiger Verlauf, wie die Kriegereignisse bewiesen haben, unseren bedeutendsten Handelsplatz mit den darin aufgestapelten großen Werten in gefährdrohende Nähe und die Bahnverbindung mit demselben in unmittelbarer Einwirkung der Kriegereignisse bringen konnte, sollte zum mindesten so berichtigt werden, dass Triest und seine Verbindung mit dem Hinterland künftig vor Bedrohung geschützt sind.

Was die Donau betrifft, so müssen wir fordern, dass das Donaubett bei Belgrad ganz in unseren Besitz komme. Es muss somit das ganze rechte Save-Ufer einschließlich Belgrads und das rechte Donau-Ufer bis gegen Semendria zur Monarchie gehören. Sollte Serbiens staatliche Existenz, trotz der höchst gewichtigen Bedenken, die dagegen sprechen, aufrecht erhalten bleiben, so darf ihm keinesfalls mehr als ein schmaler Streifen des Donau-Ufers in der Gegend von Semendria zufallen.

Das Eisene Tor darf in seiner ganzen Ausdehnung weder von serbischen, noch von rumänischem Gebiet berührt werden. Unser Besitz auf dem linken Ufer muss mindestens bis unterhalb Turn-Severin vorgeschoben werden, damit die Monarchie Anrainer der unteren Donau werde.

Als Bedingung des Weiterbestehens eines serbischen und eines rumänischen Staatswesens muss gefordert werden, dass diese Staaten schon bei Friedensschluss durch die Befestigung eines unseren Interessen nicht feindlichen Staatsverhältnisses und den Abschluss bindender langfristiger Vereinbarungen militärischer, wirtschaftlicher und politischer Natur mit Oesterreich-Ungarn ihren ersten Voratz beweisen, künftig Hand in Hand mit der Monarchie zu gehen, damit wir den Donauweg bis zur Mündung jederzeit offen halten können.

Die europäische Donau-Kommission hätte womöglich einer aus den Donau-Uferstaaten gebildeten Kommission Platz zu machen. In dieser Kommission müssten jedenfalls Württemberg, Bayern, Oesterreich und Ungarn über je eine Stimme verfügen. Der Wirkungskreis dieser Kommission sollte nicht nur den Unterlauf und die Mündungen, sondern die ganze Donau abwärts des Eisernen Tores umfassen. Die Fluss- und Schiffsahrtspolizei wäre daselbst nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln, die Schiffsahrt, mit Ausnahme des unmittelbar vom und zum Meer in der Mündungsstrecke unterhalb Braila sich bewegenden Verkehrs, den Uferstaaten vorzubehalten, das unbehinderte Recht unserer Schiffsahrtunternehmungen zum Betriebe von Agentien sowie zur Errichtung und Benützung von Anlegestellen, Magazinen und Umschlagplätzen auf Grund der Meistbegünstigung und der Gleichstellung mit den betreffenden nationalen Unternehmungen festzulegen, die Einhebung von Schiffsahrtabgaben an unsere Zustimmung zu binden und tendenziösen, gegen unsere Unternehmungen gerichteten Besteuerungs- und Tarifmaßnahmen durch entsprechende vertragsmäßige Bestimmungen ein Riegel vorzuschieben. Die Bestimmungen des Berliner Vertrages, Artikel 52 Satz 2, wäre den Interessen Oesterreich-Ungarns entsprechend unter Verwertung der im Krieg gemachten Erfahrungen abzuändern.

Was unsere Handelschiffahrt betrifft, so sollten wir auf schleunigste Rückgabe der noch in feindlichen Händen befindlichen österreichisch-ungarischen Schiffe, auf entsprechenden Ersatz für Abnutzung und Schäden sowie auf volle Schadloshaltung für vernichtete Schiffe dringen.

Weiters wäre dagegen Vorsorge zu treffen, dass die Bestrebungen unserer Feinde, den Krieg auch im Frieden wirtschaftlich fortzusetzen, nicht zu offenen oder versteckten Drangsalierungen unserer Schiffsahrt in jetzt feindlichen Ausland führen. Wir müssen fordern, dass unseren Schiffen ihre bisherige Freiheit, fremde Häfen anzulaufen und dort zu laden und zu löschen, voll gewahrt werde, dass das Regime, dem sie bezüglich Hafengebühren, Anlegeplätze usw., insbesondere auch im Suez-Kanal, unterworfen werden, nicht schlechter werde, als es vor dem Krieg war, oder gar zu ihren Ungunsten differenziert werde. Wir verlangen Anerkennung der vollen Meistbegünstigung in allen Fragen der Schiffsahrt und des Seeverkehrs.

Sollten neue Bestimmungen auf dem Gebiete des Seekriegsrechtes festgesetzt werden, so müssten wir von folgenden Grundsätzen ausgehen: Das Seebeuterecht, das sich in diesem Krieg als wirksame Waffe erwiesen hat, muss unbedingt aufrechterhalten werden, es schließt auch das Recht der Versenkung in sich; Kriegsunterseeboote haben gegenüber Feinden und Neutralen die gleichen Rechte wie alle anderen Kriegsschiffe; neutrale Staatsangehörige, die auf Schiffen kriegsführender Staaten reisen, tun dies auf eigene Gefahr. Sollte sich die Majorität der Vertreter an den diesfälligen Verhandlungen auf abweichende Rechtsätze einigen, so hätte Oesterreich-Ungarn — spätestens bei der Ratifikation des Vertrages — entsprechende Vorbehalte zu machen.

Das Vorstehende darf, wie in der Entschliessung betont wird, nicht etwa im Sinne eines Maximalprogramms verstanden werden, sondern nur in dem Sinne, dass sich die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns zufriedengeben kann, wenn es gelingt, die bezeichneten Ziele zu verwirklichen. Die Resolution weist dann darauf hin, dass die österreichisch-ungarische Monarchie der gesicherten Gebiete über See entbehrt, wo sie die für ihre Industrie erforderlichen Rohstoffe zu gewinnen und die Erzeugnisse ihres Gewerbes absetzen vermag. Koloniale Betätigung würde den Blick aller unserer Volkstämme weiten und dem Wirtschaftsleben erhöhten Schwung verleihen.

Schließlich wird mit allem Nachdruck die Notwendigkeit hervorgehoben, die Kriegsflotte und die Handelsmarine zu entwickeln, entsprechend ihrer Bedeutung für die Machtstellung Oesterreich-Ungarns wie für seine wirtschaftliche Zukunft.

20. VII. 1917

Wien, 20. Juli.

Mit überwiegender Mehrheit hat gestern der deutsche Reichstag die Friedensresolution der Parteien, aus denen sich die Majorität zusammensetzt, angenommen und in der gleichen Sitzung wurden die Kredite zur Fortführung des Krieges mit allen Stimmen gegen die der Arbeitsgemeinschaft votiert. In diesen beiden Abstimmungen treten klar und deutlich der Wille zum Frieden, wenn ihn unsere Gegner nicht unmöglich machen, sowie die Entschlossenheit, den Kampf weiterzuführen, falls der Feind sich nicht anders besinnt, zutage. Von demselben Geiste wie der Reichstag war der neue Reichskanzler Dr. Michaelis befeelt, der gestern seine mit so großer Spannung erwartete Antrittsrede hielt. Seine Worte waren die eines aufrechten, wahrheitsliebenden, energischen Mannes, eines Mannes, der nicht durch rhetorische Phrasen, sondern durch die Anführung unumstößlicher Tatsachen seine Zuhörer zu überzeugen versuchte. Der neue Reichskanzler konnte am ersten Tag, da er vor die deutsche Volksvertretung trat, dieser die frohe Botschaft von einem neuen großen Erfolg der österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen verkünden. Er verlas ein Telegramm des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, in dem der Durchstoß der russischen Stellungen bei Błozow mitgeteilt wurde. Diese Siegesbotschaft war nicht die Einleitung zu einer großsprecherischen, drohenden Rede, wie es bei Entente-Staatsmännern der Fall gewesen wäre, sondern Herr Dr. Michaelis hat sich auf den Boden des annexionslosen Verständigungsfriedens gestellt, eines Friedens, dem die Versöhnung der Völker folgen soll, eines Friedens, der keinerlei gewalttätige Gebietsentziehungen kennen soll. Er bekannte sich zu diesem Grundsatz, nachdem er in unanfechtbarer Weise festgestellt hatte, daß die Zentralmächte nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen gewesen sind; daß die militärische Lage sich als eine überaus günstige darstellt; daß der U-Boot-Krieg voll und ganz jene Wirkungen hervorruft, die von ihm erwartet wurden; daß die heurige Ernte besser sein wird wie die vorjährige und die Befürchtungen einer Aushungerung grundlos sind; daß das Eingreifen Amerikas in den Krieg bei dem schwindenden Schiffraum keinerlei entscheidende Bedeutung besitzen kann. Aus diesen Prämissen aber schloß Herr Dr. Michaelis nicht etwa auf einen Frieden, durch den den Gegnern der Daumen aufs Auge gedrückt würde, sondern auf einen Frieden, der auf der Basis der Verständigung herbeigeführt und durch den Deutschland nichts anderes erreichen will, als die Sicherung der Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinente und über See. In beredten Worten hat der deutsche Reichskanzler seine ehrliche und aufrichtige Friedensbereitschaft kundgegeben. Allerdings, ein neues Friedensangebot kann Deutschland nicht machen, nachdem sein letztes schroff zurückgewiesen wurde. Doch, wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste aufgeben, wenn sie auf ihre Niederwerfungspläne verzichten und neue Verhandlungen wünschen, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihren Führern, die mit diesen Erklärungen einverstanden sind, darin einig, daß Deutschland den Gegner, der die Fühler ausstreckt, fragt, was er zu sagen habe.

Regierung, Armee und Volksvertretung in Deutschland stimmen daher überein, jederzeit friedensbereit zu sein, und Herr Dr. Michaelis hat ausdrücklich betont, daß der Krieg, den Deutschland führt, zu Beginn kein Eroberungskrieg war und auch trotz der gewaltigen Erfolge der deutschen Heere seinen Charakter nicht verändert hat. Jeder Tag kann das sehnlichst erwartete Ende des furchtbaren Kampfes bringen, wenn unsere Gegner sich überzeugt haben, daß Deutschland und dessen Verbündete nicht niederzuringen sind, und um gewalttätiger Eroberungen willen wird das deutsche Volk auch nicht eine Stunde weiter die Welt zwingen, das Unheil der Zerfleischung der Menschheit weiter zu tragen.

Das war die Rede des deutschen Reichskanzlers an dem Tage, wo er eine Siegesbotschaft zu verkünden hatte. Und diesen Erklärungen folgte die Annahme einer Friedensresolution, in welcher der Wille der deutschen Volksvertretung zu einer Beendigung des Kampfes ohne Annexion und ohne Kontribution zu kommen, feierlich kundgegeben wurde. Die großherzige Idee zu einem solchen Abschlusse der völkermordenden Schlachten hat die überwiegende Mehrheit des deutschen Reichstages durchdrungen, jene Idee, die zuerst von Kaiser Karl in die Welt gesetzt wurde. Denn Kaiser Karl hat den Abbau des Hasses von seinem Regierungsantritte an als Leitmotiv seiner Politik betrachtet und in wiederholten Erklärungen, sowohl der deutschen Reichsregierung wie der unsrigen, ist im Laufe dieses Jahres aller Welt kargemacht worden, daß Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten nicht das Schwert gezogen haben, um Eroberungen zu machen. In der Friedensresolution des deutschen Reichstages, die gestern mit so großer Mehrheit angenommen wurde, ist dieser Gedanke nun auch in der deutschen Volksvertretung zum Durchbruche gelangt. Es war, wie der Sprecher des Zentrums, der stärksten Partei, hervorhob, eine Friedenskundgebung, aber kein Friedensangebot. Die ganze Welt weiß jetzt, daß das deutsche Volk ebenso wie wir zu einem Frieden, der die Versöhnung der Völker herbeiführen kann, bereit ist. Wenn aber unsere Gegner weiter darauf beharren, die Zentralmächte und deren Verbündete demütigen, verkleinern und deren zukünftige Sicherheit zerstören zu wollen, dann werden sie erfahren, daß unsere Kraft ungebrochen ist und daß wir alle ihre Pläne zuschanden machen werden. Darüber kann nach den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und der Sprecher der überwiegenden Mehrheit des deutschen Reichstages kein Zweifel herrschen. Bei uns und in Deutschland strebt man dem annexionslosen Verständigungsfrieden, den Kaiser Karl immer im Auge hatte, aufrichtig zu. Ein anderes ist es, ob unsere Gegner bereit sind, auf dieser Grundlage den Krieg zu beenden. Der deutsche Reichstag hat die Friedensresolution und die Kriegskredite angenommen. Er hat dies an dem Tage getan, da eine Siegesbotschaft eintraf, und dadurch bewiesen, daß das deutsche Volk ehrlich die Beendigung des blutigen Kampfes wünscht, aber gleichzeitig haben die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen gezeigt, daß sie die aufgezwungene Fortsetzung des Krieges nicht zu fürchten brauchen.

Telegrammwechsel zwischen Michaelis und Radoslawow.

Sofia, 19. Juli.

Die Bulgarische Telegraphengentur meldet: Zwischen dem neuen Reichkanzler Dr. Michaelis und dem Ministerpräsidenten Dr. Radoslawow sind nachfolgende Telegramme gewechselt worden:

An Se. Excellenz Dr. Radoslawow, Sofia.

Durch das Vertrauen Sr. Majestät des Kaisers und Königs, meines allergnädigsten Herrn, auf den Posten als deutscher Reichkanzler und preussischer Ministerpräsident berufen, ist es mir ein tiefgefühltes Bedürfnis, Eurer Excellenz zu versichern, ein wie großes Gewicht auch ich auf die wertvolle Unterstützung lege, die meinem Herrn Vorgänger bei der Ausübung seines Amtes in so reichem Maße seitens Eurer Excellenz zuteil geworden ist. Durchdrungen von unerschütterlichem Vertrauen auf den endgültigen Sieg unserer ruhmgelächerten Waffen betrachte ich es als meine vornehmste Pflicht, in unverbrüchlicher Treue an den geschlossenen Verträgen und Vereinbarungen festzuhalten. Ich hoffe, daß es mir vergönnt sein wird, nach glücklich geschlossenem Frieden dazu beitragen zu können, die Beziehungen der engverbündeten Völker immer inniger zu gestalten.

Reichkanzler Dr. Michaelis.

An Se. Excellenz den Reichkanzler und preussischen Ministerpräsidenten Dr. Michaelis, Berlin.

Eurer Excellenz Depesche, die mit zu Herzen gehenden Worten das erprobte innige Bündnis unserer Länder und Völker hervorhebt, drängt mich, Eurer Excellenz auch auf diesem Wege die besten Wünsche zu wiederholen aus Anlaß Eurer Excellenz Berufung an die Spitze der Reichsgeschäfte in so verantwortungsvoller Zeit. Eurer Excellenz zuversichtsvolle Versicherung und unerschütterliches Vertrauen auf den endgültigen Sieg wird in meinem Vaterlande den lebhaftesten Widerhall finden und die Beziehungen beider Völker wenn möglich noch inniger gestalten. Das gemeinsam vergossene Blut unserer Besten hat unseren durch unverbrüchliche Vertragstreue gefestigten Bund gekittet und bietet die Gewähr, daß nach glücklich geschlossenem Frieden Bulgarien an der Seite des großen Deutschland einer heiteren Zukunft sicher ist. Mein und der bulgarischen Regierung bestes Wollen und Können sind nach wie vor dem Bestreben gewidmet, all dies zu verwirklichen.

Ministerpräsident Dr. Radoslawow.

**Besprechung der Parteiführer bei Staats-
sekretär Helfferich.****In Gegenwart Kaiser Wilhelms.**

Berlin, 20. Juli.

Das Wolffsche Bureau meldet: Kaiser Wilhelm begab sich um halb 6 Uhr abends zum Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich, woselbst sich Reichskanzler Dr. Michaelis bereits eingefunden hatte. Für 6 Uhr waren geladen die stimmführenden Bevollmächtigten zum Bundesrat, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums, die Staatssekretäre, das Präsidium des Reichstages und die führenden Mitglieder der Reichstagsfraktionen. Die Geladenen verweilten in den Räumen des Staatssekretärs bis gegen 9 Uhr in angeregter Unterhaltung, an der sich der Kaiser in der zwanglosesten Weise beteiligte.

21. / VII. 1917 53

Der Oesterreichische Flottenverein über die Kriegsziele.

Die am 4. Juni d. J. abgehaltene zwölfte ordentliche Generalversammlung des Oesterreichischen Flottenvereines hat einstimmig und unter lebhaften Beifallstundgebungen die Annahme einer Entschliessung vorgenommen, die, in sachlicher Kürze und aus fast dreijährigen Kriegserfahrungen die Schlüsse ziehend, den maritimen Lebensbedürfnissen der österreichisch-ungarischen Monarchie Ausdruck verleiht. In dieser Entschliessung wird unter anderm bemerkt, daß der Friede unserm Vaterlande vor allem die Möglichkeit bieten muß, sich auf den ihm von der Natur vorgezeichneten, nach Südosten gerichteten Linien der Adria und des Donautales weiter zu entwickeln und sich politisch und kommerziell freie Hand und unge störten Kontakt mit dem nahen und fernem Orient zu sichern. Der Friede muß uns die Sicherheit bieten, daß von Westen her kein Riegel italienischen Einflusses über die Adria hinweggreife und von den Donaumündungen aus kein solcher russischer Einflusses uns politisch, strategisch und wirtschaftlich abschließe.

Was unsere Stellung an der Adria anlangt, sollten wir vor allem danach streben, daß weder Balona mit Saseno noch sonst ein Punkt der adriatischen Ostküste in der Hand Feindens verbleibe. Sollten Albanien und Montenegro als Staaten weiterbestehen, so müßte sich die Monarchie an der Küste von Spizza bis Balona denjenigen Einfluß sichern, der im Frieden und im Kriege den Mißbrauch dieser Küste durch uns feindliche Mächte ausschließen würde, vor allem militärische Stationsrechte an den wichtigsten Punkten, Antivari, Duscigno, San Giovanni di Medua, Durazzo und an der Bojanamündung. Albanien und Montenegro dürften als Staaten überhaupt nur dann bestehen, wenn sie mit der Monarchie eine so enge wirtschaftliche und militärische Verbindung eingehen, daß sie in keine der Monarchie feindliche Kombination einbezogen werden können. Um in der südlichen Adria einen gegen Gefährdung von der Landseite hinreichend geschützten Stützpunkt zu besitzen, müssen wir unbedingt den Lobcen für immerdar fest in der Hand behalten. Erst dann können wir Cattaro zu einer Flottenbasis ersten Ranges ausgestatten. Der Lobcen darf daher auch einem noch so freundlich gesinnten und noch so eng an uns angeschlossenen Montenegro nicht zurückgegeben werden.

Was die Donau betrifft, so müssen wir fordern, daß das Donaubecken bei Belgrad ganz in unsern Besitz komme. Es muß somit das ganze rechte Saveufer einschließlich Belgrads und das rechte Donauufer bis gegen Semendria zur Monarchie gehören. Das Eisernen Thor darf in seiner ganzen Ausdehnung weder von serbischem noch von rumänischem Gebiet berührt werden. Unser Besitz auf dem linken Ufer muß mindestens bis unterhalb Turn-Severin vorgeschoben werden, damit die Monarchie Anrainer der unteren Donau werde. Als Bedingung des Weiterbestehens eines serbischen und eines rumänischen Staatswesens muß gefordert werden, daß diese Staaten schon bei Friedensschluß durch die Berufung eines unsrer Interessen nicht feindlichen Staatsoberhauptes und den Abschluß bindender, langfristiger Vereinbarungen militärischer, wirtschaftlicher und politischer Natur mit Oesterreich-Ungarn ihren ernstlichen Vorsatz beweisen, künftig Hand in Hand mit der Monarchie zu gehen, damit wir den Donauweg bis zur Mündung jederzeit offen halten können.

Eine Wiener Versammlung über die Kriegszielfrage.

In Wien fand eine große, von Parlamentariern und Persönlichkeiten verschiedener Parteirichtungen einberufene Versammlung für den „Verständigungsfrieden“ statt. Schon aus der gegen nur 4 Stimmen angenommenen Entschliehung geht zur Genüge hervor, von welchem Geiste und Willen diese Versammlung erfüllt war. Die Hauptstellen der Entschliehung lauten:

„Die Versammlung fordert, daß die österreichisch-ungarische Regierung, die sich als erste zur Formel des Verständigungsfriedens bekannt hat, auf diesem Wege beharre. Denn nur ein Friede, der bei keiner der kämpfenden Parteien das Gefühl der Niederlage und der Demütigung zurükläßt, trägt die Bürgschaft der Dauer in sich und bildet die Grundlage, auf der die Organisation der Welt als Kulturgemeinschaft aufgebaut ist und auf der allein die wirtschaftliche Wiederherstellung der Staaten möglich wird.“

Der Hauptredner der Versammlung war der sattsam bekannte friedensflüchtige Münchener Prof. Förster, der die Machtromantik die Tragik der Deutschen nannte und u. a. bemerkte, die nationale Selbstsucht mache dumm. Ein Wiener Professor, Abg. Dr. Redlich, sprach den Wunsch aus, daß die Ansichten Försters gleich einer Heilslehre in Oesterreich Beachtung finde.

Der Reichskanzler und der Friede.

In dem von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Wortlaut der Rede des Reichskanzlers Michaelis finden sich einige Abweichungen von den von uns wie von anderen Blättern gegebenen Berichten. Da hier auf die genaue Fassung des amtlichen stenographischen Protokolls Wert zu legen ist, so geben wir den auf den künftigen Friedensschluß bezüglichen Abschnitt der Kanzlerrede nach der „Norddeutschen“ nochmals wieder:

Mit unseren Bundesgenossen können wir jeder weiteren Entwicklung der militärischen Ereignisse mit ruhiger Sicherheit entgegensehen. (Bravo!) Und doch ist in aller Herzen die brennende Frage: wie lange noch? Ich komme hiermit zu dem, was im Mittelpunkt des Interesses unser aller steht, zu dem Kernpunkt der heutigen Verhandlungen. Deutschland hat den Krieg nicht gewollt. Es strebte nicht nach Eroberun-

gen, nicht nach gewaltfamer Vergrößerung seiner Macht, darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn ein ehrenvoller Frieden zu haben ist, bloß darum, um gewaltfame Eroberungen zu machen. (Lebhafte Bravo! im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten.) Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben. Die jetzige Generation und die kommenden Geschlechter sollen diese Kriegsprüfungszeit als eine leuchtende Zeit des Sieges, der unerhörten Tapferkeit und Opferfreudigkeit unseres Volkes und unserer Heere im Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. Ein Volk von noch nicht 70 Millionen, das sich Seite an Seite mit treuen Verbündeten gegen eine vielfache Ueberlegenheit von Völkermassen mit der Waffe in der Hand vor den Grenzen seines Landes behauptet, hat sich als unüberwindlich erwiesen. (Sehr richtig! rechts.) Hieraus ergeben sich für mich die Ziele. In erster Linie ist das Gebiet des Vaterlandes unantastbar. Mit einem Gegner, der uns mit der Forderung entgegentritt, uns Reichsgebiet anzunehmen, können wir nicht verhandeln. Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeit sichergestellt sind. (Lebhafte Bravo! rechts.) Wir müssen im Wege der Verständigung (Bravo! im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten) und des Ausgleichs (erneutes Bravo! im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten) die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren. (Lebhafte Bravo!) Der Friede muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bieten. (Lebhafte Bravo! im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten.) Er muß, wie dies in Ihrer Resolution ausgesprochen ist, der weiteren Verfeindung der Völker durch wirtschaftliche Absperrung vorbeugen. (Sehr gut!) Er muß davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Truhband gegen uns auswächst. (Sehr gut! im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten.)

Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen. (Bravo! und Sehr gut! im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten.) Wir können den Frieden nicht nochmals anbieten. (Sehr richtig! rechts.) Die ehrlich ausgestreckte Hand hat einmal ins Meer gegriffen. (Sehr richtig! rechts.) Aber mit dem gesamten Volk und der deutschen Armee und ihren Führern, die mit dieser Erklärung einverstanden sind (Hört, hört! Bravo! im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten), ist die Regierung sich dessen bewußt. Wenn die Feinde ihrerseits von ihren Eroberungsgelüsten, ihren Niederwerfungszielen ablassen und in Verhandlungen einzutreten wünschen, werden wir ehrlich und friedensbereit hören, was sie uns zu sagen haben. (Bravo! links.) Bis dahin müssen wir ruhig und geduldig und mutig ausharren.

24. VII. 1917

Verhaftung Josef Pilsudskis.

Drahtmeldung.

Warschau, 23. Juli.

Der frühere Legionsbrigadier Pilsudski ist in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag in Warschau in Haft genommen worden. Der unmittelbare Anlaß zur Verhaftung war der Umstand, daß Pilsudski sich beim Ueberfahren der Grenze des Königreichs Polen eines Reiseausweises bedient hatte, welcher sich bei näherer Prüfung als gefälscht erwies.

Dazu wird amtlich folgendes veröffentlicht: Man muß lebhaft bedauern, daß ein Mann, der ein Symbol der Zukunft Polens werden wollte und auch hätte werden können, schließlich doch nicht imstande war, den Weg aus seiner Vergangenheit in die Zukunft zu finden, den Weg aus unterirdischen Konspirationen, welche der jugendlichen Phantasie so teuer sind, zum offenen Schauplatz männlichen, staatsbildenden Wirkens. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung, nicht nur den eigenen Völkern, sondern auch der polnischen Allgemeinheit gegenüber, und im Interesse der Vertiefung des Rechtsgefühles bei dieser Allgemeinheit sind die Okkupationsbehörden entschlossen, unter keinen Umständen zuzulassen, daß sich in diesem Lande Verhältnisse herausbilden, die in keinen Rechtsstaat hineinpassen.

Zu der Verhaftung Pilsudskis können wir noch bemerken, daß er zunächst versuchte, einen Paß nach Schweden auf regulärem Wege zu erlangen. Da ihm dies mit Recht unmöglich gemacht wurde, griff er zur Fälschung.

In den Aufsätzen „Aus dem werdenden Polenstaate“, die an dieser Stelle erschienen sind, wiesen wir darauf hin, daß im Königreich Polen noch immer einige Exemplare von Nichts-als-Verschwörern zu finden sind und noch manches Theatralische mit amterkauft. Diese Bemerkung war in erster Linie auf Josef Pilsudski und seinen Anhang gemünzt.

Es zeigt sich jetzt, wie berechtigt sie war. Mit fast genau denselben Worten kennzeichnet die obige deutsch-amtliche Mitteilung den Mann und eine Art. Joseph Pilsudski ist als sozialistischer Verschwörer gegen Rußland emporgekommen, hat als solcher in Polen den Geheimbund gegründet, der später einen Teil seiner Mitglieder an die polnische Legion abgab, und hätte für Polen eine wertvolle politische Kraft werden können, wenn er es vermocht hätte, aus der Verschwörerhaut herauszuschlüpfen. Da er das nicht konnte, schuf er neben den offiziellen Legionen, die er, obwohl man ihm den Ehrentitel „Brigadier“ belegte, militärisch natürlich niemals geführt hat, eine Art von unterirdischen Legionen, die sich ihm persönlich verpflichteten. Nachsichtig ließ man ihn gewähren, da er allgemach anfing, eine tomsche Figur zu werden.

Eine ernstere Meinung nahmen die Dinge erst in allerjüngster Zeit, als Pilsudski, den man seinerzeit, weil er damals nicht recht zu umgehen war, in den polnischen Staatsrat wählte, einen Tag früher als seine beiden anderen Gesinnungsgenossen aus dem Staatsrat austrat, weil er mit der zwischen dem Staatsrat und den in Betracht kommenden Behörden der Mittelmächte vereinbarten Eidesformel für die polnischen Legionäre nicht einverstanden war. Allerdings hatte er anfangs der Formel zugestimmt, die russische Revolution aber, unter deren Ueberbern er Waffengefährten aus dem russischen Aufstande von 1905 zählt, führte eine Sinnesänderung bei ihm herbei.

Er bekämpfte den Treueid für den künftigen polnischen König, da er kein Königtum, sondern eine Republik für Polen wünscht, und wollte auch keineswegs von dem in der Eidesformel enthaltenen Gelöbnis der Waffenbrüderschaft mit den Mittelmächten während des jetzigen Krieges etwas wissen. Die Folge waren, da Pilsudski unter den Legionären noch immer starken Anhang hat, sehr unerquickliche Vorgänge bei der Eidesleistung der Legionen, Vorgänge, über die zu sprechen vielleicht später einmal Zeit sein wird.

Zu allen diesen Verschwörernuntrieben kommt nun auch noch der gefälschte Paß, wie er ehemals in Rußland ein unentbehrliches Werkzeug für alle Verschwörer einschließlich des Herrn Pilsudski war. Das hat dem Paß den Boden endlich ausgeschlagen. Man hat den Mann bis zur äußersten Möglichkeit gespart, bis es weiter nicht ging.

R. Rt.

Kriegserklärung Siams an die Mittelmächte?

London, 22. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet aus Bangkok, daß der Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn besteht. Alle Deutschen und Oesterreicher wurden verhaftet, ihre Handelshäuser geschlossen und neun Dampfer mit einem Tonnengehalt von 18.965 Bruttoregister-tonnen beschlagnahmt.

(In Wien liegt an⁷ amtlicher Stelle dermalen keine Bestätigung dieser Nachricht vor.)

Siam, das buddhistische Nachbarreich Chinas, zählt über 8 Millionen Einwohner, ein Königtum, das in Wirklichkeit nur von Englands Gnaden lebt. Sein Herrscher ist Maha Vajiravudj, dessen Bedeutung wetteifert mit dem Ruhm seines unbekanntem Namens, die Streitmacht Siams ist sehr klein, kaum 20.000 Mann, seine Handelsmarine zählt nicht einmal 40 Dampfer von insgesamt kaum 9000 Tonnen. Der letzte Ausweis nennt unter den angestellten Fremden 244 Deutsche und 29 Oesterreicher. Wenn jetzt England das Königreich Siam in den Krieg drängte, so kann dabei nur die Absicht leitend gewesen sein, einige deutsche und österreichische Handelsniederlassungen zu vernichten. Der Krieg des Händlervolkes!

Die großen Erfolge in Ostgalizien und der Friede.

Die Frage der Rückwirkung.

Wien, 23. Juli.

Heimatboden kommt wieder in unseren Besitz. Fruchtbare Erde, voll Quellen des Wohlstandes, wird uns erschlossen. Tausende von Quadratkilometern, seit drei Jahren verloren, nimmt die Hand glücklicher Sieger den Barbaren, die sie noch im Scheiden mit Mord und Brandstiftung bes Flecken. Was ist uns Ostgalizien? Wenn wir dieses Getreidegebiet, das Vorland der Bukowina und dadurch auch der Karpathen, wieder erobern, so ist zugleich vor der ganzen Welt die Kraft dargestellt, die uns nach dreijährigem Kriege den Schwung verleiht, neue Ziele zu fordern, und es ist zugleich ein hohes Lied auf das Bündnis, das sich wieder einmal in seiner gewaltigen Wirkksamkeit entfaltet. An der Schwelle des vierten Kriegsjahres, nach ungezählten Schlachten spüren wir denselben Geist des Vorwärtsdringens, der Angriffslust, der unsere Truppen gleich in den ersten Wochen tief in russisches Land getrieben und ihnen herrliche Lorbeeren verschafft hat. Wie viel Kern, wie viel Mark müssen die Mittelmächte haben, wenn sie heute noch imstande sind, gleichsam in einem Anlauf die schwersten Hindernisse zu überrennen, einen Triumph zu feiern, der sich mit ehernem Griffel in die Geschichte schreibt und für alle Zeit ein Muster sein wird todesmutiger Aufopferung und großzügiger Entschlossenheit.

Nun erhebt sich die Frage: Welche Wirkungen werden diese Siege auf den Frieden haben? Wie werden die Triebe durch sie beeinflusst werden, die den Entscheidungen der Staatsmänner die Richtung geben? Niemand vermag die Zukunft zu durchblicken und vergebens wäre es, heute schon von Gewissheiten zu sprechen, wo kaum Wahrscheinlichkeiten vorhanden sind. Eines ist jedoch sicher: das russische Heer will in wichtigen Teilen nicht mehr kämpfen. Vor der ganzen Entente schreit Kerenski es hinaus, die Regimenter verlassen ihre Plätze, sie halten Versammlungen ab, statt in die Schlacht zu gehen, sie sind störrisch und ungläubig geworden, nicht mehr bestimmbare durch seine Lodiungen und Lügen. Warum wird diese Tatsache an die Glocke gehängt und warum werden schamlos Mängel enthüllt, die sonst verborgen bleiben? Das kann neben der Heze gegen Lenin nur den Zweck haben, der Entente mitzuteilen, wie es in Wahrheit mit Rußland steht. Kerenski und Brussilow melden nach London, daß die Soldaten die Linien verlassen und daß alle Versuche, sie zu befeuern, vergebens waren. Wenn heute Lloyd-George vom Jahre 1918 spricht, der russische Generalstab antwortet mit der Erzählung über den Durchbruch der Verbündeten, über die Auflösung der Front und über das Zurückströmen der Geschlagenen. Die Entente, die Rußland nicht hilft und bisher nirgends angegriffen hat, wird zum erstenmal vor das Bild eines Staates gestellt, der so tief erschüttert ist, daß die Front selbst das Schicksal des Landes in die Hand nimmt und ohne Aufstand und ohne Waffengewalt die Kriegspartei besiegt.

Solche Tatsachen können viel wichtiger für den Frieden werden, als alles, was in London an listigen Plänen gezettelt wird. Das Bewußtsein des Mißerfolges dürfte bald ganz Rußland überfluten. Die Rückkehrenden, die Flüchtlinge, die Ausreißer werden von der Wucht des Angriffes erzählen und überall den Wunsch verbreiten, das Blutvergießen zu beendigen, den Größenwahn von Emporkömmlingen zu unterdrücken und dem an schweren Gebrechen leidenden Volk Beruhigung und Linderung zu schaffen. In Hinterlande konnte Kerenski den Sieg erfechten. Sein eigenes Heer hat er jedoch nicht geschlagen. Dieser dumpfe Wille, der aus Zehntausenden einfacher Gemüter emporquillt, vielleicht unbewußt zuerst, vielleicht nur als hemmende Müdigkeit, ist bisher unbezwingbar. Der Eindruck bleibt, als wäre die russische Hochflut an dem Felsen der Mittelmächte hoch emporgeschäumt und als zöge sich jetzt diese Flut mit gleicher Urkraft wieder in das Innere. All das muß günstig sein für den Frieden. Der Schatten der Niederlage fällt auf die Militärdiktatur. Rußland ist nicht Frankreich, wo ein Danton die Massen begeisterte mit dem Worte: Das Vaterland ist in Gefahr. Rußland hat Millionen und Millionen geopfert. Wir stehen am Beginne des vierten Kriegsjahres und da ist nicht mehr Zeit für eine Erhebung der Massen.

Die österreichisch-ungarische Monarchie hat jedoch durch die Hoffnung auf die Wiedereroberung Ostgaliziens noch einen bedeutsamen Vorteil. Bisher hätte Oesterreich bei der Anwendung der Formel vom Frieden ohne Annexionen Ostgalizien und die Bukowina zurückfordern müssen. Wir wären nicht nur die Gebenden, sondern auch die Bittenden gewesen. Die Entente hätte die Zurückerstattung unsres Gebietes als ein Geschenk betrachtet, das mit Natürlichkeit Gegenleistungen erfordert. Wenn jedoch die Monarchie am Ende des Krieges im großen und ganzen die Gesamtheit ihres Besitzstandes bewahrt, wenn sie dem Feinde nichts oder fast nichts von ihrem Boden läßt, so sind wir in den Friedensverhandlungen in bezug auf Gebietsverteilung beinahe bedürfnislos. Der Feind hat nicht den geringsten Vorwand zu einer Gegenrechnung, er kann die Absichten der Mittelmächte nicht entstellen und uns eigensüchtige Beweggründe zumuten. Noch Eines! Die Monarchie wäre in einer ganz anderen Lage, als alle anderen Staaten. Selbst Deutschland will seine Kolonien, England geht nach dem Worte Lord Kitcheners von dem Standpunkte aus, daß seine Grenze an der Maas beginne. Wir hätten dann bei einem Frieden ohne Annexionen den sichersten Stand und brauchten nur an den Balkan zu denken und an die Sicherung des Donauweges. So ranken sich die Friedensgedanken um die glänzenden Erfolge unserer Waffen. So empfinden wir das glückliche Vorrücken, die Abschnürung und Zertrümmerung des Feindes wie einen Vormarsch, der uns näher führt an das ersehnte Ziel. Wohl können sie noch einmal versuchen, was die Verblendung vermag, und in dieser Welt unbegrenzter Verirrungen ist ein Renaufflammen ebenso denkbar wie der Zusammenbruch. Aber die innerste Stimme muß die Hoffnung aufrecht erhalten: die Verbissenheit, der Wahrwitz werden ihr Ende finden, die Wahrheit des Schützengrabens wird über die verrenkte und verrottete Wahrheit der Politik den Triumph erfechten. Ein großer Teil der russischen Armee will nicht mehr. Lloyd-George ist zu spät gekommen.

25. VII. 1917

Frankfurt, 24. Juli.

Der große Mann der russischen Revolution, Alexander Feodorowitsch Kerenski, hat nunmehr zum Amte des Kriegsministers auch die Präsidentschaft der Provisorischen Regierung übernommen, die bisher der tüchtige und in manchen Fähigkeiten klug vermittelnde Fürst Lwow geführt hatte, den die Reichsduma im März zu dieser Stellung berief. Die Präsidentschaft Lwows war wie ein Sinnbild der ununterbrochenen Tradition des russischen Staates, da sie auch von dem abgesetzten Zaren noch anerkannt worden war. Ihre Aufhebung bedeutet daher schon einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der russischen Revolution. Die Vereinigung des höchsten Amtes, das in der jetzigen Uebergangszeit in Rußland besteht, mit dem Kriegsministerium, das natürlich seinem Träger eine ungeheure Fülle der Macht gibt, in einer einzigen Person ist nichts anderes als eine Diktatur. Es gehört ein Mut dazu, den auch der Feind anerkennen wird, die Verantwortung einer solchen Stellung in diesem Augenblicke zu übernehmen, da tatsächlich Rußland am Rande des Abgrundes steht. Die Aufgabe, die der Mann auf sich nimmt, in dessen Gestalt sich für die Welt die russische Revolution verkörpert, übersteigt weit die Kräfte eines Einzelnen. Es wirkt fast symbolisch, wenn Herr Kerenski in diesen Tagen zwischen Petersburg und der russischen Front unruhig hin und her fährt. Die Gefahren, die da und dort drohen, sind in der Tat gleich dringender Art und erfordern die Anwesenheit des Diktators überall. Nicht allem gegenüber kann aber sein starker Wille und seine glänzende Beredsamkeit genügen. In der Hauptstadt ist er des ernstesten Ansturms der letzten Woche Herr geworden; der Arbeiterrat hat ihm sogar die Vollmacht gegeben, gegen die Bolschewiki, die man als Verräter des Landes verdächtigt, mit Waffengewalt vorzugehen. Mit diesem Auftrag ist freilich der Herd der Unruhen, der sich in Kronstadt herausgebildet hat, noch nicht aufgehoben und dem ersten Sturm können in jedem Augenblick weitere folgen. Die fanatischen Schwärmer, die Lenins Gefolgschaft bilden, haben freilich kein so schön ausgearbeitetes Programm, wie es die sozialistische Regierung Kerenskis nach dem Ausscheiden der Bürgerlichen ausgearbeitet hat, aber sie appellieren an die stärksten Instinkte der Massen, die nur nach Brot und Frieden verlangen.

Seit der Revolution ist in der russischen Verwaltung manches anders und sicher besser geworden; Unmögliches können aber auch die neuen Leute nicht leisten. Das Chaos des Verkehrs, der durch die Mißwirtschaft der alten Regierung schließlich völlig gelähmt war, hat sich nicht beheben lassen. Die Energie und der unseugbare gute Wille der neuen Regierung hat zwar die Versorgung der Armee zu verbessern vermocht, der Lebensmittelschwierigkeiten in den Großstädten aber konnte er nicht Herr werden. Der Ertrag der gewaltigen Anstrengungen Kerenskis zur Neubelebung der Kampfkraft des Heeres bricht vor dem Ansturm deutscher Truppen zusammen. Diese wichtigste Tatsache der letzten Tage wird natürlich die Friedenssehnsucht neu beleben, die eine der treibenden Kräfte der Petersburger Märzrevolution gewesen ist. In der Formel des "Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker" glaubten die Ideologen, die im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat sitzen, ein Zaubermittel gefunden zu haben, das aller Not des Kriegs mit einem Schlag ein Ende machen sollte. Gegen die Formel machte sich sofort der schärfste Widerstand der russischen Imperialisten geltend, die natürlich von der ganzen Entente mit einem unerschöpflichen Auswand rhetorischer und anderer Mittel dabei unterstützt wurden. Kerenski, der sich bald zum Hauptträger des Gedankens einer russischen Offensive machte, begründete dies freilich nicht mit imperialistischen Zielen, sondern mit der Notwendigkeit, der Stimme des revolutionären Rußlands im Räte der Völker, und vorerst in dem der Alliierten einen stärkeren Klang zu sichern. Ziemlich mag ihn noch mehr als dies der Wunsch getrieben haben, die Zerstückung des Landes, die sich in der schweren Erschütterung der militärischen Disziplin besonders deutlich zeigte, durch kriegerische Erfolge aufzuhalten. Diese Politik ist falsch wie jede, die für Schwierigkeiten der inneren Politik eine Ablenkung nach außen sucht. Nur ein rascher Friedensschluß könnte die gesunden Elemente des russischen Volkes in die Lage bringen, an der unausschiebbaren Neuordnung des Staates schaffend mitzuwirken; eine Kriegspolitik, die durch die Befriedigung über äußeres Prestige die inneren Wirren vergessen lassen sollte, hätte auch im Falle des Erfolgs die akuten Krank-

heiten nicht geheilt, an denen das neue Rußland leidet. Nur der Offensive aber, die natürlich deutsche Gegenmaßnahmen herausgefordert hat, setzt Herr Kerenski nicht nur die eigene Autorität, die im Chaos der jungen Revolution noch eine der festesten Erscheinungen war, aufs Spiel, er gefährdet tatsächlich damit den ganzen Ertrag der Revolution und sogar den Bestand des russischen Reichs.

Die inneren Schwierigkeiten Rußlands sind in den letzten Tagen unmittelbar bevor die deutschen Gegenstöße in Galizien die Russen über die wirklichen Machtverhältnisse auf den Kriegsschauplätzen aufgeklärt haben, durch den Austritt der bürgerlichen Minister aus der Provisorischen Regierung erheblich verschärft worden. Ohne die praktische Sachkunde bürgerlicher Mitarbeiter kann keine sozialistische Regierung in Rußland wirtschaften; der Boykott, den zuerst die Kadetten, seither aber auch die Vertreter anderer bürgerlicher Gruppen über das Ministerium verhängt haben, ist daher eine höchst ernste Angelegenheit. Es fällt aus der Ferne schwer, die Beweggründe zu beurteilen, die zu diesem folgenschweren Entschluß in einem Augenblicke geführt haben, der jede Verantwortung doppelt schwer wiegen läßt. Alle diese Fragen aber treten jetzt vor denen zurück, die durch den Verlauf der Ereignisse in Galizien aufgeworfen worden sind. Es wird nicht lange gehen, bis das russische Volk den für die neuen Katastrophen Schuldigen sucht. Wie lange es Kerenski gelingen wird, seine inneren Gegner dafür verantwortlich zu machen, das ist die Frage, von der die nächste Zukunft Rußlands abhängt. Ohne Gegenwehr werden sich die Maximalisten sicherlich nicht der Gnade oder Ungnade des neuen Diktators preisgeben. Sie werden darauf hinweisen, daß seine eigene Politik, die sich schließlich nur noch um die russische Offensive gedreht hat, zu den neuen Tragödien führte und führen mußte.

Das Programm des Kabinetts Kerenskis kündigt für den Monat August die schon längst aus Petersburg geforderte Konferenz der Entente an, auf der u. a. die Kriegsziele gehörig revidiert werden sollen. Diesmal werden sich die westlichen Alliierten der dringenden Einladung nicht mehr widersetzen können. Kerenski will also offenbar jetzt mit einiger Beschleunigung und größerem Nachdruck das tun, was die ganze Sachlage der russischen Revolutionsregierung von Anfang an gebot, nämlich die stärkste Einwirkung auf die Alliierten zur Herbeiführung des Friedens üben. Wir haben mehr als einmal vor den Illusionen derer gewarnt, die von dem revolutionären Rußland einen Sonderfrieden zu erlangen hofften; die Gründe, die eine solche Lösung mehr als unwahrscheinlich machen, bestehen auch jetzt noch unverändert weiter. Aber die Aussichten für eine kluge und ihres Zieles bewußte russische Politik sind erheblich größer geworden. Der Wunsch nach Frieden ist nirgends mehr zu unterdrücken. Die Erklärung des Deutschen Reichstags, die jede Demütigung und Vergewaltigung des Gegners ausschließt, gibt in allen Ländern den aufrichtigen Friedensfreunden neue Möglichkeiten. Die bisherige Politik Kerenskis geht in einem unerhörten Schiffbruch zu grunde; es hängt nicht nur die Zukunft des russischen Diktators davon ab, ob er das rechtzeitig erkennt und endlich den Weg beschreitet, den ihm eine vernünftige und ruhige Ueberlegung von Anfang an zeigen mußte.

**Der Ausbau des polnischen Heeres.
Eine Erklärung des polnischen Staatsrates.**

Warschau, 23. Juli.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der vorläufige Staatsrat im Königreich Polen wendet sich in Sachen des Ausbaues des polnischen Heeres in einer Erklärung an die polnische Bevölkerung. Es wird zunächst betont, daß der Staatsrat, der berufen ist, an dem Wiederaufbau des polnischen Reiches mitzuarbeiten, von dem ersten Augenblick seiner Tätigkeit an als leitenden Grundfals anstellte, daß die Grundlage dieses Wiederaufbaues in der Bildung einer eigenen nationalen Armee liegen müsse und daß die Legionen die Kadets dieser Armee zu bilden hätten. Die Erklärung gibt sodann einen Überblick über die Entwicklung der Heeresfrage bis zu dem Tage der Vereidigung. Es wird unter andern an die Wahl des Heeresausschusses des Staatsrates und an die Begründung des Staatsrates als polnische Regierung durch die sämtlichen Legionenregimenter erinnert, sowie an die Erklärung der freien polnischen Heeresorganisation, ihre Kräfte dem Staatsrate zur Verfügung zu stellen. Weiter wird der Bemühungen gedacht, die Legionen dem polnischen Staate zu übergeben und das Ausscheiden der österreichisch-ungarischen Untertanen zu verhindern. Die Legionen wurden als Kadets zur Bildung einer polnischen Armee dem Oberbefehl des Generals v. Bessler unterstellt. Der Staatsrat bemühte sich ferner mit Erfolg, den polnischen Charakter des in Bildung begriffenen Heeres zu sichern, und erreichte unter andern auch seine grundsätzliche Zustimmung zur Vereidigung des Militärgerichtswesens für alle Legionäre. Die endgültige Eidesform wurde vor drei Monaten im Staatsrat angenommen, ohne irgendeinen Widerspruch zu finden, sei es aus der Mitte des Staatsrates, sei es von außerhalb. (Notiz des Wolffschen Bureaus: Damit ist gesagt, daß auch die jetzt aus dem Staatsrate ausgeschiedene Linke für diese Eidesform einstimmig stimmte.)

Der vom Staatsrate angenommenen Eidesform stimmten die Mittelmächte erst vor einigen Wochen zu. Nachdem man zu gleicher Zeit die Erklärung der österreichisch-ungarischen Regierung erhalten hatte, daß sie die Zurückziehung der österreichischen und ungarischen Untertanen aus den Legionen nicht verlangt und nicht zu verlangen gedenkt, forderte der Staatsrat die aus dem Kongresskönigreich stammenden Offiziere und Soldaten zur Ablegung des Eides auf, indem er darin den ersten Schritt zur Bildung einer regulären polnischen Armee erblickte. Jetzt erklärte der Staatsrat feierlich, daß diejenigen, die diesen Eid geleistet haben oder noch leisten werden, ebenso wie die Patrioten, die demnächst die Reihen der Freiwilligen vermehren werden, in militärischer Hinsicht zum Gehorsam gegenüber ihren militärischen Vorgesetzten verpflichtet sind. In politischer Hinsicht ist ihre höchste nationale Instanz der Staatsrat, der gegenwärtig der einzige anerkannte Vertreter des polnischen Staates ist, das heißt des Vaterlandes, dem sie Treue geschworen. Ferner betont der Staatsrat, daß er, um die Bildung des künftigen polnischen Heeres nicht zu gefährden, den ersten Keim des eigenen Heeres nicht im gegenwärtigen Augenblick in den Strudel des Kampfes werfen will, erklärt aber ausdrücklich, daß er seine Arbeit auf dem Wege zur allerschnellsten Bildung der nationalen Armee und der nationalen Regierung, dieser ersten Grundlagen staatlicher Unabhängigkeit, fortsetzen und sofort an die Organisierung der obersten polnischen Staatsbehörden herantreten wird.

Als gegenwärtig einzige Obrigkeit, die die politische Stellungnahme der polnischen Nation festzulegen befugt ist und als deren gegenwärtige politische Regierung, erklärt der Staatsrat zum Schluß, daß das polnische Volk ein friedliebender Faktor zu sein wünscht, der auf die Beendigung des gegenwärtigen Kampfes hinwirkt und jedermann außerhalb Polens das Recht abspricht, mit dem polnischen Blute zu wirtschaften, bevor nicht die Nation selbst durch einen allgemeinen freien, im Königsschloß in Warschau versammelten Landtag die oberste Gewalt an sich nimmt. Es sind ausschließlich

die provisorischen Organe der polnischen Regierung, die auf polnischem Boden in der Hauptstadt des Landes amtieren, berechtigt und verpflichtet, das Volk dem von allen ersehnten Ziele entgegenzuführen.

Verkündigung der Diktatur der russischen Regierung.

Petersburg, 23. Juli.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die Vollzugsausschüsse des Arbeiter- und Soldatenrates und des Rates der Bauernabgesandten hielten eine gemeinsame Sitzung ab, in der nach längerer Debatte um 4 Uhr früh folgende Entschliehung gefaßt wurde:

„In der Erkenntnis, daß die Lage an der Front und im Innern des Landes einen militärischen Zusammenbruch, eine Katastrophe der Revolution und den Triumph der antirevolutionären Kräfte herbeizuführen droht, beschließen wir:

1. Das Land und die Revolution sind in Gefahr.
2. Die vorläufige Regierung wird als Regierung der Rettung der Revolution verkündet.
3. Der Regierung wird unbeschränkte Gewalt gewährt zur Wiederherstellung der Organisation und der Manneszucht der Armee, zum Kampfe bis aufs Aeußerste gegen die Gegenrevolution und die Anarchie sowie zur Verwirklichung des gesamten in der vorgestern veröffentlichten Regierungserklärung niedergelegten Programms.“

Die Entschliehung wurde einhellig mit 252 Stimmen angenommen. 47 Abgesandte, die Mehrzahl davon Maximalisten, enthielten sich der Abstimmung.

Haases Rede.

In dem telegraphischen Bericht über die Kriegszielverhandlung des deutschen Reichstages ist die Rede Haases fast zur Gänze untergegangen. Wir heben aus dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ folgende Stellen hervor:

Sie predigen, man soll die Nerven behalten; das Volk hat seine Nerven behalten, aber es ist aus dem Kriegsstau mel allmählich erwacht. Seit Jahren flüstert man ihm den Trost zu, es dauere nur noch kurze Zeit, dann werde dieser grausige Krieg ein Ende nehmen. Immer wieder hat man es vertröstet. Schließlich sollte der 1. August dieses Jahres bestimmt die Erlösung bringen. Auch von hoher Stelle hat man ja angedeutet, daß bald der Frieden diktiert werde. Herr v. Seydebrandt hat den Admiral zitiert, der nach einigen Monaten den vollen Erfolg der U-Boote in Aussicht stellte, so daß England gezwungen sei, Frieden zu schließen. So gläubig auch das Gros des Publikums alle Siegeshoffnungen aufgenommen hat, allmählich ist doch das kritische Gewissen erwacht. Was hat man nicht alles vorgeredet? England werde die neue Ernte wegen Mangels an Lebensmitteln gar nicht mehr politisch erleben, es werde gezwungen sein, um Frieden zu bitten. Wir haben es immer wieder und wieder in der alldeutschen Presse gelesen, von Mund zu Mund ging es. Die Nachricht, daß England den einen fleischlosen Tag, den es eingeführt hatte, wieder beseitigt hat, machte denn doch diesen und jenen, wie mir bekannt ist, stuhlig. Dazu kamen die bestimmten Nachrichten aus England über die dortige Lebenshaltung, daß Reis in Mengen aufgestapelt sei, daß das Pfund davon 36 Heller koste, daß man ein Duzend Eier für einen Schilling bekommt? Soll man nun weiter das Volk in dem Wahn halten, daß trotz alledem in nächster Zeit England schon wegen Verhungerns gezwungen sei, um Frieden zu bitten?

Man hat vorgerechnet, daß der Frachtraum Englands bald derartig vermindert sein werde, daß es den Krieg nicht länger fortführen könne. Aber auch da ist das Publikum von selbst längst darauf gekommen, daß die Rechnung, die man ihm vorgelegt hat, eine ganz falsche ist, daß man vollständig vergessen hat, in Betracht zu ziehen, daß der Frachtraum der ganzen Welt England zur Verfügung stehe und daß es deshalb unsinnig ist, einfach die Verluste, die die U-Boote herbeiführen, in Proportion zu stellen zu den Schiffen, die England allein gehören.

Der neue Reichskanzler hat heute gewarnt vor den voreiligen Propheten und hat in demselben Atemzug die Prophezeiung ausgesprochen, die ebenso voreilig war und die sehr bald durch die Ereignisse Lügen gestraft werden wird, indem er ausführte: England werde nicht mehr lange — den Ausdruck gebrauchte er — dem Friedensbedürfnis widerstehen können. Wollen wir unser Volk in eine neue Täuschung hineinführen? Die große Masse will die Wahrheit haben, will nicht länger mit eitlem Hoffnungen abgespeist werden.

Der Reichskanzler habe in seiner letzten Rede, die er hier zuletzt hielt, Rußland zum Frieden eingeladen und Sie wissen, wie die russische Regierung, die russischen Arbeiter- und Soldatenräte und die russischen Parteien ihm allzumal geantwortet haben. Dann haben drei deutsche Offiziere bei dem General Dragomirov vorgeschlagen und ersucht, ob sie nicht auf diesem Wege zu Friedensverhandlungen kommen können. Auch das, meine Herren, hat zu keinem Erfolg geführt. Dann hat unser Hauptkommandierender Ost dem General Dragomirov angeboten, daß beide Parteien autoritative Vertreter zu einer Besprechung entsenden sollen. Der General Dragomirov hat den Empfang des Briefes bestätigt, ist schließlich auf den Vorschlag mit keinem Worte eingegangen. Dann ist vor uns ein Radiotelegramm nach Rußland gesendet worden, in dem es heißt: „Es solle die russische Gesellschaft wissen, daß Deutschland im Einverständnis mit seinen Verbündeten die Bereitschaft erklärt hat, daß oft ausgesprochenen Wünschen der russischen Soldatendelegierten nach einer Einstellung des Blutvergießens entgegenkommen wird. Die Zentralmächte erklären gemeinsam, daß sie bereit sind, einen für beide Parteien ehrenvollen Frieden zu schließen. Die einzelnen Bedingungen sollen einem besonderen Einverständnis vorbehalten bleiben. Es wurde hervorgehoben, es werde damit dasselbe Ziel verfolgt, wie mit dem Waffenstillstandsvorschlag, der bereits am 19. Mai vom Stabe des Hauptkommandierenden den Frontabteilungen der achten und neunten Armee übermittelt wurde. Es wurde schließlich in diesem Radiotelegramm ausgeführt: „Wenn die vereinigten Zentralmächte gezwungen werden, den Krieg fortzusetzen und weitere gewaltige Ausgaben zu tragen, werden allerdings auch ihre Kriegsziele weiter gelockt werden.“

Was haben alle diese Angebote für einen Erfolg gehabt? Der russische Arbeiter- und Soldatenrat hat sie mit Entrüstung zurückgewiesen, weil er darin einen Versuch erblickte, mit Rußland endlich zu einem Separatfrieden zu kommen, und das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates hat in der Nummer vom 9. Juni mit einer Schärfe, wie ich sie selten erlebt habe, ebenfalls diesen Vorschlag als einen tränkenden, als einen für Rußland ehrlosen hingestellt. Es ist wichtig, uns das vor Augen zu führen, um daraus zu lernen, wie man es nicht machen soll, um die psychologischen Wirkungen abschätzen zu lernen, die auch die neue Friedensresolution sicherlich wieder haben wird. Aber das eine Radiotelegramm hat ja nicht genügt. Es ist ein neues Radiotelegramm am 7. Juni um 2 Uhr vom Oberkommandierenden verbreitet und in Rußland aufgefangen worden. Auch das hat keinerlei Wirkung gehabt, sondern der Justizminister Kerenskij hat dieses Radiotelegramm als für seine Zwecke äußerst erwünscht erachtet, so daß er es am 22. Juni offen im Kongress den Arbeiter- und Soldatenräten von ganz Rußland vorgelesen hat, und zwar unter Zustimmung des gesamten Kongresses. Also auf dem Wege kommen Sie unter keinen Umständen vorwärts! Es zeigt sich hier im Parlament auch bei den Sozialisten des Blocks genau dasselbe, was wir zu unserem Schaden bei unserer Regierung beobachtet haben: Sie können sich nicht in das Denken und Fühlen des Auslandes hineinverleihen und werden deswegen von Mißerfolg zu Mißerfolg getrieben.

Die Stimmung im Volke ist wegen der gesamten Lage und wegen des bleiernen Drucks des Hungers und des Des-lagerungszustandes eine solche, daß auch die Allerleichtfertigesten und Hoffnungsfreudigsten zur Selbstbesinnung gedrängt werden. Glauben Sie denn, meine Herren, daß es möglich ist, daß für die Dauer ein solcher Zustand von den Massen ertragen werden kann? Das ist ganz unmöglich, und wenn Sie den Ausbruch erleben werden, dann sollen Sie wenigstens nicht überrascht sein. Sie sollen sich beizeiten Rechenschaft darüber ablegen. Die Massen mühten ja auch jeder Menschenwürde und jedes Klassenbewußtseins bar sein, wenn sie sich nicht gegen diesen Zustand auflehnten. Die Arbeiter wollen den Frieden, und zwar nicht nur die Arbeiter in Deutschland, sondern die in allen Ländern. Man kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Friedensbewegung überall zunimmt. Sie nimmt zu unter den Bestrebungen, die die Sozialisten in Stockholm verfolgt haben; sie nimmt zu unter der Bestrebung, die insbesondere meine Freunde hier dauernd verfolgen. In Frankreich, in England wie in Rußland selbstverständlich ebenfalls. In der Tiefe bringt in alle Völker der brennende Wunsch: Wir wollen nicht einander töten, wir wollen uns als

Brüder die Hände drücken, wir wollen nicht Mordwerkzeuge schaffen, wir wollen mit der Kraft unserer Hände und Hirne fortan Kulturgüter erzeugen zum Wohl des eigenen Volkes und zur Fortentwicklung der gesamten Menschheit.

Die russische Kriegsformel.

Das herrliche Vordringen unserer und der mit uns verbündeten deutschen Truppen in Galizien hat die Krise, in der sich die russische Revolution seit ihrem Beginn befindet, auf einen Höhepunkt gebracht. Die Krise hat sich mit einer gewissen inneren Konsequenz entwickelt, und es heißt sehr oberflächlich urteilen, wenn man sagt, daß die russische Revolution sich durch ihre Offensive an unserer Front mit sich selbst in Widerspruch gesetzt und ihr ursprüngliches Friedensprogramm verleugnet habe. Denn zu einem absoluten Friedensprogramm hat sich die russische Revolution nie bekannt, der Friede um jeden Preis war vielmehr und ist auch heute noch das Programm ihrer extremen Gegner, der Bolschewiki oder Leninisten, die für eine politische Revolution keinen Sinn haben und an ihre Stelle die soziale Revolution in allen Ländern gleichzeitig nach den Doktrinen von Marx setzen wollen. Die Revolution selbst, die ja von den bürgerlichen Radikalen, den Kadetten, ihren Ausgang genommen hat, hat geradezu mit einem Nicht-Friedensprogramm angefangen. Denn das letzte Verbrechen, das der Zar nach Ansicht der Revolutionäre begangen hatte und das ihn in ihren Augen endgültig unmöglich machte, waren seine angeblichen Bestrebungen nach einem Sonderfrieden mit Deutschland.

Mit dem Protest gegen einen Sonderfrieden hat die Revolution begonnen, und noch heute ist sie gegen einen solchen — was man allerdings bei uns in manchen Kreisen die längste Zeit übersehen hat.

In dieser Negation waren die beiden Revolutionsparteien einig. In ihren positiven Programmen gingen sie auseinander. Die Bürgerlichen, insbesondere Miljukow, vertraten ein Eroberungs-, ein Kriegsprogramm, die Sozialisten (Menschewiki) wollten von Eroberungen nichts wissen und stellten die Formel auf: „Friede ohne Annexionen und ohne Kriegskontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“. Sie dachten dabei an einen allgemeinen Frieden, und sahen das Selbstbestimmungsrecht der Völker zunächst in jenem weitesten Sinne auf, in dem sie selbst davon Gebrauch gemacht hatten, im Sinne der Revolution, und forderten denn auch die Völker der Zentralstaaten auf, es ihnen gleichzutun. Ihre Erwartungen trafen nach keiner Richtung zu. Weder eröffnete sich die Aussicht auf eine Revolution in den Zentralstaaten, noch auf einen allgemeinen Frieden. So war die russische Revolution mit ihrer Friedensformel plötzlich stecken geblieben, während Rußlands Armeen zwecklos an der Front standen. Was tun? Die Bolschewiki sagten mit erhöhtem Nachdruck: einen Sonderfrieden schließen. Bei den Menschewiki aber war mittlerweile die Abneigung gegen den Sonderfrieden, die aus der allgemeinen Treue zu den Verbündeten und den Verträgen entsprungen war, durch ein zweites, spezifisch revolutionäres Argument verstärkt worden, das ihnen die mit Rußland verbündeten alten Demokratien, England, Frankreich, Amerika, geliefert hatten, und das sich auch als das stärkere erwies: das Argument, daß Rußland durch einen Sonderfrieden mit den Demokratien des Westens brechen und isoliert den Zentralmächten ausgeliefert wäre, die der Revolution ein Ende machen und die Autokratie wieder einführen würden.

So kam die revolutionäre Dialektik von der Friedensformel zu einer Kriegsformel, die nun lautet: Die Revolution, die Freiheit, die Demokratie und das Recht, wie es jetzt abwechselnd in den Kerenskiischen Aufrufen heißt, müssen mit

den Waffen gegen die Zentralmächte verteidigt werden. Noch immer verabscheuen die Sozialisten den Eroberungskrieg der Kadetten, darin sind sie sich treu geblieben, aber sie denken nicht mehr an den Frieden, sondern an den Krieg, den Revolutionskrieg. Die Offensive wurde eingeleitet, die den russischen Waffen schließlich so schwere Niederlagen brachte. Wer ist aber an diesen Niederlagen schuld? Kerenski und seine Anhänger sagen: Die Bolschewiki und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Finnländer und Ukrainer, die die Moral der Truppen und den Zusammenhalt des Reiches gelockert haben. Also auch gegen die Anarchisten und Separatisten muß die Revolution und das unteilbare Vaterland durch Krieg und Sieg gerettet werden. Die Kriegsformel erfährt durch die Niederlagen noch eine doppelte Verstärkung, und Kerenski eignet sich bereits das berühmte Bismarck-Wort vom Blut und Eisen an, mit dem das neue Rußland geschmiedet werden müsse.

Englische Regierungserklärung.

London, 24. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Im Unterhause antwortete Lord Cecil auf eine Kritik Dillons über die Balkanpolitik der Regierung und die Operationen bei Saloniki. Cecil wies die Vorwürfe Dillons über die Moral der Truppen zurück. Er nahm Anstoß an der Auffassung Dillons, daß die Regierung im Begriffe sei, Serbien im Stiche zu lassen. Das sei absolut unrichtig. Die Regierung beabsichtige durchaus nicht, von ihrer Verpflichtung zurückzutreten, nämlich daß Serbien vollständige Wiederherstellung und Entschädigung erhalten müsse. Cecil erklärte sich mit der Äußerung eines Abgeordneten einverstanden, daß Oesterreich-Ungarn nicht der Hauptfeind sei; der Hauptfeind müsse Deutschland sein.

Was die allgemeinen Friedensgrundsätze betreffe, so müsse der erste Grundsatz sein, treu zu den Verbündeten zu halten. Neben Elsaß-Lothringen habe Frankreich seine Wünsche auszusprechen und England habe es zu unterstützen. Derselbe Grundsatz gelte für die übrigen Verbündeten, besonders für Serbien. England halte sich für unbedingt verpflichtet, es wiederherzustellen und schadlos zu halten.

Was die südslawische Bewegung betrifft, so sei es gefährlich, weiterzugehen, als die Regierung in ihrer Antwort an Wilson getan habe. Die Re-

gierung erklärte darin, daß sie wünsche, unter den unterdrückten Nationalitäten auch die serbische Nation zu befreien, aber sie gehe nicht weiter und verpflichte sich nicht auf eine bestimmte Form der Befreiung.

Der zweite Grundsatz, für den England Krieg führe, sei ein dauerhafter Ausgleich und befriedigender Friede, der nicht auf Eroberung und Herrschaft, sondern auf dem Grundsatz der Selbständigkeit der Völker beruhe und der den neuen Zustand gegen künftige Aenderungen sichere.

Als drittes großes Kriegsziel sei oft die Beseitigung des deutschen Militarismus bezeichnet worden. Sie bilde tatsächlich einen Teil des zweiten Grundsatzes. Er wünsche die Vernichtung des deutschen Militarismus, weil er eine große Gefahr für den künftigen europäischen Frieden bedeute. Die Rede des deutschen Reichskanzlers enthalte zwei charakteristische Züge: 1. verlange er einen für Deutschland siegreichen Frieden, 2. lehne er jede demokratische Aenderung der deutschen Verfassung ab. Das seien Charakterzüge von schlimmster Bedeutung. Lloyd George sagte, mit einem demokratischen Deutschland würde es leicht sein, Frieden zu schließen. Er sei derselben Meinung, denn wenn Deutschland eine Demokratie gewesen wäre, so würde dieser Krieg nicht stattgefunden haben. Wenn in Deutschland wirklich eine demokratische Regierung errichtet würde, so wäre damit eine starke Bürgschaft gegeben, daß die deutsche Politik eine endgültige Wendung genommen hätte und daß die Gefahren, deren man sich in Zukunft von Deutschland zu versehen hätte, entsprechend vermindert würden.

28./VII 1917

Oesterreich und die Entente.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Lugano, 27. Juli. Der „Corriere“ bekämpft in einem Leitartikel die Erklärung Sir Robert Cecil's im Unterhause, wo dieser in Beantwortung der Kritiken des Pazifisten Burton Ramsay erklärte, die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns gehöre nicht zu den Kriegszielen der Verbündeten. Der „Corriere“ meint, daß die Wahrung der italienischen und rumänischen Interessen die Wiederherstellung Serbiens und des geeinigten Polens, die Befreiung der Tschechen vom österreichischen Joch usw. einen wesentlichen Bestandteil der Kriegsziele der Verbündeten überhaupt bilde und beispielsweise die Preisgabe Serbiens die schwerste Beleidigung jener Ideale wäre, für die sich so viele Verbündete geopfert haben. Indem die Entente die Kriegsteilnahme Italiens und Rumäniens annahm, habe sie gewissermaßen eine Ehrenschild übernommen, diese aber sei ohne die Zerstückelung Oesterreichs nicht einzulösen. Auch den Ausspruch Lord Cecil's will der „Corriere“ nicht gelten lassen, demzufolge für England Deutschland der Hauptgegner sei. Ein verbündeter Staatsmann, welcher das Schicksal Deutschlands und Oesterreichs trenne, begehe den größten Rechenfehler,

denn ohne ein geschlagenes Oesterreich werde jener mitteleuropäische Block zustandekommen, der an sich gleichbedeutend mit dem Sieg der Mittelmächte wäre. Jetzt sei es wahrlich Zeit, solche Widersprüche zu vermeiden, und es sei sehr bedauerlich, daß in gewissen englischen Kreisen heute noch eine ungenügende Kenntnis der Tatsachen zu herrschen scheine.

Dr. Michaelis gegen Annexionen

Der Reichskanzler hat gestern abend eine größere Zahl von Vertretern der Presse bei sich empfangen und bei dieser Gelegenheit folgende Ausführungen gemacht:

„Ich habe Sie nicht nur deshalb hierher gebeten, weil ich von vornherein beim Antritt meines neuen Amtes deutlich bekunden möchte, wie hoch ich die weltpolitische Bedeutung der Presse bewerte und wieviel mir daran liegt, ihr enges, vertrauensvolles Zusammenwirken mit der Reichsregierung zu sichern. Meine Einladung hat auch noch einen unmittelbaren, greifbaren Anlaß.

Die Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George vom 21. Juli in der Queenshall und die letzten Verhandlungen im englischen Unterhause haben aufs neue mit unwiderleglicher Deutlichkeit bewiesen, daß Großbritannien keinen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs, sondern nur einen solchen Abschluß des Krieges will, der die völlige Unterwerfung Deutschlands unter die gewaltsame Willkür seiner Feinde bedeuten würde.

Eine weitere Bestätigung für diese Tatsache ist der Umstand, daß der englische Minister Carson kürzlich in Dublin erklärt hat, Verhandlungen mit Deutschland, welcher Art sie auch seien, könnten erst beginnen, wenn die deutschen Truppen über den Rhein zurückgezogen worden seien. Bonar Law hat auf die Anfrage Kings zwar diese Erklärung insofern abgemildert, als er den Standpunkt der englischen Regierung dahin festlegte, Deutschland müsse sich, wenn es den Frieden verlange, vor allem bereit erklären, das besetzte Gebiet zu räumen. Wir haben indessen greifbare Unterlagen dafür, daß die Regierungen unserer Feinde durchaus der von Carson so unvorsichtig abgegebenen noch weitergehenden Erklärung beipflichten.

Es ist Ihnen allen bekannt, daß die schon seit Wochen in der neutralen Presse verbreiteten, zuerst in der „Berliner Tagwacht“ vom 19. Juni aufgetauchten ganz bestimmten Angaben über weitgehende, von England und Rußland gebilligte Eroberungspläne der französischen Republik bis heute un widerprochen geblieben sind. Es trifft sich gut, und es wird für die Aufklärung der gesamten Welt über die wahren Ursachen der Fortsetzung des blutigen Völkermordens von der größten Bedeutung sein, daß inzwischen auch schriftliche Beweise für diese erobrerungs-lüsterne Gesinnung der Feinde in unsere Hände gelangt sind. Ich meine damit von Augen- und Ohrenzeugen aufgezzeichnete Berichte über die geheimen Verhandlungen der französischen Kammer vom 1. und 2. Juni dieses Jahres.

An die Regierung Frankreichs richte ich hiermit die öffentliche Anfrage, ob sie beabsichtigt will, daß die Herren Briand und Ribot in jener geheimen Kammerverhandlung, an der die aus Petersburg heimgekehrten Abgeordneten Montet und Casju teilgenommen haben, die Tatsache zugeben mußten, daß Frankreich noch ganz kurz vor dem Ausbruch der russischen Revolution mit der Regierung des Zaren, die Herr Lloyd George in seiner letzten Rede als eine „geistig enge und verkommene Autokratie“ bezeichnete, weitgehende Eroberungspläne vereinbart hat. Ich frage, ob es wahr ist, Laß dem französischen Botschafter Paléologue auf Grund einer Anfrage, die er nach Paris gerichtet hatte, am 27. Januar d. J. von dort die Ermächtigung erteilt worden ist, einen Vertrag mit Rußland zu unterzeichnen, der von Herrn Doumergue durch Verhandlungen mit dem Zaren vorbereitet worden war.

Ist es richtig oder nicht, daß der Präsident der Republik auf Verhelots Vorschlag diese Ermächtigung ohne Vorwissen Briands erteilt und daß Briand sie nachträglich gutgeheißen hat? Dieser Vertrag sicherte Frankreich seine im Anschluß an frühere Eroberungskriege gezogenen Grenzen vom Jahre 1790 zu, also Elsaß-Lothringen, dazu das Saarbecken und weitgehende Gebietsveränderungen am linken Rheinufer ganz nach Gutdünken Frankreichs. Hat nicht Tereschtschenko, nachdem er in Rußland ans Ruder gelangt war, gegen die französischen Eroberungsziele, die sich überdies in der Türkei auf die Gewinnung Syriens erstreckten, Einspruch erhoben? Hat er nicht in einer vorüber-

gehenden Regung seines vaterländischen Gewissens erklärt, das neue Rußland würde, wenn es von diesen französischen Kriegszielen erfüllt, nicht mehr gewillt sein, sich am Kampfe weiter zu beteiligen? War die Reise Thomas' nach Rußland nicht in erster Linie ein erfolgreicher Versuch, Tereschtschenko diese Gewissensbedenken auszureden?

Das alles wird die Regierung der französischen Republik nicht ableugnen können. Sie wird weiter, wenn auch nur stillschweigend, zugeben müssen, daß Briand in der Kammer Sitzung hinter verschlossenen Türen heftigen Angriffen ausgesetzt war, daß Ribot den Geheimvertrag mit Rußland nach anfänglicher Weigerung auf das Verlangen Renaudels vorlegen mußte, und daß Briand sich in der nachfolgenden erregten Debatte selber die Maske vom Gesicht gerissen hat, indem er erklärte, das Rußland der Revolution müsse halten, was das Rußland des Zaren versprochen habe. Was die unteren Volksklassen Rußlands dazu sagten, könnte Frankreich kalt lassen. Bezeichnend ist ferner, daß Montet in Rußland nach seinem eigenen Zugeständnis auf die von dem Verbündeten gestellte Frage, ob Elsaß-Lothringen das einzige Hindernis für den Frieden sei, geantwortet hat, auf eine so gestellte Frage könne er keinen Bescheid geben. Man möge bedenken, daß die russische Revolution mit französischem Blute erkaufte worden sei! Auf die Stimmung der Russen wirft ein helles Schlaglicht das Zugeständnis Casjus, die russischen Vertreter hätten bei der Verhandlung mit ihm erklärt, auf Konstantinopel legten sie keinen Wert, das sei keine russische Stadt. Auch die Abgesandten des russischen Heeres hätten sich dem angeschlossen.

Ohne Rücksicht auf diesen deutlichen Beweis für das Widerstreben des russischen Volkes gegen seine Machterweiterungspolitik hat Herr Ribot in der geheimen Kammerverhandlung die Revision der französischen Eroberungskriegsziele abgelehnt. Er berief sich dabei unter anderem auch auf die Tatsache, daß Italien ja ebenfalls große Gebietserweiterungen zugesichert worden seien. Um die selbst französischen, durch die Revanchelust geblendeten Augen nicht ohne weiteres einleuchtenden Ansprüche auf das linke Rheinufer ihres erobrerungslüsternen Charakters zu entkleiden, bediente er sich zuletzt des Advokatenkniffs, von der angeblich nötigen Gründung eines Pufferstaates zu reden. Die Opposition durchschaute jedoch auch dieses Manöver und rief ihm während des lärmenden Widerspruchs, der ihn umtobte, mit Recht entgegen: „Das ist schändlich!“

Besonders bemerkenswert aber ist, das möchte ich noch zum Schluß erwähnen, aus der Erwiderung Ribots auf eine friedensfreundliche Rede Augagneurs die Bemerkung, daß die russischen Generale erklärt hätten, ihre Armee sei niemals in besserer Verfassung und besser ausgerüstet gewesen als zur Zeit. Hier tritt mit aller Deutlichkeit zutage, was Herr Ribot so sehr zu verschleiern bemüht war: der dringende Wunsch, das russische Volk noch weiter für Frankreichs ungerechtfertigte Machtgelüste bluten zu lassen.

Der Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Aber nicht so, wie Herr Ribot es sich gedacht hat, denn selbst ihm wird man nicht soviel Mangel an Menschlichkeit zutrauen dürfen, daß er etwa von vornherein die Erfolglosigkeit der inzwischen von Rußland erpreßten Offensiven vorausgesehen und sie trotzdem nur deshalb gefordert hätte, weil er sich davon auf jeden Fall eine weitere Galgenfrist bis zu dem erwähnten Eingreifen Nordamerikas in den Krieg versprach.

Die feindliche Presse hat sich bemüht, meine Antrittsrede im Reichstage dahin auszuinterpretieren, daß ich der von der Mehrheit des Hauses gefaßten Entschliebung nur unter dem schlecht verschleierten Vorbehalt deutscher Eroberungswünsche zugestimmt hätte. Diese Irreführung, über deren Zweck wohl keinerlei Zweifel bestehen kann, muß ich zurückweisen. Wie sich andererseits aber von selbst versteht, setzt die von mir abgegebene Erklärung voraus, daß auch der Feind auf Eroberungspläne verzichtet. Die Tatsachen, die ich Ihnen heute vor Augen geführt habe, lassen erkennen, daß unsere Gegner an einen solchen Verzicht nicht im entferntesten denken.

Die französische Regierung hat fürwahr allen Grund gehabt, die Kammerverhandlungen vom 1. und 2. Juni hinter verschlossenen Türen abhalten zu lassen, denn die jetzt ans Licht gezogenen Vorgänge sind ein neuer Beweis dafür, daß nicht wir und unsere Verbündeten, sondern nur die feindlichen Mächte an der Fortsetzung des Krieges die Schuld tragen, und daß nicht uns,

sondern unsere Feinde der Draug nach Eroberung leitet. Dieses Bewußtsein von der Gerechtigkeit unseres Verteidigungskrieges wird auch ferner unsere Kraft und Entschlossenheit stärken.

29. / VII. 1917.

Die österreichischen Ukrainer und die selbständige Ukraina.

Drachtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 28. Juli.

Die ukrainische Vereinigung des österreichischen Abgeordnetenhauses beschloß im Hinblick auf die letzten Vorgänge in Rußland und die damit zusammenhängende Aufrollung der ukrainischen Frage, festzustellen, daß die ukrainische Nationalbewegung eine Macht geworden ist, deren Bedeutung weit über die Grenzen des russischen Reiches hinausgeht. Die Vereinigung gibt ihrer festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die ukrainische Frage, deren endgültige Lösung durch die Schaffung einer

von der provisorischen Regierung in Petersburg anerkannten ukrainischen Regierung in Kiew gegeben ist, als eine westeuropäische Frage von der Tagesordnung der großen Politik nicht mehr verschwinden wird.

In Sachen der inneren österreichischen Politik wurde beschlossen, auf dem Standpunkt zu verharren, daß die Lösung der Verfassungsfrage in Oesterreich das primäre Recht des Parlaments bildet, und daß diese Lösung auf der Grundlage der wahren Demokratie sowie der Selbstbestimmung und des Selbstverwaltungsrechtes der österreichischen Völker auf verfassungsmäßigem Wege zu erfolgen habe, und daß sich die Vereinigung dafür einsetzt, daß der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses zwecks Fortsetzung seiner Arbeiten ehestens einberufen werde. Damit betrachtet die Vereinigung die Verfassungsfrage in Oesterreich als eine Frage, an deren Lösung alle Völker ohne Rücksicht auf Rassenunterschiede interessiert sind.

29. / VII. 1917.

Erzberger für die Verständigung mit England.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Bln, 28. Juli.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“ hatte der Chefredakteur Baumberger von den „Neuen Zürcher Nachrichten“ gestern eine Unterredung mit dem in Zürich eingetroffenen Reichstagsabgeordneten Erzberger. Erzberger sagte: Der Reichskanzler faßt seine Mission als Friedenskanzler auf und so auch der Reichstag, der für die Berechtigung dieser Auffassung vollwertige Garantien besitzt. Die Berufung von Dr. Michaelis bedeutet keine Abschwächung der Friedensresolution des Reichstags, sondern sie ist eine Verstärkung derselben in allen Teilen. Gewiß wäre es ein Verbrechen, nicht alles zu tun, um einen vierten Kriegswinter zu verhüten. Gott sei dank liegt zur Stunde immer noch die Möglichkeit vor, ihn zu vermeiden. Die Grundlage für eine Verständigung mit England — dort liegt der Angelpunkt für den allgemeinen Frieden, um den es sich handelt — ist effektiv da. Ich unterstreiche allgemeiner Dauerfrieden, womit ein Sonderfrieden von selber hinfällig wird. Wäre mir in nächster Zeit Gelegenheit geboten, mich mit Lloyd George oder Balfour oder einen ihrer ersten Vertrauensmänner zu unterhalten, würden wir uns sehr wahrscheinlich in wenigen Stunden über die Verständigung, das heißt die Friedensbasis, so weit geeinigt haben, daß die amtlichen Friedensverhandlungen sofort beginnen könnten. Baumberger bemerkte: Diese letzten Sätze sind von so ungeheurer Wichtigkeit, daß ich Sie ausdrücklich frage, ob ich dieselben wörtlich veröffentlichen darf. Erzberger antwortete: Tun Sie es ruhig, ich verbürge mich dafür.

Siams Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Der in Berlin residierende, auch in Wien akkreditierte siamesische Gesandte hat am 27. d. die vom 22. Juli datierte Kriegserklärung Siams an Oesterreich-Ungarn notifiziert.

Berlin, 28. Juli.

Der siamesische Gesandte teilte im Auswärtigen Amte mit, daß Siam sich im Kriegszustand mit Deutschland erachte. Dem Gesandten wurde eröffnet, daß er seine Pässe erhalten werde, sobald eine sichere Nachricht darüber vorliegt, daß für die kaiserliche Vertretung in Bangkok freies Geleite nach Deutschland gewährleistet ist. Dem Gesandten ist ferner kein Zweifel darüber gelassen worden, daß seine Regierung für jeden Schaden, den Reichsangehörige in Siam in völkerrechtswidriger Weise erfahren sollten, zur vollen Verantwortung gezogen werden wird.

30. / VII. 1917

Die Erklärungen des Grafen Czernin.

Budapest, 29. Juli. Die jüngsten Erklärungen des Grafen Czernin werden von der Presse als ein bedeutungsvoller Schritt in unserm Ringen für den Weltfrieden bezeichnet.

„Beste Floyd“ schreibt: Klipp und klar, in Worten, deren Eindeutigkeit selbst den böswilligsten Verdichtern in England und Frankreich ihr giftiges Handwerk legen muß, erklärte heute Graf Czernin, daß zwischen Wien und Berlin eine vollständige, bis ins kleinste Detail reichende Übereinstimmung in bezug auf die Kriegsziele herrsche. Mit starken Worten hob Graf Czernin hervor, daß Vernunft und Moral auf die Beendigung des sinnlos gewordenen Krieges dringen. Die Entente muß vor der Weltgeschichte die Verantwortung übernehmen, wenn sie nicht endlich zugeben will, daß der Vorhang über den letzten Akt der Tragödie des Weltkrieges herabgelassen werde.

„Beste Hirlap“ sagt: Graf Czernin hat unsern Gegnern zu wissen gegeben, daß es trotz unsrer Siege noch eine annexionslose Richtung in der Monarchie gebe und daß diese Richtung heute noch stark genug sei, die Menschheit von weiteren Schrecknissen des Krieges zu befreien. Es muß konstatiert werden, daß die Friedenspolitik sowohl in der Monarchie als auch in Deutschland keinen größeren Feind hat als die Entente.

„Bilag“ schreibt: Die ungarische öffentliche Meinung billigt den gemäßigten, humanen Ton und Standpunkt des Grafen Czernin und nimmt gern seine vorbehaltlose Aufrichtigkeit entgegen.

„Az Ujsag“ hebt hervor, daß Minister des Neuhern Graf Czernin gegen jede Tendenz protestieren wollte, welche zwischen Deutschland und die Monarchie einen Keil einschleiben will. Aus seinen Erklärungen geht klar hervor, daß zwischen uns und Deutschland das Bündnis unerschütterlich besteht und daß unsre Friedensbereitschaft auch nach unserm neuerlichen Siegen unverändert bleibe, denn wir stehen auf moralischer Grundlage.

„Napjarna“ sagt: Der Ton von Graf Czernins Ausführungen ist verständnisvoll, verführlich und human. Graf Czernin ist kein Freund jener Politik, welche ihre Kriegsziele nach der Kriegsbarte und dem wechselnden Kriegsglück abändert.

„Beste Naplo“ betrachtet die Ausführungen des Ministers des Neuhern als Zeichen der Kraft und Ehrlichkeit, als Kundgebung eines Staatsmannes, welcher mit den Anforderungen der Gegenwart, aber auch mit dem Urteil der Geschichte rechnet. Durch die Ausführungen des Grafen Czernin ist auch der heutige Tag eine historische Station im Ringen um den Frieden geworden. Kein und klar stehen wir vor der ganzen Welt.

„Beste Journal“ schreibt: Indem Graf Czernin unsre Friedensbereitschaft feststellt, spricht er vom Frieden nicht als von einer Sache, die wir um jeden Preis haben möchten, sondern er spricht von einem Frieden, den wir selbst nach neuerlichen Siegen nur als Frieden der Vernunft und der Ehre suchen.

30./VII. 1917

Die Kriegsziele Churchills.

London, 28. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In einer Rede in Dundee sagte Munitionsminister Churchill: Nächstes Jahr werden wir Granaten, Geschütze, Tanks und Flugzeuge in noch nie dagewesenen Mengen haben. Wir werden kämpfen; wir werden den Preis, den unsere Soldaten beinahe gewonnen haben, nicht beiseite werfen in dem Augenblick, da wir ihn ergreifen können. Wir kämpfen nicht um der Bente willen oder aus Rache, aber wir wollen die Preußen entscheidend schlagen. Wir werden durchhalten, bis wir den unverkennbaren Sieg errungen haben, der zur Folge haben wird, daß das deutsche Volk alles Vertrauen in sein Regierungssystem und seine Regierenden verliert. Wir werden unsere Verpflichtungen gegenüber unsern Verbündeten halten. Wir wollen einen bestimmten, unverkennbaren Sieg für die Grundfrage der Sache, für die wir kämpfen, aber wir wollen auch nicht weniger.

30. VII. 1917

Siams Kriegserklärung.

Die Begründung.

AB Wien, 30. Juli.

Die Kriegserklärung Siams an Oesterreich-Ungarn ist der k. u. k. Regierung in Form einer Note bekanntgegeben worden.

In diesem Schriftstück wird die Kriegserklärung damit begründet, daß die siamesische Regierung sich nicht mehr der Tatsache verschließen könne, daß Oesterreich-Ungarn trotz des am 1. April d. J. überreichten siamesischen Protestes fortfahre, Kriegsmethoden anzuwenden, die sowohl jedem humanitären Empfinden als auch den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes widersprechen.

30. VII. 1917

Die Eroberung des linken Rheinufers.

Die Reden des Ministers des Aeußern Grafen Czernin und des Reichskanzlers Dr. Michaelis beim Empfange der Presse.

Wien, 30. Juli.

Die französische Republik hat mit Rußland einen Vertrag wegen der Eroberung des linken Rheinufers geschlossen. Der Zar hat dieses Uebereinkommen wenige Monate vor seinem Sturze unterzeichnet, und die Namensfertigung für die Republik ist vom Präsidenten Poincaré heimlich vollzogen worden. Nun liegt ein Lügengewebe bloß, wie es die Welt sich nicht vorstellen und nicht ahnen konnte. Nach dem Staatsstreich des Kaisers Louis Napoleon hielt er Reden gegen die Verträge von 1815, gegen die Wiener Kongressakte, welche die Grenze von Frankreich so bestimmt hatte, wie sie bis zum Verluste von Elsaß und Lothringen gewesen ist. Noch früher unter dem König Louis Philipp entstand eine Bewegung zur Eroberung des linken Rheinufers. Damals wurde in Deutschland das Lied von Nikolaus Becker gesungen: Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein. Die Franzosen antworteten: Wir haben ihn gehabt, den Rhein. Aber die namenlose Heuchelei ist nicht begangen worden, mit der jetzt von England und Frankreich ein sittliches Ziel für das Vorden vorgeschützt wird. Wir führen den Krieg, sagen die Engländer und die Franzosen, für die Freiheit und für die Selbstbestimmung der Völker. Keine Nation darf unterdrückt, keine unter Fremdherrschaft gebracht werden. Mit diesem Schlachtruf ziehen sie aus, und inzwischen hat Frankreich mit Rußland einen Vertrag geschlossen, worin der Zar verpflichtet wurde, den Krieg so lange mit seiner ganzen Macht zu unterstützen, bis das linke Rheinufer, bis die Grenzen von 1790 erreicht sind. Am linken Rheinufer sind Köln, die alte bayerische Rheinpfalz, die von den Franzosen schon oft verwüstet worden ist, und das Saargebiet. Deutsche Städte, deutsche Landstriche, deutsche Bürger sollen unterjocht werden, während der Welt eingeredet wird, Blut müsse fließen, weil Frankreich und England, weil die Entente die Retter verknechteter Völker sein wollen. Diese Schamlosigkeit, diese dreiste Fopperie sind nun durch die Enthüllungen des deutschen Reichskanzlers offenkundig geworden. Als die von Poincaré angezettelte Verschwörung in der französischen Kammer unter dem Zwange der Opposition mitgeteilt werden mußte, sagte ein Abgeordneter: Das ist schändlich! Es ist schändlich.

Allein der Präsident Poincaré hat Mitschuldige an dem Verbrechen. Der englische Minister Carson hat in einer Rede erklärt, es werde nur dann Friede sein, wenn die Deutschen über den Rhein zurückgehen. Der Schatzkanzler Bonar Law antwortete auf Fragen, die sich auf diese eigenmächtigen Friedensbedingungen bezogen, mit einem verlegenen Geständnisse. Die englische Regierung kennt den Vertrag, den Poincaré mit dem Zaren geschlossen hat. Sie unterstützt mit ihrer ganzen Waffengewalt einen Plan zur Bedrückung deutschen Landes, einen Plan, aus dem, wenn er durchgeführt werden könnte, immer neue Kriege hervorgehen müßten. Denn niemals würden die Rheinländer sich französischer Herrschaft fügen und niemals würde das deutsche Volk auf den Gedanken an die Erlösung der verlorenen Städte und Dörfer verzichten. Welche Falschheit gehört dazu, daß die englischen Staatsmänner, in Kenntnis solcher Verträge und selbst an sie gebunden, vorgeben, daß sie die Schützer nationaler Freiheit sind. Präsident Wilson weiß, was vorgegangen ist, und rüstet eine Armee, um Köln und die Pfalz französisch zu machen. Das Trugspiel mit der Freiheit und der Selbstbestimmung, die Erniedrigung von Grundsätzen, die den Menschen teuer sind, die Verlogenheit, die sich über die Welt ausgebreitet hat, alles das ist jetzt sichtbar und bewiesen. Die Entente hat eine moralische Niederlage erlitten, von der sie nie sich wird erholen können. Denn niemand wird ihr künftig glauben. Der Schandfleck des Mißbrauches moralischer Grundsätze durch den Verrat an Ueberzeugungen, welche sie fortwährend verkündet, wird an ihr haften bleiben. Dieser Mangel an Wahrheitsliebe, diese gänzliche Verlotterung wird auch, wie

schon die Sitzung der französischen Kammer gezeigt hat, in den Völkern der Entente Widerspruch finden. Die Verderbnis der Regierungen wird in den Massen, denen der Sinn für Gerechtigkeit, Anstand und Wahrheit nicht fehlt, Abscheu hervorrufen.

Am verwerflichsten ist jedoch die Politik des russischen Ministerpräsidenten Kerenski. Er hat diesen Vertrag übernommen und die Revolution geschändet, indem er arme Soldaten zwang, ihr Leben hinzugeben, damit Frankreich die Macht über das linke Rheinufer bekomme. Wir haben durch die Rede des deutschen Reichskanzlers einer tieferen Einblick in die politischen Auffassungen der Entente. Als der französischen Regierung in der Kammer Vorwürfe über den Vertrag gemacht worden sind, antwortete sie: Italien will auch einen großen Zuwachs an Gebiet, und die Meinung der unteren Volksklassen in Rußland habe Frankreich nicht zu kümmern. Das also ist das Bild von der Selbstbestimmung der Völker, nicht von der Bühne, sondern hinter den Kulissen der Entente gesehen: so wird geschächert um die Seelen, gemarktet um lebendige Menschen, verhandelt um die Sklavenketten deutscher Bürger. Jetzt begreifen wir den Feldzug des Kriegsministers Kerenski nach Galizien. Er wollte bei der allgemeinen Blünderung nicht zurückbleiben. Frankreich will das linke Rheinufer, Italien die adriatischen Küsten und den halben Balkan, England, der Himmel weiß, was da noch in den geheimen Verträgen an Schleichigkeiten verborgen sein mag. In dem Taumel der Raublust, der die Entente ergriffen hat, streckte Kerenski die Hand nach Galizien aus. Die Revolution ist bloßgestellt, die Demokratie verfälscht, das russische Volk getäuscht und die Armee geschlagen worden.

Nicht leicht vermögen wir uns in verantwortliche Staatsmänner hineinzudenken, die in Kenntnis so schrecklicher Geheimnisse, wie sie der Reichskanzler jetzt enthüllt hat, die Stirne haben, fortwährend den Zweifel auszusprechen, ob die letzten Erklärungen des Dr. Michaelis vor dem Parlamente aufrichtig gewesen seien. Nach Selbstbestimmung der Völker schreien, das linke Rheinufer wollen und Deutschland verdächtigen, daß es eine Eroberungspolitik treibe und den Verständigungsfrieden nicht ehrlich wünsche, ist ein Beispiel von Verderbtheit in der Politik, das, nach rein menschlichen Gesichtspunkten beurteilt, äußerst betäubend ist. Wenn große Kulturvölker solche Hilfsmittel in der Politik zulassen und sich nicht gegen sie auflehnen, dann hat die Zivilisation unsere technischen Hilfsmittel außerordentlich vermehrt, aber die Armut an moralischen Werten nicht verbessert. Der Reichskanzler hat in seiner Rede beim Empfange der Presse noch deutlicher hervorgehoben, daß Deutschland nicht nach einem Eroberungsfrieden strebe. Graf Czernin ist seit dem Beginne seiner Amtstätigkeit der entschiedenste Vertreter dieser Politik, über die, wie er beim Empfange der österreichischen und der ungarischen Presse hervorgehoben hat, zwischen den Verbündeten bis in jede Einzelheit volle Einigkeit bestehe. Die große Wichtigkeit dieser Erklärungen unseres Ministers des Aeußern ist jedem klar, der die politischen Vorgänge und Strömungen der letzten Zeit in Europa kennt. Wir stehen zusammen mit Deutschland im Kampfe, beim Friedensschlusse und, wie Graf Czernin gesagt hat, über diese Grenze hinaus. Wir haben das Einverständnis, mit unseren Verbündeten zu kämpfen, bis das Einverständnis mit den Feinden in einem ehrenvollen Frieden durchgesetzt ist. Wenn jetzt der englische Minister Churchill, einer der mörderischen Urheber des Krieges, in einer Rede schroffe Töne anschlägt, wird das bei der Vergangenheit dieses Mannes niemanden wundern. Auch wird die Sprache in London immer kriegerisch, wenn die Furcht entsteht, daß schwere Niederlagen der Entente einen starken Rückschlag auf die Stimmung des Volkes haben könnten, und auch wenn große Schlachten, wie jetzt die in Flandern, im Gange sind. Die Entente hat ihr ganzes moralisches Gepäck verloren. Es wird ihr jeder ins Gesicht lachen, wenn sie von einem Kriege für die Selbstbestimmung der Völker sprechen sollte. Viel hat sich in den äußeren und inneren Verhältnissen mit dem Siege in Galizien geändert.

Die Mandchurei in der Hand Japans.

**Auch Wladiwostok von japanischen Truppen
besetzt.**

S. Stockholm, 28. Juli. (Meldung des Vertreters des I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) „Stockholms Tidningen“ meldet aus Haparanda: Sicherstem Vermehren nach hat Japan anscheinend die ganze Mandchurei besetzt. Ein angesehenes finnländischer Kaufmann hat aus Charbin einen Brief erhalten, aus welchem ersichtlich ist, daß Japan das Post- und Telegraphenwesen und wahrscheinlich die ganze Verwaltung beherrscht.

Der Brief meldet auch, daß Wladiwostok ganz von japanischen Truppen besetzt ist.

Die Konferenz in Stockholm.

Ein Memorandum der bosnischen Sozialdemokratie zur südslavischen Frage.

Stockholm, 22. Juli.

Das holländisch-standinavische Comité veröffentlicht folgende Erklärung der Abordnung der sozialdemokratischen Partei Bosniens und der Herzegowina:

Der Weltkrieg, der in einigen Tagen das dritte Jahr vollenden wird, hat alle moralischen und materiellen Werte der menschlichen Zivilisation aufs Spiel gesetzt. Als politische Vertreterin der klassenbewußten proletarischen Massen war die Sozialdemokratie die einzige Partei, die vor dem Kriege eine antikriegsische Aktion geführt hat. Die Optimisten hofften, daß sie den Weltkrieg verhüten werde. Diese Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt, weil einige Sektionen der Internationale im kritischen Moment versagt haben. Wenn die Sozialdemokratie aus verschiedenen Ursachen den Weltkrieg zu verhindern nicht imstande war, ist jetzt die Zeit gekommen, das Ende des Krieges, wenn auch spät, aber doch nicht zu spät, mit gemeinsamer Kraft vorzubereiten. Um dieses große Ziel zu erreichen, betrachten wir folgende Vorbedingung als notwendig: Die Delegierten der einzelnen Parteien müssen unbedingt den jetzigen oder zukünftigen Kriegserfolg ihres Staates nicht in Rechnung ziehen. Ebenso dürfen sie ihre Rechnung nicht auf die jetzigen oder zukünftigen finanziellen oder wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Staaten stellen. Als Grundlage für die Verhandlungen über die internationale Lage müssen die Delegierten unbedingt die Völker (Nationen) betrachten und nicht die Staaten.

Als Formel für die Beilegung des jetzigen Weltstreites schlagen wir folgendes vor:

1. Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen (was Herstellung nicht ausschließt).

2. Wiederherstellung Belgiens auf Kosten des Kriegführenden und finanzielle Hilfe für Serbien seitens aller Kriegführenden Mächte.

3. Wiederherstellung Belgiens auf Kosten des Kriegführenden und finanzielle Hilfe für Serbien seitens aller Kriegführenden Mächte.

4. Internationalisierung der Meerengen und Meerwege.

5. Kein wirtschaftlicher Krieg nach dem jetzigen militärischen Kriege.

6. Die Kolonien mit Kulturbevölkerung sollen das Selbstbestimmungsrecht bekommen, aber kein anderes Land darf von anderem Kolonialbesitz ausgeschlossen werden.

Um in Zukunft Weltkriege wie den jetzigen unmöglich zu machen, schlagen wir folgendes vor:

7. Abschaffung der stehenden Heere und Einführung einer rein defensiven Miliz.

8. Festlegung der grundsätzlichen demokratischen Prinzipien in allen Staaten: a) gleiches, direktes, geheimes und proportionales Wahlrecht für beide Geschlechter für alle gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften; b) strenge Verantwortung der Regierungen vor den Parlamenten und breiteste Kompetenzen dieser Körperschaften; c) Veröffentlichung aller diplomatischen Dokumente.

9. Einführung der Schiedsgerichte für die vorkommenden internationalen Streitigkeiten.

Sollte zwischen Staaten dennoch ein Konflikt ausbrechen, so sollte nur ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zulässig sein, der Krieg aber erst nach einiger Zeit (sechs Monate) erklärt werden dürfen.

10. Periodische Zusammenkunft der Delegierten aller Weltparlamente.

Um den kleinen und wirtschaftlich unentwickelten Staaten die Entwicklung und wahre Selbständigkeit zu ermöglichen, schlagen wir folgendes vor:

11. Föderation aller derjenigen Staaten, die nebeneinander leben und die keine Möglichkeit haben, sich allein zu entwickeln.

Die einderufene Konferenz kann unserer Ansicht nach unter folgenden Bedingungen zu einem Ergebnis führen:

12. Alle oben angegebenen Punkte müssen in der diplomatischen Friedenskonferenz behandelt werden:

13. Jede Partei soll die Regierung ihres eigenen Landes für die Beschlüsse der Konferenz gewinnen.

14. Wenn die Delegierten einer Partei die Konferenzbeschlüsse für ihre Partei nicht als bindend betrachten, dann soll die Frage dieser Verbindlichkeit dem Kongreß der betreffenden Partei zur Stellungnahme unterbreitet werden.

Für die sozialdemokratische Partei Bosniens und der Herzegowina:

F. Maric, Vizepäsident.

31./VII. 1917

**Äußerungen eines österreichischen Politikers
in Stockholm.**

K. Kopenhagen, 28. Juli. Der Korrespondent des „Extra-Bladet“ meldet aus Stockholm ein Interview mit einem augenblicklich dort weilenden österreichischen Politiker, der nicht genannt sein will. Er wies bezüglich der Kriegsziele Oesterreich-Ungarns auf die Worte des Grafen Berchtold in der Note an Serbien hin, daß die Monarchie territorial saturiert sei und sich nur Ruhe schaffen wolle. Den Schritt, zu dem die Monarchie damals genötigt war, hätten seinerzeit auch ihre jetzigen Feinde gebilligt. Die südlichen Nachbarn der Monarchie seien nur das Werkzeug einer großen Verschwörung zur Aufteilung Oesterreich-Ungarns gewesen; dies zu verhindern, sei das erste Kriegsziel Oesterreich-Ungarns gewesen, und es sei geglückt.

Nachdem die Zukunft der Monarchie gesichert sei, sei aber auch die Sicherung ihrer Lebensbedürfnisse nötig. Bei dem Ernährungsproblem sei die Frage brauchbarer Wasserwege von größter Wichtigkeit; die Donaufrage müsse gelöst werden; die Donau sei die Pulsader der Monarchie. Ihre Absperrbarkeit durch Serbien oder Rumänien habe Oesterreich-Ungarn schwer geschädigt. Einige Millionen Menschen wollten 120 Millionen dem Hungertode ausliefern. In Zukunft müsse die Donau vollständig offen sein, nur so können Attentate gegen das Leben der Monarchie abgewehrt werden. Sollte es sich darum handeln, den Unterlauf mit anderen Mächten zu teilen, würde Oesterreich-Ungarn Rußland Rumänien vorziehen. Das russische Volk müsse wissen, daß es sich nur in Vereinigung mit uns die nötigen Wasserwege sicherstellen kann. In vernünftigem Zusammenarbeiten mit uns sei Rußlands Volkswohlstand gesichert. Rumäniens Eintreten in den Krieg habe die Donaufrage aktuell gemacht; vor dem Kriege habe niemand an diese Forderungen gedacht.

31. / VII. 1917

27

Eine Rede des Abg. Dr. v. Langenhan.

Am 28. d. fand in Wernsdorf eine zahlreich besuchte deutschnationale Vertrauensmännerversammlung statt, in welcher Reichsrats-Abgeordneter Dr. v. Langenhan die innerpolitische und äußere Lage besprach. Nach einem Rückblick auf die Tagung des Parlaments und die verschiedenen, den Deutschen zugefügten Nachteile gab er der Hoffnung Ausdruck, daß infolge der klaren und energischen Stellungnahme der deutschen Parteien eine weitere Demütigung der Deutschen nicht zu befürchten sei.

Kam hierbei auf die für die nächste Zeit bevorstehende Kabinettsbildung zu sprechen. Er wies darauf hin, daß in Anbetracht der schweren Kriegszeit, in der wir uns befinden, wirklich nur die großen politischen Gesichtspunkte bei Beurteilung eines Kabinetts maßgebend sein dürfen und daß man bei der Kabinettsbildung selbstverständlich auch die Wünsche der anderen Nationalitäten des Reiches berücksichtigen müsse. Was die Monarchie brauche, sei eine starke Regierung, die einen innigen Kontakt mit der Bevölkerung hat und dabei eine Regierung der starken Verwaltung ist.

Dr. v. Langenhan kam dann auf die Frage der Beendigung des Krieges zu sprechen. Er führte aus, daß es in der Monarchie wohl keine Partei und keinen Menschen gebe, der nicht eine ehestmögliche Beendigung des Krieges herbeiführen würde. Die militärische Situation der Mittelmächte sei eine ganz ausgezeichnete. Der U-Bootkrieg habe trotz aller gegenteiliger Behauptungen die auf ihn gesetzten Hoffnungen keineswegs enttäuscht und auch die Frage der Verpflegung und der Rohstoffbeschaffung sei eine solche, daß unsere Feinde absolut nicht hoffen dürfen, uns auf die Knie zu zwingen.

Redner gab hierauf eine Charakteristik der Person und der Politik des gegenwärtigen Ministers des Äußern und begründete seine Auffassung, daß Graf Czernin hinsichtlich seiner Fähigkeiten und seiner Absichten volles Vertrauen verdiene. Er wies an der Hand von Tatsachen nach, daß Graf Czernin dem Deutschen Reich gegenüber die volle Bündnistreue zu halten fest gewillt sei und daß alle Gegenteiliges behauptenden Gerüchte auf Böswilligkeit oder falscher Information beruhen.

Dr. v. Langenhan setzte auseinander, auch er habe keineswegs den Wunsch, daß die Monarchie beim Friedensschluß große Annektionen erreiche. Er halte aber nur einen Frieden für akzeptabel, der uns die Garantie für eine gesunde Fortentwicklung des Reiches bringe, uns die vollkommene Selbstständigkeit in allen inneren Fragen sichert und die Entstehung eines neuen Krieges für absehbare Zeit ausschließt. Ein solcher Friede könne erlangt werden, wenn unsere Feinde die Ueberzeugung gewinnen, daß wir nicht zu bezwingen sind; daher müßten wir alles dazutun, um nicht im letzten Stadium des Krieges einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Die Bevölkerung habe sicherlich die moralische Kraft, die kurze Spanne Zeit, die uns noch vom Frieden trennen kann, trotz aller Leiden und persönlichen Opfer zu ertragen, was sie durch ihr bisheriges heldenmütiges Verhalten bewiesen hat. Die Bevölkerung sei sich auch der vernichtenden Folgen, welche ein Sieg unserer Feinde für jeden einzelnen Staatsbürger hätte, voll bewußt. Weil die Entente heute einsieht, daß sie nicht in der Lage ist, die Mittelmächte mit Gewalt niederzuringen, noch auch, sie auszuhungern, so versucht sie es, bei uns und in Deutschland innere Umwälzungen hervorzurufen und dadurch die Mittelmächte zu schwächen. Die Entente deutet daher an, daß sie bereit sei, mit den Mittelmächten Frieden zu schließen, wenn diese durch geänderte innere Verhältnisse die Garantie böten, daß eine imperialistische Politik in Zukunft ausgeschlossen sei. So verlangt sie für Deutschland eine Verfassung in antimonarchischen Sinne und für Oesterreich-Ungarn nationale Staaten im Staat, eine Idee, deren Verwirklichung zweifellos den Verfall der Monarchie nach sich ziehen würde. Dabei hüte sich jedoch die Entente, präzise zu erklären, wie eine solche Neuordnung aussehen solle, weil ihr dadurch die Möglichkeit bleibt, immer wieder Neues und mehr zu verlangen. Leider sitzen diesen Absichten der Entente in Oesterreich viele, größtenteils Ueberzeugungsauf und rufen zu laut nach dem allgemein

ersehnten Frieden, eine Methode, welche uns dem Frieden nicht näher bringt, sondern uns von ihm entfernt und auch die Aktionen der Regierung stört. Wie es der Entente gelang, ihren Völkern begreiflich zu machen, daß das ehrlich gemeinte Friedensangebot Kaiser Karls und des deutschen Kaisers nur dem Schwächezustand der Mittelmächte entsprungen sei, und wie sie dieses Angebot mit Friedenszielen beantwortete, die einer Zerstückelung unseres Staates gleichkämen, so hat sie jetzt wiederum die Erklärungen des deutschen Reichstages mit Hohn abgelehnt. Abgeordneter Dr. von Langenhan gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Entwicklung der Verhältnisse in Rußland nicht nur diesen Staat, sondern auch die übrigen Ententemächte zu einem Frieden bringen werde. Es handle sich daher für die Mittelmächte nur mehr um eine kurze Zeit, während der die Regierung und die Bevölkerung die moralische Kraft und die Nerven zum Ueberwinden der schweren Kriegsnöte bewahren müssen. Die richtige Methode zur Erreichung dieses Friedens sehe er nur in der Devise: „Zum Frieden bereit, aber zum Durchhalten bis auf das äußerste entschlossen.“

Redner wandte sich hierauf der Besprechung der wirtschaftlichen Fragen und insbesondere der Frage der Kohlenversorgung zu. Er erörterte jene Maßnahmen, welche die Regierung schon in den nächsten Tagen durch eine Verordnung treffen werde, um Kohlen zu sparen, wo es möglich ist, und der Bevölkerung, den Schulen und der Industrie die nötigen Kohlenmengen zuzuführen.

Die Rede des Abgeordneten Dr. v. Langenhan wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die „Zerstückelung Oesterreichs“.

Italiens Kriegsziel.

Der „Corriere della Sera“ fühlt sich augenscheinlich berufen, die Enthüllungen des Reichkanzlers Dr. Michaelis nach anderer Richtung hin fortzusetzen. Daß den Italienern die „Zerstückelung Oesterreichs“ versprochen worden ist, war aus wiederholten Aeußerungen maßgebender englischer Stellen bereits zu entnehmen gewesen. Jetzt liegt eine italienische Erklärung — die Aeußerung eines der maßgebenden italienischen Blätter — vor, aus der hervorgeht, daß die Zerstückelung der Habsburger Monarchie nicht nur versprochen, sondern unter den Alliierten vertraglich festgelegt worden ist. Diese Feststellung ist an sich sehr interessant, ihr praktischer Wert dürfte ungefähr den Drohungen gleichkommen, den preussischen Militarismus zu zerschmettern oder die Hohenzollern vom Throne zu verjagen.

Die Unterhausrede Lord Robert Cecil's erregt durch ihre gegenüber Oesterreich-Ungarn versöhnliche Tonart und durch die Hervorhebung, daß Deutschland der eigentliche Feind sei, den Jörn des „Corriere della Sera“. „Die Rede war nicht sehr glücklich“, sagt das Blatt, „und muß mit starker Zurückhaltung verzeichnet werden. Der Satz: Oesterreichs Zerstückelung sei kein Kriegsziel mag der alten englischen Sympathie für die Habsburger Monarchie entsprechen, entspricht aber durchaus nicht der gegenwärtigen Lage, wie rund heraus gesagt werden muß. Eroberung Wiens und Budapests und Erreichung des gesamten Staats Karls I. von der Karte wäre natürlich absurd. Aber „Zerstückelung Oesterreichs“ heißt einfach, auf seine Kosten die gerechten nationalen Wünsche der kämpfenden Nationen erfüllen. Italiens und Rumäniens Rechte sind in der ausdrücklichsten und bindendsten Form von den Verbandsmächten anerkannt worden, die wertvolle Hilfe, die großen Opfer Italiens machen es zur Ehrenpflicht, nicht bloß der Dankbarkeit, sondern abgeschlossener Verträge, daß diese Ansprüche zu den unumgänglichen Kriegszielen des ganzen Verbandes gehören. Hat Cecil vergessen, daß Balfour feierlich die Wiederherstellung Polens, die Befreiung Böhmens verkündet hat? Wenn das nicht eine „Zerstückelung Oesterreichs“ in sich schließt, so mag man einen anderen Ausdruck dafür wählen, aber keine Zweideutigkeiten dulden. Nicht minder unglücklich ist Cecil's Wort, daß Deutschland der Hauptfeind sei. Das heißt, die militärisch diplomatische Einheitsfront des Verbandes verleugnen. Wie soll Ruhe werden, wenn die nationalen Ansprüche der Italiener, Serben, Rumänen, Polen, Tschechen nicht erfüllt werden?“

Der leere Korb.

Der politische Schlachtruf der Entente in diesem Kriege „Demokratie gegen Autokratie“ hat nicht nur in den neutralen Ländern, sondern, und zwar, wie es scheint, am nachhaltigsten auch im Deutschen Reich gewirkt, gegen das er gerichtet war. Während sich nun die Tatkräftigen, die den Mangel demokratischer Einrichtungen in Deutschland schon vor dem Kriege schmerzlich empfunden haben, anstrengen, zu bessern, sind Mattherzige bemüht, die politische Rückständigkeit Deutschlands zu beschönigen und den allerdings aussichtslosen Zwiwiel-Beweis zu führen, daß Deutschland eigentlich — eine verspätete Entdeckung — das demokratischste Land der Welt ist. Neuestens hat auch Graf Czernin in seiner Ansprache an die Pressevertreter auf diese Gedankengänge Bezug genommen. Die deutschen Professoren, die noch alles Bestehende gerechtfertigt haben, waren die Ersten, die sich der Sisyphusarbeit widmeten. Sie wiesen auf die soziale Gesetzgebung hin, mit der Deutschland allen Ländern vorangegangen sei. Die soziale Gesetzgebung in allen Ehren! Sie ist aber nicht Politik, sondern Volkswirtschaft, verschafft dem Volk wohl wirtschaftliche Vorteile, aber kein Quentchen politischer Macht. Sie ist im Gegenteil eher darauf berechnet, das Volk von dem Kampf um die politische Macht, die ihm alles, auch wirtschaftliche Vorteile, verschaffen kann, abzulenken. Es ist die unpolitische Politik, die von Bismarck als Antidot gegen demokratische Umwandlungen des deutschen Volkes erfunden wurde, also nichts weniger als ein Beweis für Demokratie.

Neben diesem ist in letzter Zeit noch ein anderer Beweis für das Bestehen der Demokratie in Deutschland versucht worden. Man rühmt das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag, dessen Deutschland sich seit fünfzig Jahren erfreue, während England erst jetzt daran gehe, es für sein Unterhaus zu schaffen. Das stimmt. Auch das allgemeine Wahlrecht ist von Bismarck eingeführt worden, übrigens nach französischen Vorbildern, die also jedenfalls älter sind. Es ist sicher eine der wertvollsten politischen Institutionen Deutschlands, aber ist es auch ein Beweis für Demokratie? Während seines fünfzigjährigen Bestandes hätte man doch etwas von der Demokratie, zu deutsch: Volksherrschaft, in Deutschland bemerken müssen. Wer hat in diesen fünfzig Jahren in Deutschland geherrscht? Das Volk? Hat es jemals seinen Willen durchgesetzt, wenn er nicht auch der Wille der jeweiligen Regierung war? Hat das deutsche Volk durch seinen Reichstag jemals auf die Ernennung oder Entlassung des Reichskanzlers und der sonstigen obersten Reichsbeamten einzuwirken vermocht? Etwa auf die Entlassung Bismarcks, dem es doch noch viele Jahre lang nachtrauerte, oder auf die Ernennung seines neuesten Nachfolgers Dr. Michaelis, an den kein Mensch im deutschen Volke dachte? Hat nicht selbst Bethmann einem formellen Mißtrauensvotum des Reichstages im Jahre 1912 getrotzt? Gaben wir nicht damals wie unter Bismarck gehört, daß der Reichskanzler nur dem Vertrauen des Kaisers seine Stellung verdanke, das des Reichstages aber nicht brauche? Gibt es in Deutschland für den Reichskanzler und die anderen höchsten Reichsbeamten auch nur ein formelles Ministerverantwortlichkeitsgesetz, wie selbst wir in Oesterreich es haben? Herrscht das Volk, wenn es selbst auf die Ein- und Absetzung seiner obersten Beamten nicht den geringsten Einfluß hat?

Das allgemeine Wahlrecht für den deutschen Reichstag mag oberflächlichen Betrachtern einen Schein von Demokratie vortäuschen. Es fehlt aber der demokratische Inhalt, die wirkliche politische Macht. Was hat das Volk davon, wenn es den Reichstag wählen darf, der Reichstag aber impotent ist? Mag das Wahlrecht zum englischen Unterhaus beschränkter sein, aber das Unterhaus ist omnipotent, und durch das Unterhaus herrscht das Volk oder wenigstens jener Teil des Volkes, dem das Wahlrecht zusteht. Das ist der Kern der Demokratie. Oder um es in einem zeitgemäßen Vergleich zu sagen: Wenn ich die Wahl habe zwischen zwei „Fresskörben“, einem ganz großen, Nummer 1, der

aber ganz leer ist, und einem etwas kleineren, Nummer 2, der aber mit allen erdenklichen Becherbissen vollgepfropft ist, werde ich doch unbedenklich den kleineren Korb mit dem reichen Inhalt vorziehen, weil ich mich damit sättigen kann, und nicht den großen, in dem nichts drin ist. Und so ungefähr sieht's auch mit dem großen leeren Korb von politischen Rechten aus, den Bismarck mit dem Reichstagswahlrecht dem deutschen Volke geschenkt hat, den zu füllen das deutsche Volk nunmehr aus eigener Kraft unternehmen muß.

1. VIII. 1917

Englische Stimmen über die Erklärungen des Grafen Czernin und des Deutschen Reichskanzlers.

Amsterdam, 30. Juli. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus schreiben „Daily News“: Ein bemerkenswerter Zug in der Ansprache des Reichskanzlers ist das völlige Fehlen eines Hinweises auf die Zukunft Belgiens. Keine Herausforderung konnte unzweideutiger und notwendiger sein, als Asquiths Frage am Donnerstag, ob der Reichskanzler bereit wäre, sich zu verpflichten, Belgien nicht nur zu räumen, sondern voll zu entschädigen und dem belgischen Volke die vollständige, absolute und unbeschränkte Unabhängigkeit wiederzugeben. Wenn die deutschen Versicherungen über das Verlangen nach einem Frieden durch Vergleich Glauben erhalten sollen, muß dies verhängnisvolle Schweigen gebrochen werden. Dies ist eine Prinzipienfrage, die an Bedeutung alle andern Kriegsprobleme übertrifft. Wenn der Reichskanzler der ganzen Welt seinen guten Glauben zeigen wollte, hatte er eine ausgezeichnete Gelegenheit, aber er benutzte die Gelegenheit nicht und erhob besondere Anklagen gegen den guten Glauben der Verbündeten.

„Daily Chronicle“ schreibt: Die Erklärungen des Reichskanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern waren offenbar verabredet. Graf Czernin befüwortet für Oesterreich-Ungarn neuerdings den Abschluß eines Status quo ante-Friedens, den er als ehrenvoll bezeichnet, weil er Oesterreich-Ungarn und Deutschland, die beiden Urheber des größten Verbrechens gegen die Zivilisation, in den Stand setzen würde, sich aus dem Unternehmen zurückzuziehen, ohne sich zu einer Niederlage zu bekennen, ohne Strafe zu erleiden und ohne daß ihnen die Klauen für die Zukunft beschnitten wären. Zweifelsohne wünscht der österreichische Adel, für den Graf Czernin spricht, leidenschaftlich einen solchen Frieden, weil ohne ihn seine einträgliche Herrscherrolle über das Völkergemisch Oesterreich-Ungarns ein Ding der Vergangenheit sein würde. Während Graf Czernin aus Gründen der Nationallehre und der Humanität einen Frieden unter jenen Bedingungen befüwortet, tritt Michaelis mit einer Anklage gegen Frankreich auf, natürlich um dem neuen Rußland zu zeigen, wieviel tugendhafter die Feinde im Vergleich zu seinen Verbündeten sind. Das Blatt verlangt, daß Elsaß-Lothringen Frankreich zufallen müsse.

„Daily Mail“ schreibt: Die Rede des Grafen Czernin weicht der offenen Frage des Unterhauses aus, ob Deutschland und Oesterreich-Ungarn als Vorbedingung von Friedensverhandlungen Serbien und Belgien räumen wollen. Solange die deutschen Mächte ganz Mitteleuropa und den nahen Osten behaupten, solange sich das Gebiet Deutschlands und seiner Vasallen ununterbrochen von Hamburg bis Bagdad ausdehnt, würde der Frieden Deutschland ermöglichen, nicht nur ganz Europa, sondern auch Asien zu beherrschen. Es gäbe keine Sicherheit für Indien und Aegypten, und Amerika wäre in seiner Existenz selbst bedroht.

„Times“ schreibt: Lloyd George setzte der Antrittsrede des Reichskanzlers so zu, daß es Michaelis für notwendig fand, gleich wieder in die Bresche zu treten und dabei den österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern zu Hilfe holte. Beide hielten Ansprachen vor Journalisten, aber kein Herr Haase, kein kritischer Slave war anwesend, die durch Erwiderungen sie in Verlegenheit hätten setzen können. Die Aeußerungen enthalten

nichts Neues außer der Eile, womit der Reichskanzler seine im Reichstag gehaltene Rede wiederholte. Seine Bitterkeit und Heftigkeit sind bezeichnende und erfreuliche Symptome. Graf Czernin gibt indirekt zu, daß die Reden überhaupt nicht gehalten worden wären, wenn die Rede des Reichskanzlers nicht offenbar erfolglos geblieben wäre. Das deutsche und das österreichisch-ungarische Publikum hatten sich verleiten lassen, sich von dem ersten Auftreten des Nachfolgers v. Bethmann Hollwegs und von den Reichstagsresolutionen große Ergebnisse zu versprechen. Die Enttäuschung war daher bitter. Der österreichisch-ungarische Staatsmann konnte nur dasselbe sagen, wie der Verbündete. Die Enthüllungen des Reichskanzlers bedeuten nichts, als daß die Kriegsziele der Verbündeten dieselben sind, wie sie Wilson im Jänner mitgeteilt wurden. Ribot versprach, nicht nur das von Michaelis angeführte Abkommen mit Rußland, sondern alle geheimen, mit Rußland ausgetauschten Urkunden zu veröffentlichen. Das Blatt fragt, ob Dr. Michaelis und Graf Czernin ebenso versprechen wollen, alle geheimen zwischen Berlin und Wien bestehenden Dokumente zu veröffentlichen.

A. / VIII. 1917

Nach drei Jahren.

Welches traurige Ereignis hat vor drei Jahren dieser Tag gezeitigt? Man kann sich die entsetzlichen Erinnerungstage nämlich ausuchen: in der unseligen Woche vor drei Jahren geschah jeden Tag ein Weltunglück. Am 23. Juli das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien, am 25. Juli Abbruch der Beziehungen, am 28. Juli Kriegserklärung an Serbien, am 31. Juli das deutsche Ultimatum an Rußland und die allgemeine Mobilisierung in Oesterreich-Ungarn: da begann der Weltkrieg! Die einen spielten mit dem Kriege, die anderen eröffneten ihn: und in acht Tagen ward der Weltenbrand entfesselt, der heute, nach drei Jahren, von denen jeder Tag, ja jede Stunde fürchterliches ausgesät hat, noch nicht gelöscht ist. Noch nicht gelöscht: Gott weiß, wie weit wir noch vom Frieden entfernt sind! Drei Jahre hat das Menschenmorden vollendet, und inzwischen hat der Krieg im Osten und im Westen neu begonnen! Der Gedanke, diesem verruchten Wahnsinn ohnmächtig gegenüberzustehen, ihm nicht Einhalt gebieten zu können, ihn weiter und weiter gewähren lassen zu müssen, dieser Gedanke ist wahrhaft zermalmend für die Menschheit. Nur eine Sehnsucht erfüllt die Völker, die nach dem Frieden; nur ein wildes und stürmisches Verlangen beseelt sie alle, das Verlangen, daß diese Zeit der Barbarei, die Zeit der Verleugung alles Menschlichen, Sittlichen und Geistigen enden möge. Aber was nützt es, daß in allen Herzen nur dieser eine Wunsch pocht und die Gehirne keinen anderen Gedanken mehr gebären können? Eine Handvoll Leute, durch den Mechanismus der kapitalistischen Ordnung mit der Macht bekleidet, sagt Nein zu diesem Weltbegehren und der Krieg geht weiter! Jetzt entbrennt wieder im Westen eines jener fürchterlichen Gemehel, deren Schilderung einem schon das Blut erstarren macht! Wieder werden sie nach Zehntausenden und Hunderttausenden geopfert werden, die letzten der aufrechten Männer vielleicht, die das arme Europa noch sein eigen nennt, und wofür? Für ein Phantom, für den elendesten Wahn, der jemals das Denken der Menschen verfinstert hat! Wie hoffen wir alle auf diesen Sommer, der nach drei Blutjahren das Ende bringen sollte! Und gleichsam zum Hohn aller dieser Hoffnungen fängt am dritten Jahrestag das Loben und Morden von neuem an! Ist wirklich alles Menschentum im Not versunken und feiert die unmenschliche Barbarei ihren ungezügelt Triumph?

Die Empfindung will nicht weichen, daß ein kräftig-aufrichtiges Wort in Berlin gesprochen, allem aufgedonnerten Widerstreben der Gegner zu Trost, seiner Wirkung gewiß wäre. Daran fehlt es, das ist noch nicht vernommen worden, und diese halben Zusagen, von denen der nächste Satz die Hälfte wieder zurücknimmt, schaden mehr als sie nützen. Vergleiche man doch die Rede Czernins mit der Rede des neuen Reichskanzlers und man wird des Unterschiedes rasch inne werden. Für den Grafen Czernin ist der Verständigungsfriede ein erstrebenswertes Ideal; nicht etwa notgedrungen, sondern aus der Erkenntnis, daß nur aus ihm die gepeinigete Menschheit die friedliche Kraft empfangen kann, die sie befähigen wird, die Wunden zu schließen, die grausamen Folgen des Krieges zu überwinden, ist der österreichisch-ungarische Minister für den Frieden, der alle Vergewaltigungen ausschließt und nur dem übereinstimmenden Willen aller Teile entspringt. In Berlin

hat sich diese Erkenntnis noch lange nicht durchgesetzt; dort erachtet man den Verständigungsfrieden noch immer als ein Uebel, mit dem man sich, wenn es nicht anders geht, vielleicht abfinden mag, der aber von dem, was man eigentlich will und anstrebt, welkenweit entfernt ist. Graf Czernin spricht frank und frei vom Verständigungsfrieden; in Berlin bringt man das Wort nicht über die Lippen. Deswegen üben diese Erklärungen keine werbende Kraft aus; ihnen fehlt der Klang des Aufrichtigen, des Ueberzeugenden; kaum ausgesprochen, verwehen sie und das allgemeine Mißbehagen, zu Hause und beim Gegner, folgt ihnen auf dem Fuße. Mit der Methode, die immer nur daran denkt, unbestimmte, auslegungsfähige Wendungen zu produzieren, die die Annexionschwärmer beruhigen sollen, ist der dicke Nebel, der sich zwischen die kriegführenden Völker gesenkt hat, nicht zu bannen; sie verstärkt ihn eher. Die Empfindung läßt sich nicht verschuchen, daß man den Frieden dennoch haben könnte, wenn man ihn nur, und ihn über alles, haben wollte; und daß es, wenn er nicht kommt, er in immer weitere Fernen rückt, wohl darin seinen Ursprung haben wird, daß man ihn nicht so will, als man ihn wollen müßte.

Die Tage gehen, die Monate, die Jahre, und nichts ändert sich an dem grausamen Einerlei des Krieges, das kein Abscheu der Menschheit zu bändigen vermag. Wie lange noch? So fragt jeder einzelne, so fragen alle, so fragen sie in jedem Augenblick, da die Geschütze donnern und der Tod seine schaurig-sinnlose Ernte vollführt. Wie lange noch?

1. VII. 1917

Die Enthüllungen des Reichskanzlers.

Stockholm, 30. Juli. Zu den Enthüllungen des deutschen Reichskanzlers schreibt „Nya Dagligt Allehanda“: Das dunkle Gewebe von Raubplänen, das in der Sitzung der französischen Kammer vorgelegt wurde, und der heimliche Vertrag zwischen dem beladenten russischen Zarismus und der demokratischen französischen Republik liegen jetzt offen vor den erschauerten Augen der ganzen Welt. Wird man dem russischen Volk die Wahrheit durch Sperrung der Grenzen und Wiedereinführung der Zensur vorenthalten können? Das gelingt wohl nur für kurze Zeit. Wir haben das seltene Vergnügen, dem „Socialdemokraten“ zustimmen zu können, wenn er sagt, daß die Wahrheit im Anzug ist und die Enthüllung der Mächenschaften die Vorbereitung für den Frieden bedeutet.

„Aftonbladet“ sagt: Der englische Minister Carson hat ja auf eine für die Regierung peinliche Weise aus der Schule geschwätzt, als er kürzlich erklärte, es sei eine unumgängliche Voraussetzung für die Eröffnung der Friedensverhandlungen, daß sich die deutschen Truppen hinter den Rhein zurückziehen müßten. Lloyd George große Rede vom 21. Juli ist in ihrer Art auch wohl ein deutscher Beweis dafür, wie weit England noch von einem gerechten Frieden entfernt ist. In diesem Zusammenhang schadet es auch nicht, Englands durchsichtige Absichten auf die deutschen Kolonien zu berühren. Während England bisher niemals farbigen Eingeborenen das Recht zuerkannt hat, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, heißt es jetzt, die Schwarzen sollten selbst entscheiden, wohin sie gehören wollen, wohlverstanden die Schwarzen in den deutschen, nicht in den englischen Kolonien. In Frankreich begnügen wir einen womöglich noch arroganteren Ton und noch größeren und bestimmteren Forderungen nach territorialer Erweiterung. Obwohl die deutschen Heere tief in Feindesland stehen und gerade jetzt an der Ostfront immer weiter vorbringen, fordert Deutschland nach Versicherung des Reichskanzlers nichts anderes, als die Unantastbarkeit seines Gebietes, den Schutz seiner Grenzen und Garantien für eine freie Entwicklung in der Zukunft. Im Vergleich mit den Kriegszielen der Entente erscheinen die deutschen Forderungen als überaus gemäßigt.

„Stockholms Dagblad“ schreibt: Der Kanzler benützte die Gelegenheit zu betonen, daß Deutschlands Abstandnehmen von Eroberungsplänen auch die gleiche Haltung seitens des Feindes zur Vorbedingung hat. Der Kanzler wüßte für die Erklärung einen besonders wirkungsvollen Hintergrund. Er berichtete über einige Anträge, die während der Geheimnisung der französischen Kammer Anfang Juni vorgelegt werden sollten, Einzelheiten über die früher nur gerüchtweise bekannten Pläne des französischen Geheim-

vertrages. Sollten sich die Angaben des Kanzlers als richtig erweisen, so bilde sie einen neuen Beweis für den maßlosen Chauvinismus, der die französische Politik unmittelbar vor dem Kriege und während des Krieges gekennzeichnet, und sind dazu geeignet, den Eindruck jener lärmenden Erklärungen zu beseitigen, die in Paris immer wieder über Frankreichs uneigenen Kampf für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker abgegeben werden.

Das ententefreundliche Blatt „Socialdemokraten“ erklärt: Die Neußerungen des neuen deutschen Reichskanzlers den Pressevertretern gegenüber bringen große Ueberraschungen. Sie bedeuten in zweifacher Hinsicht einen neuen positiven Fortschritt für die Sache des Friedens, insofern als sich Doktor Michaelis in klareren Worten als bisher dem Status quo-Programm des Reichstagsblockes in der Friedensfrage anschließt. Er knüpft an seine Stellungnahme nur die Bedingung, daß das Programm auch vom Feinde angenommen wird. Er schwört somit nicht grundsätzlich alle Eroberungsabsichten ab, und er kennt auch nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker an, übrigens in voller Uebereinstimmung mit der Entschließung des deutschen Reichstages, die diese Grundformel der russischen Friedenspolitik gleichfalls mit Schweigen übergeht. Wichtige Differenzen bleiben also bestehen, eine gewisse Unklarheit, aber ein großer Fortschritt ist gewonnen. Der andre Fortschritt ist die Entlarbung der Mächenschaften der französischen Imperialistenclique vor der ganzen Welt. Freilich sind die Wege dunkel, auf denen die deutsche Regierung in den Besitz der aufsehenerregenden Mitteilungen gekommen ist, die Dr. Michaelis der Öffentlichkeit unterbreitet. Alles ist vielleicht auch nicht ganz richtig. Aber innere Wahrscheinlichkeitsgründe sprechen stark dafür, daß diese aufsehenerregende Schilderung der Fäbnerverhandlungen zwischen Paris und Petersburg der Wirklichkeit auf der Spur ist.

1. VIII. 1917

Die Frachtraumnot.

Debatte in der französischen Kammer.

Paris, 30. Juli. (Meldung der Agence Havas.) Die Kammer besprach die Anfrage des Deputierten Bouisson über die zum Anlauf einer Handelsflotte ins Ausland geschickten Abordnungen.

De Monzie wies auf die Schwierigkeiten der Seeverbindung zwischen Frankreich und dem fernen Osten hin, die die Entsendung einer technischen Abordnung für den Erwerb von Schiffen nach Japan verursacht hätten. Der Abgeordnete Chappodelaine sei dieser Abordnung zugeteilt worden.

Die gesamte Handelsflotte Frankreichs betrage 4,167.000 Tonnen, wovon 3,200.000 im Staatsdienst stehen. England leiht Frankreich 2,100.000 Tonnen und die monatlichen Bedürfnisse Frankreichs belaufen sich auf 4,076.000 Tonnen.

De Monzie hob die Notwendigkeit hervor, den Bedarf herabzusehen und alle erreichbare Tonnage heranzuziehen. (In einem Zwischenruf forderte Hennessy den Bau von monatlich 500.000 Tonnen.)

De Monzie schloß: Die Zeit ist alles für Frankreich. Es wird siegen oder nicht, je nachdem es sich verpflegen kann oder nicht.

Ballande riet zum Anlauf von Schiffen in Brasilien, um die Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise zu erleichtern.

In Erwiderung auf sehr lebhafte Kritiken von Bouisson über die parlamentarischen Handelsabordnungen führte Ministerpräsident Ribot aus: Ich habe nur das Interesse des Landes im Auge gehabt. Wir müssen bauen und kaufen. Es handelt sich nicht darum, wegen gewesener Dinge Anschuldigungen zu erheben, da wir unsere Anstrengungen auf andere Ziele richten. Jetzt müssen wir alle unsere Aufmerksamkeit darauf richten,

die Krise zu überwinden.

Es handelt sich darum, schnell vorzugehen und Hand zu legen auf die verkäuflichen Schiffe, ferner auf die in den Vereinigten Staaten und anderwärts im Bau befindlichen Schiffe.

Ribot rechtfertigte die Entsendung Lardius, der befriedigende Ergebnisse im Anlauf von Schiffen erzielt habe, forderte Bouisson auf, den Mut zu haben, eine Mißtrauensstagesordnung einzubringen, und fügte hinzu: England muß uns bitten, einen Teil der 700 Schiffe, die es uns zur Verfügung stellte, zurückzugeben. Der Bedarf Englands vermehrt sich wieder unstrig, aber England begreift ebenso gut wie wir die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Der Beweis dafür ist die Konferenz, die am 10. August in London zusammentreten wird und auf der eine Gegenüberstellung des Bedarfes und der verfügbaren Mittel gemacht werden wird. Ribot schloß mit Angaben über die Entsendung Chappodelaines, die gegenstandslos geworden sei, da die Schiffe angekauft seien.

Die Kammer nahm mit 200 gegen 157 Stimmen den einfachen Uebergang zur Tagesordnung an, womit sich die Regierung einverstanden erklärt hatte.

Die amerikanischen Handelsschiffsbauten.

Bern, 31. Juli. Der New-Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ stellt mißbilligend fest, daß über den nunmehr durch Wilson geschlichteten Meinungsverschiedenheit, ob die amerikanischen Schiffe für den Kriegsdienst aus Holz oder Stahl gebaut werden sollen, drei wertvolle Monate vergeudet wurden. Andernfalls, sagt der Korrespondent, könnte bereits eine bedeutende Zahl von Schiffen vom Stapel gelassen werden und Tausende von Tonnen für Anfang Oktober seefertig sein, da vom 1. August ab täglich drei Schiffe vom Stapel gehen sollten. Man setze große Hoffnungen in den nunmehr mit dem Bau der fraglichen Flotte beauftragten bekannten Marinekonstrukteur Admiral Capps.

Die Schwierigkeiten scheinen indessen noch nicht völlig überwunden zu sein, da der Korrespondent erwähnt, daß nach sachmännischer Ansicht die Werften bei der Unsicherheit des Arbeitsmarktes, den unsicheren Marktpreisen und den ungewissen Ablieferungen der Baumaterialien Verträge nur zu prohibitiven Preisen abschließen können.

Die russische Ministerkrise.

Die Kadetten beherrschen die Kabinettsbildung.

N. Mailand, 30. Juli. „Corriere della Sera“ meldet unter dem 29. d. M. aus Petersburg: Gestern nachts fand eine lange Sitzung des Ministerrates statt, um die allgemeine Lage, die Stellung des Kabinetts und dessen Aktionsmöglichkeit zu prüfen. Die Minister gaben Kerenski die Verfügung über ihre Portefeuille frei, damit er die Aemter neuer verteilte und angesehenere Vertreter der Bürgerschaft und besonders der Kadettenpartei ins Kabinettt berufe.

Kerenski hatte heute Besprechungen mit Vertretern verschiedener Parteien, darunter auch mit einigen Kadettenvertretern. Die Kadettenpartei kann heute gewissermaßen von neuem als Herrin der Lage angesehen werden, denn die sozialistischen Führer anerkennen mit ihren Verhandlungen, daß sie ohne die Kadettenpartei nicht regieren können.

Die Kadettenpartei beschloß nun, offiziell an der Regierung teilzunehmen, indem sie einige Bedingungen, welche die allgemeine Richtung der inneren und äußeren Politik berühren, stellte und den Ausschluß des Ackerbauministers Tschernoff und Nekrasoffs aus dem Kabinettt verlangte. Die Kadettenpartei forderte, daß die Nationalversammlung in Moskau erst stattfinden, nachdem sich das Kabinettt endgültig gebildet und das politische Programm umschrieben habe. Diese Bedingungen scheinen angenommen worden zu sein.

Als Kandidaten für Ministerposten werden besonders genannt: Nabokoff, einer der besten Kenner der russischen Gesetze, Roditschew aus Petersburg und Astroff und Kisolin aus Moskau.

Anscheinend sollen den Kadetten die Hauptposten, wie die Ministerien des Aeußern, des Innern, der Justiz und der Finanzen, vorbehalten werden. Gegebenenfalls würde also Minister des Aeußern Tereschtschenko zurücktreten.

Die sozialistischen Fraktionen, ausgenommen diejenige Lenins, anerkennen jetzt die Notwendigkeit, viele ihrer Programmpunkte aufzugeben, um die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien zu haben, welche die Hauptgewähr wäre für die Wiederherstellung der inneren Ordnung und für die Eindämmung neuer gegenrevolutionärer Bewegungen, die unter dem Proletariat und den Kleinbürgern erwachen.

Die Regierung beschloß, die Bürgermiliz in Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa wiederherzustellen und ihr militärischen Charakter zu geben. Die Zunahme von Diebstählen, Plünderung und Verbrechen aller Art ist beunruhigend.

Die Bedingungen der Kadetten.

N. Lugano, 31. Juli. Eine Petersburger Meldung der Agenzia Stefani gibt die Bedingungen, welche die Kadettenpartei für ihren Eintritt ins Kabinettt stellte, folgendermaßen an:

1. Krieg bis zu Ende im Einvernehmen mit den Alliierten;
2. Bestätigung aller Abkommen und Einvernehmen mit den gegen die Zentralmächte kriegsführenden Mächten;
3. Klare und genaue Formulierung der inneren Politik;
4. Verweigerung der Lösung aller sozialen Probleme an die Konstituante;
5. Aeußerster Kampf gegen die Anarchie;
6. Nationale Lösung der Finanzfragen.

Die politischen Rechte der Soldaten wieder aufgehoben.

Gr. Berlin, 31. Juli. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das „Berliner Nachrichtenblatt“ meldet von der russischen Grenze: Kerenski hat in einem Tagesbefehl alle politischen Rechte, die den Soldaten seit Beginn der Revolution eingeräumt worden waren, wieder abgeschafft.

2. VIII. 1917

Die Erklärungen Balfours.

In der Reihe der in den letzten Tagen gehaltenen Reden der englischen Minister nimmt jene des Staatssekretärs des Auswärtigen, Balfour, einen eigenartigen Platz ein. Darin allerdings, daß der schon bisher bestandene Eindruck, im englischen Kabinett herrsche keine einheitliche Auffassung über die großen Probleme, welche der Weltkrieg aufgeworfen hat, hat diese Rede keine Aenderung gebracht. Was Lloyd George, Bonar Law, Lord Cecil, Carson und jetzt Balfour gesprochen haben, deckt sich nicht, jede dieser Reden weicht von der anderen in grundsätzlichen Punkten ab. So steht man vor allem der offenen Frage gegenüber, welche Friedensziele die englische Regierung anstrebt. Man könnte geneigt sein, den Darlegungen Balfours als des Vertreters des auswärtigen Ressorts entscheidende Bedeutung beizulegen, da man die vom Geiste der Agitation und des Demagogismus getragenen Ausführungen des Premiers Lloyd George schwer als den wirklichen Ausdruck des Regierungswillens betrachten kann. Dieser Annahme widerspricht aber Balfour selbst, da er auf eine Bemerkung Bonsonbys erwiderte, er habe „nicht eine wohlüberlegte Erklärung darüber abgegeben, was für Maßnahmen bezüglich Europas getroffen würden“ und man dürfe nicht sagen, daß seine Rede „als Ueberblick über die Lage“ gedacht sei. Es steht uns keine Kritik darüber zu, daß ein verantwortlicher Minister des Aeußern im englischen Unterhaus über die großen auswärtigen Fragen in einer Weise spricht, welche er selbst nicht als wohlüberlegt bezeichnen kann. Doch müssen wir feststellen, daß trotz zahlreicher englischer Ministerreden eine klare Stellungnahme der englischen Regierung über die von ihr verfolgten Kriegs- und Friedensziele auch heute noch nicht vorliegt.

Wie ganz anders haben sich die Zentralmächte zu dieser Frage gestellt. Denn wenn der Friedensgedanke nicht nur unter den gequälten Völkern der Erde einen Fortschritt gemacht hat, sondern auch in die Kreise der verantwortlichen Regierungen getragen und dort gefördert wurde, so ist dies ausschließlich der Staatsleitung der Mittelmächte zu danken. Seit dem Dezember des Jahres 1916 arbeiten sie unerbrossen daran, ihre Friedensziele klarzulegen. Unbekümmert um die Auslegung, welche man ihren Bemühungen um den Weltfrieden angedeihen läßt, sind sie seit März dieses Jahres bemüht, ihr Friedensprogramm zu formulieren, das jetzt mit den letzten Enunziationen des Grafen Czernin und des Reichskanzlers Dr. Michaelis in einer Gestalt vorliegt, welche in den Augen aller ruhig und billig Denkenden den Rahmen zu ernstern Besprechungen bieten kann. Speziell der Leitung der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns wird in diesen Tagen von dem gesamten neutralen Ausland rückhaltlos Anerkennung dafür gezollt, daß sie durch ihre unermüdblichen Bemühungen den Gedanken eines ehrenvollen Weltfriedens auf konkrete Grundlagen gestellt hat.

Wenn die Presse des feindlichen Auslandes trotzdem nicht anerkennen will, daß von unserer Seite alles getan wurde, um den feindlichen Staatsmännern ein klares Bild unserer Friedensziele zu geben und ihnen die Möglichkeit zur Aussprache zu bieten, so registrieren wir dem gegenüber heute mit Befriedigung, daß sich im englischen Unterhaus Stimmen vernehmlich gemacht haben, welche den Standpunkt der Mittelmächte sowohl hinsichtlich ihrer Friedenszielpolitik als auch der Berechtigung des von ihnen geführten Verteidigungskrieges gegen den Handelsboykott keineswegs ablehnen.

Zu den Ausführungen Herrn Balfours zurückkehrend, müssen wir trotz des Selbstdesavous, das er sich hat angedeihen lassen, doch gewisse prinzipielle Punkte aus seiner Rede hervorheben, die von so großer Bedeutung sind, daß sie kaum unter die Kategorie der „nicht wohl überlegten“ Erklärungen des Herrn Ministers fallen können. Vor allem tritt uns hier die scharf pointierte Weigerung des britischen Außenministers entgegen, über das Prinzip des annexions- und kontributionlosen Friedens zu sprechen, und die Erklärung, daß die englische Regierung sich nicht auf ein klares Friedensprogramm festlegen könne, da keine Regierung der Welt ein solches aufzustellen vermöge, bevor nicht das Kriegsglück entschieden, bevor nicht die kommenden Veränderungen in den militärischen und maritimen Verhältnissen der Welt den Weg hierfür vorgezeichnet haben. In dieser Gedankenreihe kommt dann Herr Balfour natürlich zu dem Schlusse, es sei die unmittelbare Pflicht der englischen Regierung, von der Erörterung der einzelnen Friedensbedingungen jetzt abzusehen und den Kampf mit aller Energie fortzusetzen. Der gegen uns seit Monaten immer wieder geschleuderte Vorwurf, daß wir den Gegnern unsere Friedensbedingungen vorenthalten, fällt hiemit endgiltig auf England zurück, dessen offizieller Vertreter der auswärtigen Politik es für inopportun erklärt, zu dieser entscheidenden Frage, die von uns inzwischen vollkommen geklärt wurde, Stellung zu nehmen, und der auch weiterhin über das Schicksal der Menschheit das Kriegsglück walten lassen will.

Wenn Herr Balfour trotz dieser Weigerung, über einzelne Kriegsziele zu sprechen, in hypothetischer Form die „Desannexion“ Elsaß-Lothringens als eine selbstverständlich wünschenswerte hinstellt, so setzt er sich hiedurch zu der prinzipiellen Grundlage seiner Ausführungen in gewissem Sinne in Gegensatz. Ueber diesen Punkt seiner Darlegungen müssen wir jedoch hinweggehen, da er den Einwurf Bonsonbys, er hätte auf die elsass-lothringische Frage zu großen und ungehörlichen Nachdruck gelegt, in einer Weise erwiderte, als ob er die Bedeutung seiner Bemerkungen über Elsaß-Lothringen noch weiter abschwächen wollte.

Vermied es Herr Balfour hiemit, in einer der heißest umstrittenen Fragen des Friedensproblems den bisher auf englischer Seite stark festgehaltenen Standpunkt in gleicher Schärfe zu vertreten, wie es dies noch jüngst mehrere englische Minister getan haben, so dürfen wir auch im übrigen nicht verkennen, daß er bestrebt ist, anderen Kriegszielen der Entente die Spitze abzubringen. Von einem wohlthuenden Skeptizismus über den Kriegsausgang getragen, von dem Herr Balfour begreiflicherweise hofft, daß er ein für die Entente glücklicher sein werde, schränkt er das Nationalitätenprogramm der Verbandsmächte auf das „Wachstum einer nationalen Moralität“ ein, welches unsere Feinde uns scheinbar nicht mehr a u s z u w i n g e n wollen. Wie wäre es sonst zu verstehen, wenn Herr Balfour meint, daß Oesterreich-Ungarn seine inneren Probleme selbst lösen müsse und daß niemand anderer sie lösen werde. Wenn dies heute die wahre Erkenntnis unserer Feinde ist, dann können wir diese ihre Sinnesänderung nur begrüßen, denn ihr bisheriger Wunsch, sich in unsere inneren Verhältnisse einzumengen und uns die Gesetze unserer nationalen Ausgestaltung vorzuschreiben, ist eine der ernstesten der aufgetauchten Friedensfragen.

Das Bekenntnis Balfours zu einem Frieden von dauernder Gestalt, welcher es den Friedensstörern schwer machen soll, künftighin die Saat von Zwistigkeiten auszustreuen, können wir gleichfalls nur begrüßen, allerdings unter

der Voraussetzung, daß es von dem Geiste der Unparteilichkeit getragen ist und nicht besagen will, daß die Friedensstörer in unserer Mächtegruppe standen.

Obwohl
2./VIII. 1917

Aus dem polnischen Staatsrat.

Warschau, 1. August. (Meldung des Wolffischen Bureaus.) In der letzten Vollziehung des vorläufigen Staatsrates unter Vorsitz des Vizemarschalls Pomorski wurden nach einer Besprechung der Ereignisse und der Maßnahmen der letzten Tage Mitteilungen der Kommissäre über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit betreffend die Bildung einer polnischen Regierung entgegengenommen und der Entwurf einer entsprechenden Denkschrift an den Generalgouverneur Beseler angenommen.

Auf Antrag des Heeresausschusses wurde beschlossen, den invaliden Legionären schon jetzt, vor der gesetzlichen Sicherstellung ihrer Existenz, eine Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Ferner wurde in Ausführung des Beschlusses des Staatsrates vom 2. Juli in Sachen der Justizpflege in den Regionen beschlossen, daß das deutsche Militärstrafgesetz von 1872, die Strafprozessordnung von 1898, die Verordnung betreffend die Disziplinarstrafen von 1872, die Vorschrift über Beschwerden von 1894/95 sowie die Verordnungen über die Justizpflege in Heere zur Kriegszeit und die Verordnung betreffend das außerordentliche Kriegsgerichtsverfahren gegen Ausländer von 1894 als für die polnische Armee zeitweise und vorübergehend verbindlich analog allen andern Reglements und Militärgeetzen anzunehmen seien.

Bei der politischen Abteilung wurde für die Vorbereitungsarbeiten, die nach Beendigung der Kriegshandlungen nötig sein werden, ein Bureau gebildet, das in ein historisches und ein ökonomisches sowie ein Justiz- und Finanzreferat zerfällt und die Arbeiten der polnischen Berufs- und sozialen Organisationen in sich vereinigt.

Reden über den Frieden während der Schlacht.

Erklärungen des Staatssekretärs Balfour am Beginn einer der gewaltigsten Angriffsschlachten.

Wien, 1. August.

Der Führer einer Gruppe unabhängiger Friedensfreunde hat im englischen Unterhause über die Möglichkeit einer Revolution in Frankreich gesprochen. Wenn der Krieg, meinte er, noch viel länger dauern würde, könnten sich Ereignisse in Paris zutragen wie in Petersburg. Ein solches Wort huscht vorüber, bis es, begleitet von heftigen Erschütterungen, aus der Tiefe aufsteigt und die Menschen sich erinnern, daß schon früher vor dieser Gefahr vergeblich gewarnt worden sei. Da wir die Nachrichten über die Stimmungen in Frankreich nur mit Schwierigkeiten und nur auf Umwegen bekommen, ist jedes Urteil eines englischen Abgeordneten, der die Gelegenheit zu unbeschränktem Verkehre hat, besonders wichtig. Das Mitglied des Unterhauses, Snowden, ist der Führer einer Partei von unabhängigen, dem Premierminister Lloyd-George nicht dienstbaren Arbeitern. Er hat Beziehungen zu politischen Freunden in Frankreich und ist ein ernster Mann, der wegen seiner Meinungen am Leben bedroht wurde und nicht leichtfertig herumredet. Auch der Fernstehende, der von den Vorgängen nur lose Umrisse sieht, muß zu der Ansicht kommen, daß Frankreich, wenn es seinen Willen auf dem Schlachtfelde nicht sollte durchsetzen können, aus der jetzigen Ueberspannung in heftige innere Zuckungen verfallen werde. Denn die Frage von Elsaß-Lothringen hat durch vierzigjährige Ueberreizung des Volkes zu hysterischen Zuständen geführt, zu Gemütskrankheiten, einer politischen Erotik, die sich nicht lösen und nicht besreien kann. Schneegans war elsässischer Vertreter im Parlament von Bordeaux, wo beschloffen werden mußte, ob die beiden Provinzen an Deutschland abgetreten werden sollen. Er berichtet in seinen Erinnerungen, wie gleichgültig die Deputierten der übrigen Departements den Abschied genommen haben. Sind die Elsäßer nicht beständig auf den Bühnen von Paris verhöhnt worden und hatten sie nicht einen Spitznamen wie beiläufig den von Dummköpfen? Erst nach dem Verluste hat eine künstliche Sentimentalität eingesezt, weil sie das leichteste Mittel war, den Haß zu pflegen und den Krieg vorzubereiten. Nicht etwa wegen Elsaß und Lothringen, sondern wegen der Einheit von Deutschland, die Frankreich niemals freiwillig zulassen wird. Baron de Reiset erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, daß er den Kaiser Louis Napoleon zur Begegnung mit dem König Wilhelm von Preußen nach Baden-Baden begleitet habe. Auch die französischen Gesandten in München und Stuttgart wurden eingeladen, an der Zusammenkunft teilzunehmen, und dort wurde verabredet, daß Louis Napoleon, der im Frieden von Zürich der Mitschöpfer der italienischen Einheit geworden ist, die deutsche Einheit nie zulassen werde. Frankreich mag Kaisertum oder Republik sein, diese Politik ändert sich nicht und für sie fließt das Blut in der großen Schlacht bei Oern.

Wer die Erklärungen des Staatssekretärs genau liest und seine Eigenart aus persönlichen Eindrücken und aus Lebensbeschreibungen ein wenig näher kennt, wird in der Rede weit mehr finden, als sie an der Oberfläche zeigt. Dieser feine, vielleicht überfeinerte Kopf ist zu scharfsinnig, um die Unsinnigkeiten in der Politik von Lloyd-George und Bonar Law nicht zu durchschauen. Er fühlt sich auch von der Böbelhaftigkeit der Form angewidert und da reizt es ihn, den großen Redner, scheinbar zuzustimmen und sie danach zu widerlegen und mit der leisen Bewegung seiner wohlge-

pflegten Hand das Gespinnst zu zerreißen, während der Zuhörer den Eindruck hat, als würden die Fäden verwoben werden. Er bekennt sich zur Meinung, daß die Nationen in der österreichisch-ungarischen Monarchie auf eigenen Füßen ihre Zivilisation entwickeln sollen. Das ist Lloyd-George und Bonar Law. Er fügt hinzu, daß niemand anderer als die Monarchie selbst die für eine solche Politik nötigen Einrichtungen schaffen könne. Das ist Balfour. Er will keine Einmischung, will den Frieden nicht mit Herausforderungen einer großen alten Monarchie belasten und deutlich ist der Zweifler herauszuhören, der eine Politik äußerlich verteidigt, an die er innerlich nicht glaubt.

Wenn die Rede des Staatssekretärs nichts enthielte als das wenig verschleierte Bekenntnis zu dem Grundsatz, daß die innere Verfassung feindlicher Großmächte nicht von einer Friedenskonferenz bestimmt werden könne, wäre sie ein Merkmal von rückkehrender Besonnenheit in einem Teile des englischen Kabinetts. Balfour hat jedoch noch manches andere Hindernis des Friedens weggeräumt. Aus dem Wortschatze der Note an Wilson, aus der blutgetränkten Politik, welche gehässige Sühne und Entschädigungen verlangte, hat er nichts genommen. Wir sind nicht in den Krieg gegangen, sagte er, um eine Entschädigung zu erhalten; auch nicht für imperialistische Ziele. Das Unterhaus hört es und niemand widerspricht; auch Lloyd-George nicht. Wir haben die Empfindung, daß Balfour mit der englischen Politik, die er selbst durchzuführen hat, am wenigsten einverstanden sei. Er verteidigt ihre Grundsätze und widerlegt sie in den Einzelheiten. Die Selbstbestimmung der Völker, die er meint, ist nicht die von Wilson und Lloyd-George, welche sie zum Mauerbrecher machen wollen. Balfour ist für die Selbstbestimmung unabhängiger Mächte, der Monarchie und des Deutschen Reiches. Er will keine demütigenden Forderungen, keine Einladung an die Monarchie und Deutschland, daß sie in Bisherhendem vor den Türen der Friedenskonferenz erscheinen.

Er versichert allerdings, daß England die Franzosen bei der Wiedererwerb von Elsaß und Lothringen unterstützen müsse. Wenn ihn jedoch der Abgeordnete Bonjonby anspricht und ihm vorwirft, daß er mitschuldig werden könnte an dem Untergange der Arbeit von Jahrhunderten, schreckt er zurück und will auch diese Friedensbedingung nicht als unbedingtes Ziel gelten lassen. Wir dürfen nicht vergessen, daß Balfour während einer großen Schlacht gesprochen hat, während eines Versuches, die deutschen Linien in Flandern zu durchbrechen, während eines Kampfes, an dem Frankreich vielleicht mit seinen äußersten Kräften teilnehmen wird. Durste er in solchen Augenblicken mit Lockungen sparen; konnte er zu aufrichtig sein und das Bekenntnis ablegen, daß Elsaß und Lothringen entweder durch das Schwert oder gar nicht zu gewinnen seien, weil mit Straßburg auch die deutsche Einheit verloren gehen würde? Wie er sich den Frieden wirklich vorstellt, dafür fehlen die Andeutungen keineswegs gänzlich. Baron Sonnino ist in London und Balfour scheint vergessen zu haben, daß Italien auf der Welt ist. Der Staatssekretär war vor einigen Tagen in Paris und hat für Rußland und für die Verbündeten auf dem Balkan kaum ein höfliches Kopfnicken. Er will nach allen Richtungen frei sein, sich an keine Friedensformel binden, auch nicht an die, die ihm gegenüber Frankreich unerfüllbare Pflichten auferlegen würde. England und Amerika werden gemeinsam mit der Monarchie und mit Deutschland über den Frieden verhandeln, wenn die Zeit reif geworden sein wird. Dieses Weltbild springt aus der Rede herans, aus der Rundgebung eines Staatsmannes, der als Mitglied des jetzigen Kabinetts gewagt hat, die imperialistische Politik abzuschütteln. Wenn die Schlacht in Flandern mißlingen sollte, würde diese Rede erst zur rechten Bedeutung kommen.

Die sozialdemokratische Friedenskonferenz.

Nach den Beschlüssen in Paris gesichert.

Paris, 31. Juli. Die Agence Havas meldet: Gegen Ende der Sozialistenkonferenz wurde bekanntgegeben: Die folgenden Entschlüsse sind von dem ständigen Verwaltungsausschuß sowie den russischen und englischen Vertretern zur Internationalen Konferenz angenommen worden: Die gegenwärtige Konferenz spricht ihre herzlichste Zustimmung zu der von dem holländisch-standinavischen Ausschuß unterstützten Anregung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates aus, die zu einer gemeinsamen Aufforderung der beiden Organisationen zur Zusammenberufung der Proletariate aller Völker für eine internationale sozialistische Arbeiterkonferenz geführt hat. Das aus der russischen Vertretung und dem holländisch-standinavischen Ausschuß mit technischer Unterstützung des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Büros zusammengesetzte Organisationsbüro ist allein mit dem Verkehr mit den nationalen Sektionen wegen der Konferenz beauftragt. Alle angeschlossenen Verbände der Internationale werden aufgefordert, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Falls sich die Verbände seit Kriegsbeginn geteilt haben, sollen sowohl die Minderheiten wie die Mehrheiten aufgefordert werden. Ueberall, wo sich die Minderheiten in genau unterschiedene Parteien oder syndikalistische Verbände gruppiert haben, die nicht dem Internationalen Sozialistischen Büro angeschlossen sind, sondern dem Internationalen Syndikalistischen Büro, sollen sie eingeladen werden, sofern sie nicht schon durch andere dem Internationalen Sozialistischen Büro angeschlossenen Verbände vertreten werden. Die Einladungen an jede Fraktion der nationalen Sektionen sollen von dem vermittelnden Organisationsbüro an die nationalen Sektionen der Internationale ergehen. Jeder Einspruch gegen die Beschlüsse dieser Sektionen wird vor das von jeder nationalen Sektion der gegenwärtigen Konferenz gewählte Büro gebracht werden. Jede nationale Sektion wird dabei durch zwei Abgeordnete für die Mehrheit und für die Minderheit vertreten sein. Da das Schicksal des Vorgehens der Internationale von der Aufrichtigkeit abhängt, mit der die getroffenen Entschlüsse befolgt werden, so verpflichten sich die an der Konferenz teilnehmenden nationalen Sektionen, sobald die allgemeinen Entschlüsse formuliert sein werden, feierlich vor der vereinigten Internationale bekanntzugeben, wie sie diese Beschlüsse auszuführen gedenken. Die gegenwärtige Versammlung ersucht die Veranstalter der Konferenz, diese vom 9. bis 16. August in Stockholm stattfinden zu lassen. Falls irgend eine praktische Schwierigkeit vorliegt, so werden die Veranstalter gebeten, die Konferenz um die angegebene Zeit nach Christiana oder anderswo einzuberufen.

Der ständige Verwaltungsausschuß sowie die russischen und englischen Vertreter beschloßen auf Vorschlag der englischen Vertreter, eine Konferenz der Alliierten unter sich abzuhalten. Diese Konferenz ist auf den 28. und 29. August festgesetzt worden. Die Konferenz endete mit der Erklärung Soldeberg's, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat beschloßen habe, die russischen Sozialisten sollen an der Konferenz der alliierten Sozialisten in London nur zur Information teilnehmen.

Bernünftigerere Worte.

Wenn man die Rede, die Balfour im Unterhause über Englands Kriegsziele gehalten hat, richtig würdigen will, so muß man sie mit früheren Auslassungen englischer Minister vergleichen, zum Beispiel mit der Note, die Balfour am 17. Jänner dieses Jahres an den britischen Botschafter in Washington, zu Ruß und Frommen der amerikanischen Regierung, gerichtet hat. Dort wurde noch versichert, der Friede könne nur dauerhaft sein, „wenn er auf den Erfolg der Sache der Alliierten gegründet ist“, wenn die Alliierten die Veränderungen, die sie in Aussicht genommen haben, „in der Karte Europas durchsetzen“; von dem giftigen Ton, in den jedes Wort getaucht war, nicht zu sprechen. Gegen diese und ähnliche Hurrareden klingt die letzte Rede des Leiters der englischen auswärtigen Politik geradezu nüchtern. Es ist nun genauer zu sehen, was England festgelegt haben will, wenn es an die Verhandlungen zum Frieden schreiten soll. Das erste ist Belgien; Deutschland müßte offen und freimütig sagen, daß es Belgien freigibt, ohne Einschränkungen und Vorbehalte, also redlich freigibt, daß es entschlossen ist, die volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit Belgiens anzuerkennen und sie durch keine zweideutigen Hinterhaltigkeiten zu beschränken. Wir sind überzeugt, daß eine solche Erklärung des Deutschen Reiches die ganze Lage von Grund aus verändern würde und den Frieden ernstlich auf den Weg bringen müßte. Das eben ist der Grundfehler der deutschen Politik, daß sie sich dieser Erkenntnis weigert und den Gedanken, in Belgien irgend eine Herrschaft aufzurichten, nicht aufgeben mag. Die zweite Frage Englands ist die nach dem Schicksal Elsaß-Lothringens; Deutschland brauchte nur anzuerkennen, daß da eine Frage waltet; der Ausgleich würde sich dann wohl leichter vollbringen lassen, als diejenigen, die hier nur absolute Gegensätze sehen, glauben wollen. Und das dritte ist die Demokratisierung Deutschlands; jene Umwandlung des Staates der monarchischen Autorität in ein Gemeinwesen, in dem der Wille des Volkes die entscheidende Kraft wird. Der englische Minister weist die Torheit von sich, „daß man Deutschland von außen her eine Verfassung auferlegen könne“; aber er hofft, wie es ja auch alle freien Geister in Deutschland tun, auf die Reife dieses Volkes, das, in so vielen Beziehungen des menschlichen Lebens allen Völkern des Erdballs voranschreitend und voranleuchtend, die Bevormundung und Beherrschung von oben doch nicht ewig als die gottgewollte Ordnung ansehen kann, der es sich widerspruchslos und demütig zu fügen habe. Verschwunden ist aus den englischen Kriegszielen jeder Vernichtungsgedanke, ja selbst der Wunsch nach einer Schwächung des Gegners, die es ihm unmöglich machen würde, seinen Rang unter den großen Staaten der Erde zu behaupten; es ist wohl eher eine Rede, an die man eine ruhige Antwort anknüpfen könnte, und, wohlerwoogen, auch müßte.

Zu gleicher Zeit sind von Ribot die Kriegsziele Frankreichs dargelegt worden: als Antwort auf die Enthüllungen, die der deutsche Reichskanzler am Samstag über den geheimen Eroberungsvertrag gemacht hat, der zwischen Frankreich und Rußland, freilich dem zarischen Rußland, abgeschlossen wurde. Ribot kann nicht bestreiten, daß die französische Republik mit dem russischen Despotismus ein Bündnis zur Beraubung, ja Zerstückelung Deutschlands abgeschlossen habe. Es ist allerdings ein Vertrag, entstanden aus dem Bedürfnis, sich aus der harten Wirklichkeit ins Reich der „holden“ Träume zu flüchten: denn was hat das arme Frankreich davon, daß ihm der Zar gnädigt gestattet, nicht bloß Elsaß-Lothringen „zurückzunehmen“, sondern auch versprach, ihm „freie Hand zu lassen in der Auffuchung von Garantien gegen jeden Angriff“, welche „Garantien“ darin bestehen sollten, dem Deutschen Reiche das „linksrheinische Gebiet“ und weiß Gott, was noch wegzunehmen? Ebenso hätte der Zar den französischen Eroberungsnarren ja auch versprechen können, sie gewähren zu lassen, wenn sie die Grenze noch weiter rücken, vielleicht so bis zur Elbe; sie hätten sich auch da einbilden können, mit seinem Versprechen eine Eroberungserlangt zu haben, und es hätte nicht

weniger „Wert“ für sie gehabt als das Versprechen, ihnen das „linksrheinische Gebiet“ anzufolgen — auf dem Papier nämlich. Drei Jahre lang erschöpfen sich Frankreich und England an dem Versuch, das besetzte französische und belgische Gebiet freizubekommen, und obwohl sie Dekatonnen von Menschen geopfert haben, haben sie die ursprüngliche Besetzung nicht nennenswert zurückdrängen vermocht. Nach all den gescheiterten Offensiven Verträge abzuschließen, überdies mit einem Staate, der es auch nicht vermag, den eingedrungenen Feind aus seinen Gemarkungen herauszubringen, in denen über das Land des Siegenden selbstherrlich geschaltet wird, der Einfall ist nicht so sehr fürchterlich, als man sich in Berlin anstellt, als grotesk. Aber ungleich wichtiger als Angriff und Verteidigung wegen jenes „Vertrages“ mit jenem Zaren ist Ribots feierliche Erklärung, daß Frankreichs Kriegsziel nur und ausschließlich die Frage wegen Elsaß-Lothringens enthält, ist die Entschiedenheit, womit der französische Minister „jede Politik der Eroberungen und gewalttätigen Annexionen“ zurückweist. Auch da ist eine Anknüpfung möglich; auch da öffnet sich ein Tor, das man nicht zuschlagen darf, durch das der Friede sich den Weg bahnen kann. Auch Kaiser Wilhelm spricht: Nicht für den Schatten eines hohlen Ehrgeizes wird deutsches Blut eingesetzt, nicht für Pläne der Eroberung und Knechtung! Wie sollen es die Menschen denn begreifen, daß über den Frieden nicht verhandelt wird, da alle Kriegführenden die Absicht, auf Eroberungen und Vergewaltigungen auszugehen, weit von sich weisen?

Während die Diplomaten noch zögern, werden die Sozialisten handeln: auf der Konferenz der russischen Abgesandten mit den Sozialisten Frankreichs und Englands in Paris ist das Zustandekommen der Internationalen Sozialistenkonferenz gesichert worden! Die Konferenz hat ihre herzliche Zustimmung dazu ausgesprochen, die Proletariate aller Völker in einer internationalen sozialistischen Arbeiterkonferenz zu versammeln, und so steht der internationalen Zusammenkunft wohl kein Hindernis mehr im Wege. Das ist eine Freudenbotschaft für das Weltproletariat, für die gesamte Sozialdemokratie, für die ganze Menschheit. Denn diese Internationale Sozialistenkonferenz wird nicht fruchtlos sein, und der Friede, dem alle Herzen entgegenharren, wird von ihr den allerstärksten Antrieb auffangen.

2. VIII. 1917

Frankreichs Eroberungspläne.**Ribots Antwort auf die Enthüllungen.**

Paris, 31. Juli. (Agence Havas.) Die Erklärungen, die Ministerpräsident Ribot in der Kammer abgegeben hat, hatten folgenden Wortlaut:

Der deutsche Reichskanzler erlaubte sich öffentlich, an die französische Regierung die Aufforderung zu richten, zu erklären, ob sie in der Geheimfistung am 1. Juli der Kammer nicht von einem Geheimvertrag Kenntnis gegeben habe, der am Vorabend der russischen Revolution abgeschlossen wurde und durch den sich der Zar verpflichtete, unsere Ansprüche auf die deutschen Gebiete links vom Rhein zu unterstützen. Die Erklärung des Kanzlers enthält indessen große Ungenauigkeiten und wirkliche Lügen, besonders bezüglich der Rolle, die er Boincars zuteilt, daß dieser Befehl gegeben habe, den Vertrag ohne Wissen Briands zu unterzeichnen.

Die Kammern wissen, wie sich die Ereignisse abgepielt haben. Auf Grund seiner Unterredung mit dem Zaren erbat und erhielt Doumergue von Briand die Ermächtigung, Akt zu nehmen von dem Versprechen des Zaren, unsere Forderung in Bezug auf Elsaß-Lothringen, das uns gewaltsam entzogen worden ist, zu unterstützen und uns freie Hand zu lassen in der Auffassung von Garantien gegen jeden neuen Angriff, nicht durch Annexion der linksrheinischen Gebiete für Frankreich, sondern

einen selbständigen Staat machen.

der uns sowie Belgien gegen Einfälle von der anderen Rheinseite schützen sollte. Wir haben niemals daran gedacht, das zu tun, was Bismarck im Jahre 1871 tat. Wir haben daher das Recht, der Behauptung des deutschen Kanzlers ein förmliches Dementi entgegenzusetzen. Der Kanzler kennt offensichtlich den Text der Briefe, die wir im Februar dieses Jahres mit Petersburg gewechselt haben, und er hat sich erlaubt, deren Sinn zu fälschen, wie es der berühmteste seiner Vorgänger mit der Emser Depesche tat. Wir werden an dem Tage, an dem es die russische Regierung für gut halten wird, diese Briefe zu veröffentlichen, keinerlei Einwendung dagegen machen.

Andererseits hat sich der deutsche Kanzler natürlich wohl gehütet, etwas von den Erklärungen zu sagen, die ich am 21. März abgegeben habe und durch die ich im Namen Frankreichs jede Politik der Eroberungen und gewaltsamen Annexionen zurückwies. Der deutsche Reichskanzler vergaß absichtlich die Rede, die ich am 22. Mai in der Kammer hielt und in der ich erklärte, daß wir bereit wären, in eine Unterhaltung mit Rußland über die Kriegsziele einzutreten, und daß, wenn das deutsche Volk, dem wir nicht das Recht zu leben und sich zu entwickeln bestreiten, begreifen würde,

daß wir einen auf die Rechte der Völker gegründeten Frieden wollen.

der Friedensschluß dadurch bedeutsam erleichtert würde. Er übergang mit Stillschweigen die Tagesordnung, die nach der Geheimfistung vom 1. bis zum 5. Juli einstimmig angenommen wurde. Als ich diese Tagesordnung unterstützte, sagte ich, daß wir nicht eine Politik der Eroberung oder Unterwerfung verfolgen. Das liegt nicht in der französischen Politik. Aber das konnte die Politik sein, deren gesamte Anfänge und deren verderblichen Schlag wir auszuhalten hatten. Ja, wir seufzten unter dem Drucke dieser Politik fünfundsiebenzig Jahre und die Vergeltung, die wir heute nehmen wollen, ist nicht die Vergeltung der Unterdrückung, sie ist eine Vergeltung, die darin besteht, die Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichgewicht, wie Frankreich sie hat, ins Völkerrecht umzusetzen. Lassen wir uns nicht täuschen durch Formeln. Wir kennen wohl ihre Absichten gut. Sie möchten die Demokratie der Welt verwirren, sie wollen glauben machen, daß wir Leute sind, die Eroberungen suchen. Nein, wir suchen Recht und Gerechtigkeit,

wir wollen diese Provinzen wieder nehmen, die niemals aufgehört haben, französisch zu sein! Sie waren es durch ihren Willen, denn sie haben sich Frankreich gegeben. Im Verlauf der großen Revolution von 1790 kamen sie zum Föderationsfest und erklärten Frankreich ihren Beitritt. Seitdem lebten sie ein französisches Leben, weil sie ein Teil Frankreichs. Und als sie uns entzissen wurden, fühlten wir alle, daß diesem eblen Frankreich etwas fehlte. Sie müssen zu Frankreich zurückkommen, weil sie zu ihm gehören, weil sie nicht zu denen gehören, die sie nicht, wie wir es taten, durch Ueberredung nahmen, sondern durch Gewalt, durch das harte Recht des Krieges, das wir verschmähen. Wir wollen nicht diese gewaltsamen Annexionen. Wir wollen einfach die Zurückstattung dessen, was uns gehört. Man mag jetzt der Welt zu sagen, daß wir Annexionen wollen. Das ist ein zu plummes Manöver, als daß jemand sich dadurch täuschen ließe und besonders die demokratischen Massen des russischen Volkes, die man vergebens von ihren Verbündeten zu trennen sucht, indem man sie über die wahren Gefühle der französischen Demokratie täuscht.

Was will der Kanzler?

Er sucht die Schwierigkeiten zu verbergen, die er empfindet, um die Kriegsziele Deutschlands und die Bedingungen festzusetzen, unter denen er Frieden machen würde. Er sucht besonders die Aufmerksamkeit von der schrecklichen Verantwortung abzulenkten, die auf dem Gewissen des deutschen Kaisers und seiner Ratgeber lastet. Am Tage nach der Veröffentlichung der Beschlüsse, die in der am 5. Juli in Potsdam abgehaltenen Beratung gefaßt wurden,

wo alle Konsequenzen des an Serbien abzufendenden Ultimatum's ins Auge gefaßt wurden,

eines Ultimatum's, aus dem der Krieg entstehen mußte, am Tage nach der Veröffentlichung versucht der Kanzler diese Ablenkung. Es ist eine gewisse Unverschämtheit, wenn man eine derartige Verantwortung hat, Rechenschaft

über unsere Absichten zu verlangen. Ohnehin wenden wir uns nicht an Deutschland, sondern an alle diejenigen, die als Zeugen oder Mitwirkende dieses Kampfes, den wir seit drei Jahren durchhalten, wissen, daß im Grunde der Seele des französischen Volkes tiefe Unhänglichkeit an die Grundsätze der Gerechtigkeit, an die Achtung vor dem Völkerrecht und — ich kann es sagen auf die Gefahr hin, von unseren Feinden nicht verstanden zu werden — an wahre Gerechtigkeit lebt.

2. / VIII. 1917

Die Notwendigkeit eines überseeischen Kolonialbesitzes für Oesterreich-Ungarn. Bei H. Kiesel in Salzburg ist jetzt eine von Dr. Rich. Seyfert und Dr. Ad. Mahr verfaßte Denkschrift erschienen, in der von der Notwendigkeit eines überseeischen Kolonialbesitzes für die Oesterreich-ungarische Monarchie und von den Richtlinien einer solchen Kolonialpolitik die Rede ist. Die Verfasser der Denkschrift, zu der Konteradmiral Sta. Schanzer das Geleitwort geschrieben hat, gehen von dem Grundgedanken aus, daß sich die Unabhängigkeit unserer Volkswirtschaft und Industrie auf die Dauer nur verbürgen lasse durch die Fortentwicklung aus der bisherigen kontinentalen Europapolitik heraus in eine moderne Großmachtpolitik hinein, die ihrerseits wieder eine rege kolonialpolitische Betätigung zur Voraussetzung habe. „Die Monarchie muß,“ heißt es in der Denkschrift, „wie alle andern Großmächte auch nach überseeischer Machterweiterung, das heißt nach Kolonien streben.“ Anläufe zu kolonialpolitischer Betätigung lassen sich in Oesterreich schon in der Zeit der Kaiserin Maria Theresia und Kaiser Josef II. (Ostindische Kompanie, „Pflanzstätten“ an der Malabarküste in Vorderindien) feststellen. Bei diesen Anläufen hatte es nun freilich sein Bewenden und während Spanien, Holland und England ihren Kolonialbesitz ständig ausdehnten, blieb in der Monarchie alles beim alten. Die Kolonien wurden für die meisten europäischen Staaten zu einer Quelle neuer Macht und nur die Monarchie hat trotz der oft günstigen Gelegenheit freiwillig auf ihren Anteil und auf größere Segelung verzichtet. Heute steht man wohl vielenorts ein, was man veräußert hat. Wir stehen heute im Zeichen des wirtschaftlichen Imperialismus und wenn wir nach dem Kriege nicht an die Wand gedrückt werden wollen, so brauchen wir mehr kolonialpolitischen Sinn in der großen Masse der Bevölkerung. Diesen Sinn zu wecken, ist eines der von den Verfassern der Denkschrift erstrebten Ziele. Ueber die Notwendigkeit beziehungsweise über den politischen und wirtschaftlichen Vorteil, den ein geschlossenes Kolonialreich dem Mutterland bieten kann, besteht jetzt nach den Erfahrungen des Krieges kaum noch Zweifel. Eine andere Frage aber ist es, wie man heute überhaupt noch zu einem Kolonialbesitz kommt, da die Welt doch so ziemlich aufgeteilt ist.

2./III. 1917

Beschwerden der Ukrainer.

Von der Zentralseitung der ukrainischen Legion und der ukrainischen parlamentarischen Vertretung einberufen, tagte während der letzten Tage des Vormonats in Wien unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Julian Romanczuk die ukrainische Vertrauensmännerversammlung. Es wurde zunächst konstatiert, daß der allgemeine ukrainische Nationalrat gegenwärtig nicht mehr existiert, worauf sich die Vertrauensmännerversammlung als kompetent erklärte, über die Angelegenheit der ukrainischen Legion zu entscheiden.

In der eingehenden und sehr lebhaften Debatte wurde einmütig und von allen Seiten festgestellt, daß die österreichische Regierung ungeachtet der riesigen Blutopfer, die die ukrainischen Soldaten auf allen Schlachtfeldern bringen, und der nicht weniger großen und schrecklichen Opfer an Leben, Gesundheit und Gut der ukrainischen Zivilbevölkerung die Rechte des ukrainischen Volkes andauernd überfiehet und mißachtet. Nach der Wiederoberung Ostgaliziens wurde das ukrainische Volk wieder unter die polnische Verwaltung gestellt. Ein Teil des gewesenen Gouvernements Cholm wurde gegen den Willen der bodenständigen ukrainischen Bevölkerung sowie gegen den Willen des ganzen ukrainischen Volkes überhaupt an das Königreich Polen angegliedert. Der besetzte Teil Wolhyniens wird als eine Domäne des polnischen Staates behandelt, und es wird gebilligt, daß unter der Autorität der Militärverwaltung das ganze öffentliche Leben polonisiert wird.

Die ukrainische Legion wurde und wird auch jetzt nicht so behandelt und verwendet, wie es im August 1914 zwischen der Regierung und dem ukrainischen Zentralrat vereinbart wurde und wie die verdienstvollen Leistungen der Legion, ihre patriotische Aufopferung und ihre nationalpolitische Bedeutung es erheischen. Eben jetzt betreten die verbündeten Armeen und die österreichische Verwaltung denjenigen Teil des ukrainischen Galizien, in welchem eine ukrainische Verwaltung bereits eingeführt war, und es besteht die Gefahr, daß eine nichtukrainische, dem ukrainischen Volke feindliche Verwaltung eingesetzt werden könnte.

Nach Feststellung dieser Tatsachen wurde konstatiert, daß die Frage der ukrainischen Legion im engsten Zusammenhange mit einer ganzen Reihe wichtiger politischer Fragen stehe, und es wurden in Anbetracht dessen von der Versammlung eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche der ukrainischen

parlamentarischen Vertretung zum Vollzug überwiesen wurden. Die Zentralseitung der ukrainischen Legion wird einer Reorganisation unterzogen und es wurden bereits neue Mitglieder in dieselbe gewählt.

3. VIII. 1917

„Rußland geht dem Verderben entgegen.“**Kornilows Kassandrarauf.**

S. Stockholm, 1. August. „Rußloje Slowa“ veröffentlicht ein Telegramm des Generals Kornilow, der folgendes ausführt:

Die russische Armee besteht aus Individuen ohne Verantwortlichkeitsgefühl, die durch kein Machtmittel zum Gehorsam gezwungen werden können und haufenweise desertieren. Meiner Ueberzeugung nach geht das Vaterland dem Verderben entgegen.

Die Offensive sollte auf allen Fronten unterbrochen werden, um die Armee zu retten. Sonst werden unnützlich jene geopfert, die mutig und treu ihre Pflicht erfüllen.

Wenn die Regierung meinen Vorschlag nicht billigen kann, muß ich auf den Befehlshaberposten verzichten, da ich an dem Untergang des Vaterlandes nicht mitwirken kann.

Albani
3./VIII. 1917

110

„Die Zahl der unüberwindlichen Schwierigkeiten und vierverbandfeindlichen Strömungen.“

London, 2. August.

Neuter meldet: Nach der Rede Henderfons forderte Mark Sykes den Premierminister Lloyd-George auf, eine Erklärung abzugeben, daß die Regierung nicht mit dem Frieden spiele. Wenn sich dieser Eindruck festsetze, würde das ganze Königreich erschüttert werden.

Lloyd-George erwiderte: Die Regierung selbst änderte nicht im geringsten ihre Ansicht über die einzig möglichen Friedensbedingungen, die mit der Ehre und Sicherung Englands im Einklang ständen. Wir beabsichtigen gewiß nicht, an einer Konferenz, wie der geschiedenen, teilzunehmen, weder durch Vertreter noch durch die Teilnahme eines Mitgliedes der Regierung. Ich sage ferner ohne Zögern, daß wir keiner Parteikonferenz gestatten werden, über die Friedensbedingungen zu entscheiden oder diese zu diktieren. Die Friedensbedingungen müssen zur Verantwortung der derzeitigen Regierung gehören.

Was Henderfons Rede betrifft, so befand ich mich gerade in Paris, als die Sache erörtert wurde und er und die Arbeiterpartei ihre Beschlüsse faßten. Wir waren nicht in Paris, um die Friedensbedingungen zu erörtern, sondern die besten Methoden zur erfolgreichen Fortsetzung des Krieges, und wir beabsichtigen, die Konferenz der letzten Woche in wenigen Tagen in London fortzusetzen.

Lloyd-George äußerte sich sodann über die Doppelstellung Henderfons als Mitglied der Regierung und als Arbeiterführer. Dabei hielten sich die Vorteile und die Nachteile die Waage. Henderfon wirkte stets konsequent bei allen Maßregeln zur Fortsetzung des Krieges mit. Dies sei ein Vorteil, der sich aus seiner Verbindung mit der organisierten Arbeiterschaft ergebe.

Lloyd-George fuhr sodann fort: Einige Abgeordnete glaubten, daß diese Verbindung unglücklich sei, aber das Haus müsse erwägen, ob es wünschenswert sei, daß man davon abginge. Die Regierung werde ebenfalls die Frage erwägen und auch die französischen Minister, die sich in derselben Lage befinden, um Rat fragen. Ich verzweifelte nie an der Sache der Alliierten. Ich bin überzeugt, daß Rußland sich erholen wird. Die Männer der jetzigen russischen Regierung wollen die Kraft Rußlands organisieren, um gegen Deutschland zu kämpfen, aber sie haben mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten zu tun. Man muß auf Rußland Rücksicht nehmen, um nicht die unheilvollen Einflüsse zu fördern, die in Rußland gegen die Sache der Alliierten am Werke sind. Man muß Rußland Gelegenheit geben, sich wieder herzustellen.

Lloyd-George forderte schließlich das Haus auf, die Einheit nach außen zu wahren. Von England hingen die Alliierten mehr ab als von einem anderen Lande. Wenn wir, sagte er, beginnen, uns zu trennen und zu spalten, und einen wertvollen Kollegen nach dem anderen in die Arme werfen, die für pazifistische Ziele kämpfen, dann muß ich wirklich an unserem Sieg verzweifeln.

Der Abend
3./VIII. 1917

111

Das vierte Jahr.

In der Ausgabe vom 31. Juli konfisziert.

Heute vor drei Jahren wurde der Mobilisierungsbefehl erlassen, der Österreich-Ungarns Eintritt in den großen Krieg bedeutete. Wo sind heute die prächtigen Menschen, die dieser Befehl zu den Fahnen rief? Wir, die wir in allem was uns als Fortschritt der Menschheit heilig galt, aufs tödlichste getroffen wurden, wir hatten unsere Freude an dem jugendstarken Geschlecht, das den Kasernen zuströmte. Was die Staatsgemeinschaft in Jahrzehnten an wirklicher, menschheitsfördernder Arbeit geleistet hatte, wir sahen es in blühenden Menschenleibern verkörpert. Die Organisation der Arbeit und der Bildung, die Ernährung und Wissen verbessert hatte, die Mutter- und Kinderschutzgesetze, die ihre Wirkung zu zeigen begannen, die Arbeiterschutzgesetze, die die Volksgesundheit hoben, die gehobene Lebensweise, die Freude am Sport geschaffen hatte und selbst die Opfer, welche die städtische Bevölkerung trug, um dem Bauer zu höherem Einkommen und besserem Leben zu verhelfen, das alles, so fragten wir uns damals, nur dazu, um letzten Endes bessere, kräftigere Soldaten zu schaffen? Und wenn dem auch so ist, und wenn auch jemand ernstlich geglaubt hat, daß dies der Endzweck aller sozialen Arbeit sein soll, so fragen wir jetzt, wo sind heute die Soldaten, die vor drei Jahren auszogen, um eine neue glücklichere Gemeinschaft zu bauen? Wer von ihnen ist noch da und wo sind die Errungenschaften, welche die Träger ihres Daseins waren?

Wohin wir blicken, in allen kriegsführenden Ländern ein Bild der Zerstörung. Weg die besten Menschen, weg das beste Volksgut, zertraten die Gedanken von Fortschritt und Freiheit. Wenn auch nur einer der kriegsführenden im Augenblick der Kriegserklärung das vorausgesehen hätte, es wäre wohl nie zu diesem Krieg gekommen. Wenn vorausahnende Phantasie solche Kriegsoffer hätte ermessen können, der Gedanke, daß es Fragen des Prestiges gebe — so sagte man damals noch — die nur durch die Waffen entschieden werden könnten, er wäre schon vor drei Jahren nicht vorhanden gewesen. Das Wort Prestige ist seither aus dem Sprachschatz der Staatskanzleien geschwunden und wenn eine heute vom Kriege spricht, so begründet sie seine Fortführung mit der bitteren Notwendigkeit, nicht alles verlieren zu dürfen. Keine weiß aber, dieses Letzte abzuwenden, ein anderes Mittel als den Krieg, so fest sie auch überzeugt sein mag, durch jeden neuen Kriegstag ärmer zu werden und dem Zustand immer näher zu kommen, den der Krieg abwenden soll. Es ist Höllepein, diese Lage nur durchzudenken und es hieße ganz verzweifeln, wollte man sie als naturgegeben und unabänderlich anerkennen. Dazu liegt aber kein zwingender Grund vor. Wenn es heute vielmehr schon in allen Ländern Männer von Bedeutung gibt, die erklären, daß dieser Krieg militärisch nicht entschieden werden kann, daß vielmehr der Zustand der Unentschiedenheit ohne eine endgültige entscheidende Niederlage oder Erschöpfung auf einer Seite noch länger andauern könne und der Frieden herbeigeführt sein werde, sobald diese Einsicht allgemein geworden sei, so muß man sich sagen, daß es nur darauf ankommt, die Herbeiführung dieser Einsicht zu beschleunigen, vor allem der Überzeugung zum Durchbruch zu verhelfen, daß ein Sieg, der noch weitere Opfer fordert, gar nicht lehren kann. Er könnte nur eine weniger tiefe Stufe der Verblendung gegenüber dem besiegten Lande bedeuten.

Wenn wir die Stimmungen recht zu deuten wissen, die sich jetzt unter allen kriegsführenden Völkern geltend machen, die tiefe Friedenssehnsucht aller Völker vor allem, so will uns scheinen, als ob der Tag kommen muß, da diese Einsicht durchschlägt. Ihn herbeizuführen, ist die Aufgabe der ernstesten Verständigungsarbeit, deren Anstreben sich heute in der Literatur, in der Presse und in den persönlichen Bemühungen unbeantragter Personen zeigt. Wenn die Diplomaten und die Militärs nicht imstande sind, den Krieg zu beenden, dann wird es dem Verständigungswillen der Völker gelingen müssen. Der Gedanke, diesen Willen zu organisieren, greift jetzt immer mehr um sich. Er hat in Deutschland bereits durch die Gesellschaft für den Verständigungsfrieden feste Form angenommen, in Österreich ist eine ähnliche Gründung in Vorbereitung. Es wird sich darum handeln, daß diese Gesellschaften die Verührung mit den Friedensfreunden in den Entente-Ländern nehmen. Die Pflicht der friedliebenden Regierungen der Mittelmächte wird es sein, die Verständigungsarbeit nicht zu hindern. W.

Zukunftsbündnisse im Lichte Bismarckscher Ueberlieferung.

Die kritische Lage, in der sich das revolutionäre Rußland befindet, und die sich unter täglich neuen wirtschaftlichen, politischen und nun abermals auch wieder militärischen Sorgen täglich verschärft, sowie nicht minder der Mangel an Namen Widerständen gegen das machtvoll ausschreitende Verhängnis erinnern uns an das Wort von der Blindheit, womit die Götter den schlagen, den sie verderben wollen. Es könnte seltsam erscheinen, daß wir uns bewogen fühlen, in diese politische Blindheit hineinzuleuchten, aber wenn wir es tun, so geschieht es in dem Glauben, daß die Zeit nicht mehr fern sein kann, da das neue Rußland inmitten aller quirlenden Neubildungen zum Verständnis seiner eignen Interessen erwache und sehen lerne, was einsichtigen Männern in Deutschland, nicht geblendet und nicht berauscht durch die Erfolge untrer Waffen, als eine unerbittliche Forderung der Zukunft schon heute mehr oder minder scharf umrissen vor sichwebt. Dabei steht an der Schwelle von Betrachtungen über unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland der weitsehende Genius Bismarcks, dessen Spuren auch Hans Fritz Abraham Berlin in einem als Handschrift gedruckten Schriftchen „Die Bismarcksche Tradition“ bei seinen Gedanken über russisch-deutsche und an solche anzugliedernde Bündnispläne folgt.

Im 29. Kapitel seiner „Gedanken und Erinnerungen“ legt Bismarck die Gründe dar, die zum Abschluß des Dreibundes führten. Es galt, einen der beiden Kriegsgegner der Versuchung zu entziehen, im Bunde mit andern Mächten Rache zu nehmen. Da eine Ausöhnung mit Frankreich unmöglich schien, kam nur Österreich in Frage, dem später Italien beigegeben ward. Daneben sicherte uns ein geheimer Rückversicherungsvertrag mit Rußland dessen Neutralität für den Fall eines feindlichen Angriffs, wogegen wir Rußland gegenüber die gleiche Verpflichtung eingingen. Auf die Preisgabe dieses Rückversicherungsvertrages, der auch in Österreichs Interesse gelegen war, da er den Frieden sichern half, durch Bismarcks Nachfolger erfolgte beinahe automatisch der Abschluß des russisch-französischen Bündnisses, nachdem die Scheidewand zwischen beiden Mächten, der Rückversicherungsvertrag, dahingefallen war. Das geschah zu einer Zeit, als der neue Kurs mit seiner von Bismarck noch recht zurückhaltend betriebenen Flotten- und Kolonialpolitik die Gefahr eines wirtschaftspolitischen Gegensatzes zu England heraufbeschwor. Inzwischen erstarkten in Rußland die panslawistischen, auf die Zerstückelung Österreichs gerichteten Bestrebungen, die später dazu dienten, eine früher nicht einmal in Träumen vorhanden gewesene russisch-italienische Interessenverwandtschaft hervortreten zu lassen, an deren Pflege der russische Botschafter Murawiew in Rom mit erstaunlich schnellem und großem Erfolg, zumal bei der italienischen Presse, im Bunde mit Barrère, gearbeitet hat. Auf den durstigen russischen Boden senkte sich dann der französische Milliardensegel . . . Unter solchen Umständen trachtete unsre Politik nach einer Annäherung an England, ein Bestreben, das vor allem Herr v. Jagow zum Angelpunkt seiner Tätigkeit machte und das in der Tat vorübergehend Erfolg verhieß. Wenige Monate vor Kriegsausbruch wollte die englische Flotte als Gast in den deutschen Gewässern. Dann fielen die schicksalsschweren Schüsse von Serajewo.

Die verflochtenen drei Kriegsjahre haben indes die gesamte europäische Lage verändert. Von dem erschöpften Frankreich hat Rußland keine Milliarden mehr zu erwarten, die panslawistischen Pläne haben Schiffbruch gelitten, und in der vordersten Linie des Weltkrieges erhebt sich überragend der englisch-deutsche Wirtschaftsgegensatz. Damit erschien eigentlich der Weg zur Wiederaufnahme der Bismarckschen Ueberlieferung in unserm Verhältnis zu Rußland frei, und sein Beschreiten müßte sich für Rußland um so mehr empfehlen, als er es zugleich der Erfüllung seiner Wünsche im türkischen und persischen Osten entgegenzuführen verspräche. Bismarck dachte sich die Entwicklung so, daß Rußland möglichst in Güte die Sicherung der Dardanellendurchfahrt erlange, wofür der Türkei ihr Besitzstand gewährleistet werden sollte. Rußland gewänne dadurch seinen Haus Schlüssel. Bei stärkerer Betonung seiner Mittelmeerinteressen würde es in Gegensatz zu England geraten, was für uns nur förderlich sei. Umgekehrt bedürfte Rußland, wie heute deutlich zutage liegt, den mächtigen Rückhalt der Mittelmächte gegen England bei der gedachten Verfolgung eigener Mittelmeerinteressen. Erschienen aber die russischen Anwartschaften eine Zeitlang durch das Erstarken der deutschen Orientpolitik bedroht, so eröffnet nunmehr das Scheitern des Panslawismus auch hier den Weg zur Verständigung. Die in der Türkei heute allgemein verbreitete Erkenntnis der englischen Gefahr für die Unversehrtheit des türkischen Besitzstandes könnte eine solche deutsch-russisch-türkische Verständigung nur begünstigen. Als Brücke zwischen befreundeten Staaten würde ferner ein polnisches Reich viel höhere und für alle Teile fruchtbarere Bedeutung gewinnen denn als Bufferstaat zwischen zwei Mächten, die verschiedenen Machtgruppen angehören würden. Selbstverständlich würden die als verbündet gedachten Mächte den Besitzstand der ja gleichfalls dem Bunde angehörigen Türkei gewährleisten.

Bei Besprechung des Balkanproblems vertritt Abraham die Ansicht, daß ein Bündnis Rußlands mit den Mittelmächten seine endgültige Lösung im Sinne einer Anlehnung von Rumänien, Serbien, Montenegro, Albanien und Griechenland, soweit nicht russisch-österreichische Verständigungen einige dieser Staatengebilde verändern möchten, erleichtern würde, wobei auch italienischen Wünschen Rechnung zu tragen sei. Es darf hier wohl darauf hingewiesen werden, daß einer der Hauptgründe des Abfalls Italiens vom alten Bündnis die Furcht vor England war, die ja immer in der auswärtigen Politik Italiens, oft als überlieferte Freundschaft verkleidet, eine wichtige Rolle gespielt hat, der von uns nicht gebührend Rechnung getragen wurde. Hatte doch noch Graf Guicciardini, der dem letzten Kabinett Sonnino als Minister des Äußern angehörte, in der Kammer anlässlich der Beratung seines Haushalts erklärt, Italien werde nie gegen eine Koalition kämpfen, der England angehöre. Diese Englandfurcht Italiens hat sich im Verlauf des Krieges, zumal dank der für alle Mächte überraschenden Wandlungen im Seekriege, verflüchtigt, und es besteht kein Grund, aus einer sich ändernden Sachlage nicht Nutzen zu ziehen, den wir Italien gegenüber namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete zu suchen hätten, wo das Interesse auf Gegenseitigkeit beruht.

Die überaus schwierige Lage, in der sich das russische Reich gegenwärtig befindet und die ohne Zweifel, sofern nicht von außen die Lösung erleichtert wird, so bald nicht geändert werden kann, müßte allen Russen von Einfluß und Macht, sofern ihnen das Wohl ihres Vaterlandes am Herzen liegt, raten, sich mit den hier skizzierten, auf Bismarckschen Grundsätzen aufgebauten Gedanken aufs ernstlichste zu beschäftigen. Was zur Zeit des großen, weitblickenden Kanzlers richtig war, hat seitdem nichts an Wirklichkeitswert eingebüßt. Selbstverständlich entspricht dem russischen Interesse einer auf diesem Boden gesuchten Verständigung vollkommen das unsre und das unsrer Verbündeten. Es erscheint auch zweifellos, daß nur im Rahmen eines uns verbündeten Rußlands dessen Ausgestaltung zum Bundesstaat weder eine Gefahr für uns, noch eine solche für den Machtzusammenhalt Rußlands, wohl aber für dieses eine Hoffnung der schönsten Entwicklungsmöglichkeiten aller Art bedeuten würde.

Hat der Panflavismus abgewirtschaftet?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In der letzten Zeit ist häufig erörtert worden, ob die russische Revolution eine Stärkung des Panflavismus bedeutet habe oder sein Ende; der „Gaulois“ hat behauptet, die Märzereignisse bildeten einen „großartigen Erfolg“ der allslavischen Bewegung, während die „Neue Freie Presse“ die entgegengesetzte Diagnose stellt. Da ist es nun interessant, auf die Stellung hinzuweisen, die das führende Blatt der russischen Chauvinisten vom Schlage der Wjunktow, Gutschow und Genossen — die faßsam bekannte „Nowoje Wremja“ — zur Klärung der Frage einnimmt. Sie schreibt, daß der Panflavismus mit dem Panrussismus niemals identisch gewesen sei; zum Beweis führt sie die Verschickung des Anstaltlichen Kroschanski nach Sibirien an, die vom zweiten Romanow verfügt wurde. Unter dem Hause Hofstein-Gottorp habe sogar eine regelrechte Verhöhnung der slavischen Idee eingesetzt. Sodann fährt sie fort:

Nach dem siebenjährigen Kriege erbält Preußen die durch russisches Blut befreiten baltisch-slavischen Gebiete am Ausfluß der Weichsel. Katharina II. begehrt das Verbrechen, auf die Teilung Polens und die Auslieferung des goldenen Rußlands an Oesterreich einzugehen. Alexander I. liefert Serben, Montenegriner und den befreiten Teil Galliziens aus. Nikolai I. verfolgt die Moskauer Slavophilen, die ihn auf seine historische Pflicht aufmerksam machen. Alexander II. setzt diese Verfolgung fort. Die Verschickung Anatols und die Ungnade Skobelews sind die besten Beweise hierfür. Der Drei-Kaiser-Bund unter Alexander III. und die Bedrückung der Neuslavaphilen während seiner Regierung entsprangen demselben Geiste. Die Slavaphilen setzten alles daran, um die deutsche polizeiliche Zwischenwand zwischen dem Volk und dem Zaren niederzulegen, aber ohne Erfolg. Die Umbenennung Petersburgs in Petrograd war ein klägliches Almosen für die Slavaphilen als Dank für die Manifestation am 19. Juli/1. August 1914 vor dem Winterpalais. Wenn die Romanows Miene gemacht haben, sich für den Panflavismus einzusetzen, so ist es lediglich zu dem Zwecke geschehen, um mit russischem Blut noch ein Prager, Lubliner, Zagreber und andere Gouvernements zu schaffen, in denen verschiedene „-berga“, „-dort“ und andere baltische Barone straflos den Slaven die wahrhaft russische Kultur einimpfen konnten. Die Anhänger der gestürzten Dynastie haben die Idee des Panflavismus bloßgestellt, indem sie ihn mit Panrussismus verwechselten. Der letztere hat mit der Entthronung Nikolai II. allerdings ein Ende gefunden, der erstere wird aber um so kräftiger emporblühen und die Gedanken fortführen, die bereits auf den Slavkongressen von Prag (1908) und von Sofia (1910) ausgesprochen worden sind. Beide haben den Panflavismus vom zaristischen Panrussismus scharf getrennt, und der Soffioter Kongreß hat bereits die Ideale des echten Panflavismus in die Beschlüsse zusammengefaßt:

1. kein slavisches Volk darf über ein anderes slavisches herrschen, und
2. kein slavisches Volk darf Vereinbarungen mit einem nichtslavischen zum Schaden der allgemeinen slavischen Interessen treffen.

„Das sind,“ schließt „Nowoje Wremja“, „die Grundlagen des gegenwärtigen Panflavismus. Nur volle Befreiung aller slavischen Völker schafft die Möglichkeit für die Bildung eines freien slavischen Bundes und damit das Rassengleichgewicht auf der Erde, das allein ein Pfand für einen festen und dauernden Frieden sein kann.“

Der Panflavismus dürfte demnach keineswegs abgewirtschaftet haben, seine rücksichtslose Bekämpfung gehört auch in Zukunft zu den wichtigsten Aufgaben der deutschen Presse.

H. VIII. 1917

114

Guhsmans über die Erklärungen des Grafen Czernin und die Friedenskonferenz.

(Telegramm des Fester Lloyd.)

Stockholm, 8. August.

Camill Guhsmans stellt seine Berufung ins belgische Kabinett in Abrede und erklärt, daß die neuerlichen Erklärungen des Grafen Czernin von einer bewundernswerten Sachlichkeit und Aufrichtigkeit getragen seien, ausgezeichneten Eindruck machen und zur Beseitigung mancher Schwierigkeiten beitragen werden. Die Sympathien aller Freunde des Weltfriedens seien für den Grafen Czernin.

Guhsmans besprach die Fragen der Konferenz und gab Äußerungen offiziell autorisierter Russen wieder, wonach die Kriegsziele Italiens und Rumäniens nicht nur keinen Anklang, sondern sogar Mißbilligung in Rußland gefunden hätten. Der Standpunkt der italienischen Sozialisten decke sich nicht mit dem annexionslosen Frieden. Es sei eine moralische Unmöglichkeit, Oesterreich-Ungarn vom Meere zu verdrängen, weshalb die ganze sozialistische Welt den österreichisch-ungarischen Adria standpunkt voll würdige. Auch Polen soll nach der Internationalisierung der Wasserstraßen den Zutritt zum Meere erhalten. Er sei der Meinung, daß England die Herrschaft zur See zugunsten der ganzen, nach Freiheit lechzenden Welt werde aufgeben müssen.

Betreffs Elsaß-Lothringens glaubt Guhsmans an einen Beschluß der Konferenz bezüglich der Vornahme von getrennten Plebisziten im Elsaß und in Lothringen auf Grund der Wählerlisten des Jahres 1903 des allgemeinen Wahlrechts. Für Frankreich werde in Lothringen und für Deutschland im Elsaß ein günstiges Resultat erzielt werden. Der Termin für die Plebiszite wäre ein Jahr nach dem Kriege. Die Konferenz werde zuversichtlich Ende August in Stockholm ihre Tagung beginnen. Das holländisch-skandinavische Komitee opponiere gegen das Verlangen der Franzosen und Engländer nach Verschiebung der Konferenz bis Mitte September, da die Befürchtung bestehe, daß dann die deutschen Delegierten nicht kommen könnten.

H. VIII. 1917

Eine neue Kriegszieltrede Ribots.

Paris, 2. August.

Die Kammer verhandelte die Interpellationen Renaudel und Pugliesi-Conti über die allgemeine Politik der Regierung.

Renaudel sprach über die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und des Grafen Czernin, denen man nicht eine Politik von Dementis, sondern aktiver Verteidigung entgegensetzen sollte. Unsere Regierungen, sagte Redner, haben sich durch die Friedensanerbietungen der Mittelmächte überraschen lassen. Sie hätten unsere Friedensbedingungen darlegen sollen. Die Grundlage für den Weltfrieden liegt nicht in territorialen Fragen, sondern in der juristischen Organisation der Nationen. Graf Czernin ist zu dieser Formel gekommen. Warum bemüht man das nicht, um unsere Feinde zu nötigen, die Maske abzunehmen?

Redner erinnert an die Tagesordnung beim Abschluß der letzten Geheim Sitzung, worin verlangt wurde, daß die allgemeinen Sitten einer Gesellschaft der Nationen studiert würden. Er sprach auch von der Frage des linken Rheinufers, erinnerte an die Verantwortlichkeit für diesen Krieg, die auf die Feinde zurückfalle, und schloß mit einer Kritik der allgemeinen und inneren Politik der Regierung.

Ministerpräsident Ribot ging in seiner Erwiderung auf die Friedensfrage ein und sagte: Wir wünschen diesen Frieden, aber einen aufrichtigen, ehrenvollen Frieden. Möchte heute Frieden sein! Würden wir auf Elsaß-Lothringen verzichten und würden wir selbst unsere zerstörten Provinzen wieder aufzubauen haben, so würde man einwilligen, die Ruinen Frankreichs fortleben zu lassen, Frankreich, das an der Spitze der Zivilisation zu marschieren verdient. Neben uns hätten wir diesen furchtbaren Block der Mittelmächte, die wahrhaft die Herren sein würden. Man würde Belgien ein Almosen geben. Man will uns zu Sklaven machen. Wir müssen den Sieg gewinnen, nicht durch geheime Versammlungen. Wir können nicht glauben, daß Konferenzen ihn uns geben können. Vor zwei Monaten dachte Renaudel nicht daran, nach Stockholm zu gehen. Er sagte, er werde nicht mit den deutschen Sozialisten verhandeln, so lange Frankreich besetzt sei. Später sagte Renaudel,

er werde mit den Sozialisten nach Stockholm gehen, um die Deutschen anzuklagen. Dann verlangte er Bürgschaften. Die Sozialisten, fuhr Ribot fort, würden nur Beauftragte des deutschen Kaisers sein.

In dem jetzt entstehenden Tumult sagte Compeyre-Morel: Wir haben den Antrag unterzeichnet und wir haben immer erklärt, mit den Deutschen nur dann zu verhandeln, wenn die Frage der Verantwortlichkeit gestellt würde. Wir weigern uns, mit Männern wie Scheidemann zu verhandeln, und werden niemals einwilligen, unsere Hand in die Hand solcher Männer zu legen.

Ministerpräsident Ribot (fortfahrend): Sie sind mit uns einer Meinung, die Begründung einer Gesellschaft der Nationen zu wünschen. Wir können sie wünschen, da wir das Recht für uns haben. Aber glauben Sie, daß der Austausch von Telegrammen zu dieser Gesellschaft führt? Ja, wir arbeiten daran, aber Deutschland möchte, daß man Urteile zerreißt, wie es Verträge zerrissen hat. Ich sage, daß dieser plötzliche glühende Eifer unserer Feinde für eine Gesellschaft der Nationen nur eine Heuchelei ist. Wie Lloyd-George es sagte: Es steht keiner der Parteien zu, über die Friedensbedingungen eine Entscheidung zu treffen.

Ribot bat die Kammer, nicht ein Bild der Zwietracht zu bieten und sich nicht in Besprechungen zu verlieren, die nur Frankreichs Feinden nügen.

In Beantwortung der Anspielung Cahins auf die Verträge, von denen Reichskanzler Dr. Michaelis gesprochen hatte, sagte Ribot: Sie wissen, was ich im Juni sagte. Ich sage und wiederhole, daß wir keine gewaltsamen Annexionen wollen. Ich bringe die zum Schlusse der letzten Geheim Sitzung angenommene Tagesordnung in Erinnerung, wonach die Rückgabe Elsaß-Lothringens nicht als Annexion anzusehen sei, sondern als Wiedergutmachung, nach der außerdem Bürgschaften gegen den preussischen Militarismus verlangt werden.

Ribot schloß: Ich werde tun, was die Kammer wünscht. Ich werde mich zurückziehen oder ich werde die Regierungsgewalt behalten, aber ich werde mein Bestes für das Wohl unseres teuren Frankreich tun. (Lebhafter Beifall.)

Pugliesi-Conti wies auf die Gefahr des Imperialismus, der einzigen Hoffnung Deutschlands, hin und erhob Anklage gegen die pazifistische Werbetätigkeit. Er fragte Ribot, was er mit den Internationalisten und Revolutionären zu tun gedenke.

Lebey bat die Regierung, zu versichern, daß die alliierten Demokratien bereit sein werden, mit der deutschen Demokratie zu verhandeln, wenn sie sich gegen den Imperialismus erhebe.

Renaudel warf Ribot vor, daß er gesagt habe, die Erklärungen der Sozialisten seien zweideutig.

Montet verlangte eine politische Tätigkeit Seite an Seite mit der militärischen und machte Ribot den Vorwurf, daß er an der Vaterlandsliebe der Sozialisten zweifle.

Ribot wies den Vorwurf zurück und erklärte: Montet hat gesagt, die Tagesordnung könne weitgehende Rückwirkungen haben, insbesondere im Verhältnis zu den russischen Alliierten. Montet möge sich beruhigen. Es gibt kein Mißverständnis mit Rußland; Frankreich marschiert in Übereinstimmung mit ihm.

Zum Schluß der Sitzung nahm die Kammer die Tagesordnung Kloy mit 392 gegen 61 Stimmen an. Diese lautet: Die Kammer geht zur Tagesordnung über, indem sie sich mit der Tagesordnung vom 5. Juni einverstanden erklärt und jeden Zusatz ablehnt.

H. VIII. 1917

Neuerliche Neutralitätserklärung Perus.

Bern, 3. August.

Der „Temps“ meldet aus Lima: Der Kongress wurde am 31. Juli eröffnet. In der Botschaft erklärte der Präsident, die Regierung werde als internationale Nichtlinie strikteste Neutralität bewahren.

Ueber die Torpedierung des Dampfers „Gorton“ durch ein deutsches U-Boot erklärte der Präsident, er erwarte immer noch die Verwirklichung des Versprechens einer Entschädigung und der Wiedergutmachung durch Deutschland.

Die wirtschaftliche und kommerzielle Lage Perus sei gut. Der Wert der im Jahre 1916 ausgeführten Waren habe 16 Millionen Pfund, der Wert der eingeführten Waren 8 Millionen Pfund betragen. Niemals habe Peru eine solche Blütezeit gekannt.

Die Verluste der Entente seit Kriegsbeginn.

Mehr als 18 Millionen Mann.

Berlin, 4. August.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Nach vorsichtigen Schätzungen betragen die Verluste der Russen seit Kriegsbeginn bis zum 1. Juli 1917 9.500.000 Mann, der Franzosen 4.400.000, der Engländer (ausschließlich der Inder) 1.600.000, der Italiener 1.600.000, der Belgier 240.000, der Serben 500.000 und der Rumänen 300.000 Mann. Die Gesamtverluste der Entente betragen demnach über 18 Millionen, was etwa der Summe der Bevölkerungsziffern von Dänemark, Norwegen, Schweden und Holland entspricht.

Die Kriegskosten der Entente betragen in den drei Kriegsjahren etwa 258 Milliarden Mark, während jene der Mittelmächte sich auf 107 Milliarden beziffern.

Die Kriegszielrede Ribots.

Paris, 3. August.

Die Agence Havas meldet: In der am Donnerstag in der Kammer gehaltenen Rede machte Ministerpräsident Ribot über die Politik der Regierung noch die folgenden Ausführungen: Die Regierung denkt, daß wir erst dann zu einem Frieden, den wir annehmen können, gelangen werden, wenn Deutschland ihn erbeten haben wird. (Lebhafter Beifall auf der Linken, im Zentrum und auf der Rechten.) Wenn wir zu früh den hinterlistigen Vorschlägen Gehör schenken, die uns gemacht und von Mandövern unterstützt werden, die Sie kennen, so würden wir das Land ausliefern, unsere Pflicht als Franzosen und unsere Pflicht als Regierung verletzen. Wer könnte in dieser Stunde, da unsere Gebiete noch besetzt sind, an einen Frieden mit Deutschland denken? Wer könnte Friedensvorschläge sein Ohr leihen? Wer kann wünschen, daß man auf Erörterungen eingeht, die nur dazu dienen, den Krieg zu entkräften? Wir wünschen den Frieden ebenso sehr wie Renauld und seine Freunde. Aber wir wollen einen aufrichtigen, dauerhaften, dieses Landes würdigen Frieden. Was wäre dies für ein Frieden? Wir würden einwilligen, auf alte Rechte zu verzichten, und würden als die ersten erklären — denn das ist es, was man von uns erwartet — daß wir nicht die Absicht haben, etwas für uns zu fordern, was es auch sei, nicht einmal Elsaß-Lothringen. Was würde das Los aller dieser Völker sein, deren Verteidigung wir übernommen haben und die wir schimpflich im Stich lassen würden? Dieser Frieden ist nicht möglich. Man darf nicht daran denken. Wir sind der Ansicht, man dürfe weniger die Friedensbedingungen erörtern als die besten Mittel prüfen, um zu siegen.

5. / III. 1917

**Der brasilianische Minister
des Aeußern — Großmeister.**

Rom, 31. Juli.

Nach einer Meldung der Amerikanischen Agentur aus Rio Janeiro vom 21. Juli hat der brasilianische Minister des Aeußern, P e c a h n a, das Amt eines Großmeisters der brasilianischen Freimaurerei angetreten. Minister Pecahna ist der Haupturheber des Eintrittes von Brasilien in den Weltkrieg. Seine Stellung in der Freimaurerei dürfte vieles erklären.

5./III. 1917

Die Zusammenhänge der Rede Lord Cecils.

Noel Buxton über Oesterreich-Ungarns Stellung zu den Balkanstaaten.

Es ist erfreulich und wir wollen es nicht übersehen, daß sich allgemach in England doch Stimmen melden, die von dem leidenschaftlichen Wesen Lloyd Georges sich stark abheben und besonders Oesterreich-Ungarn gegenüber nach einem gerechteren Standpunkt suchen. Man erfährt erst jetzt, da das Neuterbureau die bezügliche Debatte ganz unterschlagen hat, von den Ausführungen Noel Buxtons in der englischen Unterhausdebatte vom 24. Juli, obwohl diese Verhandlung erst die vielbemerkte Rede Lord Cecils veranlaßt hat. Buxtons Äußerungen über die Stellung Oesterreich-Ungarns zum Balkanflaventum sind um so beachtenswerter, als Mr. Noel Buxton bei seinen Landsleuten sowohl wie im Ausland als eine Autorität auf dem Gebiete der Balkanpolitik geschätzt wird. Er war und ist vielleicht noch Obmann des Balkankomitees in London, welches bei jeder Gelegenheit mit Eifer und Beharrlichkeit für die Unabhängigkeit der Balkanstaaten eintrat. Er hat gemeinsam mit seinem Bruder Roden Buxton ein Buch über die Balkanländer herausgegeben, in welchem er sich überaus eifrig für deren Ansprüche einsetzte. Es war in der Debatte des Unterhauses vom 24. Juli über den großen Kriegskredit, daß Noel Buxton das Wort ergriff. Seine Rede wird von den meisten Londoner Blättern kaum erwähnt. Der Palamentsbericht der „Times“ widmet ihr nicht mehr als acht Zeilen. Was er ungesähr gesagt hat, ist ersichtlich aus dem Bericht der „Morning Post“, den wir nachfolgend wörtlich anführen:

Mr. Noel Buxton erklärte, daß der Plan des Jugoslawentums ein rein doktrinärer sei. Er zweifle, ob die Slaven Unabhängigkeit verlangen. Er glaube, sie verlangen nationale Föderation mit den Habsburgern. Die Schaffung einer Zahl von unabhängigen Staaten würde gleichbedeutend sein mit der Schaffung etlicher von außen unterstützter Ufers. Wir gingen nicht in den Krieg, um Oesterreich zu zerstücken. Wir wurden antiösterreichisch um Rußlands willen. (!) Das war aber das alte Rußland. Die Idee der Zerstörung Oesterreichs ist eine Illusion.

Aus dem bekannten Text der Rede Lord Robert Cecils ist erinnerlich, daß er sich in vollständiger Uebereinstimmung mit der Äußerung Buxtons erklärte. Die Bedeutung dieser Bemerkung Lord Cecils wird erst jetzt verständlich.

Noch eine Einzelheit ist aus dieser Debatte vom 24. Juli hervorzuheben. Der Deputierte Mr. King machte aufmerksam, daß den Mitgliedern des Hauses eine befremdliche Erklärung eines jugoslawischen Komitees zugegangen sei, welche die Namen von drei Mitgliedern des Kriegskabinetts trägt und die evidentermaßen von zwei Ungeplanten in Regierungsamtern, nämlich dem Obersten John Buchan und Dr. Seton Watson (Scotus Viator) abgefaßt worden sei, die hiesfür Informationen aus

diplomatischen und anderen Quellen benützt haben. Daß Leute in Regierungsamtern solch ein Dokument zur Vertreibung besonderer Zwecke aussenden, sei ein Skandal. Hierauf antwortete Lord Robert Cecil, speziell die Mitglieder des Kriegskabinetts Lord Milner und Sir Edward Carson hätten ihn versichert, daß sie das bezügliche Dokument niemals gesehen hätten, bevor es ausgesandt worden sei.

5. VIII. 1917

Der chinesische Ministerrat für die Kriegserklärung an Deutschland.

Peking, 3. August.

Das Reutersche Bureau meldet: Der neue Präsident der Republik präsiidierte gestern dem Ministerrat, der sich einstimmig für die Kriegserklärung gegen Deutschland aussprach.

Der neue Präsident.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Berlin, 4. August.

Aus Rotterdam berichtet der „Lokalanzeiger“: Reuters meldet aus Washington: Nachdem Lijuanhung erklärt hat, daß er endgültig auf die Präsidentschaft verzichtet, übernimmt der vorläufige Präsident Fengknotschang die Präsidentschaft über China endgültig.

Nicht der erste chinesische Beschluß, an Deutschland Krieg zu erklären, aber hoffentlich nicht erfolgreicher als die früheren Beschlüsse, die am Widerstand des damaligen Präsidenten der Republik und der meisten Militärgouverneure scheiterten.

Inzwischen hat der kurzlebige monarchistische Putsch unter Tsangschun stattgefunden. Die Republik ist wieder hergestellt unter Fengknotschang, dem früheren Vizepräsidenten, als Präsidenten. Das Parlament, das vom früheren Präsidenten aufgelöst und auseinandergejagt worden war, besteht gegenwärtig. Die Zustimmung des Parlaments ist zur Kriegserklärung erforderlich.

Dieser verfassungsrechtliche Punkt ist aber nebensächlich. Auch wenn die Auflösung des Parlaments zurückgezogen und sein alter Beschluß der Kriegserklärung an Deutschland als aufrechtbestehend erklärt werden sollte, wäre dies praktisch ohne viel Bedeutung. Die wirkliche bedeutsame Tatsache ist, daß der Süden Chinas sich entschieden gegen den Krieg und trotz seiner radikalen und republikanischen Gesinnungen gegen die neuen Machthaber ausgesprochen hat.

Sunyatsjen, der Vorkämpfer der chinesischen Revolution, hat sich nach Kanton begeben, wo er eine Liga der südlichen und südwestlichen Provinzen gründet. Es soll auch in Kanton ein Gegenparlament gegen das in Peking zusammentreten. Der alte Gegensatz zwischen Nord und Süd scheint wieder bloßgelegt zu sein. Die Flotte, deren Bemannung zum großen Teil aus dem Süden stammt, hat sich in ihrer Mehrheit gleichfalls gegen die Peking Regierung erklärt.

Der Beschluß des Präsidenten und des Ministerrates, Deutschland den Krieg zu erklären, dürfte also nur höchst platonischer Natur sein. Erwähnenswert ist auch, was Ende Juni die japanische Regierung in Tokio mitteilte: Die chinesische Regierung sei zur Kriegserklärung an Deutschland bereit gewesen, habe aber an Japan gewisse Bedingungen gestellt, die dieses jedoch ohne Zustimmung seiner Verbündeten und der anderen, in Niederlassungsverträgen mit China stehenden Mächte nicht erfüllen könne.

Bis auf die Kriegserklärung hat übrigens die Entente von China so ziemlich alles bekommen, was sie wollte. Besonders wichtig war die Auslieferung der chinesischen Arsenale an Japan. Durch diesen Akt des Verrates, für den der damalige Ministerpräsident Tuantschjin 20 Millionen Dollar erhalten haben soll, erhielt die Entente wichtiges Kriegsmaterial, das deutsche Ingenieure in den chinesischen Arsenalen aufgehäuft hatten. Tuantschjin mußte damals, als sein Verrat ruckbar wurde, aus Peking fliehen. Jetzt sucht man ihn wieder in die Regierung hineinzubringen.

5. VIII. 1917

Der Duma-Ausschuß über den Zerfall Rußlands.

Ein Aufruf an die Bevölkerung.

S. Petersburg, 3. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)

Der einstweilige Ausschuß der Duma hat an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, worin es unter anderem heißt:

In der Armee ergreifen dunkle Existenzen aus Feigheit die Flucht.

Was mit der Armee geschehen ist, ist nur die Rückwirkung dessen, was in ganz Rußland vor sich geht. Dieser Stand der Dinge ist auf die Usurpation der Rechte der Regierungsgewalt durch Organisationen unverantwortlicher Parteien, auf die Errichtung einer sogenannten Regierung im Mittelpunkt des Reiches und auf das Fehlen jeder örtlichen Gewalt zurückzuführen. Die Katastrophe im Hinterlande wird auch den Untergang der Armee nach sich ziehen, was gleichbedeutend ist mit dem Untergang Rußlands. Es gibt da nur einen einzigen Weg, und das ist eine feste mächtige Gewalt, die von jedem und von allen in strenger Weise die Erfüllung ihrer Pflicht fordern würde. Die Regierung muß in ihrer Einmütigkeit stark sein, sie muß ein einziges Ziel verfolgen: die Verteidigung unseres großen Vaterlandes gegen die tödliche Gefahr des Zerfalles. Die Revolution hat alle örtlichen Behörden weggesetzt. Die Hauptaufgabe der Regierung besteht in der unverzüglichen Schaffung eines regelrechten Systems der Verwaltung und der Justiz, ohne die alle von der Regierung geplanten Reformen nicht verwirklicht werden können.

Bis zur Einberufung der verfassunggebenden Versammlung sind alle Gesetzgebungsakte unzulässig, die in radikaler Weise das Regierungsregime und die Gesellschaftsordnung umstürzen und eine noch größere Verwirrung in den Rechtsbegriffen der Bevölkerung herbeiführen.

Keine Einberufung der Duma.

S. Petersburg, 3. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)

In einer privaten Versammlung der Dumamitglieder schlugen mehrere Abgeordnete die Einberufung der Duma vor.

Präsident Rodsjanko erklärte, daß er zwar derselben Anschauung sei, jedoch glaube, daß der psychologische Moment für die Einberufung der Duma noch nicht gekommen sei.

Rücktritt des russischen Ackerbauministers.

S. Petersburg, 3. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)

Ackerbauminister Tschernow hat an den Ministerpräsidenten Kerenski ein Schreiben gerichtet, worin er unter anderem sagt, daß er, von dem Wunsch befeßt, seine Handlungsfreiheit zu behalten, um die Personen, die gegen ihn Verleumdungen austreuen, zu verfolgen, es für notwendig halte, aus der Regierung auszutreten. Die Regierung hat beschlossen, das Ackerbauportefeuille zu lassen.

Bruch der Regierung mit den Kadetten.

S. Petersburg, 3. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)

Der Abbruch der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Kadetten bekräftigt sich.

Alsentjew, der Vorsitzende des Vollzugsausschusses des Bauernrates, wurde zum Minister des Innern ernannt.

5./VIII. 1917

Rücktrittsgesuch Kerenskis.

S. Petersburg, 4. August. (Melbung des Reuterschen
Bureaus.)

Ministerpräsident Kerenski hat seine Ent-
lassung angeboten.

Seine Demission wurde von der vorläufigen
Regierung abgelehnt.

Diplomatie und Demokratie.

Von Heinrich Graf Lühow.
N. u. I. Votschaster a. D.

Strelzhoj, im Juli.

„Ob es wohl nach dem Kriege überhaupt noch Votschaster geben wird?“, fragte mich neulich jemand, und die Frage ist sicherlich nicht so unberechtigt, als sie es manchmal auf den ersten Blick erscheinen könnte. Sie kam mir wieder in Erinnerung beim Lesen einer Serie geistvoller Artikel, welche zwei Koryphäen der deutschen Diplomatie, Graf Monts und Fürst Lichnowsky, kürzlich in einem vielgelesenen Berliner Blatte veröffentlicht haben. Bekanntlich bildet die „Abschaffung der geheimen Diplomatie“ eines der Schlagworte der extremsten Richtung der westeuropäischen und transatlantischen Friedensfreunde, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß es berufen sein könnte, auf die gläubigen Massen eine gewisse Anziehungskraft auszuüben. Die Demokratie liebt grundsätzlich nicht das Geheim (mit der all-einigen Ausnahme des geheimen Wahlrechtes), und die sogenannten Herrenküche der Diplomatie mit ihren Chiffre-depeschen, Rabinettskurieren, geheimen Zusammenkünften und eben solchen Abmachungen hat für sie etwas, ich möchte sagen Unheimliches und wenig Vertrauen Erweckendes. Verstärkt wird dieser Eindruck vielleicht auch durch die traditionelle Tendenz der Diplomatie aller Herren Länder, sich und ihre berufliche Tätigkeit in ein gewisses geheimnisvolles Dunkel zu hüllen; der jüngste Attaché liebt es, den Eindruck zu erwecken, als hindere ihn nur sein Amtseid daran, einem bewundernden Publikum einen Blick hinter die Kulissen der Weltgeschichte zu gewähren. Daß bei der Diplomatie — wie schließlich nahezu bei jedem Berufe — ein gewisses Quantum von dem, was der Wiener „Pflanz“ nennt, mitunter vorkommt, mag füglich zugegeben werden, aber „Wer es nicht edel und nobel treibt, der lieber weit vom Handwerk bleibt“. Aber — um zum Schlagworte der Abschaffung der geheimen Diplomatie zurückzukehren — so soll nicht bestritten werden, daß dieses Wort auf den ersten Blick für den Uneingeweihten etwas Biedereres, Ehrliches, vielleicht sogar Bestechendes an sich hat; blickt man aber näher dazu, so ist man versucht, wie Kalchas in der „Schönen Helena“ zu sagen: C'est doux a l'oreille, mais cela ne veut rien dire. (Es klingt zwar süß, aber es will nichts heißen.) Alle Achtung vor dem Telephon und den Diensten, die es uns leistet, aber vorläufig sind wir doch noch nicht so weit, daß Friedens-, Allianz- und Handelsverträge zwischen den betreffenden Staatsoberhäuptern mittelst des landläufigen „Hallo, hallo“ geschlossen werden können. Berufsmäßige Vermittler werden noch lange benötigt werden, und je demokratischer das Regime ist, desto schärfer wird es diesen berufsmäßigen Vermittlern die äußerste Diskretion zur Pflicht machen — mögen dieselben nun Diplomaten oder anders heißen — eine goldgestickte Uniform oder einen schwarzen Kanzleirock tragen. Das Wesen bleibt dasselbe.

Und vollends: Behandlung aller auswärtigen Fragen im Parlamente und Vorlage sämtlicher diplomatischen Korrespondenzen! Jeder, der im Ernste und bona fide dieses Verlangen stellt, ist sicherlich einmal im Leben in die Lage gekommen ein Darlehen aufzunehmen, einen Besitz zu erwerben, sich nach einer Braut umzusehen, oder irgendeine wenn auch noch so bescheidene geschäftliche Transaktion vorzunehmen. Sagt ihm da nicht der gesunde Menschenverstand, ohne jede weitere Belehrung oder Anweisung von dritter Seite, daß, ohne die strengste Geheimhaltung der laufenden Verhandlungen, ein Erfolg sozusagen eo ipso ausgeschlossen ist? Und was im alltäglichen Verkehre der Privaten eine Regel ist — fast so alt wie das Menschengeschlecht selbst — sollte im Verkehre der Nationen, in dem sich tausenderlei Interessen der mannigfaltigsten Art begegnen und durchkreuzen, plötzlich entbehrlich und von Uebel geworden sein?

Es gibt gewiß in ganz Europa kaum ein Kaffeehaus oder eine Bierbank, an der nicht in den letzten Jahren über die Diplomatie viel und heftig losgezogen worden ist. Man ist hierbei nur zu häufig geneigt, zweierlei zu vergessen. Erstens: daß der Diplomat, auch der im Range Höchststehende zeitlebens nur ein ausübendes Organ bleibt,

und es ist dies vielleicht die größte Schattenseite des Berufes. Ein Votschaster kann mit dem besten Willen nicht mehr tun, als seine Regierung informieren, ihr Ratschläge erteilen, sie rechtzeitig warnen. Bleiben seine Ratschläge und Warnungen unbeachtet, so wird er — wenn es ihm seine Mittel erlauben — um seine Enthebung einkommen, aber in den Kaffeehäusern wird es trotzdem heißen: „Der N. N. muß doch ein rechter Esel gewesen sein, daß er von allem was sich vorbereitet hat, nichts geahnt hat.“

Ein weiterer Punkt, den die meisten Kritiker einer ihnen wenig geläufigen Materie zu übersehen pflegen, ist, daß die Diplomatie vielleicht mehr noch als mancher Beruf mit der Zeit fortgeschritten ist und sich modernisiert hat. Der gepreizte, selbstbewußte Diplomat der alten Schule, der seinen Besuchern je nach ihrem Range einen oder mehrere Finger und nur der höchsten Rangklasse die ganze Hand gibt, existiert eigentlich nur mehr im Lustspiele und ist selbst dort eine nahezu veraltete Figur. In unserer Diplomatie finden sich — und zum Teile an sehr maßgebender Stelle — zumeist Männer von durchaus vorurteilsfreier und ausgesprochen fortschrittlicher Denkungsart. Abstammung, Konfession und Vermögensverhältnisse spielen bei uns in der diplomatischen Karriere eine verschwindend kleine Rolle; es herrscht derzeit tatsächlich das Bestreben vor, nur den geeignetsten Persönlichkeiten Raum zu schaffen.

Die Notwendigkeit der „Demokratisierung“ der Diplomatie ist ein beliebtes Thema geworden und wird mitunter in recht gedankenloser Weise behandelt und verarbeitet. In dem eingangs erwähnten Artikel spricht sich Graf Monts dahin aus, daß bei gleicher Intelligenz und gleicher Vorbildung der vornehme Bewerber jenem auch heute noch vorzuziehen sei, der seiner Abstammung nach obscura gente natus ist. Unzweifelhaft wird letzterer in der Diplomatie häufig in ein Milieu versetzt werden, in dem er sich fremd fühlt, was geeignet ist, bei jedem, der nicht in die Kategorie der Uebermenschen gehört, ein gewisses Gefühl der Unsicherheit und der Befangenheit hervorzurufen. Nicht immer handelt es sich um Besprechungen unter vier Augen mit Staatsmännern und leitenden Persönlichkeiten, und im sozialen Verkehre, der wenigstens derzeit noch für den Informationsdienst unerlässlich ist, muß eine gewisse Sicherheit des Auftretens immerhin noch als eine *conditio sine qua non* angesehen werden. Allerdings ist dies ein Faktor, der in verschiedenen Posten verschieden zu bewerten ist, und dieselbe Persönlichkeit, die beispielsweise in Konstantinopel oder Washington sehr gut am Platze wäre, würde sich für einen Posten mit einem althergebrachten intensiven Hofleben weniger eignen.

Der Krieg wird vieles — ja nahezu alles — ändern. Ob er den traditionellen Formen des internationalen diplomatischen Verkehrs auf die Dauer eine wesentlich andere Gestaltung geben wird, mag füglich bezweifelt werden.

Die Auflösung des finnischen Landtages.

Das Manifest der vorläufigen Regierung.

S. Petersburg, 3. August. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Helsingfors wurde folgendes Manifest vom 31. Juli betreffend die Auflösung des finnischen Landtages und die Ausschreibung von Neuwahlen kundgemacht:

Die vorläufige Regierung hat die vom 25. Juli datierte Adresse des finnischen Landtages sowie den Text der von ihm aus eigenem Antriebe gefaßten Entschlüsse bezüglich der Ausübung der obersten Gewalt in Finnland erhalten. Der Verfassung gemäß, genießt Finnland innere Autonomie ausschließlich in den Grenzen der zwischen ihm und Rußland festgesetzten juristischen Beziehungen, deren wichtigste und grundlegende stets in der Gemeinsamkeit der mit der obersten Regierungsgewalt ausgestatteten Person bestanden hat. Infolge Abdankung des letzten Kaisers konnte die ganze Fülle der ihm zustehenden Gewalt, einschließlich der Rechte eines Großfürsten von Finnland, einzig

und allein auf die vom russischen Volke mit der obersten Gewalt bekleidete vorläufige Regierung übergeben; andernfalls müßten die Rechte des Großfürsten als ihm bis zu diesem Tage zustehend betrachtet werden. Die vorläufige Regierung, die öffentlich den Eid geleistet hat, die Rechte und die Macht des russischen Volkes zu wahren, kann nicht auf ihre Rechte bis zur Entscheidung durch die verfassungsmäßige Versammlung verzichten. Gleichzeitig kann die vorläufige Regierung, die es nach wie vor als ihre Pflicht ansieht und zum Gegenstand ihrer Fürsorge macht, die Rechte der inneren Autonomie Finnlands, entsprechend dem von ihr am 20. März 1917 veröffentlichten Manifest, zu wahren und zu entwickeln, dem finnischen Landtage nicht das Recht zuerkennen, aus eigenem Antrieb dem künftigen Willen der russischen versammelnden Versammlung vorzugreifen und die Vollmachten der russischen Staatsgewalt in Fragen der Gesetzgebung und der Verwaltung Finnlands zu annullieren.

Nichtsdestoweniger bedeuten die von dem Landtag gefaßten Beschlüsse eine ihr Wesen selbst betreffende Aenderung der ererbten wechselseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Finnland und tasten die Grundlage der in Geltung stehenden finnländischen Verfassung an. Möge das finnländische Volk selbst über sein Schicksal bestimmen! Dieses kann aber nur in gemeinsamem Einverständnis mit dem russischen Volke entschieden werden. Infolge dessen hat die vorläufige Regierung, indem sie anordnete, daß in kürzester Frist — als Termin sind der 1. und 2. Oktober 1917 vorgelesen — Neuwahlen vorzunehmen seien, es für gut befunden, den von ihr am 4. April 1917 einberufenen Landtag aufzulösen und die Einberufung des neuen Landtages spätestens auf den 1. November 1917 festzusetzen. Daher werden alle Personen, die zu Landtags-Abgeordneten gewählt werden, zu einem Zeitpunkt, der besonders bestimmt werden wird, in Helsingfors eintreffen müssen, um dort, dem Landtagsstatut entsprechend, ihre Pflichten auszuüben. Gelegentlich der Eröffnung wird der Landtag in Uebereinstimmung mit den geltenden Gesetzen von der Regierung mit einem Gesetzentwurf betreffend die Art und Weise der Regelung der inneren Angelegenheiten Finnlands befaßt werden.

Erlassen am 31. Juli 1917 zu Petersburg.*

(Es folgen die Unterschriften des Ministerpräsidenten Kerenski und sämtlicher übrigen Mitglieder des Ministerrates sowie die Gegenzeichnung des Minister-Staatssekretärs für Finnland.)

Pugliesi-Conti forderte ein Verbot für Franzosen mit feindlichen Staatsangehörigen zwecks Unterhandlungen in Verbindung zu treten.

Moutet verlangte vor der Abstimmung, daß die französische Regierung den Sozialisten Rußlands und Frankreichs Vertrauen schenke, sonst würde der gestrige Tag einer verlorenen Schlacht gleichkommen. Wenn ihr wollt, rief Moutet, daß die sozialistischen Parteien sich der Tagesordnung kloß anschließen, verlange ich andere Taten!

6. VIII. 1917

Kerenskis Demission zurückgezogen.

Das Ergebnis eines Ministerrates.

St. Petersburg, 6. August.

(Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Am 4. d. fand um 5 Uhr im Winterpalast eine neue Versammlung der Minister statt, der Kerenski, der hierher zurückgekehrt ist, beizohnte.

Kerenski nahm von den Ergebnissen der in der Nacht abgehaltenen Konferenz Kenntnis und zog hierauf seine Demission zurück.

Abends hatte Kerenski mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten Besprechungen.

6. VIII. 1917

Kerenski bleibt Kabinettschef.

Für eine Konzentrationsregierung.

St. Petersburg, 6. August.

(Nebung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Der vorläufige Ausschuss der Duma hat nach Entgegennahme des von Rodzianko über die in der Nacht zum 4. d. im Winterpalast abgehaltene Konferenz erstatteten Berichtes es als unbedingt notwendig erkannt, Kerenski mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen und zur Teilnahme daran Männer einzuladen, die von dem großen Gedanken der Wohlfahrt Rußlands um jeden Preis beseelt sind.

In einer gemeinsamen Versammlung der Vollzugsausschüsse des Arbeiter- und Soldatenrates und der Vertreter der Bauern wurde nach Kenntnissnahme der im Laufe der Konferenz im Winterpalais abgeführten Debatten trotz des Widerspruchs der Maximalisten mit 147 gegen 46 Stimmen bei 42 Stimmenthaltungen ein Beschlusantrag angenommen, worin die Vertreter aller Parteien, die sich zu dem in der Erklärung der vorläufigen Regierung vom 21. Juli niedergelegten Programm bekennen, zur Teilnahme an der Bildung des Kabinetts aufgefordert werden.

Alle Parteien für Kerenski.

Die Kadetten am Kompromiß beteiligt.

St. Petersburg, 5. August.

(Nebung der Petersburger Telegraphenagentur.)

In der Konferenz mit den Parteivertretern, die um halb 11 Uhr abends begann, setzte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates Nekrasow der Versammlung den Zweck der Einberufung auseinander und forderte die Parteivertreter auf, ihre Ansicht auszusprechen.

Minister des Aeußern Tereßtschenko und Minister des Innern Tzeretelli ergriffen das Wort und verwiesen auf die Notwendigkeit der vollständigen Einigkeit aller Parteien, um das Land aus der schrecklichen Krise zu retten, in der es sich befinde.

Um 6 Uhr früh resümierte Minister des Aeußern Tereßtschenko die Debatte und gab der Versammlung Ausdruck, daß die von allen Parteien bekundete Bereitwilligkeit, zu einem Einvernehmen zu gelangen, dafür bürgte, daß das Heil des Landes gefunden werde.

Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen, um es den Parteien zu ermöglichen, sich über die Art der Regelung des Konflikts zu verständigen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gaben die fünf hauptsächlichsten politischen Parteien, namentlich die Sozialdemokraten, die Sozialrevolutionäre und die radikalen Demokraten, die Erklärung ab, daß die Parteien bereit seien, Kerenski die Wiederherstellung der Regierung unter zwei Bedingungen anzuvertrauen. Die erste, von den Sozialisten gestellte Bedingung ist, daß die neue Regierung ihrer Erklärung vom 21. Juli treu bleibe, die zweite, von den Kadetten gestellte Bedingung ist, daß die Regierung in ihrer ganzen Politik vollkommene Freiheit genießt und vollständig unabhängig ist von Beeinflussung oder Druck seitens der politischen Parteien.

Alle Erklärungen waren durchdrungen von dem allgemeinen Vertrauen zu Kerenski als dem einzigen Manne, der mit Autorität die Regierung des Landes übernehmen könne.

In seiner Schlußrede faßte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates Nekrasow die Ergebnisse der Konferenz zusammen und erklärte, es sei ein Kompromiß gefunden worden, dessen Wortlaut unverzüglich Kerenski zur Kenntnis gebracht werden würde.

Eine Rede Lloyd-Georges über Krieg und Frieden.

Die Forderung nach Wiederherstellung.

Wien, 6. August.

Lloyd-George ist ein politischer Klopffechter. An der Schwelle des vierten Kriegsjahres hält er eine Rede, deren Sprache wahrlich nicht geeignet ist, die Gegensätze zu mildern und die Versöhnlichkeit in der Welt zu verbreiten. Eines ist freilich an seiner heutigen Rede wichtig: die großen Worte fehlen, nichts von Zertrümmerung, nichts von Vernichtung, kein Boxerhieb, der den Gegner zu Boden streckt. Auch der Gedanke von der Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Grundsätze der Note an Präsident Wilson, sind in der Rede nicht enthalten. England spürt, daß es zur Erreichung so hoher Ziele nicht mehr die Kraft besitzt und daß die Zeit für Verwegenheiten solcher Art vorüber ist. Zwei Fragen sind es im wesentlichen, die Lloyd-George an Deutschland stellt. Er fragt, will sich Deutschland mit deutschem Boden zufrieden geben? Da müßte man jedoch erst wissen, was Lloyd-George selbst unter deutschem Boden versteht. Den Stand vor dem Kriege hat Balfour ausdrücklich abgelehnt und die Forderung nach Elsaß-Lothringen aufs wärmste unterstützt. Soll das Wort des englischen Premierministers etwa bedeuten, daß Deutschland nur im nationalen Sinne deutschen Boden behalten dürfe, das heißt, daß es seine Kolonien verlieren, Elsaß-Lothringen, das die Franzosen als französisch betrachten, und Posen aufgeben solle? Lauter Unklarheiten. Dieselbe Zweideutigkeit liegt in dem Worte Wiederherstellung. Lloyd-George verlangt, daß der Reichskanzler als ersten Buchstaben des Friedensalphabetes das Wort Wiederherstellung lerne. Wiederherstellung heißt jedoch in der Sprache der Entente die volle Wiedereinsetzung in den Stand vor dem Kriege, die Kriegsentfesselung für Frankreich und Belgien, vielleicht sogar für Serbien, das Lloyd-George als Opfer germanischer Barbarei bezeichnete, das geduldig auf Befreiung und Genugtuung wartet. Wiederherstellung bedeutet, daß die Mittelmächte alle Gebiete, die sie erobert haben, entschädigen sollen. Das wäre ein kaudinisches Joch, das wir nie und nimmer auf uns nehmen könnten.

Ebenso wenig versöhnlich war, was der englische Ministerpräsident über die Entstehung des Krieges sagte. Er spricht unter dem Eindruck von zwei schweren Enttäuschungen auf dem Schlachtfelde, dem Mißerfolge in Flandern und dem Niederbruche von Rußland. Ueber das erste Ereignis suchte er sich mit der ganzen Leichtfertigkeit hinwegzusetzen, die ihn kennzeichnet. Dierzehn Tage hat die noch nie dagewesene Artillerievorbereitung gedauert. Dann kam ein Fortschritt, den Lloyd-George selbst mit der lächerlich geringen Ziffer von zwei Meilen bezeichnet. Für zwei Meilen stürmten die englischen Massen mit ihren Hilfsvölkern unter den ungünstigsten Bedingungen, angeblich, weil durch diesen kleinen Fortschritt die Verlustziffer geringer hat bleiben können. Das ist ein wahrer Hohn auf die Wirklichkeit. Die Beschreibungen des deutschen Berichtes über die Leichenfelder in Flandern, das Aufhören des weiteren Vordringens bereits seit mehreren Tagen sind beredte Zeugnisse für die Unrichtigkeit alles dessen, was Lloyd-George in seiner witzelnden und zynischen Art gesprochen hat. Die zweite Enttäuschung ist Rußland, dessen Niederbruch Lloyd-George mit der größten Deutlichkeit zugesteht. Er sagte, der russische Zusammenbruch sei eine tiefe Schlucht, durch welche

der Vierverband schreite, und er sei nicht sicher, ob schon der dunkelste Grund erreicht worden sei. Er sagte, Rußland ist in einen Spalt gestürzt, und er schiederte die russische Armee, wenn auch nur verblümt, als einen disziplinenlosen Haufen. Wenn er auch immer wieder die Hoffnung auf das Wiederaufleben des russischen Widerstandes äußert, die Absicht in diesen Betonungen war nicht zu verkennen und ein tiefer Schatten senkte sich auf die Feier des Jahrestages in der Queenshall.

Nun ist es seltsam, daß Lloyd-George auf diesen Voraussetzungen die Schlussfolgerung aufbaut: Da uns so viel Unglück getroffen hat, da Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien am Boden liegen, da Rußland schwer erschüttert ist, um wieviel mehr Unglück wäre geschehen, wenn England nicht an dem Kriege teilgenommen und nicht dem Räuberwesen, wie der englische Ministerpräsident sich geschmackvoll ausdrückt, entgegengetreten wäre. Was geschehen wäre, wenn England nicht an dem Kriege teilgenommen hätte, ist sehr leicht zu sagen: Der Friede wäre erhalten geblieben. Der Friede, der nur dadurch gebrochen wurde, daß Lord Grey in einem Telegramm an Pasic die Unterstützung Englands versicherte; der Friede, der erhalten geblieben wäre, wenn nicht England in Petersburg den Kriegsparteien freien Spielraum gelassen und nach dem übereinstimmenden Zeugnis der Kerner der Verhältnisse die Entscheidung herbeigeführt hätte. Die Monarchie wollte die Lokalisierung des Konflikts mit Serbien. Sie hat sogar versprochen, die Unabhängigkeit und Integrität Serbiens nicht anzugreifen, sie hat zweimal versichert, daß sie keine Eroberungsabsichten gegen Serbien habe. Deutschland hat versprochen, es werde den französischen Besitzstand in Europa nicht verändern, es werde die Nordküste von Frankreich nicht angreifen, ja sogar die Neutralität von Belgien würde verschont werden für den Fall, als England an dem Kriege nicht teilnehme. Das alles hat jedoch nicht geholfen und Lord Grey glaubte, daß England als neutrale Macht nicht weniger leiden werde, als wenn es an dem Kriege teilnehme.

Nun sieht England die Folgen. Noch immer ist die Sprache eine übermütige und Lord Crewe sagt in seinen einleitenden Worten: Nach den Berliner Neußerungen sei es die Pflicht des Vierverbandes, zu Lande und zu Wasser weiter zu kämpfen. Herrn Sonnino wird Gelegenheit gegeben, in einer englischen Versammlung seine Kriegsziele darzulegen, und Lloyd-George bezeichnet ihn als den starken und weisen Mann, dessen entschlossener Wille Italien durch die Katarakte des Krieges zu höherer Bestimmung führe. Ist Sonnino wirklich ein so weiser und starker Mann? Italien hat nach zehn blutigen Schlachten, nach dem Verluste von mehr als eineinhalb Millionen Menschen kaum irgend etwas mehr als es früher besaß. Der weise und starke Mann hat früher nur für den Dreißigsten geschwärmt und Italien hat zu dieser Zeit eine viel höhere Stellung gehabt, als Umworbener aller Nationen, als geachteter Bundesgenosse, während es heute nur Redebütten empfängt, die den tiefsten Grund der Verachtung verbergen sollen. Die Rede von Lloyd-George ist eine Hezrede, die jedoch anzeigt, daß die Mißerfolge die Anwendung der ärgsten Uebertreibung verhindern und den öffentlichen Gebrauch der Worte von der Vernichtung und Zertrümmerung erschweren. Sicher ist ferner: es herrscht keine einheitliche Auffassung im englischen Kabinett und der Ton Balfours unterscheidet sich sehr wesentlich von dem des Premierministers. Menschen wie Lloyd-George werden schwerlich imstande sein, die Wendung zum Frieden zu vollziehen. Sie müssen entfernt werden, damit die Sehnsucht der Menschheit erreicht werde.

10./VIII. 1917

Die Konferenz in Stockholm.

Was der Arbeiter- und Soldatenrat sagt.

Meinungen über die Regierungen der kriegführenden Staaten und über die Stockholmer Konferenz.

Stockholm, 5. August. (Tel. d. Arb.-Ztg.) Das Bulletin des Comité der Arbeiter- und Soldatenräte gibt einen wichtigen Artikel der „Izwestja“, des Petersburger Organs der Arbeiter- und Soldatenräte wieder, in dem es heißt:

Der friedliche Ton der letzten Rede des deutschen Reichskanzlers kennzeichnet die innere Lage Deutschlands, doch die Enthüllungen, die der Kanzler gemacht hat, dürfen von den betroffenen Regierungen nicht unbeantwortet bleiben. Wurde also im Jahre 1916 vom Zarismus ein Vertrag über die Unterstützung der französischen Erobererpläne geschlossen? Hat Briand als französischer Ministerpräsident gesagt, es sei Frankreich gleichgültig, was die „niedereren Volksklassen“ Rußlands sagen? Wenn das die in Frankreich Regierenden glauben, so sind sie im größten Wahn befangen. Im revolutionären Rußland hängt alles davon ab, was die „niedereren Volksklassen“ sagen, denn diese Klassen machten nicht Revolution, um eine stumme Herde zu bleiben, die von den Regierenden Frankreichs und Englands nach Belieben gelenkt werden kann. Die revolutionäre Demokratie Rußlands stellt befriedigt fest, daß Tereschtschenko, unmittelbar nachdem er Minister des Außern wurde, gegen alle Eroberungspläne protestierte. Sie ist überzeugt, daß die russische Regierung auf dem Posten ausharrt und das Werk des allgemeinen Friedens verwirklicht, denn gerade dieses Werk bleibt die wichtigste Aufgabe des demokratischen Rußlands. Die Lösung dieser Aufgabe ist der wichtigste Schlüssel zur Überwindung aller Schwierigkeiten, mit denen die Revolution zu kämpfen hat.

Das Blatt fährt dann fort: Die Stockholmer Konferenz wird ein Wendepunkt nicht nur in der Geschichte des heutigen Sozialismus, sondern auch in der Weltgeschichte sein. Die Konferenz muß zeigen, ob der einmütige geschlossene Kampf der Arbeitermassen aller Länder für den allgemeinen demokratischen Frieden möglich ist oder ob die Parteien der einzelnen Länder freie Hand bekommen, die eigene Rettung zu suchen. Unschonend findet man noch nicht bei allen europäischen Genossen das genügende Verständnis für die ganze Wichtigkeit Stockholms und für die Unmöglichkeit, die Konferenz auch nur um einen einzigen Tag aufzuschieben. Es tauchten Pläne auf, die Konferenz bis Mitte oder selbst bis Ende September zu verschieben. Bisher ist es auch unentschieden, ob die französischen und die englischen Sozialisten, die Minderheit sowie die Mehrheit, die Möglichkeit bekommen, an der Konferenz teilzunehmen. Wir sehen nicht, daß die französischen und englischen Genossen in dieser Frage einen entschlossenen Kampf führen, wie wir überhaupt bei ihnen keine tatkräftige Vorbereitung der Lösung der Friedensfrage wahrnehmen. Zeitweilig gewinnt man den Eindruck, daß der Weltimperialismus heimlich das ganze Werk der Annäherung der internationalen Arbeitermassen sabotiert und dabei ungenügenden Widerstand findet. Wir erklären entschlossen, daß es die revolutionäre Demokratie Rußlands nicht dabei bewenden lassen kann. Unter keinem Vorwand darf die Konferenz für längere Zeit vertagt werden. Wenn dieses von allen Völkern sehnsüchtig erwartete Werk untergraben wird, so sollen die Schuldigen vor den Arbeitermassen der ganzen Welt die traurigen Folgen tragen.

6. VIII. 1918

der Menschheit und alle Beziehungen zwischen den großen und kleinen Staaten gesichert werden."

Das schwer zu empfindende Ereignis ist, daß nach den Kundgebungen englischer Staatsmänner, die ein Einklinken der englischen Kriegspolitik zu maßvolleren Stimmungen anzudeuten schienen, nun Lloyd George mit einer neuen Kriegsphilippika hervorgetreten ist, die alle guten Ansätze wiederum zerstört.

Der englische Ministerpräsident sprach so gehässig, so voll giftigen Hohmes, jeder seiner Sätze mißt so bewußt Falsches mit Wahrem, daß kein Mensch so sprechen kann, der eine ritterliche Annäherung kämpfender Gegner will. Er beabsichtigt zu verletzen, zu kränken, zu demütigen und so kann man zu keiner Annäherung gelangen. Die Reden Lloyd Georges sind immer neue Motivenberichte des Kriegesursprunges und über die Schuld an den Völkerverhehungen. Wenn in England ein solcher Geist, wie er in dieser Rede tobt, Einfluß hat, sogar die Macht im Staate an sich reißen kann, dann müssen die schlimmsten Zusammenstöße und Verbitterungen im Leben der Völker entstehen. Lloyd George wird zu einer immer neuen Anklage gegen sein eigenes Land.

Aus dem Wust demagogischer Verdrehungen und flagranter Unwahrheiten — wir sprechen für unseren Teil zum Beispiel nur davon, daß wir „Serbien, Montenegro, die schönsten Provinzen Rußlands verwüstet und verflant“ hätten — kann man zwei Gedanken als konkreten Inhalt dieser Orgie der Bosheit und des Hasses herauslösen: England will oder soll nach der Meinung Lloyd Georges den Krieg fortsetzen bis zum „vollkommenen Siege“, und es könne nicht eher über den Frieden gesprochen werden, bevor sich nicht Deutschland zur „Wiederherstellung“ bereit erklärt hat.

Unter „Wiederherstellung“ versteht Lloyd George Entschädigungen für alle in Belgien und Frankreich durch den Krieg erfolgten Zerstörungen; ob er auch den Ersatz für die Versenkungen des Tauchbootkrieges, so wie ihn andere fordern, darunter begreift, das ist bisher nicht ganz deutlich geworden. Es ist auch ziemlich gleichgültig. Von einem Streitteil begehren, daß er einseitig Verpflichtungen auf sich nehme, die keinen seiner Gegner treffen sollen, heißt seine Unterwerfung, seine Beugung unter einen nicht ehrenvollen, demütigenden Frieden verlangen. Es ist aussichtslos, wenn dies der Wille Englands ist, auf einer solchen Grundlage an die baldige Herstellung des Friedens denken zu wollen. Lloyd George sprach von einem Vorsprung, der allein mehr den Ausblick auf das Kriegsende versperre; um bei den Bildern seiner Rede zu bleiben, die den Krieg mit einer sportlichen Klettertour im Hochgebirge nicht sehr geschmackvoll verglich, hat sich der englische Ministerpräsident wohl stark verstriegen, wenn er von seiner Plattform aus glaubt, nur durch einen Vorsprung vom Gipfel getrennt zu sein.

Es ist sehr auffallend, wie gegensätzlich im Tone und selbst in der Besprechung der Friedensvoraussetzungen die Reden Balfours und Lloyd Georges sind. Man sollte es z. B. für unmöglich halten, daß so würdelos mit widerlichen Witzereien ein englischer Ministerpräsident über furchtbare blutige Schlachten sprechen kann, wie Lloyd George es in bezug auf die Flandrische Schlacht getan hat. Wer hat nun recht, wessen Stimme ist die ernstere und machgebendere in England — die des besonnenen und auch in den Formen honnetten Lord Balfours oder die des demagogischen Kriegseinpeitschers Lloyd George? Es ist schmerzlich annehmen zu müssen, daß die des englischen Ministerpräsidenten mehr wiegt als die des englischen Außenministers.

Lloyd George, der Völkerverheher.

Wien, am 6. August.

Der 4. August bedeutet einen schlimmen Rückschlag in verletzende Gehässigkeit und bössartige Leidenschaft. Nicht weil in der Versammlung des neuen englischen Kriegszielkomitees in der Londoner Queenshall an diesem Tage der italienische Minister des Auswärtigen erschienen war und dort dem englischen Volke eine Rede über Italiens Rolle am Weltkriege hielt — es lohnt sich kaum diesen Aufwand über Phrasen ernst zu nehmen; es genügt, festzustellen, daß der Bündnisverheer und Verratsminister Sonnino, der nicht einmal die Beziehungen zwischen Verbündeten und nicht einmal die Verträge mit Bundesgenossen, geschweige denn die allgemeinen Rechte der Menschheit verletzte, in dieser Rede erklärte, daß Italien anstrebe, „einem besseren Einvernehmen der Völker“ zu dienen, wodurch für die Zukunft die Achtung vor den Rechten

6./VIII. 1917

2066

Der Wechsel in den hohen Reichs- und Staatsämtern.

Sonntag nachts um 10 Uhr verbreitet das „Volksche Büro“ folgende amtliche Meldung der am Montag früh erscheinenden „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

Seine Majestät der Kaiser und König hat heute den Vortrag des Reichskanzlers entgegengenommen und über die Neubesezung von Reichsämtern und preußischen Ministerien folgende Entscheidung getroffen:

Die erbetene

Entlassung

aus ihren Ämtern haben unter Verleihung hoher Ordensauszeichnungen erhalten:

Die Staatsminister Dr. Beseler, D. Dr. v. Trost zu Solz, Dr. Freiherr v. Schorlemer, Dr. Penze und v. Loebell; ferner die Staatssekretäre Kraetke, Dr. Visco und Zimmermann, der Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki und der Unterstaatssekretär Dr. Richter.

Dem Wunsche des Staatssekretärs Dr. Helfferich, der gleichfalls seine Ämter zur Verfügung gestellt hatte, von der Leitung des Reichsamts des Innern enthoben zu werden, will Seine Majestät zwar entsprechen; im Einklang mit den Vorschlägen des Reichskanzlers legt aber der Kaiser Wert darauf, daß Dr. Helfferich die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers beibehält und Mitglied des Staatsministeriums bleibt. Auch ist der Staatssekretär beauftragt worden, bis zur geplanten Umgestaltung des Reichsamts des Innern und endgültigen Besezung der neu zu schaffenden Stellen die Leitung dieses Amtes noch beizubehalten.

Aus dem Reichsamt des Innern soll ein Reichswirtschaftsamt ausgeschieden werden, dem die Handels- und Wirtschaftspolitik sowie die Sozialpolitik zufallen und das mit je einem Unterstaatssekretär für diese beiden großen Gebiete ausgestattet werden soll. Dem verkleinerten Reichsamt des Innern verbleiben neben den innerpolitischen auch militärische, kulturelle und wissenschaftliche Angelegenheiten.

Die erforderlichen

neuen Stellen

sollen durch einen in der nächsten Tagung dem Reichstag vorzuliegenden Nachtragsetat angefordert werden.

An die Spitze des Reichsamtes des Innern soll der Oberbürgermeister Ballraf aus Köln treten, während die Leitung des Wirtschaftsamt des Bürgermeisters von Strassburg i. Elsaß Dr. Schwander anvertraut werden wird. Beide sind zunächst zu Unterstaatssekretären mit dem Charakter als Wirklicher Geheimer Rat und dem Prädikat Excellenz ernannt worden.

Zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist der Botschafter Dr. v. Kühlmann, zum Staatssekretär des Reichspostamtes der Eisenbahndirektionspräsident Rüdlin, zum Staatssekretär des Reichsjustizamtes der Geheime Justizrat Dr. v. Krause berufen worden.

Die Leitung des Kriegsernährungsamtes übernimmt der Oberpräsident v. Waldow, der gleichzeitig zum preußischen Staatsminister, Mitglied des Staatsministeriums und preußischen Staatskommissar für Volksernährung ernannt worden ist. Als ihm beizugebende Unterstaatssekretäre sind der königlich bayerische Ministerialdirektor und Staatsrat Edler v. Braun und der schon jetzt dem Vorstand des Kriegsernährungsamtes angehörende Dr. August Müller in Aussicht genommen.

Zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe in der Reichskanzlei ist der Landrat v. Graevenitz bestimmt.

Die freigewordenen

preußischen Ministerien

sind mit folgenden zu Staatsministern ernannten Herren besetzt worden:

Justizministerium: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn,

Ministerium des Innern: Unterstaatssekretär Dr. Drews,

Kultusministerium: Ministerialdirektor Dr. Schmidt,

Landwirtschaftsministerium: Landeshauptmann v. Eisenhart-Rothe,

Finanzministerium: Regierungspräsident Hergt.

6. VIII. 1917

Die Entscheidung der Krone.

Berlin, 5. Aug. (B. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Seine Majestät der Kaiser und König hat heute den Vortrag des Reichskanzlers entgegen genommen und über die Neubesezung von Reichsämtern und preussischen Ministerien folgende Entscheidung getroffen:

Die erbetene Entlassung aus ihren Aemtern haben unter Verleihung hoher Ordensauszeichnungen erhalten:

Staatsminister Dr. Beseler, D. Dr. v. Trott zu Solz, Dr. Frhr. v. Schorlemer, Dr. Senge und v. Soebell; ferner die Staatssekretäre Krätke, Dr. Bischoff und Zimmermann, der Präsident des Kriegs-ernährungsamts v. Batocki und der Unterstaatssekretär Dr. Richter.

Dem Wunsche des Staatssekretärs Dr. Helfferich, der gleichfalls seine Aemter zur Verfügung gestellt hatte, von der Leitung des Reichsamts des Innern enthoben zu werden, will Seine Majestät zwar entsprechen, im Einklang mit den Vorschlägen des Reichskanzlers legt aber der Kaiser Wert darauf, daß Dr. Helfferich die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers beibehält und Mitglied des Staatsministeriums bleibt. Auch ist der Staatssekretär beauftragt worden, bis zur geplanten Umgestaltung des Reichsamts des Innern und endgültigen Besezung der neu zu schaffenden Stellen die Leitung des Amtes noch beizubehalten.

Aus dem Reichsamt des Innern soll ein Reichswirtschaftsamt ausgeschieden werden, dem die Handels- und Wirtschaftspolitik sowie die Sozialpolitik zufallen und das mit je einem Unterstaatssekretär für diese beiden großen Gebiete ausgestattet werden soll. Im verkleinerten Reichsamt des Innern verbleiben neben den innerpolitischen, auch militärische, kulturelle und wissenschaftliche Angelegenheiten. Die erforderlichen neuen Stellen sollen durch einen in der nächsten Tagung dem Reichstage vorzulegenden Nachtragsetat angefordert werden.

An die Spitze des Reichsamts des Innern soll der Oberbürgermeister Wallraf in Köln treten, während die Leitung des Wirtschaftsamts dem Bürgermeister von Straßburg im Elsaß Dr. Schwander anvertraut werden wird. Beide sind zunächst zu Unterstaatssekretären mit dem Charakter als Wirklicher Geheimer Rat und dem Prädikat Ergellenz ernannt worden.

Zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist der Botschafter v. Kühlmann, zum Staatssekretär des Reichspostamts der Eisenbahndirektionspräsident Mübkin, zum Staatssekretär des Reichsjustizamts der Geheime Justizrat Dr. v. Krause berufen worden.

Die Leitung des Kriegs-ernährungsamts übernimmt der Oberpräsident v. Waldow, der gleichzeitig zum preussischen Staatsminister, Mitglied des Staatsministeriums und preussischen Staatskommissar für Volksernährung ernannt worden ist. Als ihm beizugebende Unterstaatssekretäre sind der königlich bayerische Ministerialdirektor und Staatsrat Ebler v. Braun und der schon jetzt dem Vorstand des Kriegs-ernährungsamts angehörende Dr. August Müller in Aussicht genommen.

Zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe in der Reichskanzlei ist der Landrat v. Grävenitz bestimmt.

Die freigewordenen preussischen Ministerien sind mit folgenden zu Staatsministern ernannten Herren besetzt worden: Justizministerium: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn, Ministerium des Innern: Unterstaatssekretär Dr. Drews, Kultusministerium: Ministerialdirektor Dr. Schmidt, Landwirtschaftsministerium: Landeshauptmann v. Eisenhart-Rothe, Finanzministerium: Regierungspräsident Gergt.

Die Neubefehungen im Reiche und in Preußen.

wb. Berlin, 5. August. (Drahtbericht.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Seine Majestät der Kaiser und König hat heute den Vortrag des Reichskanzlers entgegengenommen und über die Neubefehung von Reichsämtern und preussischen Ministerien folgende Entscheidung getroffen:

Die erbetene Entlassung aus ihren Ämtern haben unter Verleihung hoher Ordensauszeichnungen erhalten: die Staatsminister Dr. Beseler, Dr. von Trost zu Solz, Dr. Freiherr von Schorlemer, Dr. Lenke und von Loevell, ferner die Staatssekretäre Kracke, Dr. Lisco und Zimmermann, der Präsident des Kriegsernährungsamtes von Datocki und der Unterstaatssekretär Dr. Richter.

Dem Wunsche des Staatssekretärs Dr. Helfferich, der gleichfalls seine Ämter zur Verfügung gestellt hatte, von der Leitung des Reichsamtes des Innern enthoben zu werden, will Seine Majestät zwar entsprechen. Im Einklang mit den Vorträgen des Reichskanzlers legt aber der Kaiser Wert darauf, daß Dr. Helfferich die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers beibehält und Mitglied des Staatsministeriums bleibt. Auch ist der Staatssekretär beauftragt worden, bis zur geplanten Umgestaltung des Reichsamtes des Innern und endgültigen Besetzung der neu zu schaffenden Stellen die Leitung dieses Amtes noch beizubehalten. Aus dem Reichsamt des Innern soll ein Reichswirtschaftsamt ausgeschieden werden, dem die Handels- und Wirtschaftspolitik sowie die Sozialpolitik zufallen und das mit je einem Unterstaatssekretär für diese beiden großen Gebiete ausgestattet werden soll. Dem verkleinerten Reichsamt des Innern verbleiben neben den innerpolitischen auch militärische, kulturelle und wissenschaftliche Angelegenheiten. Die erforderlichen neuen Stellen sollen durch einen in der nächsten Tagung des Reichstages vorzuliegenden Nachtragsetat angefordert werden. An die Spitze des Reichsamtes des Innern soll der Oberbürgermeister Wallraf aus Köln treten, während die Leitung des Wirtschaftsamtens dem Bürgermeister aus Straßburg im Elsaß, Dr. Schwander, anvertraut werden wird. Beide sind zunächst zu Unterstaatssekretären mit dem Charakter als Wirklicher Geheimer Rat und dem Prädikat Excellenz ernannt worden.

Zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist der Volschaster v. Mühlmann, zum Staatssekretär des Reichspostamtes der Eisenbahndirektionspräsident Kürtin, zum Staatssekretär des Reichsjustizamtes der Geheime Justizrat Dr. v. Krause berufen worden. Die Leitung des Kriegsernährungsamtes übernimmt der Oberpräsident von Waldow, der gleichzeitig zum preussischen Staatsminister, Mitglied des Staatsministeriums und preussischen Staatskommissar für Volksernährung ernannt worden ist. Als ihm beizugebenden Unterstaatssekretäre sind der königlich bayerische Ministerialdirektor und Staatsrat Dr. von Braun und der schon jetzt dem Vorstand des Kriegsernährungsamtes angehörende Dr. August Müller in Aussicht genommen. Zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe in der Reichskanzlei ist der Landrat von Gräwenitz bestimmt.

Die freigebliebenen preussischen Ministerien sind mit folgenden, zu Staatsministern ernannten Herren besetzt worden: Justizministerium: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Syah, Ministerium des Innern: Unterstaatssekretär Dr. Drews, Kultusministerium: Ministerialdirektor Dr. Schmidt, Landwirtschaftsministerium: Landbesitzmann von Eisenhart-Rothe, Finanzministerium: Regierungspräsident Hergt.

2. VIII. 1917

Japan gegen eine Einmischung Amerikas in China.

(Telegramm der „Neuen Zürcher Presse“.)

Berlin, 6. August.

Aus London erfährt die „Vossische Zeitung“ indirekt: Japan ließ in Washington die Anregung unterbreiten, die Vereinigten Staaten mögen eine Erklärung abgeben, daß sie sich jeder Einmischung in die chinesischen Angelegenheiten, die geeignet wären, die Interessen Japans zu verletzen, enthalten werden.

Meldung über einen Protest Amerikas gegen das Vordringen Japans in der Mandschurei.

Nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ soll die amerikanische Regierung gegen die Besetzung chinesischen Gebiets und der Küstenprovinzen nördlich von Wladiwostok durch die Japaner Beschwerde erhoben haben. Die Japaner hätten infolge dieses Einschreitens Amerikas ihre Truppen aus dem Amur- und Küstengebiet zurückgezogen. Während der japanische Teil der Insel Sachalin von japanischen Truppen besetzt wurde, sind im nördlichen Teil der Insel, der den Amerikanern von Rußland verpachtet worden ist, amerikanische Transportschiffe unter Begleitung von Kriegsschiffen eingetroffen. Ueber den Zweck der amerikanischen Transporte ist nichts Sicheres bekannt. Die großen japanischen Truppen Transporte nach Wladiwostok haben schon vor zwei Monaten begonnen, als die Krise in Rußland sich zuspitzte.

Die Mailänder „Perseveranza“ meldet auf Grund amerikanischer Berichte, Japan habe heute ein vollständig ausgerüstetes, mit Geschützen und Munition reichlich verproviantiertes Heer von zweieinhalb Millionen Mann unter Waffen stehen. Für Truppentransporte seien Tausende von Eisenbahnwagen gebaut worden. Die Truppenjammelpflege befinden sich abseits der meist begangenen Touristenstraßen, so daß die gewaltigen Müstungen dem Fremden nicht auffallen.

7./VIII. 1917

**Die Kriegserklärung Chinas an die Mittel-
mächte.**

New York, 6. August.

„Associated Press“ meldet aus Peking: Der provi-
sorische Präsident genehmigte Donnerstag den ein-
stimmigen Entschluß des Kabinetts, Deutschland und
Oesterreich-Ungarn den Krieg zu erklären.

Der Friedenssonntag in Schweden.

A. Stockholm, 6. August. (Meldung des Vertreters des l. l. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Der gestrige Friedenssonntag ist programmgemäß verlaufen. In Stockholm haben nur zwei große Friedensversammlungen stattgefunden. In der Provinz sind jedoch über 200 Friedensversammlungen abgehalten worden. Dort wie in Stockholm fanden in allen Kirchen Friedensgottesdienste statt, wobei Friedenspredigten gehalten wurden. Ueberaus feierlich gestaltete sich die Friedensmesse in der Stockholmer katholischen Kirche, der auch zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps beiwohnten. In Kungälv forderte das Friedensmeeting den Erzbischof auf, dafür einzutreten, daß Staat und Kirche für den Frieden wirken. Viele Versammlungen sprachen ihre Sympathie für die Stockholmer Friedenskonferenz aus.

8. Juli 1917

Der psychologische Moment.

Der neue deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Herr v. Kühlmann bezeichnete in seiner ersten Rede im Reichstagsausschuß das Studium der Psychologie unserer Gegner als „eine wichtige Pflicht“ und exemplifizierte dabei auf das schwierigste Problem des Krieges, die Frage, wie und wann man zum Frieden kommen könne. Mit anderen Worten: Man muß für Friedensverhandlungen den richtigen psychologischen Moment abwarten und darf diesen nicht stören. Wann und auf welche Art kann dieser psychologische Moment eintreten? Das hat Herr v. Kühlmann nicht gesagt, und es ließe sich auch mit einem Wort nicht sagen. Es gibt da verschiedene Möglichkeiten, die sich alle gar nicht voraussehen und im voraus rubrizieren lassen. Der psychologische Moment ist sicher dann gekommen, wenn der Gegner oder einer der maßgebenden in der uns gegenüberstehenden Gruppe sich durch die Verhältnisse gezwungen sieht, sich zu einer neuen großen, nicht nur materiell gewichtigen, sondern auch psychisch schwerfallenden Kraftanstrengung mit unsicheren Aussichten zu entschließen. Der psychologische Moment ist vorbei, sobald der Gegner sich diesen schweren Entschluß abgerungen, und vollends, wie er ihn mit Erfolg auszuführen hat.

Sat es nun in diesem Kriege so einen friedensgeneigten psychologischen Moment gegeben? Gewiß! Der vielleicht günstigste und jedenfalls sichtbarste war der Moment, da England sich vor die Notwendigkeit gestellt sah, seine heiligsten Prinzipien individueller Freiheit zu opfern und die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Man erinnert sich der schweren inneren Kämpfe, die dieser Schritt die Engländer kostete und die den Sommer, Herbst und Winter 1915 ausfüllten. Man erinnert sich aber auch, daß sich damals die erste Friedensdiskussion in der Presse und in den Parlamenten entwickelte. Damals hat man wohl auf die Psychologie der Gegner nicht so genau gesehen, sonst hätte jetzt Herr v. Kühlmann den Wert der Psychologie nicht als eine neue Wahrheit zu verkünden gebraucht. Jedenfalls ist die psychologische Friedenskonjunktur der englischen Wehrpflicht unbenützt vorübergegangen. Viele Leute bei uns, vielleicht auch manche entscheidende, haben damals nicht geglaubt, daß die Engländer ihre tiefe Abneigung gegen den Dienstzwang überwinden werden, manche haben wohl auch gedacht, daß, wenn sie schon die allgemeine Wehrpflicht beschließen würden, sie nicht imstande sein werden, sie durchzuführen. Der Moment ist vorüber, und man kann in der Rück Erinnerung feststellen, daß die Engländer, seitdem sie über diesen Berg gekommen sind, „härter und unbiegsamer“ geworden sind, um Herrn v. Kühlmanns Terminologie zu benutzen.

Nest geht nun, wenn wir nicht irren, ein ähnlicher psychologischer Prozeß bei den Amerikanern vor. Auch sie müssen ihren Abscheu vor dem Dienstzwang überwinden, und sie haben, ebenso wie die Engländer 1916, die ungeheure und sehr unsichere Aufgabe der Aufstellung und Ausrüstung einer Millionenarmee und noch dazu das noch ungelöste Problem des Transportes einer solchen Armee über den Ozean vor sich. Das konstituiert den psychologischen Moment. Freilich gibt es viele Leute, die es für unmöglich halten, daß den Amerikanern ihr Vorhaben gelingt, ungefähr dieselben Leute, die es seinerzeit auch bei den Engländern für unmöglich erklärt haben. Das Präzedenz sollte uns zur Warnung dienen. Gerade die Unsicherheit des Unternehmens, über die sich auch die Amerikaner

klar sind, ist ja die psychologische Grundlage einer gewissen Friedensneigung. Wenn heute Frieden geschlossen wird, ersparen sich die Amerikaner einen ungeheuren Aufwand an Gut und Blut und vielleicht — falls die Bildung und der Seetransport der Armee mißlingen — eine ungeheure Blamage. Haben sie einmal die herzbeleckenden Schwierigkeiten überwunden, dann ist natürlich vom Frieden mit ihnen nicht zu reden, und sie wollen ihre Armeen erst noch ihr Waffenglück auf französischem Boden versuchen lassen, ehe sie wieder an Frieden denken, und das kann einen oder mehrere Feldzüge brauchen. Aus diesem psychologischen Moment heraus war die päpstliche Friedensnote sehr zeitgemäß, aus ihm heraus sollte man auch Wilsons Note an den Papst und die ihr nachgegebene begünstigende Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements beurteilen, und deswegen erscheint es uns verfehlt und mit des deutschen Staatssekretärs Mahnung zum Studium der gegnerischen Psychologie unvereinbar, wenn gerade jetzt ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland gegen Wilson, seine Note und die Amerikaner überhaupt die schärfsten Saiten aufzieht.

8./VIII. 1917

Erklärungen Radoslawows über die Lage Bulgariens.

Die Vereinigung aller Bulgaren.

Sofia, 5. August.

Die Bulgarische Telegraphenagentur meldet:

Ministerpräsident Dr. Radoslawow gab vor den Vertretern der hiesigen Presse folgende Erklärungen über die Lage Bulgariens ab:

Unsere nationale Einheit ist durch Verträge gewährleistet, die unsere Verbündeten als eine geheiligte und unverletzliche Sache schützen. Die Treibereien unverantwortlicher Personen werden unserem Werke in keiner Weise schaden können. Die Friedensformel bezüglich der Annexionen bedeutet keine Beeinträchtigung der Rechte Bulgariens auf den Besitz der befreiten Gebiete. Unsere Verbündeten haben uns diesbezüglich formelle Zusicherungen gegeben, da wir ja keineswegs Krieg führen, um eine imperialistische Ausbreitung zu erzielen, sondern um die nationale Einheit zu verwirklichen. Bulgarien wird demnach die bisher von seinem nationalen Erbgut abgetrennten Teile vereinigen, und die durch den Vertrag von Bukarest begangene Ungerechtigkeit wird dadurch in billiger Weise wieder gutgemacht werden.

Die wirtschaftliche Lage des Landes ist sehr gut. Die Beziehungen zu den Verbündeten sind ausgezeichnet. Bulgarien leiht ihnen seinen Beistand, gleichwie die Verbündeten ihm den ihren leihen. Fest untereinander solidarisch, sind die Mitglieder des Mittelbundes stets bereit, einen ehrenvollen Frieden zu schließen.

8. VIII. 1917

**Die Befürchtungen Lloyd-Georges bezüglich
der englischen Arbeiterschaft.
Der drohende Rücktritt Hendersons.**

Bern, 7. August.

Die hier eingetroffenen englischen Blätter lassen erkennen, daß die im Auslande verbreiteten Berichte über die Rede Lloyd-Georges im Unterhause vom 1. August folgenden bedeutamen Satz unterdrückt haben: „Lassen Sie sich zum Schluß sagen: Ich möchte wohl wissen, ob jedes Mitglied dieses Hauses das Explosivmaterial gewahrt, das um uns her ist.“ Dieser mit „Hört! Hört!“ aufgenommene Satz leitet den letzten Teil der Rede ein, worin Lloyd-George das Haus förmlich beschwört, nicht den Rücktritt Hendersons zu verlangen, und bezeichnend ausruft: „Wenn wir anfangen, uns aufzulösen und einen wertvollen Kollegen nach dem anderen in die Arme derer zu werfen, die für pazifistische Ziele kämpfen, dann verzweifle ich wirklich an unserem Siege.“

Die Tatsache, daß Lloyd-George so nachdrücklich darauf besteht, gerade den einflußreichen Arbeiterführer Henderson im Kriegskabinett zu behalten, erklärt sich, abgesehen von den Rücksichten auf Rußland, daraus, daß der Genannte der Vermittler zwischen der britischen Regierung und dem immer ungebärdiger werdenden Arbeitertum ist. In dem kürzlich veröffentlichten Berichte der acht Ausschüsse zur Feststellung der Gründe der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft heißt es: Die Regierung muß sofort und nachdrücklich heilende Maßnahmen ergreifen, wenn die wachsenden Gefahren, welche die für die siegreiche Beendigung des Krieges arbeitenden Industrien jetzt bedrohen, abgewendet werden sollen. Lloyd-George dürfte diese Gefahren im Sinne gehabt haben, als er von Explosivmaterial sprach.

8. VIII. 1917

(Unsere Forderungen in China.) Aus Wien wird uns telegraphiert: Gegenüber der Kriegserklärung Chinas gewinnen die noch in Schwärze befindlichen Engagements österreichischer und ungarischer Unternehmungen daselbst an Wichtigkeit. Im Jahre 1912 haben die Niederösterreichische Eskomptegeellschaft und ihre Konsorten eine sechsprozentige chinesische Anleihe in der Höhe von 450.000 Pfund Sterling übernommen. Diese Anleihe wurde zu dem Zwecke abgeschlossen, damit diejenigen Industriegesellschaften, die der Eskomptegeellschaft nahestehten, Lieferungen an China übernehmen konnten. Tatsächlich ist auch ein Teil dieser Lieferungen angeführt worden und die entsprechende Zahlung von der chinesischen Regierung zur Einlösung der sechsprozentigen Bons erfolgt. Im Jahre 1915 sind abermals chinesische Schatzbons, und zwar drei Emissionen an österreichische und ungarische Institute übergeben worden. Diese Anleihe hätte in erster Linie zur Zahlung von Geschützen Verwendung finden sollen, die durch Skodawerke herzustellen waren. Es ist aber die Lieferung der Geschütze nicht erfolgt, da die Skodawerke durch anderweitige Bestellungen allzu reichlich beschäftigt waren. Unter solchen Verhältnissen sind auch die Banken, die die Anleihe übernommen hatten, nicht zu Gläubigern Chinas geworden. Die chinesischen Bons gelangten nicht in den Verkehr, gewiß nur zum Vorteil der entsprechenden Institute, die dadurch vor erhebliche Schäden geschützt wurden. Chinesische Werte dürften in Oesterreich-Ungarn kaum Verbreitung gefunden haben. Auch der Handelsverkehr zwischen China und der Monarchie, der vor Kriegsausbruch von einzelnen Exportfirmen allerdings eifrig betrieben wurde, hat zu keiner Zeit einen großen Umfang erreicht.

Olbricht
9./III. 1917

153

Drohung des Organs des Arbeiterrates an die Entente mit einem Sonderfrieden.

Bern, 8. August.

Ueber die drohende Stellungnahme der „Izwestia“, des offiziellen Organs des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, zu den Enthüllungen bezüglich der Kriegsziele des französischen Imperialismus schreibt die heute besser denn je über die russischen Vorgänge unterrichtete „Berner Tagwacht“:

Aus Rußland kommt eine Meldung, wichtiger als alle sensationellen Reklamebilder, die von der kriegsbegehrlichen Auslandspresse über den ungekrönten Zaren der Revolution, den Streber und Diktator Kerenski, in die Welt hinausgeschleudert werden. Was heute die „Izwestia“ schreibt, sagt noch nicht der Arbeiter- und Soldatenrat selbst, es ist auch nicht das Exekutivkomitee, das diese deutlichen Drohungen gegen die Ententesozialisten ausstößt; vorläufig spricht durch die „Izwestia“ nur der Bürger Dahn. Aber Dahn ist der Machter der Sowjetpolitik, viel einflussreicher und ein entscheidender Vorkühler als Tschchebe, Tzeretelli und Stobelew, und diese Drohungen Dahns bedeuten nichts weniger, als daß die revolutionäre Demokratie Rußlands gezwungen ist, vor dem vierten Kriegswinter den Frieden unter Dach zu bringen, weil Rußland einen vierten Kriegswinter nicht überstehen kann. In diesem Sinne spricht die Drohung unverbürgt von der Eventualität eines selbständigen Vorgehens Rußlands in der Friedensfrage, genau besehen von der Möglichkeit eines Separatfriedens.

Aber noch hat nur Dahn, das eigentliche geistige Haupt des Sowjet, gesprochen. Es bleibt nur die Frage offen, ob der Arbeiter- und Soldatenrat heute noch die Kraft und das Recht hat, im Namen der revolutionären Demokratie Rußlands zu sprechen, selbst wenn er Dahn folgen will. Diese Sprache hätte vor drei Monaten ertönen müssen, als der Sowjet die revolutionäre Macht Rußlands verkörperte. Aber der Sowjet selbst ist immer mehr das Werkzeug der Gegenrevolution geworden. Er hat den Wahnsinn der Offensive gebilligt und die Politik seiner Minister gedeckt. Er hat für die wahnwitzige Verfolgung der Internationalisten gestimmt. Er ist zum Handlanger jener Politik geworden, vor deren Folgen auf nationalem wie internationalem Gebiete selbst ein so gewiegter Diplomat wie Dahn zurückschreckt, der nun in seiner Furcht vor der geschichtlichen Verantwortung des Sowjet verzweifelte Drohungen mit dem Sonderfrieden ausspricht. Hoffentlich findet der Sowjet im Interesse des allgemeinen Friedens den Mut, den Worten die Tat folgen zu lassen, denn in dem Augenblick, wo er diesen Mut fände und die Macht hierzu besäße, würde auch für die Entente die Herrschaft der Phrase aufhören und der Friede für sie zur konkreten Frage werden. Der Artikel des Bürgers Dahn darf noch nicht als Wende in Rußlands Kriegs- und Friedenspolitik betrachtet werden; darüber wird erst Klarheit werden, wenn die entscheidenden Kämpfe zwischen dem Diktator Kerenski, dieser Puppe in der Hand Miljuls, und den revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen sich abgepielt haben und wenn der Drohung der „Izwestia“ der befreiende Versuch zur Tat folgt.

Der Abend
9. VIII. 1917

154

Das Friedenshindernis.

Wir geben den Aufsatz Alfred S. Fried's in der „Zürcher Wg. Ztg.“ über den das I. I. Telegraphenkorrespondenzbüro kurz berichtete, im Auszug wieder.

Wie bereits während verschiedener Perioden dieses Krieges finden auch jetzt wiederum von Seiten der führenden Staatsmänner beider Gruppen Konversationen statt, die sich wie Vorverhandlungen ausnehmen. Auf die letzte Reichskanzlerrede kam die Antwort Carsons in Belfast, Lloyd Georges Rede am Fest der belgischen Freiheit, die Rede Asquith und Bonar Law's im Unterhaus am 27. Juli, worauf am 29. Juli gleichzeitig in Berlin und Wien die Antwort des Dr. Michaelis und des Grafen Czernin auf einem ad hoc einberufenen Pressevertreterempfang erfolgte. Die Reden auf beiden Seiten klingen zum Teil heftig und unversöhnlich. Sie sind eben im Kriegsstil gehalten. Man hat jedoch das Gefühl, daß bei einigermaßen gutem Willen und bei Wiederaufnahme höflicher Formen, die Gegensätze vielleicht doch überwunden werden könnten. Das ist aber das Trostlose, daß man aus Angst vor dem bei den Völkern dadurch auszulösenden Optimismus ein Zusammenrücken an einem grünen Tisch nicht eher vornehmen kann, bis dieser nicht die unbedingte Sicherheit eines befriedigenden Ergebnisses in Aussicht stellt. So müssen denn diese Wechselreden der Staatsmänner im großem feindseligen Ton weiter gehen, der überdies durch das Echo in der Presse aller Länder noch verstärkt wird.

Das Friedenshindernis tritt aber aus diesen Konversationen immer klarer, immer fester umrissen, immer sichtbar hervor.

Die Entente sagt sich: Wenn das innerpolitische Verhältnis der Zentralstaaten das gleiche bleibt wie vor dem Kriege, wenn keine erhöhte Machtstellung der Völker im Staate ein Sicherheitsventil bildet, werden die auf Expansion bedachten Kreise ihre Ziele weiter verfolgen und die Stabilität eines zu gründenden Staatenkonzerns wieder erschüttern. Sie werden noch einigen Jahren der Ruhe, die für die Wiederherstellung unbedingt nötig sind, ihre Vorbereitungen für einen neuen Krieg wieder beginnen, die Unrast des Wettstreits und der diplomatischen Intrigen erneuern und, in Erkennung der in diesem Krieg gemachten Fehler, einen militärisch und diplomatisch besser vorbereiteten Krieg inszenieren. Diese Erneuerung der Weltanarchie, die nach den ungeheuren Opfern dieses Krieges zehnfach gefährlicher, zehnfach vernichtender sein müßte als sie vorher war, will man drüben vermeiden, und als das einzige Mittel dazu bezeichnet man die Niederwerfung des preussischen Militarismus.

Die Führer der Zentralmächte sind nur zu sehr bereit, diese Methode der künftigen Friedenssicherung als eine gegen ihre Existenz gerichtete Absicht zu erkennen. Unterstützt werden sie dabei von den Interessenten an dem alten Zustand der Dinge und von ihrer eigenen Skepsis bezüglich der Dauerhaftigkeit eines Friedenszustandes ohne die bisher angewandten Mittel militärischer Machtentfaltung. Das ganze politische System des letzten halben Jahrhunderts hat bei den Zentralmächten den Glauben an eine zwischenstaatliche Organisation nicht aufkommen lassen. Man hat dort die Ideen, die in den anderen Ländern starke Bewegungen auslösten, niemals ernst genommen, es sei denn, daß man sie als politische Manöver aufsaßte, dazu bestimmt, die eigene Wehrkraft zu schwächen, und dadurch die Gefahr einer militärischen Niederlage herbeizuführen. Das rächt sich

jetzt. Denn die Nichterkennnis der Tatsache, daß in den Ländern des europäischen Westens, in Amerika und bei den kleinen Staaten Europas der Gedanke an eine den Krieg und seine erdrückenden Vorbereitungen auszuschaltende zwischenstaatliche Organisation eine tiefgehende, ehrliche, bis in die Spitzen der Regierungen hinaufgehende Strömung ausgelöst hat, läßt bei den Staatsmännern der Zentralmächte auch in den fortgeschrittensten politischen Kreisen dieser Länder das Vertrauen und, was das Schlimmste ist, den Glauben an die Wirksamkeit des hier sich bietenden Ausweges aus dem Elend des Krieges wie aus dem Elend eines nur sogenannten Friedens nicht ausfließen. Zweifellos ist heute auch in den führenden Kreisen der Zentralmächte der ehrliche Wille vorhanden, dem Frieden nach diesem Krieg einen anderen Inhalt zu geben, ihn „dauernd“ zu gestalten. Die darauf hingeliefenden Äußerungen sind keine Täuschungen; aber sie bezeugen das geringe Verständnis für das Problem und sind dadurch nicht geeignet, die Bedenken und das Mißtrauen der Gegner zu zerstreuen.

Hier zeigt sich ein fehlerhafter Zirkel. Das geringe Vertrauen bedingt das mangelnde Interesse und somit das geringe Verständnis für das Problem. Dieses geringe Verständnis vermag wiederum das Vertrauen nicht zu stärken. Man hofft gern auf einen dauernden Frieden, man will aber das Wagnis nicht eingehen, sich ohne militärische Sicherungen ganz oder vorwiegend auf die Kraft einer Friedensorganisation zu verlassen. Das eine hebt aber das andere völlig auf. Wie man eine Republik mit dem Großherzog an der Spitze sich nicht vorstellen kann, ebensowenig ist eine Friedensorganisation der

Staaten mit militärischer Grundlage denkbar. Es ist hier nicht die Rede von völliger Abrüstung, sondern nur von dem bisherigen System des Überbietens an Rüstungen, das die Unsicherheit und die Kriegsgefahr gezeitigt hat. Wenn dieses System beibehalten werden soll, dann ist jede zwischenstaatliche Friedensorganisation nur dekoratives aber nutzloses Beiwerk. Und das erkennt man bei uns noch immer nicht. Reichskanzler Michaelis sprach gegen Schluß seiner Rede von der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den Völkern nach dem Krieg. Vorher sprach er aber von der Notwendigkeit der Sicherung der Reichsgrenzen, worunter nur eine militärische Sicherung verstanden werden kann. Hier haben wir den deutlichen Beweis für das mangelnde Vertrauen und das mangelnde Verständnis für das Problem der künftigen Friedenssicherung. Will man diese auf organisatorische Weise erreichen, dann liegt die Sicherung der Reichsgrenzen in der Verständigung zwischen den Völkern, dann liegt sie in dem zu errichtenden System, durch das der Bestand und die Existenz eines jeden Staates durch die Garantie aller gesichert ist.

Dr. Fried schließt, indem er der Überzeugung Ausdruck gibt, daß die Worte des Grafen Czernin an die Pressevertreter über die Sicherung des Weltfriedens die erste Wendung zum Besseren bedeuten.

10./VIII. 1914.

Das großserbische Ziel.

Seit kurzem haben wir Kenntnis von Unterhandlungen der leitenden serbischen Staatsmänner mit Vertretern der österreichisch-ungarischen Südslawen. Die italienische Presse gebarde sich wegen dieser in Korfu abgehaltenen Konferenz sehr ansfällig und wies auf die Gefährlichkeit der großserbischen Propaganda mit Nachdruck hin. Jetzt wird uns in nachstehendem Telegramm verraten, was in Korfu abgemacht worden ist.

G. Haag, 10. August. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Die „Times“ entnimmt dem serbischen Regierungsorgan den Text eines Vertrages, der nach sechswohigen Unterhandlungen auf Korfu zwischen der serbischen Regierung und den Vertretern der südslawischen Provinzen Oesterreich-Ungarns am 20. Juli von dem serbischen Ministerpräsidenten Pajitsch und Dr. Ante Trumbitsch, dem Präsidenten des südslawischen Ausschusses, unterzeichnet wurde. Sein Gegenstand ist die Begründung eines unabhängigen „Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen“ unter der Dynastie Karageorgewitsch, das 12 Millionen Einwohner zählen soll. Von besonderem Interesse sind die beiden gegen Italien gerichteten Paragraphen, nämlich: 8. Das Gebiet des Königreiches wird alles Gebiet einschließen, das geschlossen von unserem Volk bewohnt wird und kann nicht zerstückelt werden ohne Verletzung der Lebensinteressen des Gemeinwesens. Unsere Nation verlangt nichts, was anderen gehört, sondern nur, was ihr eigen ist: sie verlangt Freiheit und Einheit, sie verwirft deshalb gewissenhaft und fest alle teilweisen Lösungen des Problems der Befreiung von der österreichisch-ungarischen Herrschaft und der Einigung mit Serbien und Montenegro in einem Staat, der ein unteilbares Ganzes bildet. 9. Im Interesse der Freiheit und der gleichen Rechte aller Nationen muß das Adriatische Meer für alle frei und offen sein.

Zur Sache selbst sei bemerkt, daß wir es für ausgeschlossen halten, daß die „südslawischen“ Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie Vertreter nach Korfu gesandt hätten. Wer soll das sein? Abgeordnete von den Landtagen? Regierungsorgane? Wer sonst? Es dürfte sich aber höchstens um vaterlandslose, fahnen- und heimatstüchtige Kreaturen handeln, die von ihrem Schutzwinkel in London oder sonstwo in Feindesland nach Korfu gefahren sind, um dort, im Namen des Landes, dem sie entflohen sind, zu reden. Und dann: die Karageorgewitsch haben überhaupt nichts zu sagen in Oesterreich-Ungarn, nicht einmal mehr in ihrem eigenen Lande. Sieger über Serbien sind Oesterreich-Ungarn und Deutschland und die allein werden bestimmen, was mit Serbien zu geschehen hat.

10. VIII. 1917

Eine Erklärung des Grafen Berchtold.**Die Lügen der „Times“.**

Wien, 9. August. Der Minister des Aeußern a. D. Leopold Graf Berchtold veröffentlicht folgende Erklärung:

„Die „Times“ hat kürzlich eine nachmals in der Entente-Pressen wiederholt abgedruckte und auch im neutralen Ausland vielfach behauptete Meldung gebracht, wonach angeblich am 5. Juli 1914 in Potsdam ein Apparat unter Beteiligung Sr. k. u. k. Hoheit des Feldmarschalls Erzherzog Friedrich, ferner des Chefs des k. u. k. Generalstabes Freiherrn v. Conrad, des königlich ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza sowie in meiner Gegenwart stattgefunden hätte.

Ich bin in der Lage, demgegenüber festzustellen, daß diese Meldung, folglich auch alle daran geknüpften Kombinationen vollkommen aus der Luft gegriffen sind.

Leopold Graf Berchtold.“

Die Erklärung des Grafen Berchtold ist klar und blutig. Sie sagt genug. Wir können unendlich glauben, daß es nunmehr noch irgendeinen vernünftigen Menschen geben kann, der an dieses englische Unnenmärchen vom Kriegsrate in Potsdam noch glaubt. Die Erklärung des früheren Ministers des Aeußern hätte selbstverständlich leicht noch mit allerlei bekräftigendem Beiwerk ausgestattet werden können, es hätte sich selbstverständlich erweisen lassen, wo an jenem 4. Juli 1914 Graf Berchtold gewesen, was Erzherzog Friedrich unternommen, wie Graf Tisza in der Heimat beschäftigt war usw. Damit hätte man aber wirklich dieser stumpfsinnig-lächerlichen Erfindung allzuviel Ehre erwiesen; das Wort des Grafen Berchtold genügt. Wenn es zu dem Ganzen noch etwas zu sagen gibt, so ist es das, daß ernste Politiker und Diplomaten es nach diesen Feststellungen geradezu unfassbar finden müssen, daß ein englischer Premier

auf eine solche kindische Schauer- und Lügegeschichte eine große und wichtige politische Rede aufbauen konnte; Herr Lloyd George hat dies jüngst in Queen's Hall getan. Wenn er es ehrlich gemeint hat mit seiner Empörung und Entrüstung, so mag er heute schon tief bedauern, bedenkenlosen Erfindern aufgefressen zu sein. Aber wer bürgt dafür, daß er es ehrlich gemeint hat? Für demagogische Zwecke ist die blimmste Lüge gerade gut genug.

Lord Cecil und Lloyd George über das geliebte Serbien.

Reden bei einem Pafic-Bankett.

London, 8. August. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Die serbische Gesellschaft Großbritanniens gab zu Ehren des serbischen Ministerpräsidenten Pasic ein Frühstück, an dem auch der Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten Lord Robert Cecil sowie die Gesandten Griechenlands und Rumäniens teilnahmen.

Lord Robert Cecil führte in einer Rede unter anderem aus: Serbiens Geschichte während des Krieges war eine ruhmvolle Tragödie. Obwohl Serbien niedergeworfen wurde, ist sein Geist ungebrochen und seine Tapferkeit über alles Lob erhaben. Es hat seinen Verbündeten eine Verpflichtung auferlegt, die nicht geringer ist, als im Falle Belgiens. Wir müssen seine volle Wiederherstellung erlangen für seine Herden. Wir anerkennen alle Ansprüche der slawischen Völker. Obwohl, wie Balfour neulich sagte, die Zeit noch nicht gekommen ist, die Friedensbedingungen aufzustellen, müssen wir doch eine dauernde Regelung anstreben, nämlich unter Anerkennung der natürlichen Bestrebungen aller Länder, die beteiligt sind. Es war ein Dieblichplan der Feinde, zu versuchen, die Alliierten zu trennen, indem sie sagten, die Alliierten würden niemals zu einer Uebereinstimmung kommen. Wir werden zu unsern Verbündeten bis zum Ende stehen. Ist es unter diesen Umständen nicht töricht, von einem Gegensatz zwischen Italien und Serbien zu sprechen? Nach meiner Ueberzeugung gibt es keinen Widerspruch zwischen den Zielen Italiens und Serbiens.

In Erwiderung auf die Ausführungen Lord Robert Cecils sprach Ministerpräsident Pasic dem britischen Volke, das für die Freiheit der kleinen Völker kämpfte, den Dank des serbischen Volkes aus. Die während des Krieges von den Deutschen verübten Barbareien hätten fast alle Nationen zum Anschluß an die Ententemächte und zur Verteidigung von Freiheit und Recht gezwungen. Nach drei Jahren des Krieges begünne Deutschland wieder zu Sinnen zu kommen und von einem ehrenvollen Frieden zu reden, ehrenvoll im deutschen Sinn. Ein ehrenvoller Friede

könnte angenommen werden, wenn er für alle beteiligten Nationen ehrenvoll wäre. Seine erste Bedingung müßte die Bestrafung derjenigen sein, die den Weltbrand hervorgerufen haben. Ein ehrenvoller Friede könnte nur gesichert werden, wenn alle unter dem Joch Oesterreich-Ungarns bejindlichen Völker befreit werden, Frankreich Elsaß-Lothringen zurück erhält, wenn die Italiener ihre Vereinigung mit den noch unerlösten Brüdern vollziehen, wenn die Vereinigung der Serben, Kroaten und Slowenen vollendet ist, wenn Tschechen und Slowaken vereinigt und unabhängig sind und wenn die polnische und die ruthenische Frage gelöst sind. Dann, nur dann wird ein ehrenvoller Friede für alle Völker gesichert sein.

Ministerpräsident Lloyd George, der nach der Tafel erschien, sagte: Ich komme direkt von der Kriegskonferenz und muß sofort wieder dahin zurückkehren. Aber ich konnte nicht unterlassen, hieher zu kommen und zu sagen, daß mein Herz mit Serbien ist, und persönlich der ehrwürdigen Gestalt des serbischen Ministerpräsidenten, einer der schärffinnigsten Gestalten des Ostens, meine tiefe Achtung zu zollen. Serbien und vielleicht Europa verdanken ihm viel. Es war seine Tat, daß die Zivilisation die Barbarei annahm. Ich glaube an die kleinen Nationen; ich gehöre selbst zu einer. Ich glaube an ein Volk, das seine Niederlagen befeigen kann. Serbien hat durch Jahrhunderte hindurch gesungen, nicht von Siegen, sondern von Niederlagen, die es in eine Flut von Barbarei getaucht haben. Serbien hat stets gehofft. Jetzt ist sein Tag der Abrechnung gekommen. Eine Nation, die ihre Niederlagen befeigt, ist unsterblich. Serbien ist ein herrliches Gemälde, bedeckt mit dem Schmutz von Jahrhunderten türkischer Barbarei. Jetzt, da es gereinigt ist, wird es frisch und strahlend erscheinen, wie es zuerst die Hand des Meisters schuf. Die erste Friedensbedingung ist: völlige Wiederherstellung ohne Vorbehalt. Wie lange der Krieg auch dauern mag, es rührt an die britische Ehre, Serbien befreit zu sehen. Serbien und Belgien sind Torwächter. Sie haben die Tore tapfer verteidigt. Die serbischen Truppen haben, obwohl sie überwältigt wurden, niemals den Mut verloren, und sie bewachen noch

immer das Tor. Die Briten hier strecken Serbien nochmals die Hand der Freundschaft entgegen. Wir wollen zusammen durch den Krieg gehen bis zum Ende.

11. VIII. 1917

Die Furt.

Das Friedensflüstchen, das anlässlich der letzten Tagung des deutschen Reichstages durch die Welt gezogen ist, hat sich seit den Offensiven im Osten und Westen rasch verflüchtigt. Nichtsdestoweniger beschäftigt der Gedanke an den Frieden, wenn seine Verwirklichung auch noch so fern scheinen mag, immer wieder und unablässig die aequale Menschheit und wird sie so lange beschäftigen, bis der Friede da sein wird. Aber wie soll er kommen? Eine Initiative der Neutralen hat, wie erst jüngst hier dargelegt, wenig Aussichten. Wie sollen nun eines Tages die kriegführenden Mächte zueinander kommen? Ein breiter, tiefer Strom von Haß und Mißtrauen trennt die beiden feindlichen Lager. Wo soll hier im gegebenen Moment eine Brücke, ein Steg gefunden werden, wo sich eine Wiederannäherung vollziehen könnte? Von solch einer Brücke oder einem Steg ist nun allerdings nichts zu bemerken. Wohl aber läßt sich bei genauerer Betrachtung etwas anderes, minder leicht Sichtbares entdecken — um im Bilde zu bleiben — eine Furt, eine leichte Stelle, die zur Not den Verkehr von dem einen zum anderen Ufer vermitteln könnte. Es ist vielleicht nicht überflüssig, diese Stelle schon jetzt zu bezeichnen.

Die Stelle, an die Friedensunternehmungen anknüpfen könnten, liegt, wenn wir zunächst das gegnerische Ufer im Geiste abgehen, in den Vereinigten Staaten von Amerika. Amerika

hat wohl Deutschland den Krieg erklärt, und es wäre ein schwerer Irrtum, diese Kriegserklärung nicht ernst zu nehmen, wie es ja zuweilen von deutschen Militärschriftstellern in einer allzu ausschließlich militärischen Betrachtungsweise geschieht. Amerika hat wohl noch keine nennenswerte Armee, ähnlich wie England, dessen militärische Leistungsfähigkeit im Anfang des Krieges aus der gleichen Betrachtungsweise heraus gleichfalls unterschätzt wurde, das aber in diesen drei Jahren eine Armee von fünf Millionen Mann aufgestellt und ausgerüstet hat, die sich älteren Armeen als ebenbürtig erwiesen hat. Amerika, das doppelt so viel Einwohner als England zählt, dessen Bevölkerung auch eher kriegerisches Temperament und kriegerische Ueberlieferung besitzt, das über unvergleichlich reichere wirtschaftliche Hilfsquellen im Lande verfügt als England, scheint sich nach allem, was man von drüben hört, in den Krieg immer tiefer zu verbeissen. Doch nur in den Krieg gegen Deutschland. Den Verbündeten Deutschlands hat Amerika den Krieg gar nicht erklärt, und Wilson, der immer kräftigere Bannflüche gegen die Autokratie Deutschlands schleudert, enthält sich konsequent, und sicher nicht ohne Absicht, jeder anzüglichen Bemerkung gegen dessen Verbündete. Mit Bulgarien steht Amerika sogar noch wie vor in diplomatischen Beziehungen, die beiderseitigen Gesandten sind bisher nicht abberufen worden, aber Bulgarien kommt als kleinere Macht mit Spezialinteressen in diesem Zusammenhang vielleicht weniger in Betracht. Mit unserer Monarchie unterhält Amerika allerdings seit seiner Kriegserklärung an Deutschland keine diplomatischen Beziehungen mehr, aber nicht Amerika hat sie abgebrochen, sondern wir haben dies getan, und Amerika mußte folgen. Vorher hatte sich Amerika in der langen Zeit seit der Abberufung unseres Botschafters Dr. Dumba mit unserem Geschäftsträger in Washington begnügt, ohne deswegen seinen Botschafter von Wien zurückzuziehen, was auch schon recht auffällig war. Uebrigens hat ja Amerika den verschärften Unterseebootkrieg als *Casus belli* erklärt, und in diesem sind wir, wenn wir ihn prinzipiell auch mitmachen, aktiv kaum noch hervorgetreten.

Hier also wäre die gewisse Furt zu bemerken, die Stelle, wo der Völkerhaß nicht unermesslich tief zwischen beiden Ufern fließt. Wohl ist jetzt noch nicht der Augenblick gekommen, in dem man eine Verkehrsmöglichkeit brauchte. Amerika rüstet in immer steigendem Maße, und gerade in

der letzten Phase allgemeiner Friedenserörterungen war es Wilson, der sich unter allen Staatsmännern am schweigsamsten verhielt und feig Schweigen nur durch die wiederholte lapidare Versicherung unterbrach, daß der Krieg ausgekämpft werden müsse. Es kann also gegenwärtig keine Rede davon sein, daß die Furt benützt wird, aber sie ist immerhin da, und man wird sie vielleicht einmal benützen können.

Das Friedensmemorandum der britischen Arbeiterpartei.

L. London, 10. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) „Daily Telegraph“ veröffentlicht das Memorandum des ausführenden Ausschusses der Arbeiterpartei, das als Grundlage für die Friedensvorschläge der britischen Arbeiterpartei der heute zusammentretenden Vertreterkonferenz der Partei vorgelegt werden soll. Das Memorandum soll weiter der Sonderkonferenz, die am 21. August in London zusammentritt, vorgelegt werden, um dann der Sozialistenkonferenz der Alliierten und der Internationalen Sozialistenkonferenz unterbreitet zu werden. Das Memorandum bestätigt zunächst die Erklärung, die auf der Konferenz der sozialistischen Arbeiterparteien der Alliierten am 14. Februar einstimmig angenommen wurde, worin die Wiederherstellung Polens und das Selbstbestimmungsrecht aller unterjochten Völker von Elsaß-Lothringen bis zum Balkan verkündet wurde.

Das Memorandum sagt, die Konferenz begrüßt die russische Formel „keine Annexionen, keine Entschädigungen“. Sie verlangt die sofortige Schaffung eines Bundes der Nationen und eine internationale Gesetzgebung.

Die Konferenz protestiert gegen die endlose Fortsetzung des Krieges.

Die wichtigste Friedensbedingung ist die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens durch Deutschland.

Die Konferenz fordert weiters die territoriale Wiederherstellung Serbiens und Montenegros; sie will das ~~Rosin~~ Problem durch eine Konferenz von Ver-

tretern der Balkanvölker oder durch eine autoritative internationale Kommission lösen.

Ferner wird die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich gefordert.

Die Konferenz spricht ihre warme Sympathie mit der Italia Irredenta aus und anerkennt die Notwendigkeit, die berechtigten Interessen Italiens am Adriatischen und Ägäischen Meer zu sichern.

Die Konferenz verlangt die Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern und wünscht, daß Palästina ein freier jüdischer Staat werde.

Armenien, Mesopotamien und Arabien dürfen der Türkei nicht zurückgegeben werden; sie sollen ähnlich wie die Kolonien im tropischen Afrika behandelt und von einer Kommission des Bundes der Nationen verwaltet werden.

Konstantinopel müsse zu einem neutralen Freihafen werden.

Alle europäischen Kolonien in Afrika sollen auf den Bund der Nationen übertragen und durch eine unparteiische Kommission als ein einheitlicher unabhängiger neutraler Staat verwaltet werden.

Die Konferenz erklärt sich gegen jeden Plan eines Wirtschaftskrieges nach dem Frieden.

Abgesehen von Belgien sollen die durch den Krieg entstandenen Verwüstungen aus einem internationalen Fonds vergütet werden, zu dem alle Kriegführenden Länder gemäß ihrer Verantwortung für den angerichteten Schaden beisteuern müssen.

12. VIII. 1917

Freie See — aber lateinische Adria.

Es lohnt sich allmählich doch für die Deutschen, die völkerrundlich-politischen Verhältnisse ums Adriatische Meer herum, die uns begreiflicherweise wenig locken, etwas näher zu studieren. Der Biesverband hat da einen seiner interessantesten Wetterwinkel. Mit herzlicher Genugtuung dürfen wir es feststellen. Mit Ingrimms sagt sich's längst der Italiener einerseits, der Serbe und „Großserbe“ andererseits.

Gemischten Gefühles, überwiegend aber mit stiller Freudigkeit sieht's der Brite. Still, weil der Verband noch eine Weile halten soll. Freudig, weil es England gar nicht einfällt, den Grundsatz der „Freiheit der Meere“ — im Mittelständischen ausgerechnet — von dem Streber Italien durchbrechen zu lassen; so etwas hat selbstverständlich Monopol des großbritannischen Imperiums zu bleiben! Kühn und emsig wird daher in London, das dieser Tage von einem italienischen Blatt bissig die „ideale Hauptstadt der Südslawen“ genannt ward, jedes Bestreben der Südslawen zur Dämpfung des „lateinischen“ Uebermuts gefördert.

Der famose „Vertrag von Korfu“, der soeben — sicher nicht ohne Londons Segen — zwischen Serbien und angeblichen Vertretern der Südslawen Desterreich-Ungarns geschlossen wurde, verursacht denn auch den Italienern das tiefste Mißbehagen.

Vergebens sucht der „Secolo“ den Südslawen gütlich zuzureden und der „Corriere della Sera“ sich bis auf weiteres mit der Politit des Vogels Strauß zu helfen, während es freilich nicht unberechtigt ist, wenn ein Teil der italienischen Presse die unmittelbare praktische Wirkung des Vertrages von Korfu recht gering einschätzt. Die „Idea Nazionale“ aber ist ganz auf dem rechten Weg, wenn sie mit Fingern auf England, auf die Zusammenhänge zwischen der „Times“, der südslawischen „New Europe“ in London und dem Komitee der Südslawen weist.

Bemerkenswert bleibt, daß, wie auch von einzelnen Blättern offen ausgesprochen wird, der vom serbischen Premierminister unterzeichnete Vertrag die Adria als freies Meer für alle erklärt, obwohl sie doch von den italienischen Nationalisten, auch den demokratischsten, als „mare nostro“, als rein lateinisches Binnenmeer beansprucht wird. Das „Giornale d'Italia“ versteht denn auch pflichtschuldigst in diesem Punkt keinen Spaß. Es wendet sich mit Schärfe gegen die Begehrlichkeit der Serben und weist die Forderung, daß das Adriatische Meer allen offen stehen solle, entschieden zurück.

Dem künftigen „Südslawen“ werden zwar etliche Handelshäfen gnädigst in Aussicht gestellt, aber nur unter Voraussetzungen, die „für Italien die Gefahr jedweder künftigen Bedrohung vollkommen ausschließen“. Aus dem kriegspolitischen Rotwelsch in schlichtes Deutsch übertragen, bedeutet das: Italien möchte um jeden Preis alleiniger Herr der Adria werden. Das Regierungsblatt formuliert das auch in einem anderen Satz unzweideutigst: „Die Adria muß ein italienisches Meer sein!“

Da Desterreich-Ungarn auch noch am Leben und bekanntlich recht zählebig ist, da es ferner nicht allein dasteht und auch in seinen südslawischen Teilen genug treue Anhänger besitzt, so hat es ja mit Italiens kühnem Wollen noch gute Wege. Einstweilen aber ist es für uns als leidlich umfangene Zuschauer überaus fesselnd, zu betrachten, welche merkwürdigen Auslegungen die von der Entente so pathetisch anerkannte „Freiheit der Meere“ innerhalb dieses auseinanderstrebenden Verbandes unterworfen ist — ganz abgesehen von England...

12. / VIII. 1917

166

Die Demission Hendersons angenommen.

L. London, 11. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) „Pall-Mall Gazette“ erfährt, daß Henderson dem Premierminister seine Entlassung angeboten und dieser sie angenommen habe.

L. London, 11. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Rücktritt Hendersons wird amtlich bestätigt.

12./VIII. 1917

**Das Rücktrittsangebot des Präsidenten der
französischen Republik.
Eine Schweizer Meldung.**

A. Bern, 11. August. Das „Berner Tagblatt“ meldet: Wie wir aus Paris erfahren, teilte Präsident Poincaré dem Ministerpräsidenten Ribot mit, er beabsichtige zu demissionieren.

Ministerpräsident Ribot habe nach Befragung seiner Ministerkollegen den Präsidenten gebeten, die Angelegenheit bis zum Zusammentritt der Kammer zu vertagen.

13. VIII. 1914

Die Mitteilungen Gerards über die Vorgeschichte des Krieges.

Ähnliche deutsche Dementierung des Kaiser-Telegramms an Wilson.

Berlin, 13. August.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Londoner „Daily Telegraph“ veröffentlicht aus den Memoiren des früheren amerikanischen Botschafters Gerard ein Telegramm, das der Kaiser am 10. August 1914 an den Präsidenten Wilson gerichtet haben soll und worin die Vorgeschichte der Beteiligung Englands am gegenwärtigen Kriege dargelegt wird. Wir sind demgegenüber in der Lage, festzustellen, daß ein derartiges Telegramm des Kaisers nicht existiert. Wichtig ist, daß Gerard am 10. August 1914 eine Audienz gewährt wurde, um ihm Gelegenheit zu geben, dem Kaiser ein Vermittlungsangebot Wilsons zu unterbreiten. Die persönliche Botschaft des Präsidenten an den Kaiser lautete:

„Als offizielles Haupt einer der Mächte, die das Haager Abkommen unterzeichnet haben, fühle ich, daß es gemäß Artikel 3 des genannten Abkommens mein Recht und meine Pflicht ist, Ihnen im Geiste wahrhaftester Freundschaft zu erklären, daß ich jede Gelegenheit begrüßen würde, im Interesse des europäischen Friedens zu handeln, sei es jetzt oder zu irgendeiner anderen Zeit, die besser geeignet wäre, um Ihnen und allen Beteiligten Dienste zu erweisen, die mir zur Befriedigung und Freude gereichen würden.“

Dieser Vorschlag erfolgte hienach zu einer Zeit, wo die beiderseitigen Heere bereits die Grenzen überschritten hatten, und es ausgeschlossen erschien, den Ereignissen noch Halt zu gebieten. Der Kaiser konnte also Wilson nur seinen Dank für dessen Anerbieten übermitteln lassen und dazu bemerken, daß es im gegenwärtigen Augenblick wohl noch zu früh zu einer Vermittlung neutraler Mächte sei, daß aber später auf Wilsons freundlichen Vorschlag zurückgegriffen werden könne. Der Kaiser unterhielt sich dann noch einige Zeit mit dem amerikanischen Botschafter und setzte ihm die Vorgänge auseinander, die zum Ausbruch des Krieges geführt hatten. Insbesondere wies der Kaiser auf die zweideutige und illoyale Haltung Englands hin, welche die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich zunichte gemacht hatte.

Die Ausführungen Gerards in seinen Memoiren scheinen eine Wiedergabe dieses Gespräches zu sein. Wenn die Presse der feindlichen Länder darin Enthüllungen sieht, so zeigt das nur, daß sie das deutsche Weißbuch nicht kennt, das im wesentlichen dieselben Vorgänge schildert. Möglicherweise hat der Kaiser während des Gesprächs Notizen

für den Botschafter aufgeschrieben, damit dieser nicht etwas Falsches nach Washington melde. In diesem Falle würde es sich also um eine zur Unterstützung des Gedächtnisses Gerards bestimmte Aufzeichnung, nicht aber um eine Mitteilung des Kaisers an Wilson handeln.

13./VIII. 1917

Lebhafte Klagen Lloyd-Georges gegen Henderson.

London, 12. August.

Reuter meldet: Der auf den Rücktritt Henderson bezügliche Briefwechsel zwischen Lloyd-George und Henderson wird veröffentlicht.

Henderson schrieb am 11. August, als er seinen Rücktritt anbot, an Lloyd-George: Ich teile Ihren Wunsch, den Krieg bis zu einem erfolgreichen Ende durchzuführen.

Lloyd-George erwiderte, daß der König das Rücktrittsgesuch angenommen habe, und fuhr dann fort: Meine Amtsgenossen und ich nehmen mit Genugtuung die Versicherung entgegen, daß auch Sie unverändert wünschen, uns bei der Durchführung des Krieges bis zum erfolgreichen Abschluß zu unterstützen. Allerdings bestehen gewisse Tatsachen, über die die Öffentlichkeit zu unterrichten wesentlich wäre, damit sie eine gerechte Würdigung der Ereignisse bieten, die zu diesem bedauerlichen Abschluß geführt haben.

Ersichtlich wurden Ihre Amtsgenossen vollständig überrascht durch die Haltung, die Sie bei der Arbeiterkonferenz gestern nachmittag eingenommen haben. Wie Sie wissen, standen Sie angesichts der Zeitumstände der Stockholmer Konferenz einmütig ablehnend gegenüber. Sie selbst erklärten sich vor einigen Tagen bereit, einer Veröffentlichung in diesem Sinne zuzustimmen. Auf Ihre Anregung indessen und diejenige Ihrer Arbeiterkollegen wurde beschlossen, jede solche Ankündigung bis nach der gestrigen Konferenz zu verschieben. Ich stand nach wiederholten Besprechungen mit Ihnen unter dem Eindruck, daß Sie beabsichtigen, Ihren Einfluß gegen das Zusammentreffen mit den feindlichen Vertretern in Stockholm geltend zu machen. Was sich in Rußland während der letzten Wochen ereignete, beeinflusste die Stellung gegenüber der Konferenz wesentlich. Sie selbst gaben mir zu, daß, was auch immer nach Ihrer Meinung vor vierzehn Tagen der Grund für die Vertreter aus den alliierten Ländern gewesen sein mochte, einer solchen Konferenz beizuwohnen, die Ereignisse der letzten Tage Ihnen die Torheit eines solchen Verfahrens zeigten. Das war deutlich und das, was Sie mich glauben machten, war auch der Eindruck, der bei Ihren Amtsgenossen im Kabinett und Ihren Arbeiterkollegen im Ministerium zurückblieb.

Es war daher keine kleine Überraschung, als ich Ihren Brief von gestern nachmittag erhielt, der betagte, Sie müßten mich in Kenntnis setzen, daß Sie nach sorgfältigster Erwägung zu dem Schluß gekommen seien, Sie könnten keinen anderen Weg einschlagen, als bei dem Rat

zu beharren, den Sie einen Tag nach Ihrer Rückkehr aus Rußland gegeben haben. Sicherlich, dies war ein Entschluß, von dem Sie das Kabinett hätten unterrichten sollen, bevor Sie zur Konferenz gingen. Als Sie auf dieser Konferenz sprachen, waren Sie nicht lediglich Mitglied der Arbeiterpartei, sondern Mitglied des für die Kriegführung verantwortlichen Kabinetts. Gleichwohl hielten Sie es nicht für nötig, die Konferenz von der Auffassung Ihrer Kollegen in Kenntnis zu setzen. Die Abgeordneten waren dementsprechend zu der Annahme berechtigt, der Rat, den Sie gaben, wäre mit der Ansicht Ihrer Ministerkollegen nicht unvereinbar.

Der zweite Punkt ist folgender: Gestern früh erhielten wir von der russischen Regierung eine sehr wichtige Mitteilung, wodurch wir unterrichtet wurden, daß, obwohl es die russische Regierung nicht für möglich erachte, die russischen Abgeordneten von der Teilnahme an der Stockholmer Konferenz abzuhalten, sie diese als Partei-sache und ihre Entscheidung als in keiner Weise bindend für die Freiheit der Regierung betrachte. Und weiter, der Brief, der diese Mitteilung begleitete, enthielt diese Worte: Ich eile, Ihnen diese Mitteilung vorzulegen, da ich fürchte, der bisher vorherrschende Eindruck sei gewesen, daß mit den Worten eines der Londoner Blätter „Rußland die Stockholmer Konferenz eifrig wünschte“, und dieses Argument sei vorgeschoben worden um die britische öffentliche Meinung zugunsten der Teilnahme der sozialistischen Arbeiterparteien Englands an der Konferenz zu beeinflussen.

Sofort nach Empfang dieser Ankündigung übersandte ich sie Ihnen mit der Bitte, Sie möchten sie der Konferenz mitteilen. Sie unterließen das. Zwar machten Sie im Verlaufe Ihrer Rede eine sehr unbestimmte Hinweisung auf eine „gewisse Änderung“ in der Haltung der russischen Regierung. Aber es ist ein deutlicher Unterschied zwischen der Wirkung, die notwendigerweise auf jede Zuhörerschaft durch eine unbestimmte Angabe dieser Art hervorgerufen werden mußte, und der Mitteilung einer amtlichen Benachrichtigung, die zeigt, daß die Haltung der russischen Regierung gegenüber Stockholm ganz verschieden war von der, die man vermutete. Unter diesen Umständen scheint Ihr Vorgehen nicht fair gewesen zu sein, weder gegenüber der Regierung noch gegenüber den Vertretern, an die Sie sich wandten. Sie wurden in Unkenntnis einer wesentlichen Tatsache gelassen, die ihr Urteil hätte beeinflussen müssen.

In Erwiderung an Lloyd-George sprach Henderson sich gegen die Möglichkeit aus, daß seine Haltung auf der Konferenz zum Gegenstand eines Streites oder Tadels gemacht werde. Er könne die Öffentlichkeit nur bitten, ihr Urteil aufzuschieben, bis sie die Tatsachen kenne. Wenn in diesem kritischen Zeitpunkt irgendeine Mitteilung über seine Stellung gemacht werden müßte, würde sie an geeigneter Stelle, nämlich im Unterhause, gemacht werden. Auch dann würde sein Verhalten sich dadurch beeinflussen lassen, wie es die Interessen der Nation bei der erfolgreichen Fortsetzung des Krieges berühren würde.

13./VIII. 1917

Vollständige Sperre der franzö- sischen Grenze.

B. Bern, 11. August. (Meldung der Schweizerischen
Depeſchenagentur. — Verſpätet eingelangt.) Die franzö-
ſiſche Grenze wird heute Samstag, Mitternacht,
vollständig geſperrt.

13. VIII. 1917

Die politische Krise in Frankreich.

Unruhen in Paris. — Weitere Maßnahmen der Regierung.

Zürich, 13. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt.“) Zur Stunde liegen keine ergänzenden Meldungen über die Präsidentschaftskrise in Frankreich vor.

Nur soviel ist bekannt, daß seit Donnerstag ernste Unruhen in Paris

stattfanden und daß die Menge zum Elysé zog, wo sie stürmische Kundgebungen gegen Poincaré veranstaltete und vom Militär zerstreut wurde.

Was der unmittelbare Anlaß zu diesen Manifestationen war, steht noch nicht fest, zumal die Grenze gegen die Schweiz gesperrt und die Ausfuhr der Blätter verboten wurde.

In einem außerordentlichen Ministerrat habe sodann Poincaré seine Absicht kundgegeben, seine Demission anzubieten.

Die Kammer werde sich angesichts dieser Ereignisse früher versammeln und in geheimer Sitzung über das Anbot des Präsidenten entscheiden.

Sollte der Rücktritt Poincarés tatsächlich erfolgen, so werde sofort in Versailles die Nationalversammlung zusammentreten und den neuen Präsidenten wählen.

Die Anhänger Poincarés seien von seiner Wiederwahl überzeugt, zumal die Alliierten auf Frankreich einen starken Druck in dieser Richtung ausüben dürften.

Wie verlautet, ist die Stimmung in Frankreich auf das äußerste erregt.

Mehrere Blätter seien eingestellt, zahlreiche Personen, darunter solche von politischem Ruf, verhaftet worden.

15. VIII. 1917

Eine Rede Giolittis.

Tugano, 14. August. Giolitti hielt anlässlich seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden des Provinzialrates in Cuneo eine Rede, worin er zunächst die Vaterlandsliebe des Heeres und des Volkes rühmte, die beide harte Opfer bringen, schwere Verluste tragen und den ungeheuren Schwierigkeiten, welche Natur und militärische Kunst an der Grenze angehäuft haben, sowie den alle Voraussicht übertreffenden Nöten im Lande geduldig trohen. Der Krieg sei, wie Englands Premierminister richtig sagte, die schwerste Katastrophe nach der Sintflut. Logischerweise suchen also die Völker zu erreichen, daß sich eine solche Katastrophe nicht wiederhole, und Verhältnisse zu schaffen, die diesen Krieg sicher zum Letzten machen sollen. Die Staatsmänner werden aber bei dem Versuch, endgültig dem Frieden die Herrschaft in der Welt zu sichern, großen Hindernissen an Interessen, Leidenschaften und Vorurteilen aller Art begegnen. Ein großer Schritt würde getan werden, wenn auf der Grundlage des Rationalitätenprinzips allen Völkern das Recht zuerkannt würde, sich die Regierung zu wählen, die sie haben wollen, und wenn in allen Ländern so freie innere Einrichtungen geschaffen würden, daß lediglich der gesetzmäßig ausgedrückte Wille der Völker die Linie des Verhaltens der Regierungen bestimmte. Italien werde sicherlich dafür im Völkerrat wirksam eintreten. Möge der Friede die Befriedigung der Wünsche der Italiener bringen und ihnen erlauben, alsbald an die Lösung jenes Problems heranzutreten, dann werde das Werk des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaues, der allen Völkern Sorge macht, unternommen werden können, im besonderen in Italien die Wiederaufrichtung der Landwirtschaft, die Herstellung der Handelsflotte, die Ausnützung aller Betriebs-

kräfte und Sicherung der Arbeitsgelegenheit für die Arbeiterklassen.

Diese Aufgabe praktisch zu umschreiben, sagte Giolitti, dazu fehlen jetzt noch zu viele Daten und die erforderliche Geistesklarheit, weil alle Geisteskräfte dem obersten Ziele zugewendet sind, den Sieg zu sichern. Es wäre eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß die Führung der auswärtigen Politik auf der Grundlage geheimer Verträge und der sozialen und der wirtschaftlichen Politik, so wie sie in der Periode vor dem Krieg war, wieder aufgenommen werden könne. Jene Periode sei endgültig abgeschlossen. Der Krieg habe die Notwendigkeit tiefgreifender Veränderungen in der Führung der auswärtigen Politik erwiesen. Wenn die Millionen Arbeiter von Stadt und Land, der mannhafteste Volksteil, nach dem heldenhaft ertragenen gemeinsamen Leiden fürs Vaterland in ihre armseligen Häuser zurückkehren, werden sie das Bewußtsein ihres Rechtes mitbringen und Einrichtungen von größerer sozialer Gerechtigkeit beanspruchen, die das dankbare Vaterland ihnen nicht wird versagen können. Hoffentlich haben dann die leitenden Stände Sinn für Gerechtigkeit und menschliche Gemeinschaft, so daß die Umgestaltungen ohne schwere Erschütterungen und ohne Schädigung des Staatsgefüges erfolgen können.

Was Sonnino „erreichte“.

Tugano, 13. August. Sonnino hatte auf der Rückreise von London nach Rom in Oberitalien eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Boselli, der dort etwa zehntägige Ferien verbringt, und erstattete dem König im Hauptquartier Bericht. Wie der Deputierte Devione erzählt, der aus London an die „Gazetta del Popolo“ berichtet, erreichte Sonnino ein Einvernehmen mit der englischen Regierung wegen Einräumung einer italienischen Einflusssphäre in Kleinasien, das unter Belassung der türkischen Souveränität in italienische, französische und englische Einflusssphären geteilt werden soll. Auch die Unterstützungen mit Kriegsmaterial habe Sonnino nachgesucht und zugestanden bekommen.

Eine Konferenz der Neutralen.

Bern, 14. August. Zu der durch die Presse gehenden Meldung, daß die schwedische Regierung die neutralen Staaten zu einer Ministerberatung nach Stockholm eingeladen habe, erfährt der Schweizer Prektelegraph, daß die Regierung Schwedens tatsächlich eine solche Konferenz vorbereitet. Der Schweizer Bundesrat hat in dieser Angelegenheit noch keinen Beschluß gefaßt.

Ein Friedensvorschlag des Papstes.

Wien, am 15. August.

Nach übereinstimmenden Meldungen, die von verschiedenen Seiten aus dem Auslande kommen, hat Papst Benedikt XV. an die Regierungen der kriegsführenden und neutralen Staaten eine Note gerichtet, die der Anbahnung des Weltfriedens zu dienen bestimmt ist.

In der Wiener päpstlichen Nunziatur und bei unserem Auswärtigen Amte ist bis zur Stunde amtlich nichts bekannt und die Note nicht eingetroffen. Auch der Berliner Regierung liegt noch kein Aktenstück vor. Dennoch erscheint es glaubwürdig, daß ein diplomatischer Schritt des Papstes im Dienste der Friedensidee erfolgt ist; schon vor Monatsfrist hatte verlautet, daß um die Wende des dritten Kriegsjahres der Papst neuerliche Bemühungen unternehmen werde, dem Weltbrande, der zu einer Katastrophe der christlichen Zivilisation zu werden droht, durch eine Friedensvermittlung ein Ende zu setzen.

Ein heiliges Amt beruft den Papst zur Erfüllung der Sendung, zwischen den ringenden Völkern als Mittler, als Anwalt der Versöhnlichkeit, der Liebe, der höchsten geistigen Besitztümer der Menschheit zu stehen. Zahlreich sind die Wunden, die durch ihn geschlossen wurden, die Liebestaten, durch die er Gefangene, Invalide beglückte. Sein Gedanke war es, daß die große Weltdemokratie der katholischen Kirche, die über Zeit und Reiche ragend, die erhabenste geistige Macht der Erde darstellt, sich mit dem größten Staatswesen der neutralen Welt, der Union, vereinige, um durch diesen majestätischen Zusammenschluß geistiger und weltlicher Autorität dem Frieden des Erdkreises zu dienen. Es hat die spätere Rolle Wilsons enthüllt, warum dieser Plan eines großherzigen Staatsmannes auf dem hohenpriesterlichen Throne zu nichts wurde. Auch diesmal sind die Schwierigkeiten, die Papst Benedikt XV. zu erwarten hat, außerordentlich groß. Eine Stockholmer Sozialistenkonferenz ist denjenigen, die heute noch im Verhandlungslager die Fortsetzung des Krieges für ihre gewalttätigen Zerstörungen und Eroberungen begehren, ein harmloserer Widersacher als das Haupt der katholischen Weltkirche und dennoch sind die Regierungen dieser Staaten mit strengen Verboten gegen die Beschädigung dieser Stockholmer Debatten vorgegangen. Dabei saßen und sitzen zum Teil noch in der englischen, französischen und italienischen Regierung sozialistische Minister, die Vertreter der Anschauungen und Wünsche ihrer sozialistischen Freunde sein konnten, während der Papst in diesen Regierungen niemanden hat, der ein Anwalt seiner Friedensaktion sein könnte. Vor allem aber: Dieser Krieg hat sich immer deutlicher als ein Freimaurerkrieg gegen die beiden christlichen Kaisermächte und ihre Freunde herausgestellt, als eine Zettelung jener jüdisch-kapitalistischen Verschwörergesellschaft, die von Haß gegen christliche Einrichtungen und das Königtum getrieben, ebenso bei der Anstiftung des italienischen Treubruches, wie bei dem Kriegseintritt der Union und Brasiliens

offen sich zeigte und bei dem längst in Frankreich abgehaltenen Freimaurerkongreß der alliierten Länder neuerlich als der eigentliche Inspirator und Träger des gegen die Mittelmächte gerichteten Vernichtungsgedankens sich bekannte. Jede Friedensaktion des Vatikans wird von diesen Mächten schon deshalb, weil sie aus dem päpstlichen Rom kommt, behindert und behindert werden. In England ist Lord Northcliffe der publizistische Führer dieser Kräfte und wie er noch jedesmal sich zum Schrittmacher und Vertreter freimaurerischer Vernichtungspolitik gegen die Mittelstaaten machte, ebenso kommt auch jetzt bezeichnenderweise der erste Protest gegen den Friedensvorschlag des Papstes aus seinem Blatte, das die vatikanische Note für die Verbandsmächte als aussichtslos bezeichnet.

Die Einzelheiten des vatikanischen Vorschlages sind hier noch nicht bekannt; was darüber verlautet, ist noch unverbürgt und deshalb keine geeignete Grundlage für eine ernste Betrachtung des wichtigen Aktes der päpstlichen Kurie. Aber es ist wahrscheinlich, daß, wie immer der Vorschlag lauten möge, im Lager der Gegner alles zurückgewiesen wird, was in diesem Vorschlage der Verständigung und der ausgleichenden Gerechtigkeit dienen soll. Diejenigen, die zur Stunde drüben noch die Macht haben, wollen die absolute Demütigung und Zerkleinerung der Mittelmächte.

Wie weit dennoch der Vorschlag des Papstes festen Boden finden kann, wird zu ermitteln sein, sobald sein authentischer Wortlaut vorliegt.

16. VIII. 1918

Der Papstfrieden.

Der Papst hat an die Mächte eine Note gerichtet, in der er sie auffordert, den Weltkrieg zu beenden und einen Frieden auf dem Boden des Rechtes, nicht der Gewalt zu schließen. Die Note ist noch nicht in ihrem Wortlaute veröffentlicht worden; die Presse der Entente scheint ihn aber bereits zu kennen; denn sie nimmt schon Stellung zu dem Vorgehen des Papstes und erörtert die in jener Note angeblich aufgestellten Friedensbedingungen. Danach betrachte der Papst als Vorbedingung eines Friedens die Wiederherstellung Belgiens, die Räumung Nordfrankreichs und Belgiens durch die deutschen Truppen und den von allen kriegsführenden Parteien ausgesprochenen Verzicht auf jede Kriegsentschädigung. Deutschland sollten dafür die Kolonien zurückerstattet werden. Die Aufrichtung des Königreichs Polen, die Frage des unerlösten Italiens, die armenische Frage und die Ansprüche auf Elsaß-Lothringen sollen im verständlichen Sinne behandelt werden. Das Ziel des Friedens soll die Abschaffung der stehenden Heere, die Errichtung internationaler Schiedsgerichte und die Freiheit der Meere sein.

Wie italienische Blätter versichern, habe man im Vatikan großes Vertrauen, daß die diesmalige, sehr sorgfältig vorbereitete Friedensaktion des Papstes ihr Ziel erreiche, da Benedikt XV. ein viel zu gewiegter Diplomat sei, um einen so bedeutungsvollen Schritt zu unternehmen, bevor er den Boden genau untersucht habe. Merkwürdigerweise ist auch die Aufnahme der päpstlichen Note in der Ententepresse, wenn auch vorwiegend ablehnend, so doch nicht unendlich. Die italienischen Pressstimmen lauten sogar fast zustimmend. Bezeichnend ist auch, daß der Papst die Note an die Ententemächte durch den englischen Botschafter in Rom übermitteln ließ, der sicherlich das Amt des Briessträgers abgelehnt hätte, wenn die Note Vorschläge enthalte hätte, die der englischen Auffassung der Beendigung des Weltkrieges allzusehr widersprochen hätten. Auch darf daran erinnert werden, daß Giolitti, der seine Beziehungen zum Vatikan nie abgebrochen hat, erst dieser Tage eine Rede hielt, die sich ungefähr in denselben Gedankengängen tummelte, wie sie von der Ententepresse der päpstlichen Botschaft zugewiesen werden. Italien ist nicht nur kriegsmüde, sondern kriegsunfähig und braucht, wie Giolitti betonte, schleunigst Frieden. Wenn es ihn mit einem Landzuwachs erhalten könnte, mit der „Befreiung“ Trients und Triests, so würde es ein verfehltes Abenteuer mit dem Scheine des Sieges abschließen. Kein Wunder, daß das vorwiegend italienische Kardinalskollegium dem päpstlichen Schreiben zugestimmt hat, wie italienische Blätter versichern.

Reiben nur die Mittelmächte, für die der päpstliche Friede, wenn er sich auf den obigen Bedingungen aufbaute, genau so verderblich und in mancher Beziehung noch verderblicher wäre, als der Scheidemann- oder Wilsonfriede. Elsaß-Lothringen ist für uns, deren Heere im vierten Jahre siegreich im Feindeslande stehen, keine Frage. Seine Zugehörigkeit zum Reiche ist eine unzerstörbare, unanfechtbare Tatsache, über die das ganze deutsche Volk einer Meinung ist. Auch die Sozialdemokraten haben niemals die Möglichkeit eines Verzichtes auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen. Die Wiederherstellung Belgiens entspräche dem englisch-französischen Diktate, das wir aber nur respektieren müßten, wenn wir geschlagen wären. Sie wäre das Siegel auf unsere Niederlage und käme einer Tributzahlung gleich. Die Rückgabe unserer Kolonien ist eine Forderung ohne Wirklichkeitswert, da deren Zurückholung nur bei einem siegreichen Frieden und dann nicht vollständig durchzusetzen wäre. Zudem haben die Kolonien nur Wert bei einem starken gefesteten Heimlande und bei wirklicher Freiheit der Meere. Die in Aussicht gestellte Freiheit der Meere wäre aber eine Phrase, da uns die Mittel fehlten, ihrer Verletzung zu begegnen. Abschaffung der stehenden Heere einem Staate in unserer geographischen Lage, umringt von Feinden, umspült von dem jahrelang aufgepeitschten Hasse der Völker, anzuraten, heißt ihn zum Selbstmorde einzuladen.

Wir wollen die Note abwarten, ehe wir sie beurteilen. Es ist aber zu fürchten, daß ihr Wortlaut den Mitteilungen der Ententepresse entspricht. Dann hätte der Papst eine Aktion unternommen, die von den Mittelmächten abgelehnt werden müßte, die aber in ihrer Einwirkung auf das katholische Oesterreich und seinen dem Papste völlig ergebenen Hofe und in ihrer Beeinflussung der Katholiken Deutschlands höchst bedauerlich und gefährlich wäre. Er hätte dann die hohe Warte des unparteiischen Friedensstifters verlassen und wäre in das Kriegstreiben mit deutlicher Parteinahme für unsere Feinde herabgestiegen. Nichts kann, wie

heute selbst die „Köln. Volksztg.“ ausführt, dem Papste, seinem Einfluß und dem Erfolge seiner Friedensbemühungen nachteiliger sein, als wenn er von einer der kriegsführenden Mächte für eine politische Aktion in Anspruch genommen wird. Wenn die Friedensnote so lautet, wie behauptet wird, kann aber die Entente den Papst mit Fug und Recht als ihren Parteigänger und Siegeshelfer in Anspruch nehmen. Für das deutsche Volk, seinen katholischen wie seinen protestantischen Teil, handelt es sich um unser Dasein und unsere Zukunft. Die Feinde haben alle unsere Friedensbemühungen mit Hohn abgelehnt, noch in dieser Woche auch die Stockholmer Konferenz unmöglich gemacht, so daß selbst der „Vorwärts“ einräumt, daß es in diesem Augenblicke nur eine Möglichkeit gibt: Uns unserer Haut zu wehren. Wir möchten noch nicht glauben, daß der Papst in diesem Augenblicke unsere Feinde moralisch kräftigt und unsere Stimmung verwirrt; aber wir sehen der Veröffentlichung der päpstlichen Friedensnote mit Besorgnis entgegen.

H. A.

16. VIII. 1917

183

Dr. Smeral und die Tschechen.

Wien, 15. Aug. (Priv. Tel.) Eine unerquälliche Affäre, die eigentlich nur die Tschechen angeht, macht jetzt auch in der Wiener politischen Welt von sich reden. Das ist der Verleumdungsfeldzug gegen den tschechischen Sozialistenführer Dr. Smeral, den seine radikalen Gegner rundweg beschuldigen, ein Polizeikonfident zu sein. Von allen Politikern, die Dr. Smeral kennen, glaubt auch nicht ein einziger an diese Beschuldigung, und er selbst sowohl wie sein Parteigenosse Dr. Soukup weisen in dem Parteiorgan „Pravo Lidu“ diese Angriffe in würdiger Form zurück. Das Ueble ist, daß auch die tschechischen Politiker, die diese Verdächtigungen in die Welt setzten, selbst nicht daran glauben, sondern daß sie sie nur als nie versagendes Mittel einsetzten, einen ihnen unbequemen Politiker unschädlich zu machen. In der zum größten Teil auch durch die Praktiken des Polizeistaates vergifteten Prager Atmosphäre wird aber nichts leichter geglaubt als die Verleumdung. Dr. Smeral ist den Radikalen ein Dorn im Auge, weil er kein blinder fanatischer Nationalist, sondern ein vernünftiger Patriot ist, der seinem Volk die nüchterne Wahrheit sagt, daß es nur in Oesterreich eine Existenz haben kann und daß es mit den Deutschen irgendwie zu einer Verständigung kommen muß. Er ist also, so könnte man sagen, nicht „russisch“, sondern „deutsch“ orientiert. Zur Entschuldigung der Tschechen könnte vielleicht gesagt werden, daß der Polizeistaat sich an dem tschechischen Volk und insbesondere an seinen Intellektuellen schwer versündigt hat. Die tschechische Verzögerungspolitik konnte man natürlich nicht dulden, aber die Art ihrer Bekämpfung war und ist vormärzlich. Sie beruht vor allem auf einem Spitzelsystem. Es wird Jahrzehnte dauern, bis den radikalen Elementen des tschechischen Volkes der Abscheu gegen diese Art der politischen Bekämpfung wieder aus dem Blute gezogen sein wird. Inzwischen können die Deutschen nichts anderes tun, als dem Abg. Dr. Smeral die Ehren erweisen, die ihm seine Volksgenossen enthalten. Das geschieht nun, indem sich die deutsche Presse seiner annimmt und seine Sache zu einer der allgemeinen Menschlichkeit und Gerechtigkeit macht.

17./VIII. 1917

Die Friedensnote des Papstes.

Das päpstliche Schreiben in Berlin.

Br. Berlin, 16. August. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der Brief des Papstes ist gestern in die Hände des Kaisers und des Reichskanzlers gelangt. Das Schreiben des Papstes kann vorläufig solange nicht veröffentlicht werden, als der „Observatore Romano“ nicht den offiziellen Text mitteilt. Ueber den

Inhalt der Note

kann folgendes mitgeteilt werden:

Der Papst richtet einen beweglichen Appell an die Staatsoberhäupter und durch diese an die Regierungen, dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten und in Friedensverhandlungen einzutreten.

Bestimmte Bedingungen.

Im Gegensatz zu früheren Vermittlungsversuchen hat es der Papst diesmal für richtig gehalten, bestimmte Bedingungen zu empfehlen, die als Grundlage für die Friedensverhandlungen zwischen den Regierungen dienen und die diese nach Belieben kritisieren und vervollständigen sollen. Als Grundsatz wird die Vorherrschaft des Rechtes über die Waffengewalt aufgestellt.

Freiheit der Meere. — Keine Kriegsschädigungen.

Es wird empfohlen, ein Uebereinkommen über Schiedsgerichte unter gleichzeitigem Abhaup der Rüstungen zu schließen. Es wird ferner empfohlen, die wahre Freiheit der Meere, der Fortfall eines materiellen Erfahes der Kriegsschäden und der Kriegskosten, allgemeine Rückgabe des besetzten Gebietes, d. h. also für Deutschland völlige Räumung Belgiens und der besetzten französischen Gebiete, andererseits Rückgabe der deutschen Kolonien. Bezüglich Elsaß-Lothringen und der von Italien angestrebten österreichisch-ungarischen Gebiete ist es nicht richtig, wie es in der feindlichen Presse behauptet wird, daß der Papst auch darüber genau festgelegte Bedingungen empfiehlt.

Die territorialen Aspirationen.

Er spricht vielmehr nur bezüglich der sonstigen deutsch-französischen und österreichisch-italienischen territorialen Fragen die allgemeine Erwartung aus, daß es gelingen möge, die Sonderinteressen der einzelnen Nationen mit dem Gesamtwohl der menschlichen Gesellschaft zu vereinigen.

Schließlich gibt der Papst der Hoffnung Ausdruck, daß auch alle sonstigen territorialen Fragen, besonders die der Ukraine, der Balkanstaaten und Polens, deren sich der Papst besonders warm annimmt, einer versöhnlichen Lösung zugeführt werden mögen.

Nach einem Telegramm der „Bosnischen Zeitung“ aus Zürich versichern dem Vatikan nahestehende Kreise, die Fassung der Note beweise, daß die Tendenzen der Kriegführenden einander nicht mehr diametral entgegenstehen. Verschiedene neutrale Staaten erhoben dringende Vorstellungen beim Papste zugunsten einer Intervention. Vor Absendung der Note hat der Papst die Kriegführenden Staaten über seine Absicht informiert.

Die Friedensnote des Papstes.

Eine offiziöse vatikanische Erläuterung.

Zum dritten Male seit Kriegsbeginn tritt der Papst an die Öffentlichkeit, um Friedensmahnungen an die Völker zu richten. Das erstmal war es eine rührende Klage des Statthalters Christi gleich jener des Jeremias über den Trümmern Jerusalems, ein Aufruf an die Völker, sich wieder der Grundsätze der christlichen Bruder- und Völkerliebe zu erinnern; das zweitemal erklärte der Papst, daß, nachdem ein rascher Sieg das Kriegsglück nicht zu entscheiden scheine, der Augenblick gekommen sei, bei Fortgang der Waffenhandlungen sich an den Beratungstisch zur Besprechung und Abwägung der gegenseitigen Forderungen zu setzen. Das dritte Mal macht jetzt Benedikt XV. einige konkrete Vorschläge, nachdem die Friedenssehnsucht aller Völker ein geneigtes Ohr auch für diese eingehenden, sachgemäßen Besprechungen zu versprechen scheint.

Bis heute abend ist der Text der Note bei den zuständigen diplomatischen Vertretungen des Apostolischen Stuhles bei den Mittelmächten und bei deren Regierungen selbst noch nicht eingetroffen. Die erste Nachricht von der päpstlichen Friedensnote stammt aus der denkbar trübsten Quelle, aus dem freimaurerischen Kriegsblatt „Messagero“, dann kam die englische Reuter-Meldung und jene der „Times“. Diese Stimmen aus dem Vierverband drängten naturgemäß in den Vordergrund angebliche Worte der Note von der Wiederherstellung von Belgien, Serbien, Rumänien, Montenegro, von der notwendigen Verhandlung über Polen und Armenien, über Elsaß-Lothringen, Orient und Triest. Es war klar, daß mit diesen Aufstellungen der ganze Gedankengang und geistige Aufbau der Friedensnote zerstört und in das Gegenteil verkehrt werden sollte. Daß die Verbandspresse selbst diese ihre Berichte über den Inhalt der päpstlichen Friedenskundgebung nicht ernst nahm, zeigt die ablehnende Haltung, welche diese Presse durchwegs gegenüber dem päpstlichen Vorschlag als gegenüber einem den siegreichen Mittelmächten günstigen Dokument einnimmt. Ueber die ablehnende Haltung Englands liegen jetzt bereits zahlreichere Zeugnisse vor. Die Londoner „Morning Post“ sagt, daß das Angebot des Papstes fordert, daß die Kriegführenden den Krieg beenden und mit leeren Taschen heimkehren. Dazu werde der Verband aber nicht bereit sein. „Daily Mail“ bezeichnet gleichfalls die päpstliche Note als unannehmbar.

Von hervorragender kirchlicher Seite werden wir angesichts dieses Zwiespaltes der Nachrichten aufmerksam gemacht auf die Richtlinien jener Neutralität, die bisher die Kundgebungen des Papstes gekennzeichnet haben. Wie peinlich Benedikt XV. darüber machte, daß keine seiner Erklärungen zum Stichwort der Erörterung jener Fragen werde, die den Gegenstand des Streites beider Parteien bilden. Es muß daher schon jetzt, bevor noch der Inhalt der Note vorliegt, als gänzlich ausgeschlossen erscheinen, daß diese Friedenskundgebung das Ziel habe, eine den beiden Parteien schmerzlich klingende Namen in den Vordergrund der zu eröffnenden Diskussion zu stellen. Ganz anders wird uns aber der Inhalt dieses neuesten Friedensrufes des Oberhauptes der Weltkirche verständlich, wenn wir annehmen, daß Benedikt XV. die Grundsätze aufstellen will, die zu einer praktischen Lösung jener Fragen führen kann, die bisher ein ständiger Keim des Konfliktes zwischen den Völkern gewesen sind. Und in dieser Richtung können im Augenblick, wo es zu konkreten Vorschlägen

Unsere Fortschritte in der Moldau.

Kriegspressquartier, 16. August.

Das westliche Serethufer bis östlich Marafesti ist vom Feinde gesäubert. Unter den 54 Offizieren, die gestern nebst 3500 Gefangenen eingebracht wurden, befanden sich zwei Regimentskommandanten und ein französischer Major. Vergebens suchte der Feind unsere Linien bei Straoani-Serbesti zu durchbrechen, wobei ihn seine zahlreiche Artillerie unterstützte. Bei Panciu fielen Verbündeten ein Truppenlager mit viel Gerät in die Hände. Der beiderseits des Susitatales zurückgehende Feind stellte sich wieder östlich Soveja. Bei der Eroberung des Resboiuluiberges fielen uns außer Gefangenen auch drei Maschinengewehre in die Hände.

Berlin, 16. August. (Wolf.)

An der Ostfront spielen sich lediglich in der südwestlichen Moldau Kämpfe von Bedeutung ab. Zur Sicherung des Abzuges der Armee Uverescu leisteten die Russen und Rumänen auf den Höhen östlich und nordöstlich von Soveja erbitterten Widerstand. Nördlich davon wurden jedoch die beherrschenden Höhen des Mt. Resboui gehalten. Zwischen Putna und Susita ist bereits Necaste erreicht. Inzwischen drängen die Verbündeten von Süden her weiter vor. Auch auf dem westlichen Serethufer geht der Angriff weiter. Bei Panciu wurde das eilig verlassene Lager einer Division mit unzähligen Kriegsmaterial und großen Mengen an Munition erbeutet.

Russischer Bericht.

Kriegspressquartier, 15. August.

Der russische Generalstabsbericht vom 13. d. meldet: Westfront. Gewehrfeuer und Erdtündungen von Aufklärern.

Rumänische Front. In der Gegend nordwestlich von Schipot begann der Feind nach Artillerievorbereitung unsere Stellungen anzugreifen. Der Kampf dauerte mit wechselndem Erfolg an. In der Gegend von Dena-Groscsi während des ganzen Tages heftiger Kampf. Gegen Abend griffen die rumänischen Truppen, von unseren unterstützt, den Feind an und vertrieben ihn von einer Reihe von Höhen und setzten die Vorrückung fort. Gegenangriffe des Feindes im Slanictal wurden zurückgewiesen. Im Laufe des Tages nahmen wir mehr als 500 Mann gefangen und erbeuteten 4 Maschinengewehre. In der Richtung auf Focsani führen die Deutschen im Laufe des 12. d. fort, hartnäckige Angriffe westlich der Eisenbahnlinie Focsani-Abjud zu unternehmen, wobei sie frische Truppen einsetzten. Unsere Truppen verteidigten tapfer ihre Stellungen, wobei sie stellenweise Gegenangriffe unternahmen. Das 412. Regiment nahm durch einen kraftvollen, entschiedenen Gegenangriff 500 österreichisch-ungarische Soldaten gefangen. Gegen Abend zogen sich unsere Truppen unter dem heftigen Druck des Feindes auf die Linie Grassi-Doslezi zurück. Auf der übrigen Front Gewehrfeuer und Erdtündungen von Aufklärern.

Sonderbewegung in der russischen Armee.

UB. Stockholm, 16. August. (Priv.)

Die Trennungsbewegung in den ukrainischen Regimentern hält an. Die russische Presse, die soeben in Schweden eingetroffen ist, bringt eine Menge Einzelheiten über diese Bewegung, die sich nicht auf die Ukraine allein beschränkt, sondern sich über das moskowitische Rußland, Finnland, ja selbst über Sibirien ausdehnt. Soeben hat sich ein ukrainisches Regiment gebildet, das sich selber nach dem Namen des Präsidenten des ukrainischen Parlaments den Namen „Michael Gruschewskij“ beigelegt hat.

Die päpstliche Friedensnote.

Von hochstehender unterrichteter Seite erfahren wir:

„Auch heute vormittag ist keine Nachricht von der Ueberreichung und dem Inhalt der päpstlichen Note an den zuständigen diplomatischen Stellen in Wien, die natürlgemäß mit deren Ueberreichung betraut werden dürften, eingelaufen. Bis jetzt liegen über den Inhalt der Note — für deren Existenz spricht nur die scheinbar halboffizielle Erläuterung des katholischen „Corriere d'Italia“ — einander widersprechende Nachrichten vor, die auf besten in ihrem Gegensatz zeigen, daß der Inhalt der Note völlig unbekannt ist. Die politisch ernste Presse hat daher gut getan, sich Zurückhaltung aufzulegen. Vielleicht handelt es sich in der Note um einen Schritt des Papstes, den Herrschern und Staatsoberhäuptern unter Vorlage gewisser Gesichtspunkte das Eingehen in Friedensverhandlungen neuerdings anzupfehlen. Um so räthelhafter ist es, daß man aus Berlin bereits vorgestern Wiener Blättern von der Art der Ueberreichung der Note an den deutschen Kaiser, von den der Abfassung vorhergehenden diplomatischen Besprechungen der päpstlichen Vertretungen in den Mittelstaaten, von den einzelnen Punkten der Kundgebung berichtet oder aus Lugano drachten kann, daß die Note vom Papst gemeinsam mit dem Kardinal-Staatssekretär Gasparri ausgearbeitet und einer Kardinalskommission zur Prüfung vorgelegt worden sei. Den besten Beweis der allgemeinen Unklarheit aller Pressestimmen auch innerhalb des Vierverbandes bilden die Meldungen von der ungewohnten Art der Veröffentlichung, sei es im Wege der spanischen Botschaft oder durch Vermittlung der außerordentlichen englischen Mission beim Apostolischen Stuhle.“

Aus diesen uns zugekommenen Informationen geht mit unvergleichlicher Deutlichkeit hervor, daß man an einer hervorragenden Wiener Stelle — wir sprechen nicht vom Auswärtigen Amte — sogar in dem Augenblick noch selbst an der Wirklichkeit der päpstlichen Kundgebung zu zweifeln vermag. Es wird damit dargetan, wie trübol es ist, wenn im Vierverband bereits ausgesprochen wird, daß des Papstes Friedenswort von Wien aus inspiriert, vom Wiener Hof veranlaßt und von der politischen und wirtschaftlichen Not der Mittelmächte diktiert worden sei. Diese Darstellung ist, wie wir hier den zeitgeschichtlichen Augen- und Ohrenbeweis zu bringen vermögen, so völlig unrichtig, daß im Gegentheil an hiesigen hervorragenden Stellen, die bei einem Verkehr der Mittelmächte mit Rom unbedingt hätten mitwirken müssen, noch immer die völlige Unkenntnis von der Vorgeschichte und der Entstehung dieses letzten Friedensappells des Papstes besteht. Wenn Benedikt XV. daher jetzt vor die Völker tritt und ihnen den wirklichen und einzig möglichen Weg zum Frieden zu weisen versucht, so tut er dies als ein wirklich Neutraler, als geistiges Oberhaupt der Weltkirche, dessen Vaterherzen alle Völker gleich nahe stehen. Der Vierverband spricht sich selbst das Urteil, wenn er jeder Friedensbesprechung mit den Mittelmächten im voraus aus dem Wege geht. Bei den wiederholten Friedensangeboten der Sabinette von Wien und Berlin blieb dem Vierverband stets die Ausflucht, daß die Friedensbedingungen von den Mittelmächten verschleiert und unaufrichtig geheimgehalten wurden. Jetzt

tritt eine wirklich neutrale Großmacht vor die ganze Welt, will, unabhängig und geistig losgelöst von jeder unmittelbaren Verbindung mit den Mittelstaaten, freiere Friedensvorschläge machen.

Die Besprechungen des Grafen Czernin.

Das Ergebnis der Besprechungen, die Graf Czernin mit den leitenden deutschen Staatsmännern gepflogen hat, wird in folgender amtlicher Äußerung zusammengefaßt, die in der „Nordd. Allg. Stg.“ an leitender Stelle veröffentlicht wird:

Der Österreichisch-ungarische Minister des Äußern Graf Czernin in Begleitung der Legationssekretärs Graf Walterstirchen und Graf Demblin hat die Heimreise angetreten. Sein Aufenthalt in Berlin hat Gelegenheit gegeben, die schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen zwischen den leitenden Staatsmännern der verbündeten Reiche eingehend zu erörtern. In der zweitägigen Aussprache ist der Gedankenaustausch fortgesetzt worden, der vor wenigen Wochen bei der Anwesenheit des Reichskanzlers in Wien aufgenommen und Johann während des gemeinsamen Aufenthalts der beiden Staatsmänner im Großen Hauptquartier fortgeführt wurde. Die in kurzer Frist wiederholten Zusammenkünfte entsprechen dem auf beiden Seiten bestehenden Wunsch, die gemeinsamen politischen Aufgaben in vertrauensvollem Zusammenwirken zu bearbeiten. Die Besprechungen der letzten Tage waren von fester Zuversicht in den glücklichen Fortgang des Krieges getragen und haben die volle Einmütigkeit der leitenden Staatsmänner über die Grundlinien der zu befolgenden Politik erneut bekräftigt.

17. VIII. 1917

Der Friede über alles!

Die Ueberzeugung, daß der wahnsinnige Krieg nun beendet werden kann, bemächtigt sich so eindrucklich des Bewußtseins der Menschen, daß auch der Wille erstarrt, ihn nun wirklich zum Ende zu bringen. Alles, was die sogenannten Staatsmänner von dem endgültigen Siege fabeln, der es einer Seite ermöglichen werde, dem geschlagenen Gegner die Bedingungen vorzuschreiben, alles das glaubt kein Mensch mehr; und diesen Reden der Diplomaten, die albern und verbrecherisch bleiben, wo immer sie gehalten werden mögen, ist der Zugang zum Herzen der Völker längst verschlossen. Diese Völker, die man mit den Versprechungen einer baldigen und durchschlagenden Entscheidung noch immer ködern möchte, wollen gar nicht siegen; sie wollen nur den Frieden, und bei den Schlachten, die man noch immer unternimmt, brauchen sie nicht auf den Ausgang zu warten, um sie als Verbrechen zu erkennen, als Verbrechen an dem eigenen Volke und an der ganzen Menschheit. Weil es so ist, erachten wir jede Berufung auf derlei Reden, um aus ihnen den gegnerischen Kriegswillen zu folgern, als einen Abwirth, dessen Bestimmung es für gewöhnlich ist, die eigene Feigheit zu verhüllen; es ist nicht so, daß man in Rußland, in Frankreich, in England nach drei Jahren dieses scheußlichen Mordens und Verwüstens noch kriegslustig sein könnte, weil es so nicht sein kann. Wie soll ein Volk, das diese drei Jahre Unheil erlebt hat, das dieses Uebermaß von Schmerz, Elend, Not erlitt, die Fortsetzung dieses Unheils wollen können? Das Volk will überall Frieden; ohne Einschränkung, ohne jede Rücksicht, ohne Hinterhältigkeit will es Frieden und nur Frieden. Ja wenn die Völker Herren ihres Schicksals wären, wenn in der Welt geschähe, was sie wollen, so wäre der Weltkrieg wahrscheinlich nie ausgebrochen, wäre er wohl längst beendet, und könnte er ganz gewiß nicht weitergeführt werden! Das ist ja das Unglück der Menschheit, daß die Völker überall machtlos und dem Klügel von Ehrgeizlingen und Gewissenlosen ausgeliefert sind! Aber obwohl es so ist und die Menschheit diese drei entsetzlichen Jahre ihrer Geschichte zumeist dieser Tatsache verdankt, so kann der aus der Tiefe entspringende Wille der Völker dauernd nicht vergewaltigt werden. Der Friedenswille der Völker wird mächtiger als die Kriegstollheit der Regierenden, und die Versuche, ihn zu fesseln, ihn zu ersticken, müssen zu Schanden werden.

An dem frevelhaften Versuch der Ententeregierungen, die Internationale Konferenz in Stockholm durch Gewalt unmöglich zu machen, wird es zuerst sichtbar werden. Die Verweigerung der Pässe ist wirklich nichts anderes als ein Verzweigungsmittel; das letzte vielleicht. Denn entscheidend ist doch nicht eigentlich, ob die englischen und die französischen Sozialisten nach Stockholm kommen; die Hauptsache ist, daß sie kommen wollen, daß es ihr wohlwogener Entschluß ist, an der Konferenz, die der Herbeiführung des Friedens dienen soll, teilzunehmen. Denn dieser Entschluß drückt ihre Ueberzeugung aus, daß der Friede möglich ist und daß der mögliche Friede im Bereich der Ehre und Würde aller Nationen bleibt; ihr Entschluß ist also

bereits die Absage an die Fortführung des Krieges. Ob die Ententeregierungen die Macht haben, die Sozialisten von der Konferenz fernzuhalten, wird sich zeigen; aber daß sie nicht die Macht haben, die Arbeiter an der Befräftigung ihres Friedenswillens zu hindern, ist schon erwiesen. Indem sie beschlossen, an der Konferenz teilzunehmen, haben die englischen, die französischen, die italienischen Sozialisten ihre Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Beendigung des Krieges notwendig ist und dessen Fortführung ein Frevel; daß die mechanische Gewalt ihren Delegierten die Pässe verweigert, splittert von dieser Ueberzeugung keinen Span ab. Ob aber die Regierungen ihre Macht nicht überschätzen und den Bogen nicht überspannt haben? Nichts hassen die Proletarier mehr als wie die Vergewaltigung, und so kann es kommen, daß die freche und dünelhafte Pässeverweigerung ihnen erst recht zu Gemüte führt, wohin Sozialisten geraten, wenn sie sich in die Abhängigkeit von ihren Regierungen begeben. Die Pässeverweigerung ist eine brutale Herausforderung, und so kann die Antwort leicht lauten, daß die Arbeiter die Herausforderung aufnehmen und sich von der „heiligen Einheit“, in die man sie als in einen Pferch sperren möchte, mit kräftiger Hand trennen. Denn daß sich die Sozialisten in den Ententeländern diese Vergewaltigung nicht gefallen lassen müssen und stark genug sind, die überheblichen Herren, die ihnen die Pässe verweigern, zum Einlenken zu veranlassen und zur Nachgiebigkeit zu zwingen, steht vorweg fest und wird auch den Lloyd-George und Ribot nicht unklar sein. Sie rechnen eigentlich nur darauf, daß das betörende Schlagwort von der „Einheit“, in dem das selbständige Bewußtsein der Arbeiter unterzugehen habe, noch vorhält; aber nach drei Jahren Krieg ist das schon sehr fraglich. Die Regierungen, die den Arbeitern verbieten wollen, für den Frieden zu wirken, können es unschwer erfahren, daß die Schleier zerreißen und die Wahrheit allen sichtbar wird, daß die Arbeiter alle Friedensfeinde zu Hause schlagen. Die Völker hassen den Krieg, wollen ihn nicht mehr dulden, und werden sich seine Fortführung nicht mehr aufzwingen lassen.

Man weiß noch nicht, was der Papst den Regierungen vorschlagen wird, aber wie immer seine Vorschläge geartet sein mögen, so werden sie bei den Völkern sicherlich ein williges Gehör finden. Wage man es nur, irgend einen der Vorschläge, die als Grundlage der Friedensverhandlungen angedeutet werden, als „unmöglich“ hinzustellen! Der Friede ist wichtiger als alles, heilvoller und segensbringender denn jede Eroberung. Wenn der Papst mithilft an dem großen Werke, der Menschheit den Frieden zu bringen, und sein Ansehen dazu gebraucht, den verstockten Regierungen Einsicht und Nachgiebigkeit zu vermitteln, so wird sein Tun von der ganzen Menschheit begrüßt werden.

Der Friedensschritt des Papstes.

Wiener Meinungen.

Wien, 18. Aug. (Priv.-Tel.) Es ist hier aufgefallen, daß das päpstliche Schreiben zu allererst in Wien vorgestellt worden ist und zwar erst im Laufe des gestrigen Nachmittags. Daraus muß noch nicht gefolgert werden, daß die obersten Stellen von dem Schritt des Papstes keine Kenntnis gehabt haben, aber ganz gewiß falsch ist die Behauptung in einem Teil der Entente-Pressen, daß die Anregung zu dem päpstlichen Vorgehen von österreichischer Seite ausgegangen sei. Wir erinnern uns eines Gesprächs mit einem leitenden Diplomaten, das vor mehreren Monaten geführt worden ist. Dieser Diplomat sagte: Sie werden sehen, im Spätsommer nach dem voraussehbaren Scheitern der Westoffensive, und größere Fortschritte der Tauchboote vorausgesetzt, wird plötzlich aus irgend einem Winkel Europas ein Friedensvorschlag auftauchen, der von der gesamten englischen Presse unisono mühenlos beschimpft werden wird, während doch niemand anders der Urheber des Vorschlages sein wird als die englische Regierung selbst. Wir wollen nun keineswegs behaupten, daß dieser Diplomat sich jetzt als Prophet erwiesen hat, daß die päpstliche Note etwa auf englische Anregung zurückgehe, und daß das Geschrei eines Teiles der englischen Presse nur dazu dienen solle, diesen englischen Ursprung des päpstlichen Vorschlages zu maskieren. Ebenfalls läßt sich aber aus dieser früheren Äußerung feststellen, daß in diplomatischen Kreisen ein derartiger Schritt nicht ganz unerwartet gekommen ist, und daß aus der Haltung der Presse in den einzelnen Ländern über das Verhalten der Regierungen dieser Länder nicht viel gefolgert werden kann. Schließlich hätte sich auch niemand zu schämen, wenn er jetzt den Wunsch nach Frieden hätte.

Daß die Staatsmänner der Entente heute noch die Hoffnungen haben, mit denen sie in den Krieg gegangen sind, glaubt ihnen doch ohnehin niemand mehr. Die Vermutung, daß mindestens auch die englische Regierung vom Vatikan schon sondiert worden ist, ob ihr ein derartiger Schritt jetzt angenehm sei, ist keineswegs abzuweisen. Die Ueberzeugung ist in der Diplomatie auch allgemein, daß der Papst von keiner Seite eine direkte Zurückweisung zu erwarten hat. Man ist hier der Ueberzeugung, daß auch die Kriegspolitiker der Entente es nicht verantworten können, auf einmal zugleich die Stockholmer Konferenz und den Vorschlag einer neutralen Autorität von dem Gewicht des Papstes zurückzuweisen. Es wagt sich im allgemeinen eine optimistische Auffassung der Lage hervor, obgleich an den leitenden Stellen vor sanguinischer Einschätzung des schon Erreichten dringend gewarnt wird.

Wien, 18. Aug. (Priv.-Tel.) Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ weist in einer offensichtlich halbamtlichen Erklärung in Form einer Polemik gegen ein anderes Wiener Blatt bezüglich der Friedensnote des Papstes die Meinung zurück, daß wohl Triest ein Noli me tangere für die Monarchie bedeute, das Trentin dagegen einen Verhandlungsgegenstand zwischen Oesterreich und Italien bilden könne. Wir müssen, so schreibt das Blatt, mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß der Standpunkt der Regierung gegenüber den italienischen Begehrligkeiten auf unser Territorium nach wie vor unberrückbar und unerschütterlich ist. Er läßt sich in einem kurzen Satz zusammenfassen: Wir treten nicht einen Fuß unseres Landes an Italien ab.

18. VIII. 1917

Lloyd George über Verpflegsfragen und Tonnage Englands.

St. London, 16. August. (Melbung des Reuterschen Bureau's.)

Im Unterhause hat Kennedy Jones den Premierminister Lloyd George, einen Ueberblick über die Kriegslage zu geben. Er betonte dabei die Notwendigkeit, die Blockade zu verschärfen, die Rücksicht auf die Neutralen, die die Blockade bisher schwach und unwirksam machte, aufzugeben und eine Stellung einzunehmen, die mehr mit der Latsche übereinstimme, daß der Krieg jetzt ein Kampf bis zum Ende sein müsse.

Lloyd George erwiderte: Die Verhältnisse haben sich seit Beginn des Jahres erheblich gebessert. Die Weizenborräte sind im Vergleich zum letzten Jahre um zwei Millionen Quarters gestiegen. Die Borräte an Hafer und Gerste haben ebenfalls zugenommen. Beim Brotverbrauch erzielt man eine beträchtliche Ersparnis, stärkere Ausmahlung und sparsame Wirtschaft mit den Nahrungsmitteln führten eine Ersparnis von 70.000 Quarters wöchentlich herbei. Die Anbaufläche ist um 1 Million Acres größer als früher. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß nach der Ernte die Nahrungsmittelverhältnisse durchaus befriedigend sein werden. Auch die Zuckerborräte sind gestiegen. Alles für die Erntearbeiten Erforderliche wird zur Verfügung stehen. Bei vernünftiger Wirtschaft besteht keine Gefahr, daß die Bevölkerung unserer Inseln ausgehungert werden könnte.

Bezüglich der Schiffsfrage sagte Lloyd George: Die Deutschen behaupteten, der durchschnittliche monatliche Nettoverlust an britischer Tonnage betrage seit Beginn des uneingeschränkten Unterseeboorkrieges 500.000 Tonnen. Die richtige Zahl sei 250.000, und wenn die gegenwärtige Besserung anhalte, werde der Nettoverlust für August 175.000 Tonnen betragen. Die Schifffahrt sei so reorganisiert, daß trotz der geringeren Tonnage eine größere Tonnagezahl befördert werde. Die neue, im Jahre 1916 gebaute Tonnage betrage 538.000, für die erste Hälfte des laufenden Jahres 480.000, für das ganze Jahr wür-

de 1.900.000 Tonnen betragen, von den umfangreichen Marine-Neubauten abgesehen. Ich glaube, schloß Lloyd George, unsere Schiffsverluste werden geringer werden. Der Schiffbau wird sich steigern. Mit der amerikanischen Unterstützung werden wir über genügend Tonnage für das ganze Jahr 1918 und wenn nötig auch für 1919 verfügen.

Katastrophaler Zusammenbruch des englisch-französischen Ansturmes.

Ein voller deutscher Sieg.

B. Berlin, 17. August. Das Wolffsche Bureau meldet: Der zweite Tag der Generaloffensive im Westen endete mit einem vollen deutschen Sieg. In Flandern, wo der Hauptstoß geplant war, kam es zu einem katastrophalen Zusammenbruch des englischen Angriffes. Auch in der zweiten Schlacht um die flandrische U-Boothafis blieben die deutschen Waffen siegreich. Bei dieser Schlacht setzten die Engländer, von den Franzosen unterstützt, die ganze Kraft ihres angehäuften Menschen- und Kriegsmaterials an, dessen Ueberlegenheit sie selbst nicht genug rühmen können. Bei dieser zweiten flandrischen Niederlage können die Engländer nicht wie bei der ersten die Ungunst der Witterung als Entschuldigung anführen, denn am Nachmittag des 16. August, wo sie die schwersten Schläge erlitten, strahlte helle Sonne am blauen Himmel. Die Schlacht zerfiel in zwei Phasen.

In der ersten vermochten die tiefgegliederten englischen Angriffswellen über die zerstörten deutschen Stellungen vorzudringen und die langsam zurückweichenden deutschen Positionen und Sicherungen vor sich herzutreiben. Weiterseits der Bahn Boesinghe-Staden gelang es ihnen, über den Steenbach vordringend bis etwa einen Kilometer Tiefe einzudringen und südlich der Bahn bis nach Boelcapelle vorzustoßen.

Der deutsche Gegenangriff.

Nummehr aber fehlte der deutsche Gegenangriff ein, dessen überlegene Wucht jedem weiteren Vordringen Halt gebot. Nach hin- und herwogendem Kampfe verwandelte sich der englische Angriff mehr und mehr in eine immer raschere rückläufige Bewegung.

Der Feind von einer Stellung zur anderen geworfen.

Bis gegen Mittag war von den Deutschen eine Linie halbwegs Boelcapelle - Langemard erreicht. Vergeblich warfen die Engländer immer wieder Truppen in den Kampf. Vergeblich jagten sie von Blankaart-See bis an die Dyz aus Tausenden von Rohren, was diese nur hergeben wollten. Die englische Infanterie wurde von einer Stellung zur anderen zurückgedrückt. Am späten Nachmittag waren die alten Stellungen von den Deutschen wieder erreicht. Nur in einem beschränkten Einbruchsbogen bei Langemard und in einem Grabenwest bei St. Julien vermochte sich die englische Infanterie noch zu halten. Aber selbst die hereinbrechende Dämmerung brachte den deutschen Gegenangriff nicht zum Stehen. Während Artillerie und Flieger den Engländern sehr erste Verluste zufügten, stieß die Infanterie erneut vor und warf die Engländer über den Steenbach zurück, säuberte die Engländerwesten bei St. Julien und nahm Langemard wieder. Mit Ausnahme von Vorfeldstellungen nordöstlich von Bigschoste, die bei erneuten französischen Angriffen in der Nacht verloren gingen,

die gesamte alte deutsche Stellung wieder in deutschem Besitz.

Südlich St. Julien, wo die Engländer auf der ganzen Linie bis in die Gegend von Costaverne mehr oder weniger tief in die deutschen Linien vorgebrochen waren, wurden nicht nur die alten Stellungen wieder erreicht, sondern darüber hinaus die Engländer weiter und weiter zurückgetrieben. Bis am Abend des Tages an der Chauffee von Frezenberg und an den Waldstüden südwestlich von Westhoel die ehemalige Linie vom 31. Juli erkämpft war. Die englischen Verluste sind außerordentlich schwer.

Einer der gewaltigsten Großkampftage an der flandrischen Küste hat hiermit einen für die deutschen Waffen siegreichen Abschluß gefunden. Zu danken ist dieser Erfolg neben der zielbewußten Führung vor allem dem ungeheuren Schwunge sowie der zähen Angriffskraft unserer unvergleichlichen Infanterie, die auch an diesem Tage wieder durch die Artillerie und die übrigen Hilfswaffen erfolgreich unterstützt wurde und ihre Ueberlegenheit über die englische Infanterie aufs neue bewies.

Zusammenbruch des englischen Angriffes im Artois.

Wie in Flandern brach auch im Artois der englische Angriff völlig zusammen. Trotzdem die Engländer mehrmals bis in die Nacht hinein frische Kräfte vorführten, gelang es ihnen wiederum nicht, über den Feldweg Gulluch-Dens vorzudringen.

An der Aisnefront konnten sich die Franzosen am 16. August nicht mehr zu größeren Angriffen aufraffen. Einige Kompagnien, die östlich der Hurtebise-Ferme einen überraschenden Angriff versuchten, wurden zusammengeschossen. Der französische Gewinn aus den Kämpfen am 15. August beschränkt sich auf 300 Meter des vordersten Grabens östlich von Cerny.

Vordringen bis über die dritte französische Linie.

An der Verdunfront ist der Angriff noch nicht losgebrochen. Die Artillerieschlacht tobt mit äußerster Stärke fort. Erkundungsvorköße, die französische Abteilungen gegen den Toten Mann um den Fosses-Wald versuchten, scheiterten. Dagegen gelang deutschen Sturmtruppen um 6 Uhr abends der im Bericht gemeldete Vorstoß im Courviers-Walde, der bis über die dritte französische Linie vordrang. Unter den 600 Gefangenen befinden sich zahlreiche Offiziere. Der Rest der Besatzung ergriff die Flucht.

19. VIII. 1917

Die Ueberreichung des Friedensschreibens Benedikts XV. an Kaiser Karl.

Eine Unterredung mit dem Wiener päpstlichen Nunzius.

Der Apostolische Nunzius Erzbischof von Trebisonda Graf Valfrè di Bonzo hat heute in mehr als einstündiger Audienz um 4 Uhr nachmittags Kaiser Karl das Schreiben Papst Benedikts XV. in Reichenau überreicht. Unmittelbar nach der Rückkehr von Reichenau hatte der Vertreter des Papstes am Wiener Hof die Güte, einen Vertreter der „Reichspost“ zu empfangen und mit ihm über die Ueberreichung des päpstlichen Handschreibens an den Kaiser zu sprechen. Der Kaiser war pünktlich um 4 Uhr bereit, den Nunzius zu empfangen. Der Nunzius gedenkt mit aufrichtiger Verehrung der Guld und Güte, mit welcher Oesterreichs Herrscher stets den Vertreter des Oberhauptes der Kirche empfangen hat. Dem Nunzius als Erzbischof und Fürsten der Kirche ist der Monarch stets mit Achtung entgegengekommen; eine besondere Wertschätzung zeigte Kaiser Karl bereits wiederholt für die ehrwürdige Persönlichkeit des gegenwärtigen Wiener Nunzius Grafen Valfrè, der durch mehr als dreißig Jahre als Bischof und Erzbischof inmitten des Volkes lebte und sich die Erfahrungen eines Menschenalters im Dienste der Seelsorge sammeln konnte. Mit wirklicher Freude, sagt der Nunzius, nimmt der Kaiser den Friedensgruß und Segenswunsch des Stellvertreters Christi auf Erden entgegen. Jedes Wort des jungen Herrschers zeigt seine Bereitwilligkeit, alles für seine Völker zu tun, Frieden und Gerechtigkeit seinen Untertanen zu schenken. Wenn irgend ein Herrscher, ist Kaiser Karl geeignet, die Grundsätze christlicher Billigkeit, die des Papstes Wort ausspricht, zum Heil seiner Völker in die Tat umzusetzen.

Nach der einstündigen Audienz, bei welcher der Kaiser das kurze päpstliche Schreiben durchlesen und erwägen konnte, wurde der Nunzius von Ihrer Majestät

19. VII. 1917

Der Friedensschritt des Papstes.

Der Schritt, den der Papst zur Umbahnung des Friedens unternimmt, unterscheidet sich von seinen früheren Anrufen beträchtlich. Bisher hatte sich Benedikt damit begnügt, die Gewissen aufzurütteln und allen für den Krieg Verantwortlichen mit ehernen Worten zu sagen, wie sie an der Menschheit freveln, wenn sie den entsetzlichen Krieg nicht beendigen. Wohl konnte der Papst meinen, daß der Anruf der Gewissen ausreichen werde, um sie alle, die Krieg und Frieden in ihren Händen halten, zur Besinnung zu bringen, zur Einkehr und Umkehr zu veranlassen. Er hat sich bitter getäuscht; das Wort desjenigen, den sie den Heiligen Vater nennen, glitt an ihren Ohren ungehört vorüber und selbst seine Priester haben es derart „uninterpretiert“, daß aus der Friedensmahnung des Papstes ein Durchhaltungsgelübde geworden ist. Nun tritt der Papst als der weise Vermittler auf, um den kriegsführenden Regierungen, die so sich blind in eine Sackgasse verrannt haben, den Weg zu zeigen, wie sie zueinander kommen könnten; Benedikt glaubt, erkannt zu haben, auf welchen Grundlagen der Friede möglich wäre, und er nennt diese Grundlagen, auf welchen ein billiger Ausgleich der hin und her wogenden Kriegsziele sich erzielen ließe. Das Schreiben des Papstes an die Staatsoberhäupter ist einfach der Friedensvorschlag eines Neutralen; eines Neutralen freilich, dessen moralisches Ansehen groß ist, weil kein selbstsüchtiges Interesse seinen Schritt veranlaßt hat.

Die Sozialdemokraten sind es, die den Vorschlag des Papstes vielleicht mit der aufrichtigsten Zustimmung begrüßen können, denn was Benedikt nun als „die notwendige Grundlage eines gerechten und dauerhaften Friedens“ verkündet, ist zuerst von ihnen ausgesprochen worden und ist von ihnen, allen Berunglimpfungen und Verdächtigungen zum Trost, in das Bewußtsein der von den Kriegsbeherrschern verführten Menschheit eingehämmert worden. Der Krieg ist der fürchtbarste Ausdruck des Machtgedankens; immer haben wir gefordert, daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten soll. Abrüstung und Schiedsgerichte: welchen Lohn hatten die Machtpolitiker für diese Forderungen, die sie als verfliegenen Pazifismus schelten wollten und die nun der Papst als einzige Rettung aus dem Wirrwal verkündet! Der Friede ohne Entschädigungen und Eroberungen wird vom Papst bekräftigt; es ist der vielgeschmähte Verständigungsfriede, den er vertritt und empfiehlt. Mit Fug und Recht kann der Papst sagen, indem er auf die strittigen Gebietsfragen hinweist, die zwischen Deutschland und Frankreich, Oesterreich-Ungarn und Italien schweben, daß kein Sonderinteresse das Allgemeinwohl der großen menschlichen Gesellschaft überragt und daß die Fehden Landes, um die es sich hier ernstlich handeln kann, wenig bedeuten gegenüber dem unermesslichen Vorteil, den ein mit Abrüstung verbundener dauerhafter Friede bringen würde. Es gibt keinen Punkt in diesem Friedensvorschlag, über den eine Auseinandersetzung, ein Vergleich nicht möglich wäre, und die internationalen Sozialisten können bei ihren unermüdlichen Bemühungen, dem elenden Kriege ein Ende zu machen, den Papst mit aller Aufrichtigkeit als helfende Kraft begrüßen. Es wäre schon etwas, wenn es der Papst erreichte, daß sich die frommen Katholiken, die in allen Ländern bisher mit unter den eifrigsten Kriegsbeherrschern waren, ihrer Pflichten nun bewußt würden.

Kann die Vermittlung des Papstes auf Erfolg rechnen? Eines ist gewiß: daß der Papst den Schritt erst getan hat, nachdem er sich irgendwie vergewissert hatte, welche Aufnahme seine Aktion bei den Regierungen finden wird. Der Papst wird sich auch nicht darüber im unklaren sein, daß ein neuer Mißerfolg das Ansehen des päpstlichen Stuhles sehr mindern müßte. In jedem Falle wird der Wille zum Frieden durch das Wort des Papstes einen neuen Antrieb, eine neue Stärkung erfahren. Der Starrsinn der Regierungen mag noch so groß sein: der Friedenswille der Völker erhebt sich über sie, gegen sie, und er wird den Frieden schließlich erzwingen. Das Wort, das der Papst zu den Monarchen und zu den Regierungen spricht, gilt nun für jeden: Denken Sie über Ihre sehr große Verantwortung vor Gott und den Menschen nach! Und denkt, kann man hinzufügen, auch daran, daß, wenn ihr weiter verstockt bleibt und dieses fluchwürdige Morde nicht endigt, der Tag kommen kann, ja kommen muß, wo ihr zur Verantwortung wirklich gezogen werdet. Und die Verantwortung, diesen Krieg begonnen und verlängert zu haben, geht wahrlich über menschliche Kräfte.

19. VIII. 1917

Ueber die Friedensfrage.

Ein nüchternes Urteil über die Schwierigkeiten und die Hoffnungen.

Wien, 18. August.

Die ernsteste Schwierigkeit ist Amerika. Präsident Wilson hat befohlen, daß eine Armee in der Stärke von einer Million Soldaten nach Europa geschickt werde, um mit den Truppen der Entente gegen Deutschland zu kämpfen. Die Ausführbarkeit des Planes wird bezweifelt, aber die Milliarden, die Kanonen, die Geschosse, die Nahrungsmittel und die Soldaten der Vereinigten Staaten, der Glaube an diese Hilfe verlängern das Leben der friedensfeindlichen Regierungen. Die Völker sind des Kampfes längst müde, und hätten sie die Freiheit, zu handeln, wozu die Sehnsucht sie drängt, wäre ein gerechter Friede bald geschlossen. Aber die leitenden Minister der Entente sind wie Spieler im Verlust; wenn das Geld verschlungen ist, machen sie Haus und Hof zum Einsatz, immer gepeitscht von der Furcht, durch die Würfel zu Bettlern geworden zu sein, und immer gelockt von der Hoffnung, daß ein glücklicher Wurf noch alles retten könne. Das ist die psychologische Erklärung für die Politik des Premierministers Lloyd-George. Er kann nicht zurück und muß vorwärts, solange die beständig durch die schärfsten Reizmittel, durch Wirkungen auf die empfindlichsten Nerven gestachelten Volksmassen ihm gehorchen. Wer nüchtern urteilt, wird zugeben, daß die Verleitung der amerikanischen Nation zu einer feindseligen Politik und gar erst zum Kriege gegen Deutschland ein kaum zu fassender Erfolg der britischen Diplomatie war. Die meisten Amerikaner haben nur eine verschwommene Vorstellung von dem Volke, zu dem sie in ein besonderes Verhältnis sich niemals hineingedacht haben. Engländer, die den Machttausch abschütteln können und ein wenig unbefangen sind, beginnen zu zweifeln, ob die deutsche Gefahr wirklich so drohend sei, daß ihretwegen Millionen junger Leute sterben und der seit Jahrhunderten aufgespeicherte Wohlstand des Landes verwüstet werden müsse. Der Pflanzler am Mississippi wird jedoch vom Präsidenten Wilson dazu gebracht, den Sohn auf ein Schlachtfeld zu schicken, das viele tausend Meilen entfernt ist; er soll die Kinder und das Vermögen hingeben im Kampfe gegen eine Nation, die er vielleicht in den einzelnen neben ihm lebenden Persönlichkeiten nicht liebt, die ihn jedoch in der Gesamtheit schon fremd sein muß und den Vereinigten Staaten niemals etwas Böses zugefügt hat. Hundert Millionen friedlicher Menschen in einen Krieg hineinzuzerren, der sie unmittelbar nichts angeht, war ein Meisterstück diplomatischer Arbeit.

Das nüchterne Urteil wird feststellen, daß ein solcher Erfolg die Kriegspolitik unterstützen muß. England konnte die fast unerträglich gewordenen Lasten für die Verbündeten auf den Staatsschatz von Washington abwälzen, Geld zu mäßigem Zinsfuße ausleihen und den Kampswillen der Armee durch den Hinweis auf die Verstärkung im nächsten Frühjahr heben. Die Phantasie vergrößerte noch die Kiesenkräfte der Vereinigten Staaten, und solche Gedanken, sowie die aus ihnen hervorgehenden Stimmungen sind eine Schwierigkeit der Friedenspolitik. Aber die Frage ist, ob sie nicht auch die Einsicht in die Notwendigkeit der Friedenspolitik verstärke, ob diese Schwierigkeit nicht zugleich eine Hoffnung, nicht zugleich eine der Wahrscheinlichkeiten sei, die vermuten lassen, daß beim Premierminister Lloyd-George das Niedergleiten in naher Zeit beginnen werde. Die englische Diplomatie, der Voraussicht nicht abgetritten werden kann, dürfte mit zwei Möglichkeiten rechnen. Nehmen wir an, daß die Landung eines großen amerikanischen Heeres im nächsten Frühling oder noch im Winter gelänge und daß die militärischen Ergebnisse sich trotzdem nicht ändern würden. Eine neue Schlacht in

Flandern oder sonst im Westen würde enden wie die Großkampfstage, über die jetzt berichtet wird, und die amerikanische Hilfe wäre nach einem Aufwande von Strömen menschlichen Blutes und von unermesslicher Arbeitskraft verpufft. England und dessen Verbündete hätten in diesem Falle den Gewinn verloren, den der diplomatische Erfolg ihnen verschafft hat. Sie würden politisch schwächer sein, weil ein zweites Amerika nicht zu finden ist und weil der Druck durch die Sorge um den Einfluß der amerikanischen Truppen auf die militärischen Entscheidungen sofort verschwinden müßte, wenn auch Präsident Wilson den französischen Boden und Belgien nicht vom Feinde befreien könnte. Ein diplomatischer Sieg, der nicht rechtzeitig ausgenützt wird, kann sich verflüchtigen oder zur Niederlage werden.

Nehmen wir jedoch an, daß der Verlauf des Krieges von der Armee der Vereinigten Staaten bestimmt werden könnte. Die Wahrscheinlichkeit ist gering, aber lassen wir sie, um den Beweis zu führen, daß die mit Amerika zusammenhängenden Schwierigkeiten der Friedenspolitik auch eine Hoffnung werden könnten, für einen Augenblick gelten. An dem Tage, an dem Präsident Wilson dem Volke mitteilen könnte, daß die amerikanischen Truppen durch ihren Eingriff den Krieg gewonnen und den Frieden erzwungen haben, ist er der Herr über sämtliche Völker, Amerika die gebietende Macht über sämtliche Länder und Washington der Mittelpunkt für die große Politik auf der Erde. Wenn sich das britische Reich von den Vereinigten Staaten retten ließe, würde es von seiner jetzigen Machtstufe herabsinken, in Abhängigkeit kommen und auf seinem Rücken würde Amerika sich hinaufschwingen zur führenden politischen Gewalt. Denn mit der Politik, die England seit Jahrhunderten mißbraucht hat, mit der Schaukel, die es das Gleichgewicht der Kräfte nennt und die nichts anderes ist als die nichtswürdige Kunstfertigkeit, keine Nation über die Reidgrenze hinaus sich entwickeln zu lassen, werden die Amerikaner bald vertraut werden. Wenn die englische Politik noch ist, was sie früher war, kühl und gegenständig, im Gewande der Leidenschaft wird sie beide Möglichkeiten ausschließen und den Gefahren ausweichen, die entstehen müßten, ob Amerika siegt oder unterliegt. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten ist ein politischer Barsch, den auch die Mittelmächte bei ihren Rechnungen veranschlagen müssen. Die Größe und der Wert sind unbekannt und erst die Erfahrung wird die richtigen Ziffern einsetzen. Aber diese Unsicherheit ist für England ein höherer Vorteil, als die Sicherheit jemals sein kann. Es würde durch ein besiegtes oder ein unbefiegtes Amerika großen Schaden leiden. England hat ein zwingendes Interesse, Frieden zu schließen, ehe es sich abmessen läßt, was die Vereinigten Staaten militärisch bedeuten.

Die Fortschritte des Friedens sind offenkundig. Der Abstand von den Uebertreibungen der Kriegspolitik in den früheren Jahren ist am leichtesten zu übersehen, wenn daran erinnert wird, daß der ehemalige Minister Masterman erklärt hat, Deutschland solle zerschmettert, seine Flotte versenkt oder unter die Mitglieder der Entente verteilt werden und der Friede müsse die wirtschaftliche Vernichtung sichern. Die Zerstörung der Eisenhütten und Stahlwerke wurde verlangt, die Zerstückung des ganzen Reiches, die Wegnahme der Bahnen und der Bergwerke. Diese wahnwitzigen Ausbrüche des Hasses verklungen allmählich. Ein französischer Minister hat gewagt, den Vorschlag zu machen, daß die Bewohner des Elsaß selbst über ihre Zugehörigkeit abstimmen, und ist noch jetzt Mitglied der Regierung. Eine Friedenswelle zieht durch Europa, die Lust ist von Hoffnungen erfüllt, und von unten steigt die Friedenspolitik auf, langsam, aber stetig. Die sozialistischen Gruppen in den Parlamenten der Entente sind in Gärung, die Kirche wendet sich an die Oberhäupter der Staaten und die Unvollständigkeit des Krieges in Frankreich, England und Italien kann zu plötzlichen Änderungen führen. Wieder sind zwei Schlachten im Gange, eine im Westen und eine im Süden. Der Sieg möge dem Frieden beschieden sein.

20./VIII. 1917

Die belgische Neutralität.**Eine interessante Reminiszenz.**

Berlin, 18. August. Die „Nordd. Allg. Btg.“ erinnert an die Haltung Englands in der Frage der belgischen Neutralität im Jahre 1887. Sie habe schon früher auf die Ausführungen des „Standard“ vom 4. Februar 1887 hingewiesen, worin dargelegt wurde, daß England nicht verpflichtet sei, im Falle eines Durchzuges zugunsten Belgiens einzugreifen. Die englische Regierung hatte dagegen erklärt, die Äußerungen des „Standard“ hätten nicht die Auffassung der englischen Regierung wiedergegeben. Demgegenüber weist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ darauf hin, daß Palmerston, der die belgischen Neutralitätsakte unterzeichnet hat, ihnen wenig Wert beimah und daß Gladstone erklärte, eine vertragliche Pflicht Englands, unter allen Umständen zugunsten Belgiens zu intervenieren, bestehe nicht. Nachforschungen in Brüssel haben ferner ein Heft zutage gebracht, das „Garanties de la Neutralité“ überschrieben ist und worin unter anderem von Unterredungen des Ministers mit dem belgischen Gesandten berichtet wird. Man wünscht in Belgien — so heißt es darin — sich zu vergewissern, ob England so wie 1870 handeln würde. In London vermeidet man es, einer einfachen Möglichkeit gegenüber Zusicherungen zu geben. Wir täten am besten — sagt Lord Ribian — uns so vorzubereiten, als ob wir allein handeln müßten.

Diese wenigen Dokumente, fährt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fort, lassen klar erkennen, daß England sich im Jahre 1887 entschlossen hat, Belgiens Verteidigung nicht zu übernehmen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt dann eine Äußerung Sir Augustus Pagets, welche die Übereinstimmung mit dem erwähnten Artikel des „Standard“ dartut, und sagt: Diese Schriftstücke beweisen somit die ganze Größe der englischen Heuchelei, die darin lag, als die englische Regierung den deutschen Einmarsch in Belgien als Kriegsgrund proklamierte. Sie rücken die Behauptung des „Foreign Office“, daß England nie und nimmer daran gedacht habe, eine Verletzung der belgischen Neutralität zuzugeben, ins rechte Licht.

20./VIII. 1917

Schwierigkeiten der päpstlichen Friedensvermittlung.

Wien, am 20. August.

Das päpstliche Schreiben an die Staatsoberhäupter der kriegsführenden Mächte, dessen Wortlaut nun in amtlicher Uebersetzung vorliegt, wird zweifellos, wenn es nicht unmittelbar auch jene Regierungen, die bisher dem Friedensgedanken beharrlich widerstrebten, zu Friedensverhandlungen geneigter zu machen vermögen sollte, wenigstens mittelbar auf sie wirken. Die Reinheit der Absichten des Papstes sind so unanfechtbar, daß sie kein Besudlungsversuch der Hespresse, die sich schon daran gemacht hat, den Papst bald als Werkzeug der Mittelmächte, bald als Vollzugsorgan irgendwelcher neutraler Staaten hinzustellen, der aufhorchenden Friedenssehnsucht der Völker zu verdächtigen und zu verdunkeln vermag; die Argumente des Papstschreibens sind so stark, die aufgestellten Grundsätze und Ziele so einleuchtend und verbend, daß sie immer mehr und mehr die Völker in ihren Bann ziehen und gewinnen, die Ueberzeugung von der Möglichkeit eines Friedens auf der vom Papste vorgeschlagenen Grundlage so mächtig machen werden, bis auch die kriegswütigsten Regierungen genötigt sein werden, der öffentlichen Meinung ihrer Länder Rechnung zu tragen.

Ueber die großen Hindernisse, die den edlen Absichten des Papstes sich entgegenstellen werden, war man sich im Vatikan wohl im vorhinein klar. Noch gelte der Menschheit das grimme höhnische Nein in den Ohren, mit dem die Verbandsregierungen alle Friedensangebote und Friedensbereitschaftserklärungen der Mittelmächte beantwortet haben. Die fortgesetzten Polterreden der Londoner Staatsmänner, die Wiedereroberungsfähre der Pariser Revanchepolitik, die friedensfeindlichen

Mächenschaften der Petersburger Regierungssozialisten, die Ermunterungsrufe aus Amerika und Australien lassen erkennen, wie gering bei den Verbandsregierungen auch nach den fruchtbaren militärischen Enttäuschungen dreier Jahre noch immer die Geneigtheit, auf die Friedenssehnsucht ihrer Völker einzugehen, ist. Ohne starken Druck von außen, den die militärischen Erfolge der Mittelmächte besorgen, und von innen durch die Volksstimmung der Verbandsländer ist da eine Aenderung zum Bessern kaum zu erwarten. Diesen moralischen Druck von innen auf die Regierungen immer mehr anschwellen zu machen, ist das Friedensschreiben des Papstes wohl geeignet. Eine Schwierigkeit, die es zu überwinden gilt, ergibt sich aus den Deutungsversuchen, denen das Papstschreiben ausgesetzt ist. Es ist psychologisch erklärlich und natürlich, daß die öffentliche Meinung aus bestimmten Stellen im Papstschreiben gerade den Sinn herauszulesen trachtet, der zu den Lieblingswünschen des betreffenden Landes gehört. Daraus ergeben sich widerspruchsvolle Auslegungen, Verstimmungen, Enttäuschungen. Die Kritik der Presse hält sich nur zu häufig nicht an den Urtext, sondern an dessen Ausdeutung durch die Presse des kriegsgegnerischen Landes oder holt sich umgekehrt nur die Fiktionen der eigenen Wünsche aus dem Kuchen, ohne auf die andere Hälfte des Sinnes zu achten. Es war ein überaus glücklicher Griff, den die Wiener amtliche Uebersetzung des päpstlichen Schreibens getan hat, indem sie den Ausdruck „Aspirationen“, dessen zufälliger Gleichlaut mit dem bekannten Irredenta-Schlagwort zu falschen Deutungen Anlaß geben und der päpstlichen Friedensmahnung den Weg zu den Herzen durch Dornestrüpp erschweren könnte, vermeidet und in seinen deutschen Ausdruck „Wünsche“ überetzt, dem jeder Stachel fehlt, in getreuer Befolgung der seinerzeitigen Mahnung des Papstes Pius IX., daß man den Worten wieder ihre richtige Bedeutung geben solle.

Den leidenschaftlichsten Widerstand hat der Friedensversuch des Papstes von der Freimaurer-Internationale zu erwarten, die denn auch, wie das vatikanische Organ feststellt, in Italien bereits gegen die neue Gefahr, die ihrer Kriegspolitik droht, alle ihre Kräfte mobilisiert. Kann sie doch den Weltbrand zum großen Teile als ihr Werk betrachten, als ihre große Kraftprobe, als ihr Unternehmen, um die Weltkarte nach ihren Wünschen umzugestalten und auf dem Wege der Völkerschlächtereie jene rasche und sichere „Konzentration“ des Besitzes zu erreichen, die im Frieden zu langsam und unsicher vor sich gegangen wäre. Das Ringen um den Frieden wird daher vor allem zu einem Ringen mit den dunklen Mächten der Freimaurer-Internationale werden. Es muß und wird gelingen, diesen größten Verwüster der Erde und tödlichsten Feind der Menschheit niederzuringen.

21./VIII. 1917

Feindliche Brüder.

Japanische Proteste gegen das Verhalten der Union.

Die Anriffe der Parteien, die sich innerhalb des Verbandes gebildet haben, werden schärfer. Japan hat in Petersburg gegen das Vorgehen der Union in Ostasien Protest eingelegt. Die Union benützt den Krieg und die militärische Gesellschaft des Verbandes, um sich aus der russischen Haut Riemen zu schneiden und in Ostasien auf russische Kosten zu bereichern, und es ist bezeichnend, daß dagegen nicht der Betroffene Einsprache erhebt, nicht das in seiner ostasiatischen Stellung schwer bedrohte Rußland, sondern daß Japan protestiert und diesen formellen Protest in Petersburg anbringt. Rußland ist gar nicht mehr imstande, für sich selber das Wort zu ergreifen, es muß in diesem famosen Bündnisse, in das es geraten ist, wehrlos sich ausrauben lassen — nur einer ist an seiner Seite, nicht aus Liebe, sondern aus Klugheit und Eigennutz: Japan. Die japanische Regierung protestiert; sie ermuntert die Russen mit dem Versprechen auf japanischen Beistand, denn beide zusammen wären auch heute noch imstande, die Verbandsgenossen zu zwingen.

Für Japan handelt es sich darum, die beginnende Einkreisung durch die Union in Ostasien zu sprengen und sich das Ausfallstor nach Innerasien frei zu halten; für Rußland steht auf dem Spiele, was durch zweihundertfünfzig Jahre von einer weitausschauenden russischen Großmachtpolitik schrittweise und unermüdblich in Asien erkämpft worden ist. Natürliche Interessen verschiedener Art führen Rußland und Japan zusammen, obwohl sie im Grunde Gegner sind.

Welche Folgen der Protest Japans hervorrufen wird? Schwerlich vermag er die russische Regierung zu einer tatkräftigeren Verteidigung russischen Besitzes gegen die Union zu bewegen. Das Rußland Kerenskis ist derart in der Macht des Angelsächsentums, derart geknebelt durch englisches und amerikanisches Geld, daß es sicher gegen die Union nichts mehr übrig hat. Was kümmert die Gesellschaft von Demagogen, die heute am Ruder ist und von Englands Gnaden sich in ihrer Macht sonnt, welche Riesenschätze für Rußland im fernen Ostasien verloren gehen! Dafür kann man von der Regierung Kerenski-Tseretelli keinen Sinn erwarten.

Japan wird zähneknirschend zuschauen müssen; allein vermag es nichts. England und die Union holen sich indessen die Millionen, die sie für die Söldnerschaft des revolutionären Rußland bezahlen, zehnfach aus den asiatischen Goldminen des russischen Reiches heraus. Es geht nichts über den Idealismus im Verbands der „freien Völker.“

Stockholm, 20. August.

„Stockholms Tidningen“ meldet aus Petersburg: Der japanische Botschafter hat bei der vorläufigen Regierung erste Vorstellungen erhoben wegen der umfassenden politischen und ökonomischen Zugeständnisse, die Amerika in Sibirien und auf der Insel Sachalin eingeräumt wurden, sowie wegen der Konzession zum Bane strategischer Eisenbahnen in Sibirien.

Berlin, 21. August.

Der Pariser „New-York Herald“ meldet: Der stellvertretende Marinesekretär Franklin Roosevelt und Admiral May hatten eine Besprechung. Halbamtliche Depeschen lassen durchblicken, daß aus der Konferenz eine energische Seepolitik der Vereinigten Staaten hervorgehen soll.

21. VIII. 1917

Die Friedensnote des Papstes. Gerichtet an die Staatsoberhäupter.

Wien, 20. August.

Papst Bonifaz hat in einer Bulle die kirchliche Gewalt über die weltliche erhoben. Die Nachfolger des Apostels Petrus haben Kaiser und Könige vor ihren Richterstuhl geladen, den Ungehorsam mit Strafen bedroht und die Widerspenstigen durch den Bannstrahl körperlich und seelisch gebeugt. Die Päpste sind damals Herren über Krieg und Frieden gewesen; sie haben nicht gebeten, sondern befohlen. Einer der mächtigsten Kaiser des Deutschen Reiches, ein Nachkomme des Friedrich Rothbart, wurde aufgefordert, vor der Kirchenversammlung zu Lyon persönlich zu erscheinen, um sich wegen des Friedensbruches zu rechtfertigen. Der jetzige Papst tritt in der an die Staatsoberhäupter gerichteten Note in einfacher Menschlichkeit vor die Völker hin. Er verfügt über die große Macht, die ihm die Gnadenmittel der Kirche geben; von ihm geht für mehrere hundert Millionen der Trost im Leben und im Sterben aus. Er hat in seiner Note den Donnerkeil weggelegt, an den Einfluß, den er über die Gemüter hat, in keinem Worte erinnert und nirgends den Anspruch seiner Vorgänger, der in der Bulle des Papstes Bonifaz zur kirchlichen Regel verallgemeinert wird, erwähnt. Er kommt mit seinem Schreiben vor die Öffentlichkeit, schlicht wie ein Priester, ohne Waffen, aber mit einem Berufe und mit einer Ueberzeugung. Auch von ihm müßte ein Pilatus der Entente, der keine Schuld an diesem Kriege haben will, sagen: Sehet, welch ein Mensch! Als Hüter der Sittlichkeit will der Papst zu der von Mord und Grausamkeit besleckten Welt reden; aus seinem eigenen Glauben heraus aber zu sämtlichen Nationen, ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses, nach dem sie das Unsichtbare verehren. Es wird ihm nicht vergessen werden, daß er ausdrücklich sagt, er handle nach dem allgemeinen Geetze der Barmherzigkeit. So schlingt sich ein Band zwischen ihm und sämtlichen Erdenkindern, die den warmen Hauch des Mitleids empfinden. Im Papste ist der Mensch zu fühlen.

Er ist auch eine völkerrechtlich anerkannte Person, wie schon die Uebung beweist, daß viele Staaten in diplomatischen Beziehungen zu ihm sind, sich durch Botschafter oder Gesandte bei ihm vertreten lassen, wie auch er seine Nunzien bei den Regierungen beglaubigt. Die Note des Papstes über den Frieden ist somit nicht bloß eine moralische, sondern auch eine politische, eine völkerrechtliche Kundgebung, ausgehend von einer Stelle, welche diplomatisch befugt ist, über die Beziehungen zwischen den Ländern zu sprechen und eine Antwort auf Fragen zu verlangen. Das politische Urteil über die Note darf nur verstandesmäßig sein und muß sich von dem Eindrucke, den die menschlichen Beweggründe des Papstes hervorrufen, lösen. Der Papst hat gewußt, daß der Vermittler des Friedens auf die schärfsten Widerstände bei den Führern der Entente stoßen werde. Er hat die Vorsicht gebraucht, seine Note nicht zu bestimmten Anträgen, wie die Vorschläge zu behandeln seien, zusammenzufassen. Er verlangt nicht, daß sie einer Konferenz zu unterbreiten und in einem persönlichen Meinungsaustausch zu beraten seien; er läßt das Schreiben in die unbestimmte Hoffnung auslaufen, daß sie genehmigt werden. Er folgt dem Gedankengang der Entente, soweit der ausgleichende Wille des Vermittlers dies zuläßt. Der von ihr verkündete Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen wird in dieser scharfen Prägung nicht als Unterlage des Vertrags empfohlen. Die Entente regt sich bis zum heutigen Tage auf, weil der frühere Reichskanzler einmal von einem Frieden nach der Kriegskarte gesprochen hat. Der Papst will die vollständige Räumung von Belgien und Bürgschaften für die politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit dieses Landes. Die Deutschen sollen

von den besetzten Gebieten in Frankreich sich zurückziehen und die Mittelmächte wären nach dem Wortlaute des Vorschlages auch gebunden, die vielen hunderttausend Quadratkilometer, welche sie in Rußland, Rumänien und Serbien erobert haben, den früheren Besitzern zurückzuerstatten. Was kann die Entente mehr wünschen, wie kann sie stärker entlastet und mehr von Schwierigkeiten befreit werden als durch diese Vorschläge des Papstes und durch einen solchen Frieden. Das Aeußerste, was sie nach dem bisherigen Gange des Krieges, nach dem Zusammenbruche von fünf Bundesgenossen hätte auch nur träumen können, wird ihr hier auf der Hand des Papstes geboten.

Der Papst kennt die Gesinnung der Mittelmächte. Da ihre Friedensliebe den Vermittler unterstützt, braucht er weniger Mühe aufzuwenden, sie zu überzeugen, und möchte die Gegner gewinnen. Das Gebiet der Mittelmächte ist vom Feinde nahezu frei. Der Grundsatz von der Rückgabe erobeter Landstriche ist somit für sie die weitaus größere Belastung. Wie versucht der Papst, durch Entlastung das Gleichgewicht wieder herzustellen? Hier ist eine Lücke im Gedankengange der Note und der Vorschläge. Wenn der Friede genau so geschlossen werden sollte, wie es sich der Papst ausgesprochen hat, würde die Entente in den Vollbesitz der Landesteile kommen, die vor dem Kriege ihr Eigentum waren, und hätte keine wie immer geartete strittige Frage weiter zu ordnen. Die Mittelmächte hätten Belgien, Frankreich, Rußland, Serbien, Montenegro und Rumänien zu räumen, einen unermesslichen Wert auszuliefern und wären nach den Anträgen des Papstes trotz dieser Opfer gezwungen, sich über Lebensfragen, um welche die zartesten Empfindlichkeiten herumspielen, mit den Feinden auseinanderzusetzen. Denn so zurückhaltend auch der Papst auf die Wünsche hinweist, die uns den Verlust von Triest und Trient und die Deutschland den Verzicht auf Elsaß und Lothringen zumuten, so ist schon das bloße Erwähnen, das bloße Zugeständnis, daß solche Aspirationen, wie sie der Papst nennt, im Frieden geordnet werden sollten, eine schwere Belastung der Mittelmächte. Wenn die Monarchie nicht zertrümmert und nicht wehrlos den Gegnern preisgegeben ist, werden solche Aspirationen in die Tagesordnung einer Friedenskonferenz niemals eingeschrieben werden. Der Papst hat ferner in seinen Vorschlägen erwähnt, daß die Fragen geprüft werden sollen, die sich auf die ehemaligen Bestandteile des Königreiches Polen und auf Armenien beziehen. Galizien ist auch ein Bestandteil des ehemaligen Königreiches Polen. Die Vorschläge, welche die Entente der Friedenspolitik näherbringen sollen, sind klar und deutlich und lassen nichts Streitbares zurück. Dieses Aufräumen mit den Ursachen der schwersten Zwistigkeiten, die Abwehr der nationalistischen Ueberreibungen sowie die durch nichts verdunkelte Anerkennung der Besitzstände fehlen bei den Anträgen, welche die Mittelmächte berühren.

Deutschland findet allerdings in der Note des Papstes den Vorschlag, daß die Kolonien zurückgegeben werden sollen. Auch die Freiheit der Meere, die Abrüstung und die friedenssichernden Einrichtungen im Völkerrechte werden gefordert. Aber nicht die einzelnen Vorschläge, von denen manche auch bei den Mittelmächten schon vom Volksgedankens zurückgewiesen werden, sind der Edelgehalt in der Note des Papstes, sondern der Wille, als Evangelist des Friedens den Völkern eine Botschaft zu senden, und der Mut einer Pflichterfüllung, die sich von Zweifeln nicht abschrecken läßt. Die wenigen neutralen Länder, die Europa noch hat, waren viel zaghafter und wollten mit einer Friedensvermittlung den Ministern der Entente nicht unwillkommen sein. Der Papst hat sich darum nicht gekümmert und die Entente, die ohne zureichenden Grund schon jetzt rings um ihn tobt, gezwungen, in die Erörterung über den Frieden einzutreten. Wieder geht ein Ruf durch das Land: Ecce Homo! Die Entente will ihn kreuzigen. Oder sollte das nur Verstellung sein? Nicht unmöglich.

Die Friedensnote des Papstes.

Die Antwort der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Wien, 20. August.

Die Friedensnote des Papstes dürfte in der nächsten Zeit, vielleicht schon morgen, vom Minister des Aeußern Grafen Czernin beantwortet werden.

Die päpstliche Note an die kriegführenden Mächte muß in erster Linie von dem Gesichtspunkte eine Beurteilung erfahren, ob durch die Verwirklichung der in der Note zum Ausdruck gebrachten Vorschläge und Wünsche die Möglichkeit für die gedeihliche Existenz der Monarchie und Garantien für ihre friedliche Entwicklung gegeben wären. Verfolgt die Note also rücksichtlich der mit der Beendigung des Krieges zusammenhängenden Fragen ähnliche Ziele, wie sie in den mehrfach gemachten Erklärungen der Monarchie ausgedrückt sind, dann wäre die Grundlage für Verhandlungen gegeben.

Vor allem sei bemerkt, daß die Note des Papstes sowohl von uns als von deutscher Seite in sympathischster Weise begrüßt wird. Sie ist erfüllt vom Geiste reinsten Menschenliebe und selbstloser Neutralität. Die Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens ist auch unser Wunsch, und Bestrebungen, die auf Erreichung dieses hohen Zieles gerichtet sind, werden hier die aufrichtigste Förderung finden.

Die konkreten Vorschläge der Friedensnote betreffen die stufenweise Abrüstung, die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes, die Freiheit der Meere und die damit zusammenhängende allgemeine Handelsfreiheit sowie endlich die wechselseitige Aufhebung der Besetzung der akkurzierten Gebiete.

Diese Vorschläge wären zweifellos geeignet, zur Grundlage für die Anbahnung von Friedensmöglichkeiten zu dienen. Ihre Verwirklichung bedeutet allerdings die Vernichtung der englischen Seeherrschaft und die Beseitigung der Flottenstützpunkte Englands auf allen Meeren, Gibraltar, Malta, des Suezkanals usw.

Sollte jedoch auf Basis dieser Vorschläge kein Einvernehmen möglich sein, dann müssen andere Wege gesucht werden, die Zukunft der Monarchie sicherzustellen.

Was gewisse territoriale Streitfragen betrifft, so drückt der Papst unter besonderer Rücksichtnahme auf die österreichisch-italienische und deutsch-französische Frage die Hoffnung aus, es werde gelingen, diese Fragen im Geiste des Entgegenkommens zu prüfen und sie im Rahmen der Gerechtig-

keit und mit Rücksichtnahme auf die allgemeinen Menschheitsinteressen zur Lösung zu bringen. Es ist hier zu beachten, daß der Papst nicht sagt, daß die territoriale Aspiration befriedigt werden sollte. Tatsächlich entspricht es auch ganz und gar nicht dem Prinzip der Gerechtigkeit, Gebiete herzugeben, die seit vielen Jahrhunderten in unserem Besitze sind. Die autochthone Bevölkerung Südtirols war stets kaisertreu und wünscht absolut nicht, erlöst zu werden. Und was Istrien, Görz und Dalmatien betrifft, so ist es bekannt, daß deren Bevölkerung in überwiegendem Maße der slawischen Nationalität angehört und ebenso wie die meisten ihrer italienisch sprechenden Mitbürger es wünscht, bei der Monarchie zu bleiben. Die Aspirationen Italiens sind eben nicht die Aspirationen der Völker, und die in der Note zum Ausdruck gebrachten Grundsätze müssen geradezu zur entschiedensten Ablehnung der italienischen Wünsche führen.

Die Entente und die vatikanische Note

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 16. August.

Der Wortlaut der jüngsten Note des Vatikans ist über London an die französische und auch an die italienische Regierung gelangt, da weder Frankreich noch Italien offizielle Vertreter am Heil. Stuhl haben. Diese Verspätung hat die Presse nicht gehindert, die Note des Papstes sehr rasch zu besprechen. Man stützte sich dabei nicht auf den Text des Vatikans, sondern auf Auszüge, die verbreitet wurden und die nicht einmal alle übereinstimmten, und man stützte sich auf Auslassungen der Londoner Presse, von der man vermuten konnte, daß ihr über die Bedeutung der päpstlichen Note etwas Genaueres zu Ohren gekommen war.

Die Ablehnung irgend einer päpstlichen Aktion für den Frieden ist in der französischen Presse allgemein. Es hätte gar keinen Sinn, auf die protestantische oder gar auf die kirchensfeindliche Presse Frankreichs abzustellen. Werfen wir einen Blick auf die gut katholischen Blätter. Das „Journal des Débats“ hebt gleich zu Beginn seines Artikels (Nummer vom 16. August) hervor, daß sich der Heil. Stuhl seit Beginn der Weltkrise nicht gerade in die beste Postur gestellt habe, um mit Autorität zu den Kriegführenden zu reden; denn er habe gegenüber Angreifern und Angegriffenen eine vorsichtige Neutralität bewahrt. Auch dürste man nicht vergessen, daß das Heil. Oesterreich-Ungarns stets eine der ersten, wenn nicht die erste Sorge des Vatikans gewesen sei. Immerhin sei es ja möglich, meint das Blatt weiter, daß auch der Nachfolger der Apostel seinen Weg nach Damaskus gefunden habe. Er hätte das in den Friedensvorschlügen zeigen können. Leider aber enthielten diese, so viel man bis jetzt sehe, keine befriedigende genauere Festlegung. Wohl könne der Papst für den Frieden intervenieren, aber nur auf dem Boden des Wilsonschen Programms. „Die Gläubigen Frankreichs haben sich zu sehr am Opfer der Gesamtnation beteiligt, zu viele unserer Priester, die starken Herzens eine Pflicht annehmen, von der die Geistlichkeit sonst überall befreit ist, sind gefallen, als daß wir einen Frieden, komme er woher er wolle, annehmen würden, der unsere Toten berauben würde.“ Durch viel mehr Bindungen hindurch kommen der „Figaro“ und andere katholische Organe zu demselben Schluß. Im „Figaro“ (16. August) hält Julien de Narson dafür, daß Papst Benedikt bei seinen Vorschlägen mehr auf die Kriegskarte als auf die Kriegsverantwortlichkeiten abstellt. Es sei sicher, daß die Entente, wenn sie jetzt Frieden machen würde, ebenfalls auf diese Kriegskarte abstellen müßte. Darum sei eben der Augenblick des Friedens noch nicht gekommen.

Diese Aufnahme des päpstlichen Vorschlages wird niemanden in Erstaunen setzen, der die Stimmung in den Ententestaaten kennt. Im Westen Europas hat man ganz andere Ansichten über die allgemeine Kriegslage als in der Mitte Europas. Man hat das Gefühl, ja die Gewißheit, das Heft je länger je mehr sicher in der Hand zu halten. Man will eine Entscheidung und zweifelt nicht daran, daß man sie über kurz oder lang (man rechnet in der Regel mit zwei Jahren) so erreichen wird, daß das Friedensprogramm der Entente vollständig durchgeführt werden kann. Wer so denkt, der ist natürlich nicht geneigt, irgend einem Vermittler sein Ohr zu leihen, dessen Ansichten über den Frieden sich nicht mit denen, die man selbst hat, decken. Und da die Presse ganz sicher war, daß Papst Benedikt nicht genau so über den Frieden denkt, wie die Regierungen der Entente, so konnte sie leicht seine Vorschläge ablehnen ohne sie genau zu kennen.

Man hat hinter Stockholm Deutschland vermutet, man vermutet Deutschland hinter dem Vatikan und schließlich hinter der von Schweden angeregten Konferenz der Neutralen. Eine Konferenz der Neutralen, aus der vielleicht eine Liga der Neutralen hätte hervorgehen können, wäre der Entente unter Umständen einmal unangenehm gewesen. Heute schreckt diese Perspektive, wie das „Journal“ sagt, niemanden mehr. Und das Blatt fügt hinzu, Deutschland selbst habe es sich angelegen sein lassen, diese Sorge zu zerstreuen. Diese Anspielung auf die Ohnmacht der noch neutralen Mächte ist deutlich genug. Seitdem die Vereinigten Staaten im Lager der Entente sind, sind die neutralen Staaten politisch eine „quan-

tité négligeable“ geworden. Der unbeschränkte Unterseebootkrieg der Deutschen hat nicht nur das mächtige Amerika in den Krieg gebracht, sondern auch alle Maßnahmen der Blockadepolitik verschärft. Das vielgerühmte Unterseeboot ist eine recht zweischneidige Waffe. Wer im jetzigen Augenblick für den Frieden arbeitet, wird von der Entente ohne weiteres als Deutschfreund angesehen. Außerdem werden die Friedensbestrebungen als Zeichen der Schwäche der Mittelmächte ausgelegt. Hervé gibt heute die allgemeine Stimmung treffend wieder, wenn er schreibt: „Es ist klar, daß Deutschland und Oesterreich nicht an allen Glockenzügen Europas anklängen würden, um einen Frieden „ohne Entschädigungen und Annexionen“ zu erbetteln, wenn sie sich nicht für unrettbar verloren hielten.“

Die Tragödie der Irrungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Genf, 25. August.

Der Pariser Vertreter des „Journal de Genève“ macht auf eine bisher kaum beachtete, zuerst von dem englischen Publizisten Headlam in der „Times“ vom 16. August erwähnten Entdeckung aus der Vorgeschichte des Krieges aufmerksam, die sich aus der von Herrn Gerard veröffentlichten Mitteilung des Kaisers an Wilson vom 10. August 1914 ergebe. Sie würde die merkwürdige Tatsache beweisen, daß sich am Abend des 30. Juli 1914 die europäischen Großmächte, ohne es eigentlich zu wissen, auf einer Formel geeinigt hatten, die die Katastrophe noch im letzten Augenblick hätte verhindern müssen. Der Berichterstatter des „Journal de Genève“ steht natürlich von vornherein auf dem Standpunkte, die deutsche Regierung hat das Versöhnungswerk böswillig zerstört. Er stellt aber doch, sei es aus eigenem Antriebe, sei es veranlaßt, diese neue Tatsache zur internationalen Erörterung und hierauf ist wohl in jedem Falle der Nachdruck zu legen.

Der Journalist rekapituliert die letzten Stunden der diplomatischen Verhandlungen: Edward Grey machte am 29. Juli durch den britischen Botschafter in Berlin den Vorschlag, daß Oesterreich Ungarn Belgrad und die Umgebung besetzen und dann seinen Vormarsch einstellen soll. Fast gleichzeitig erklärte sich dann Sazonow, ohne den englischen Vorschlag zu kennen, bereit, alle militärischen Vorbereitungen einzustellen, falls Oesterreich den europäischen Charakter des Konfliktes in Serbien anerkenne. Deutschland antwortete am 30. Juli auf den Vorschlag Greys, es werde ihn nach Wien weiterleiten. Sir Edward Grey teilte am gleichen Tage seine Anregung der russischen Regierung mit und setzte hinzu, Deutschland werde Oesterreich-Ungarn im gleichen Sinne beeinflussen. Grey verständigte auch Frankreich, das sich dem Vertrage anschließt und seinerseits Rußland zur Annahme drängt. Sazonow nimmt auch an. Er residiert eine neue Formel, die seinen früheren eigenen Vorschlag mit dem Greys kombiniert. Es fehlt nur die Zustimmung Wiens.

Aber in diesem Augenblicke beginnen auch schon die militärischen Maßnahmen: Kriegszustandklärung in Deutschland, russische Mobilisation (nach der Chronologie der Entente), und trotzdem hat Oesterreich den rettenden Vorschlag Greys angenommen. Diese entscheidende Tatsache hebt sich klar aus dem Verlaufe des deutschen Kaisers an Wilson vom 10. August. Kaiser Wilhelm teilte darin bekanntlich mit, er habe fast gleichzeitig mit dem englischen Vorschläge ein Telegramm aus Wien bekommen, das ihn bat, London einen gleichen Plan zu unterbreiten. Wie durch ein Wunder hatten sich alle europäischen Großmächte unabhängig von einander auf einen Vorschlag geeinigt, der alles retten konnte.

Wie kam es, daß Europa trotzdem plötzlich mitten im schrecklichen Kriege stand? Der Berichterstatter des „Journal de Genève“ antwortet: weil London niemals die Depesche des deutschen Kaisers über die Annahme des Vorschlages von Grey von ihm bekam. Der englische König bekam das Telegramm nicht, das Foreign Office hatte keine Nachricht von ihm — bis zum August 1917, bis zur Veröffentlichung durch Gerard. Am 1. August 1914 telegraphierte Edward Grey noch dem Botschafter Gotschew die von Rußland angenommene Einigungsformel, aber am gleichen Tage erließ Deutschland schon das Ultimatum an Rußland. Wie ist dieses Geheimnis aufzuklären?

22./III. 1917

Der Reichskanzler über die päpstliche Note.

Daß die Note Benedikts XV. über den Frieden bei den Centralmächten die vollste Achtung und sympathische Würdigung finden werde, das mußte niemand gesagt werden; denn wir waren es, die zuerst ein hochherziges Friedensangebot gestellt haben. Ebenso selbstverständlich und gerade in der Achtung und der Würdigung der ethischen Leitmotive der päpstlichen Note begründet ist es, wenn die Prüfung sorgsamst erfolgt und die Antwort auf das reiflichste erwogen wird. Die praktische Stellungnahme und das Verhalten zu den Einzelheiten des päpstlichen Vorschlages konnte daher der deutsche Reichskanzler dem Hauptausschuß des Reichstages nicht mitteilen, was er aber sagte und eben sagen konnte, wird bei allen Völkern der Centralmächte die gleiche vollste Billigung nachrufen wie bei der Mehrheit des deutschen Reichstages.

Zwei Momente der Rede Dr. Michaelis' verlangen besondere Hervorhebung. Zunächst die nachdrückliche Betonung, daß Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei solidarisch auch in dieser Frage vorgehen werden. Das bedeutet, daß jede Einzelheit der päpstlichen Vorschläge gemäß den Anschauungen jener Centralmacht beantwortet werden wird, die die in Frage stehende Anregung vor allem berührt. Bei jeder Interessenfrage einer Centralmacht sagen sich die andern, „auch dies ist meine Sache, aber die berechtigten Forderungen der einen Macht müssen geachtet werden“, und handeln danach. In dem alten Bündnis unsrer Monarchie mit dem Deutschen Reich ist es begründet, daß der deutsche Reichskanzler gestern neuerdings seine Hauptaufgabe darin erblickt, diese bewährte Freundschaft zu hegen. Als neuer Mann in seinem Amt legt er Gewicht darauf, die Stetigkeit dieses Bündnisses, das nun durch Blut besiegelt wurde, mit aller Wärme und Entschiedenheit zu betonen. Er tat dies unter herzlichster Hervorhebung seiner Begegnung mit unserm Minister des Aeußern Grafen Czernin. Ein unzerbrechlich Bollwerk sind die Centralmächte. Sie sind zugleich ein Bollwerk des Friedens, allerdings nur eines ehrenhaften, dauernden und gerechten Friedens.

Die zweite markante Einzelheit der kurzen Erklärung des deutschen Reichskanzlers ist zweifellos in dem Satz gegeben, daß die päpstliche Note mit dem sicheren Vertrauen auf die an allen Fronten glänzende militärische Lage geprüft wird. Eben das schafft ja uns und unsern Verbündeten das stolze Piedestal für unsre Friedensbereitschaft, die von der Menschlichkeit und von der Achtung vor den edelsten Grundsätzen einzig und allein vorgegeschrieben ist. Wir sind gut und wir sind stark. Wir sind aber auch stark, weil wir gut

Eine wichtige Rede des deutschen Reichskanzlers über Krieg und Frieden.

Mitteilungen des Marschalls v. Hindenburg über die günstige Lage auf den Schlachtfeldern und sensationelle Enthüllungen über Eroberungspläne der Entente.

Wien, 21. August.

Erst nach Mitternacht ist die Rede des deutschen Reichskanzlers in Wien veröffentlicht worden. Sie ist von hoher Bedeutung und bringt wieder einen neuen Beitrag zur Wahrheit über die auf eine förmliche Verteilung der Welt gerichteten Pläne der Entente. Rußland sollte, wie Doktor Michaelis mitgeteilt hat, Konstantinopel, die europäischen Ufer der Meerengen, das südliche Thrazien bis zu der im Balkankriege so häufig genannten Linie von Enos nach Midia bekommen, dazu noch Armenien und vieles andere. England verlangte Mesopotamien, wollte Arabien mit den heiligen Stätten unter seine Oberhoheit bringen, Palästina internationalisieren, Kleinasien mit Frankreich teilen, in den griechischen Inseln wollte sich Rußland festsetzen, Zubros und Tenedos nehmen und hinübergreifen auf das asiatische Ufer des Hellespont. Das wurde in Verträge niedergelegt und mit solchen Plänen zur Unterjochung fremder Völker, zur Bedrückung der Mohammedaner und zur Abspernung der Welt heuchelt die Entente den Menschen vor, daß sie das Schwert nur für das Recht und die Unabhängigkeit der kleinen Völker, nur für die Sicherung des Friedens und gegen den Militarismus gezogen habe. Vielleicht ist das Größte in diesem Kriege die nie vorher erreichte Kunst der Verlogenheit. Ein englischer Minister hat die Stirne, diesen Krieg einen Kreuzzug zu nennen; in Wirklichkeit ist er jedoch ein Raubzug, wie er nie vorher versucht worden ist. Der Balkan sollte geknebelt, die Türkei in Stücke gerissen, Griechenland durch die Wegnahme der Inseln abhängig werden, über Mekka und Medina, die den Mohammedanern heilig sind, wollte England herrschen. Jetzt erst wird deutlich, wie verrucht die Anschläge der Entente gegen das Wohl der Menschheit sind.

Der Reichskanzler hat in seiner Rede gesagt, daß er bei den Feinden bisher nicht einmal die Spur des Gedankens an den Frieden gefunden habe und daß nichts übrig bleibe, als sich der Haut zu wehren. Wie nachdrücklich das geschieht, zeigt sich in einer dem Hauptausschusse mitgeteilten Depesche des Feldmarschalls v. Hindenburg, die nach einer Schilderung des bisherigen Ganges der großen Schlachten in Frankreich zu dem Ergebnisse kommt, daß die militärische Lage nie so günstig gewesen sei wie am Beginne des vierten Kriegsjahres. Aber die Entente, sagt der Reichskanzler, hat nicht die Absicht, einen Verzichtfrieden zu schließen. Sie will beinahe einen Weltteil erobern und teilen, wie sie nach der Friedenskonferenz im Haag, zu deren Teilnehmern auch Persien gehörte, dieses arme Land geteilt und ihm nur eine Scheinunabhängigkeit gelassen hat. Nach solchen Enthüllungen, die im Hauptausschusse des Reichstages nicht geringes Aufsehen hervorgerufen haben müssen, sprach der Reichskanzler über die Friedensnote des Papstes, die nicht von Deutschland veranlaßt worden, sondern aus der freien Entschließung hervorgegangen sei. Dr. Michaelis hat erklärt,

daß er die Note sympathisch begrüße, aber zu den Einzelheiten nicht Stellung nehmen könne und über die Antwort mit den Verbündeten noch verhandele. Deutschland billige jeden redlichen Versuch, den Frieden herbeizuführen. Aber die Schilderungen, die der Reichskanzler von der Entente politik entworfen hat, die Mitteilungen über ihre Pläne auf dem Balkan und in Kleinasien sowie in Arabien werden dem Papste zeigen, wie schwierig es ihm sein wird, seine Vermittlung bei der Entente durchzusetzen.

Die Vertreter der Parteien haben in der Debatte auch über den Friedensantrag des Papstes gesprochen. Die Vorschläge des Papstes wollen die Räumung der besetzten Gebiete, die volle und verbürgte Unabhängigkeit von Belgien. Die Mehrheit des deutschen Reichstages lehnt sich trotzdem gegen diese Anträge nicht auf. Wie nichtswürdig wird das deutsche Volk verleumdet, wenn seine Zustände so geschildert werden, als stünde es unter der Botmäßigkeit einer Militärkaste, als könnte es seinen Willen nirgends zur Geltung bringen und müsse von der Entente die Freiheit bekommen. Wenn die Demokratie nicht in Förmlichkeiten, sondern in der Durchsetzbarkeit des auf eine bestimmte Ordnung von Lebensfragen gerichteten Volkswillens besteht, so ist kein Parlament der Entente so demokratisch wie der deutsche Reichstag. Kant meint, die republikanische Verfassung wäre den Menschen vollkommen angemessen, aber es müsse ein Staat von Engeln sein, weil Menschen mit ihren selbstsüchtigen Neigungen einer Verfassung von so sublimen Form nicht fähig wären. Der Philosoph von Königsberg hat Bonaparte, der mit Unterstützung von Schiffsreedern und Gürtelbesitzern ein Staatsoberhaupt geworden ist, und Wilson, der einen Krieg unter dem Einflusse von Morgan anzusetzt, vorhergesehen. England und Frankreich haben schwache Parlamente, Regierungen, die unbeschränkt über das Land verfügen und in parlamentarischer Verkleidung eine Despotie aufgerichtet haben, nicht weniger drückend als die des gestürzten Zaren.

Die Geschäftsordnung des englischen Unterhauses regelt eine nachahmenswerte Eypflichkeit. Jede Sitzung beginnt mit Fragen an die Minister. Einige Mitglieder bekräften die Regierung, sie möge sagen, welche amtlichen Geschäfte Lord Northcliffe in Amerika zu verrichten habe. In der Debatte über das Anleihegesetz erzählte ein Abgeordneter, Lord Northcliffe habe in einer Rede den Amerikanern mitgeteilt, daß die Welt eigentlich erst am Beginne des Krieges sei. Der Abgeordnete forderte den Schatzkanzler auf, den Zeichnern eine ehrliche Auskunft über den wahren Stand des Krieges zu geben. Die Gefahr drohe, daß dem Lande nach Zahlung der Steuern und der Löhne nichts übrig bleiben und daß es nicht die Kraft haben werde, die Zinsen aufzubringen. Er hoffe, daß die Führung der auswärtigen Politik nicht von Lord Northcliffe abhängen werde. Der Bericht verzeichnet keinen Widerspruch. Aber der Mut fehlt, abzuschütteln, was der Krieg an Zwangsvorstellungen hervorgebracht hat. Die Entschlossenheit ist nicht zu finden, Leben und Vermögen eines Volkes gegen Lloyd-George zu schützen, gegen die Demagogie, die zur Pest geworden ist. Die Enthüllungen des Reichskanzlers zeigen die Entente, wie sie wirklich ist, eine Genossenschaft zum Vänderraub. Der Papst wird bei ihr wenig Gehör finden.

22./VIII. 1917

221

Niedergeschlagene Entente-Rebellion in Spanien.

Die Brandstifter am Werk. — Die silbernen
Kugeln. — Eine Fehlrechnung.

W. Wien, 21. August.

Aus den hier aus dem neutralen Auslande eingelangten ausführlichen und verlässlichen Nachrichten über die Vorgänge in Spanien ergibt sich, daß es dort in den letzten Tagen, und zwar speziell in Madrid, Barcelona und Bilbao, zu förmlichen Revolten kam, welche von der militärischen Macht, in einzelnen Fällen sogar unter Anwendung von Maschinengewehren und Geschützen unterdrückt wurden. Nur diesem außerordentlich energischen Eingreifen der militärischen Behörden ist es zu danken, wenn es der Regierung gelungen ist, dem drohenden Ausbruch größerer Unruhen vorzubeugen.

Dieses energische Vorgehen der bewaffneten Macht bestätigt die Nachricht, daß die gesamte Armee von der Ueberzeugung erfüllt ist, die seit Monaten vorbereitete und von der überwiegenden Mehrheit des spanischen Volkes schärfstens verurteilte Umsturz Bewegung sei von der Entente organisiert und finanziert, widerspreche den nationalen Interessen Spaniens und gehe geradezu darauf aus, eine moralische und materielle Schwächung dieses Landes herbeizuführen. In dieser Erkenntnis stellte sich die Armee bedingungslos an die Seite der Regierung. Diese Stellungnahme der Armee wurde durch das Ergebnis der im Laufe der Unruhen durchgeführten Hausdurchsuchungen nachträglich vollauf gerechtfertigt, da hierbei schriftliche Beweise zutage gefördert wurden, daß die Ententerregierungen mit den Führern der Aufstandsbewegung in engem Kontakte standen und diesen große Summen in ausländischer Währung zur Verfügung gestellt hatten. Bedeutende Mengen von Pfund- und Dollarnoten konnten bei den Rädelshörnern noch beschlagnahmt werden.

Infolge dieser Ereignisse und Untersuchungsergebnisse herrscht in der Armee und in den breiten Schichten der spanischen Bevölkerung heftige Entrüstung gegen die Ententerregierungen. Ministerpräsident Dato konnte

nicht umhin, mehreren Vertretern der öffentlichen Meinung mit Ausdrücken tiefer Bitterkeit zuzugeben, daß die Entente und insbesondere Frankreich mit den revolutionären Komitees in Spanien in Verbindung steht und deren Werk durch große Geldsummen gefördert hat.

Die Ententekreise hatten damit gerechnet, daß die von ihnen auch in die Armee getragenen Differenzen dort Disziplinlosigkeit hervorrufen würden. Diese Rechnung war falsch. Die revolutionäre Bewegung kann heute bereits im großen als fehlgeschlagen bezeichnet werden und bedeutet ein moralisches Debakel der Entente in Spanien.

Die Ereignisse in Spanien sind ebenso wie jene in Griechenland lehrreich nicht nur für alle übrigen Neutroten, sondern auch für alle jene, die es noch immer nicht übers Herz bringen, an der Harmlosigkeit der Verhandlungsregierungen zu zweifeln, und die Schuld am Weltkrieg und an seiner Fortsetzung am liebsten den Mittelmächten aufbürden möchten. Kein Staat ist sicher vor der Brandstifterei der freimaurerisch-plutokratischen Kriegsverschwörung, welche die Verbandsmächte beherrscht und mit ihren Polypenarmen die ganze Welt umschlingt. Die silbernen Kugeln rollen. Staaten, die sich den Frieden erhalten wollen, werden unterwühlt, Auführer gedungen, Männer wie Benizelos, Alfonso Costa, Romanones, Brant'ng usw. für den Plan gewonnen, auch ihr Volk in den blutigen Strudel zu stoßen. Je größer und allgemeiner das Chaos, umso reicher die Gewinne der Plutokratie. In Griechenland und Portugal und in andern Ländern glückte das Unternehmen, in Spanien mißlang es.

22./VIII. 1917

Die englische Friedensvoraussetzung?

Einstellung der Rüstungen.

Berlin, 22. August. (Privat.)

Das „B. Z.“ meldet aus dem Haag: Die „Westminster Gazette“ betont die außerordentliche Bedeutung, die für das Zustandekommen des Friedens die Bereitwilligkeit Deutschlands haben müsse, die Beziehungen zu den Völkern auf wirksamen internationalen Abmachungen aufzubauen, und fährt dann fort: Wenn wir sagen, daß diese Frage für uns an der Spitze unserer Auffassung von Friedensbedingungen steht, so wollen wir die Berechtigung dieses unseres Standpunktes kühn mit einem konkreten Beispiel erproben. Das britische Weltreich hat Ueberfluß an Boden, und wenn es sich bloß um Gebietsfragen handelte, so ließe sich alles durch ein vernünftiges Gehen und Nehmen zwischen den beiden Ländern ordnen, wie das vor dem Kriege erwogen wurde. Aber es existiert, wie Bethmann-Hollweg gesagt hat, kein internationales Recht. Und ergehen sich nach dem Kriege wie vor dem Kriege alle Nationen in Rüstungen gegeneinander und spielt Deutschland weiter seine Rolle, jeden vorteilhaften Punkt, den es gewinnt, als Drohmittel und als Mittel zur Unterstützung seiner Nachbarn zu benutzen, dann bekommt die Frage ein ganz anderes Gesicht. Denn unter dieser Voraussetzung wird jeder deutsche Hafen ein U-Boot-Nez oder ein Flottenstützpunkt, bestimmt, unser Reich auseinanderzutrennen, und jede deutsche Kolonie wird ein Erziehungslager für schwarze Truppen, die sicher gegen uns und unsere Verbündeten in einem zukünftigen Kriege losgelassen würden.

Grundvoraussetzung aller Friedensverhandlungen sind deshalb internationale Abmachungen über die Rüstungen.

Wenn dies wirklich die Voraussetzung des Friedens ist, dann kann England die Papstnote annehmen, die auf die Einschränkung der Rüstungen abzielt. Wir sind dann der Verständigung näher.

Erklärungen der Parteien.

Fehrenbach Vorsitzender des Hauptausschusses.

Im Hauptausschuß des Reichstages, der gestern nachmittag zusammentrat, erschienen Reichskanzler Dr. Michaelis, die Mehrzahl der Staatssekretäre, zahlreiche Bevollmächtigte zum Bundesrat, ferner außer den Mitgliedern des Ausschusses der Präsident des Reichstages und zahlreiche Mitglieder als Zuhörer.

Der Stellvertretende Vorsitzende Dr. Südekum eröffnete kurz nach 2½ Uhr die Sitzung. Er gedachte zunächst des verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Wasser mann, der als Berichterstatter wichtige Etatspositionen zu vertreten gehabt und auch während der heftigsten politischen Kämpfe verstanden habe, vorhandene Gegensätze zu überbrücken. Von dem Verstorbenen könne man sagen, er habe zwar Gegner gehabt, aber keine Feinde. Dr. Südekum widmete sodann Worte des Gedenkens und der Erinnerung dem in ein Ministeramt berufenen bisherigen Vorsitzenden des Hauptausschusses Dr. Spahn, der infolge seiner Berufung sein Mandat niedergelegt habe. Dr. Spahn habe jahrelang in unermüdlicher und zäher Arbeit im Hauptausschuß gewirkt und die Verhandlungen vorbildlich geleitet.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Wahl des Vorsitzenden. Auf Vorschlag des Abg. Ebert (Soz. Fraktion) wurde der vom Zentrum präferierte Abg. Fehrenbach einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Nachdem dann der Reichskanzler seine mitgeteilte Rede gehalten hatte, beschloß der Ausschuß auf Antrag des Abg. v. Peyer im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers zur Friedenskundgebung des Papstes vorweg Stellung zu nehmen und die übrigen Fragen der auswärtigen Politik erst nachher zu behandeln.

Von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion wurde die Erklärung abgegeben, sie begrüße lebhaft, wie jeden Schritt, der dem Frieden näher führe, so auch die päpstliche Aktion, das um so mehr, als von dem Vorgehen des Papstes gute Erfolge zu erwarten seien.

Die Fortschrittspartei ließ erklären, sie sei mit dem Reichskanzler einzig in der sympathischen Auffassung der Kundgebung des Papstes, und sie schließe sich den Ausführungen des Reichskanzlers an.

Die Zentrumsfraktion schloß sich ebenfalls der Erklärung des Reichskanzlers zur Friedenskundgebung des Papstes an. Sie erblickt in dem Schritt des Heiligen Stuhles, dessen Unparteilichkeit vor aller Welt kund sei, eine überaus wertvolle Förderung des von allen Völkern ersehnten Friedens und wünscht, daß dieser von den idealsten Gedanken getragenen weltgeschichtlichen Kundgebung voller Erfolg beschieden sein möge.

Die nationalliberale Fraktion ließ erklären, sie könne auf den materiellen Inhalt der päpstlichen Kundgebung jetzt nicht eingehen. Die Fraktion behalte sich ihre Stellungnahme dazu vor. Den Worten des Reichskanzlers hierzu könne sie sich anschließen.

Der Führer der Konservativen äußerte sich in derselben Weise. Seine Fraktion stimme der Erklärung des Reichskanzlers zur päpstlichen Note zu, behielt sich aber die Stellungnahme zu den Einzelheiten vor.

Ein Vertreter der Deutschen Fraktion begrüßte insbesondere die bestimmte Erklärung des Reichskanzlers, daß die Note des Papstes spontan von diesem erlassen und nicht auf Wunsch der

Zentralmächte erfolgt sei. Er und seine Freunde ständen der Kundgebung sympathischer gegenüber als dem feinerzeitigen Vermittlungsversuch des Präsidenten Wilson.

Ein Mitglied der unabhängigen Sozialdemokraten bedauerte, daß die Vorredner lediglich im allgemeinen ihre Sympathien zur päpstlichen Note zum Ausdruck gebracht und nicht in eine Erörterung eingetreten seien. Es sei doch selbstverständlich, daß man sich jeder Friedenskundgebung freundlich gegenüberstelle; der Reichstag dürfe nicht darauf verzichten, Einfluß auf die Art der Beantwortung der Note zu nehmen.

Demgegenüber betonte ein Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion, daß es sich nicht um einen Verzicht auf diese Einflußnahme handle, sondern lediglich um eine Verschiebung um einige Tage, bis eine Aussprache mit unseren Verbündeten darüber erfolgt sei. Zudem sei regierungsseitig zugesichert, daß die Beantwortung der päpstlichen Note nicht ohne enge Fühlungnahme mit dem Reichstag erfolgen werde, dem eine entscheidende Mitwirkung dabei zustähe.

Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen und auf Mittwoch vormittag vertagt. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der auswärtigen Politik.

Der Reichskanzler hat es vermieden, schon gestern zu der Friedensnote des Papstes abschließend Stellung zu nehmen und hat seine Erklärungen für einen Zeitpunkt verschoben, wo die Berliner Regierung mit ihren Verbündeten Rücksprache genommen haben wird. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß dieser Meinungsaustausch nicht lange auf sich warten lassen wird. Die Parteien des Hauptausschusses des Reichstages, die gestern auch ihrerseits noch keine Neigung hatten, sich der Anregung des Papstes gegenüber festzulegen, werden jedenfalls gut daran tun, beizeiten über ihre Haltung in dieser wichtigen Frage schlüssig zu werden, wenn sie die Fühlung nicht verlieren wollen, die ihnen der Reichskanzler selbst angeboten hat. Diese Fühlung kann nur darin bestehen, daß der Ausschuß nicht, wie bei früheren Gelegenheiten, erst an den von der Regierung beschlossenen vollendeten Tatsachen Kritik übt, sondern indem er, so lange es noch Zeit ist, sein eigenes politisches Programm als Richtlinie für die Regierungspolitik aufstellt.

Das Ende der Realpolitik.

Der neue deutsche Staatssekretär des Aeußern Freiherr v. Kühlmann hat sich gestern im Hauptauschuß des Reichstages mit einer kurzen Rede eingeführt, in der zwei Sätze die Aufmerksamkeit erregen, weil sie auf den ersten Blick wie deplacirte moralische Gemeinplätze klingen, bei genauerem Zusehen sich aber als Wiederentdeckung alter, leider nur zu lange vernachlässigter Wahrheiten erweisen. Der eine Satz lautet: „Nur wenn wir unsere Politik auf diese beiden Pfeiler, Macht und Recht, gründen, werden wir Dauerndes schaffen. Eine Politik, die nur auf Macht beruht, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.“ Seit fünfzig Jahren hat man von einem aktiven deutschen Staatsmann diesen hausbackenen Gedanken nicht mehr gehört. Es war im Jahre 1863, daß der Graf Schwerin im preussischen Abgeordnetenhaus den Geist der Bismarckschen Politik, die damals erst noch nur in Reden sich äußerte, in den Satz zusammenfaßte: „Macht geht vor Recht.“ Diese brutale Maxime wurde, nach Bismarcks Erfolgen, von seinen Anhängern, Nachtretern und Nachäffern zum Rang eines politischen Axioms, zum Inhalt der prozigen „Realpolitik“ erhoben. Wenn auch weder Bismarck noch sonst ein ernster Staatsmann sich zu dem Satz ausdrücklich bekannt hat, so haben viele Staatsmänner bei uns und solche, die es gern sein möchten, in seinem Sinne gedacht und gehandelt, und deutsche Philosophen, auch lange schon vor Bismarck, haben ihn offen gepredigt. Der ganze Neo-Machiavellismus beruht auf ihm. Es wäre eine prinzipielle Wendung von großer Bedeutung, wenn Freiherr v. Kühlmann die

Maxime vom Recht, die er zweifellos mit Bewußtsein der von der Macht entgegengestellt hat, auch durch die Tat bewähren und zur Grundlage seiner Politik machen würde. Was liegt nicht alles in diesem so lange vergessenen und verachteten Gemeinplatz von der Macht des Rechtes eingeschlossen? Geben wir nur einige von den Moral-Kontroversen der internationalen Politik hervor. Gleich das ganze Völkerrecht bedeutet nichts, wenn nur die Macht im physischen Sinne gilt. Die Anerkennung des Rechtes im Völkerleben ist die Wiederaufrichtung des Völkerrechtes, selbst wenn ihm nicht jene materiellen Garantien zur Verfügung stehen, die man jetzt durch die internationale Staatenorganisation schaffen will. Dann muß es auch nicht wegen eines Interessenkonflikts gleich zum Krieg kommen; Konflikte zwischen Staaten können dann auch, wie solche zwischen Einzelindividuen, im Wege des Rechtes — des geschriebenen oder des ungeschriebenen — durch Schiedsgerichte ausgetragen werden, und die Kanonen sind nur mehr die Ultima ratio der Könige, nicht aber ihre einzige ratio.

Solange man die Macht für das einzig ausschlaggebende Moment im Völkerleben hielt, konnte der Mächtige oder der sich zurzeit dafür hielt, dem Schwächeren oder dem gegenüber, den er zurzeit dafür hielt, alles erlauben, zum Beispiel Verträge zu brechen, die nicht so viel wert mehr waren als das Papier, auf dem sie geschrieben waren, oder den Schwächeren unter irgendeinem Prätext zu überwältigen. Die kleinen Staaten hatten es unter dem System jener Realpolitik schlecht und waren eigentlich zum Aufgehen in die großen Staaten bestimmt. Sobald man aber wieder das Recht als die Schranke anerkennt, an der die Macht ein Ende findet, sind die völkerrechtlichen Verträge wieder zu ihrem vollen Wert erhoben, nicht nur die Kanonen, sondern auch die Verträge schützen die Existenz und die Interessen der Staaten und Völker, und die kleinen Staaten gewinnen wieder ihr Recht zum Leben, das ihnen eine jädelassende und mit Bevölkerungsziffern operierende Gewaltpolitik versagt hatte. Es ist sehr richtig, daß Freiherr v. Kühlmann seine Sentenz gelegentlich der Besprechung des Verhältnisses zu den neutralen Staaten anbringt, von denen so viele bereits „abgebrockelt“ sind, aber keine mehr „abbrockeln“ sollen.

Die andere Sentenz bezieht sich auf die Bedeutung der Völkerpsychologie für die Politik. Auch gegen sie hat die eisenkresserische Realpolitik in den letzten fünfzig Jahren bei uns schwer ge-

sündigt, obwohl ihr angeblicher Meister Bismarck gerade die Wichtigkeit der „Imponderabilien“ in der Politik so eindringlich gelehrt und auch betätigt hat. Freiherr v. Kühlmann exemplifiziert, man müsse die jeweiligen psychologischen Dispositionen der Gegner richtig einschätzen, um ihnen im geeigneten Moment vom Frieden zu reden. Man muß es aber, auch in der psychologisch wirksamen Art tun. Wenn ich einen Gegner zur Nachgiebigkeit veranlassen will, darf ich ihm natürlich nicht mit der geballten Faust unter die Nase fahren und im Gefühl des Siegers mit ihm diktatorisch reden. Ich muß ihn gelassen lassen, sonst reize ich nur noch den letzten Rest von Selbstgefühl in ihm zum Widerstand auf.

Man sieht, die paar Sätze in der Rede des Freiherrn v. Kühlmann könnten für alle Zeiten einen Segen stiften und uns im gegebenen Augenblick dem Frieden näher bringen, wenn sie ernstlich in die Praxis der Diplomatie eingeführt werden würden. Es wäre dann das Ende der falschen Realpolitik genommen, und die idealen Motive gewannen die Führung wieder in der Staatskunst, die unter der ausschließlichen Herrschaft der Gewalt zur allgemeinen Menschenjähzerei ausgeartet ist.

Der Friedensgedanke zieht seine Bahn.

Während das Morden auf den Schlachtfeldern in einer Furchtbarkeit vor sich geht, die alles zu übersteigen scheint, was die Menschheit in diesen drei entsetzlichen Jahren zu ertragen hatte, zieht der Friedensgedanke seine Bahn und die Hoffnung dämmert auf, daß er die Blutinstinkte dem doch überwinden werde. Der deutsche Reichskanzler hat gestern die Bemühungen des Papstes, durch einen dauernden Frieden dem Völkerkrieg ein Ende zu machen, mit Sympathie begrüßt. Die englische Regierung hat dem Papste mitteilen lassen, daß sie die päpstliche Note „einer wohlwollenden und ernststen Prüfung unterziehen werde“. Gleichzeitig lichten sich auch die Nebel, die sich auf die Stockholmer Konferenz gebreitet haben, und es wird sichtbar, wie der russische Genosse Rosanow dem Arbeiter- und Soldatenrat mitteilte, daß die Sozialisten aller Länder der Konferenz zustimmen und in der Ueberzeugung von dem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen einig sind. Und in Rußland bricht sich die Klarheit durch, daß Revolution und Fortsetzung des Krieges unvereinbare Gegensätze sind, daß die Fortführung des Krieges nicht weniger bedeutet als die bewußte Stärkung der gegenrevolutionären Kräfte. Der Krieg kann für Rußland, nach den bestimmten Versicherungen der Mittelmächte, kein Verteidigungskrieg mehr sein, er muß unweigerlich imperialistische Ziele annehmen und ist dadurch gezwungen, reaktionäre Strömungen hervorzurufen und sich auf sie zu stützen; die Bewahrung der revolutionären Errungenschaften, der Fortschritt in der Revolution, bedingt also die Beendigung des Krieges, verlangt gebieterisch den Frieden. Indem nun Rußland zu den revolutionären Ideen wieder zurückkehrt, wird es unmöglich, daß die Westmächte bei ihren Quertreibereien gegen die Konferenz Rußland ausspielen; die Verweigerung der Pässe ist leichter verkündet als durchgeführt. Wir sehen also auf der einen Seite die Einwirkung des Friedensschrittes des Papstes auf die Regierungen; auf der anderen die Sammlung der sozialistischen Internationale, die, einmal vollendet, dem Kriege unzweifelhaft das Rückgrat brechen wird. In diesen Tagen des blutigsten Gemehls, da der Genius der Menschheit schauernd sein Antlitz verbirgt, wird die Hoffnung wieder rege, daß es doch vielleicht der letzte Ausläufer dieses Mordkrieges sei.

Von einem ehrenvollen Frieden spricht Kaiser Karl, von einem ehrenvollen Frieden spricht der Reichskanzler; aber darunter kann keineswegs das phantastische wie fruchtlose Jagen nach einem „Sieg“ verstanden werden, der es ermöglicht, den Gegnern die Friedensbedingungen vorzuschreiben; darunter kann nur ein Friede der Verständigung, der Ausöhnung begriffen werden, der dauernde Friede, der sich gründet auf allgemeine Abrüstung und auf eine Organisation der Welt, die den Krieg ebenso als erstes wie als letztes Mittel aus dem Bewußtsein der Menschheit löscht. Denn jener „Sieg“, von dem die Kriegsnarren immer noch fabeln, weicht immer wieder wie ein äffendes Trugbild in weite Ferner zurück, so oft man ihn in greifbare Nähe gerückt wähnt; schon die Riesenhaftigkeit des Weltkrieges scheidet ihn aus den Möglichkeiten aus. Heeresmassen, die aus so vielen Millionen Soldaten bestehen, wie sie beide Mächtegruppen aufzubringen vermögen, lassen sich auch in dem großstrategischen Sinne nicht „entscheidend“ schlagen, und Erfolge und Misserfolge sind heute, so furchtbar-gewaltig auch der Angriff sein mag, nur örtliche, in ihrer Einwirkung auf die Gesamtlage beschränkte Vorfälle. Die allergrößten Schlachten verändern kaum in Strichen die Gesamtlage; der Krieg ist in sich längst so entschieden, als er, gemäß seinem Riesenmaße, eine Entscheidung überhaupt bringen kann. Unbegrenzt mögen dagegen die Fähigkeiten des „Durchhaltens“ sein; aber um welche Opfer! An acht Millionen Menschenleben wird der Krieg schon verschlungen haben, und auch die Krüppel gehen in Millionen. Dazu die wahnsinnige Verwüstung des Wohlstandes aller europäischen Völker; überall eine erschreckliche Zerrüttung der Volkswirtschaft, eine ungeheuerliche Verschuldung, überall eine Not, die die Gemüter ermüdet, ein Elend.

in dem alle Spannkraft untergeht; das so geartete Durchhalten ist allen möglich, aber es führt zum Zusammenbruch, zu einem wahren Ausbluten und Verbluten der Menschheit. Das alles ist so sumfänglich klar, daß sich die Verstocktheit, die noch immer davon träumt, die Gegner auf die Knie zu bringen, dagegen nicht behaupten kann, nicht behaupten wird. Es muß den Verantwortlichen endlich klar werden, wohin sie treiben, und daß ihnen allen keine andere Wahl bleibt, als einzulenken und umzukehren.

Bis jetzt haben doch eigentlich nur die Regierungen gesprochen und gehandelt, und die Völker haben sich zu der Pflicht bekant, dem Kriegswillen, der sich in so empfindlichem Gegensatz zu der Volksstimmung befindet, zu gehorchen, jeden Widerspruch aufzugeben. Aber allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß dieser Friede nicht von Diplomaten, Regierungen und Herrschern geschlossen werden kann, daß die Völker selbst, damit er die Kraft der Dauer erlange, hinter ihn zu treten haben, daß die Völker deshalb in den Vollbesitz ihres Selbstbestimmungsrechtes treten müssen, damit er die Bürgerschaft durch freie, selbstbestimmende Völker empfangen. Der Friedensschluß kann nur durch Demokratien zustande kommen, nur auf ihnen kann sich der ehrenvolle und dauernde Friede aufbauen. Allmählich begreift man das auch im Deutschen Reiche, und die Entschlossenheit, mit der der Reichstag sein Recht vertritt: zu wollen, zu entscheiden, zu bestimmen, kann als erfreuliche Aenderung betrachtet werden. Dem Reichskanzler ist heute mit erfreulicher Klarheit bedeutet worden, daß es nicht darauf ankomme, wie er die Friedensresolution des Reichstages „auffaßt“, sondern darauf und nur darauf, was der Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes, will und sagt. Und die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes will den Frieden der Verständigung, den Frieden ohne Demütigung, den Frieden, der diese Zeit des Hasses endigt und das harmonische Zusammenarbeiten aller Völker des Erdballs herbeiführt. Das deutsche Volk ist friedlich, und seine Friedenshand werden die Gegner nicht zurückweisen.

Eine neue Friedensanfrage im englischen Unterhause.

Asquiths Antwort.

London, 22. August.

Das Reutersche Bureau meldet:

Im Unterhause stellte Bonsonby (radikal) die Anfrage, ob für den Fall, daß während der Parlamentsferien Verhandlungen angeknüpft werden sollten, um die Feindseligkeiten zu beenden, der Premierminister schließlich das Parlament einberufen würde, um darüber zu beraten.

Premierminister Asquith erwiderte scharf: „Nein, ich kann keine solche Verpflichtung eingehen!“

In Vertretung des Munitionsministers teilte Unterstaatssekretär Addison über die Explosion in der Munitionsfabrik in Yorkshire mit, daß 20 Leichen geborgen seien. Wenn auch durch die Explosion gewaltige Zerstörungen angerichtet worden seien, so seien die Verluste doch nicht so schwer, wie man zuerst annahm.

Der Papst als Friedensstifter.

Seine Persönlichkeit und seine Politik.

Wien, 22. August.

Der Erzbischof von Bologna Giacomo della Chiesa hat nur vier Monate den Purpur eines Kardinals getragen. Er wurde im Mai ernannt und in den ersten Tagen des September im Dome zu Sankt Peter als Papst gekrönt. Häufig mag es nicht vorgekommen sein, daß ein nach dem Dienstatler so junger Kardinal aus dem Konklave als Papst hervorgegangen wäre, und so wie dieses Erlebnis des Erzbischofs von Bologna ungewöhnlich gewesen ist, war es auch seine Bestimmung, in den Vatikan einzuziehen, als die größten Kulturvölker schon aus tiefen Wunden bluteten, Zorn und Haß sich durch die Welt verbreitete und in Rom die Verführungen zum Treubruche an den Verbündeten begannen. Aber merkwürdiger noch als das große Vertrauen, das die Kardinalen dem erst vier Monate zu ihnen gehörenden Erzbischof von Bologna in einem Augenblicke schenkten, da sich eine solche Tragik auf die Welt niederschickte, war die Erscheinung, daß der neue Papst schon in dem Erlasse, den er bei seinem Regierungsantritte veröffentlichte, das Wort gefunden hat, das den von ihm seither unablässig verfolgten Gedanken ausdrückt. Er wußte sofort, was er will, und ist jetzt derselbe, der er vor drei Jahren gewesen ist, ein Verkünder der Friedenspflicht. Er hat damals gesagt, es wäre sein fester Entschluß, nichts zu unterlassen, was in seiner Macht stehe, das Ende des Unglückes zu beschleunigen. Wir spüren einen Herzerston, wenn er in der Stunde, da er sich zum ersten Male an den Erdbreis wendet, die Staatsoberhäupter beschwört, sie möchten bedenken, daß Trauer und Elend nicht weiter vermehrt werden dürfen. Es kann nicht bloße Politik sein, wenn der Papst die beneidenswerte Regung hat, mit den Mächten zu verhandeln, damit sie über den Austausch der schwerverwundeten und bleibend dienstuntauglichen Gefangenen sich verständigen. Wenn von der Amtszeit des Papstes nichts zu berichten wäre als diese Erweiterung der Menschlichkeit im Kriege, müßte sie denkwürdig bleiben. Verkrüppelten Soldaten, die sich im Heimweh verzehren, Kranken, die in liebloser Umgebung, schlecht gepflegt und vielleicht grausam behandelt, in Sehnsucht nach ihrer Familie und nach ihrem Dorfe hinsiechen, hat der vom Papste angeregte Vertrag zwischen den feindlichen Mächten einen Schimmer der Freude wieder gegeben. Wenigstens für diese Unglücklichen ist der Friede geschlossen, wenigstens sie wurden dem schlimmsten Jammer entzissen. Das war praktische Friedensstiftung.

Der Papst ist der Sohn vornehmer Eltern aus Genua. Er wurde in jenem Peggli geboren, das in schöneren Tagen das Entzücken der Reisenden war. Ob er jemals die Armut selbst empfunden oder Gelegenheit hatte, durch tieferen Einblick näher mit ihr vertraut zu werden, ist nicht bekannt. Er hat die Jugend und den größten Teil des Mannesalters in diplomatischer Verwendung zugebracht, meistens an der Seite des späteren Staatssekretärs Rampolla, mit dem er nach Madrid ging und von dem er als Kabinettssekretär nach Rom berufen wurde. Der Papst war Diplomat und Politiker, und erst mit dreißig Jahren zum Erzbischof von Bologna ernannt, verließ er diese Laufbahn. Er hat die Weltläufigkeit eines Mannes, der mitten im Leben gewesen ist, kennt die Achsen und Triebstangen der Diplomatie und hat Gemüt. Die Mischung zwischen den Anlagen zur Gegenständlichkeit und der Vorstellungskraft, der das Unglück der Völker anschaulich ist und die das Erbarmen weckt, ist die richtige Unterlage für die Fähigkeiten eines Friedensstifters. Durch solche Eigenschaften konnte der Papst erreichen, daß mit Zustimmung der kriegführenden

Staaten viele tausend Gefangene, die verwundet oder krank sind, denen jedoch die Rückkehr verwehrt ist, Aufnahme in der Schweiz gefunden haben. Die Kampfunfähigen werden ausgetauscht, Kranke und Verwundete, die jedoch nicht ganz dienstuntauglich sind, genießen die Gastfreundschaft auf neutralem Boden in demselben Lande, von wo die Anregung zum Vertrage über das Rote Kreuz gekommen ist. Der Papst hat sich auch darum gekümmert, daß den Gefangenen die Möglichkeit erleichtert werde, im Briefverkehre mit ihren Angehörigen zu sein, an sie schreiben und Nachrichten von ihnen empfangen zu können. Diese Werkätigkeit hat Schmachtende erquickt und Verzagende zur Hoffnung zurückgeführt. Die Arbeit für die Gefangenen und die Fröhliche, welche sie trug, müssen heute wieder in Erinnerung gerufen werden, weil sie vorbereitend den Papst dazu ermutigt haben, den Völkern, die sich gegenseitig zerfleischen, einen Friedensvorschlag zu unterbreiten.

Wir hören jetzt von drei Schlachten und täglich wird in den Berichten erzählt, wie ernst die Verluste sind, wie viele Menschenleben verlöschen und Menschenleiber zerrissen, unkenntlich, eine formlose Masse aus Fleisch und Knochen auf der Walsiatt liegen. Wie viele mögen jetzt täglich sterben am Isonzo, in Flandern und bei Verdun. Wir können es nicht sagen, Tausende und aber Tausende sind es jedoch gewiß. Das Herz krampft sich zusammen und Grauen stößt dieses Morden ein. Nun hat der Papst schon bisher eine Verständigung zwischen den kriegführenden Mächten in praktischen Angelegenheiten durchgesetzt. Leicht war es nicht, weil die Entente sich immer fürchtet, die Gefangenen könnten trotz ihrer strengen Bewachung Manches gesehen haben, was geheim bleiben soll und über die inneren Zustände dieser Länder einigen Aufschluß geben würde. Dennoch ist es gelungen und der Papst wird bei der Friedensstiftung nicht bloß durch sein Amt, sondern durch die diplomatische Kunst beglaubigt, mit der er in den Verträgen über die Gefangenen alle Schwierigkeiten beseitigen und die Widerstrebenden gewinnen konnte. Er hat etwas geleistet und durch ihn wurde die Bahn frei zu späteren Vereinbarungen, über welche die Staaten unmittelbar verhandeln, um die Gefangenen zu schützen und ihnen eine bessere Rechtslage zu sichern. Er hat sich gleichsam den Frieden in den Kopf gesetzt und läßt nicht los. Dreimal hat er ihn gefordert, und so steil auch der Weg ist, er will zum Gipfel hinauf.

Der österreichisch-ungarische Minister des Außern Graf Czernin hat die Note bisher nicht beantwortet, weil die Verhandlungen mit unseren Verbündeten erst bestimmen sollen, was dem Papste mitzuteilen sei. Aber jeder hat die innere Gewißheit, daß die Monarchie kein Bedenken haben werde, in Friedensverhandlungen auf den allgemeinen Grundlagen, deren Umrisse der Papst in seiner Note gezeichnet hat, einzutreten. Die Monarchie hat ihnen Friedensgedanken unablässig verbreitet und diese Politik ist zu einem Bestandteil der europäischen Oeffentlichkeit geworden. Von den Parteien in Oesterreich und in Ungarn wird sie ausnahmslos gebilligt. Im Zuge der Folgerichtigkeit wäre es natürlich, wenn die Monarchie auch den Versuch des Papstes unterstützen und bei einer Friedensstiftung helfen würde, die, ohne von Wien und Berlin ausgegangen zu sein, gerade durch ihre Selbständigkeit einen höheren Wert hat und mit der politischen Richtung in unserem Lande manche Verwandtschaft zeigt. Der Papst hat bei einem früheren Anlasse gesagt, daß niemals weniger Liebe unter den Menschen gewesen sei als jetzt; der Haß zwischen den verschiedenen Volksstämmen sei aufs Höchste gestiegen, Volk wird von Volk mehr durch Feindschaft getrennt als durch Grenzen geschieden. Das ist wahr, und wo immer sich eine Hand ausstreckt, um zu retten, darf sie auf den Beistand der Monarchie zählen.

Macht und Recht.

Die Formel des neuen Staatssekretärs
v. Kühlmann.

Wien, am 22. August.

Im Hauptausschusse des Berliner Reichstages hat sich heute der neue Leiter der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches, Staatssekretär v. Kühlmann, mit einer kurzen Rede eingeführt, die schon den neuen Geist erkennen läßt, der mit dem neuen Mann in die Reichskanzlei eingezogen ist. Etwas von jenem frischen Ton, wie man ihn zum letzten Male unter Riederlen-Wächter vernahm, spricht aus Kühlmanns Rede, eine selbstsichere Uebersicht über die Weltlage und die Weltprobleme, ohne in Kraftmeierium auszuarten, das zwecklos die Nationen zu reizen pflegt.

Die markanteste Stelle in der Rede des neuen Staatssekretärs ist die mit Rücksicht auf die begonnene Aussprache über die Friedenskundgebung des Papstes außerordentlich aktuelle, „nach reiflicher Ueberlegung“ gegebene Ankündigung, daß „wir wahrscheinlich in das letzte Jahr dieses ungeheuren Völkerkampfes eintreten“. Das vierte Kriegsjahr, das vor drei Wochen begonnen hat, hält auch der Leiter der Berliner auswärtigen Politik für das letzte Kriegsjahr. Das ist gewiß hochbedeutsam und ein Redner, der Sprecher des Zentrums, hat die verantwortungsvolle Erklärung noch unterstrichen und dadurch zu erkennen gegeben, wie die Zuhörer sie aufgefaßt haben. Wie eine Stellungnahme zur Friedensfrage im allgemeinen und zur päpstlichen Friedensnote im besonderen hören sich auch die kurzen Sätze an, mit denen Herr v. Kühlmann die bloße Machtpolitik ablehnt, ohne aber, durch geschichtliche Erfahrungen gewisigt, alles Vertrauen in die sieghafte Kraft des Rechts zu setzen. Kühlmanns Formel lautet: Macht und Recht, die er zu Pfeilern der reichsdeutschen Politik machen will, weil nur auf diesem Fundament Dauerndes geschaffen werden könne. Also Befahrung der Rechtspolitik, aber kein Verzicht auf die Macht aus blindem Vertrauen auf das Recht, weil offenbar nach der Auffassung des Sprechers die Verhältnisse in der Welt noch nicht so liegen und die Menschen und Völker noch nicht durchwegs so geartet sind, daß das Recht überall und jederzeit ohne Rückhalt an der Macht sich siegreich durchsetzen und behaupten könnte. Macht ohne Recht oder „jenseits“ von Recht und Unrecht wäre Gewalt, von der Kühlmann sagt, daß sie von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Die Verbindung von Macht und Recht macht die erstere zur Stütze des zweiten und damit kann sich sogleich auch die reine Rechtspolitik, die für das vatikanische Reich des Geistes und der Moral eine Selbstverständlichkeit ist, abfinden. Somit ist zwischen der Formel der päpstlichen Friedenskundgebung — an die Stelle der materiellen Kraft hat die moralische Macht des Rechts zu treten — und der Formel Kühlmanns „Macht und Recht“ sehr wohl eine Uebereinstimmung denkbar.

Der neue Staatssekretär hat gleich in seiner ersten Rede den Versuch unternommen, die tiefere Kriegsursache, von der gebräuchlichen Schablone etwas abweichend, auf die Wünsche der „alten Großmächte“ zurück-

Die Friedens-Offensive.

Von

Hauptmann Erich von Salzmann,

militärischem Mitarbeiter der „Rossischen Zeitung“.

Alle Nachrichten aus Rußland zeigen deutlich, wie man sich dort bemüht, die große französische Revolution mit ihren Volksbeglückungs-ideen nach Möglichkeit abzuklatschen. Auch ihren Napoleon haben die Russen bereits fertig im Hintergrund. Es ist der Kriegsminister Kerenski. Dieser verhältnismäßig junge Rechtsanwalt verfügt über eine große Portion jenes feu sacré, das Napoleon bekanntlich von seinen Generalen forderte. Kerenski beweist, daß er, ähnlich wie Napoleon, von jenem merkwürdigen persönlichen Einfluß auf seine Soldaten ist, der ganze Heeresmassen begeistert gegen den Feind und in den Tod zu treiben vermag. Nicht umsonst schreibt das neue Soldatenblatt „Soldatskaja Mysl“: „Das Heer jauchzt Kerenskis Ernennung von Entschlüssen zu. Es hat einen eisernen Willen, einen starken Arm und einen ritterlichen Geist nötig. — Kerenski muß unter die Soldaten kommen.“ Und er kam. Er reiste alle Fronten ab, um mit seiner Werbetätigkeit bei den Soldaten Begeisterung zu entfachen.

Man muß sich angesichts der Tatsachen fragen: Gibt es in Rußland überhaupt noch einen Mann, der an die Zukunft des Landes denkt? Dieses seinem Bankrott schnell zueilende Reich lebt nur noch in Schlagwörtern. In diesem Sinne wird man allerdings oft an die französische Revolution und ihre Ausartung erinnert. Auch die neu aufgestellte freiwillige Armee der Todsgeweihten ist nichts anderes als die Nachahmung jener bekannten Freiwilligen von 1792.

Rußland verfällt der suggestiven Schmeichelei, daß von ihm aus ein neues Moment der Freiheit über die Erde gehen werde. Wie weit diese Suggestion geht, zeigt der Aufmarsch der freiwilligen Mädchen am 20. Juni, denen der Gouverneur von Petersburg zubilligte, daß sie zur Verwendung an der Front geeignet seien. Rußland lebt augenblicklich im Wollkuckucksheim. Es ist von seinen Verbündeten erneut systematisch betrogen worden. Die zugesagte Revision der Verträge ist noch nicht ausgeführt, und schon hat Rußland seine Gegengabe zu der versprochenen Revision der Verträge in Gestalt der Offensive darbringen müssen.

Nie war klarer, daß die Kriegsführung die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

Gerade in Rußland spricht alle Welt vom Frieden. Trotzdem glaubt man, diesen Frieden nur durch den Krieg erreichen zu können. Der Kongreß aller russischen Delegierten räte sagte in seinem Aufruf an die Offensiv-Armee: „Die russische Revolution ruft die Völker aller Länder zum Kampf für den allgemeinen Frieden. Solange die Völker Europas auf diesen Ruf nicht hören werden, muß der Krieg wider den Willen Rußlands noch fortbauern.“ Wer hat zum Frieden aufgerufen? War es die Entente oder waren es die Mittelmächte? Alle Begriffe werden auf den Kopf gestellt. Nur unter der englisch-französisch-amerikanischen Narrosee ist es überhaupt noch möglich, aus einem Satz, möge er lauten wie er will, herauszubrecheln: „Der Krieg muß fortgesetzt werden!“ So ist es heute in Rußland. „Wir wollen den Frieden, also lebe der Krieg!“ Das ist die Parole. Man erinnert sich jener Zeiten kurz nach dem russisch-japanischen Kriege, als die Konstitution eingeführt werden sollte. Die aufständigen Bauern schrien überall: „Es lebe die Konstitution!“ Als man sie fragte: „Wer ist denn die Konstitution?“, da kam prompt die Antwort: „Die Frau des Zaren.“ Wenn man heute die kriegsbegeisterten Arbeiter und Bauern fragte: „Was ist der Krieg?“, so würden sie antworten: „Der Krieg? Das ist der Frieden, den wir so anstreben.“

Wie ward nun in Rußland das unmöglich scheinende fertig gebracht? Kerenski, der Allgewaltige, reiste so lange die Fronten ab, schrieb, sprach, telegraphierte, setzte Generale ab und neue ein, bis die Offensive, die zu unternehmen er Buchanan, Thomas, Sanderford, Vandervelde, Elihu Root fest versprochen hatte, wenigstens für den Teil der Front gesichert war, auf dem bereits seit Jahr und Tag die notwendigen technischen Voraussetzungen vorhanden waren, d. h. in Galizien. Dort, im Hauptquartier Brusilows, in Kamenez-Podolsk, war der Höhepunkt dieser Reise vom 25. bis 27. Mai. Kerenski riß die Soldaten durch seine Beredsamkeit fort, so daß ihm auch die bis dahin Widerstrebenden alles

bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:
 monatlich K 4.50
 vierteljährlich 13.—
 halbjährlich 26.—
 Für Oesterreich-Ungarn:
 bei täglich zweimaliger Postver-
 sendung
 monatlich K 5.20
 vierteljährlich 15.—
 halbjährlich 30.—
 bei täglich einmaliger Postver-
 sendung
 monatlich K 4.50
 vierteljährlich 13.—
 halbjährlich 26.—
 Für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandfend. K 18.—
 und durch die Postämter laut dort
 auflegender Postzeitungsliste.
 Länder des Weltpostvereins:
 vierteljährlich Kreuzbandfend. K 22.—
 und durch die Postämter laut dort
 auflegender Postzeitungsliste.
 Einzelpreise für auswärts:
 Morgenblatt 16 h
 Nachmittagsblatt 6
 Nachmittagsblatt separat 8

ost.

reich-Ungarns.

17 XXIV. Jahrgang

den Offensive. der Südwestfront.

2. Beendigung des preussischen Militarismus und der deutschen Vorherrschaft in Europa, 3. Erfüllung der nationalen Forderungen der Völker Europas und 4. Schaffung eines internationalen Friedens- und Völkertates.

Die Frage der Kriegsenntschädigungen ist nach Finot „am leichtesten zu lösen“. Nach den Kostenberechnungen des deutsch-französischen und des Burenkrieges erfordert heute ein Soldat für den Tag einschließlich des Munitionsverbrauches 20 Franken. Das macht für die Verbündeten insgesamt bis zum Juli 1915 (für welchen Zeitpunkt der Verfasser bei Drucklegung des Buches den Krieg als beendet annahm), 73 Milliarden Franken. Dazu kommt die Entschädigung für die absichtliche und regelrechte Zerstörung von Fabriken, Brücken, Eisenbahnen und unerforschbaren Denkmälern der Vergangenheit: ebenfalls 70 Milliarden Franken. Da Finot aber ein gründlicher Rechner ist, zieht er auch den wirtschaftlichen Wert der gefallen oder arbeitsunfähig gewordenen Soldaten in Betracht. Der Durchschnittswert eines Menschenlebens werde von den französischen Gerichten mit nur 25.000 Franken angenommen; das mache also bei 400.000 Kriegsopfern Frankreichs 5 und für die Menschenverluste der Entente insgesamt 20 Milliarden Franken. Somit rechnet sich Finot eine Kriegskostenentschädigung von 170 Milliarden heraus! Seit Finot ist einige Zeit vergangen; die 170 Milliarden würden also nicht auslangen.

Da erhebt sich nun die Frage, ob Deutschland und Oesterreich-Ungarn imstande sind, eine so hohe Summe aufzubringen. Der Verfasser antwortet: „Lassen wir einmal Oesterreich beiseite. Dieser Krieg, logisch zu Ende geführt, wird es fast aller seiner Provinzen berauben außer seinem eigentlichen deutschen Teile. Da sich andererseits Oesterreich in einer aussichtslosen wirtschaftlichen und geldlichen Lage befindet, wird seine Beteiligung an der Bezahlung der Entschädigungen neben Deutschland fast unbedeutend sein.“ Deutschland, „das reichste Land der Welt“, wird diese Summe schon bezahlen können und müssen. Die reichsten Provinzen Deutschlands wird man so lange als Pfand behalten, bis alles auf Heller und Pfennig bezahlt ist.

Damit aber ist Deutschland noch nicht genug gestraft, nun kommen noch die Gebietsabtretungen, und zwar: Elsaß-Lothringen fällt selbstverständlich an Frankreich, Belgien bekommt einen Teil der Rheinprovinz und die neutralisierte Stadt Konstantinopel (!), Polen erhält Selbstverwaltung unter russischer Herrschaft und wird durch die Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien vergrößert.

Und weiter: „Mit demselben Schlag wird der Traum eines kaiserlichen Kolonialreiches zergehen.“ England wird nicht verfehlen, sein Augenmerk auf die Zerstörung der deutschen Kriegsflotte zu richten, während sich die deutsche Handelsflotte durch die Macht der Tatsachen selbst erschöpfen wird. Wenn das deutsche Handelsübergewicht zerstört, seine Industrie bedeutend geschwächt, seine Heere vernichtet sind, was wird von der vernichtenden Macht der Hohenzollern übrig bleiben? Antwort: „Das befreite Deutschland!“ Und Finot versichert, dann würden die Sozialisten ihr Haupt freier erheben können und für den Teil der Bevölkerung, der in Entbehrungen dahinlebte, werde eine neue Aera anbrechen: „Europa wird sie brüderlich aufnehmen. Sie brauchen nicht mehr zu erröten, Preußen zu sein.“

Das Oesterreich von morgen.

Von Dr. Conzen, Brüssel.

In einem Punkte sind unsere Feinde uns über: in Pflüden der Vorschußlorbeeren. Sie verteilen das Fell des Bären, ehe sie ihn erlegt haben, und stellen ihre Bedingungen, für Untertorene, ohne uns unterworfen zu haben. Da ist ein Buch erschienen: „Kulturträger gegen Deutsche. Der große Kreuzzug“ (Civilisés contre Allemands, La grande Croisade), das Jean Finot, ein angesehener französischer Gelehrter, im Verlage von Ernst Flammarion zu Paris hat erscheinen lassen. Was darin über die Deutschen im allgemeinen und über den deutschen Kaiser gesagt ist, übersteigt alle Grenzen. Ein eigenes Kapitel ist auch dem verewigten Kaiser Franz Josef gewidmet. Darauf auch nur in etwas näher einzugehen, verbietet der Anstand.

Sein Machtwort verdient aber deshalb besondere Beachtung, als es in ausführlicher Weise in dem Abschnitt: Das befreite Europa uns „Barbaren“ kund und zu wissen tut, was wir von einem Siege der Entente zu erwarten haben.

Der von der Entente diktierte Friede wird „moralische Wandlungen“ und „politische Folgen“ nach sich ziehen. Um erstere in die richtige Beleuchtung zu setzen, beantwortet Finot zunächst die Frage, was denn ein deutscher Friede bringen würde, und da hören wir: „Der deutsche Friede bedeutet einen Gemiefematerialismus, die Befriedigung der Begierden einer Nation, welche die rohe Gewalt zum Dogma erhoben hat. Die ganze Welt würde ein wüste Kaserne, deren Herren betreffe Gewaltmenschen und deren Organe der Wahrheit alle Jahre größer werdende Granaten wären.“ Die freien Völker Vasallen unter dem Joche des Herrn von Berlin, die moralischen Eroberungen der Menschheit in alle vier Winde zerstreut und ersetzt durch willkürliche Gewalt, ein Kasernenregiment im Gegensatz zum freien Spiel der Talente und natürlichen Anlagen, und obendrein noch das Ende der Anmut, Schönheit und Wahrheit, diese geschworenen Feindinnen des deutschen Gesetzes und deutschen Evangeliums. „Mit dem Siege des deutschen Militarismus kündigt das Totenglücklein für den europäischen Geist mit seinen religiösen und moralischen Verzweigungen!“

Doch es kommt noch besser bei den „politischen Folgen“, welche nach ihm der französische Friede bringen wird und bringen muß. Er gliedert sie in vier Teile: 1. Volle Entschädigung aller Verbündeten,

monatlich	K 4.80
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	26.—

Für Oesterreich-Ungarn:
bei täglich einmaliger Postver-
sendung

monatlich	K 5.20
vierteljährlich	15.—
halbjährlich	30.—

bei täglich einmaliger Postver-
sendung

monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	26.—

Für Deutschland:
vierteljährlich, Kreuzband/emb. K 18.—
und durch die Postämter laut dort
ausgelegener Postzeitungsliste.

Mitglieder des Westpostvereines:
vierteljährlich, Kreuzband/emb. K 22.—
und durch die Postämter laut dort
ausgelegener Postzeitungsliste.

Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt 15 h
Nachmittagsblatt 5
Nachmittagsblatt separat 8

Westpost.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Wien, Samstag, den 14. Juli 1917

XXIV. Jahrgang

Wiesel im Deutschen Reiche. an der ganzen russischen Front.

An der Front des Generalobersten Erzherzog Joseph und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen drangen nach stärkerem Feuer mehrfach feindliche Aufklärungsabteilungen gegen unsere Stellungen vor. Sie sind überall abgewiesen worden.

Mazedonische Front: Döstlich der Widje Planina löste ein erfolgreicher bulgarischer Vorstoß britische Gegenangriffe der Serben aus; sie schlugen verlustreich fehl.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Berlin, 13. Juli.

Das Volkische Bureau meldet:

„13. Juli 1917, abends.“

Der lebhafteste Feuerkampf in der Westchampsagne dauert an.

Im Osten hat die Feuerfähigkeit zwischen Jisla Lipa und Rarajowla zugenommen. Südlich des Dnjeper ist die Lage bei kleinen Gefechten südlich von Kalus; unverändert.

Rücktritt des deutschen Reichskanzlers.

Wien, am 13. Juli.

Herr v. Bethmann-Hollweg wird nun doch seinen Abschied erhalten, das ist der Inhalt der neuesten Meldungen über den Verlauf der politischen Krise in Berlin. Er fällt als erstes Opfer jener Parlamentarisierung der Reichsregierung, der er schiebend oder geschoben den Weg bahnen wollte, denn die Mehrheit der Reichstagsparteien hat sich gegen sein ferneres Verbleiben ausgesprochen. Nicht die Reichstagsmehrheit allein. Die Mehrheit seiner eigenen Minister soll sich wider ihn erhoben haben. Ausschlaggebend aber war vermutlich das Urteil des deutschen Generalstabschefs v. Hindenburg, der heute mit seinem Ersten Generalquartiermeister zum Kaiser befohlen wurde. Er war es wohl, der den unentwirrbar gewordenen gordischen Knoten der Krise entschlossen durchhieb. Und so endet denn das von allen Einsichtigen beklagte krause Durcheinander der letzten Tage mit dem Abgange des Staatsmannes, der morgen den Geburtstag seiner achtjährigen Kanzlerschaft hätte feiern können.

Unter den leitenden Staatsmännern der großen kriegsführenden Mächte, die am Steuer standen, als das Kriegsunwetter mit elementarer Gewalt über Europa hereinbrach, ist Herr v. Bethmann-Hollweg der letzte, der von der Bühne abtritt. Daß er, von den erst vor kurzem in den Krieg eingetretenen Mächten und den kleinen freiwilligen oder unfreiwilligen Mitläufern des Krieges abgesehen, dieser letzte und einzige war, hat vielleicht zu seinem Sturze beigetragen. Wenigstens wurde in der konservativen Presse gegen sein Verbleiben auch das Argument vorgebracht, daß er dem feindlichen Auslande als Verantwortlicher für die Kriegserklärungen vom August 1914 gelte und somit seine Person geradezu ein Friedenshindernis geworden sei. Mit einem neuen, weder durch feierliche Verlautbarungen noch durch Handlungen während der Kriegszeit belasteten Manne würden die feindlichen Regierungen vielleicht eher zu Verhandlungen über einen Frieden bereit sein. Ob diese Rechnung stimmt, muß ja in nicht ferner Frist offenbar werden. Im allgemeinen warnt die bisherige Erfahrung vor

derartigen Unterschätzungen der nüchternen Realpolitik unserer Feinde. Wichtiger dünkt, daß durch Herrn v. Bethmann-Hollwegs Rücktritt ein Stein des Anstoßes für weite Volkskreise im Deutschen Reiche, ein Hindernis einmütigen Vertrauens aus dem Wege geräumt wird. Man mag sich zum Scheidenden stellen wie immer, über die Tatsache, daß sehr beachtliche Schichten der Bevölkerung und zwar gerade jene, die man als das Rückgrat des nationalen Selbstbehauptungswillens zu betrachten gewohnt war, zur politischen Führung durch Herrn v. Bethmann-Hollweg seit langem alles Vertrauen verloren haben, ist nicht hinwegzukommen. Die Mistöne wurden nicht erst beim schmerzlichen beklagten Rücktritte Tirpitz' vernommen; aber von da ab nahm die Bewölkung stetig zu. Die Gabe, Entfremdete wieder zu versöhnen, scheint dem Kanzler, falls er dies überhaupt je ernstlich anstrebte — und er hätte es im Reichsinteresse wohl nicht unterlassen dürfen — völlig zu fehlen, denn der Unmut der Unzufriedenen wurde, wie ihre Zahl, zusehends stärker. Der Schluß war das trostlose Chaos der letzten Tage.

Vielleicht ist es nicht irgendein sachlicher Gegensatz etwa zwischen Kanzler und Hindenburg, der den Sturz des ersteren beschleunigte, sondern ausschließlich die Erkenntnis der für den Ausgang des Krieges verantwortlichen Faktoren, daß dieser auf die Stimmung im eigenen Lande übelst wirkenden und den Kriegseifer der Feinde ermunternden Wirrnis, die zu beseitigen Herr von Bethmann-Hollweg sich als unfähig erwies, raschestens auf radikale Weise ein Ende gemacht werden müsse. Wohl gab es auch in allen andern kriegsführenden Staaten politische Wirren und längere Regierungskrisen. Aber was dort harmloser erscheint, weil die Welt daran gewöhnt ist, mutet vom Musterstaate der Zucht und Ordnung ganz anders an. Was soll noch feststehen, wenn diese mächtige Säule wankt, die bisher allen Freunden Rückhalt und Stolz, den Feinden ein Gegenstand neidischen Staunens gewesen? Das Land der Autorität durfte sich den Luxus nicht leisten, den sich die an ewigen Zanf und heilloser Unordnung gewöhnten Demokratien alle Tage gestatten dürfen. Umsonst, als das Land der Philosophen, Dichter und Denker, Bücher- und Grundsatzmenschchen auch die Heimat der Gründlichkeit, der Rechthaberei und Haarspalterei, des Streites um des Kaisers Bart ist. Bei einer längeren Fortdauer der Unklarheit und des erbaulichen Streites um Demokratisierung und Parlamentarisierung, um die neuere und die neueste Fassung der Friedensformel bestand die Gefahr, daß die in Tiefstimmung, Programmen und Erörterungen Versunkenen schließlich ganz darauf vergessen hätten, daß ja eigentlich das Haus brenne, in welchem sie, gemächlich ein Problem brütend, um den Tisch sitzen. Da ist es gewiß nützlich, daß Hindenburgs eheerner Schritt die Guten wieder an die bitterernste Wirklichkeit erinnert.

Erst ein größerer zeitlicher Abstand von der Gegenwart, in der alles im Flusse und vieles geheim und unsichtbar ist, wird ein Urteil über den scheidenden Kanzler, eine ernste Wertung seines Wirkens gestatten. Großes gewollt zu haben und seine besten Kräfte dafür eingesetzt zu haben, werden ihm seine Gegner, die seine Erfolglosigkeit behaupten und anklagen, nicht abstreiten. Von den Lehrsätzen und Sentenzen, die der Philosoph auf Hohensinnow geprägt, wird manches gute Wort Unsterblichkeit erlangen. Es war ein Kurs der Rechlichkeit und Aufrichtigkeit, der ethischen Grundsätze, den die Reichspolitik unter ihm nach der feuilletonistisch schillernden Hero Willows einschlug,

Das parlamentarische System im Bundesstaat.

K. Berlin, 13. Juli.

Der Einspruch, der aus der Mitte der bundesstaatlichen Regierungen gegen die Einführung des parlamentarischen Systems im Reich erhoben worden ist, kommt nicht unerwartet. Es war seit langem, wenn kein anderer Einwand mehr verfangen wollte, der letzte Gesichtspunkt der Anhänger des alten Zustandes, daß die Schaffung eines wirklichen Parlamentarismus mit der föderalistischen Verfassung des Reichs unvereinbar sei. Auch die außerordentliche Schärfe, mit der die „Bayerische Staatszeitung“ ihren Protest begründet hat, und die besondere Feiertlichkeit, die der ganzen Aktion durch die gleichzeitige Reise des Grafen Hertling nach Berlin verliehen wurde, kann für die nicht überraschend sein, die die Entwicklung gewisser Tendenzen in Bayern während des Krieges beobachtet haben. Indessen wird vielleicht selbst Graf Hertling von seinem Berliner Besuch ein leises Gefühl dafür mit nach Hause nehmen, daß es im Juli 1917 nicht mehr angeht, immer wieder die alten Formeln aus der Zeit vor dem Kriege nachzubeten.

Staatsrechtlich stützt sich der Widerstand gegen das parlamentarische System im Reich auf die enge Verknüpfung, die zwischen den obersten Reichsbehörden und dem Organ der Bundesregierungen, dem Bundesrat, besteht. Nicht in dem Amte des Reichskanzlers allein, so heißt es, und der ihm unterstellten Staatssekretäre, sei die eigentliche Reichsregierung enthalten, sondern der Ausdruck Reichsregierung sei streng genommen lediglich eine unpräzise Bezeichnung für die im Bundesrat zusammengeschlossenen „Verbündeten Regierungen“, als deren ausführendes Organ der Reichskanzler fungiere. Da nun die Zusammensetzung des Bundesrates seiner ganzen Idee nach unmöglich vom Vertrauen des Reichstages abhängig gemacht werden könne, so bestehe die gleiche Unmöglichkeit auch mit Bezug auf den Reichskanzler und die Staatssekretäre als die Exekutivstellen des Bundesrats. Gegenüber dieser Argumentation muß zunächst einmal auf die einfache und unanzweifelhafte Tatsache hingewiesen werden, daß die Ernennung des Reichskanzlers und der Staatssekretäre nicht in der Hand des Bundesrates, sondern des Kaisers liegt und stets gelegen hat. Wenn also heute der Kaiser sich entschlösse, von nun ab seine obersten Reichsbeamten stets mit Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse des Reichstages zu wählen, wenn diese Beamten selbst dazu übergängen, ihr Amt nur noch so lange ausüben zu wollen, wie sie das Vertrauen einer Mehrheit des Reichstages genießen, und wenn auf der anderen Seite der Reichstag hinter die Durchführung und Sicherung eines solchen neuen Zustandes seine ganze politische Macht setzte, so würde rechtlich damit dem Bundesrat nichts genommen werden, was er vorher besessen hätte. Schon hierin zeigt sich, daß die ganze juristische Konstruktion des föderalistischen Gegners des parlamentarischen Systems in dieser Hinsicht einen Fehler haben muß, und in der Tat ist sie durch die Entwicklung der Dinge längst überholt. Wenn sie sich in manchen Punkten auf einen konservativen Staatsrechtslehrer wie Laband berufen kann, und wenn der unsfertige Zustand des Reichsverfassungsrechts formalistischen Interpretationen ungewisselhaft Vorschub leistet, so ist es doch gerade Laband, der in seinem Reichs-Staatsrecht das eine ganz unzweifelhaft ausspricht, daß nämlich die Regierung des Reichs dem Kaiser (und nicht dem Bundesrat) obliegt, und daß die Inhaber der Reichsämter als Gehilfen des Kaisers (und nicht des Bundesrats) tätig sind. Die Reichsämter mit dem Reichskanzler an der Spitze haben dabei tatsächlich dem Bundesrat gegenüber eine durchaus selbständige Organisation gewonnen, die einer „Reichsregierung“ jedenfalls zum Verwechseln ähnlich steht. Prinzipiell entscheidend war in dieser Hinsicht der vom Reichstag bei der Beratung der Verfassung beschlossene Satz, der die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstage statuierte. Durch diesen Satz wurde aus dem ursprünglich geplanten preussischen Staatsbeamten für deutsche Angelegenheiten der leitende Reichsminister, dessen umfassende Verantwortlichkeit dann später durch eine enger umgrenzte, aber politisch durchaus gleichgeartete Verantwortlichkeit der Staatssekretäre ergänzt wurde. Die notwendige Konsequenz der Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament aber ist das parlamentarische System. Denn man entdecke doch erst einmal einen anderen Weg, der politischen Ministerverantwortlichkeit Leben und Wirksamkeit zu verleihen! Einen realen und stetig sich ändernden Inhalt kann diese Verantwortlichkeit durch kein Strafgesetz und keinen Staatsgerichtshof, der nur für Ausnahmefälle gedacht ist, sondern ausschließlich dadurch erhalten, daß das Parlament den Willen und die Möglichkeit hat, die Zusammenhänge und den Bestand der Regierung entscheidend zu beeinflussen.

Dem Uebergang zur parlamentarischen Regierungsmethode legt demnach der verfassungsrechtliche Aufbau des Reichs an sich kein Hindernis in den Weg. Eine praktische Schwierigkeit schafft allerdings der Art. 9 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstages sein darf. So lange diese Bestimmung fortbesteht, wird ein planmäßiger Austausch von Parlaments- und Regierungsmitgliedern nicht möglich sein; ihre Aufhebung wäre aber eine höchst einfache und für das Gelingen des ganzen Reichsbaus ungefährliche Sache. Weit bedeutender würde die Tragweite einer Umwandlung der

Reichsämter in kollegial organisierte Reichsministerien sein; indessen beabsichtigt wohl niemand, in dieser fundamentalen Organisationsfrage schon im gegenwärtigen Augenblick eine Entscheidung herbeizuführen.

Natürlich kommt es der bayerischen Regierung nicht nur auf die staatsrechtliche, sondern daneben auch auf die politische Bedeutung der Angelegenheit an. In der Aeußerung des Fürsten Bismarck vom 5. April 1884, die das bayerische Regierungsblatt zitiert und die zum eisernen Bestande aller Debatten über das parlamentarische System gehört, steht der politische Gesichtspunkt durchaus im Vordergrund: Der erste Reichskanzler sprach sich in dieser Aeußerung gegen eine „Unterwerfung der Regierungsgewalt im Reich unter die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstages“ aus, weil er „in einer derartigen Verschiebung des Schwerpunktes der Regierungsgewalt eine große Gefahr für die Dauer der neugeborenen Einheit Deutschlands“ erblickte. Der Zweifel an der Festigkeit des Reichs, den diese Aeußerung bekundet, war vermutlich schon im Jahre 1884 beim damaligen Reichskanzler nicht ganz echt; immerhin mochte er damals, als noch nicht viel mehr als zehn Jahre seit der Reichsgründung vergangen waren, wenigstens einen Sinn haben. Es ist aber ein starkes Stück, wenn heute, fast ein halbes Jahrhundert nach Versailles und nachdem doch die Kämpfe und die Not der vergangenen drei Jahre die letzte Spur eines zweideutigen Partikularismus ausgebrannt haben sollten, der leitende Minister des größten deutschen Mittelstaats nicht nur jene Aeußerung Bismarcks ausgräbt, sondern es noch ausdrücklich bekräftigt: Jawohl, die Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland würde den „Bestand“ des Deutschen Reichs gefährden! Läßt man solche Uebertreibungen, die niemanden schrecken, beiseite, so bleibt als Kernpunkt der ganzen Angelegenheit in der Tat die Frage, an welcher Stelle im Reich der Schwerpunkt der Regierungsgewalt liegen soll. Es ist richtig, daß nach den ursprünglichen Plänen Bismarcks dieser Schwerpunkt durchaus beim Bundesrat gelegen hätte, das Reich wäre danach mehr Staatenbund als Bundesstaat geworden, ein Gebilde, in welchem die Teile das Ganze durchaus beherrscht hätten, ohne ausgebildete eigene Organe und deshalb ohne rechten eigenen Willen. Das war denkbar, so lange man sich den Aufgabekreis des Landes engbegrenzt vorstellte; in dem Maße aber, wie diese Aufgaben wuchsen und sich erweiterten und denjenigen der Einzelstaaten nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen wurden, mußten die auf den Reichsstaat hindrängenden Tendenzen immer mächtiger und unwiderstehlicher werden. Aus diesem Grunde war es kein Zufall, sondern innere Notwendigkeit, wenn der Schwerpunkt der Reichsgewalt mehr und mehr vom Bundesrat auf den Kaiser und den Reichskanzler überging, von der Repräsentation der Teile auf die des Ganzen. Diese Entwicklung steht heute nicht erst bevor, sondern sie hat sich bereits vollzogen und ist unwiderruflich geworden; die Einführung des parlamentarischen Systems würde sie lediglich anerkennen und eine bestimmte praktische Folgerung aus ihr ziehen. Sie würde Ernst damit machen, daß die Demokratisierung der deutschen Zustände sich nicht auf die Einzelstaaten beschränken darf, sondern daß sie beim Reich selbst, als dem eigentlichen Staate der Deutschen, einsetzen muß. Die Institution des Bundesrats würde dadurch nicht gegenstandslos werden, denn die auf den Reichstag sich stützenden Regierungen müßten genau ebenso wie die bisherigen bemüht sein, die Wünsche der Bundesstaaten zu berücksichtigen und sich mit dem Bundesrat zu verständigen.

Eine besondere Erschwerung erfährt das Problem der Vereinbarkeit von Parlamentarismus und Föderalismus in Deutschland durch die eigenartige Stellung, die nur der Staat Preußen innerhalb des Reichs einnimmt. Man mußte sich mit Recht fragen, wie das parlamentarische Prinzip einem Minister gegenüber angewandt werden könne, der als preussischer Ministerpräsident und als Reichskanzler zwei ganz verschiedene Parlamente mit ganz entgegengesetzten Zielen vor sich sah. Die Ankündigung des gleichen Wahlrechts für Preußen hat hier das schwerste Hemmnis des politischen Notwendigen aus dem Wege geräumt; nachdem dies erreicht ist, sind alle anderen Schwierigkeiten, wenn man nur will, verhältnismäßig minder bedeutend. Man sollte sich unter diesen Umständen wohl überlegen, ob es gut getan ist, den Gegensatz zwischen föderalistischen und demokratischen Gesichtspunkten als unüberbrückbar hinzustellen; dem Föderalismus wird mit solcher Unerbittlichkeit der allerhöchste Dienst erwiesen.

Friede und Demokratie.

Von Max Adler.

Als in der ersten Hälfte des Krieges der Rechtslehrer der Berliner Universität Professor Hugo Preuß in seinem mutigen Buche „Das deutsche Volk und die Politik“ die Frage, warum die Deutschen in der ganzen Welt so unbeliebt seien, mit ihrem politischen „Anderssein“ beantwortete und dieses Anderssein als ihre Unterwerfung unter eine Obrigkeitsregierung statt unter eine Ordnung ihrer staatlichen Angelegenheiten durch Selbstregierung des Volkes bestimmte, da brauste ein Sturm patriotischer Entrüstung ob solchen Burgfriedensbrüchen durch die gutgesinnte Kritik, soweit sie nicht vorzog, das lähne und gedankenvolle Buch einfach totzuschweigen. Nun aber ist dieser Ruf nach Selbstregierung des Volkes selbst zur patriotischen Parole in Deutschland geworden, der sich mit Ausnahme der Junkerlaste und der Schlotbarone, denen sich, wie so oft in diesem Kriege, mit laaienhafter Bereitwilligkeit einige Professoren und Intellektuelle aus dem national-liberalen Lager angeschlossen haben, keine Partei des deutschen Reichstages zu entziehen magt. Was in den schönsten Tagen der burgfriedlichen großen Zeit als deutsche Sonderart stolz zur Schau getragen wurde, wofür sich sogar ein Mann wie Ernst Troeltsch bloßgestellt hat, um es als die deutsche Idee von Freiheit im Gegensatz zu jener der Westmächte zu preisen, nämlich der willige Gehorsam und die dienende Einordnung in das Ganze, wie es im offiziellen Stil hieß, bluten, zahlen und nicht einmal sich beklagen dürfen, wie das Volk dies empfand, es ist nun plötzlich keine Tugend mehr, sondern zur Uffenschande geworden, die nicht einmal die Merikalen im Lande mehr länger dulden wollen, geschweige denn die Sozialdemokraten. Das System der Obrigkeitsregierung in Deutschland ist mit einemmal unerträglich geworden: Zwischen den alten Demokratien im Westen und der jungen Freiheit in Rußland will das deutsche Volk nicht länger mehr allein das von oben gegängelte bleiben, und dies umso weniger, als diese Führung den Weg nicht zu finden weiß, den es allein jetzt sucht und brauchen kann, den Weg zum Frieden. Spät, aber vielleicht doch nicht zu spät ist die Erkenntnis zu allgemeiner politischer Wirksamkeit gelangt, daß der Friede in diesem Kriege kein Geschenk von Regierung wegen sein kann, sondern nur eine gemeinsame Tat der im Kriege versangenen Völker selbst, und daß daher die beste Friedenskräftung, aber auch die unerläßliche Vorbedingung ist, daß jedes der kriegführenden Völker politisch instand gesetzt sei, zu dieser Tat das Seinige zu leisten.

Das ist der tiefere Sinn des Systemwechsels in Deutschland. Er darf keine bloße Ministerkrise sein und er kann auch nicht bloß nur darin bestehen, daß an Stelle bloßer oberster Reichsbeamten nun einige Parlamentarier deren Stellen besetzen. Sondern alles kommt darauf an, ob nun das Volk endlich entschlossen sein wird, durch seine gewählten Vertreter sein Schicksal selbst zu bestimmen, seine eigene Politik zu machen und zu diesem Zwecke die leitenden Regierungsämter mit Männern seines Vertrauens zu besetzen, oder ob es sich abermals dazu bestimmen lassen wird, die Politik ihm fremder Herrschaftsziele für den armseligen Schein einer Anteilnahme an der Macht mit den Formen der Demokratie zu decken. Und die Probe dafür wird die Stellung zur Friedensfrage sein. Alle die Probleme der innerstaatlichen Demokratisierung, sie sind unausschiebbar und dürfen nicht wieder verdrängt werden. Aber sie sind zugleich unzertrennbar von dem rückhaltlosen Bekenntnis zum Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, in welchem allein sich heute der wirkliche ehrliche Wille zur Demokratie beweist, weil diese nur auf dem Boden der Völkerverständigung erwachsen kann. Sonst könnten wir das traurige und schmähliche Bild erleben, demokratische Volksrechte und Freiheiten zum Tauschpreis für Kriegswilligkeit und Anstachelung des Siegeswillens mißbraucht zu sehen! Die Sozialdemokratie vor allem wird hier die Pflicht haben, zu verhindern, daß die Demokratie zu einem Terraingewinn werde für neue Offensiven des Kriegsgeistes, und sie muß daher die unabweisliche, klar nach allen Fronten des Krieges gewendete Friedensentschlossenheit zum Angelpunkt des Systemwechsels in Deutschland machen. Nur so wird die Friedensformel des Reichstages keine bloße Resolution bleiben ohne Folgen, sondern ihre geschichtlichen Wirkungen zeitigen.

Dies erwartet heute die ganze Internationale und mit ihr die ganze Kulturwelt. Denn die deutsche Krise ist von allem Anfang an keine bloße deutsche Angelegenheit gewesen: sie ist die Krise des Krieges selbst. Ihre Lösung im Sinne des Friedens und der Demokratie wird neben der russischen Revolution das zweite schicksalwendende Ereignis dieses Krieges sein. Seit Beginn des Krieges war der Mangel an Demokratie in Deutschland der Entente keine geringere Rechtfertigung des Krieges wie die fluchwürdige Unterdrückung des russischen Barismus im Lager der Zentralmächte. Wenn auch beiderseits sich hinter diesen Kriegsrechtfertigungen viel Unwahrheit und Heuchelei barg, die für eigene Machtbestrebungen den schönen Vorwand des Befreiungskrieges suchte, so ist es doch von nicht zu unterschätzender Bedeutung, wenn durch die Entwicklung der Dinge diese Vorwände den Regierungen nun überall weggewaschen

werden und sie nicht mehr länger in der Lage sind, die Völker dadurch voneinander fernzuhalten. Je umfassender daher die Demokratie ist, je mehr sie die Völker instand setzt, unmittelbar zueinander zu sprechen, um so leichter ist ihrer Verständigung eine Bahn, dem Frieden eine Brücke gebaut.

Man wende nicht ein, daß gerade in diesen Tagen wir doch das Schauspiel erleben mußten, eine neue Kriegsoffensive von der jungen russischen Demokratie an unsere Grenzen herangeführt zu sehen. Gewiß ist dieses Erlebnis unsäglich schmerzlich gewesen für alle, die dem Freiheitskampf des russischen Volkes mit innerster Anteilnahme folgten. Die eben erkämpfte Selbstbestimmung des Volkes besleckt zu sehen mit dem Blute der zahllosen Opfer der letzten russischen Offensive, in die Freiheits- und Völkerverbrüderungsrufe des russischen Proletariats hinein gehen zu hören die militärischen Kommandorufe, die es zum Brudermord antrieben — was für einen trostloseren und furchtbareren Jammer kann es für die Demokratie geben, als solch unseligem Zusammenbruch ihrer selbst zusehen müssen? So will es scheinen, aber es scheint nur so. Und gerade indem wir diesem Schein zerstreuen, erkennen wir am deutlichsten die schicksalsschwere Bedeutung der heutigen Krise und die Verantwortung, die in ihr auf die Sozialdemokratie fällt.

Die genaue Geschichte der russischen Offensive ist uns heute noch nicht bekannt: ob die russische Demokratie hier mehr vor eine Tatsache gestellt wurde, welche die Ententeoffiziere im russischen Heer ihr schufen, oder ob die Rolle Kerenskij selbst eine zweideutige ist — das alles läßt sich heute noch nicht entscheiden. Gewiß ist nicht nur, daß wichtige Schichten des russischen Proletariats, und zwar gerade die sozialistisch prinzipiellsten, von allem Anfang an der Offensive entgegengetreten sind; sondern entscheidend kommt wohl in Betracht, daß sich die russische Demokratie mit allem ihren Friedenswillen gegenüber dem Drängen der Entente auf der einen Seite an einem toten Punkte sah bei dem gänzlichen Versagen einer demokratischen Friedensarbeit auf Seite der Zentralmächte. Im Gegenteil, man erinnere sich doch, wie seit der Friedenserklärung des Grafen Czernin das Presse-treiben in Deutschland begann, diesen Friedenswillen einzuschränken, ja sogar zu verdächtigen. Und als endlich im Frühjahr der deutsche Reichstag zusammentrat und man vom Reichskanzler das erlösende Wort erwartete, das zwischen einer entschlossenen Friedenspolitik und den Kriegstreibern der Annexionisten entscheiden sollte, da wurde diese Entscheidung vom Kanzler direkt abgelehnt. Und was noch ärger war, die Parteien des Reichstages, die als die Träger des Friedenswillens gelten, vor allem die Sozialdemokratie, hatten diese Rede des Reichskanzlers hingenommen, ohne daraus irgend welche Konsequenzen für ihre Haltung zur Regierung zu ziehen. Mußte unter solchen Umständen nicht in der russischen Demokratie die vielleicht sehr schmerzliche Erkenntnis gezeitigt werden, daß der Friedenswille in Deutschland entweder nicht tief genug oder jedenfalls nicht stark genug sei, um überhaupt in Rechnung gestellt zu werden? Es war trotzdem für eine proletarisch-revolutionäre Denkweise ein Widerspruch unverzeihlichster Art, dem Kriege auch nur einen Zollbreit neuen Raum zu schaffen: aber erkennt man jetzt, welche Bedeutung die eigene starke Demokratie für die widerspruchslose Funktion der fremden Demokratien hat? Sieht man jetzt, daß die feindlichen Offensiven vielleicht viel wirksamer im demokratischen Hinterland verhindert als an der Front bekämpft werden könnten?

Und darum wird der Systemwechsel in Deutschland, wenn er die allgemeine Friedensbereitschaft in den Mittelpunkt rückt, seine Bedeutung gerade für Rußland haben, wo diese Friedensbereitschaft am stärksten ist. Denn schon schieden sich die Kriegsheber auf Seite der Entente an, in zynischer Weise ihre eigenen Worte als bloße Phrase zu erklären, indem sie verkündeten, daß ihre Forderung nach einem demokratischen Deutschland nicht so gemeint war, daß sie einen Krieg für Deutschlands Befreiung führen, sondern daß sie den Krieg jetzt erst recht bis zum Siege fortsetzen wollen. Hier kann außer der ungebrochenen Kraft der Zentralmächte nur der Druck einer wirklichen Demokratie im feindlichen Lager selbst ein solches frevelhaftes Treiben durchkreuzen. Ist aber erst der demokratische Friedenswille in Deutschland zur offiziell bekräftigten Volksfrage geworden, dann wird diesen russischen revolutionären Volkskräften einen Stützpunkt geben, von dem aus sie auf die Demokratie in England und Frankreich unwiderstehlich einwirken werden. Was man bisher vermied: den Druck Rußlands auf die Entente, um sie friedensgeneigt zu machen, und was unmöglich war, weil das revolutionäre Rußland selbst Scheu vor einem Frieden mit dem autoritären Preußen-Deutschland hatte, das wird dann möglich, wenn Deutschland selbst die Schranken einreißt, die der politischen Verständigung entgegenstanden. Unmöglich ist es, zu denken, daß russische Sozialisten nach Stockholm zur Internationalen Konferenz gehen könnten, die diese von Deutschland gegebene Friedensmöglichkeit nicht ausgenützt hätten; unmöglich aber auch, daß deutsche Sozialisten dort erscheinen könnten, die diese Bedeutung des Systemwechsels in Deutschland nicht allen anderen angeblich bringenderen Reichsinteressen voranstellen und danach handeln werden. So entscheidet sich auch das Schicksal der

Friedenskonferenz von Stockholm in diesen geschichtlichen Tagen; und die deutsche Sozialdemokratie, obgleich sie diese Krise nicht heraufbeschworen hat, hat die große Verantwortung derselben voll zu tragen. Aber sie wird ihr auch ganz entsprechen.

17. Okt. 1917

Hamburgs Neuordnung.

Von Dr. H. Nöbbele, M. d. B.

Mit der nunmehr erfolgten Wiederaufhebung des Klassenwahlrechts, euphemistisch Gruppenwahlrecht genannt, ist ohne Zweifel ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Neuordnung des hamburgischen Staatswesens geschehen. Dieser Schritt ist um so bemerkenswerter, als es der erste tatsächliche Schritt ist, der nach dieser Richtung in Deutschland erfolgt ist. Gewiß ist es von außerordentlich großer Bedeutung, daß am gleichen Tage, da in Hamburg das Klassenwahlrecht fiel, in Preußen die königliche Botschaft die Einführung des gleichen Wahlrechts für den größten deutschen Bundesstaat verheißt hat, aber verwirklicht worden ist dieser Gedanke bisher dort noch nicht, während Hamburg sich nach anfänglichem Zögern entschlossen hat, diesen wichtigen Schritt schon jetzt zu tun. Daß damit aber die Bestrebungen nach einer Verallgemeinerung unseres Bürgerchaftswahlrechts noch keineswegs erledigt sind und daß unsere Gesetzgebung sich nunmehr nicht etwa befriedigt über das Erreichte ausruhen kann, ergeben nicht nur die in der Sitzung der Bürgerschaft vom 11. Juli abgegebenen Erklärungen, das zeigt vor allem auch die fortwährende Tätigkeit der gemischten Senats- und Bürgerschaftskommission über die Reform der hamburgischen Verfassung und Verwaltung und auch der Bericht dieser Kommission über die Beseitigung des Klassenwahlrechts, der eine weitere Durchberatung des Wahlgesetzes und der damit zusammenhängenden Gesetze ausdrücklich in Aussicht stellt.

In dieser Beziehung hat es in der letzten Zeit an Anregungen nicht gefehlt. Allerdings ist man in den Verhandlungen der Bürgerschaft über solche allgemeinen Anregungen auf keiner Seite hinausgegangen, vielmehr hat man die weitere Behandlung dieser sämtlichen Fragen vertrauensvoll in die Hände der gemischten Kommission gelegt. Und doch erscheint es bei der hohen Wichtigkeit dieser ganzen Fragen für die Zukunft unseres hamburgischen Staatswesens sehr wünschenswert, daß auch die Öffentlichkeit ihnen das nötige Interesse und Verständnis entgegenbringt, damit sie nicht, wenn die gemischte Kommission ihre Arbeiten vollendet hat, plötzlich vor ihr völlig neue, überraschende Tatsachen gestellt wird, sondern auf die Arbeiten dieser Kommission einen gewissen Einfluß ausüben kann.

Unter den in der Bürgerschaft erfolgten Anregungen befindet sich auch die einer Beseitigung des Bürgerrechts als Voraussetzung für den Erwerb des Wahlrechts zur Bürgerschaft. Da das Wahlrecht zur Bürgerschaft heute den wesentlichsten Inhalt des Bürgerrechts bildet, so wird damit allerdings die Beibehaltung eines besonderen hamburgischen Bürgerrechts zwecklos sein. Denn wenn der Erwerb des höchsten politischen Rechtes, des Bürgerchaftswahlrechts, nicht mehr an den Besitz des Bürgerrechts geknüpft ist, wird man auch die übrigen Eigenschaften, die jetzt noch mit dem Bürgerrecht verbunden sind, an den bloßen Besitz der hamburgischen Staatsangehörigkeit knüpfen können.

Die Aufrechterhaltung eines besonderen Bürgerrechts in den drei Hansestädten ist die Folge des Charakters unseres Staatswesens als eines Stadtstaates. Die übrigen deutschen Bundesstaaten kennen ein besonderes Bürgerrecht nur für Gemeinden, nicht für den Staat. Der Ausdruck „Staatsbürger“ deckt sich deshalb regelmäßig mit dem „Staatsangehörigen“. Das Wahlrecht zur einzelstaatlichen Volksvertretung ist regelmäßig eine Folge der Staatsangehörigkeit. Die in gewisser Beziehung den Erwerb des Wahlrechts erschwerenden Bedingungen sind dort in den Verfassungen oder Wahlgesetzen bei der Regelung des Wahlrechts enthalten, während sie bei uns zunächst den Erwerb des Bürgerrechts bestimmen und erst daran anschließend den Erwerb des Bürgerchaftswahlrechts.

Wenn nun auch alle staatsrechtlichen Einrichtungen sich geschichtlich fortentwickeln sollen, so scheint es mir doch, daß eine Beseitigung unseres besonderen hamburgischen Bürgerrechts einen Bruch mit der Vergangenheit, sondern eine logische Naturentwicklung bedeutet. Im Jahre 1864 ist das Bürgerrecht auf seinen rein politischen Inhalt beschränkt worden, im Jahre 1896 fielen die Schranken des Bürgerrechts ab. Das Gesetz betreffend das Hamburgische Bürgerrecht enthält im wesentlichen nur die Voraussetzungen für den Erwerb des Wahlrechts zur Bürgerschaft. Die Erteilung des Bürgerrechts bildet nur noch die reine Formalität, die den

Behörden und den „Hamburgern“ nur unnütze Arbeit und Zeitverlust bereitet. Auch auf die Zeremonie des Bürgereides wird man ohne weiteres verzichten können. Hat schon an sich der im öffentlichen Recht geknüpfte Eid regelmäßig keine besondere Bedeutung, da an seine Verletzung Rechtsfolgen nicht geknüpft sind, so ist dies hier noch ganz besonders der Fall. Die Verpflichtung zur Treue gegenüber dem Staate ergibt sich schon aus dem Staatsangehörigkeitsverhältnis, ohne daß es eines besonderen Gelöbnisses bedarf.

Der Schwerpunkt der ganzen Frage liegt meines Erachtens deshalb gar nicht darin, ob das Bürgerrecht als solches beibehalten werden soll, sondern darin, ob die den Erwerb des Bürgerrechts regelnden Bestimmungen im Sinne einer Erleichterung des Erwerbs zu ändern sind. In dieser Beziehung ist man schon im Jahre 1896 von der Notwendigkeit ausgegangen, die Beteiligung der Bevölkerung an den staatlichen Angelegenheiten auf eine breitere Grundlage zu stellen. Mit Recht wird hervorgehoben, daß es im Interesse des Staates liegt, wenn möglichst das ganze Volk Anteil an der Wahl seiner Vertretung hat. Dadurch wird nicht nur das Interesse des Volkes an dem Gedeihen des Staatswesens gefördert, sondern auch das Verantwortlichkeitsgefühl des Einzelnen gestärkt. Die Wahl zur Volksvertretung ist aber die einzige Form, in der das ganze Volk an der Leitung des Staatswesens beteiligt werden kann.

Nun stehen gegenwärtig ungefähr 23 000 Bürger 26 177 Wahlberechtigten bei der letzten Reichstagswahl gegenüber. Zieht man von letzteren auch die nicht geringe Zahl nicht-hamburgischer Staatsangehöriger ab, die bei der Reichstagswahl auch wahlberechtigt sind, so wird man doch wohl annehmen können, daß etwa nur ein Drittel der reichstagswahlberechtigten Hamburger zur Bürgerschaft wählen darf. Der Grund dieser Tatsache liegt auf der Hand. Er besteht in der Schranke der fortdauernden Versteuerung eines Einkommens von mindestens 1200 Mark während der letzten fünf Jahre. Der Zensus von 1200 Mark wirkt hier nicht so hindernd wie die Karenzzeit von fünf Jahren. Diese Zeit von fünf Jahren ist entschieden viel zu lang und geht über den berechtigten Anspruch des Staates, daß nur „stehende“ Elemente auf seine Leitung Einfluß haben sollen und der Einfluß der „fluktierenden“ Bevölkerung von ihm möglichst fernzuhalten ist, hinaus. In dieser Beziehung sind auch für uns die Verhandlungen sehr lehrreich, die sich über die Frage der Regelung des elsass-lothringischen Landtagswahlrechts 1911 im Reichstag abgepielt haben. Damals ist im Gesetz vom 31. Mai 1911 das Wahlrecht außer an den Besitz der Staatsangehörigkeit an die Vollendung des 25. Lebensjahres und einen Wohnsitz von mindestens drei Jahren in Elsaß-Lothringen geknüpft worden. Von der Berechtigung zum Wählen sind u. a. ausgeschlossen Personen, die bei Abschluß der Rechnungsjahre fälligen direkten Staats- oder Gemeindesteuern trotz rechtzeitiger Mahnung, und ohne Stundung erhalten zu haben, ganz oder zum Teil in Rückstand sind. Bemerkenswert ist, daß, wie verlautet, in diesem Sinne auch das preussische Landtagswahlrecht neu geregelt werden soll.

Wenn auf dieser Grundlage über die Voraussetzungen des Erwerbs der Wahlberechtigung zur Bürgerschaft eine Verständigung herbeigeführt werden kann, dann wird man sich wohl verhältnismäßig leicht über den Wegfall des Bürgerrechts verständigen. Beachtenswert ist freilich, daß eine Erweiterung des Wahlrechts nach dieser Richtung hin von der Bürgerschaft mit einfacher Mehrheit erfolgen kann, während die Beseitigung des Bürgerrechts eine Änderung der Verfassung enthält. Vielleicht wird deshalb das Bürgerrecht auch beibehalten werden müssen.

17. VII. 1917

Journal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.

Redaktion und Administration:

Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.
Telephon: Redaktion 26-09. Administration 26-10, 23-31.

Der neue Kurs in Deutschland.

(Telegramm unseres Spezialkorrespondenten.)

Berlin, 16. Juli.

Mit dem Kanzlerwechsel beginnt ein neuer Kurs in Deutschland: darüber soll und darf man sich nicht hinwegtäuschen lassen. Alles Andere sind Redensarten, Professorenauslegung, Beschwichtigungsweisheit, hervorgerufen von der ganz falschen Voraussetzung, daß übermäßige Aufrichtigkeit im Weltkriege verfehlte Politik wäre. Vor Irrführungen solcher Natur sei aber ernstlich gewarnt. Man möge sich blos der Depesche erinnern, mit welcher Kaiser Wilhelm dem ersten deutschen Kanzler den Abschied gab. Auch die Absetzung Bismarck's, die allerdings in brücker Weise erfolgte, wurde als bloße Personalveränderung gekennzeichnet und Kaiser Wilhelm drathete damals: „Mir ist so weh, als hätte ich noch einmal meinen Großvater verloren, aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zugrunde gehen sollte. Das Amt des wachhabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen, der Kurs bleibt der alte.“ Allein man weiß seither, daß mit Bismarck's Abgang die Politik des Deutschen Reiches eine abweichende Richtung nahm, die als der neue Kurs bezeichnet wurde.

Und nun steht man abermals in Deutschland an der Schwelle einer neuen, zweifellos viel bedeutungsvolleren Epoche, die möglicherweise auf die fernere Gestaltung der Weltpolitik entscheidenden Einfluß nehmen wird, jedenfalls aber speziell in Oesterreich-Ungarn die größte Wachsamkeit hervorzurufen geeignet ist. Die Frage des Bündnisses bleibt hievon unberührt, dies ist das zunächst wichtigste Ergebnis der vielen Kronräthe, der Berathungen mit den Parteien und des schließlich vollzogenen Wechsels auf dem Kanzlerposten. Dies wurde auch in einem Depeschenwechsel festgelegt, welcher zwischen den Berliner und Wiener allerhöchsten Stellen in den letzten Tagen stattgefunden hat. Der Weltkrieg hat das Bündniß so fest geschmiedet, der zur Reize gehende Vertheidigungskampf zeugte ein solch gewaltiges Gebiet gemeinsamer Interessen, daß weder ein Kanzlerwechsel, noch neue Richtlinien auf dem Gebiete innerer Politik der beiden Staaten unserer kriegerischen und außenpolitischen Zusammengehörigkeit Abbruch thun können. In diesem Sinne sind thatsächlich die beiden Herrscher „wachhabende Offiziere“, welche Rolle ihnen naturgemäß zur Sicherung des Staatsschiffes vor äußeren Feinden zufällt. Denn so viele Sonderpolitiker dieser langandauernde Krieg auch in allen Staaten zeugte, so sehr die Zahl der Bessertwiser und Verdrossenen auch begreiflicherweise gestiegen ist, das Eine läßt sich in Berlin ebenso genau feststellen wie in Wien: Kein normal denkender Mensch glaubt an eine Schwächung oder Verstimmung des Bündnißverhältnisses.

Der erste bürgerliche Kanzler des Deutschen Reiches, der das schwere Erbe eines politischen Kapitals Bismarck's antritt, wird unbedingt mit ganz anderen Mitteln, nach gründlich veränderten Gesichtspunkten, mit einem der neugestalteten inneren Lage Deutschlands entsprechenderen System arbeiten müssen als Herr von Bethmann-Hollweg. Ueber den gestürzten Kanzler ist man heute in ganz Deutschland eines Sinnes. Er stand nicht auf der Höhe, als ihn der Weltkrieg überraschte, und wenn Deutschland

17./IV. 1917

Der Sieg vom Jahre 1864 und seine Lehren.

Wohl viele dürften zum ersten Male hören, daß Oesterreich 1864 einen glänzenden Sieg über die Irredenta in Südtirol errungen hat. Bei uns hat man sich leider viel zu wenig um das gefährliche Treiben der dortigen Geheimbünde gekümmert, oft hat man bewußt die Gefahr übersehen, bis der Treubruch Italiens die alte Wunde aufbrechen ließ. Um die alten Irrtümer zu meiden und zur richtigen Lösung der Irredentafrage beizutragen, bietet das aufschlußreiche Buch des Archivdirektors Professor Dr. M. Mayer¹⁾ Gelegenheit, auf Grund der zuverlässigsten Quellen vollen Einblick in das irredentistische Getriebe zu gewinnen. So wird auch eine richtige Beurteilung dieser Mächenschaften ermöglicht. Daß wir tatsächlich von einem Siege 1864 in Südtirol sprechen dürfen, lehrt ein Blick auf die Wählerarbeit.

Während man offen für Welschtirol „Autonomie“ verlangte, wurde von London aus eifrig einem Aufstand Welschtirols und Venetiens vorgearbeitet. Im Frühjahr 1863 sollte es losgehen. Da wurde am 12. März einer der gefährlichsten Aufwiegler, Ergist Bezzi, plötzlich ausgewiesen. Dadurch verzögerte sich der Aufstand und wurde dann für das nächste Jahr verschoben. Dem Polizeirat Karl v. Pichler in Trient war es gelungen, die Fäden der ganzen in Venetien und in Südtirol vorbereiteten Verschwörung in die Hand zu bekommen. Er hatte den unter dem Decknamen „Brennero“ für Welschtirol bestellten Schriftenempfänger, den Kaufmann Johann Rossi in Trient, als Vertrauensmann gewonnen. Die Verschwörer hatten auch beschlossen, alle Briefe der Verschwornen in einem geheimen Archive zu hinterlegen, damit man jeden Verschwornen besser in der Hand habe und ihn jederzeit bloßstellen könnte, falls er sich zurückziehen wollte. Auch den Bewahrer dieser Schriftstücke vermochte Polizeirat von Pichler zur regelmäßigen Uebersendung der Briefe der Verschwörer zu gewinnen. So konnte man alle Vorbereitungen zum Aufstand in den Jahren 1863 und 1864 durch Sendlinge und Flugschriften, die Sendung von Waffen und Bomben, Monturen und roten Hemden für den beabsichtigten Kleinkrieg ruhig verfolgen und kannte auch das genaue Aufstandsprogramm Garibaldis und Mazzinis und den ganzen Feldzugsplan, sowie die stille Beteiligung der italienischen Regierung.

Wie weit die Verschwörung ausgedehnt wurde, zeigt die Werbung italienischer Eisenbahnarbeiter in Bozen. Wie eifrig gewählt wurde, bewiesen die überall auftauchenden Anschläge mit der Inschrift: Es lebe Garibaldi! Es lebe das geeinte Italien! Einige Gemeinden hatten einen jährlichen Ehrengelt von 100 Lire für jene Trientiner ausgesetzt, die sich im kommenden nationalen Befreiungskampfe die italienische Kriegsmedaille verdienen würden, und die Frauen von Trient sammelten in der Mailänder Sparkasse 1000 Lire als Geschenk für die tapfersten Soldaten jenes Kommandanten, der zuerst Trient besetzt. Auf den Bergen um Roveret waren am 21. und 22. März Freudenfeuer angezündet worden. Die Sache verschob sich aber wieder. In aller Stille wurden nun große Vorbereitungen getroffen für einen Handstreich, der am 27. und 28. August unternommen werden sollte. An der Grenze wollte man beginnen und in Welschtirol fortsetzen, während Venedig von der See her überfallen werden sollte. Der Plan war fein ausgeheckt. Eine in Brescia vom 20. August bis zum Monatsende abzuhaltende landwirtschaftliche Ausstellung war bestimmt, den Deckmantel zu bilden für den Massenzug der italienischen Freischaren gegen Tirol.

Nunmehr hielten es Graf Hohenwart und Polizeirat v. Pichler an der Zeit, zu dem sorgfältig vorbereiteten Schlage auszuholen. In der Nacht vom 19. auf den 20. August erfolgte zu gleicher Zeit in Trient, Pesen, Levig, Roveret und einigen andern Orten die Verhaftung fast aller Räbelsführer und die Beschlagnahme der Waffenvorräte, Ausrüstungsgegenstände und roten Hemden. Die Tatkraft der Behörden und die rechtzeitige Vereitelung des Aufstandes erregte bei den Italianissimi panischen Schrecken, in Deutschtirol aber, wo bisher überall stiller Unmut herrschte, volle Befriedigung. Die Maßnahmen fanden auch den vollen Beifall bei der loyalen Bevölkerung in Welschtirol.

Der Aufstand war niedergeworfen, ehe er noch losbrechen konnte. Klar hatte es sich gezeigt, welchen Einfluß eine pflichtbewußte und disziplinierte Beamtenerschaft auszuüben vermag. Graf Hohenwart hatte seit 1860 in Südtirol allmählich mit fast allen bedenklichen Elementen unter den welschen Beamten aufgeräumt, und so konnte jetzt Polizeirat von Pichler mit einem sehr geringen, aber zuverlässigem Personale den großen Erfolg erzielen. Damit hat Graf Hohenwart den Beweis geliefert, daß das beste Mittel zur Ueberwindung politischer Schwierigkeiten im

Innern des Landes eine tüchtige, ausschließlich dem Staatsgedanken dienende Beamtenerschaft ist, die unbedingt ihre Pflicht erfüllt.

Die Verhaftung und dann die Beurteilung der Verschwörer hatte in Welschtirol einem Gewitter gleich die Luft gereinigt. Es war wirklich ein schöner Sieg, den Oesterreich damals errungen hat. Das zeigt der Erfolg. Bis zum Ausbruch des Krieges von 1866 wagte sich die Irredenta, dieser gefährliche Gegner, wenig mehr hervor. Selbst noch während des Krieges blieb es ziemlich ruhig. Erst im Dezember 1866, als infolge des Friedensschlusses mit Italien die Verräter begnadigt wurden, begannen sofort die Wählerereien gegen Oesterreich. In Schule, Presse und Vereinen wurde unermülich für das Irredentaprogramm gearbeitet. Statt zäh und zielbewußt den Feind mit gleichartigen und gleichwertigen Mitteln zu bekämpfen, hat man die Lehre von 1864 vergessen. Der Treubruch 1915, dessen gleichen die Weltgeschichte nicht kennt, war das Ergebnis dieses Fehlers.

P.

¹⁾ Der italienische Irredentismus. 2. Aufl. Nr. 540. Verlagsanstalt, Durch die Reichspost-Buchhandlung zu beziehen.

Der nationale Standpunkt der bulgarischen Politik.

Von Professor Konstantin M. Gheorghiev.

Wien, 17. Juli.

An dem bulgarischen nationalen Einigungswerke haben Leier und Schwert den gleichen glorreichen Anteil. Der unter fünfhundertjähriger Fremdherrschaft leidenden bulgarischen Volksseele entrang sich immer stärker der von Europa lange unbeachtet gebliebene Sehnsuchtsruf nach Befreiung und Vereinigung der Teile eines lebendigen bulgarischen Staatskörpers.

Das nie erloschene Zusammengehörigkeitsgefühl all dessen, was ethnographisch bulgarisch war, unter Ausschließung aller zum großbulgarischen Reiche gehörig gewesenen fremden Bestandteile hat jene geistige und physische Kraftentfaltung unseres Volkes ausgelöst, die zur Vollendung des großen Wertes führen konnte. Diese Signatur unserer ganzen nationalen Raison d'être hat unser Ministerpräsident Dr. Radoslawow kürzlich, von mir über die bulgarischen Kriegsziele befragt, treffend mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: Wir kämpfen für unsere nationale Einigung.

So wie sich der Staatsmann ausgedrückt hat, so denkt das ganze bulgarische Volk — an der Donau, an der Maritsa, an der Morawa, am ganzen Vardaral, an dem Schridafsee und am Schwarzen Meere. Es würde der Entente auch sehr schwer fallen, das Gegenteil zu beweisen, da in einer reichen politischen Literatur in den Ententeländern, schon bevor es in deutschen Büchern besprochen wurde, zu lesen war, welche Gebiete von Bulgaren bewohnt sind, auf welche Gebiete die bulgarische Nation ihre Aspirationen erstrecken darf und soll. Die Bulgaren streben nicht nach fremdnationalem Gut, sie wollen nur das, was bulgarisch ist: Mazedonien, die Dobrudscha und das Morawatal, auch Pomoravia genannt, Länder, die durch Gewalt unter fremde Herrschaft verfallen und deren Bewohner zum größten Teil Bulgaren sind, gemeinsam mit allen anderen Bulgaren dieselbe Erinnerung an die gemeinsame Vergangenheit haben und die eine gemeinsame Zukunft anstreben.

Die Heiden, die jungen Freiheitshelden, die in der Türkenzeit in die Berge flohen, haben das Werk der letzten Vorfahren, der großen Adligen des albulgarischen Reiches, fortgesetzt. Die Namen der größten unter ihnen leben noch in den Volksliedern in allen bulgarischen Ländern, an der Morawa genau so wie in der Dobrudscha und in Mazedonien. Als nun die nationale Wiedergeburt der Bulgaren, geleitet von Mazedonien aus durch den König Paisi und seine Schüler in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, zu dem Unabhängigkeitskampfe der bulgarischen Kirche im neunzehnten Jahrhundert führte, wurden die Heiden zu nationalen Revolutionären seitens Georgi Rakovski organisiert. Wie die deutschen Freiheitshelden, so haben auch unsere mit Leier und Schwert, in Wort und Tat uns der Freiheit und Einigkeit zugeführt. Die revolutionären Bewegungen seit 1862 und die Bewegung in Mazedonien, die auf unsere Tage reicht, wurden und werden noch immer falsch als Bandenuntriebe charakterisiert. Indessen waren es wirkliche zielbewusste Nationalrevolutionäre, geleitet durchwegs von intelligenten Kräften mit Georgi Rakovski an der Spitze. Dieser kam aus Paris, wo er die Rechte an der Sorbonne absolviert hatte. Er war Jurist und Journalist, Poet und Diplomat zugleich.

Diese Freischärler waren es, auf die sich Rußland stützte, als es seinen sogenannten Freiheitskampf begann! Alexander II. zog 1877 gegen Konstantinopel und es kam 1878 zum Frieden von San Stefano, der ein national geeinigtes Bulgarien schaffen sollte. Darauf folgte aber sehr bald der Berliner Kongreß und die Zerstückelung der bulgarischen Nation. Das Morawatal, das schon durch die Bezeichnung „bulgarische Morawa“ charakterisiert erscheint, wurde Serbien gegeben. Vor mir liegt das umfangreiche Buch Tschilingirov's, das eine Fundgrube serbischer Dokumente über den ausgesprochen bulgarischen Charakter des Morawatales mit dem bulgarischen Bischofsstiz und intellektuellen Zentrum Nisch bildet. Von Serbien aus gelangt man aber nach Mazedonien über Nisch, und kaum hielten die Serben ihre Propaganda in Morawato durch die Zuweisung auf dem Berliner Kongreß für gesichert, begannen sie schon ihre Emisäre nach dem unglücklichen Mazedonien zu senden. Ja noch mehr: Berauscht durch die reiche Gabe auf dem Berliner Kongreß, wollte Serbien seine Staatsgrenze gegen Bulgarien bis nach Sofia verschieben. Im Jahre 1885 — sechs Jahre nach der Wiederentstehung des bulgarischen Staates — als sich Bulgarien mit Ostrumelien (Südbulgarien) vereinigte und das bulgarische Heer aus diesem Grunde an der türkischen Grenze stand, überfiel uns Serbien im Namen des Prinzips „des Gleichgewichtes“. Dieselbe Eier nach bulgarischem Gut hegte Rumänien: nachdem es auf dem Berliner Kongreß die Dobrudscha („das Land des Wohllebens“, die erste bulgarische Pflanzstätte auf dem Balkan), erhalten hatte, brach es sofort mit seiner traditionellen Freundschaft zu Bulgarien und schickte sich an, seine Annexionsgelüste auf unsere große Handelsstadt an der Donau, Rutschul, und unsere größte Hafenstadt am Schwarzen Meer, Varna, zu verwirklichen. So wie Serbien im Jahre 1885, so überfiel uns auch Rumänien im Jahre 1913, und es ist nur allzu bekannt, welche bulgarischen Gebiete sich Rumänien von der Entente noch zusichern ließ, bevor es in den Weltkrieg eingriff.

So war Bulgarien von allen Seiten von Feinden umgeben. Wenn ein Mazedonier noch kurz vor dem Kriege aus irgendeinem triftigen Grunde nach Serbien gehen mußte, wurde er dort sofort gezwungen, die Endung seines bulgarischen Namens „ew“ oder „ow“ in ein „isaj“ zu verwandeln; ein Mazedonier konnte nie in Serbien frei leben. In Bulgarien aber lebten noch vor dem Weltkrieg

300.000 Mazedonier, und zwar so unbeschränkt wie jeder andere Bürger des Königreichs. Ein Drittel des bulgarischen Offizierskorps sind Mazedonier, ein großer Teil der Schullehrer, Gymnasial- und Universitätsprofessoren sind Mazedonier, ein großer Teil der bulgarischen Journalisten, Kaufleute, Advokaten und Beamte sind Mazedonier. In dem bulgarischen Ministerium des Innern in Sofia sind die Hälfte der Beamten aus diesem Lande, ein großer Teil unserer diplomatischen Vertreter im Ausland ebenso, und es gab noch kein bulgarisches Ministerium, in dem es nicht mindestens einen Minister aus Mazedonien gegeben hätte. Bulgarien führt seit seiner Entstehung als Staat und Festfückelung als Nation auf dem Berliner Kongreß eine Politik der nationalen Einigung, die mit einer Eroberungspolitik nicht verwechselt werden darf. Als die Kunde aus Berlin kam, daß Bulgarien nach dem Berliner Vertrag nur aus Mäßen und dem Sandschat von Sofia, also ohne Dobrudscha, ohne Thrazien, ohne Mazedonien und Moravsko bestehen sollte, da war der Schmerz so groß, daß ein heftiger Streit darüber entstand, ob man sich damit abfinden oder einfach die Beschlüsse nicht beachten sollte. Zu jener Zeit war die Intelligenz aus allen Ländern Bulgariens in Tirnowa versammelt; dort sollte die große Sobranje die Konstitution des Landes ausarbeiten. Die große Sobranje schritt auch sofort zur Schaffung einer sehr starken Armee, damit sich die Bulgaren die Gerechtigkeit, ihre nationale Einigung erkämpfen!

Der nationale Geist mußte also, da die Dinge so standen, die bulgarische Politik stark beherrschen, und der nationale Kampf mußte gleich nach der Entstehung des bulgarischen Staates fortgesetzt werden — trotz aller hemmenden Einflüsse Rußlands, das den Selbstbestimmungstrieb der Bulgaren als tiefe Kränkung empfand. Der erste bulgarische Fürst Alexander Battenberg sah ein, daß er keine Politik der Selbstgenügsamkeit als bulgarischer Herrscher führen könne, sondern im Einklang mit der Volksseele zog er nach Philippopol, der Hauptstadt Südbulgariens, und erklärte von dort aus trotz aller russischen Drohungen die Vereinigung Nord- und Südbulgariens. Als nach ihm Prinz Ferdinand von Koburg auf dem bulgarischen Throne folgte, begann er auch gleich auf eine geradezu geniale Weise die Politik der nationalen Einigung der Bulgaren zielbewußt zu fördern. Der bulgarische Souverän setzte sich in Tirnowa die Krone der bulgarischen Zaren auf und nahm den Titel „Zar der Bulgaren“ an, um besser den Wunsch seines Volkes nach der nationalen Einigung zum Ausdruck zu bringen. Zar Ferdinand und das ganze bulgarische Volk denken nicht an eine Wiederaufrichtung des alten Bulgarenreiches, da die bulgarischen Zaren auch fremde Länder beherrschten und manche unter ihnen „Imperator Bulgarorum et Graecorum“ hießen. Die Ereignisse sehen sich nur ähnlich, aber wiederholten sich nie. Die Bulgaren kämpfen für ihre nationale Einigung, und sie konnten und können von diesem Grundfeste nicht abgehen. Darin lag die Ursache für das Verhalten Bulgariens im zweiten Balkankrieg. Der bulgarische Poet sagt: „Wenn du auch dem Verderben entgegengehst, welche nicht vor dem gerechten Ziel ab, wenn du auch fällst, so falle aufrecht.“

Wenn die Gegenwart Bulgariens mit dem alten Bulgarenreiche, das auf Eroberungen ausging, verglichen wird, so finden wir nur in einem Ereignis dieselbe Richtung: Als Ludwig der Deutsche mit Nord bedroht und um seine Herrschaft bedrängt wurde, wandte er sich um Hilfe an den bulgarischen Zaren Boris. Dieser schloß mit ihm im Jahre 864 zu Tulln an der Donau ein Bündnis, das 10 Jahre hindurch beiden Verbündeten zum Heil gereichte. Dieses Bündnis eröffnete die Epoche des Zaren Simeon, die als „das goldene Zeitalter“ in unserer Geschichte und Literatur bekannt ist.

Diese historische Erinnerung sei ein glückliches Omen für die neue Zeit, die mit ihren neuen drängenden Zielen Bulgarien wieder mit Naturnotwendigkeit den Zentralmächten zugeführt hat, zum dauernden Wohle der verbündeten Völker. Die Bulgaren haben ihre nationale Einigung erreicht und werden an ihr festhalten.

Wäre der Parlamentarismus in Deutschland oder Preußen richtig?

Von Gustav Schmoller.

Aus dem literarischen Nachlasse.

Berlin, ...

Das englische System parlamentarischer Regierung ist im siebzehnten Jahrhundert durch die Mißbräuche der Stuarts, ihrer Versuche einer katholischen Restauration und die Revolutionen von 1640 bis 1650, 1660 und 1688 entstanden. Die Unfähigkeit der Stuarts als Regenten und als Nachfolger der Tudors war zu groß; sie nahmen heimlich große Pensionen vom französischen König, dem Erbfeind Englands, bedrohten die ganze englische Verfassung. Die royalistische Partei und die presbyterianische Mittelpartei des Parlaments einigten sich 1688 zu ihrem Sturze. Spätere Könige versuchten wohl wieder Ministerien aus den verschiedenen Parteien des Unterhauses zu bilden; es ging nicht. Wohl aber bildete sich die Sitte, daß die beiden Parteien in der Regierung miteinander abwechselten. Und dieses System hat sich im achtzehnten Jahrhundert unter den Hannoverischen Königen befestigt und im neunzehnten unter der fünfzigjährigen Regierung einer Frau, die keine eigenen politischen Ziele hatte, dauernd eingelebt. Es hat im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert England große führende Minister und Staatsmänner, zunehmende Macht und ungeheurer wachsender Reichtum, eine Reihe wichtiger innerer Reformen gebracht. Die großen Schattenseiten, die das System bei allen Vorzügen hat, die ich jüngst in meinem Jahrbuche an der Hand der vortrefflichen Schrift von Tomies über den englischen und deutschen Staat (1917) besprach, sind im großen und ganzen in den liberalen Parteilagern der übrigen Staaten ziemlich unbekannt. Es ist daher wohl begreiflich, daß man das System auch in anderen Ländern nachzuahmen vorschlug, obwohl da, wo das am nächsten lag, in den vereinigten Staaten, die großen Begründer der Verfassung es in weiser Absicht durch die verfassungsmäßige Stellung des Präsidenten und seiner Minister ausschlossen. In Frankreich, Spanien und Italien, in Belgien und Holland, in den selbständigen englischen Kolonien, vollends in den skandinavischen und Balkanstaaten, haben die Versuche der Nachahmung nicht aufgehört, aber sie sind keineswegs durchaus geglückt; sie haben in dem Maße mehr Unheil angerichtet, als die politischen, sozialen und sonstigen Voraussetzungen des Verfassungslebens ganz andere waren und sind als in England, zumal da, wo eine Vielheit der parlamentarischen Parteien, wie auch in Deutschland, vorhanden ist.

Es erscheint daher wohl am Platze heute, da die Hoffnungen auf große Verfassungsreformen und politische Fortschritte auch in Deutschland und Oesterreich hochgespannt sind, da man vielfach auch auf eine solche Nachahmung hofft, an die Voraussetzungen zu erinnern, unter denen die parlamentarische Regierung in England relativ günstig gewirkt hat.

England hatte unter den Tudors unter Einvernehmen mit dem Hause der Gemeinen eine große Zeit monarchischer Reformen erlebt: die Förderung der Selbstverwaltung, ein

gewisser Schutz der unteren Klassen, siegreiche Kriege, Handelsförderung, aber zugleich Steuerbewilligung des Parlaments, dessen Kontrolle der Staatsverwaltung, Durchführung der Reformation waren die großen Ziele der Tudorzeit gewesen. Die besitzenden Klassen in Stadt und Land waren emporgekommen; sie beherrschten die Selbstverwaltung durch die unbezahlten örtlichen Ehrenämter, das Haus der Gemeinen durch die Wahlen aus denselben gesellschaftlichen Kreisen. Die zwei ausschlaggebenden Parteien Englands im siebzehnten Jahrhundert waren die royalistische und die presbyterianische. Die erstere umfaßte den hohen ländlichen Adel und die ländliche Ritterschaft, die Gentry. Die Presbyterianer rekrutierten sich aus den höheren Klassen der Städte, hauptsächlich den Handelsherren, die im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert sehr reich geworden waren. Ein Teil von ihnen hatte die Gelegenheit benützt, Landgüter zu kaufen, wozu die Verarmung mancher Adelligen Gelegenheit bot. Die Royalisten proklamierten in erster Linie Königstreue, „no resistance“. Die Presbyterianer schreckten vor einem Widerstand gegen die Krone nicht zurück. Neben diesen beiden Parteien hatte die Erhebung gegen Karl I., die Revolution, die Armee Cromwells auch eine republikanische Partei geschaffen. Aber sie hat sich nicht dauernd behauptet. Sie verschwand mit dem Commonwealth Cromwells wieder. Dieser war unfähig gewesen, viel in der inneren Struktur Englands zu ändern, weil ihm in Stadt und Land die Selbstverwaltungsorgane starken aktiven und passiven Widerstand leisteten. Und die Selbstverwaltung lag in den Händen derselben Royalisten und Presbyterianer, welche das Parlament beherrschten.

Bei aller Verschiedenheit der Royalisten und Presbyterianer war doch der Grundcharakter der gesellschaftlichen Kreise beider Parteien nicht ohne Berührung und Ähnlichkeit, wie sie auch fähig waren, in den großen Schicksalswendungen der englischen Verfassungsgeschichte zusammen zu wirken und sich in ihren gemeinsamen aristokratischen Interessen zu finden. Als Jakob II. sich durch seine Politik ganz unmöglich gemacht hatte und die Presbyterianer ihren Widerstand bis zu Absetzungstendenzen steigerten, da weigerten die Royalisten sich nicht, die Hand dazu zu bieten. In jenen Tagen entstanden, nachdem man vorher die Royalisten als Kavaliere, die Presbyterianer als Rundköpfe bezeichnet hatte, die Epitheta Tories für die Royalisten und Whigs für die Presbyterianer, jener für die mehr ländlichen und dieser für die mehr städtischen Teile der Aristokratie. Es setzte sich der Gebrauch fest, daß die beiden Parteien als die natürlichen Ausdrücke der zwei gleichberechtigten Seiten des Staatslebens miteinander in der Regierung wechselten.

Als dann Wilhelm von Oranien und nachmal Georg III. wieder Ministerien über den Parteien bilden wollten, hielten doch Tories und Whigs zusammen gegen diese Versuche. Soweit Schwierigkeiten der Regierung im achtzehnten Jahrhundert eintraten, beschritten der whigistische Minister Walpole und viele seiner Nachfolger den Weg der Bestechung, die von 1700 bis 1835 ein unschönes, aber ein unentbehrliches Mittel der parlamentarischen Regierung wurde. Die zweifelhaften Parlamentsmitglieder fanden beim ministeriellen Diner die nötige Zahl Goldstücke unter ihrem Couvert. Oder kaufte die eine oder andere Partei so viel

verrottete Wahlflecken, um ihre Majorität zu sichern. Keiner der zahlreichen Gesetzesentwürfe dagegen fand je Aufnahme im Hause. Auch sonst darf man nicht übersehen, daß die Parlamentsregierung, zumal vor den Parlamentsreformen (1832, 1867, 1885), die Mehr- und Schattenseiten einer rein aristokratischen Regierung hatte; Nichtachtung der schwächeren Klassen und ihrer Interessen, Preisgabe des Bauernstandes, Latifundienbildung, Verwahrlosung des Volksunterrichtes, schlechte söldnerische Kriegsverfassung, Intoleranz gegen die Dissenters, Mißhandlung von Irland und vieles andere mehr.

Das Wesentliche ist aber doch wohl: beide Parteien waren nicht sowohl politische Parteien in unserem Sinne, sondern Adelscliquen von großer innerer Ähnlichkeit, beide hatten die Wurzeln ihrer Kraft in der Teilnahme und der Beherrschung der Selbstverwaltung, in der hier geübten, gleichmäßigen Anwendung der Landesgesetzgebung. Nur waren die Tories mehr auf dem kleinen Landadel basiert, die Whigs auf dem Handelserwerb und dem großen städtischen Kapital, das aber immer mehr auch auf dem Lande angelegt war. Viele aristokratische Familien der Tories standen persönlich Whigsfamilien nahe; manche der Herren gingen von einer Partei zur anderen über. Unter Umständen griff ein großer Tory, wie Peel, zu liberalen Reformen und erzeugte so zeitweise Parteispaltungen. Auf beiden Seiten war die Aufrechterhaltung der aristokratischen Herrschaft von etwa fünfzigtausend Familien (gleich einem Zwanzigstel der englischen Familien) die Hauptsache. Auf beiden Seiten gleiche Schul- und Universitätsbildung, gleiche Gesamtaufassung des politischen Lebens, der großen Ziele der englischen Politik. Beide Parteien sahen es als selbstverständlich an, daß sie bei Uebernahme der etwa fünfzig höchsten politischen Ämter des Staates auch die Hofämter erhielten, um den Hof in ihrem Sinne zu leiten.

Beide Parteien empfanden es, als neuerdings eine besondere irische sowie eine Arbeitspartei sich neben ihnen im Parlament bildeten, als eine Gefahr für ihr Schaukel- und Wechselsystem. Und jetzt — im Kriege — hat es ja verfaßt; man ging zu Koalitionsversuchen über, wenn man nicht gar von einer Diktatur Lloyd-Georges sprechen soll.

Das Wechselsystem der Regierung hat den Vorzug, daß die durch die parlamentarischen Premierminister gebildeten Ministerien in sich ganz homogen sind; die Besetzung der fünfzig parlamentarischen obersten Staatsstellen ist für die meisten sehr reichen Parteimitglieder nicht ein Erwerbsziel; sie nehmen die Gehalte, um ihren Ministeraufwand zu bestreiten, aber sie kleben nicht an den Gehalten. Sie legten auch lange deshalb auf Diäten keinen Wert. Die Minister sind mit wenigen Ausnahmen keine technischen Spezialisten; wer heute Minister des Innern ist, übernimmt morgen Finanz oder Indien. Nur die auswärtigen Minister sind meist im Dienste des Auswärtigen Amtes groß geworden. Sie arbeiten nicht wie kontinentale Minister zehn bis sechzehn Stunden täglich an ihrem Schreibtisch. Sie bleiben Gentlemen of no occupation; für die Arbeit haben sie ihre lebenslänglichen Hilfsbeamten, die nicht mit der Partei wechseln. Die Minister und Unterstaatssekretäre müssen Leute von allgemeinem Ueberblick sein und Männer, die im Parlament und sonst so reden können, daß sie durch ihre Reden die englische öffentliche Meinung beherrschen. Dies Ziel erreichten sie wenigstens früher ziemlich sicher; heute freilich sagt man in England:

„jago der geringen gesetzgebenden Resultaten, ja Ver-nachlässigung der wichtigsten Staatsaufgaben, eine unsichere, tastende Politik war die Folge.“

Zum Schluß möchte ich kurz erwähnen, daß ich einst in den siebziger Jahren mit Fürst Bismarck eine Unterredung über das Thema hatte. Er verkannte nicht die Vorteile des englischen Systems. Er lobte besonders die Einheitlichkeit der Parteiministerien, die strenge Unterordnung der Minister unter den Ministerpräsidenten, die in Preußen noch fehle. Er sagte: „Ich will lieber mit einem halbfeindlichen Staate einen schwierigen Vertrag schließen, als mit dem preussischen Kriegsminister ein Abkommen treffen.“ Für Deutschland betonte er aber doch nachdrücklich, daß die Voraussetzungen einer parlamentarischen Regierung ganz fehlten: schon der reiche Adel, der dazu nötig sei, bestehe nicht in Preußen; den habe Ungarn und Oesterreich eigentlich mehr als wir Deutsche. Der preussische Adel sei zu arm, er sei sehr gut im Beamten- und Offiziersstand zu brauchen, aber nicht zur parlamentarischen Regierung. Dem Königtum müsse bei uns Führung und Initiative bleiben.

Es war im Jahre 1875, als er so sprach; ich glaube, er wird später eher noch abweisender gewesen sein, obwohl er 1878, als er mit Bennigsen über den Eintritt ins Ministerium unterhandelte, eher einen Schritt in der Richtung verstärkten Parteieinflusses beabsichtigte, der ja aber nicht zustandekam.

leiden. Man hat dies nicht von Mitteleuropa erwartet (Sprach man doch immer vom Wienerwaldhimmelreich im Dreiviertel-takt), und man hat wohl damit gerechnet, daß die Oesterreicher zu kämpfen, zu siegen und zu sterben wüßten, man hat aber nie daran geglaubt, daß sie auch jahrelang zu leiden, jahrelang Schmerz und Entbehrungen zu leiden wissen würden. Und so bildete sich langsam ein neuer politischer Begriff in der angelsächsischen Vorstellungswelt, ein Begriff, der immer häufiger auftauchte, immer stärker die öffentliche Meinung, beeinflusste, um sich schließlich dauernd in Kriegsbewußtsein zu verankern und eine völlige Umwertung aller militärischen, politischen und wirtschaftlichen Werte, eine neue Orientierung über Oesterreich-Ungarn, eine veränderte Auffassung von der zu erwartenden Neuordnung Europas herbeizuführen. Dieser neue Begriff, diese die heroischen Ergebnisse dreier Kriegsjahre lapidar zusammenfassende Formel lautet kurz: „The Austrian Resistance“, der österreichische Widerstand.

Wenn also der Krieg dem Amerikaner außer den Munitionslieferungen noch irgend etwas bedeutet hat, so hat er ihm die Erziehung zur Skepsis, die Angewöhnung eines politischen Relativitätsgefühls bedeutet, das in den zukünftigen Beziehungen zwischen Europa und Amerika eine große Rolle spielen wird. Der Amerikaner hat schon jetzt seine puritanische Lust am Verdammten wesentlich eingedämmt und die englischen Abenteuer in Griechenland und Aegypten haben ihm soviel zu denken gegeben, daß er, wenn nicht zum Fassen neuer Urteile, so doch zum Fallenlassen alter Vorurteile gelangt ist. Es hat ihn merkwürdig berührt, daß die Revolutionen, die in der Monarchie angefangen waren, in Irland, Südafrika und Rußland stattgefunden haben, und daß die 16 jungen irischen Intellektuellen von Padraic Pearse bis zu Francis Sheehy Skeffington durch die große englische Demokratie („die Mutter der Parlamente“) in verbrecherischer Deffentlichkeit tatsächlich hingerichtet worden sind. Es ist ja wahr, daß einige tschechische Abgeordnete zu Freiheitsstrafen verurteilt sind, aber bei aller Abneigung gegen österreichische Kerker ist es noch immer sympathischer, ein lebender Gezehe in einem k. k. Gefängnis zu sein als ein toter Ire in einem englischen Massengrab.

Die moralische Umwertung, deren Bedeutung in Amerika nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, ist also der politischen gefolgt, und die durchwegs lokale Haltung der Oesterreicher in Amerika hat diesen Prozeß wesentlich beschleunigt. Denn es hat nicht ohne Eindruck bleiben können, daß die 8000 Kroaten in Los Angeles ebenso wie die 20.000 Polen in Chicago und die Hunderttausende von Oesterreichern aller Nationalitäten in Newyork mit sehr wenigen Ausnahmen treu zu ihrer alten Heimat standen, und sich weder durch wirtschaftlichen Druck, noch durch soziale Verlockungen, weder durch Propaganda, noch durch Terrorismus in ihren Instinkten irre machen ließen. Man begann endlich in Amerika zu verstehen, daß es ökonomische Enge war, die diese neuen Siedler aus ihrem Vaterlande getrieben hatte, und nicht autokratische Verfolgung, daß sie wirtschaftlich und nicht politisch emigriert waren. Von dieser Erkenntnis führte ein kurzer Weg zur Einsicht, daß die kräftig proportionierte Fassade Oesterreichs (mag auch das Interieur noch nicht komplett eingerichtet sein) auf ungeheure Kohäsionskräfte schließen lasse, die innerhalb des Reiches wirksam sein müssen. Und daß diese Kohäsionskräfte staatserbaltende Kräfte par excellence, die sie sind, aus dem Staatsgedanken strömen, der den politisch und wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den Nationalitäten fordert; diesem österreichischen Staatsgedanken, der, oft verhöhnt und angefeindet, selten klar formuliert, doch immer irgendwo im österreichischen Bewußtsein lebendig ist und der Vollendung und reiflichen Verwirklichung entgegenpulszt.

Wie weit die Kreise sind, die sich zu dieser Analyse Oesterreichs durch den ungeheuren Wust der Kriegseinstellungen durchgearbeitet haben, erkennt man am deutlichsten an den führenden politisch intellektuellen Zeitschriften, die, wie die „New Republic“, direkt persönlich von Woodrow Wilson beeinflusst werden und die seit über einem Jahre von der österreichischen Ausgleichs- und Kompromißkunst sprechen, die allein imstande sei, für die vielen durcheinandergesprenkten Nationalitäten wohl balancierte Lebensbedingungen zu schaffen. Man ist trotz aller politischen Gegensätze zu den Zentralmächten sogar so weit gegangen, in der k. k. den Parteien und Nationalitäten stehenden österreichischen Regierung ein Vorbild für die weltumfassende „Liga zur Erzwingung des Friedens“ zu sehen, die von einer starken Gruppe amerikanischer Staatsmänner unter Führung des ehemaligen Präsidenten Taft angestrebt wird. Aus diesem dreijährigen Entwicklungsgang der amerikanischen Vorstellung von Oesterreich-Ungarn geht eindeutig hervor, daß die feindselige Stellungnahme der öffentlichen Meinung Amerikas in den ersten Kriegsjahren nicht blindem Hasse, sondern sehr bedauerlicher Unwissenheit zuzuschreiben war. Das mag für die Gegenwart ein schwacher Trost sein, eröffnet aber höchst erfreuliche Perspektiven für die Zukunft. Denn daß die Vereinigten Staaten, der Stimmung und Meinung nach, uns und unseren Verbündeten viel freundlicher gegenüberstehen, seit sie mit dem letzteren im Kriege sind, als zur Zeit, da sie noch „neutral“ waren, ist so ziemlich von allen Beobachtern trotz der Paradoxie der Situation klar erkannt worden. Diese Tatsache mag verwirrend und befremdend wirken, mag auf den weiteren Gang des Krieges keinerlei Einfluß ausüben, mag sogar bei den Friedensverhandlungen nur wenig in die Waagschale fallen und doch wird sie den Ausgangspunkt erfreulicher Entwicklungen bilden; die Tatsache, daß Amerika in den Krieg trat, um wirklich neutral zu werden.

Man wird nun mit Recht fragen, wie sich dieser Stimmungsumschlag, wie sich die Umwertung Oesterreich-Ungarns realpolitisch geäußert habe. Um das zu sehen, muß man sich bloß die dürren politischen Vorgänge zwischen Wien und Washington vergegenwärtigen und die allmählich zunehmende Richtung der Reihe beachten. Zuerst folgte ein Zwischenfall dem andern, ein Mißverständnis wurde nur von einem zweiten beseitigt, Noten wurden gewechselt, und der Botschafter sowie der verdienstvolle Generalkonul war New

Die Umwertung Oesterreich-Ungarns in Amerika.

Von Rudolf Kommer.

Nichts zeigt so deutlich die aufsteigende Linie Oesterreich-Ungarns im Kriege wie die stetig vor sich gehende Umwertung, die der Machtkomplex Oesterreich-Ungarn während der drei Kriegsjahre in den Vereinigten Staaten erfahren hat. Als der Krieg und mit ihm die große englische Mobilisierung der Nachrichten begann, da war das amerikanische Wissen von Oesterreich auf die Kenntnis mehr oder weniger stillvoll erfundener Hofgeschichten beschränkt. Es fiel darum der englischen Propaganda nicht schwer, das österreichische Prestige, so weit es vorhanden war, zu zerstören. Diese Arbeit tat England keineswegs aus Gehässigkeit gegen Oesterreich, sondern aus Gefälligkeit für seine Verbündeten Rußland, Serbien und Italien. Denn England bezahlte nicht nur die Schulden dieser abenteuernden Kriegführenden in Amerika, es besorgte auch ihre Argumentation.

Man kann nun gewiß nicht behaupten, daß das geistige Nützzeug, das England der amerikanischen Presse zur Verfügung stellte, besonders reichhaltig und neuartig war. Gegen Deutschland wurde bekanntlich die unheilige Dreieinigkeit: Treitschke, Riechle und Bernhardt, ausgespielt, gegen Oesterreich „Das Joch der Nationalitäten.“ Und da nun einmal die geistigen Erzeugnisse Amerikas ebenso standardisiert sind wie seine Automobile, seine Strumpfhalter und seine Stadtanlagen, so flattert aus tausend Büchern, Zeitschriften und Pamphleten, aus Hunderttausend Zeitungsblättern und Nachrichtencommuniqués das Schlagwort von den „unter furchtbarem Joch stehenden Nationalitäten“ in die Vereinigten Lande. Ob man in die kalten und schönen Berge Neuenglands kam, wo die heroische Landschaft die Ur rasse der ältesten englischen Kolonisten so unerklärlich sterilisiert, oder nach dem ewig blauen Südkalifornien, wo die unerträglich lange Reihe von schönen Tagen die neue Ansiedler rassen erschläft, überall hörte man zwei Jahre lang die Kunde von dem Joch. Kein Mensch wußte zu sagen, worin dieses Joch eigentlich bestand, aber jeder deutsche oder österreichische Propagandist konnte sicher sein, in der auf jede Rede folgenden Diskussion das mysteriöse Joch irgendwie auftauchen zu sehen. Daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Oesterreich von Kaiser Franz Josef mit dem unbeugbaren Willen eines alttestamentarischen Patriarchen gegen manchen Widerstand durchgesetzt wurde, muß jedem Amerikaner ebenso unverständlich bleiben, wie der gegenwärtige Werdegang des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn unter der Initiative Kaiser Karls. Erst als sich die amerikanische Einbildungskraft nach zwei Kriegsjahren aus den historischen Kumpelkammern in die überlaute Wirklichkeit wagte, da begann sie — ungläubig beinahe — die erstaunlichen Umrisse des zeitgenössischen Oesterreich zu entdecken.

Für das Wohlergehen all dieser Seifenblasen ist nun die allzulange Dauer des Krieges verhängnisvoll geworden. Die weltumfassende, imposante Nachrichtenkampagne der Engländer hätte reiflos das Spiel gewonnen, wenn der Krieg nur ein Jahr gedauert hätte. Das zweite Kriegsjahr hat es aber allen Unbefangenen ermöglicht, sich den englischen Sand aus den Augen zu reiben, der im ersten Kriegsjahre in alle neutralen Augen gestreut worden war. Und der amerikanische Informations hunger blieb nicht lange unwählerisch. Hatte man zuerst die tollsten Widersprüche unbeachtet gelassen, so setzte denn doch schließlich ein gewisses Maß an Kritik ein und die Engländer mußten erklären, was nicht zu erklären war. Mit der Zeit fiel es auch dem loyalsten Tory auf, daß Oesterreich-Ungarn weder durch den Krieg, noch durch den Tod Kaiser Franz Josefs und am allerwenigsten durch feindseligen Zureden zum Auseinanderfallen zu bewegen war. Letzten Endes sind die Waffentaten denn doch die beredteste Propaganda, und was an den italienischen, russischen, rumänischen und serbischen Fronten geleistet wurde, konnte wohl von Tag zu Tag, nicht aber in den monumentalen Ergebnissen übersehen werden. Was aber dem denkenden Amerikaner noch mehr imponiert hat als alle Siegespöller, flatternden Fahnen und eroberten Königreiche, war etwas Unvorhergesehenes, ein Element wirklicher menschlicher Größe: die Fähigkeit, zu

ten in
nlich-
ignis-
folgte,
Roten
inhalt
kam,
emp-
den
Als
ochen
allen
was
festig
sahn,
nen,
zum
die
hisch
wie
an
nicht
erten
pohl-
hern
Daß
ind-
ische
und
den
eben
chen
ter-
tel-
ren
die
and
ar-
icht
sen
am
rich
ich
ng
vor
ge-
leg
es
die
eg
on

18. VII. 1917

Kriegsziel.

In zwei Tagen wird der deutsche Reichstag gesprochen und die Mehrheit desselben ihre Kriegszielresolution der ganzen Welt bekanntgegeben haben. Der Inhalt der Resolution ist schon seit Tagen ein offenes Geheimniß und nicht bloß in den Staaten des Vierbundes, sondern auch in denen der Entente weiß man heute, daß nach der zuerst vom Grafen Czernin verdolmetschten Bereitwilligkeit Oesterreich-Ungarns zum Abschlusse eines Verständigungsfriedens auf Grundlage der Versöhnlichkeit, eines Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen nun auch die Mehrheit des deutschen Volkes, vertreten durch die Mehrheit der Abgeordneten im deutschen Reichstag, keinen anderen Frieden erstrebt als diesen. Wie alle Friedensresolutionen und Friedensangebote von unserer Seite erfolgt auch diese deutsche in einem Augenblick, da sich abermals und vielfältig die Kraft unserer Arme, die Unverwundlichkeit unseres Widerstandes, die Stossgewalt unserer Heere erwiesen hat. Auf allen Linien, an allen Fronten und auf allen Schlachtfeldern haben unsere unüberstehlichen tapferen Truppen in heroischem Ringen neuen Ruhm errungen.

Die ungeheuerlichen Offensiven an der französischen und flandrischen Front brachten den Engländern und Franzosen herbe Enttäuschung ein und enden soeben damit, daß die Deutschen nach und nach fast Alles wieder zurückeroberten, was sie im ersten Aufsturm des schrankenlos keine Menschen opfernden Feindes aufgegeben hatten. So schmachlich ist das Fiasko, das Engländer und Franzosen mit der Offensive, die sie als die entscheidende, die unbedingt entscheidende ankündigten, nun erleiden, daß der Unwille der getäuschten Völker der Entente trotz aller Agitationen und Beruhigungsmethoden der Regierenden doch zum Durchbruch kommt und Frankreich sich schon nicht mehr begnügen will mit der Entfernung simpler Generale und Minister, sondern den Kopf des Präsidenten Poincaré fordert als des Mannes, der an der zwecklosen Hinterschlachtung der letzten Männer und Jünglinge Frankreichs Schuld trägt.

Und wie im Westen so im Osten. Die Revolution hatte Rußland vom Czarismus befreit und tausendjährige Ketten lagen zerbrochen auf der heiligen, vom Blute der eigenen gepeinigten Völker getränkten russischen Erde. Mit der Freiheit erfaßte die Befreiten die Sehnsucht nach der Rückkehr von Frieden und Ordnung. Was soll die Freiheit, wenn sie nur die Freiheit zum Sterben und auch nicht die zum Leben bedeutet? Was wäre das neue Rußland, wenn es, statt getnechtet zu werden durch den Willen eines einzigen Autokraten, nun slavisch gehorchen soll den Befehlen einer vielköpfigen Macht, die despotischer noch als der alte Despotismus sich geberdet? Der Krieg ist in seiner Fortdauer der Mörder der jungen Freiheit, und so ging ein einziger Schrei durch ganz Rußland, der Schrei nach dem Frieden, nach der Versöhnung mit den Feinden, nach der Verständigung mit allen Völkern, nach Gerechtigkeit und Brüderlichkeit, Vernunft und Menschlichkeit, nach der Proklamirung eines Kriegszieles, das allen Völkern gerecht werde, keinem etwas wegnehme, jedem lasse, was ihm gebührt und gehörte.

Einen Augenblick lang jubelte die Welt der Friedenswilligen — und wer möchte, in welchem

Genz. K. 76, 8107, K. 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Abonnement für das Ausland

Vierteljährig:

Belgien (Kranzhand-Versendung): Deutschland, Bulgarien K. 24, 1. Staaten des Weltpostvereines K. 25.
 Bei den Postämtern in Deutschland M. 11.15, Schweiz Fr. 12.55, Belgien Fr. 12.95, Italien L. 14.47, Rumänien Fr. 13.90, Serbien Fr. 13.80, Bulgarien Fr. 13.80, Russland K. 25, Griechenland (b. d. Buchhandl. Elathrodakis & Barth, Athen od. K. K. Zeitsg.-Exp. in Triest) K. 15.00, Marokko (Ost-Postämter) K. 12.40, Asien, Türkei K. 17.45, Ägypten K. 16.64, Dänemark Kr. 11.36, Schweden Kr. 11.30, Norwegen Kr. 10.56, Finnland M. 15.10, Holland F. 3.—, bei den Agenturen in Köln: L. Loesch & Co., Bonn Fr. 15.50, Frankreich: Hachette & Co., III, Rue Racine, Fr. 25.00; England: Saarbach, London, 21, Bride Lane, Fleet Street, E. C. 4, Siegle & Co., London E. C. 1, 129, Leadenhall Street, Fld. St. 1 sh. 1; Nordamerika: E. Steiger, 20 Park Place, G. E. Stecher, 131-133 West 25th St., L. A. Rossvogel, 27, Second Avenue in New York, Doll. 5.40, Vertreter für das Ausland: Saarbach News Exch., Gen. m. b. H., Mainz.
 Für die an Agenten, Anwälte oder Verzeichner bezahlten Beiträge leisten wir keine Garantie.

se.

1917.

Weltpolitische Betrachtungen zu Kaiser Karls Amnestieerlaß.

Von Professor Dr. W. Foerster (Universität München).

Wien, 18. Juli.

„Das erste noble Wort, das seit dem 1. August 1914 in Europa gesprochen wurde.“ Dieses ganz allgemeine Urteil des neutralen Auslandes über Kaiser Karls Amnestieerlaß hat deutlich genug gezeigt, wie leidenschaftlich die zerrissene und ratlose Kulturwelt heute nach der Weltpolitik des GEFÜHLES und des aufbauenden Wortes lechzt — man erwartet kein Heil mehr von den bloßen Schachspielskünsten der hohen Politik. Immer weiteren Kreisen wird es klar, daß wir mit der bloßen niederen Mathematik des politischen Denkens nicht mehr weiter kommen; wir müssen es nun einmal mit der höheren Mathematik versuchen, das heißt, mit dem großen Mut zur Großmut, mit der einzig wahren Realpolitik der Offenheit und des reinen Willens, die den Männern der politischen Kunst immer wieder ein Aergernis und eine Torheit ist, obwohl sie allein die Völker aus der Sackgasse retten kann, in die sie sich verrannt haben.

Eine Kundgebung, die wie der Amnestieerlaß aus jener höheren Sphäre kommt und aus dem Füllhorn der Caritas herausgeschüttet wird, die wird natürlich immer auch das Gepräge einer gewissen unirdischen Sorglosigkeit an sich tragen und in den Äußerlichkeiten ihres Erscheinens dem Praktiker manchen Anlaß zu billiger Kritik bieten; inmitten des ungeheuren Mißtrauens aber, das heute die Völker trennt und das jedem Friedensworte eine schlaue Absicht unterschiebt — da hat gerade dieser Mangel an vulgär-politischer Berechnung die allergrößte politische Bedeutung. Ist es doch die einfachste Stimme reiner Menschlichkeit, die in dieser bangen Weltstunde allein wieder Vertrauen zu schaffen vermag: „Es hört sie jeder, geboren unter jedem Himmel!“ Ja, man darf sagen: Politik im höchsten Sinne ist überhaupt nichts anderes als die Kunst, Vertrauen zu schaffen — nur so wird die menschliche Gesellschaft aufgebaut, erweitert, gesichert — alles andere ist auf Sand gebaut und reißt eines Tages unausweichlich Schuldige und Unschuldige in den Abgrund. In der gewaltigen Krise der gegenwärtigen Menschheit können die bloßen Wolfs- und Fuchsgedanken nicht einmal einen Scheinerfolg mehr erzielen — nein, die Urmächte der Sittlichkeit müssen jetzt gerufen werden, um die in der Tiefe zerstörte Gemeinschaft wieder neu zu knüpfen.

Für die wichtige psychologische Beurteilung der Weltlage ist es unbedingt nötig, sich klar zu machen, woher es eigentlich kam, daß das scheinbar vor der Anarchie stehende und zweifellos von größter Friedenssehnsucht erfüllte russische Volk die doch höchst verlockenden Friedensangebote der Zentralmächte abgewiesen und die Kraft zu einer solchen militärischen Offensive aufgebracht hat. Irgendwelche bezaubernde Eroberungsziele waren doch nicht vorhanden. Also vielleicht englisches Geld und amerikanische Drohungen? Eine solche Deutung käme aus der Art von „Völkerpsychologie“, die keine blasse Ahnung von der Realität der „Inponderabilien“ im Völkerleben hat und die daher in diesen drei Jahren unablässig falsche Prognosen gestellt hat. Ein großes, friedliebendes Volk, das sich soeben aus der Knechtschaft befreit hat, das läßt sich weder durch Trinkgelder, noch durch Drohungen mehr in den Tod schicken. Nein, der Grund der neuen Kriegsentlossenheit Rußlands lag in nichts anderem, als in dem tiefen Mißtrauen der Ententevölker.

Was wirklich Vertrauen schafft, das ist nur eine ganz elementar aus der Tiefe kommende Liebe zu einem neuen Zustand des Völkerlebens und ein demgemäßiger Akt unverkennbaren politischen Hochsinns. Solche Akte und Worte müssen und werden jetzt von den Zentralmächten ausgehen — sie entsprechen ihren ältesten idealen Traditionen.

Post.

für Wien:	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	26.—
Für Oesterreich-Ungarn:	
bei täglich zweimaliger Postver-	
sendung	
monatlich	K 5.20
vierteljährlich	15.—
halbjährlich	30.—
bei täglich einmaliger Postver-	
sendung	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	26.—
Für Deutschland:	
viertelj. Kreuzbandsend. K 18.—	
und durch die Postämter laut dort	
ausliegender Postzeitungsliste.	
Länder des Weltpostvereines:	
viertelj. Kreuzbandsend. K 22.—	
und durch die Postämter laut dort	
ausliegender Postzeitungsliste.	
Eingelbrosch für auswärts:	
Morgenblatt	16 H
Nachmittagsblatt	6
Nachmittagsblatt separat	8

reich-Ungarns.

1917

XXIV. Jahrgang

ses bei Kalusz. über die Wirkung des U-Boot-Krieges. etersburg.

Kaiserthronen, das schöne Wort geprägt hat: „Stadt und Vaterland ist mir Rom, insofern ich Antoninus bin, aber beides ist mir die Welt, weil ich ein Mensch bin.“

Dieses Glaubens und dieser Ueberzeugung lebten auch jene Geistesheroen, deren Denken und Sinnen dem gestirnten Himmel galt: Kopernikus, Galilei, Tycho de Brahe, Joh. Kepler, die beiden letzteren von dem mathematischen und astronomischen Studien sich widmenden Kaiser Rudolf II. nach Prag berufen, Pascal und Sir Isaac Newton, der Entdecker des Gravitationsgesetzes.

In dem Zeitalter der Verjüngung des gesamten geistigen Lebens in Wissenschaft und Künsten entstand gleichsam zu einiger Beschränkung der Reformationstürme ein europäisches Staatensystem, und es machte sich die Notwendigkeit fühlbar, die verschiedenen losen Staatengebilde durch das Band des Rechtes zusammenzuhalten, da es an einer höheren, ausschlaggebenden Macht über den Staaten fehlte und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Teile der Staatengemeinschaft ein nur schwaches war. Dieses moralische Bewußtsein wachzurufen und zu kräftigen, fühlten sich die damaligen Lehrer des Natur- und Völkerrechts, hauptsächlich jene an der hochberühmten spanischen Universität zu Salamanca, die Dominikaner Franz von Vittoria 1480 bis 1546 und Domenico Soto 1494 bis 1560, Novarro 1494 bis 1586, Vasquez 1551 bis 1640, vor allem aber der Jesuit Franz Suarez berufen, um Bausteine zu einem tragfähigen Fundament für die neue Staatenordnung herbeizuschaffen, in welcher fortan Friede und gesicherte Freiheit herrschen sollten.¹⁾ Ist der Weltplan ein vernünftiger und sittlicher, lehrten diese erleuchteten Männer, so könne er nicht durch Unvernunft und Unsittlichkeit, also auch nicht durch Unfreiheit verwirklicht werden, sondern nur durch die freie Entschliebung derer, welche die Werkzeuge der Vorsehung sind. Bringen dennoch verderbliche Mächte herzerreißendes Unheil über die Menschheit, so mögen wir solches als die vergeltende Nemesis für Torheit, Uebermut und Laster bezeichnen, eine Nemesis, die nach den der Geschichte eingepprägten Spuren allerdings durch die Völker zu wandeln scheint. Durch Vernunft und Geseßung legen diese den Grund zu ihrem Glücke, durch Torheit und Entartung zu ihrem Untergang, und die wahre Staatskunst bestehe darin, durch Beförderung der ersteren und Vermeidung der letzteren die Wohlfahrt der Völker zu begründen.

Das Bewußtsein der Gemeinschaft des Menschengeschlechtes auf christlicher Grundlage, mächtig anzuregen, galt namentlich Suarez als Grundbedingung aller Herrschaft, nämlich der Gerechtigkeit, deren Verwirklichung eben der Staat sein soll. Ihr Ausdruck ist das Geseß, auch das Völkergeß, ihr Gegenteil sind Willkür und Gewalt. Jeder Staat, jedes Reich, führt er des weiteren aus, selbst eine in sich willkommene Gemeinschaft, sei dennoch auch zugleich ein Glied des höheren Ganzen, welches alle Menschen umschließt, denn niemals seien jene Gemeinwesen so sehr sich selbst genügend, daß sie nicht irgendeiner wechselseitigen Unterstützung und Beihilfe bedürften, sei es zur Förderung größerer Wohlfahrt, sei es zur gemeinsamen Abwehr widerrechtlicher Angriffe, sei es, weil die sittliche Not-

¹⁾ Daß jetzt allen Ernstes daran gegangen wird, die Werte der spanischen Natur- und Völkerrechtslehrer der ganzen wissenschaftlichen Welt zugänglich zu machen, kann nicht dankbar genug begrüßt werden. Neuestens haben Prof. Jos. Kohler (Berlin), „Die spanischen Naturrechtslehrer des 16. und 17. Jahrhunderts“ (Archiv für Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, Aprilheft 1917), und Prof. S. Lammasch, „Katholische Vorboten des Völkerrechts“ („Die Kultur“, Jahrbuch d. Oesterreichischen Geographischen Gesellschaft 1917) höchst wertvolle Vorarbeiten hierzu veröffentlicht.

Weltkrieg und Weltgedanke.

Von Hofrat Dr. F. v. Leninger,
Professor der Innsbrucker Universität.

Wie verhältnismäßig klein, wie verschwindend winzig, muß uns doch dasjenige erscheinen, was wir Entwicklungsgeschichte der Menschheit nennen, wenn wir das Weltall von jenem Standpunkte aus betrachten, den die Sternkunde die „archimedische Perspektive“ zu nennen pflegt, wenn wir den Blick zum gestirnten Himmel emporrichten, zu dem unendlichen Raume mit seinen Sternläufen und Sonnensystemen. Ein unscheinbarer Punkt in dieser Unendlichkeit ist unsere Erde, die durch den Weltraum stürmend, von Nacht zu Tag, von Tag zu Nacht um ihre Achse sich dreht im rastlosen Sphärenlaufe. Unzählbarer Zeiträume hat es bedurft, bis an ihrer Oberfläche die Lavaglut bewohnbaren Zuständen gewichen ist. Reihen um Reihen von Lebewesen lösten einander ab, bis endlich im geheimnisvollen Dämmerchein das erste Wissen von unserem Geschlechte sich einstellte, neuerlich erhellt durch die prähistorischen Funde. Wie schwach und baufällig müssen dem Forscher, welcher der Allmutter Natur auf den Spuren ihrer Geheimnisse folgt, jene herkömmlichen wie vertragsmäßigen, so vielen Schwankungen und Wechselfällen preisgegebenen Schranken erscheinen, welche die Menschen unter sich aufgerichtet haben, und die sie haß- und neiderfüllt, gewinn- und eigensüchtig immer wieder in Krümmen legen und um derentwillen sie sich auf das blutigste befehdeten, wie das in diesem Weltkriege unsere Feinde tun, die fast die ganze Erdbevölkerung gegen die beiden europäischen Mittelmächte und ihre Verbündeten aufgebieten haben. Und doch ist das Menschengeschlecht nichts als eine Welle im Meere des Weltalls, bewegt von unwandelbaren Naturgesetzen, deren Walten auf den Schöpfer des Universums zurückführt, auf einen Weltplan, der durch die Gesche der Völker und Staaten geht, dem diese in wunderbarer Verbindung der Notwendigkeit und des freien Entschlusses dienstbar sind. Ist dem so, wie sollten nicht die Menschen friedfertig, duldsam und versöhnlich sein, Nachsicht mit ihren wechselseitigen Schwächen üben, eingedenk jener politischen Weisheit, die größer ist in der Aufhebung und Versöhnung der Gegensätze als in ihrer Beroewigung und für die Antoninus Pius, der Philosoph auf dem

19. VII. 1917

Feststellung der Kriegsziele.

Von Bartholomäus v. Szanyi,

Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

In einigen Tagen werden es bereits drei Jahre sein, daß der Krieg begonnen hat und noch immer dauert er fort. Der Kampf von nie geahnten Dimensionen wüthet ununterbrochen mit immer wieder aufblühender Behemung. Er beschränkt sich nicht nur auf die Kraftentfaltungen der bewaffneten Macht, sondern zieht die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft. Nicht nur die Kulturentwicklung ist unterbrochen, sondern auch die Befriedigung der gewöhnlichen Lebensbedürfnisse ist in hohem Grade erschwert. Die kriegführenden Völker befinden sich in einem alle früheren Begriffe übersteigenden andauernden Ausnahmezustand, welcher von Tag zu Tag drückender wird. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Friedenssehnsucht immer mehr Raum gewinnt und daß sie zu immer deutlicheren Friedensfundgebungen Veranlassung bietet.

Dies ist nicht bloß bei uns, nicht bloß in einem oder dem anderen kriegführenden Staate der Fall; es ist dies eine allgemeine Erscheinung, deren unzweideutige Merkmale überall wahrnehmbar sind. Nur die Erscheinungsformen sind verschieden. Insbesondere die Art und Weise, wie die Gefühle und die Revelationen des Volkes seitens der offiziellen Kreise aufgefaßt und zum Ausdruck gebracht werden, weist in den einzelnen Staaten wesentliche Abweichungen auf. Bei uns, sowie bei den übrigen mit uns verbündeten Mächten bedecken sich die Regierungserklärungen mit der Volksstimmung. Es gab nicht einen Moment, wo wir uns in der soeben angedeuteten Hinsicht nicht übereinstimmend dazu bekant hätten, daß wir — in unserer staatlichen Integrität und Entwicklungsfreiheit angegriffen — einzig und allein zum Zwecke der Wahrung unserer vitalsten Interessen zu den Waffen gegriffen haben, daß daher unser Krieg ein Vertheidigungskrieg ist, den wir jederzeit zu beenden bereit sind, sobald der gegen uns gerichtete Anschlag beseitigt sein wird. Auch jetzt erklären die maßgebenden offiziellen Kreise — im Einklang mit der die ganze Bevölkerung durchdringenden Auffassung — daß aus dem Rahmen unseres Kriegszieles Eroberungen ausgeschlossen sind. In diesem Sinne haben wir auch schon unsere Friedensgeneigtheit kundgegeben. Die Regierungen der uns feindlich gegenüberstehenden Mächtegruppe haben es verstanden, den Kriegseifer ihrer Völker durch falsche Vorpiegelungen zu entfachen. Man wußte ihnen die Stimmung beizubringen, daß die Forderung ihrer nationalen Individualität und der allgemeinen Wohlfahrtsinteressen in der Korrektur der bestehenden Staatenzusammenstellung und der innerhalb derselben wirksamen Leitmotive der Staatszwecke besteht und auf dieser Grundlage haben sich dann die irreführenden Schlagworte der Freiheit, der staatlichen und nationalen Entwicklung, des Nationalitätsprinzips und der Selbstbestimmung der Nationen herausgebildet und die Eroberungs- und Vernichtungsgelüste unserer Feinde erweckt und großgezogen. Mittlerweile haben aber die mißlichen Kriegsergebnisse, die sonstigen Kriegserfahrungen und die richtigere Erkenntniß des wahren Menschheitsberufes eine wesentliche Wandlung in der Gefühls- und Willenswelt der dortigen Bevölkerung hervorgerufen. Es vergeht kein Tag, wo wir nicht Kunde erhielten von den mannigfachen

Revelationen der dortigen Volkskreise, welche auf ehebaldige Beendigung des Krieges — ohne Annexionen und Schadloshaltung — abgezielt sind. Trotzdem beharren die feindlichen Regierungen noch immer auf dem schroffen Standpunkte, laut welchem den Mittelmächten und ihren Verbündeten zugemuthet wird, für alle durch den Krieg verursachten Schäden Ersatz zu leisten und den gewaltsamen Eingriff in ihren Staatenbestand und in ihre internen Staatseinrichtungen zu dulden. Dieser absurden Auffassung ist es zu verdanken, daß das Friedensangebot der Mittelmächte seinerzeit zurückgewiesen wurde und daß die Regierungen unserer Feinde noch immer einen noch in der Zukunft zu erringenden entscheidenden Sieg und daher die weitere Verlängerung der Kriegsdauer vor Augen hatten.

Diese Wahrnehmung kann jedoch Niemanden beirren, dem Problem der konkreteren Friedensmöglichkeit näher zu treten. Und hier handelt es sich in erster Reihe um die Fixirung der Kriegsziele auf der Grundlage der immer entschiedener zutage tretenden Symptome der öffentlichen Meinung. Die formellen Akte des Friedensangebotes und der darauf folgenden gegenseitigen Emunziationen, die Vermittlung der Neutralen, damit die Friedensbedingungen eventuell im Wege einer Friedenskonferenz konkretisirt werden, waren zum Theil verfehlt und haben überhaupt zu keinem positiven Ergebnis geführt. Nun aber ist ein anderer Kraftfaktor entstanden und in Aktion getreten, welchem in einem viel größeren Maße die Macht innezuwohnen scheint, die Frage einer Lösung zuzuführen und die aufs höchste gesteigerte Spannung zu verringern. Ueber die ganze Welt zieht mit unaufhaltsamer Wucht der Strom des universalen Menschlichkeitsbewußtseins, welchen man mit dem Namen der Demokratie zu bezeichnen pflegt und welcher dazu drängt, die Grundlagen und die Formen der Völkergemeinschaft den Existenz- und Kulturbedürfnissen des Menschen, mit einem Worte der menschlichen Natur anzupassen. Dieser Geistesstrom bringt innerhalb der einzelnen Staaten Bewegungen und Maßnahmen zum Vorschein, welche in erster Linie die Verbesserung des staatlichen Zusammenlebens bezwecken, letzten Endes aber auch auf die Kriegs- und Friedensfrage auswirken. Das Bestreben, daß auf das Schicksal des Staates je breitere Schichten der Bevölkerung Einfluß haben, ist nicht bloß ein Mittel, um die Opferwilligkeit des Volkes im Kriege anzueifern, sondern es hat auch die Zweckbestimmung, einen gedeihlichen Frieden herbeizuführen und für die Zukunft zu sichern. Den demokratischen Staatseinrichtungen fällt daher zugleich auch die wichtige Aufgabe zu, der Gestaltung der völkerrechtlichen Verhältnisse eine festere Form und einen kräftigeren Inhalt zu verleihen, es ist daher nicht gleichgiltig, wie und in welchem Maße die einzelnen Staaten den Sinn und die Entschlußfähigkeit dazu haben, den demokratischen Anforderungen der Zeit zu entsprechen.

Wir sehen schon, daß unter dem überwältigenden Einfluß der demokratischen Weltanschauung die Varianten der denkbaren Friedensmodalitäten in der Volksauffassung überall immer mehr versöhnende Formen anzunehmen beginnen. So spricht man schon unter Anderem von einem Verständigungsfrieden und von der Taktik der Eintracht. Lange wird sich auch die offizielle Welt unserer Feinde dieser Strömung nicht entziehen kön-

Die Hellenische Union an die russische Regierung.

Berlin, 18. Juli. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Die Hellenische Union in der Schweiz sowie eine Anzahl dort lebender Königstreuer Griechen haben an die zu den Stockholmer Konferenzen entsandte Abordnung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates und an die provisorische Regierung in Petersburg telegraphiert:

1. Die Mitglieder der Hellenischen Union in der Schweiz haben in einer außerordentlichen Generalversammlung von der Kundgebung der provisorischen russischen Regierung Kenntnis genommen, die den Entschluß Rußlands ankündigt, den gegen die griechische Staatsverfassung geführten Gewaltstreich zu nichte zu machen und sprechen Ihnen hierfür ihren tiefsten Dank aus. Wir sind die einzigen Griechen, die unter den gegenwärtigen Umständen frei und ohne Zwang und Furcht die Schreckensherrschaft an den Branger stellen können, der man unser Vaterland unterworfen hat, und infolgedessen die einzigen, die in der Lage sind, Dolmetscher der Schmerzensschreie unserer tyrannisierten Brüder zu sein, die man hindert, der Welt ihre Tyrannen zu denunzieren. Ihre edle und generöse Intervention erfüllt uns mit Freude und Hoffnung.

Unter strenger Beobachtung der Normen des Rechtes müßte man zwecks vollständiger Wiedergutmachung des zugefügten Unrechtes die Wiederherstellung des politischen Zustandes in Griechenland fordern, der vor der fremden Okkupation bestanden hat, und es dann dem Volke frei überlassen, sein Los zu entscheiden. Unsere Dankbarkeit würde aber ewig sein, wenn Sie durch Ihre Intervention die gewaltmäßigen Usurpatoren und die Okkupationstruppen aus unserm Lande entfernen könnten. Sodann müßte man die Wünsche des griechischen Volkes nach jener Regierungsform feststellen, die es sich geben will, entsprechend dem obersten Prinzip, das das revolutionäre Rußland proklamiert hat, wonach jedes Volk sein eigener Herr ist und jede Einmischung Dritter verurteilt wird. Eine solche Bestimmung des griechischen Volkes, unbeeinträchtigt von auswärtigen Einflüssen und Zwang, müßte unter der Kontrolle einer neutralen Kommission stattfinden, unter Vorsitz von Vertretern des neuen Rußland, auf das das griechische Volk sein größtes Vertrauen setzt.

gebühret sind, und zwar: Mitteln aller
Vertretern, volle Freiheit, Wiederher-
festung der unantastbaren Rechte und Ber-
waltungsberechnen. 2. Unterstützung der fremden
Mächten der fremden Kontrollorgane und der
fremden Polizei. 3. Bindende Verpflichtung
der Entente, sich nicht mehr in die inneren An-
gelegenheiten Griechenlands einzumischen
und, welches auch immer das Schicksal des
griechischen Volkes sein möge, nicht mehr
durch eine solche das unglückliche Land zu
bedrängen. 4. Einsetzung einer neutralen
Kommission zur Durchsicht und Sicherung
der vorerwähnten Maßnahmen.

Die Loslösung der Ukraine.

Von Wladimir Kalynowitsch, ehem. Hochschullehrer in Kiew.

Die widerspruchsvollen Nachrichten über die Vorgänge in der Ukraine, die teils aus den verschiedenen russischen Parteiblättern geschöpft, teils durch die Petersburger Telegraphenagentur tendenziös über Schweden dem Ausland übermittelt, sodann durch die ausländische Presse entsprechend verarbeitet werden, müssen mit der in solchen Fällen nötigen Vorsicht geprüft werden. Hielt noch vor kurzem die europäische Diplomatie die ukrainische Frage für „Zukunftsmusik“, so darf man sich gewiß nicht wundern, wenn plötzlich „Kenner“ der ukrainischen Verhältnisse auftauchen, die die unerhörtesten Dinge dem Publikum aufstischen. Tatsache ist, daß die ehemals selbständige, durch den Perejaslawer Vertrag (1654) mit Moskau auf Grund einer Personalunion vereinigte Ukraine ihre nationale und politische Wiedergeburt feiert. Rasch fällt die künstlich aufgetragene russische Lüge herab und mit elementarer Gewalt bricht sich das emporquellende nationale Leben eines Jahrzehnte lang unterdrückten Volkes freie Bahn.

Bestätigt wird die aus verschiedenen Quellen stammende Meldung über die Konstituierung des ersten ukrainischen Ministerkabinetts. Der „Ukrainische Zentralrat“ (ukrainisch: „Ukrainsjka Zentralna Rada“) hat ein Generalkommissariat gebildet, das, aus neun Ressorts bestehend, die Machtbefugnisse eines ausgesprochenen Ministerkabinetts vereinigt. An dieser Stelle mögen die durch Berliner und einige Wiener Blätter entstellten Namen der einzelnen ukrainischen Minister richtiggestellt werden. Die erste ukrainische Regierung setzt sich aus folgenden Vertrauensmännern des ukrainischen Volkes zusammen: Wladimir Wynnyschenko — Präsidium und Inneres, Sergius Jefremiw — Auswärtiges, Simeon Petlura — Kriegsministerium, Professor Luchan-Baranowskyj — Finanzministerium, Stajful — Volksverpflegung, Martos — Ackerbauministerium, Adwokat Sjadowskyj — Justiz, P. Chrestjuk — Reichssekretär und Kurator des ukrainischen Lehrbezirkes, Nikolaus Wassylenko — Unterrichtsministerium.*

Offen bleibt noch immer die Frage, ob die ukrainische Republik sich von Rußland lösen will und die Bildung eines selbständigen Staatswesens anstrebt oder vielmehr auf föderativer Grundlage mit Rußland vereinigt, sich mit unbeschränkter national-territorialer Autonomie begnügen wird. Ungeachtet der Versicherungen der nach Kiew eingetroffenen Vertreter der einstweiligen Petersburger Regierung ist die Einigung noch keineswegs zustande gekommen. Bezeichnend für die Verhältnisse ist die Tatsache, daß die russische Regierung einen offenen Konflikt um jeden Preis verhindern möchte und alle Hebel in Bewegung setzt, um die zu einem Aufstand organisierte Ukraine durch Versprechungen aller Art von einem völligen Bruch abzuhalten. Die hervorragendsten Mitglieder der russischen Regierung: Kerenski, Tsereteli und der in der Ukraine reich begüterte russische Minister des Außern Terschtschenko (ein Ukrainer!) mußten unverrichteter Dinge heimkehren. Es sei zwar eine „günstigere Lage“ erzielt worden, doch besteht die Gefahr einer Loslösung der Ukraine noch immer. Alle Anzeichen scheinen im Gegenteil darauf hinzuweisen, daß der Bruch sich kaum vermeiden läßt.

Der „Ukrainische Zentralrat“ kann angesichts der Massentendenzungen des ukrainischen Volkes für eine selbständige Ukraine der Petersburger Regierung keine bindenden Zusagen geben und wäre auch nicht in der Lage, trotz der etwaigen Verpflichtungen auf die Unabhängigkeitsbewegung hemmend einzuwirken. Darauf weist die Erklärung des nunmehrigen ukrainischen Regierungschefs Wynnyschenko hin. Auf den Einwand der Petersburger Regierung, der Ukrainische Zentralrat könne nicht als Verkörperung des wirklichen Willens des ukrainischen Volkes betrachtet werden, da er nicht auf Grund von allgemeinen Wahlen zustande gekommen sei, erklärte Wynnyschenko der „Kijewskaja Mysl“ zufolge, daß die Rada durch den Allukrainischen Nationalkongress eingesetzt, durch die beiden Heereskongresse in Kijiw bestätigt worden sei und die Vertreter sämtlicher Parteien und Stände der Ukraine vereinige. Eine abermalige Wahl der Rada auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes lasse sich, erklärte Wynnyschenko schlagfertig, unter den gegenwärtigen Verhältnissen ebenso wenig durchführen,

wie auch die einstweilige Petersburger Regierung und der Arbeiter- und Soldatenrat keineswegs aus allgemeinen Wahlen des russischen Volkes hervorgegangen seien. Die Rada erscheine nur als das gesetzgeberische Organ des organisierten ukrainischen Volkes. Diese Erklärung, die Wynnyschenko kurz vor der Ausrufung der ukrainischen Republik gegeben hat, sowie seine jüngste Äußerung, die ukrainische Regierung habe Macht und Autorität genug, um aus der Front Millionen ukrainischer Soldaten zur Hilfe herbeizuführen, erlauben den Schluß, daß die Ukraine auf einen etwaigen Bürgerkrieg gefaßt ist. Indes dürfte der Bürgerkrieg keineswegs im Interesse Rußlands liegen und schon beeilt sich die Petersburger Telegraphenagentur, der Welt zu verkünden, daß die einstweilige Regierung dem ukrainischen Volk wichtige Zugeständnisse eingeräumt habe und daß die Einigung so gut wie erzielt sei.

Uebereinstimmend melden Kiewer, Moskauer und Petersburger Blätter, daß die Bildung der ukrainischen Armee im steten Wachsen begriffen sei. Nach „Nowoje Wremja“ vom 20. Juni n. St. wurde der „Ukrainische Generalrat“ von den Truppenteilen, die sich in der Ukraine aufhalten, sowie von dem Allukrainischen Heereskongress als die oberste Militärinstanz anerkannt und noch vor der Ausrufung der ukrainischen Republik ist laut „Djenj“, „Utro Rossiji“ und „Ruskoje Slowo“ in Schitomir, Umanj, Kiew, Odessa und in anderen Städten der Ukraine eine Reihe von Regimentern entstanden, die sich mit den historischen Namen der ukrainischen Hetmanen Bohdan Chmelnyzkyj, Petro Sahajdatschnyj, Gonta u. a. belegt und sich der Rada als Schutzwache zur Verfügung gestellt haben.

Aus Stockholm liegt die gleichfalls authentische Meldung vor, daß die Hauptstadt der Ukraine, Kiew, ihr äußerliches Bild vollkommen geändert hat. Die roten Revolutionsfahnen sind durch blau-gelbe ukrainische Nationalfahnen ersetzt, verschwunden sind die russischen Kulturträger („kazapy“ nennt sie der Ukrainer) mit ihren roten Bärten, auf der Hauptstraße Kiews, Kreschtschatyl, stolzieren nunmehr die totgegläubten Saporoger einher, die durch den martialischen Schnauzbart, die weiten blauen Bluderhosen („scharawary“), den roten „Shupan“ und die graue Pelzmütze die Tradition der Sitsch auch äußerlich wieder in Erinnerung bringen. Auch der krumme Säbel, den Zivil und Militär an der linken Hüfte tragen, erinnert an die ruhmvolle Vergangenheit der ukrainischen „Sitsch“.

Die Ukrainisierung sämtlicher Verwaltungsbehörden kann nach Meldungen der russischen Presse, die täglich spaltenlange Berichte über die Loslösungsbestrebungen der Ukraine nunmehr zu bringen kein Bedenken trägt, schreitet unaufhaltbar fort. Eine stammenswerte nationale Werbetätigkeit hat ein Volk entfaltet, das als „ethnographische Masse“ und ein „Zweig“ der Russen aufgefaßt wurde. Verschwunden sind die russischen Schilder der Aemter und Kaufläden, die russischen Affischen und amtlichen Verlautbarungen der russischen Verwaltung. Die ukrainische Regierung hat die bisher verpönte „kleinrussische Mundart“ als ukrainische Amtssprache in Gouvernementsverwaltungen, Aemtern, in Schulen und Gericht eingeführt.

Wichtig für den weiteren Verlauf der Ereignisse ist ferner die Nachricht, daß der ukrainische Nationalfonds über Millionenbeträge verfügt und daß seit dem 27. Juni sämtliche Steuern in der Ukraine durch die Amtorgane der ukrainischen Regierung eingehoben werden. Nach den einzelnen ukrainischen Gouvernements — es gibt deren vierzehn — wurden bevollmächtigte Kommissäre ausgesandt, die an Ort und Stelle im Sinne der Verfügungen des Zentralrates und der Regierung an die Durchführung einer einheitlichen Organisation schreiten werden. Damit ist aber auch der erste Schritt getan, den nur ein selbständiger Staat wagen darf.

Wie immer die Ereignisse sich in der Ukraine entwickeln werden, eine Wiederherstellung der alten Zustände ist völlig ausgeschlossen. Wenn sich auch die Ukraine gegen das weitere Blutvergießen ausgesprochen hat, bedeutet eine längere Dauer des Krieges nur die Begründung der Macht der ukrainischen Regierung und die sich daraus zweifellos ergebende Folge: Loslösung der Ukraine von Rußland und völlige Selbständigkeit des wiedererwachten ukrainischen Staates.

* Vgl. meinen Aufsatz in der „Reichspost“ (Nr. 323) über die ukrainische Regierung.

19. VII. 1917

Die Friedensörterung im deutschen Reichstag.

Wien, am 19. Juli.

Der neue Reichskanzler hat gesprochen. Noch schlichter und schmußloser, als sein Vorgänger zu sprechen pflegte, der nach dem rhetorischen Feuerwerker Bülow eine Ernüchterung gewesen war. Immerhin handhabte Herr v. Bethmann-Hollweg auf dem monumentalen Sadel geschichtlicher Höhenlage ganz meisterhaft das ethische Pathos. Sein Nachfolger verzichtet auch darauf fast vollkommen. Er hält sich an die biblische Regel: Eure Rede sei ja, ja und nein, nein! Er sagt die Dinge, die er sagen will, der Reihe nach heraus, fügt Satz an Satz, wie aus Stein gemeißelt, wie aus Erz gegossen, verjähmt, ein Staatsmann gewordener Architekt Loos, jedes Ornament, scheinbar ohne andern Ehrgeiz als den,

durch größtmögliche Klarheit keinen Hörer darüber, was gesagt werden wollte, in Zweifel zu lassen. Mit der Laktik der geistreichen Aphorismen, wie sie der vierte Kanzler liebte, und der kräftigen, schlagwortartigen Reime, wie sie der fünfte Kanzler gelegentlich schmiedete, hat man in der Tat nicht die besten Erfahrungen gemacht; ausländische Mißgunst scherte sich nicht um die Absicht des Sprechers und schnellte dessen Worte als giftige Pfeile auf den Schützen zurück. Man erinnert sich, was beispielsweise Cithkunst aus dem ahnungslosen Bülow'schen „Platz an der Sonne“ und aus dem allzu aufrichtigen „Not kennt kein Gebot“ Bethmann's gemacht hat. An den stahlharten Sähen des sechsten Kanzlers dürfte sich feindliche Entstellungsfucht die Zähne ausbeißen. Michaelis' vorsichtige wohlüberlegte Geradheit ist auch nicht die herausplakende Wahrhaftigkeit, mit welcher der große Umsürzler unter den Diplomaten, Bismarck, die lügendewöhnten Staatsmänner einer Zeit überrumpelte und, zwei Schelmen gegen einen stehend, gründlich in die Irre führte, sondern das Ergebnis des festen Willens, überall die Erkenntnis der wirklichen Lage zu fördern und, nach dem Versagen anderer diplomatischer Versuche, vielleicht dadurch die Feinde von der Zwecklosigkeit weiteren Blutvergießens zu überzeugen.

Das ist ja der eigentliche Kern des Meinungsstreites, der augenblicklich die Geister Deutschlands erhitzt, die Frage nämlich, auf welche Weise am ehesten den Kriegsgegnern Vernunft beizubringen wäre. Während die einen glauben, durch eine Bekundung rücksichtsloser Entschlossenheit noch am sichersten die Feinde von ihren längst aussichtslos gewordenen Vernichtungsplänen abzuhalten, hoffen die andern, die Feinde durch freundliches Zureden für eine Verständigung gewinnen zu können. Im Wesen wollen beide Teile, darüber können durch Parteischlagworte wie „Machtfrieden“ und „Verständigungsfriede“, „Gewaltfrieden“ und „Verzichtfrieden“ nur die ganz Oberflächlichen getäuscht werden, das gleiche, nämlich die möglichst baldige Beendigung des Krieges unter Bedingungen, die der Kriegslage Rechnung tragen und nicht eine schwächliche Preisgabe des unbestreitbaren Verteidigungserfolges der überfallenen und in ihrem staatlichen Sein bedrohten Vierbundsvölker bedeuten. Die militärisch, durch Leistungen und Opfer, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel dastehen, in dreijährigem heroischem Ringen mehr als nur gelungene Selbstbehauptung gegenüber einer vielfachen Uebermacht soll auch diplomatisch gelingen und im Friedensvertrage zum Ausdruck gelangen. Darin ist wohl alles einig. Aber während die einen, durch üble Erfahrungen gewisigt, von den Gegnern das Schlimmste annehmen und meinen, diese würden ihre Annexions-, Desannexions-, Entschädigungs- und Rückerstattungspläne — der ursprünglichen Verjähmterungs- und Vernichtungsprogramme gar nicht zu gedenken — nicht fröhlich aufgeben, als hie ihnen der Gang der Ereignisse gar keine andere Wahl läßt, bauen die andern weniger auf die überzeugende Kraft des guten Schwertes als des guten Wortes, das zufolge einer alten, freilich nur deutschen, nicht allnationalen Spruchweisheit stets einen guten Ort findet.

Es war ein geschickter Zug in der Rede des Kanzlers, daß er sich auf den unfruchtbaren Streit, den erst eine Rückschau nach beendetem Kriege richtig zu wägen vermögen wird, gar nicht einließ, sondern sich darauf beschränkte, neuerlich festzustellen, daß das Deutsche Reich und seine Verbündeten den Krieg nicht gewollt,

19. VII. 1917

Die Wirren in Rußland.

Ein vieljagendes Telegramm des Ministerpräsidenten.

S. Petersburg, 17. Juli. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ministerpräsident Lwow hat heute an sämtliche Regierungskommissäre in der Provinz folgendes Zirkularelegramm gerichtet: In Erwiderung auf eine Anfrage an das Ministerium des Innern teile ich Ihnen mit, daß die Gerüchte von der Verhaftung von Mitgliedern der einstweiligen Regierung falsch sind. Was die Aufrufe anbelangt, die Regierung mit bewaffneter Hand zu stürzen und die gesamte Gewalt den Räten der Arbeiter- und Soldatenabgesandten zu übertragen, so haben diese Aufrufe den Charakter einer unverantwortlichen Unternehmung von Elementen einer geringfügigen Minderheit; sie wurden von der Bevölkerung feindselig aufgenommen.

Gleichzeitig trifft die Regierung in vollem Einvernehmen mit den Räten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernabgesandten Maßnahmen, die darauf abzielen, Ereignissen, die eine für den Staat verhängnisvolle Rückwirkung haben könnten, zu begegnen.

Die Ereignisse von gestern und heute haben einstweilen die Unterhandlungen betreffend die Bildung einer Regierung im Ganzen unterbrochen, aber sofort

nach Beendigung der Unruhen werden diese Unterhandlungen wieder aufgenommen werden, um ein Kabinett zu bilden, in dem sich wie im vorhergehenden Kabinett Vertreter der verschiedenen politischen Strömungen befinden, was von den Vollzugsausschüssen der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernabgesandten vollkommen gebilligt wird.

Die erkaufte Offensive.

S. Zürich, 18. Juli. Uebereinstimmende Meldungen schweizerischer Blätter aus Rußland besagen, daß die inneren Wirren neuerlich aufzuleben beginnen. Der bei einem Teile der Bevölkerung zu Beginn der Offensive tatsächlich vorhanden gewesene Enthusiasmus sei durch die offenen Angaben der russischen Blätter über die enormen Verluste in den bisherigen neuen Kämpfen gänzlich erloschen. Die kriegsfeindlichen Gruppen, insbesondere Anhänger Lenins, treten wieder stark in den Vordergrund und verlangen die sofortige Einstellung des zwecklosen Blutvergießens.

Die „Freunde“ veröffentlicht einen sehr heftigen Artikel unter dem Titel „Blutgeld“, in dem gesagt wird, daß Finanzminister Schingarew (derselbe ist inzwischen bekanntlich zurückgetreten. Anm. d. Red.) der eigentliche Verantwortliche für das unerhörte neue Blutvergießen sei, da ihm Frankreich und England den Betrag bezahlt hätten, für den sich Rußland zur neuen militärischen Leistung verpflichten mußte.

Die die Regierung unterstützenden Blätter veröffentlichen fortgesetzt Mitteilungen über angebliche Vorbereitungen für eine Gegenrevolution, wahrscheinlich zu dem Zwecke, um der Regierung die Möglichkeit zur Ergreifung von Gewaltmaßnahmen an die Hand zu geben. Die verschiedenen Zeitungsnachrichten spiegeln die aufs neue rapid anwachsende Verwirrung in Petersburg wieder.

Demission des Justizministers.

Br. Berlin, 19. Juli. (Tel. d. „Freunden-Blatt“.) Der „Lofasangeiger“ meldet aus Lugano: Der sozialistische Justizminister Berewertjew ist, nachdem er in seinem Kampfe gegen die anarchistischen Elemente nicht genügende Unterstützung bei den Sozialisten gefunden hat, zurückgetreten.

Der Rücktritt der vier Kadettenminister.

S. Petersburg, 17. Juli. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Infolge einer zwischen den sozialistischen Ministern und den Ministern der Kadettenpartei aufgetauchten Meinungsverschiedenheit in der Frage der Selbstverwaltung der Ukraine haben die Kadettenminister, und zwar Finanzminister Schingarew, Unterrichtsminister Manuilow, Minister für öffentliche Hilfeleistung Fürst Schachowskoj und Verkehrsminister Nekrasow ihre Demission gegeben.

Pessimistische Erklärungen Tseretellis.

Stockholm. (Melbung der „Korr. Rundschau“.) Nach dem „Ruskoje Slowo“ erklärte der russische sozialistische Postminister Tseretelli, die Regierung werde alles aufbieten, um rasch eine Revision der alten Verträge durchzuführen. Kerenski sei momentan der nationale Held, da seine Politik den allgemeinen Frieden näher bringe. (?) Die finanzielle Lage Rußlands sei verzweifelt, und es gebe kaum ein Mittel mehr, diese Herrüttung zu beseitigen. Rußland ver-ausgabe im Jahre 16 Milliarden und nehme kaum 8 Milliarden ein. Die Regierung werde deshalb von der Bevölkerung die größten Opfer verlangen müssen. Der Zerfall des Staates habe leider begonnen. Die separatistische Bewegung greife um sich, und wenn man ihrer nicht Herr werde, so würde ein vernichtender Bürgerkrieg Rußland heimsuchen.

Lenin verfügt über die Mehrheit im Arbeiterrat.

D. Budapest, 19. Juli. (Tel. d. „Freunden-Blatt“.) „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Lenin ist es gelungen, ein Drittel aller Delegierten im Arbeiter- und Soldatenrat auf seine Seite zu bringen; er verfügt jetzt über mehr als 200 Stimmen. Zusammen mit den ihm nahestehenden Partien hat er damit die Mehrheit erlangt.

Die russischen Sozialisten gegen England.

S. Bern, 18. Juli. Der Petersburger Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ drahtet am 11. Juli über die Stellung der russischen Sozialisten zu England: Von Großbritanniens zerstreutem Reich und seinen Verwaltungs- und Verteidigungsschwierigkeiten haben sie keine Vorstellung, sondern sehen England mit tugendhaftem arglosem Abscheu als eine

gierige Spinne an, welche die in ihrem weitgespannten Netz gefangenen hilflosen kleinen Nationalitäten auffrisst.

Der Berichterstatter führt die folgenden bezeichnenden Bestimmen an. Der Moskauer „Socialdemokrat“ erklärt: Grauen erfüllt die Herzen derer, die an die Front gehen; sie wissen, daß sie an Englands König und an die französischen Kapitalisten verkauft sind. Die falschen sozialistischen Minister haben den Verstand verloren! Vernichtet die Macht der Kapitalisten! Gebt den Arbeitern die Kontrolle über die Industrie zurück! Gebt den Bauern Land! Dann werden wir eine machtvolle Armee haben.

Das Moskauer Blatt „Rußlands Morgenrot“ sagt: Während die Bourgeoisie und die Minister über die demokratischen Kriegsziele lücheln, lachen die Generale über das dupierte Volk und führen die Geheimbefehle der kapitalistischen Regierung aus.

Die Petersburger „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Falls der Krieg einen entscheidenden Sieg gegen Deutschland bringt, werden wir verzweifelte Anstrengungen machen, die englischen Kapitalisten an der Vernichtung Deutschlands zu verhindern.

Der Reichstag über die Friedensfrage.

Die Programmrede des neuen Kanzlers

Sitzung vom 19. Juli.

Das Haus ist sehr stark besetzt. Die Bänke der Abgeordneten weisen fast keine Lücken auf. Auf den Tribünen drängt man sich. Die Loge der Abgeordneten der verschiedenen Bundesstaaten ist überfüllt. In der Hofloge steht man den Herzog von Braunschweig, den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, den Prinzen Max von Baden und den Grafen Dohna von der „Widwe“.

Am Tische des Bundesrats der Reichskanzler Dr. Michaelis, Dr. Helfferich, von Capelle, von Loebell, Graf Kolb, Dr. Lisco, Sydow, Zimmermann, Dr. Galf, Dr. Bessler, v. Breitenbach, Groener und zahlreiche Vertreter aller Bundesstaaten.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.

Der Schriftführer verliest ein Schreiben, in dem der neue Reichskanzler seine Berufung in das neue Amt mitteilt. Weitere Schreiben, die noch von Herrn von Bethmann Hollweg unterzeichnet sind, gelangen zur Verlesung.

Präsident Kaempf zum Kanzlerwechsel:

Der Präsident hält dann folgende Ansprache: Die Verdienste, die sich der aus dem Amte geschiedene Reichskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, in langjähriger Tätigkeit im Frieden wie im Kriege unter den schwierigsten Verhältnissen in Entwicklung, Ausbau und Stärkung des Reiches und der Volkskraft erworben hat, werden in der Geschichte verzeichnet. Mir liegt es ob, dankend anzuerkennen, daß Dr. von Bethmann Hollweg die Rechte des Reichstages und seine Wünsche gewissenhaft geachtet, daß er den Bedürfnissen eines vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen Reichsleitung und Reichstag wohlwollend, gerecht und vorurteilsfrei, wie er war, volles Verständnis entgegengebracht hat. (Bravo! links und im Zentrum.) Mit selbstloser Hingabe seines ganzen Könnens und der ganzen Tiefe seines Wissens hat er sich dem schweren Amte gewidmet, das er auf sich genommen hat. (Bravo! links und im Zentrum.)

Den Reichskanzler Dr. Michaelis darf ich im Namen des Reichstages bei seinem ersten Erscheinen begrüßen und ihm Glück und Erfolg wünschen zu dem in erster Zeit übernommenen Werk der verantwortlichen Führung der Geschäfte des Reiches. (Beifall.) Wir vertrauen, daß es seiner Einsicht und Tatkraft gelingen wird, in dem Streit der Meinungen und in dem Ringen der Wähler den Weg zu finden, der unser Vaterland einer glücklichen und gesicherten Zukunft entgegenführt. (Lebhafte Beifall.)

Die Schweizerische Vereinigung der Völkern in Genf hat an mich als Präsidenten des Reichstages ein Schreiben gerichtet, in dem sie gegen die von der Entente verübte Vergewaltigung des griechischen Volkes und seines mannhaften Königs Konstantin (Bravo!) ihren tiefsten Unwillen zum Ausdruck bringt. Sie protestiert gegen das verbrecherische Attentat auf die Freiheit des griechischen Volkes und gegen die Gewaltmaßnahmen, durch die dieses Volk gegen seinen Willen in den Krieg hineingeküchelt worden ist. (Sehr richtig!) Dieses Beispiel zeigt, wie die Mächte der Entente die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen wahren. (Sehr richtig!) Wir bedauern der wegen ihrer Vergewaltigung hemmelsdunkelsten Nation und ihrem auch im Unglück stolzen und aufrechten König unsere wärmste Sympathie aus. (Lebhafte allseitiger Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Lesung der Kriegskreditvorlage.

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Meine Herren! Nachdem Seine Majestät der Kaiser mich zum Amte des Reichskanzlers berufen hat, habe ich heute zum ersten Male die Ehre, mit dem hohen Hause in Verbindung zu treten. In erster Linie ist die zentnerschwere Last auf meine Schultern gelegt. Im Aufblick auf Gott und im Vertrauen auf die deutsche Kraft habe ich es gewagt und werde nur der Sache dienen bis zur letzten Hingabe. (Beifall.) Von Ihnen erblicke ich vertrauensvolle Mitarbeit in dem Geiste, der sich in diesem dreijährigen Kriege so herrlich bewährt hat, und im Geiste des hochverdienten Mannes, der an diesem Posten vor mir acht Jahre gestanden hat. An seiner Tätigkeit ist herbe Kritik geknüpft worden, Kritik, die vielfach mit Feindschaft und Haß durchsetzt war. Ich habe die Empfindung, es wäre würdiger gewesen, die Feindschaft und der Haß hätten Halt gemacht hinter der verschlossenen Tür. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Erst wenn das Buch dieses Krieges geöffnet vor uns liegen wird, werden wir voll würdigen können, was Bethmanns Rangeschaft für Deutschland bedeutet hat. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wenn ich nicht den festen Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache hätte, ich hätte die Aufgabe nicht übernommen.

Wir müssen uns täglich die Ereignisse von vor drei Jahren vor Augen halten, die geschichtlich feststehen und die beweisen, daß wir in den Krieg gezwungen sind. Aufstands Rüstungen, seine heimliche Mobilmachung waren eine große Gefahr für Deutschland. An einer Konferenz teilzunehmen, während deren Dauer die Mobilmachung weitergegangen wäre, wäre politischer Selbstmord gewesen. (Sehr richtig!) Obwohl die englischen Staatsmänner wußten, wie aus ihrem Mauthuch hervorgeht, daß die russische Mobilmachung zum Kriege mit Deutschland führen müsse (sehr richtig!), haben sie kein Wort der Warnung gegen die militärischen Maßnahmen Rußlands gerichtet. Während mein Amtsvorgänger in einer Instruktion vom 29. Juli 1914 an den kaiserlichen Botschafter in Wien die Direktive gab, zu sagen: „Wir erfüllen gern unsere Bündnispflicht, aber wir müssen es ablehnen, uns durch Österreich-Ungarn wegen Nichtachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand verwickeln zu lassen.“ So schreibt kein Mann, der einen Weltkrieg entfachen will, so schreibt und spricht ein Mann, der für den Frieden ringt und der um den Frieden gerungen hat bis zum äußersten. (Sehr richtig!) Uns blieb keine andere Wahl.

Die Notwendigkeit des U-Boot-Krieges.

Und was vom Kriege selbst gilt, gilt auch von unseren Waffen, insbesondere von der U-Boot-Waffe. Wir weisen den Vorwurf zurück, daß der U-Boot-Krieg völkerrechtswidrig sei (sehr gut!), daß er gegen die Menschenrechte verstoße. (Bravo!) England hat uns die Waffe in die Hand gedrückt. Durch seine völkerrechtswidrige Seesperre (sehr richtig!) hat es den neutralen Handel mit Deutschland unterbunden und den Aushungerskrieg proklamiert. Unsere schwache Hoffnung, daß Amerika an der Spitze der Neutralen der englischen Rechtswidrigkeit Einhalt gebieten würde, ist eitel gewesen, und der letzte Versuch, den Deutschland gemacht hat, durch ein ehrlich gemeintes Friedensangebot das Neueste zu vermeiden, ist fehlgeschlagen. Da durfte und mußte Deutschland dies letzte Mittel wählen als in der Notwehr gebotene Gegenmaßregel und auch als ein Mittel zur Abklärung des Krieges. (Sehr richtig!) Der U-Boot-Krieg leistet das und noch mehr, was man von ihm erhofft hat. (Bravo!) Falsche Nachrichten, die aus geheimen Sitzungen in die Öffentlichkeit gedrungen sind (sehr richtig! rechts, Gelächter links), haben eine Zeitlang ein gewisses Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen. Das hängt wohl damit zusammen, daß voreilige Propheeten die Erwartung ausgesprochen hatten, daß infolge des U-Boot-Krieges der Krieg zu einer bestimmten Zeit zu Ende sein würde. Sie haben dem Vaterland keinen Dienst erwiesen (lebh. Zustimmung. Aulse links: Helfferich!) Ich stelle fest, daß der U-Boot-Krieg in der Vernichtung feindlichen Frachtraumes das leistet, was er sollte: Er schädigt Englands Wirtschaft und Kriegsführung, von Monat zu Monat wachsend, so daß dem Friedensbedürfnis nicht mehr lange wird entgegen gewirkt werden können. (Bravo!) Wir können den weiteren Arbeiten unserer wackeren U-Boots-Beute mit vollem Vertrauen entgegensehen. (Bravo!)

Ich will den Augenblick, wo ich an der Stelle stehe, an der man in weislich hörbarer Weise in das Land hinein sprechen kann, dazu benutzen, um unsere Truppen an allen Fronten zu Lande und zu Wasser, in der Luft und unter See von der Heimat zu grüßen. (Lebh. Bravo!) Was unsere Heere unter der Leitung ihrer großen Führer in nun drei Jahren geleistet haben, das ist in der Weltgeschichte unerhört (Bravo!) und unser Dank ist unaussprechlich. (Bravo!) Wir denken auch dankbar an unsere treuen und tapferen Bundesgenossen. (Bravo!) Die Waffenbrüderschaft, in heißen Kämpfen geschlossen und erprobt, wird nicht gelöst. (Bravo!) Deutschland wird in Bundestreue an den Verträgen und Abmachungen festhalten.

Die Berichte über die militärische Lage von Seiten der Obersten Seeresleitung sind sehr gut. Im Westen sind die Offensiven der Engländer und der Franzosen gescheitert (Bravo!), und die Gegenangriffe unserer Heere bewiesen ihre ungebrochene Kraft und ihr besseres Können. (Bravo!) Im Osten ist infolge der inneren Wirren der Angriff der Millionenheere nicht zur Ausführung gekommen; es trat dort zunächst verhältnismäßige Ruhe ein. Erst nachdem falsche Nachrichten und Gerüchte die Soldaten in Aufstand vom neuem aufgelaßt hatten, kam es zu der jetzigen Offensive. Ihr Ziel war Lemberg. Brussilow hat mit seiner Rücksichtslosigkeit und seinen gewaltigen Opfern nur geringe Vorteile erzielt.

Die russischen Stellungen bei Joczow durchstoßen.

Vor einer halben Stunde habe ich ein Telegramm des Feldmarschalls erhalten, das folgendermaßen lautet:

„Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat dort heute ein durch starken Regen bisher hinausgeschobener deutscher Angriff Erfolg bei Joczow erzielt. (Beifall.) Unter persönlicher Leitung des Feldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern (Bravo im Jtr. — Heiterkeit) haben deutsche Divisionen, unterstützt durch österreichisch-ungarische Artillerie, in allerwährender Schneid und fester Zuversicht die russischen Stellungen durchstoßen.“

(Stilmischer Beifall. Zutritt bei den Unabh. Sez.: Stimmungsmaße. Lebhaftes Pfutze.) Die letzten Vorteile von Brussilow sind demnach wieder ausgeglichen.

Griechenland ist, durch Gewalt gezwungen, in den Krieg gegen uns eingetreten. Unsere in Gemeinschaft mit den tapferen bulgarischen Bundesgenossen gehaltene Front hält stand. Stalien würde selbst eine erste Isonzo-Schlacht gegen die tapferen Verteidigung unserer österreichischen Bundesgenossen nicht das erste Ziel bringen, wegen dessen es sein Wort brach: den Besitz von Triest. Im Kaukasus und in Palästina hat der Kampf wegen der Jahreszeit ausgefallen. Wenn er wieder aufflammt, wird der Feind das türkische Meer neugelüftet und in besserer Zuversicht finden. (Beifall.)

Den hoffnungsvollen Reden der Ententemänner über das Eingreifen von Amerika hören wir ohne schwere Bedenken zu. Es ist ausgerechnet, wieviel Frachtraum erforderlich ist, um ein Heer von Amerika nach dem europäischen Kontinent herüberzuführen und wieviel Tonnage dazu gehört, um das Heer zu ernähren und zu versorgen. England und Frankreich können ihr Heer kaum selbst versorgen, ohne ihre Kriegswirtschaft weiter zu beeinträchtigen. Unser Heer, unsere Marine dürfen auch dieser neuen Sache Herr werden. (Beifall.) Das sind wir fester Zuversicht. (Lebhafte Beifall.) Mit unseren Bundesgenossen können wir also in jeder Weise der Entwicklung der militärischen Ereignisse mit ruhiger Sicherheit entgegensehen. Und trotzdem ist in aller Herzen die brennende Frage:

„Wie lange noch?“

Ich komme hiermit zu dem, was im Mittelpunkt des Interesses unser aller steht, dem Kernpunkte der heutigen Verhandlungen. Deutschland hat den Krieg nicht gewollt. (Sehr richtig!)

Deutschland hat ihn auch nicht gewollt, um Eroberungen zu machen, um seine Macht gewaltfam zu vergrößern, und darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß darum, um gewaltfame Eroberungen zu machen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben. Die jetzige Generation und die kommenden Geschlechter sollen diese Kriegsprüfungzeit als eine Zeit unerhörter Tatkraft und Opferfreudigkeit unseres Volkes und unserer Heere in leuchtendem Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. (Lebhafte Beifall.) In diesem Geiste wollen wir in die Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist. (Beifall.)

Meine Herren! Wir können den Frieden nicht nochmals anbieten. (Sehr richtig!) Die Hand, die einmal ehrlich und friedensbereit ausgestreckt war, hat uns Leere geziessen. (Sehr richtig!) Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeit sichergestellt werden. (Lebhafte Beifall.) Wir müssen im Wege der Verständigung (Bravo! links und in der Mitte) und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren. Der Frieden muß die Grundlage für eine dauernde Verbesserung der Völker bilden. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Er muß der weiteren Verfeinerung der Völker durch wirtschaftliche Absperrung vorbeugen. (Bravo!) Er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Truhbund gegen uns auswächst. Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen. (Beifall links und im Zentrum.) Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste, ihre Niederwerfungsgelüste aufgegeben haben und eine Verhandlung wünschen, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit Ihnen zufrieden, die mit diesen Erklärungen einverstanden sind. (Hört! hört! links und in der Mitte, lebh. Beifall.) darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausstreckt, fragen, was er uns zu sagen hat, dann wollen wir ehrlich und friedensbereit in die Verhandlung eintreten. (Beifall.) Meine Herren, bis dahin müssen wir ruhig, geduldig und mutig ausharren.

Die Ernährungsschwierigkeiten.

Die gegenwärtige Zeit, in der wir leben, ist auf dem Gebiete unserer Ernährung die schwerste, die wir bisher durchgemacht haben. Der Monat Juni war der schlimmste. Das wußten wir, daß es so kommen würde. Die Trockenheit hatte das Wachstum zurückgehalten, und es hat in der Tat vielfach bittere Not geherrscht. Aber ich kann die frohe Zuversicht aussprechen, daß in kurzer Zeit eine Erleichterung eintreten wird, und daß dann die Bevölkerung wieder reichlicher versorgt werden können. (Beifall.)

Ueber unsere Ernte wissen wir noch nichts Gewisses. Aber das steht jetzt fest, daß sie besser wird als wie wir befürchtet hatten. (Sehr richtig!) Die Mehre ist zwar kurz, aber die Körnerbildung ist eine vortreffliche (Zustimmung), und wir werden wie im Jahre 1915 mit einer mittleren Ernte zu rechnen haben. In weiten Kreisen des Reiches ist überall fast noch rechtzeitig Regen gefallen, um die Kartoffeln zum Wachsen bringen zu können. Wir hoffen auf eine gute Kartoffelernte, und wenn wir das, was uns aus Rumänien und aus den besetzten Gebieten in diesem Jahre zuwachsen wird, wirtschaftlich vorzüglich für uns nutzen, dann wird auch die Futtermittelknappheit überwunden werden, vor der wir sonst stehen. Es ist in diesen drei Kriegsjahren der Beweis erbracht worden, daß selbst bei einer so schlechten Ernte wie im Jahre 1916 Deutschland überhaupt nicht ausgehungert werden kann. (Lebhafte Beifall.) Bei strenger Erfassung und bei voller Rationierung reichen die Vorräte, und das ist ein unberechenbarer Vorteil gegenüber England.

Es hat in weiten Kreisen die schmerzliche Erfahrung gemacht werden müssen, daß infolge der Kriegswirtschaft das Verhältnis der Bevölkerung in Stadt und Land eine Erleichterung erfahren hat. (Zustimmung.) Wir müssen in erster Linie die Landwirtschaft davor bewahren, daß in dem neuen Wirtschaftspläne die Nationen, die ihr zugemessen werden, insbesondere auch für das Vieh und die Pferde, so gering sind, daß es von vornherein ausgeschlossen ist, damit zu reichen. (Beifall.) Das war ein Fehler des vorigen Jahres (sehr gut!), der glatt zugegeben wird, denn das hat natürlich zur Folge, daß notwendiger- und darum menschlich entschuldbarerweise Gesetzesübertretungen vorkommen. Es muß deshalb die städtische Bevölkerung die großen Schwierigkeiten würdigen, unter denen die Landwirtschaft in der Kriegswirtschaft jetzt zu leiden hat. (Sehr richtig!) Umgekehrt muß überall in der ländlichen Bevölkerung vollstes Verständnis dafür bestehen, wie groß die Not in der Industrie, in der industriellen Bevölkerung und in den Großstädten ist. (Sehr richtig!) Wenn das geschieht, dann wird die Annäherung erfolgen. Es wird einer für den anderen das leisten, was er kann und wozu er verpflichtet ist. Die Verpflegung von Hunderttausenden von Städtern auf das Land kann vielleicht die Brücke bilden. Aber wir müssen auf alle Wege dafür sorgen, daß dieser Gegensatz ausgeglichen, daß er beseitigt wird. (Sehr richtig!)

Die innere Neuordnung.

Sie können von mir, der ich erst fünf Tage im Amte bin, nicht erwarten, daß ich mich über die schwebenden Fragen der inneren Politik heute erschöpfend und abschließend äußere. Aber ich will folgendes sagen:

Nach Erlass der Allerhöchsten Verfassung vom 11. Juli über das Wahlrecht in Preußen stelle ich mich selbstverständlich auf

Das Programm des neuen Reichskanzlers.

Es ist eine stramm, gute Rede, mit der sich der Nachfolger Herrn v. Bethmann Hollweg gestern dem deutschen Reichstag vorgestellt hat. Eine starke Individualität von bester deutscher Art ist als Reichskanzler gewählt und gewonnen worden. Der Kernpunkt seiner Erklärung ist in dem Satze gegeben: „Wir und unsre Bundesgenossen können jeder weiteren Entwicklung der militärischen Ereignisse mit ruhiger Sicherheit entgegensehen, und trotzdem ist in allen Herzen die brennende Frage, wie lange noch der Krieg dauern soll.“ Als Motivenbericht der militärischen Lage führte Herr Dr. Michaelis den neuesten Durchbruch bei Plozow, die Erfolge des U-Boot-Krieges und die Ueberzeugung an, daß die Verbündeten auch des neuen Gegners, Amerikas, Herr werden; als Begründung für das Durchhalten konnte der gewesene Führer des Ernährungsamtes beruhigende Mitteilungen machen.

Die erste Frage ist natürlich, welchen Eindruck das Programm des neuen Kanzlers bei der Entente machen wird. Sie erfährt die niederschmetternde Nachricht, daß wir und Deutschland uns erfolgreich entschlossen haben, den Befehl zu befolgen, die beste Parade sei der Hieb; die Brussilowsche Offensive, auf die man in Paris und in London und in Rom die überschwenglichsten Hoffnungen gesetzt hat, ist bereits zurückgeworfen. Sie erfährt neuerdings, daß alle Schuld am Weltkriege auf ihr lastet, daß die Verbündeten keine Eroberungspolitik betreiben, daß sie abwarten, bis die Feinde eine Verhandlung wünschen, um dann zu hören, was sie uns zu sagen haben. Das ist kräftig und selbstbewußt und verscheucht jede Illusion, als wäre die Friedenssehnsucht in den verbündeten Staaten ein Zeichen der Schwäche. Die Rede des deutschen Reichskanzlers läßt darüber keine Zweifel aufkommen. Der Friedenswunsch und die Friedensbereitschaft, wie sie bekanntlich zuerst von unsrer Monarchie ausgedrückt wurden, oder die, um es ganz deutlich zu sagen, die Idee Kaiser Karls waren, sie entspringen der Menschlichkeit, der Ehre und der Kultur. So konnte der deutsche Reichstag nach der Erklärung des Reichskanzlers die Friedensresolution annehmen. Die Reiche und die Vertretungen der Völker stehen auf dem Standpunkte des annexionslosen, entschädigungsfreien, ehrenvollen Friedens. Es zeigt sich eine ideelle und praktische Harmonie. Die Entente heißt auf Granit. Die Verbündeten sind unbezwingbar und die Waffenbrüderschaft, das altbewährte Bündnis, von dem Graf Czernin in seiner letzten Depesche an den Reichskanzler sprach, besteht für und für, im Krieg und im Frieden.

Und gerne hört man die herzliche Würdigung, die der neue Reichskanzler seinem Vorgänger widmet; sie ist nicht nur menschlich

ernstlich den Frieden wünschen, diese Sätze. Aber es sind Sätze darin, die die militärischen Kreise in Deutschland verstehen werden. Sätze über die Sicherung der deutschen Grenzen. Das sind Sätze, mit denen Eljah-Rothringen annectiert worden ist; das sind Sätze, die seit 1914 Europa mit Blut getränkt haben; das sind Sätze, die, wenn sie es wagen können, Belgien und Irland annectieren werden. Sätze, die Europa wieder im Laufe der Generationen in ein Blutbad stürzen werden, wenn diese Sätze nicht auf den Schlachtfeldern ausgerottet werden. Die Rede enthielt Sätze für demokratisch gesinnte Männer.

Der Kanzler will Männer aus dem Reichstag berufen, um mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Männer aller Parteien sollten sogar Remter erhalten. Das war für das demokratische Gefühl in Deutschland bestimmt. Aber die Rede enthielt Sätze, um die Junker zufriedenzustellen, Sätze, die die anderen bedeutungslos machten. Es sollte keine Partei geben, die imperialistische Rechte hat. Ja, sie werden Männer aus dem Reichstag zu den Remtern berufen, aber es werden nicht Minister, sondern Schreiber sein. Es ist eine Rede eines Mannes, der die militärische Lage im Auge behält. Das sollten sich die Alliierten Rußland, England, Frankreich, Italien und alle anderen merken.

Es ist eine Rede, die durch die Verbesserung der militärischen Lage verbessert werden kann und, wenn die Deutschen im Westen gewinnen, wenn sie im Osten die russische Armee zerstören, wenn ihre Freunde, die Türken, die Engländer aus Mesopotamien vertrieben und wenn die U-Boote mehr Handelschiffe versenken, dann bedeutet diese Rede, das können Sie mir glauben, Annektionen ringsherum und festere Begründung der militärischen Autokratie denn je. Wenn aber andererseits die Deutschen im Westen zurückgetrieben und im Osten geschlagen werden, und wenn ihre Freunde, die Türken, in Bagdad einen Mißerfolg haben und wenn die U-Boote auf dem hohen Meer ein Fehlschlag sind, dann ist die Rede gerade recht.

Deutschlands leitende Stellen für den Krieg.

Wir müssen alle dazu helfen, eine gute Rede aus ihr zu machen. Sie enthält Möglichkeiten, eine ausgezeichnete Rede zu werden. Stehen wir dem Kanzler bei; stehen wir dem neuen Kanzler unsere Hilfe, seine Rede zu einem wirklichen Erfolg zu machen. Augenblicklich aber bedeutet sie, daß die Militärpartei gewonnen hat. Ich möchte die Erklärung, die ich vorher gemacht habe, in anderer Form wiederholen. Was für eine Art Regierung die Deutschen wählen, um über sie zu herrschen, das geht einzig das deutsche Volk selbst an, aber was für einer Art Regierung wir vertrauen können, um Frieden mit ihr zu schließen, das ist unsere Sache. Die Demokratie hat keine Bürgschaften für den Frieden. Wenn wir sie in Deutschland nicht erhalten können, dann müssen wir uns andere Bürgschaften als Ersatz dafür sichern. Die Rede des deutschen Kanzlers zeigt nach meiner Meinung, daß die leitenden Stellen in Deutschland augenblicklich sich für den Krieg entschieden haben. In jener Rede ist keine Hoffnung für Belgien. Es wird nicht einmal erwähnt. Die Ausdrucksweise der Rede ist aber voller Drohung für Belgien. Sie sichert die deutschen Grenzen. Sie nimmt Reß und Straßburg weg und wird Büttich nehmen und Antwerpen unter Aufsicht stellen. Das ist kein erfreuliches oder gutes Vorzeichen für Belgien. Aber das ist nötig, damit die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands gesichert werden. Es bedeutet, daß selbst wenn sie Belgien wiederherstellen, die Wiederherstellung Zug und Trug sein wird. Die Alliierten sind entschlossen, daß Belgien als freies unabhängiges Volk wiederhergestellt werden muß. Belgien muß ein Volk, nicht ein Schutzgebiet sein. Wir dürfen nicht nur ein vom preussischen Schwert zerrüttetes Belgien haben. Das Joch muß belgisch sein, das Schwert muß belgisch sein, und die Seele muß belgisch sein.

Eine falsche Demokratie für Deutschland.

Ich habe die Rede gelesen, wie es meine Pflicht war, ich habe sie einmal, dreimal gelesen, um irgend etwas in ihr zu finden, aus dem ich Hoffnung für das Ende dieses blutigen Krieges schöpfen könnte, und ich finde in ihr eine falsche belgische Unabhängigkeit, eine falsche Demokratie für Deutschland und einen falschen Frieden für Europa. Und ich sage, Europa hat nicht Millionen seiner tapferen Söhne geopfert, um den Boden, der durch ihr Blut geheiligt ist, nur zu einem Heiligum für ihr Zug und Trug zu machen. Der Kanzler versucht sein Volk aufzuschaakeln und zu ermutigen, indem er es mit Illusionen bezaubert, und Deutschland wird finden, daß seine neuen Hoffnungen genau so Illusionen gewesen sind, wie die anderen, die sich zerstreut haben. Ein Kampf von sechs Wochen: Das ist vorbei. Eine Umgehung der Blockade durch Öffnung des Weges nach Bagdad, um zu den Ölquellen der Welt zu gelangen, das ist vorbei. Wo sind die Zeppelin-Angriffe? Und jetzt sind die Türken und die U-Boote. Beide sind gleich launisch und passen gut zueinander.

Der U-Boottkrieg.

Die U-Boote sollen England kampfunfähig machen. Wegen der U-Bootangriffe können wir, nach dem deutschen Kanzler, nicht mehr viel länger aushalten. Nun, ich bin traurig, ihm zu Beginn seiner Laufbahn eine Enttäuschung bereiten zu müssen. Aber die Wahrscheinlichkeit zwingt mich, es zu tun. Langsam, aber sicher steigern wir unsere Produktion und vermindern wir unsere Verluste zur See. Im April hoffte man, es werde geradezu ein Triumph sein. Sie können auf ihn zurückblicken als auf den Vorbermonat der schwarzen Plage. Seit damals hatten wir auch noch die längeren Tage, die unsere Schwirrigkeiten auf hoher See außerordentlich vermehrten. Aber abgesehen unsere Befürchtungen für diese Sommermonate groß waren, haben wir langsam unsere Verluste vermindert. Obgleich wir nur drei Wochen des Monats Juli hinter uns haben, so finden wir, wenn wir diese drei Wochen mit den entsprechenden drei Aprilwochen vergleichen, daß wir nicht halb so viel Schiffe verloren haben wie im April. Das ist nicht alles. Unser Schiffbau ist während der letzten zwei Jahre in verhängnisvoller Weise heruntergegangen. Aber dieses Jahr werden wir viermal so viel fertigmachen als im letzten Jahr.

Ich möchte dem deutschen Kanzler folgende Tatsachen vorlegen, um ihm beizustehen, seinen eigenen Erklärungen die richtige Auslegung zu geben. In den zwei letzten Monaten dieses Jahres werden wir so viel Schiffe fertigmachen, wie wir in den ganzen zwölf Monaten des letzten Jahres fertiggestellt haben. Sechsmal so viel Schiffe. Wir sind ein langsames Volk. Wir nehmen nicht sehr schnell etwas an, aber wir sind ziemlich schwer zu schlagen, wenn wir anfangen. Und ich denke, die Deutschen haben unseren Verstand, unseren Fleiß und unsere Entschlossenheit unterschätzt. Die verminderten Verluste und die vermehrte Erzeugung werden die Lücke ausfüllen.

Aber sie werden uns aushungern! Sie haben es gesagt. Sie haben ihr darbenendes Volk mit derartigen Behauptungen aufgemuntert. Sie sagen, daß wir, weil wir jetzt in Bedrängnis sind, in kurzer Zeit nichts übrig haben werden. Ich behauere, es noch einmal tun zu müssen, aber ich muß die Wahrheit sagen; ein Mann, der Premierminister ist, ist verpflichtet, das zu tun: Weit entfernt davon, daß wir verhungern, sind unsere Lebensmittelvorräte dank den Bemühungen des Lebensmittelkontrollors und des Schiffahrtskontrollors während der letzten paar Monate für 1917/18 bereits gesichert, natürlich bei gehöriger Sparsamkeit. Ich denke nicht, daß das Volk unseres Landes seine Nationen verdoppeln soll. Die Verzögerung ist gesichert auf der Grundlage des gegenwärtigen Verbrauches, der nicht gesteigert werden darf. Wir treffen jetzt Maßnahmen für einen Anbauplan, der die Lebensmittel für 1918 sichern wird, selbst wenn unsere Verluste wachsen. Das sind ziemlich entmutigende Tatsachen, wir müssen sie aber erwägen. Wir haben unsere Einfuhr sehr wesentlich um mehrere Millionen Tonnen eingeschränkt, um unsere Schiffe zu sparen. Das Volk unseres Landes hat bisher noch nicht Entbehrungen gegenüber gestanden, die mit denen verglichen werden könnten, die die deutsche Bevölkerung fast zwei Jahre erduldet hat. Und glauben Sie wirklich, daß das britische Volk weniger fähig ist, Opfer für seine freien Einrichtungen zu bringen? Und diesen Opfern haben wir als Reserve, wenn die Ernte des Jahres 1918 mißrät. Ich wünsche nicht, daß Sie irgendwelche falsche Illusionen hegen, daß Sie Großbritannien kampfunfähig machen werden, bevor die Freiheit in der ganzen Welt wiederhergestellt ist.

Das Eingreifen Amerikas.

Aber, sagt Michaelis, Amerika hat keine Schiffe und in der Tat keine Armee, und wenn es eine Armee hätte, dann hätte es keine Schiffe, um sie übers Meer zu schaffen. Und so sagt er den Deutschen: Sorgt euch nicht zu sehr um Amerika!

Er kennt Amerika nicht. Er kennt Amerika gerade so wenig, wie die Deutschen England kennen. Und sie machen genau denselben Fehler betreffs Amerikas, den sie betreffs Großbritanniens gemacht haben. Sie sagten, wir würden nicht kämpfen, und wenn wir kämpfen sollten, könnten wir nicht. Wir hätten keine Armee, wir könnten keine aufstellen und sie brauchen sich um Großbritannien nicht zu sorgen. Ich denke, sie haben ihren Jertum, was uns betrifft, eingesehen, und jetzt machen sie denselben Prozeß betreffs Amerika durch. Ich möchte ihnen folgendes sagen: Wenn England, ein nicht sehr großes Land, eine Armee von Millionen im Feld und in der Reserve erhält und ausgerüstet und noch die Ausrüstung herstellt, während sich die Armee in hohem Kampf befindet, und während es die größte Flotte der Welt unterhält, wenn England selbst im dritten Jahre eines erschöpfenden Krieges sich so organisieren kann, daß es Millionen Tonnen neuer Schiffe fertigstellen kann, wird dann Amerika mit einer zweimal so großen Bevölkerung wie unser Land, mit unendlichen natürlichen Hilfsmitteln geschlagen werden, nur weil es sie nicht bewirklichen kann?

Michaelis kennt Amerika nicht.

Ein Mann, der so redet, kennt Amerika nicht. Andernfalls würde er das nicht sagen. Ich sage voraus, — es ist selbst in Friedenszeiten ein gefährliches Ding, etwas vorauszusagen, aber im Kriegsfall, wenn die Wechsel so stürmisch sind, ist es noch viel gefährlicher, — aber ich sage voraus: es wird nicht lange dauern, bis Michaelis, wenn er es erlebt, anderer Meinung werden und eine andere Rede halten wird. Und das ist das Eine, worauf wir warten und wofür wir kämpfen.

Die Ziele werden täglich lauter. Belgien hat sie mit sicherem Instinkt in der ersten Stunde des Kampfes erkannt. Die Belgier haben nicht mißverstanden, was dieser Konflikt für Frankreich, für England, für Europa, für die Welt, für die Menschheit und für alle Generationen bedeutet. Es ist ihr Ruhm, daß sie den richtigen Schluß gezogen haben. Eine große deutsche Zeitung hat kürzlich gesagt, daß die Deutschen für die Freiheit und die Unabhängigkeit des Vaterlandes kämpfen. Das ist niemals wahr gewesen. Es ist heute weniger wahr denn je. Je freier Deutschland ist, je unabhängiger Deutschland ist, desto mehr gefüllt es uns. Die Feinde der Freiheit und der Unabhängigkeit Deutschlands sind seine eigenen Regierenden, und nicht die alliierten Mächte. Wir ziehen ein freies Deutschland vor.

Kein Frieden mit einem autokratischen Deutschland.

Wir könnten mit einem freien Deutschland Frieden schließen, aber mit einem von der Autokratie beherrschten Deutschland können wir unter gar keinen Bedingungen Frieden schließen. Als sie gegen die vielleicht verkommene geistarme Autokratie im Osten kochten, hatten sie einen hübschen Vorwand für derartige Auftritte an das eigene Volk, aber nach dem, was sich ereignet hat, haben sie keinen mehr. Rußland ist nicht nur eine große Demokratie geworden, die nicht für die Ausdehnung ihres eigenen Gebietes kämpft; es hat geradezu erklärt, daß es bereit ist, einem Volk, das sich einst unter der russischen Platte befand, die Freiheit zu gewähren. Seither ist der Letzte Schatten eines Vorwandes für Deutschland völlig verschwunden, daß es für seine Freiheit und seine Unabhängigkeit kämpfe, selbst, wenn es ihn je besitzen hätte. Es ist jetzt ein Kampf zweier bestimmter Gruppen geworden: die eine, eine demokratische Gruppe; die andere, Böhler, beherrscht von einer militärischen Autokratie: Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und König Ferdinand der Bulgaren als geeigneter Genosse.

Kampf bis zum Ende.

Es ist ein Wechsel eingetreten, ein bedeutungsvollerer Wechsel als die Besetzung des Weges durch Michaelis: das ist der Wechsel, der vor einigen Stunden von dem glänzenden jungen russischen Staatsmann berührt worden ist, der die hervorragendste Figur der russischen Revolution ist, von dem Mann, dessen Geist die russische Militärmacht wieder hergestellt und wieder belebt hat und der die Führerschaft der russischen Demokratie übernommen hat. In den kommenden großen Kämpfen im Osten und Westen muß jeder deutsche Soldat in seinem Herzen wissen, daß, wenn er fällt, er für die militärische Autokratie fällt, im Kampf gegen einen Bund freier Böhler. Andererseits weiß jeder belgische, jeder französische und jeder russische Soldat, daß er sein Leben wagt für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Geburtslandes. Jeder englische, jeder amerikanische und jeder portugiesische Soldat weiß, daß er Seite an Seite steht mit den anderen für internationales Recht und für Gerechtigkeit in der ganzen Welt. Und diese wachsende Ueberzeugung gibt mehr nach als das Bewußtsein unserer großen unverbrauchten Hilfsmittel ihnen allen den Mut, gibt uns den Mut, bis zum Ende zu kämpfen, da wir voll und ganz wissen, daß die Zukunft der Menschheit zu erhalten und zu verteidigen, unsere Aufgabe ist.

Englands Nahrungsmittel.

Äußerung des Nahrungsmitteldirektors.

KB London, 23. Juli. (Reuter-Nachricht.)

Der Nahrungsmitteldirektor Kennedy Jones ist zurückgetreten, nachdem er seine Aufgabe erfüllt hat, die Bevölkerung an den sparsamen Gebrauch von Lebensmitteln zu gewöhnen.

Kennedy Jones erklärte in einem Gespräch mit einem Vertreter des Observers:

„Es ist so gut wie sicher, daß wir in das neue Erntejahr um die Mitte des September mit Vorräten für sechs bis sieben Monate eintreten werden. Diese Vorräte und dazu die Kartoffelernte, die bereits anfängt, auf den Markt zu kommen, gestalten unsere Lage bezüglich des nächsten Jahres so, daß es nur in Frage kommt, ob wir im Laufe von zwölf Monaten instande sein werden, noch Vorräte für eine Reichweite von fünf Monaten einzuführen. Selbst wenn die Schiffsverluste nach der jetzigen Rate fort-dauern sollten, würde jene Einfuhr keine Schwierigkeiten bereiten, da sowohl hier wie in Amerika schon im nächsten Monat neuer Schiffsraum zur Verfügung stehen wird.“

Jones sagte weiter, daß der Brotverbrauch um etwa 20 Prozent abgenommen habe und im Zusammenhang mit der Kartoffelernte noch weiter abnehme. Die Gewöhnung an Sparsamkeit werde eine dauernde sein. Im März sei das Ganze eine Frage der Zufuhr gewesen, jetzt sei es nur eine Frage der Preise und der Verteilung.

(Anmerkung des Wollfischen Bureaus: Kennedy Jones zeigt wirklich ein naives Vertrauen zur Dauerhaftigkeit seines angeblichen Erfolges in der Enthaltensamkeit seiner so knapp versorgten Mitbürger.)

Die Ze

Lloyd George gegen den Kanzler.

Die Antwort auf die Rede Dr. Michaelis'. KB London, 23. Juli. (Reuter-Nachricht.)

Die Jahresfeier der belgischen Unabhängigkeitserklärung in London hat dem Premierminister Lloyd George Gelegenheit gegeben, eine wichtige Erklärung über die Kriegslage als Antwort auf die erste Rede des neuen deutschen Reichskanzlers abzugeben.

Lloyd George führte den Vortritt bei einer großen väterländischen Kundgebung, die nachmittags in der Queenshall abgehalten wurde. Seine Rede hat folgenden Wortlaut:

Die Dienste Belgiens.

Wir sind heute hier am Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung eines Volkes versammelt, das der Unabhängigkeit Europas unergängliche Dienste geleistet hat. Die Welt wird die Dienste, die Belgien dem internationalen Recht geleistet hat, niemals vergessen. Die Hälfte der großen Schlachten der letzten Jahrhunderte ist auf seinem Boden geschlagen worden. Belgien ist der Lohweg zwischen den Mittelmächten und dem Westen. Ein moderater Staatsmann hat den Plan gefaßt, Belgien, wenn ich mich so ausdrücken darf, außerhalb der Schranken zu stellen und so die Freiheiten Europas zu bewahren, indem es dem angriffslustigen Frankreich unabhänglich gemacht wurde, Deutschland zu zerstören, und dem angriffslustigen Deutschland, Frankreich zu vernichten. Der belgische Neutralitätsvertrag war einer der Schlüsselsteine des europäischen Rechtes. Belgien war der Vormüher der europäischen Freiheit, das höchste, schwerste, gefährlichste Amt, das je einem Volk übertragen wurde. Die Belgier haben ihre Pflicht gegen Europa treu und loyal erfüllt. Ich möchte ein geschichtliches Schriftstück zitieren, das einen Teil der Weltgeschichte bildet: Die Antwort der belgischen Regierung auf das deutsche Ultimatum. Nichts stellt klarer, nicht nur die Pflicht Belgiens gegen Europa, sondern auch die Art und Weise fest, in der Belgien diese Pflicht erfüllt hat. Hätte die belgische Regierung den ihr gemachten Vorschlag angenommen, so hätte sie die Ehre der Nation geopfert und ihre Pflicht gegen Europa verraten. Eine große Antwort! Und in großartiger Weise ist sie gehalten worden.

Der Vorschlag eines Mörders.

Welcher Art war der deutsche Vorschlag? Es war der Vorschlag eines Mörders, der sich einem Manne nähert und ihm sagt: „Öffne mir Deine Tür, damit ich Deinen friedlichen Nachbar berauben kann.“ Was für ein Gemüß müssen die Männer besitzen, die jemandem eine solche Gemeinheit vorschlagen. Belgien als ehrenwertes Volk wies den Vorschlag mit Verachtung zurück und sein Name wird für ewig in der Weltgeschichte groß dastehen. Aber Belgien litt dafür, daß es seine hohe Pflicht und sein hohes Amt erfüllte. Es litt unter der ungezügelten Wildheit des Eroberers, der Männer, die in Frankreich und Belgien Greuel angerichtet haben, wie Attila sie nicht raffinierter ausdenken konnte, der Scipiaten, die unbewaffnete Handelschiffe und Passagierdampfer versenken und Frauen und Kinder ertränken. Ihre Mut fand drei Jahre lang ihren Mittelpunkt in Belgien. Drei Jahre der Unterdrückung, der Erniedrigung, der Schamerei, der Furcht und Todesangst.

Belgien wird größer werden.

Aber endlich wird Belgien größer sein, als es je gewesen ist. (Weisfall.) Seine Opfer werden seine Erziehung sein, seine Standhaftigkeit seine Erlösung. Wie sein heldenmütiger König sagt: „Ein Land, das sich selbst verteidigt, wird von allen geachtet. Dies Land wird nicht untergehen.“ Selbst drei Jahre der Todesangst sind nicht lang im Leben einer Nation und die Erlösung Belgiens kommt sicher. Aber wenn sie kommt, muß die Erlösung eine vollständige sein. Frankreich schuldet ihm das, England schuldet ihm das, Europa schuldet ihm das, die Zivilisation der Welt schuldet ihm das, daß Belgiens Erlösung vollkommen ist, wenn sie kommt.

Aber wir haben unterdessen einen neuen Kanzler in Deutschland. Die Junker haben den alten Kanzler mit seinem „Fetzen Papier“ in den Papierkorb geworfen, und da liegen sie Seite an Seite. Wir werden nicht lange zu warten haben, bis das Junkertum folgen wird.

Keine Hoffnungen in der Kanzlerrede.

Welche Hoffnung für den Frieden findet sich in seiner Rede? Ich meine: für einen ehrenvollen Frieden, für einen einzigen Frieden. Es ist eine geschickte Rede, eine Rede, die sich nach allen Seiten wendet. Sie enthält Sätze für die, die

gegen zu protestieren und unsere volle Harmonie mit den maßgebenden Faktoren des Deutschen Reiches zu konstatieren.

Bei dieser Gelegenheit müsse er gewisse Erklärungen zur Sprache bringen, die in letzter Zeit von gewissen tschechischen Politikern Oesterreichs abgegeben wurden. Mit diesen ebenso empörenden wie lächerlichen Erklärungen wolle er sich jetzt weiter nicht befassen. Er wolle diesmal nur darauf verweisen, daß es in letzter Zeit zweimal vorgekommen sei, daß ein tschechisches Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärt habe, sich jetzt überhaupt nicht mit der Frage der Abtretung der slowakischen Komitate befassen zu wollen, diese Frage werde auf dem Friedenskongreß geregelt werden. Die inneren Angelegenheiten der Monarchie vor einen auswärtigen Aeropag zu verweisen, sei Vaterlandsverrat. Er wolle hier nicht gegen diese tschechischen Politiker polemisieren. Aber er frage: Gibt es denn keine österreichische Regierung? Ist denn in Oesterreich alles erlaubt? (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die österreichische Regierung muß zur Rede gestellt werden, damit sie ihre Pflicht erfülle und eine derartige Verletzung der ungarischen Interessen nicht zulasse. Von der ungarischen Regierung verlange Redner, sie möge handeln und dafür sorgen, daß die Monarchie nicht kompromittiert und gefährdet und daß die Interessen des Friedens nicht durch solche unqualifizierbare Äußerungen geschädigt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Erklärungen des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Graf Moriz Esterhazy reflektiert kurz auf die Ausführungen des Grafen Tisza und sagt: Betreffs jener Angriffe, die gegen die Integrität des ungarischen Staates, gegen den Dualismus und gegen das zwischen Oesterreich und Ungarn bestehende Band gerichtet worden sind, betone ich nur wiederholt, was ich von dieser Stelle schon mehrmals erklärt habe. Ich füge bloß hinzu, daß ich aus voller Kraft bestrebt sein werde, daß die Erklärungen, die ich in dieser Sache abgegeben habe, keine leeren Phrasen bleiben. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Auch betreffs der außenpolitischen Fragen habe ich mich schon wiederholt geäußert und so beschränke ich mich heute auf die kurze Erklärung, daß wir diesen Krieg als Verteidigungskrieg führen und daß auch beim Friedensschluß nicht Eroberung unser Ziel sein wird. Ich habe bereits darauf verwiesen und verweise neuerlich darauf, daß unsere Friedensumgebung und die Verkündung unserer Bereitwilligkeit für einen ehrlichen Frieden im Einvernehmen mit unseren Verbündeten erfolgt sind. (Allgemeiner Beifall im ganzen Haus.) Das Haus hat meine diesbezüglichen Äußerungen nicht nur heute, sondern schon zu wiederholten Malen mit Beifall aufgenommen. Ich will mich daher in eine weitere Auseinandersetzung dieser Frage gar nicht einlassen.

Bezüglich des Kanzlerwechsels verweist der Ministerpräsident auf den zwischen den Minister des Neuburg Grafen Czernin und dem neuernannten Reichskanzler Doktor Michaelis erfolgten Telegrammwechsel, worin unsere Bereitwilligkeit zu einem ehrlichen Frieden und unser einen definitiven Charakter tragenden Entschluß, unsere Existenz bis zum Äußersten zu verteidigen, neuerlich klar zum Ausdruck gebracht wurden. (Allgemeiner Beifall.) Ich verweise, sagt der Ministerpräsident, auf die Rede des Kanzlers sowie auf die vom Reichstage angenommene Resolution, aus denen erhellt, daß wir diesen uns aufgezogenen Verteidigungskrieg ohne aggressive Ziele, ohne Eroberungsabsichten führen, zur Verteidigung unserer Existenz, im Interesse der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. (Bewegung und Lärm links. Ruße rechts: „Rondianten!“ — Abg. Miskolczy (Arbeitspartei): „Hat nicht Graf Tisza das selbe gesagt!“ — Ruße links: „Nein!“)

Ministerpräsident Graf Esterhazy fortfahrend: Die in den letzten Tagen errungenen Siege der verbündeten Waffen, ihre fortwährend wachsenden Erfolge sind neue und wiederholte Beweise für unsere ständige Friedensgenügsamkeit, unsere unerschütterliche Ausdauer in diesem Verteidigungskampfe. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Nicht an uns liegt es, und ich wiederhole dies abermals, sondern an unseren Feinden. Sie befehlen die Verantwortlichkeit, daß sie, von Eroberungssucht geleitet, einem ehrlichen Frieden entgegenreten. (Lebhafte Zustimmung rechts und links.) Nachdem dieser Gedankengang in der unlängst im Reichstage geführten Debatte und in der Rede des Reichskanzlers sowie in der Entschließung, die von der überwiegenden Mehrheit des Reichstages angenommen wurde, zum Ausdruck gekommen ist, bin ich in der Lage zu konstatieren, daß in dieser Beziehung die volle Harmonie zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reiche besteht. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen rechts.)

Präsident v. Szász erklärt, da die Regierung vorläufig das Haus nicht zu beschäftigen wünsche, könne es die Sommerferien antreten. Wie lange diese Pause dauern soll, könne heute noch nicht gesagt werden. Er bitte deshalb um die Ermächtigung, die nächste Sitzung im Einvernehmen mit der Regierung, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, einzuberufen. (Zustimmung.)

Abg. Graf Tisza fragt, für wann die Regierung, selbstverständlich vorausgesetzt, daß nicht ein außerordentliches Ereignis eintritt, die Wiederaufnahme der Sitzungen beabsichtige. Ministerpräsident Graf Esterhazy glaubt, daß die nächste Tagung Ende September oder Anfang Oktober werde abgehalten werden. (Zustimmung.)

Mit dem ist die Tagesordnung erledigt. Hierauf begründet Abg. Prejlanovic (Kroate) seine Interpellation. Er richtet an den Ministerpräsidenten die Anfrage, welche Schritte er zu unternehmen beabsichtige, damit der bosnisch-herzegowinische Landtag unverzüglich einberufen werde.

Ministerpräsident Graf Esterhazy erklärt, daß er es nicht für zweckmäßig halte, in dieser Frage jetzt eine meritorische Erklärung abzugeben. (Beifall rechts und links.)

Das Haus nimmt die Antwort zur Kenntnis. Der Präsident erklärt, er wolle, bevor er die Sitzung schließt, dem innigen Wunsche Ausdruck verleihen, daß die Erde mit Gottes Hilfe so gut und reich als möglich anfallen möge, um auch hiedurch eine neue, mächtige Kraftquelle für die kämpfende und arbeitende Nation zu erschließen. (Lebhafte Beifall.) Sein zweiter Wunsch sei, daß sich der schreckliche Krieg endlich anstobe und die Sonne des Friedens uns wieder leuchte. Die glänzenden Siege, die unsere tapferen Soldaten zusammen mit unseren ruhmvollen Bundesgenossen eben in den letzten Tagen auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatz errungen haben, verstärken die Hoffnung, daß der endgiltige große Sieg herannahe und dessen Krönung, der Friede, der berufen sein wird, die Ruhe unseres Volkes und die Zukunft unserer Nation zu sichern. (Langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Graf Tisza und Graf Esterhazy über die deutsche Friedensresolution.

B. Budapest, 23. Juli. (Bericht des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Präsident v. Szász eröffnet die Sitzung um 4 Uhr. Nach Erledigung des Einlaufes wird der Präsident ermächtigt, anlässlich des Geburtstages des Kaisers am 17. August die ehrfürchtigen Glückwünsche des Abgeordnetenhauses zu veröffentlichen.

Abg. Prejlanovic (Kroate) hat eine dringliche Interpellation betreffend die Einberufung des bosnischen Landtages angemeldet. Sie wird am Schlusse der Sitzung begründet werden.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Feststellung des weiteren Arbeitsprogramms.

Rede des Grafen Tisza.

Vor Uebergang zur Tagesordnung erhält Graf Stephan Tisza das Wort. Er führt aus, daß er mit Rücksicht auf die bevorstehende Vertagung des Hauses um das Wort gebeten habe, da er es für richtig halte, wenn die jüngst im deutschen Reichstage abgegebenen Erklärungen im ungarischen Abgeordnetenhause Widerhall finden. Er glaube auch, der Sache des Friedens einen Dienst zu leisten, wenn er konstatiere, daß zwischen sämtlichen Faktoren des ungarischen öffentlichen Lebens und den Erklärungen der maßgebenden Faktoren des Deutschen Reiches vollkommene Harmonie bestehe, sowohl bezüglich der Kriegsziele und der Friedensbedingungen. Was das Bündnis betrifft, so könne keine Meinungsverschiedenheit unter den Ungarn darüber bestehen, daß es durch die Existenzinteressen der ungarischen Nation begründet sei und seine Probe im Kriege bestanden habe. (Zustimmung.) Eine Verletzung dieses Bündnisses wäre eine Ehrlosigkeit und andererseits eine Schädigung der wichtigsten Lebensinteressen der ungarischen Nation. (Zustimmung.) Ebenso besteht volle Harmonie mit unserem Bundesgenossen bezüglich der Kriegsziele und der Art der Beendigung des Krieges. Versuche, die hier und da gemacht werden, um diesbezüglich einen Gegensatz zwischen den Auffassungen der Monarchie und des Deutschen Reiches zu konstruieren, werden durch die Tatsachen widerlegt. Es widerspricht auch der Wahrheit, wenn behauptet wird, daß diesbezüglich irgend eine Aenderung eingetreten wäre und als ob die auswärtige Politik der Monarchie nicht auch heute auf denselben Spuren wandeln würde, wie seit Beginn des Krieges. (Lebhafte Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Abg. Sollo: Sie wollen auch jetzt den Krieg!

Abg. Graf Tisza: Das ist eine lächerliche Unwahrheit. (Lebhafte Beifall rechts, großer Lärm links.) Redner könne sich darauf berufen, daß wir stets zu einem ehrenvollen Frieden bereit waren, wenn er unsere Existenzinteressen sichert. Er müsse dagegen Verwahrung einlegen, wenn man Ungarn so hinstelle, als ob es nicht bereit wäre, bis zum letzten Blutstropfen auszuharren und zu kämpfen, solange nicht ein unsere Existenzinteressen sichernder ehrlicher Friede geschlossen werden kann. (Lebhafte Beifall.) Die im deutschen Reichstage abgegebenen Erklärungen und der dort gefasste Beschluß stehen in voller Harmonie mit der Politik, die wir während des ganzen Krieges befolgt haben. Es gebe viele Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Redner und dem Ministerpräsidenten, aber in dieser Frage gebe es keine Meinungsverschiedenheit. Deshalb unterstütze er dessen auswärtige Politik. Es müsse auch konstatiert werden, daß bezüglich der auswärtigen Politik zwischen den die Regierung unterstützenden Parteien und der Opposition keine Meinungsverschiedenheit besteht. Wenn trotz der auf den Schlachtfeldern bewiesenen Unüberwindlichkeit der Mittelmächte der Friede noch immer nicht zustande komme, so liege eine der Ursachen darin, daß unsere Feinde noch immer aus manchen Erscheinungen Hoffnung auf Unreinigkeit unter uns schöpfen. Deshalb habe er das Wort ergreifen, um ha-

Oesterreichische Kulturgefandtschaft in der Schweiz.

Eine Anregung von Dr. Robert Schen.

Es ist eine Errungenschaft des Weltkrieges, daß die Nationen und Staaten neue Mittel und Formen gefunden haben, sich im Ausland zu repräsentieren, und zwar lebendig-konkrete, welche neben und an Stelle der bisher allein gewohnten diplomatischen Repräsentation getreten sind. Man führt Künstlerleistungen materieller und künstlerischer Kultur in Einzelbildern vor und wirbt um die neutrale Seele in sinnlich-plastischer Erscheinung. Oesterreich scheint in dieser neuartigen Form der Selbstdarstellung eigene Bahnen betreten zu wollen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die ersten derartigen Versuche sich den vorgefaßten Meinungen unwillkürlich doch wieder angepaßt haben, welche über uns im Ausland gangbar sind, daß Oesterreich sich dem Ausland wiederum so und von der Seite zeigt, in der es sich gefannt und beliebt fühlt. Der Oesterreicher gibt sich im Ausland unwillkürlich so, wie er es gewohnt ist, genommen zu werden, und verstärkt dadurch noch das Mißverhältnis, etwa wie ein Künstler, der sich einer

Nachfrage nach einem bestimmten Genre so lange unterwirft, bis er sich selbst nichts andres mehr zutraut.

Es scheint mir nun an der Zeit zu sein, daß Oesterreich, auf dem betretenen Wege fortschreitend, eine Form der Selbstdarstellung finde, welche einerseits die verschiedenen Seiten jenes Wesens konzentrisch zusammenfaßt, andererseits auch jene Seiten österreichischen Wesens und Könnens in die europäische Beleuchtung rückt, welche noch nicht allgemein bekannt und anerkannt sind, vielleicht gerade unsere wertvollsten und darum manchmal nicht so zutage liegenden Qualitäten. Daß wir großzügig, liebenswürdig, leichtfertig, elegant sind, hat man uns immer schon nachgesagt, manchmal mit einem Nebenton, der uns nicht durchaus angenehm sein konnte. Daß wir aber auch produktive Köpfe unter uns zählen und auf denkerisch exaktem Gebiet keinen Vergleich zu scheuen brauchen und politisch einzigartige Aufgaben zu bewältigen haben, ist weniger in das Bewußtsein unserer Nachbarn gedrungen, und wir haben auch nicht genug Wert darauf gelegt, es in Erinnerung zu bringen. Es ist freilich auch viel schwerer, diese Tatsachen bildhaft zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe nun darüber nachgedacht, ob sich nicht doch eine Form finden ließe, um sowohl das denkerische als auch das kulturelle Vermögen Oesterreichs in einer Art Modell zur sichtbaren Erscheinung zu bringen, angeregt von dem Bildhauer Ernst Wagner, der als geistig und künstlerisch vielseitig produktiver Kopf wiederholt in mich gedrungen ist, in dieser Richtung etwas ins Leben zu rufen. Ernst Wagner war festest überzeugt davon, daß gerade wir, als dem Kulturpolitiker, das Richtige dafür einfallen müsse. Sein Glaube wurde für mich zur Verpflichtung, und in wechselseitig belebendem Gedankenaustausch haben wir eines Tages tatsächlich die Form gefunden, wie Oesterreichs Wesen und Eigenart sich plastisch und zugleich propagandistisch, bildhaft und lebendig darstellen ließe zur Aufklärung des Auslandes und zum eigenen Gewinn.

Der Grundgedanke war, daß Oesterreich als dasjenige Land, welches der Schweiz am nächsten verwandt ist und gewissermaßen ein Modell eines künftigen Europa bedeutet, in der benachbarten Schweiz an einem internationalen Knotenpunkt ein Gebilde ins Leben rufen müsse, welches irgendwie den Gesamtstaat als menschlich-geistige Gemeinschaft wie in einer Verkleinerung wiederholt. Zuerst schwebte mir vor etwas wie ein Auszug aus dem Parlament, aber ins Gemüthlich-Geistige überseht, welcher das Zusammenleben der Nationen in einer Miniatur idealisiert und zugleich darstellt. Als geeignete Form erschien uns eine verebelte geistige Gemeinschaft, eine Art österreichische Kolonie, zusammengesetzt aus Repräsentanten aller österreichischen Nationen, welche durch die Geschlossenheit und Jungfräulichkeit ihres Auftretens eine besondere Anziehungskraft ausüben. Dazu gehörte wieder ein örtlicher und materieller Mittelpunkt, und damit war der Gedanke im wesentlichen festig: gründen wir ein österreichisches Haus

in der Schweiz, einen gesellschaftlichen und zugleich produktiven Mittelpunkt, in welchem politische, kulturelle, technische, künstlerische und denkerische Repräsentanten aller österreichischen Nationen in einer vorbildlichen Gemeinschaft vertreten sind, auf daß sie unser politisches Zusammenleben zur Anschauung bringen und mit wohlwollenden Vertretern der andern Staaten in einem geläuterten Verkehr ständige Fühlung nehmen. Lassen wir dieses Haus ein österreichisches Heim sein, in welchem Oesterreich von Oesterreichern gelebt, von Ausländern miterlebt wird, lassen wir es eine Kulturgefandtschaft in der Fremde sein, welche uns mit ganz Europa in geistig-politischem Kontakt setzt; aber nicht in steifer, offiziell verpflichtender Funktion, sondern als freie, höhere Geselligkeit im Stil eines Marfenshofes. Dann haben wir eine der Art nach neue Form der Staatsrepräsentanz geschaffen, vielleicht sogar eine vorbildliche, unter allen Umständen etwas Schönes von absolutem Wert.

In diesem österreichischen Heim haust also die kleine Gemeinschaft, welche von den Gründern nach einem bewußten Plan ausgelesen wurde, lauter in ihrer Art produktive Persönlichkeiten, welche aber nicht durchaus der gangbaren Namensliste österreichischer Notorietäten entnommen sein müßten. Nicht Altösterreich, sondern ein junges Oesterreich soll repräsentiert sein. Das Haus muß von Beginn an den Charakter des Zukünftigen und Bedeutungsvollen in sich tragen. Die Hausgenossen müssen so zueinander abgestimmt sein, daß ihr bloßes Beieinanderwohnen jene gegenseitige Befruchtung verbürgt, welche gerade die österreichischen Nationen einander wechselseitig leisten, und erst recht im Ausland, wenn der Druck der heillosen Rebellion von ihnen genommen ist. Sie werden zunächst damit beginnen, in gemeinschaftlichen Debatten und Aussprachen die eigentümlich-österreichischen Probleme zu erörtern, insofern sie zugleich europäisch vorbildlich sind. Den Ausländern, welche diesen Gesprächen beiwohnen, wird sich ein lebendiges Bild der politischen

Eigenart Oesterreichs erschließen, wie sie aus keinem Buch und keiner noch so genauen Verfolgung der Publizistik gewonnen werden könnte. Sie werden einen idealisierten, beziehungsweise stilisierten österreichischen Reichsrat vor sich haben. Dann wieder wird es Zusammenkünfte geben, in welchen sich die Oesterreicher mit den Ausländern auseinandersetzen und internationale Probleme durchsprechen. Zwischen durch wird heitere Geselligkeit, künstlerische Arbeit, ernste und leichte Musik, das Gespräch edler Frauen eine Atmosphäre schaffen, in welcher sich jeder Gast gehoben und beschwingt fühlt. Das Heim wird es verstehen, seine und bedeutende Menschen aus ganz Oesterreich als Gäste für kurze oder längere Zeit an sich zu ziehen und so nach und nach das österreichische Wesen in seinen gediegensten Erscheinungen zur Anschauung bringen.

Das Haus kann gleichzeitig eine permanente Kunstgewerbeausstellung österreichischer Erzeugnisse beherbergen, vielleicht auch eine Geschäftsstelle für den Verkauf von Bildern und Kunstwerken, eine gewählte Bibliothek österreichischer Bücher und Zeitschriften, österreichische Küche und Weine und was sonst einen Begriff unserer materiellen Kultur gibt. Das Ganze soll ohne offiziellen Charakter, bloß durch das Persönlich-Geistige wirken. Es wäre natürlich ein Fehler, bei der Gründung des Hauses das Schwergewicht auf das Weltmännisch-Repräsentative, Offiziell-Geistige zu legen. Vielmehr müßte das Künstlerisch-Geistige von Anfang an als das tonangebende und organisierende Prinzip vorwalten.

Daß sich in einem solchen Hause eine Fülle wertvoller Beziehungen und gemüthlicher Erörterungen machen ließe, leuchtet ein. Der unabhängige Ton des Hauses würde daselbst mit der Zeit eine Fülle wertvoller Informationen zusammenströmen lassen, welche die Hausherren in die Lage setzen würde, über die Stimmungen des gesamten Auslandes wertvolle Berichte an die Heimat zu erstatten. Das Heim wäre eine Werbestätte, welche nicht nur im Krieg, sondern auch im Frieden, und gerade im Frieden einen stets wachsenden Wirkungskreis fände. Alle Gespräche, Beziehungen und Ergebnisse dieser Kolonie könnten vom ersten Tage an in Form eines Tagebuchs registriert werden und nach Jahr und Tag die Literatur um eine einzigartige Erscheinung bereichern. Dieses Buch wäre selbst wieder ein schönes Mittel der Propaganda.

Derartige gesellig-geistige Zentren haben sich wiederholt durch besonders glückliche Zufälle herausgebildet, meistens um den Mittelpunkt einer bedeutenden und anziehenden Persönlichkeit. Das Neue der vorliegenden Anregung besteht in der planvollen Vereinigung aller dieser Möglichkeiten zu einem internationalen Zweck: Oesterreich als ein lebendiges Gebilde in einem schönen Rahmen zu wiederholen und seinen auswärtigen Freunden die Möglichkeit zu bieten, es als plastisch-sinnliche Erscheinung und gleichzeitig als geistige Potenz zu erleben.

25. VII. 1917

Dinge nicht deutsch sein dürfen. Für uns aber kommt es darauf an, die Garantie zu haben, daß sie nicht englisch sind, noch jemals werden können. Haben wir dafür eine Bürgschaft, so mögen sie gern belgisch sein. Wie aber eine solche Bürgschaft beschaffen sein muß, ist am Ende eine zu verwickelte Frage, als daß man sich darüber in Form von Volksversammlungsreden und Zeitungsberichten unterhalten könnte. Nicht einmal offizielle Parlamentsreden reichen dazu aus, die auch immer nur Monologe bleiben. Es ist dazu schon nötig, daß man, wenn auch ungern, die Luft eines und desselben Zimmers atmet und seine Westknöpfe auf die Distanz einer Tischbreite einander annähert.

Um was handelt es sich denn eigentlich beim belgischen Problem? Lloyd George sagt ganz mit Recht, Belgien sei der Torweg zwischen den Mittelmächten und dem Westen. Vor dem Kriege gehörte der Torweg weder dem Eigner des einen Grundstücks, noch dem des anderen, sondern hatte einen eigenen Hüter, der verpflichtet war, „neutral“ zu sein. Wirtschaftlich gehört der Torweg unbestritten zu uns. Nur von uns wird er im Frieden als solcher benutzt. Für England hat er lediglich die Bedeutung einer strategischen Pforte, die geschlossen bleiben soll, so lange England will, um sich im geeigneten Augenblick zu öffnen als Ausfallstor für die englische Landungsarmee. Umgekehrt muß infolgedessen jeder englisch-französische Koalitionskrieg gegen Deutschland — man mag darüber theoretisieren, so viel man will — uns unerbittlich zwingen, die Gewähr zu schaffen, daß das Tor nach dem Kanal geschlossen bleibt, und daß zu dem Seitenpförtchen nach Frankreich hin zum mindesten ebenfalls unser Gegner keinen Schlüssel besitzt. Ob wir diese Seitenpforte unsererseits benutzen dürfen oder nicht, ist heute ganz nutzlos, zu diskutieren. Wir werden uns mit unseren Feinden darüber doch nicht einigen, außer auf dem Weg von Sieg und Niederlage. Fast man dagegen eine Verftädigung ins Auge, so kann es nur darauf ankommen, einen künftigen Krieg überhaupt zu verhindern, was wir ja alle zu erreichen hoffen, und daher auch das belgische Problem nicht nach dem Paragrafen des historischen Rechts zu lösen, die eine Lösung ausschließen, sondern nach dem natürlichen Schwergewicht und den Grundgesetzen des Völkerebens.

Diese Gesetze haben mit den Sympathien der Völker nichts gemein. Das Moment der Billigkeit im historischen Geschehen hat schon oft die Empfindung eines Volkes den natürlichen Gesetzen seiner Existenz entfremdet, stets zu seinem eigenen Schaden. Belgien als geographisch-historischer Begriff vermag aber schon wegen seiner Rassenmischung die Harmonie seines Empfindens mit seinen politischen Interessen nicht herzustellen. Nach den Geschehnissen dieses Krieges wird sein Empfinden dazu sogar noch weniger imstande sein als vorher, und Jahre werden vergehen, bevor das natürliche Gewicht des wirtschaftlichen Lebens die vorgefaßte Meinung überwinden kann. Wäre das anders, so könnte vielleicht der Gedanke erwogen werden, den Hüter des Tores wieder genau wie vorher in sein Amt einzusetzen. Aber dazu ist er psychologisch außerstande. Ein England, das ehrlich einen dauernden Frieden will, müßte daher eigentlich selbst wünschen, durch reale Garantien verhindert zu sehen, daß aus Belgien neue Ursachen der Reibung zwischen ihm und uns herauswachsen. Wie viel mehr also müssen naturgemäß dann wir auf Garantien bestehen, die unsere Schwelle nicht nur sichern gegen den feindlichen Nachbarn über dem Kanal, sondern auch gegen den uns feindlich gesinnten Bewohner des Tores.

Was aber in dieser Beziehung zu verhindern ist, ergibt die Vergangenheit ganz klar, und deshalb ist es nötig, hier auf sie zurückzukommen. Allen Behauptungen des belgischen Außenministers Baron Beyens zum Trost bleibt die Tatsache bestehen, daß die Entente bereits 1906 unmittelbar nach ihrer Gründung, also in dem Jahre, in dem der Keim zu diesem Krieg gelegt wurde, mit dem belgischen Generalstab detaillierte Pläne ausgearbeitet hat über einen englischen Einmarsch. Es bleibt bestehen, daß im Dezember 1911 der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, seiner Regierung warnend schrieb, der Gedanke einer Umfassungsbeziehung von Norden gehöre „zweifelslos zu den Absichten der Entente cordiale“. Er sei der Grund ihres Protestes gegen eine Befestigung Bliffingens. Man wolle unbehindert eine englische Garnison nach Antwerpen überführen können zur Offensive auf den Niederrhein und Westfalen. Mag Baron Greindl die Eröffnungen des englischen Obersten Barnardiston aus dem Jahre 1906, die zu diesem Plan den Grund gelegt hatten, seinerseits auch „perjüre“ nennen, und mag dieser Plan auch nicht zu einem förmlichen belgisch-englischen

Abkommen geführt haben, die Verantwortung der belgischen Zentralregierung entlastet das nicht. Und vor allem ändert es nichts an den notorischen englischen Absichten. Derselbe Baron Beyens, der heute aus Haare seine eigenen Worte Lügen strafen möchte, hat noch im April 1914 geschrieben, daß der Beweis vorgelegen hat für die Absicht Englands und Frankreichs im Jahre 1911, falls es damals zum Kriege gekommen wäre, in Belgien einzumarschieren und dadurch Belgiens Neutralität „von vornherein zu kompromittieren“. Denn eben von jener Marokko-Krise im Sommer 1911 hatte der britische Oberstleutnant Bridges dem belgischen Generalstabschef ein Jahr später erklärt, daß England seine Truppen auf jeden Fall in Belgien gelandet hätte, also auch, wenn Belgien eine Hilfe weder verlangt noch gebraucht hätte.

Was verschlägt es aber allemal gegenüber, wenn 1913 Edward Grey dem englischen Gesandten in Brüssel formell das Gegenteil versicherte? Technisch war dank dem Entgegenkommen des belgischen Generalstabes alles bis ins einzelste berechnet. Die Pläne lagen bei den Akten. Solange die Gelegenheit nicht da war, sie auszuführen, konnte England daher getrost versichern, daß ihre Ausarbeitung nur ein müßiger Zeitvertreib gewesen sei, bei dem sich niemand etwas gedacht hat. Daß es aber im Ernstfall auf keinen bewaffneten Widerstand Belgiens stoßen würde, dessen dürfte es sicher sein, auch ohne der „neutralen“ belgischen Regierung noch zu Friedenszeiten ein förmliches Geheimabkommen zuzumuten. Baron Beyens hat auf die letzten Veröffentlichungen der „Nordb. Allg. Ztg.“ die ganzen vorsehenden Tatsachen geglaubt mit dem Hinweis abtun zu können, daß es lächerlich, kindisch und absurd sei, dem kleinen Belgien einen „großen Invasionsplan“ gegen das ungeheure Deutschland zu unterstellen. Gewiß, eine solche Albernheit hat auch niemand behauptet. Aber für den von allen Diplomaten Europas seit der Begründung der Entente cordiale vorausgesehenen Konflikt zwischen ihr und Deutschland war Belgien von vornherein entschlossen, innerlich auf der Seite der Entente zu stehen, während England beabsichtigte, auf Grund der nur zu „theoretischen Übungszwecken“ ausgearbeiteten „Defensivpläne“ dem mit Frankreich ringenden, von Ausland überschwemmten Feinde durch das besagte belgische Tor den menschenlichen Todesstoß in seine wichtigste Industriegegend zu versetzen.

In diese Tatsachen zu erinnern ist daher unerlässlich, wenn man Herrn Lloyd George begreiflich machen will, was Sicherung der Grenzen heißt, und worauf es beim belgischen Problem ankommt. Es muß verhindert werden, daß Belgien als ein Torweg, dessen Pfosten an unser Haus angebaut sind und nicht an dasjenige Englands, von der andern Seite des Kanals geöffnet und geschlossen werden kann ohne unsere Einwilligung. Nicht mehr und nicht minder. Ob der Mechanismus, der diesen Zweck gewährleistet, internationaler Art sei oder wie sonst, ist eine Frage, die sich erst bei den Friedensverhandlungen lösen läßt, d. h. erst dann, wenn Lloyd George, oder wer dann an seiner Stelle sein wird, für deutsche Kanzlerreden ein etwas flüssigeres Verständnis haben wird, als es heute schon vorhanden ist. Die Zeit wird kommen.

Grenzsicherung.

Das belgische Problem.

Von Albert Wader.

Wenn ein großes Eroberungsprogramm zusammenbricht, so geschieht das nicht von heute auf morgen. Die kostbarsten Stücke seines Schatzes sucht jeder Vandalenhandwerker bis zuletzt zu halten. In diesem Sinne ist charakteristisch, daß die ganze Kriegsfrage für Frankreich mehr und mehr auf das eine Wort Elsass-Lothringen zusammenschrumpft, während der englische Ministerpräsident in auffälliger Weise sein Interesse für Belgien in den Vordergrund schiebt. Er hat jüngst in Glasgow bereits eine deutsche Gegenäußerung provozieren wollen, als er in seinem Jargon über die deutschen Staatsmänner spottete, die nicht wagten, sich für die volle Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens einzusetzen, — einmal hätte es Bethmann beinahe getan, aber schleunigst hätten ihm „die Junker mit der gepanzerten Faust tüchtig um die Ohren geholt“, — und jetzt in der Londoner Queenshall hat er die erste Rede des neuen Kanzlers gleichfalls benutzt, um über das Thema Belgien zu sprechen, obwohl sie dazu nur die eine Handhabe bietet, daß das Wort Belgien in ihr überhaupt nicht vorkommt. Aber das Wort Sicherung der deutschen Grenzen kommt drin vor, und das genügt Herrn Lloyd George vollkommen zu der Behauptung, daß die Worte des Kanzlers „voller Drohungen“ für Belgien seien. Ja, gerade die Tatsache, daß es überhaupt nicht erwähnt werde, beweise, daß in dieser Rede für Belgien keine Hoffnung sei.

Wir wissen nicht, wie die deutsche Regierung über die Sicherung unserer Grenze Belgien gegenüber denkt. Wir wissen nur, daß sie den Krieg nicht einen Tag verlängern will um erzwungener Eroberungen willen. Darin liegt also die ganz offensündige und bündige Erklärung, daß der Krieg morgen zu Ende sein könnte, wenn dem nichts weiter im Wege stände als die Ungewißheit unserer Feinde darüber, ob wir Belgien „annektieren“ wollen oder nicht. Nein, wir wollen es nicht annekten, wenn das der einzige Grund ist, der verhindert, daß die Friedensverhandlungen am 1. August beginnen. Das steht klar und deutlich in der Rede des Kanzlers geschrieben. Das hätte also auch Herr Lloyd George herausfinden können, zumal er vorgibt, die Rede nicht weniger als dreimal gelesen zu haben. Da er sich aber stellt, als hätte er das nicht erfasst, so muß das belgische Problem doch wohl in dem Schema Annexion oder Nicht-Annexion nicht ausreichend zu erfassen sein. Oder mit anderen Worten, daß in Belgien daszepter belgisch, das Schwert belgisch, die Scheide belgisch und die Seele belgisch sei, hat für Lloyd George nur den Sinn, daß alle diese

Logenuntriebe gegen die habsburgische Monarchie in der Union.

In den Vereinigten Staaten besteht schon seit längerer Zeit eine „Johann-Huß-Liga slavischer Freimaurer“, in welcher amerikanisch-tschechische Freimaurer mit großem Eifer eine gegen die habsburgische Monarchie gerichtete Propaganda betreiben. Da neuerdings der „American Freemason“ (Stormlake, Zoma) augenblicklich wohl die angesehenste freimaurerische Zeitschrift der Vereinigten Staaten, in seiner März-Nummer (S. 189 bis 194) war für die auf die Zerstückelung der österreich-ungarischen Monarchie hinggerichteten Bestrebungen dieser Liga eintritt, empfehlen wir die nachfolgenden, dieser Zeitschrift entnommenen Notizen der Aufmerksamkeit:

Die genannte tschechische Freimaurerliga trat schon anläßlich der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland mit einer begeisterten Zustimmungsadresse an den Präsidenten Wilson hervor, in welcher sie den „unsinnigen Unterseebootfeldzug“ als „flagrante Verletzung der ersten Grundsätze der Zivilisation und der Humanität“ brandmarkte. (S. 142.)

In seinem jüngsten Artikel über die Liga stellt Br. Morionba, ein nicht nur in englischen und amerikanischen, sondern auch in deutschen, türkischen, schweizerischen, holländischen, russischen, italienischen und südamerikanischen Logenkreisen ungewöhnlich hochgeschätzter maurerischer Wortführer, den tschechischen Brüdern in der Union das Zeugnis aus, daß dieselben in jeder Beziehung würdige Br. Freimaurer seien, von reinstem amerikanischem Patriotismus beseelte Br., Amerikaner „ohne Bindestrich“, von tadelloser Loyalität, und daß sie und ihre Liga daher die vollste Unterstützung seitens der amerikanischen Freimaurerei beanspruchen könnten.

Br. Morionba macht zur Begründung seiner Auffassung folgende weitere Angaben:

Der gegenwärtige Krieg hat uns einen herrlichen Aufschwung der slavischen Rasse besonders in Rußland vor Augen geführt. Die ganze slavische Rasse, noch vielfach durch die Autokratie eingeengt, ist auf dem Punkt, die bürgerlichen Freiheiten zu erringen, welche in Westeuropa und Amerika als Grundlage freier Staatswesen erachtet werden. „Die Freimaurerei hat ihnen nun ein neues Feld segensreicher Tätigkeit eröffnet“. Nach einer langen Periode der Unterdrückung des slavischen Volkstums und der Freimaurerei in Rußland und Oesterreich sind jetzt die Fesseln gesprengt und gelockert. So ist's begreiflich, daß unsere slavischen Br. in atemloser Spannung den Lauf der Dinge im Sinne der „Demokratisierung“ ihrer Heimatländer verfolgen und bestrebt sind, denselben nach Kräften zu fördern.

„Im österreichischen Völkergemisch wurden demokratische Tendenzen bisher brutal unterdrückt, die Nationalitäten im Interesse der Dynastie und der ihr verblinden kirchlichen Hierarchie gegen einander ausgespielt. Jetzt findet auch in Oesterreich ein bemerkenswertes Erwachen statt, ein offensichtlicher Zerfall, welcher für den jüngst auf den Thron gelangten Kaiser Ueblis ahnen läßt.“ „Einzig Böhmen ist in der Antwort der Entente-mächte auf Wilsons Friedensbotschaft unter den kleineren Staaten Mitteleuropas in dem Sinne erwähnt, daß im Falle einer Niederlage der Mittelmächte die Befreiung desselben vom österreichischen Joch eine der Friedensbedingungen sein werde.“

„Von lebhaftem Interesse für alles erfüllt, was vom freimaurerischen Standpunkt von Wichtigkeit ist“, betreiben die Br. der Liga im Sinne ihrer national-slavischen Bestrebungen eine eifrige Propaganda. In ihrer Zeitschrift an den Herausgeber dieser Zeitschrift kennzeichnen sie selbst „ihre maurerischen Endziele“ wie folgt:

„Führungnahme mit den Freimaurern in Böhmen, welche den ungarischen oder deutschen Großlogen affiliert sind“; „Auszeichnung eines vertrauenswürdigen Gniffärs nach dem Kriege, welcher den Boden für eine weitere Aktion zur Ausbreitung des freimaurerischen Einflusses in Böhmen vorbereiten soll“; „Sammlung von Fonds für diese Propaganda; Errichtung von Freimaurerlogen in Böhmen zu gegebener Zeit, welche den Grundstock zur slavischen Freimaurerei der Zukunft bilden soll.“

Br. Morionba bemerkt dazu: Die amerikanisch-tschechischen Freimaurer, welche bei diesen Bestrebungen durchaus nicht als Bindestrichamerikaner zu betrachten sind, unterhalten mit den Vorgängen in der habsburgischen Monarchie engste Fühlung. „Sie sehen große Wandlungen im mittleren und östlichen Europa kommen. Selbstverständlich richten sich ihre Erwartungen auf ein höheres Maß der Autonomie oder eine völlige Unabhängigkeit des alten böhmischen Königreichs hin“. Die Bestrebungen der Liga verdienen die Sympathie sämtlicher amerikanischer Freimaurer. Die freimaurerische Presse sollte dieselben in den weitesten Kreisen bekannt machen, damit andere Slaven veranlaßt werden, sich diesen hochherzigen und erleuchteten Brüdern anzuschließen. Diese Zeitschrift verbürgt sich dafür, daß sie mit dieser slavischen Bewegung engste Fühlung halten und allem, was zur Förderung der Sache unserer großen Brüderschaftsgemeinschaft kann, besonders in dem Maße, in welchem die Feinde derselben solange ihr mit Erfolg den Eintritt verwehren, die größte Publizität geben wird.

Schließlich bringt der antiösterreichisch-englisch-amerikanische „Bindestrichamerikaner“ Br. Morionba noch folgenden Brief zum Abdruck, welchen die von ihm so eifrig beförderte Slavisch-Amerikanisch-Freimaurerliga an Miljukow, als Minister des Auswärtigen der revolutionären Regierung in Rußland, richtete:

„Erzellenz! Die Aufgabe, welche sich die J.-Huß-Liga slavischer Freimaurer stellt, die sich hier an Sie wendet, ist: Das Andenken des tschechischen Märtyrers zu verewigen und eventuell, wenn das Tschechien von österreichischer Knechtschaft befreit sein wird, eine Freimaurerloge in Prag zu gründen.“

29. VII. 1917

Lloyd George und die Mittelmächte.

Eine Antwort des Ministers des Aeußern Graf Czernin.

Der Minister des Aeußern empfing heute eine Reihe von Vertretern österreicher und ungarischer Blätter. Graf Czernin hielt an die Herren eine Ansprache, in welcher er unter voller Würdigung der Mitarbeit der Presse bei Aufklärung der Öffentlichkeit über die großen politischen Fragen seinen Dank an die Presse für deren patriotische Haltung zum Ausdruck brachte.

Im Laufe seiner Ausführungen wies der Minister auf die hervorragend günstige militärische Lage und auf die Verhältnisse an der russischen Front hin, wo die Truppen der Verbündeten in stetem Vordringen begriffen seien und sprach speziell seine Bewunderung für die Leistungen der verbündeten Truppen aus.

Auf die allgemeine politische Lage übergehend, führte Graf Czernin weiters aus:

Herr Lloyd George hat in seiner letzten Rede bei der Jahresfeier der belgischen Unabhängigkeitserklärung in London die vom Reichskanzler in der Reichstags-sitzung vom 20. Juli l. J. abgegebenen Erklärungen als zweideutig hingestellt. Dieser Vorwurf ist mir schon an sich unverständlich, da die Ausführungen des Reichskanzlers durchaus klar und eindeutig, jedem Mißverständnisse entrückt sind. Dieser Vorwurf wird aber noch unverständlicher, wenn man bedenkt, daß Herr Lloyd George bei seiner Rede die Friedensresolution des deutschen Reichstages ganz beiseite geschoben hat, obwohl diese, auf die sich ja der Reichskanzler in seinen Ausführungen selbst bezog, mit der Rede Dr. Michaelis zusammen ein untrennbares Ganzes bildet. Sind doch diese beiden Enunziationen der Reichsregierung und der Reichsvertretung der Ausdruck des einheitlichen Willens des deutschen Volkes in der Friedensfrage. Es fällt auf, daß man in den Entente-staaten den deutschen Reichstag, welcher auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes gewählt ist, ebenso ignoriert wie die ganze soziale Gesetzgebung, in der Deutschland den westlichen Ländern weit voraus ist. Gerade diesen Beschluß des deutschen Reichstages durfte Herr Lloyd George nicht ignorieren, wenn er als einer der Vertreter jener

Mächte, welche den Gedanken der Demokratie stets in den Vordergrund stellen, mit Ernst die Stellung Deutschlands zur Friedensfrage behandeln wollte. In voller Uebereinstimmung haben Reichskanzler und Reichstag erklärt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führt, daß das deutsche Volk einen ehrenvollen Frieden im Wege der Verständigung und des Ausgleiches sucht, welcher die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bieten soll. Reichskanzler und Volksvertreter haben feierlich erklärt, daß das deutsche Volk keine gewaltsamen Eroberungen suche und wirtschaftliche Absperrungen sowie Verfeindungen der Völker nach dem Kriege perhorreszieren. Wo in diesen beiden, ihrem Wesen nach sich deckenden Erklärungen Zweideutigkeiten liegen sollen, ist mir unerfindlich.

Jedenfalls aber glaube ich, Herrn Lloyd George auf seine Rede mit der Frage antworten zu müssen, was man den eigentlich auf der Entente-seite will. Das, was man bei unserer Mächtegruppe will, erhellt aus den faktisch bekannten Wiener Enunziationen und aus den früher erwähnten Kundgebungen des deutschen Volkes, aus denen die vollständige, bis in das kleinste Detail reichende Uebereinstimmung zwischen Wien und Berlin hervorgeht. Das, was der Reichskanzler und der Reichstag erklärt haben, ist das, was ich bereits vor Monaten als den ehrenvollen Frieden bezeichnet habe, den die Wiener Regierung anzunehmen bereit ist und durch den sie eine dauernde Versöhnung der Völker erstrebt und erhofft.

Aber auch darüber, was jenseits dieser Grenze liegt, besteht zwischen Wien und Berlin vollständige Uebereinstimmung. Niemals werden wir in einen Frieden willigen, der für uns nicht ehrenvoll wäre. Will die Entente auf dieser deutlich genug umschriebenen Grundlage nicht in Verhandlungen mit uns eintreten, dann werden wir diesen Krieg weiterführen und werden kämpfen bis zum Aeußersten.

Mir ist es gleichgültig, ob man in diesem Bekenntnisse ein Zeichen der Schwäche oder der Stärke sehen will. Mir gilt es nur als ein Zeichen der Vernunft und Sittlichkeit, die sich dagegen sträuben, einen Krieg weiterzuführen, dessen Fortführung sich bereits heute als sinnlos darstellt. Da ich von der Ueberzeugung durchdrungen bin, daß es der Entente nie gelingen wird, uns niederzumerfen und da wir in unserer Verteidigungsstellung nicht die Absicht haben, Gegner zu zerschmettern, wird dieser Krieg früher oder später in einen Verständigungsfrieden münden müssen. Hieraus folgt aber für mich der natürliche Schluß, daß die weiteren Opfer und die der ganzen Menschheit auferlegten Leiden zwecklos sind und daß es im Interesse der ganzen Menschheit notwendig ist, baldmöglichst zu diesem Verständigungsfrieden zu gelangen. Das

Soldatenrat dessen Autorität schädige. Die Vertreterversammlung der Petersburger Garnison hat den Antrag fast einstimmig angenommen. Der Stimmungswechsel hat auch die Provinzen ergriffen. Aus Koftow werden wütende Angriffe auf die Maximalisten gemeldet.

Der Mephisto von Polen.

Ein offener Brief an Pilsudski.

„Goniec Wieczorny“ in Warschau vom 20. Juli und mehrere andere polnische Blätter veröffentlichten einen offenen Brief an den Brigadier Pilsudski aus der Feder der angesehenen polnischen Publizistin Iza Mościzyńska, den wir deshalb im Wortlaut abdrucken, weil er über viele bisher unserer breiten Öffentlichkeit verborgene wichtige Dinge Licht verbreitet. Der offene Brief lautet: „Einige Fragen, Herr Brigadier! Ich habe das Recht, Sie zu stellen, denn ich war eine der ersten, welche hier in Warschau die Verehrung Ihrer Person und den Glauben an Ihre historische Mission propagiert haben. Vor dem Ausbruch des Krieges war Ihr Name nur den Mitgliedern Ihrer Partei und denjenigen, welche mit ihr sympathisierten, bekannt, aber auch in diesen Kreisen waren die Meinungen sehr geteilt. Sie wissen selbst am besten, auf welche starke, unversöhnliche Opposition im Schoße der polnisch-sozialistischen Partei Sie gestoßen haben, wie heftig gegen Sie die Mitglieder der Organisation aufgetreten sind, welche Ihren unmittelbaren Befehlen unterstellt war, der Kampforganisation der polnisch-sozialistischen Partei. Somit waren nicht Ihre Taten aus der Zeit der Revolution die Grundlage jener Volkstümlichkeit, welche Sie an die Spitze der militärischen Bewegung gehoben hat, sondern die Ueberzeugung, welche Sie in uns und in den Kreisen der patriotischen Jugend zu erwecken vermochten, daß Sie kein Parteimann mehr seien, daß Sie sich ganz in den Dienst der nationalen Sache gestellt haben und daß Sie als das unmittelbare Opfer der russischen Bedrückung jenes Schwert für Polen sein wollen, welches das Unrecht rächen und die Fesseln sprengen wird. Wir glauben, daß Sie über Ihre Vergangenheit gewachsen sind, daß Sie zum ersten Diener des Vaterlandes werden und sich mit absoluter Verleugnung der persönlichen und politischen Ambitionen, als leuchtendes Beispiel der Jugend zur Verfügung stellen werden, welche nicht auf Ihren Ruf, sondern unter Ihrer Führung in den Krieg zog. Ich wiederhole: Nicht auf Ihren Ruf, denn diejenigen, welche in edler Aufwallung der patriotischen Begeisterung in den Kampf um Polen zogen, haben auf die Aufrufe nicht gewartet und dieselben nicht gelesen. Sie wußten nur, daß der Krieg mit Rußland beginnt, daß die Schützen ins Feld ziehen und beeilten sich, in die ersten Reihen zu kommen. Es gab unter ihnen solche, welche trotz und nicht wegen Pilsudski sich gemeldet haben. Durch Wort und Druck verbreitete ich den Glauben, daß Sie ein neuer Dabrowski der erneuerten polnischen Legionen sein werden.“

Als mein Glaube zu wanken begann, hatten Sie bereits eine Schar fanatischer Anbeter um sich geschart, welche auf die Stimme der Kritik und des Skeptizismus taub waren. Sollte die Stimmung...

Die Gesellschaft der Nationen.

Von Dr. Alfred S. Fried.

Von allen Forderungen für den Friedensschluß besitzen diejenigen die höchste Bedeutung, die sich mit der künftigen Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen befassen. Der Streit um Grenzverschiebungen oder Entschädigungen tritt in den Hintergrund vor der Frage, wie ein Verhältnis der heute im erbittertsten Ringen befindlichen Staaten herzustellen sein wird, das eine Wiederholung einer derartigen Katastrophe nach menschlicher Voraussicht ausgeschlossen erscheinen läßt. Natürlich fehlt es nicht an Leuten, die dieser Frage jede Bedeutung absprechen, weil sie das sich darbietende Problem von vornherein für unlösbar erklären. Es sind dies die Utopisten des ewigen Krieges, die sich vor dem fanatischen Dogma beugen, die Kulturmenscheit sei dazu für immer verurteilt, die Überwindung, ihre Konflikte durch das unwirksam gewordene Mittel der Gewalt zu suchen, und sie besitze auch nach diesem furchtbaren Ueberlaß noch die Kraft, das Ueberbieten an Gewaltwerkzeugen, noch dazu in einem alles vor dem Kriege Dagewiesene übertreffenden Umfang, weiterzuführen. Der vernünftige und maßgebende Teil der Menschen läßt sich zum Glück von diesen Aposteln der Routine nicht beirren. Er bestreitet, daß die Logik zu Gunsten der militärischen Weltanschauung Ausnahmen mache, und hält es für angebracht, auch bei diesem Unglück in erster Linie dessen künftige Vermeidung ebenso ins Auge zu fassen, als sei es eine Ueberflutungs-, ein Brand-, ein Eisenbahnzusammenstoß oder sonst eine Katastrophe.

In diesem Augenblick, wo alte Hoffnungen der Erfüllung weichen, handelt es sich darum, das Problem der künftigen Friedenssicherung in der blanken Saubereit einer zur Funktionierung bereiten Maschine darzustellen. Oberflächlichkeit und grundsätzliche Gegnerschaft haben ja sehr viel dazu beigetragen, die Fragen zu verwirren. Noch immer wird die Lösung in einer Mechanik des Geschehens erblickt, das mit einer äußerlich scheinbaren Einfachheit auch die Unmöglichkeit der Ausführung erkennen läßt.

Der Krieg ist Gewalt. Wer den Krieg beseitigen will, muß an Stelle der Gewalt das Recht setzen. Das ist richtig. Nur die Durchführung dieser Umwandlung läßt sich nicht so mechanisch bewirken, daß man glauben könnte, der Krieg sei aus der Welt zu schaffen, indem man Schiedsgerichte errichtet, und sie den Streitenden zur Verfügung hält. Das war der Ideengang der Frühperiode der Friedensbewegung, ehe diese wissenschaftlich durchgedacht war. Der wissenschaftliche Pazifismus lehrt uns, daß der Krieg durch das Schiedsgericht nicht unvermittelt ersetzt werden kann. Beide Einrichtungen sind nicht die Erscheinungen an sich, sondern Folgen von Erscheinungen. Wer eine Folge beseitigen will, muß zunächst ihre Ursache beseitigen. Wer eine Folge an Stelle einer anderen zeitigt sehen will, muß an Stelle der einen Ursache jene andere setzen, die die gewünschte Folge hervorbringen kann. Der Krieg ist die Folge einer im Verhältnis der Staaten noch vorherrschenden Anarchie. Solange diese Anarchie die schon vorhandenen Ansätze der Organisation überragt, werden die Staaten im Falle ernstlicher Konflikte keinen anderen Ausweg sehen als die Anwendung der rohen Gewalt, als den Krieg. Das Rechtsverfahren zur Lösung von Konflikten ist die Folge einer sozialen Ordnung. Ehe sich Individuen zur staatlichen Ordnung verbanden, war auch zwischen ihnen der Krieg das einzig mögliche Verfahren der Streitlösung. Erst die errungene staatliche Ordnung hat das Rechtsverfahren der Bürger untereinander begründet. So wird auch die auf Recht beruhende Streitschlichtung zwischen den Staaten erst das Ergebnis einer vollendeten zwischenstaatlichen Ordnung sein. Will man also an Stelle des Völkerkrieges die gewaltlose Streitschlichtung (Schiedsgericht, Ausgleich, Staatsgerichtsbarkeit, Vermittlung, Unterwerfung) setzen, so muß man die vorherrschende zwischenstaatliche Anarchie durch die schon aufkeimende zwischenstaatliche Ordnung völlig verdrängen.

Die Gegner der Friedensbewegung, die seit jeher die Ergebnislosigkeit aller Mittel zur Ueberwindung des Krieges behaupteten, haben darin so lange recht, als sie von den Voraussetzungen ausgingen, diese Mittel sollten

zwingenden Verort unterworfen werden. Der nicht wissenschaftlich denkende Pazifist befindet sich diesen Einwänden gegenüber gar oft in Verlegenheit. Aber sie beweisen nichts anderes als die Richtigkeit der Lehren des urfächlichen Pazifismus. Sie zeigen einfach, daß die aus der Anarchie gebornen Konflikte nicht durch Mittel einer noch nicht vorhandenen Ordnung gelöst werden können. Tritt aber erst an Stelle der zwischenstaatlichen Anarchie die zwischenstaatliche Ordnung, dann wird sich der Charakter der Konflikte ändern; diese werden nicht mehr jene Gefährlichkeit besitzen wie die aus der Anarchie entstehenden Streitfragen. Das Lebensinteresse der Staaten, das durch die geordnete Ordnung ein für allemal geschützt sein wird, wird durch sie nicht mehr berührt werden, und der Streit, der aus der Ordnung geboren sein und Rechtscharakter besitzen wird, wird dann durch Rechts-einrichtungen lösbar sein.

Unsere Forderung geht daher nicht dahin, wie die Gegner meinen, die heutigen gefährlichen Streitfälle durch Vernunftschluß zu lösen und so den Krieg auszuschalten. Sie erstrebt vielmehr die Umwandlung des zwischenstaatlichen Verhältnisses, das erst den Konflikten einen solchen Charakter verleihen wird, daß sie der Gewaltlösung völlig entrückt und zur rechtlichen Behandlung durchaus geeignet sein werden.

Diese Umwandlung der Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen nach diesem Kriege ist daher das Hauptproblem für den kommenden Friedensschluß. Man lasse die Forderung nach Schiedsverträgen und Schiedshöfen in den Hintergrund treten. Die Hauptsache ist nicht, daß eine Regelung für den Ausnahmefall des Konflikts geschaffen wird, sondern daß vor allem der normale Lebensgang der Staaten in ein auf Recht und Vernunft begründetes Verhältnis gebracht wird. Dadurch wird der Konflikt, der aus so geordnetem Verhältnis entspringt, einen gütartigen, der vernunftgemäßen Regelung erst zugehörigen Wesenszug erhalten. Es ist der Gesellschaftsvertrag der Staaten, der geschaffen werden muß, der den Beteiligten das Recht auf Dasein, auf Unabhängigkeit, auf Besitz und auf Schutz dieser Rechte durch die Gemeinschaft garantiert und der in einer Gesellschaft der Nationen eine überstaatliche Einrichtung schafft, in der die vereinten Kräfte aller zum Schutze jedes einzelnen vereinigt sind.

Ein solcher Vertrag der Staatengesellschaft schließt nicht in sich, daß die Hoheitsrechte der einzelnen Staaten dadurch verlorengehen sollen. Nicht der etwas antiquarische Gedanke der vereinigten Staaten von Europa oder der Welt soll hier zum Leben erweckt werden. Nicht um die Bildung eines Weltstaates oder eines umfangreichen Staatenbundes mit überwiegender Zentralgewalt handelt es sich, sondern um das viel geschmeidigere Gebilde einer freiwillig einzugehenden Organisation, in der jeder Staat seine eigenen vollen Rechte behält und von diesen nur so viel an die Vertragsgemeinschaft freiwillig und innerhalb zeitlicher Begrenzung abgibt, als er durch Uebernahme von ihm zugute kommenden Pflichten der anderen abzugeben für vorteilhaft erachtet. Austausch eigener Macht gegen fremde Pflichten lautet die Formel eines solchen Vertrages, der nicht wie alle Kriegsbeendigungsverträge der Vergangenheit „auf ewige Zeiten“ abgeschlossen werden soll, sondern auf eine begrenzte Dauer von Jahren, nach deren Ablauf es jedem Teilnehmer freistehen wird, sich von dem Vertrag wieder zurückzuziehen. Gerade in dieser zeitlichen Begrenzung wird seine Stärke liegen, denn sie wird den Zwang völlig ausschließen.

Eine Gesellschaft der Nationen wird jedem Teilnehmer die Sicherheit des Daseins und des Besitzes gewähren und ihn des Schutzes aller teilhaftig werden lassen. Dies allein wird genügen, das bisherige Verhältnis der Staatenwelt auf eine andere Grundlage zu stellen. Das Machtbedürfnis, um sich gegenüber den Konkurrenten zu behaupten, wie es in der Anarchie gegeben war, wird nicht mehr vorliegen. Die Beweggründe des Imperialismus werden dadurch verschwunden sein und die erbitterten Gegner von einst, die sich durch ihren uferlosen Wettbewerb gegenseitig zugrunde richteten, werden wechselseitig aneinander interessierte Genossen werden, deren eigenes Glück und eigener Wohlstand begründet sein wird durch das Glück und den Wohlstand der Gemeinschaft. Es ist auch klar, daß, nachdem sich

Die elsass-lothringische Frage.

Von Hermann Wendel.

Mitglied des Deutschen Reichstages.

An der Schwelle des vierten Kriegsjahres erscheint die elsass-lothringische Frage als eines der wesentlichsten Hindernisse zur Verständigung der sich zerfleischenden Völker Europas.

Denn während die Wortführer der Entente beharrlich erklären, daß ohne die Rückgabe der 1871 von Frankreich losgerissenen Provinzen an ein Ende des Massenwürgens nicht zu denken sei, lehnen die deutschen Staatsmänner jede Erörterung über die Rechtsgültigkeit des Frankfurter Friedens von vornherein ab, da Elsass-Lothringen seit sechsundvierzig Jahren keine Frage der äußeren Politik mehr sei. Sie berufen sich darauf, daß Elsass und Lothringen von altersher zum Deutschen Reiche gehört hätten, im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert von den Franzosen gewaltsam abgetrennt und 1871 lediglich an ihr rechtmäßiges Stammland zurückgefallen seien. Auch betonen sie, daß neun Zehntel der elsass-lothringischen Bevölkerung deutscher Art und deutscher Sprache seien und gar nicht mit Frankreich vereinigt werden wollten.

Die Franzosen halten dem gegenüber, daß das neue Deutsche Reich unmöglich einen Rechtsanspruch auf alle Gebiete habe, die ehemals zum heiligen römischen Reiche deutscher Nation gehört hätten. Sie weisen darauf hin, daß die Elässer und Lothringer, wenn auch durch Gewalt, zu Frankreich geschlagen, hauptsächlich durch die Wirkungen der großen Revolution zu bewußten und überzeugten Franzosen geworden und jedenfalls 1871 sehr gegen ihren Willen an Deutschland gekommen seien. Je nachdem man sich von politischer Leidenschaft verblenden läßt, wird man unbesehen den deutschen oder französischen Standpunkt hinnehmen oder aber durch historisch vorurteilsfreie Prüfung zu dem Ergebnis kommen, daß sich in dieser wie in jener Auffassung Wahres mit Falschem mischt.

Auch wird der Ernst der elsass-lothringischen Frage durch wirtschaftliche Momente erster Ordnung erheblich vergrößert. In Lothringen befindet sich, von der oberelsässischen Textilindustrie und dem Mühlhauser Gebiet zu schweigen, das größte Eisenerzager Europas, das, 1871 noch recht minderwertig und wenig gefannt, inzwischen durch die Einführung des Thomas-Verfahrens seine riesenhafte Bedeutung erlangt und die Voraussetzung für Deutschlands erfolgreichem Wettbewerb mit der britischen Stahl- und Eisenerzeugung geliefert hat. Der Verlust dieses lothringischen Erzbeckens wäre nicht allein für die deutsche Eisenindustrie, sondern für Deutschlands industrielle Weltstellung ein schlechthin vernichtender Schlag. Darum ist auch während des Krieges in Frankreich eine ganze große Literatur emporgeblüht — der Abgeordnete des Calvados, Engerand, ist der vornehmlichste Nutzer im Streite —, die nicht aus ideologischen Rechtsgründen heraus die Eroberung Elsass-Lothringens fordert, sondern um der stehenden und bleichsüchtigen Industrie Frankreichs im wahrsten Sinne des Wortes Eisen ins Blut zu führen und aus dem Rentnerland ein Industrieland zu machen.

Die wirtschaftliche Verknüpfung des Landes fasste die deutsche Sozialdemokratie im Frieden bei Beurteilung der Frage nicht zuletzt ins Auge. Ueber vierzig Jahre engster Verbindung mit Deutschland im Zeitalter des hochentwickelten Kapitalismus hatten für sie Elsass-Lothringen fester mit dem deutschen Wirtschaftskörper verwachsen lassen, als mehrere Jahrhunderte französischer Herrschaft unter wesentlichen agrarischen Verhältnissen das Land dem Wirtschaftsleben Frankreichs eingefügt hatten. In der Losrennung der umstrittenen Länder vom Deutschen Reiche und in ihrer Angliederung an das sozial ganz anders geartete Frankreich sah sie ein schweres Unglück für Deutschland und keineswegs ein Glück für Elsass-Lothringen. Zu einer schiedlich-friedlichen Lösung der Frage mühte sie sich dadurch zu gelangen, daß sie den durchaus nicht immer mit Geschick behandelten Elässern und Lothringern die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung im Rahmen des Deutschen Reiches zu erkämpfen suchte. Derart deckte sich ihr Standpunkt nahezu mit der Haltung, die der französische Sozialismus in den Jahren vor dem Kriege einnahm. Noch

auf der deutsch-französischen Verständigungskonferenz in Basel zu Pfingsten 1914 erklärte Jaurès auf das bestimmteste, daß die Gewährung der Selbstverwaltung an Elsass-Lothringen im Rahmen des Deutschen Reiches für Frankreich die Frage völlig aus der Welt schaffen werde!

Daß die deutsche Sozialdemokratie nach Kriegsausbruch bei ihrer früheren Stellung beharrte, ist letzten Endes ebenso verständlich wie die zunächst befreundende Tatsache, daß der französische Sozialismus die Frage für erneut auf die Tagesordnung gesetzt erklärte. Minder verständlich ist allerdings, daß die französische Mehrheit in dieser Frage vielfach mit den wildsten Revancheschreibern und wildesten Chauvinisten Hand in Hand ging. Auch heute fordert sie noch rund und glatt die „Desannexion“, das heißt: die unverhüllte Rückgabe des Landes an Frankreich, womit sich schlechterdings eine Brücke zu dem Standpunkt der deutschen Mehrheit nicht schlagen läßt. Näher steht sich schon die deutsche und die französische Minderheit, denn beide verlangen, obwohl sich ihre Auffassung keineswegs vollkommen deckt, die Lösung der Frage durch freie Abstimmung der Elässer und Lothringer.

Das eine jedenfalls muß jedem nicht durch den Blutrausch verblendeten Gehirn deutlich sein, daß der Krieg ein untaugliches Mittel zur dauernden Lösung dieser wie jeder anderen Frage ist. Wenn es Frankreich gelänge, durch die völlige Niederwerfung Deutschlands in den Besitz Elsass-Lothringens zu gelangen, so hätte es mindestens doppelt so viel seiner Söhne auf den Schlachtfeldern geopfert als die wiedergewonnenen Provinzen männliche Einwohner zählen. Dabei wäre die Frage bei weitem nicht entschieden, denn nunmehr wäre Deutschland vom Fieber der Rachegeulte geschüttelt und würde sich in eine einzige Waffenschmiede verwandeln, um sich eines Tages wieder zu holen, was es anderthalb Menschenalter befehen hat. Wenn es auf der anderen Seite Deutschland gelingt, aus dem Beltrinken so glorreich hervorzugehen, daß auf der Friedenskonferenz Elsass-Lothringen gar nicht erwähnt wird, hätte es gleichfalls Heilatomben seiner Jugend und Manneskraft für die Gaue um Straßburg und Metz geopfert, getreu dem Worte Moltkes von 1871, daß das Deutsche Reich in fünfzig Jahren noch einmal einen Waffengang machen müsse, um seine Eroberung zu wahren. Auch dann lehrte im europäischen Hause keine Ruhe ein, denn erst recht würde der Stachel in Frankreichs wunder Seele brennen und die Revanchesucht lehte in allen Ländern der Entente ein unheimliches Leben weiter. Also muß, wenn nicht die Funken unter der Asche bleiben sollen, der Friedensschluß eine endgültige, von allen Seiten anerkannte Lösung der elsass-lothringischen Frage bringen.

Wer auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker steht und eine zwischenstaatliche Rechtsordnung anstrebt, darf Grundsätzliches gegen eine Volksabstimmung nicht einwenden, unbeschadet der Aussichten ihres Ergebnisses. Ueber dieses Ergebnis läßt sich übrigens Sicheres um so weniger voraussagen, als sich vor dem Krieg zweifellos eine Mehrheit aus Vernunftgründen für Deutschland entschieden hätte, inzwischen aber durch besondere Kriegsumstände — die Begriffe außerordentliche Kriegsgerichte, Schutzhaft, Internierungen und Ausweisungen sind auch dem Oesterreicher vertraut! — eine gefährliche Verstimmung und Verbitterung um sich gegriffen hat. Aber davon abgesehen, ist das Schwierigste die Vorfrage, wer denn eigentlich abstimmen darf. Longuet und die Seinen, schrieb ich darüber vor kurzem im „Vorwärts“, sind mit der Antwort flugs bei der Hand: die Franzosen und Abkömmlinge von Franzosen. Das heißt also zunächst einmal: die vor 1870 im Lande Gebornen und deren Nachkommenschaft... Aber es entspricht gewiß nicht der Gerechtigkeit — und wenn wir nicht irren, haben vor dem Kriege französische Sozialisten auf diesen Punkt des öfteren hingewiesen —, die zugewanderten Deutschen ohne weiteres vom Stimmrecht auszuschließen. Unter ihnen befinden sich Leute, die bald ein halbes Jahrhundert in Elsass-Lothringen leben, an der Entwicklung des Landes gearbeitet haben und mit ihm so verwachsen und verwurzelt sind, daß ihnen ihre eigene Heimat

ost.

reich-Ungarns.

bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:

monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	26.—

Für Oesterreich-Ungarn:

bei täglich zweimaliger Postver-	
sendung	
monatlich	K 5.20
vierteljährlich	15.—
halbjährlich	30.—

bei täglich einmaliger Postver-

sendung	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	26.—

Für Deutschland:

vierteljährlich	K 18.—
-----------------	--------

und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

Mitglieder des Weltpostvereins:

vierteljährlich	K 22.—
-----------------	--------

und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

Einzelpreise für auswärtig:

Morgenblatt	16 h
Mittagsblatt	6
Nachmittagsblatt separat	8

fast gelungen. en Offensivstoßes.

soll, dessen treibende Trümmer noch lange Zeit die Sicherheit des politischen Verkehrs in Europa gefährden sollen.

Der bedeutendste Zerfallprozess ist in Südrussland im Zuge.

Zyoner Blätter bestätigen die Meldung des Stockholmer ukrainischen Pressbureaus über die Konstituierung eines ukrainischen Landtages. Darnach hat der Kiewer „Ukrainische Zentralrat“ beschlossen, noch vor dem Zustandekommen der russischen Konstituante einen ukrainischen Landtag einzuberufen. Schon der Allukrainische Bauernkongress, der am 12., 13. und 14. Juni in Kiew tagte, erklärte in den vom Kongress angenommenen Entschliessungen, daß im eigenen Lande das ukrainische Volk berechtigt sei, nach eigenem Gutdünken zu handeln. Zu diesem Zwecke solle der ukrainische Zentralrat eine Regierung einsetzen und eine verfassunggebende Versammlung der Ukraine nach Kiew einberufen. Auch in einem Aufrufe an das ukrainische Volk wird erklärt, der Zentralrat könne nicht dulden, daß das Land der Willkür der Anarchie preisgegeben werde. „Die einseitige russische Regierung“ — heißt es im Aufrufe — „vermag nicht in der Ukraine Ordnung herzustellen und so müssen wir selbst uns an die Arbeit machen. Die Verhältnisse in der Ukraine werden geregelt werden durch eine aus dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht hervorgehende ukrainische Volksversammlung, den ukrainischen Landtag („Ssojm“). Alle Gesetze, die die Regelung der Verhältnisse in der Ukraine betreffen, können nur durch den Ssojm, den neuen Landtag, erfolgen. Wenn in ganz Rußland durch gesetzlichen Beschluß der allrussischen verfassunggebenden Versammlung sämtliche Apanagen, Kloster- und Großgrundbesitzgüter zugunsten der Bevölkerung enteignet werden, so behalten wir uns vor, daß über die Aufteilung des ukrainischen Grund und Bodens der Ssojm verfügen möge.“ Der ukrainische Landtag wird sich also mit der Regelung der Agrarfrage in der Ukraine und der Wiederherstellung der Ordnung befassen. Doch dürften auch politische Fragen, die durch den Krieg aufgerollt wurden und die Beendigung des Krieges betreffen, zur Sprache gelangen. Den Bestimmungen des Perejaslawer Vertrages zufolge, der im Jahre 1654 zwischen Rußland und der Ukraine geschlossen worden war, behielt sich die Ukraine das Recht vor, durch eigene diplomatische Vertreter mit anderen Staaten Beziehungen anzuknüpfen. Auf die Ausübung dieses verbürgten, später allerdings im Stiche gelassenen Rechtes wird die Ukraine gewiß nicht verzichten wollen.

Während man also in Petersburg heratschlagte, stellte der ukrainische Zentralrat die einseitige russische Regierung vor eine vollzogene Tatsache, indem er, ohne erst die Genehmigung aus Petersburg abzuwarten, eine ukrainische Regierung („Generalsekretariat“) einsetzte und nahe daran war, sich von Rußland überhaupt loszulösen. Die Petersburger Regierung hat es für vorsichtiger gehalten, als es so weit war, sich zu fügen: Der Zentralrat solle einen „Entwurf über die Regelung der nationalen und politischen Angelegenheiten der Ukraine ausarbeiten, und zwar im dem Sinne, den der Zentralrat selbst als den Interessen dieser Gebiete entsprechend erachten wird“. Auch einem Entwürfe über die Lösungsart der Landfrage in der Ukraine, den die Rada gleichfalls zu besorgen hätte, stehe die russische Regierung „sympathisch“ gegenüber. Diese Entwürfe müßten aber dem Präsidium der verfassunggebenden Versammlung in Petersburg unterbreitet werden, das dieselben auch ablehnen könne. Die Bildung einer besonderen ukrainischen Armee hält die

Die Auflösung Rußlands.

Wien, am 30. Juli.

Während die Spitzen der Heeresgruppe Böhm-Ermolli den Bruch überschreiten und schon die Tore Bessarabiens von dem Schall der näherkommenden Ereignisse erzittern, während im Osten der Japaner sich anschickt, seine große Beute aus dem Weltkrieg, nach der er so lange auf der Lauer gelegen ist, heimzuholen und das bisher von Rußland besetzte Mandschurien ganz in seine Gewalt zu bekommen, reißt sich im Innern Rußlands Ereignis auf Ereignis, den inneren Zerfall des großen Moskowiterreiches einzuleiten. Der Fanatiker Kerenski ist kein gewöhnliches politisches Talent; was er in diesem brennenden Hause zu leisten vermochte, ist erstaunlich, aber das Unglück, das er mit seiner Offensive für Rußland angerichtet hat, der laienhafte Leichtsin, mit dem er, pochend auf die Treue und Tüchtigkeit einiger Armeekorps, das von der Revolution zerfressene Heer diesen Niederlagen aussetzte, beweisen auch die Grenzen seines Könnens. Alles drängt in Rußland zu einer baldigen Entscheidung über Kriegsende und Frieden, wenn von Rußland nicht ein verbranntes Wrack überbleiben

31. VII. 1917

YD

Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyl,
Jos. Schwarz, Generalvertretung des
Pester Lloyd für Oesterreich und das
gesamte Ausland: R. Dukas Nachfolger A.-G.,
Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen
renommierten Inzeratembureaus in Oester-
reich wie im Auslande übernehmen An-
kündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelne: Morgenblatt in Budapest und
in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in
Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Maria
Valéria-stra. 12. — Manuskripte werden in
keinem Falle zurückgestellt. — Unfran-
kierte Briefe werden nicht angenommen.

Nr. 190

Budapest, 30. Juli.

Die Erklärungen des Ministers des Aeußern Grafen Czernin und des deutschen Reichskanzlers Dr. Michaelis werden zu den großen Zeugnissen in der Geschichte dieses Krieges zählen. In der Ansprache an die ungarische und österreichische Presse, die unser Minister des Aeußern um dieselbe Zeit hielt, da Dr. Michaelis in Berlin zur deutschen Presse sprach, sagte Graf Czernin: „Jedenfalls glaube ich, Herr Lloyd George auf seine Rede mit der Frage antworten zu müssen, was man denn eigentlich auf der Ententesseite will.“ Der Reichskanzler hat dieses Geheimnis aufgedeckt. Die Welt weiß nun, was Frankreich, was Italien will: Länder an sich reißen, in denen eine ihnen an Sprache und Geschichte fremde Bevölkerung lebt, dem Gegner Gebiete rauben, die ein lebendiger Teil seines staatlichen Selbst sind. Die Grenzen von 1790 hat sich Poincaré im Januar dieses Jahres von dem Zaren Nikolaus II. zusichern lassen. Frankreich will die deutsche Nation zerbrechen, denn die Grenzen von 1790 bedeuten nicht bloß das linke Rheinufer. Die Erinnerung an Zeiten, da das Heilige Römische Reich Deutscher Nation in Agonie lag, leuchtet hinein in die Psyche der französischen Machthaber, die ihr Volk verbluten lassen um eines verbrecherischen Gedankens willen. Der deutsche Einheitsbau, das Deutsche Reich soll wieder verschwinden. Als Ribot durch die Deputierten, die vor der Niederträchtigkeit in den Plänen Poincarés und Briands bestürzt zurückschauberten, in die Enge gedrängt wurde, redete er sich verlegen darauf aus, daß man an einen Pufferstaat am Rhein denke. „Schändlich!“ wurde ihm zugerufen. Die französischen Abgeordneten, die Ehre genug im Leibe haben und Besonnenheit genug bewahren, wußten, warum sie dem Leiter der Regierung so hart zusetzten. Sie sind patriotische Franzosen und können nachempfinden, daß die Idee eines Pufferstaates am Rhein, die Wiederkehr des Rheinbundgedankens, in jedem Deutschen das Blut zum Sieden bringt. Gegen die Rückführung in die Zustände staatlichen und nationalen Niederganges, da das deutsche Volk das Rekrutierungsgebiet für die französischen Heere war, da Deutsche gegen Deutsche stritten, da der deutsche Boden das Schlachtfeld für die Nachtkämpfe fremder Staaten bot, gegen ein solches Unterfangen, das muß jeder kluge Franzose wissen, wird sich das deutsche Volk bis zum letzten Mann wehren. Der französische Staatsmann, der dieses Kriegsziel anstrebt, will die Verlängerung des Krieges bis zum Ausbluten, will nicht bloß Deutschland, sondern auch Frankreich der Gefahr der nationalen Erschöpfung ausliefern. Ribot fand noch eine Ausrede. Sie ist nicht wichtiger und nicht anständiger als die erste. Auch Italien, rief er, als man von ihm die Revision der wahn- sinnigen Pläne Poincarés verlangte, sind ja ebenfalls große Gebietsverweiterungen zugesichert worden. Die

Entente hat sich also auch das italienische Eroberungsprogramm zu eigen gemacht. Die Entente steht also wirklich dafür ein, daß Italien Südtirol, die Länder an der Adria, Balona und sein Hinterland erhalte. Man hat sich in London und Paris verpflichtet, zu kämpfen, damit das Königreich Gebiete erhalte, die zum allergrößten Teile nie irgendeinem italienischen Staatswesen zugehörten, ohne die die österreichisch-ungarische Monarchie nicht leben kann. Dieses italienische Programm ist so aberwitzig, wie das französische Rheinprojekt. Denn Oesterreich-Ungarn muß für seine Adriastrahlung kämpfen, so lange in einem Soldaten ein Atemzug sich regt. Die Monarchie hat vor drei Jahren einen Krieg mit den gewaltigen Heeresmassen des Zaren nicht gescheut, weil der serbische Größenwahn ihr ins Herz zielte. Sie mußte zusammenbrechen, ehe man sie vom Meere verdrängen könnte. Der deutsche Reichskanzler hat stark zugeschlagen, als er die Geheimabmachungen der Entente ans Licht zertr. Die Massen in Frankreich und Italien, die unter den Leiden des Krieges ächzen, werden erfahren, warum man sie auf die Schrecken des vierten Kriegswinters vorbereitet. Die russischen Arbeiter und Bauern, die den Zaren vertrieben, um Frieden zu erlangen, werden mit Entsetzen vernehmen, warum sie neuerlich in die Mühdungen der Kanonen und in die Maschinengewehre hineingefagt wurden. Weil in Paris und Rom Männer herumgehen, die jämmerlich klein sind angesichts der Macht über die eigenen Völker, die sie an sich gerissen haben, die im Laumel der Selbstüberhebung das Maß für politische und militärische Möglichkeiten verloren haben und die der ersten Pflicht führender Politiker, der ehrfürchtigen Verantwortung für ihre Entschlüsse, sich leichtfertig entschlagen haben. Staatsmänner, die Pläne für ausführbar halten, wie die Abtrennung des linken Rheinuferes von Deutschland, der Adrialänder von Oesterreich-Ungarn, sind kindischer Manie und einer politischen Unmoral ohne Hemmungen verfallen. Sie sind gemeingefährlich.

Die Redner der Entente gleichen jenen pfliffigen Burschen, die ein Duzend falsche Bässe, falsche Wärfel und Perücken in den Koffer tun, wenn sie über Land reisen, um ihr Gewerbe auszuüben. Auch die Minister der Entente vergessen die Verkleidung und die gefälschten Papiere nicht, wenn sie an ihr Geschäft gehen, die Welt zu betrügen. Wie edel die Rosen, die sie annehmen, wenn sie ihre Sache erklären. Bald verkünden sie, daß sie die Welt von der imperialistischen Eroberungslust der Mittelmächte befreien müssen. Noch in dem Communiqué über die Pariser Konferenz sprechen sie von einem verbrecherischen Angriff des Imperialismus der Mittelmächte. Wo aber ist die Eroberungsgier, wo der Imperialismus? In den Erklärungen des Grafen Czernin und des deutschen Kanzlers oder in der Friedensresolution des deutschen Reichstages? In allen drei Kundgebungen werden

Annektionen und Vergewaltigungen abgelehnt. Was aber ist der Vertrag Poincarés mit dem Zaren, in dem Frankreich das linke Rheinufer und Syrien begehrt, was die Abmachungen mit Italien, die dem Königreich das Trentino, die Adrialänder der Monarchie und ein Stück von Kleinasien zusichern, was sind diese Geheimverträge anders als Raubgier und unerfälllicher Imperialismus? Ein anderes Schelmenlied der Entente ist die Befreiung der Nationen von böser Fremdherrschaft. Ist die Unterwerfung von Millionen deutscher Rheinländer, deutscher Männer und Frauen, unter französische Obergewalt, ist das Durchführung des Nationalitätengrundsatzes? Oder wird das Nationalitätenprinzip zu Ehren gebracht, wenn Italien sich die Slaven Istriens und Dalmatiens unterwerfen will? Als die Russen die Formel „ohne Annektionen und Entschädigungen“ aufstellten, wand man sich in den Ententeländern im Bewußtsein der bösen Absichten. Da erfand ein schlauer Kopf das Schlagwort von der Desannektion. Ist die Aneignung des Saarbeckens, der gelegneten Fluren des linken Rheinuferes, Annektion oder Desannektion? Was wird desannektiert, wenn Italien Südtirol verlangt, das nie ein staatlicher Bestandteil eines italienischen Gemeinwesens war, wenn Triest gefordert wird, das stets eines der österreichischen Gebiete war? Nach den Enthüllungen des Reichskanzlers werden die Masken fallen müssen. Die Minister der Entente, diese biedereren Vorkämpfer der Freiheit der Völker und der Menschheit, die blutenden Herzen Millionen aushungern, damit der Imperialismus aus der Welt verschwinde, sind als rücksichtslose Eroberer entlarvt, die sich höhnlich über die Rechte der Nationen hinwegsetzen, zu deren Verteidigung sie angeblich Granaten drehen und verschießen, Tanks bauen, Minenwerfer konstruieren und Tausende von Männern in den Tod senden. Die Arien von Völkerbeglückung, vom idealistischen Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus sind elende Bänkel, deren wahrer Inhalt Wegelagererei und Landraub. Man weiß, daß in der Entente eine Literatur grassiert, die sich an unerlösten Plänen von Versezungen der Grenzplöcke in Europa, Asien und Afrika nicht genug tun kann. Die Kanzlerrede hat aufgedeckt, was nicht für denkbar gehalten wurde, daß die Spielereien der Kriegsliteraten ihren Niederschlag in den Staatsverträgen der Entente gefunden haben. Briand hat wirklich erstrebt, was Jean Finot, um nur einen dieser französischen Hinterlandseroberer zu nennen, zusammengeschrieben hat. Die italienischen Staatsmänner wollen, was die verstiegenen italienischen Kriegszielpublizisten fordern, die Verstümmelung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Entente führt in der Tat den Krieg weiter, weil sie Pläne verwirklichen will, die politische Phantasten ausgeheckt haben. Selbst die englischen Politiker, denen

Kundgebungen des Kaisers zu Beginn des vierten Kriegsjahres

An das deutsche Volk!

Drei Jahre harten Kampfes liegen hinter uns. Mit Leid gedenken wir unserer Toten, mit Stolz unserer Kämpfer, mit Freude aller Schaffenden, schweren Herzens derer, die in Gefangenschaft schmachten. Ueber allen Gedanken aber steht der feste Wille, daß dieser Kampf gerechter Verteidigung zu gutem Ende geführt wird. Unsere Feinde werden die Hand nach deutschem Lande aus. Sie werden es niemals erlangen. Sie treiben immer neue Völker in den Krieg gegen uns. Das schreckt uns nicht. Wir kennen unsere Kraft und sind entschlossen, sie zu gebrauchen. Sie wollen uns schwach und machtlos zu ihren Füßen sehen, aber sie zwingen uns nicht. Unsern Friedensworten sind sie mit Hohn begegnet. So haben sie wieder erfahren, wie Deutschland zu schlagen und zu siegen weiß. Sie verleumden überall in der Welt den deutschen Namen. Aber sie können den Ruhm der deutschen Taten nicht vertilgen.

So stehen wir unerschüttert, sieghaft und furchtlos am Ausgang dieses Jahres. Schwere Prüfungen können uns noch beschieden sein. Mit Ernst und Zuversicht gehen wir ihnen entgegen. In drei Jahren gewaltigen Vollbringens ist das deutsche Volk fest geworden gegen alles, was Feindesmacht erfinden kann. Wollen die Feinde die Leiden des Krieges verlängern, so werden sie auf ihnen schwerer liegen als auf uns.

Was draußen die Front vollbringt, die Heimat dankt dafür durch unermüdbliche Arbeit. Noch gilt es, weiter zu kämpfen und Waffen zu schmieden. Aber unser Volk sei gewiß: Nicht für den Schatten hohlen Ehrgeizes wird deutsches Blut und deutscher Fleiß eingesetzt, nicht für Pläne der Eroberung und Knechtung, sondern für ein starkes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen. Diesem Kampfe sei all unser Handeln und Sinnen geweiht! Das sei das Gelöbnis dieses Tages!

Im Felde, den 1. August 1917.

gez. Wilhelm I. R.

An das deutsche Heer, die Marine und die Schutztruppen!

Berlin, 31. Juli. (Amtlich.)

Das dritte Kriegsjahr ist zu Ende. Die Zahl unserer Gegner ist gestiegen, nicht aber ihre Aussicht auf den Guderfolg.

Rumänien habt Ihr im Vorjahre niedergeworfen. Das russische Reich erbebt jetzt von neuem unter Eueren Schlägen. Beide Staaten haben ihre Haut für fremde Interessen zu Markte getragen und sind am Verbluten. In Mazedonien habt Ihr den feindlichen Anstürmen machtvoll getrotzt. In gewaltigen Schlachten im Westen seid Ihr die Herren der Lage geblieben. Fest stehen Euerer Linien, die die teure Heimat vor den Schrecken und den Verwüstungen des Krieges bewahren.

Auch Meine Marine hat große Erfolge errungen; sie hat den Feinden die Herrschaft zur See streitig gemacht, und bedroht ihren Lebensnerv.

Fern der Heimat hält eine kleine deutsche Truppe deutsches Kolonialland gegen vielfache Uebermacht.

Auf Euerer und unserer treuen Bundesgenossen Seite werden auch im nächsten Kriegsjahr die Erfolge sein. Unser wird der Endsieg bleiben.

Bewegten Herzens danke Ich Euch in Meinem und des Vaterlandes Namen für das, was Ihr auch in dem letzten Kriegsjahr geleistet habt. In Ehrfurcht gedenken wir dabei der tapferen Gefallenen und Verstorbenen, die für des Vaterlandes Größe und Sicherheit dahingegangen sind.

Der Krieg geht weiter, er bleibt uns aufgezwungen. Wir kämpfen für unser Dasein und unsere Zukunft mit stählerner Entschlossenheit und nie wankendem Mut. Mit wachsender Aufgabe wächst unsere Kraft. Wir sind nicht zu besiegen; wir wollen siegen! Gott der Herr wird mit uns sein.

Im Felde, den 1. August 1917.

Wilhelm.

Der Unmut über den Krieg, der erklärlicherweise überall stark gestiegen ist, läßt es vielleicht manchem hausbackenen Politiker zweckmäßig erscheinen, die Schuld für die Kriegsverlängerung gerade bei seinem befreundeten Nachbar zu sehen und Frieden auf Kosten eben desselben schließen zu wollen. Daß kluge und vorsichtige Staatspolitik auf dieser Grundlage nicht gemacht werden darf, wenn man nicht wichtige Zukunftsinteressen preisgeben will, leuchtet wohl ein. Wenn sich einmal die Großmächte über die sie unmittelbar berührenden Fragen auseinandergesetzt haben, werden bulgarische Ansprüche, welcher Art auch immer, kein Hindernis zum Friedensschluß bilden; dessen kann man sicher sein. Bei niemandem besteht in Bulgarien die Absicht, um Bulgariens willen die Menschheit weiter in dem Blutbad des Weltkrieges schwimmen lassen zu können, noch der Glaube, daß Bulgarien es vermöchte. Dies vorausgeschickt, wende ich mich dem Artikel des reichsdeutschen Genossen Hermann Wendel in der Arbeiter-Zeitung (24. Juli) zu. Als bulgarischer Sozialdemokrat fühle ich mich geradezu verpflichtet, manches Irrtümliche in den sonst sehr lesenswerten Ausführungen unseres deutschen Genossen richtigzustellen.

In Erinnerung an die Erfahrungen mit Italien und Rumänien ermahnt Wendel, „den Gegenwartsblindnissen nicht allzu sehr Ewigkeitswert beizumessen“, und warnt davor, dem bulgarischen Bundesgenossen zuliebe irgend ein unverdientes Opfer zu bringen. Ein solches Opfer wäre nach Wendel nämlich nicht nur die Abdrängung Serbiens von der Donau zu dem Zwecke, um eine gemeinsame Grenze zwischen Bulgarien und Oesterreich-Ungarn herbeizuführen, sondern auch die Zuteilung ganz Mazedoniens an Bulgarien. Ich bin nun mit dem Inhalt der Geheimverträge, die dem Eintritt Bulgariens in den Krieg vorangingen, nicht vertraut. Soviel ist mir jedoch bekannt, daß man an eine Abdrängung Serbiens von der Donau bei uns selbst in den Regierungskreisen kaum ernstlich denkt. Sofern die Pläne der bulgarischen Regierung überhaupt dahin gehen von Serben bewohnte Gebiete an Bulgarien anzuschließen, verurteilen wir diese Absichten auf das Schärfste. Wir sind der Meinung, daß die beste Bürgschaft einer freien Handelsstraße nach Mitteleuropa für Bulgarien in der uneingeschränkten Benützung des Donauweges für alle gelegen ist, und daß im übrigen Bulgarien seine Vorteile in einer engen wirtschaftlichen Annäherung an alle seinen Nachbarn und insbesondere an Serbien, unter Ausmerzung aller politischen Konfliktstoffe, suchen müsse. Wenn des weiteren Wendel der Meinung ist, daß die beste Lösung der albanischen Frage darin besteht, Albanien zwischen Griechenland und Serbien zu verteilen, um auf diese Weise Serbien eine möglichst breiteren Zugang zum Meere zuzuweisen und dazu ein heilsames Stärkgleichgewicht zwischen den Balkanstaaten zu schaffen, was seiner Meinung nach auch dadurch gerechtfertigt wird, daß die Albanen — diese „Indianer Europas“ — für eine selbständige staatliche Existenz nicht reif sind und andere seitens ein selbständiges Albanien eine zu gefährliche Versuchung für Zusammenschlüsse zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien bilden würde, so mag das alles dahingestellt bleiben. Aber Wendel will selbst die mazedonischen Bulgaren als „Indianer Europas“ behandeln und meint, diese Volksmasse sei ein weicher Teig, der sich zu jeder beliebigen Staatsform leicht umformen läßt, und das ist eben eine Vorstellung, die bei Prüfung der Tatsachen nicht standhalten kann.

Mazedonien würde man, meint Wendel, auf jede beliebige Art zwischen Bulgarien und Serbien teilen können. „Ueber die Grenzen im einzelnen“, sagt Wendel wörtlich, „sind Vereinbarungen um so leichter, als die Bevölkerung Mazedoniens bei einer Grenzverschiebung zwischen Serbien und Bulgarien auf keinen Fall zu kurz kommt... In Wahrheit besteht der Hauptteil der mazedonischen Bevölkerung weder aus Serben noch aus Bulgaren, sondern einfach aus mazedonischen Südslaven, die als Analphabeten noch nicht zum Bewußtsein einer besonderen Volkszugehörigkeit erwacht sind. Herkunft, Sitte und Sprache aber erlauben ihnen, sich ebenso leicht in der Richtung des Bulgarischen wie des Serbischen fortzuentwickeln und die zu Serbien Kommenden werden in einem Menschenalter gute Serben, die an Bulgaren fallenden in demselben Zeitraum gute Bulgaren sein. Aus dieser Tatsache, daß der Mazedonier eine Vorstufe von Serbe oder Bulgare ist, ergibt sich die Möglichkeit, hier neue Grenzlinien ohne jede Vergewaltigung eingeseffenen Volkstums zu ziehen“. So macht sich Wendel leichten Herzens die von einer Handvoll serbischer Gelehrten als einen propagandistischen Rotbeißel erdachte Theorie zu eigen, die von ihren Urhebern selbst nie ernst genommen wurde, die aber dem Volksgefühl der Mazedonier Hohn spricht.

Wer ist denn Mazedonien und wer seine Bevölkerung? Diese Frage bedarf für die Masse der Leser im Westen einer näheren Klarlegung. Nicht bei Wendel allein, auch in der Mitteilung über die Friedensbedingungen der deutschen Sozialdemokratie, die durch die Vermittlung des dänischen Genossen Vorbjerg an den russischen Arbeiter- und Soldatenrat ergangen sind, ist von einem bulgarischen gegenüber einem nicht bulgarischen Teil Mazedoniens die Rede. Es wird da nämlich „die Zuteilung der bulgarischen Gegenden in Mazedonien an Bulgarien“ gefordert, was darauf schließen läßt, daß zwischen bulgarischen und nichtbulgarischen Gegenden in Mazedonien unterschieden wird, ohne anzugeben, wie diese Unterscheidung gemacht werden soll. Es läßt sich freilich nicht leugnen, daß inmitten der bulgarischen Hauptmasse in Mazedonien manche Gebietsflecke eingeschlossen liegen, wo der ethnographische Einschlag nicht bulgarisch, sondern türkisch oder albanisch, seltener griechisch oder armenisch ist. Serbische Einsassen, abgesehen von den Gegenden um Prizrend, Ppel und Prishtina, die eigentlich außerhalb Mazedoniens liegen, kommen nur vereinzelt vor. Es ist aber eine reine Unmöglichkeit, diese inselweise zerstreuten Gebietsflecke von der Gesamtheit Mazedoniens oszutrennen, das eine geographische, eine ökonomische und, trotz der ziemlich bunten Gemischnheit seiner Bevölkerung, immerhin auch eine ethnographische Einheit bildet.

Lasset uns über die Grenzen Mazedoniens im klaren sein. Von altersher ist Bulgarien aus drei gebietsteilen zusammengesetzt, welche heißen: Misien das jegige Nordbulgarien zwischen der Donau und dem Ballangebirge), Thrazien (das Gebiet zwischen dem Ballangebirge und dem Weißen Meer) und Mazedonien (zwischen den Gebirgen Pind, Pamos, Schar, Milla, Rodopi und dem Weißen Meer). Manche (zum Beispiel Strabon im ersten Jahrhundert) setzen auch Albanien, einschließlich der Illyrienebene und des ganzen Gebietes westlich von Schar, in Mazedonien hinein. Das ist jedoch vom ethnographischen Standpunkt aus unrichtig. Die vom Strabon umschriebenen Grenzen Mazedoniens sind natürliche Grenzen, somit ist das umschlossene Gebiet eine

Es ist sicher, daß wir, die Sozialdemokraten, nicht vermögen werden, die Bedingungen festzusetzen, unter denen der furchtbare Weltkrieg sein Ende nehmen muß. Wir müssen aber nach unseren Kräften dahin wirken, die Friedensbedingungen im Sinne größerer Gerechtigkeit zu beeinflussen, damit der Friede ein dauernder sei. Und für uns bulgarische Sozialdemokraten ist es nun Pflicht, klar auszusprechen, daß die Teilnahme der mazedonischen Volksmasse am modernen Staatsleben nur durch Verbürgung der nationalen Freiheit möglich ist. Von dem sozialistischen Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen darf Mazedonien nach dem opferreichen Martyrium seiner langjährigen nationalen und sozialen Kämpfe gegründeten Anspruch darauf erheben, sich mit dem übrigen Bulgarien in einem Staatsganzen vereinigt zu sehen.

Frankreichs Eroberungspläne. Ribots Antwort auf die Enthüllungen.

Paris, 31. Juli. (Agence Havas.) Die Erklärungen, die Ministerpräsident Ribot in der Kammer abgegeben hat, hatten folgenden Wortlaut:

Der deutsche Reichskanzler erlaubte sich öffentlich, an die französische Regierung die Aufforderung zu richten, zu erklären, ob sie in der Geheimnisgung am 1. Juli der Kammer nicht von einem Geheimvertrag Kenntnis gegeben habe, der am Vorabend der russischen Revolution abgeschlossen wurde und durch den sich der Zar verpflichtete, unsere Ansprüche auf die deutschen Gebiete links vom Rhein zu unterstützen. Die Erklärung des Kanzlers enthält in dessen große Ungenauigkeiten und wirkliche Lügen, besonders bezüglich der Rolle, die er Poincaré zuteilt, daß dieser Befehl gegeben habe, den Vertrag ohne Wissen Briands zu unterzeichnen.

Die Kammern wissen, wie sich die Ereignisse abgespielt haben. Auf Grund seiner Unterredung mit dem Zaren erbat und erhielt Doumergue von Briand die Ermächtigung, mit zu nehmen von dem Versprechen des Zaren, unsere Zurückforderung in Bezug auf Elsaß-Lothringen, das uns gewaltsam entrisen worden ist, zu unterstützen und uns freie Hand zu lassen in der Auffassung von Garantien gegen jeden neuen Angriff, nicht durch Annexion der linksrheinischen Gebiete für Frankreich, sondern dadurch, daß wir im Notfall aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat machen,

der uns sowie Belgien gegen Einfälle von der anderen Rheinseite schützen sollte. Wir haben niemals daran gedacht, das zu tun, was Bismarck im Jahre 1871 tat. Wir haben daher das Recht, der Behauptung des deutschen Kanzlers ein förmliches Dementi entgegenzusetzen. Der Kanzler kennt offensichtlich den Text der Briefe, die wir im Februar dieses Jahres mit Petersburg gewechselt haben, und er hat sich erlaubt, deren Sinn zu fälschen, wie es der berühmteste seiner Vorgänger mit der Omsker Depesche tat. Wir werden am dem Tage, an dem es die russische Regierung für gut halten wird, diese Briefe zu veröffentlichen, keinerlei Einwendung dagegen machen.

Andererseits hat sich der deutsche Kanzler natürlich wohl gehütet, etwas von den Erklärungen zu sagen, die ich am 21. März abgegeben habe und durch die ich im Namen Frankreichs jede Politik der Eroberungen und gewaltsamen Annexionen zurückwies. Der deutsche Reichskanzler vergaß absichtlich die Rede, die ich am 22. Mai in der Kammer hielt und in der ich erklärte, daß wir bereit wären, in eine Unterhaltung mit Rußland über die Kriegsziele einzutreten, und daß, wenn das deutsche Volk, dem wir nicht das Recht zu leben und sich zu entwickeln bestreiten, begreifen würde,

daß wir einen auf die Rechte der Völker gegründeten Frieden wollen.

Der Friedensschluß dadurch bedeutsam erleichtert würde. Er überging mit Stillschweigen die Tagesordnung, die nach der Geheimnisgung vom 1. bis zum 5. Juli einstimmig angenommen wurde. Als ich diese Tagesordnung untersagte, sagte ich, daß wir nicht eine Politik der Eroberung oder Unterwerfung verfolgen. Das liegt nicht in der französischen Politik. Aber das konnte die Politik sein, deren gesamte Anfänge und deren verderblichen Schlag wir auszuhalten hatten. Ja, wir setzten unter dem Druck dieser Politik fünfundsanzig Jahre und die Bergeltung, die wir heute nehmen wollen, ist

Der Streit um Mazedonien.

Von Assen Jankow (Sofia), Mitglied der Sobjranje.
Seitdem die Erörterung über die Kriegsziele im Gange ist, wird in der österreichischen und in der deutschen Presse auch die Balkanfrage untersucht. Wollte man dabei manchen Zeitungsartikeln glauben, so müßte man annehmen, daß die Welt gerade wegen der Balkanangelegenheiten weiter verblutet und daß es also genügend würde, sich der „verfluchten Balkanfrage“ irgendwie zu entledigen, um sofort Frieden zu bekommen. Und in der Tat denkt mancher, wenn sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn bereit erklärten, die neu-russische Formel für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegs-kontributionen anzunehmen: was stünde dem angesehnten Frieden dann noch im Wege, als wie die Ansprüche Bulgariens, das mit einem ausdrücklichen Programm großer Gebietsänderungen in den Krieg eingetreten ist und auf diesem Programm noch immer besteht? Den Hauptinhalt dieses Programms bildet bekanntlich die Einverleibung Mazedoniens.

Balfour über die Kriegsziele.

London, 30. Juli. Bryce und Noel Buxton fordern im Unterhause eine deutlichere Erklärung der Politik der Regierung über die Annexionen. In seiner Antwort führte der Staatssekretär des Auswärtigen Balfour aus:

Die Debatte hat damit begonnen, nach welchen Methoden Oesterreich-Ungarn zu behandeln sei.

Wir wünschen, daß die Nationen, aus denen dieser Staat zusammengesetzt ist, in der Lage seien, auf eigenen Füßen ihre eigene Zivilisation zu entwickeln und die Bahn zu bestimmen, auf der ihre Entwicklung stattfinden soll. Das ist das allgemeine Prinzip.

Die Zeit ist nicht danach angetan, daß sich ein Minister des Aeußern mit Friedenserörterungen beschäftigt. Wie jeder Mann, dachte auch wir, als wir in den Krieg eintraten, hauptsächlich nur an die Notwendigkeit, Belgien zu verteidigen und zu verhindern, daß Frankreich vor unseren Augen zerschmettert werde. Diese beiden Beweggründe führten uns in den Krieg und wir hatten damals nicht den geringsten Gedanken an die großen Probleme, die sich im Verlauf des Krieges vor unseren Blicken eröffneten. Nur das war klar, daß wir nicht aus selbstsüchtigen Gründen in den Krieg eingetreten sind. Wir hören wieder und wieder die Phrase: „Keine imperialistische Politik, keine Kriegsentzündung.“ Wir sind gewiß nicht für imperialistische Ziele oder um eine Kriegsentzündung zu erhalten, in den Krieg gegangen. Wir haben es getan und sind dabei geblieben, um Ziele zu erreichen

an deren Selbstlosigkeit niemand,

der die öffentliche Meinung Englands kennt, zweifeln wird. Deshalb brauchen wir von diesem Gesichtspunkt aus nichts aufzugeben. Wir befinden uns in einer anderen Lage als viele unserer Verbündeten, und zwar schon deshalb, weil keinem britischen Staatsmann, welcher Partei er auch immer angehören möge, jemals der Gedanke kommen konnte, in diesen Krieg zu gehen, um die britischen Besitzungen auf dem europäischen Festland zu vermehren. Das gibt uns gegenüber Amerika eine Stellung, die schwerlich eines der anderen kämpfenden Völker für sich in Anspruch nehmen könnte. Es wäre unweise, die Zukunft vorherzagen zu wollen. Wir alle wünschen dasselbe. Wir alle wünschen, daß Europa aus diesen Kämpfen mit weniger Konfliktpunkten hervorgehe, die die Menschheit trennen und die als beständige Reizmittel auf den nationalen Stolz, auf den Ehrgeiz und die Eitelkeit wirken. Wir wünschen die Aussichten auf einen künftigen Krieg zu verringern, indem wir die Zahl der Ursachen verringern, die die Nationen zu Kriegen treiben. Wir sind alle der Meinung, daß wir der Ausführung dieses Gedankens erheblich näher kommen, wenn wir die berechtigten nationalen Bestrebungen befriedigen.

Balfour erklärte weiter, er könne nicht verstehen, wie man, nachdem man Frankreich in allen diesen Kriegsjahren unterstützt und an Frankreich geglaubt hatte, daran zweifeln könnte, daß man fortfahren müsse, Frankreich zu unterstützen, an Frankreich zu glauben und ihm zu helfen, wieder das zu werden, was es vor den Angriffen im Jahre 1870 gewesen war. Elsaß-Lothringen ist gewaltsam von Frankreich losgerissen worden. Seit 1871 habe auf beiden Seiten der leidenschaftliche Wunsch nach Wiedervereinigung keinen Augenblick aufgehört. Wenn wir nach diesem Kriege die europäische Karte verbessern wollen, so wünschen wir eine Karte von längerer Dauer, als sie ein Kongreß je geschaffen hat. Denn könnte jemand zweifeln, daß die Rückgabe des Gebietes, das Frankreich vor vierzig Jahren gewaltsam geraubt worden ist,

eine notwendige Gebietsveränderung sei?

Diese Frage gehört zu einer anderen Kategorie als die interessanten, bedeutenden und sogar vitalen Spekulationen über die östlichen Teile des europäischen Festlandes. Die Lösung dieser Fragen scheint mir ganz selbstverständlich, und es ist jedenfalls meine persönliche Ueberzeugung, daß, da Frankreich für Elsaß-Lothringen kämpft, wir es unterstützen sollen. Frankreich kämpft natürlich nicht für Elsaß-Lothringen allein, sondern geradezu um seine Existenz. Aber dieser Kampf, der ihm aufgezwungen worden ist, schließt dieses andere Problem in sich. Ich sage also, wenn wir entschlossen sind, zu verhindern, daß Frankreich zerschmettert wird, dies darin eine Ergänzung findet. Wenn, wie ich glaube, der Krieg glücklich ausgeht, haben wir ein sehr nahe Interesse daran, daß das berechtigte Streben Frankreichs nach Wiederherstellung seines früheren Bestandes erfüllt wird.

Wir wünschen den Frieden so ernstlich wie irgend eines der Staatswesen,

die jetzt unter den Verlusten, Lasten und Tragödien des Krieges leiden. Der Frieden, den wir wünschen, ist ein Frieden, der nicht nur dauern soll, bis die Völker die Schrecken und die Erschöpfung halb vergessen haben, sondern ein Frieden, der, wie wir hoffen, zum Teil auf dem Wachstum einer nationalen Moralität beruhen wird, zum Teil auf der Bedeutung der internationalen Beziehungen, die einen überflüssigen Bruch des Weltfriedens zu einem Verbrechen stampeln werden, wofür ein Verbrechen bestraft wird, und darüber hinaus ein Frieden, der eine solche Neuregelung, eine solche Abwandlung der politischen Angelegenheiten Europas mit sich trägt, daß das Gleichgewicht der Macht genau in dem alten Sinne des Wortes nicht bestehen wird, sondern eine solche Regelung des Gemeinwesens Europas, die es den Friedensstörern bedeutend schwerer machen wird, den Boden zu finden, wo sie ihre bittere, verhängnisvolle Saat säen können und diese Saat selbst sehr viel unproduktiver machen wird, als es in unserer Zeit und der Zeit unserer Großväter und Urgroßväter der Fall war. Wie kann nun dieses Ziel erreicht werden? Wie wollen wir mit großen alten Monarchien wie Oesterreich-Ungarn verfahren? Wie werden Oesterreich-Ungarn und Deutschland ihre inneren Probleme

lösen, die sie selbst und niemand anderer lösen muß? Niemand kann dies in diesem Hause und im gegenwärtigen Stadium des Krieges wirksam erörtern. Ein Wort über die

Demokratisierung Deutschlands:

Wir alle hoffen, daß die Autokratie in Deutschland eine freie Regierung und parlamentarische Institutionen, wie wir sie unter parlamentarisch verstehen, flott machen wird. Es ist von maßgebender Seite erklärt worden, daß es schwer sei, über einen dauernden Frieden zu verhandeln, wenn man es nicht mit einem Gemeinwesen zu tun hat, daß auf dem Volkswillen beruht und das nicht durch die finsternen Pläne einer Welt-herrschaft korrumpiert ist. Aber das bedeutet nicht, daß jemand so töricht sei, anzunehmen, daß man Deutschland von außen her eine Verfassung auferlegen könne. Deutschland muß sein Heil selbst suchen. Die Nationen müssen ihre Freiheitspläne selbst suchen gemäß ihrer eigenen Ideen, ihrer Geschichte, ihrem Charakter und ihren Hoffnungen für die Zukunft. Aber wenn es wahr ist, daß die große Macht des deutschen Imperialismus auf dem Glauben beruht, daß Deutschland nur unter einem imperialistischen System groß, mächtig und reich sein kann, dann können leicht, wie die Erfahrung lehrt, daß das imperialistische System nicht nur zu einer Zeit zum Triumph führen kann, sondern zu einer anderen unvermeidlich zu einem ebenso großen Unheil führen muß, diese Ideen, die 1848 einen so mächtigen Ausbruch gefunden und die alle deutschen Denker länger als eine Generation bis zur Herrschaft Bismarcks besetzt haben, mit neuem Glanz und neuer Kraft wieder aufleben und dann wird Deutschland mit seiner ganzen Macht und Organisation und seiner ganzen ererbten Bildung an der Seite der Nationen stehen, die sich vor dem Kriege kaum vorstellen konnten, wie ein Weltkrieg dieser Art absichtlich provoziert werden konnte, um kommerzielle und politische Interessen eines Staatswesens zu fördern. Wenn Deutschland in dieser Hinsicht das Niveau der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erreicht hat, darf man hoffen, daß jedenfalls einer der großen Friedensstörer der europäischen Geschichte ausgeschaltet ist. Ich weiß nicht, wer es wagen will, zu sagen, daß sich, wenn man auf die innere Lage Deutschlands blickt, soweit dies augenblicklich möglich ist, die Ideen, von denen ich gesprochen habe, tatsächlich in einer Weise abspielen werden, daß sie zur Hoffnung berechtigen, daß wir es selbst erleben werden. Ich bin sicher, daß, wenn es nicht dazu kommt, es auch keine Sicherheit für Europa geben wird. Ich glaube nicht, daß der europäische Friede gesichert werden kann, ehe Deutschland machtlos oder freigemacht ist.

Nichts ist mir deutlicher, als daß, wenn wir jene Politik ausführen wollen, unsere unmittelbare Pflicht ist, nicht zu erörtern, welche Friedensbedingungen wir im einzelnen wünschen würden, wenn der Krieg zu Ende ist, sondern den Kampf mit aller verfügbaren Energie fortzusetzen. Wenn dieser Krieg nicht ein Vorpiel zu einem neuen Krieg sein soll, wenn der Krieg nicht mit einem deutschen Frieden endet, sondern mit einem Frieden, der sich dem Gewissen Amerikas und Großbritanniens empfiehlt,

so würde es ein Frieden sein, der schließlich wahrscheinlich Deutschland ebenso zum Segen gereichen würde wie der übrigen Welt;

aber jedenfalls würde es ein Frieden sein, der nicht nur für Lebenszeit der Generation vorhält, die diesen furchtbaren Krieg begonnen hat, sondern der dauernd wirkt, bis wir das Stadium einer internationalen Entwicklung erreicht haben, die eine Wiederholung dieser Schrecken für unsere Kinder undenkbar macht.

Snodden führte aus, nach der Rede Bonar Law habe es den Anschein, als ob die britische Regierung mehr als jede andere einem baldigen Friedensschluß im Wege stehe. Die Regierung behaupte, daß er und seine pazifistischen Freunde in einer Welt der Unwirksamkeit lebten. Aber das treffe auf die Regierung zu. Sie wisse nichts von den Ansichten Tausender Briten, nichts von dem Wechsel in den Ansichten der Soldaten. Wenn die Regierung irgend etwas über die französische Armee wüßte, so würde ihr bekannt sein, daß die Soldaten praktisch die Heeresleitung in die Hand genommen hätten; sie lehnten es ab, Ordre zu parieren. Jeder einsichtsvolle Franzose werde ihr sagen, daß, wenn der Krieg noch viel länger dauere, Frankreich dasselbe haben werde wie Rußland, nämlich die Revolution. Es bestehe keine Hoffnung, daß in zwölf Monaten die militärische Lage besser sein werde, als jetzt. Nur würden weitere Millionen Menschenleben dahingepfert und die Staatschuld um weitere zwei oder drei Milliarden Pfund Sterling vergrößert worden sein. Im Namen der Menschheit fordere er, daß der Krieg jetzt beendet werde.

Der Liberale Dees Smith bedauert, daß Asquith keine der vom Reichstag gestellten Fragen beantwortete. Redner fragte, ob der Leiter der liberalen Partei den Grundsatz „keine Annexionen“ auf die deutschen Kolonien anzuwenden bereit sei und belonte, es würde eine Schande sein, wenn ein Land, das angab, um der Gerechtigkeit willen in den Krieg einzutreten, mit einer Gebietsvergrößerung von einer Million Quadratmeilen aus dem Kriege herauskomme. Nichts habe das deutsche Volk so geeint, den deutschen Militarismus so gestärkt, wie die Unabdingung des Handelsbojotts und des Wirtschaftskrieges. Wenn die Regierung bei dieser Politik beharre, so treibe sie direkt in einen neuen Krieg hinein. Kein Volk werde einen Handelsbojott über sich ergehen lassen. Wenn es wünschenswert sei, daß in Deutschland die Demokratie ausgerichtet werde, so könne dies nur durch einen Frieden geschehen, der dem deutschen Volke zeige, daß der Militarismus für seine Sicherheit und seine unantastbaren Rechte unnötig sei.

Was Ramsay MacDonald sagte.

Bern, 1. August. MacDonald führte bei Begründung seiner Entschließung im Unterhause am 26. Juli aus: Obwohl der Reichstag leider keine Kontrolle über Ministeranstellungen und keine direkte Verantwortlichkeit für die Politik des Landes habe, sei er dennoch die Voraussetzung des deutschen Volkes. Von der großen Mehrheit der deutschen Volksvertreter angenommene Entschlüsse, wie die in Frage stehende, seien der Ausdruck der Meinung des deutschen Volkes. Sonderbarerweise legte die englische Presse Gewicht auf die Entschließung. Der Premierminister erwähnte sie aber in seiner neuerlichen Rede in der Queenshall nicht einmal. Der Redner betonte, solche inoffizielle, ohne Mitwirkung der amtlichen Stellen abgegebene Erklärungen des Volkes seien

eine Warte für den wirklichen Verständigungsfrieden, den wohl fraglos die britische Regierung ebenfalls lieber wolle als einen diplomatischen Notbehelf oder einen militärischen Waffenstillstand. Die Deutschen hegten offenbar die Ueberzeugung, daß sie einen Verteidigungskrieg führten, und glaubten, daß die wirtschaftliche Eiferucht der Grund des Krieges sei. Sie hätten Grund für ihr Mißtrauen angesichts der Teilnahme Englands an den Beschlüssen der Pariser Konferenz, die ganz offen zeigte, daß Deutschland nach dem Kriege erdrückt werden solle. Derartige Mißverständnisse müßten beseitigt werden, wenn der Friede ein wirklicher Friede werden solle. Ferner müsse England infolge der russischen Revolution seine Kriegsziele ändern, denn Rußland sei nicht mehr der Genosse der Kriegsziele von ehemals. Die britische Regierung schloß seit Kriegsausbruch Abkommen mit Italien und Rumänien, von denen das Land nichts wisse obwohl sie außerhalb des Landes offen besprochen würden. Die Regierung solle Tatsachen angeben und beweisen, daß zwischen den moralischen Erklärungen und den während des Verlaufes des Krieges abgeschlossenen Verträgen kein Widerspruch bestehe.

ost.

reich-ungarns.

Bezugspreise
bei täglich zweimaliger Zustellung
für Wien:

monatlich	K 4.50
vierteljährlich	12.—
halbjährlich	24.—

Für Oesterreich-Ungarn:
bei täglich zweimaliger Postver-
sendung

monatlich	K 5.20
vierteljährlich	15.—
halbjährlich	30.—

bei täglich einmaliger Postver-
sendung

monatlich	K 4.50
vierteljährlich	12.—
halbjährlich	24.—

Für Deutschland:
viertelj. Kreuzbandsend. K 12.—
und durch die Postämter laut dort
aufgelegender Postzeitungstafel.

Ständer des Weltpostvereins:
viertelj. Kreuzbandsend. K 22.—
und durch die Postämter laut dort
aufgelegender Postzeitungstafel.

Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt 16 h
Nachmittagsblatt 6
Nachmittagsblatt separat . . . 8

1917

XXIV. Jahrgang

ig auf Czernowik.

günstig abgeschlossen.

Die erste Taube?

Wien, am 1. August.

Zwar hat der englische Minister des Äußern Lord Balfour die große Rede, die er am Montag im englischen Unterhause der Besprechung der englischen Kriegsziele gewidmet hat, dann in der Debatte als eine Improvisation bezeichnet, die nicht eine wohlüberlegte Erklärung und kein Ueberblick über die ganze Lage sei, aber da englische Staatsmänner von dem Rang und der Erfahrung Balfours nicht ins Blaue hinein zu sprechen pflegen, darf man wohl auch trotz dieser Einschränkung der Rede des englischen Ministers des Auswärtigen nicht jene Bedeutung absprechen, die ihr dem Wortlaute und dem Sinne nach zukommt. Es ist aus der ganzen Rede das deutliche Bestreben ersichtlich, der Frage nach einer erschöpfenden, bindenden Aufzählung der englischen Kriegsziele auszuweichen, bewußt unklar zu bleiben, weder zu viel noch zu wenig zu sagen, und so möchte Balfour es auch für geraten gehalten haben, durch seine später vorgebrachte Einschränkung noch eine besondere Sicherheit für eine allzu wörtliche Interpretation irgend eines Teiles seiner Rede einzuschalten. Aber wenn es auch für das einzelne Wort noch Klauseln geben mag, der Sinn der Erklärungen des englischen Staatsmannes kann deshalb, weil seine Rede „nicht wohlvorbereitet“ und nicht eine umfassende Darstellung der Gesamtlage war, nicht ein gegenteiliger sein. Die Rede muß, da sie nun einmal gehalten wurde, einen Zweck gehabt haben, der aus ihrem Zusammenhange ersichtlich sein muß.

Vor allem stellt Lord Balfour einen politischen Grundsatz für die gesamten Friedensverhandlungen fest, der in seiner Anwendung auf alle Teile eine erhebliche Erleichterung eines verständlicheren Gedankenaustausches zwischen den beiden großen Lagern darstellt. Balfour erklärt von parlamentarischer Tribüne herab, von der englischen Regierung zu verlangen, daß sie bestimmt festlege, was England im Friedensvertrage fordern werde und müsse, Ziele klassifiziere und Anstrengungen bestimmt verzeichne, das heiße, die englische Regierung solle einen Weg einschlagen, den überhaupt keine Regierung mit Erfolg einschlagen könne. „Dagegen haben wir der Welt klarzumachen“, fügte der britische Staatsmann bei, „daß wir nicht um des Kampfes willen kämpfen wollen.“ — Man braucht nicht weit zu gehen, um in dieser Äußerung, die dem Begehren nach einer Aufzählung der englischen Kriegsziele von dem verantwortlichen Minister entgegengehalten wurde, auch den Hinweis zu finden, warum die Rede des deutschen Reichskanzlers nicht Einzelheiten erfassen, sondern sich auf die deutlich erkennbaren Grundsätze beschränken mußte. Wenn Englands Regierung keine Kriegsziele aufzählen kann, wenn Balfour sagt, daß keine Regierung in dem jetzigen Stande der Friedensverhandlung sich auf Einzelbezeichnungen festlegen und Ziele „klassifizieren“ könne, dann ist damit auch begründet, warum Lloyd George unrecht hatte, als er die Rede des deutschen Reichskanzlers zur Friedenskundgebung des Reichstages als „unklar“ und „zweideutig“ bezeichnete. Balfour ist der gewiegte, in der Auswärtigen Politik gereifte Staatsmann, Lloyd George ist auch als Ministerpräsident noch der Agitator und Demagoge. Was der greise Schotte, in dessen Adern dem Lord Salisbury verwandtes Blut fließt, für staatsmännisch und diplomatisch richtig hält, gilt sicherlich mehr, als in diesen Dingen selbst dem Engländer die Meinung des stets stürmenden Lloyd George. Mit der Feststellung Lord

5. VIII. 1917

Graf Stephan Tisza gegen die Auslandspolitik der Karolypartei.

Die jüngste Nummer der vollständigen Wochenschrift „Gazmondo“ bringt abermals einen Artikel des Grafen Stephan Tisza über die internationale Politik der Karolypartei. Wir entnehmen dem Artikel die folgenden Ausführungen:

„Obgleich diese Partei die Regierung unterstützt und in ihr auch vertreten ist, befehdet sie täglich mit dem hartnäckigsten Ingrimm den Standpunkt, den dem uns nach dem Leben trachtenden Feinde gegenüber auch das gegenwärtige Kabinett vertritt. Allerdings gibt sie ihren Angriffen den Anschein, als ob diese sich ausschließlich gegen die Partei der nationalen Arbeit und das frühere Kabinett richteten. Die Karolypartei erdreistet sich zu behaupten, die frühere Regierung und ihre Mehrheit hätten den Krieg verschuldet und wären die Hindernisse eines ehrbaren Friedens. Die Debatten, die im Juli 1914 im ungarischen Parlament stattfanden, erbringen aber den Beweis, daß die damalige Opposition sofort nach der Ermordung des Thronfolgerspaars von der Regierung ein energisches Auftreten, die Maßregelung Serbiens und nötigenfalls den Krieg forderte. Mit Vorwürfen und Spott wurde die damalige Regierung überhäuft, weil die stärkeren Schritte dem Mordanschlag nicht auf dem Fuße folgten. Und das Ministerium Tisza war es, das seine Entschlüsse in Schwelbe hielt, bis eine gründliche Untersuchung der Umstände des Verbrechens von Sarajevo die Sicherheit erbrachte, daß die Fäden des Attentats zur serbischen Regierung hinüberführten, daß dieses Verbrechen bloß ein Glied in der Kette der auf die Vernichtung unsres Vaterlandes abzielenden konsequenten Politik der serbischen Staatsregierung gewesen. Erst nach Feststellung dieser Tatsachen, die es außer Zweifel stellten, daß nicht nur unsre Ehre, sondern auch der Schutz unsres bedrohten Lebens die Abwendung erheischt, entschloß sich die frühere Regierung, die Note an Serbien abzusenden und für deren Folgen die Verantwortung zu übernehmen. Dieses Vorgehen wurde damals von der ganzen Opposition gebilligt. Wenn überhaupt eine Kritik laut wurde, so wurde bloß bemängelt, daß wir nicht schon früher den Weg der Vergeltung betreten hatten.“

Graf Tisza weist in seinen weiteren Ausführungen nach, daß seine Regierung und seine Partei auch im späteren Kriegsverlaufe immer wieder betonten, daß wir lediglich für unsre angegriffene Unabhängigkeit, Sicherheit und nationale Existenz kämpfen, den Kampf nur führen, bis dieses Ziel erreicht ist, und jeden Augenblick zu einem ehrbaren Frieden bereit sind. In seinen Neußerungen seit Kriegsbeginn kann niemand auch nur ein einziges Wort aufweisen, das dieser Auffassung widerspräche. Auf anderer Seite zieht sich durch alle Neußerungen unsrer Feinde einem roten Faden gleich das Streben nach unsrer Vernichtung und nach Eroberungen. Graf Tisza führt ein einziges Beispiel für viele an. Im Oktober 1916, nach der Zurückweisung des rumänischen Einbruchs, hat Baron Burian, der damalige Minister des Aeußern, selbstverständlich im vollen Einvernehmen mit der ungarischen Regierung und auf Grund einer Ermächtigung unsres vereinigten Königs die Frage des von unserm Bündnis anzubietenden Friedensangebotes aufgeworfen. Die Idee fand jedoch auch bei den Verbündeten zustimmendes Verständnis, und am Schlusse des vorigen Jahres erfolgte unsre Friedensanregung, die von den Feinden mit einer verwegenen und unverhüllten Betonung der auf unsre Zerstümmung abzielenden Eroberungsabsicht beantwortet wurde. Auch seither tritt unser Bündnis nach jedem neuen Kriegserfolg immer mit einem Friedensangebot hervor, und immer wieder werden diese Angebote unter den wichtigsten Vorwänden zurückgewiesen. Man will uns verstümmeln, man will den Centralmächten vorschreiben, auf welche Art sie ihre inneren Angelegenheiten zu regeln haben, diesen beiden friedliebenden Großmächten wollen die Feinde ihren eigenen Willen auferlegen. Nur um den Preis unsrer Demütigung und unsrer Untertänigkeit sind sie zum Frieden bereit, und gingen wir auf ihren Vorschlag ein, so würde der Teil Europas, der durch Gottes Ratschluß der ungarischen Nation angehört, unsern böswilligsten Feinden, den unser nationales Dasein bedrohenden Strömungen ausgeliefert werden — ein tschechoslavisches, ein südslawisches und ein rumänisches Staatswesen würden die Gegend der Donau und

der Karpathen einnehmen und für das Ungarntum höchstens ein kleiner Gebietsstreifen übrigbleiben.

Graf Tisza weist sodann durch Zitate aus den jüngsten Offenbarungen des Grafen Czernin nach, daß diese seine Auffassung mit derjenigen des Ministers des Aeußern und des Ministerpräsidenten völlig übereinstimme. Er fährt dann fort: „In dieser alleir-mannhaften, richtigen und patriotischen Auffassung hater vom Anfang an bis auf den heutigen Tag vollen Einflanz zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Aeußern und mir gegeben. Und wenn demgegenüber die Karolypartei mich mit groben Beschimpfungen überhäuft, während sie den Herrn Minister des Aeußern als den Urheber einer, ich weiß nicht welcher neuen Friedenspolitik mit Lobpreisungen überschüttet, so behauptet sie damit in bewußter Weise Unwahrheit. Bewußt betört sie das Volk und leitet sie eine Wählerlei ein, die, wenn sie erfolgreich sein könnte, der für die Verteidigung des Vaterlandes kämpfenden Nation den Arm lähmen würde in dem Augenblick, in dem sie den zur Erreichung des ehrbaren Friedens notwendigen Entscheidungslampf siegreich zu bestehen hat; und wenn es dieser Wählerlei auch nicht gelänge, in der Heimat Gefahren und Unruhen heraufzubeschwören, so weckt sie jedenfalls in unsern Feinden den irrigen Glauben, als ob es bei uns wirklich eine Kriegspartei gäbe, die verantwortlich ist für die Leiden des Krieges, und als stünde ihr eine Friedenspartei gegenüber, die bereit wäre, den erniedrigenden Frieden Lloyd Georges anzunehmen. Und durch diesen irrigen Glauben wird die Ehre der ungarischen Nation, ihr guter Ruf und ihr Gewicht vor ihren eigenen Freunden geschädigt, die Nation aus der Höhe gerissen, in die sie emporgehoben worden ist durch den Heldenmut ihrer Söhne und durch die recht-schaffene Arbeit einer Regierung, die die nationale Sache getreulich vertreten hat.“

5. VII. 1917

Friedensbürgschaften.

Von Dr. Freiherrn v. Jettel.

Alles Geheime ist schon gedacht worden, man muß nur versuchen, es noch einmal zu denken. (Goethe.)

Graf Czernin hat unlängst beim Empfange von Vertretern österreichischer und ungarischer Mächte den Wunsch ausgesprochen, es möge der Welt gelingen, nach dem Friedensschlusse Mittel und Wege zu finden, welche geeignet wären, die Wiederkehr eines solchen entsetzlichen Krieges dauernd zu verhüten. Der Gedanke ist bekanntlich bereits im vorigen Herbst ventilirt worden. Die Sache verlief aber damals im Sande, da die englische Regierung dem Vorschlage des Präsidenten Wilson gegenüber, es möge ehestens Gelegenheit geboten werden zu einem Meinungsaustausche über die Friedensbedingungen, sich ablehnend verhielt. Die Erörterung künftiger Abmachungen, welche einen dauernden Frieden sichern sollen, hieß es in der Antwort, hätten zunächst eine befriedigende (d. h. eine England und seine Verbündeten befriedigende) Lösung des gegenwärtigen Streites zur Voraussetzung. Präsident Wilson kam zwar in seiner Botschaft an den Senat nochmals auf seine Anregung zurück. Dem zu schließenden Frieden müsse ein Einvernehmen der Mächte folgen, meinte er, das es unmöglich mache, daß eine Katastrophe wie die gegenwärtige jemals wieder in die Welt hereinbreche. Es müsse eine Kraft geschaffen werden, die imstande sei, die Dauerhaftigkeit der getroffenen Abmachungen zu verbürgen. Infolge des verschärften U-Boot-Krieges ist die Frage aber seither nicht weiter verfolgt worden. Das Problem der Friedensgarantien ist nun durch die neuerlichen Äußerungen des Grafen Czernin neuerlich auf die Tagesordnung gestellt worden.

Der Gedanke einer überstaatlichen Organisation, einer Völkergemeinschaft zur Erhaltung des Friedens, ist bekanntlich keine Erfindung der Herren Grey und Wilson. Nach langen blutigen Kriegen hat die Menschheit stets die Sehnsucht nach dem Frieden erfaßt und immer wieder hat sie nach Mitteln gesucht, um die Wiederkehr ähnlicher Greuel zu verhüten.

Bereits im Jahre 1306 hat der Pariser Anwalt Pierre Dubois einen Traktat „de recuperatione terrae sanctae“ veröffentlicht, in dem er für die Schöpfung eines großen Völkervereines mit einem Kongresse der Staatsoberhäupter an der Spitze eintrat. Ein ständiger Schiedsgerichtshof sollte eingesetzt und gegen jeden Friedensstörer durch die bei der Gesamtheit der Staaten ruhende Zwangsgewalt eingeschritten werden. Seine Spitze sollte dieser Völkerbund allerdings zunächst gegen die Ungläubigen, gegen die Türken, kehren, wie schon der Titel des Werkes erkennen läßt. Dasselbe Ziel verfolgt ein Projekt des 1458 zum König von Böhmen erwählten Ultraquisten Georg von Podjebrad. In einundzwanzig Artikeln wird darin ein detaillierter Plan für die Errichtung eines christlichen Fürstentums entwickelt, dessen oberstes Organ ein aus Vertretern der Teilnehmer bestehendes Kollegium zu bilden hätte und dem ein gemeinsamer Gerichtshof zur Entscheidung von Streitigkeiten beigegeben wäre.

Von einem höheren Standpunkte faßt der Franzose Eméric Crucé das Friedenssthem auf. Er schwärmt für Freiheit der Meere, Schutz von Handel und Gewerbe, Solidarität der Nationen, religiöse Toleranz, schiebt die Schuld an allen Kriegen auf die „bösen Leidenschaften der Fürsten“ und schlägt zur Verhütung künftiger Kriege die Errichtung eines ständigen Gesandten-

Kongresses vor, der entstehende Streitigkeiten zu schlichten hätte. Will sich einer seinem Urteile nicht fügen, zieht er sich die Ungnade aller anderen Fürsten zu, die wohl Mittel finden würden, ihn zur Reision zu bringen. In manchen Einzelheiten von Crucés Vorschlägen zeigen sich die Einflüsse der Zeit ihres Entstehens. In weit höherem Sinne gilt dies von dem Werke des großen Holländers Hugo Grotius „de jure belli ac pacis 1642“, auch er tritt für die Freiheit des Seeverkehrs, aber auch für eine überstaatliche Vereinigung zur Verbürgung des Friedens ein. „Es wäre notwendig und nützlich“, sagt er, „wenn die christlichen Staaten untereinander eine Art Körperschaft bilden würden, in deren Versammlung ihre Streitigkeiten durch ein Urteil der nicht Beteiligten ausgebracht werden und daß man Mittel fände, um die Parteien zu zwingen, sich dem Spruche unter vernünftigen Bedingungen zu fügen.“

Nun folgt kein Geringerer als des Hugenottenkönigs Heinrich IV. allmächtiger Minister, der Herzog von Sully. In seinen 1683 veröffentlichten Memoiren entwickelt er den Plan eines Staatenbundes, der angeblich als „Grand dessin“ seinem königlichen Herrn vorgeschwebt haben soll und von dem er sich die Herstellung eines ewigen Friedens verspricht. Danach sollten die christlichen Staaten Europas sich zu einem Staatenbunde vereinigen und die so geschaffene „générale république tréschretienne“ der Oberleitung eines Bundesrates unterstellt werden. Nach Sullys Vorschlag sollten die spanischen Habsburger sich mit Spanien und den Kolonien begnügen, den Niederlanden aber die Freiheit geben, eine Frage, die damals bekanntlich sehr aktuell war. Neapel sollte dem Papst, Sizilien den Venezianern, Mailand und Savoyen abgetreten werden. Ungarn und Böhmen aber sollten selbständige Königreiche werden. Sobald alle diese Voraussetzungen erfüllt wären, hätte der Staatenbund ins Leben zu treten und dann sollte es gegen die Türken gehen. Was Heinrich IV. wollte oder was ihm wenigstens sein Minister als geheimes Plan unterschob, war also nichts anderes als die Zertrümmerung der habsburgischen Macht und die Herstellung eines „europäischen Gleichgewichtes“ unter französischem Primat.

Die endlosen Kriege Ludwig XIV., die Frankreich völlig erschöpften, ließen neuerdings das Bedürfnis nach Ruhe fühlbar werden. Unter den Projekten, die der Not jener Zeit entsprangen, fand die größte Beachtung das umfangreiche Werk des Abbé de St. Pierre. Vermöge seiner Stellung am französischen Hofe, er war Amosnier der Schwiegertochter Ludwig XIV., der bekannten Bijouette von der Pfalz, sowie mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die er als Begleiter des französischen Vertreters bei den Friedensverhandlungen in Utrecht, Polignac, zu machen Gelegenheit hatte, war er immerhin als befähigt zur Erörterung so schwieriger Probleme anzusehen. In den Jahren 1713—1716 veröffentlichte der Abbé sein dreibändiges Werk: „Projet pour rendre la paix perpetuelle en Europe“ und im Jahre 1728 einen Auszug daraus.

Er entwickelt seinen Gedanken in fünf Artikeln, denen er folgende Begründung voranschickt: Die gegenwärtige Verfassung Europas müsse immer wieder zu Kriegen führen, da sie keine Bürgschaft dafür biete, daß die geschlossenen Friedensverträge auch eingehalten werden. Sie seien im Grunde nur Waffenstillstände, da der Besiegte sich den Bedingungen des Siegers nur unter dem stillschweigenden Vorbehalte unterwirft, bei der nächsten Gelegenheit wieder zu den Waffen zu greifen und Rache zu nehmen. Die Souveräne hätten sich bedauerlicherweise noch nicht entschließen können, einen ewigen Bund aufzurichten zur Erhaltung und Verbürgung ihrer Rechte, noch sich einem ständigen Schiedsgerichte zu unterwerfen, das ihre Streitigkeiten ohne Krieg schlichten würde. Es müsse deshalb eine starke, mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation geschaffen werden, die diesem Zwecke dienen würde. In der ersten Proposition definiert St. Pierre die Aufgaben des zu gründenden Staatenvereines. Zwischen den Souveränen solle künftighin ein ewiger Bund bestehen, der sie vor den Leiden eines äußeren oder inneren Krieges bewahrt, ihnen den Bestand ihrer Staaten garantiert, dadurch eine Verminderung ihrer militärischen Ausgaben ermöglicht, ihren Handel und Wandel schützt und ihnen eine gefahrlose Erlebigung ihrer Streitigkeiten sichert. Als Grundlage hätte der gegenwärtige Besitzstand zu gelten. Alle christlichen Fürsten sollen aufgefordert werden, dem Vertrage beizutreten. Im Artikel 3 heißt es dann: Die Verbündeten verzichten auf ewige Zeiten für sich und ihre Nachfolger auf das Recht, ihre Streitigkeiten mit den Waffen auszutragen und verpflichten sich, zu diesem Zwecke die Vermittlung der übrigen Verbündeten anzurufen. Sie unterwerfen sich einem Schiedsgerichte, das aus ihren ständigen Bevollmächtigten besteht. Weigert sich einer, den Anordnungen des Bundes nachzukommen, unterhandelt er über dem Bündnisse zuwiderlaufende Verträge oder setzt er Kriegstrüfungen ins Werk, so soll der Bund nach Artikel 4 mit dem affineren Macht gegen ihn vorgehen und ihn zum Gehorsam zurückführen. Er verfällt in den ban de l'Europe.

Der eikle Abbé schickte, wie es scheint, sein Werk an alle Gelehrten und an alle Souveräne, die sich mit Politik und Völkerrecht befaßten. Es ist nicht uninteressant, einige ihrer Urteile zu hören. So schrieb Friedrich der Große während des schlesischen Krieges an Mährisch-Trübau am 12. April 1742 an Voltaire einen Brief, in dem folgender Satz vorkommt: Der Abbé de St. Pierre hat mir sein Werk über den ewigen Frieden geschickt. Die Sache wäre ganz brauchbar; um Erfolg zu haben, fehlte nur die Zustimmung Europas und noch einige ähnliche Kleinigkeiten. Auch Leibniz äußert sich über den Vor-

schlag St. Pierre's sehr skeptisch. Er schreibt an Grimarest: Es müßten alle Fürsten eine gute Bürgschaft stellen oder eine Kaution in einer Bank hinterlegen, der König von Frankreich zum Beispiel 100.000 Taler, damit Urteilsprüche des Gerichtshofes an ihrem Gelde vollstreckt werden, falls sie sich widerspenstig zeigen. Aber da es doch erlaubt ist, Romane zu schreiben, warum sollten wir den Abbé tadeln, wenn er uns das goldene Zeitalter zurückführen möchte. St. Pierre selbst antwortete auf seine Sendung, er wünsche ihm ein so langes Leben, daß er die Früchte seiner Arbeit noch genießen könne. Nicht minder abspöndelnd lautet das Urteil eines neueren Biographen St. Pierre's, Leonce de Labergne. Ein solcher Vertrag, schreibt er, sei unmöglich. Regierungen und Völker würden sich stets dagegen wehren, Verpflichtungen einzugehen, deren Tragweite sich nicht absehen läßt. Ein solcher Staatenkongreß wäre der Schauplatz ständiger Intrigen und Korruptionen, ein ewiger Kampf um die Majorität.

Zu der nächsten Zeit sind es fast ausschließlich Philosophen und Völkerrechtslehrer, die sich mit dem Problem des ewigen Friedens beschäftigen, so William Penn, Benjamin Bentham, Emanuel Kant u. a. Erst die Erfahrungen der fast zwanzigjährigen Kriege gegen die französische Republik und Napoleon ließen die Großmächte es wünschenswerth erscheinen, nach praktischen Mitteln zu suchen, um Europa für die Zukunft vor ähnlichen Erschütterungen zu bewahren. Man glaubte sie in einem vertragsmäßigen Zusammenschlusse und einer feierlichen Erklärung, gemeinsam den Frieden schützen zu wollen, gefunden zu haben. Die Vereinbarungen, die auf dem Nachener Kongreß von 1818 zwischen Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Rußland geschlossen wurden, gipfeln in der Erklärung, daß diese Mächte fest entschlossen seien, weder in den Beziehungen untereinander, noch in jenen zu anderen Staaten sich von dem Grundsätze unniger Vereinigung zu entfernen, die ihre Beziehungen bisher geregelt haben. Im Punkte 2 des Protokolls vom 15. November 1818 heißt es dann: diese Vereinigung könne kein anderes Ziel verfolgen als die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens. Die Hoffnungen, die man auf dieses Werk gesetzt, erwiesen sich freilich als trügerisch. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts entwickelte sich aber, von Amerika ausgehend, eine lebhaftere Friedenspropaganda, die auch breitere Schichten erfaßte. Auf die einzelnen Phasen und Formen dieser Bewegung soll hier nicht näher eingegangen werden. Tatsache ist aber, daß es trotz alledem zum Kriege kam. Sofort setzten aber auch die Bemühungen ein, ihm ein holdiges Ende zu bereiten. Im Juni 1915 wird von dem früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten Laft eine „Liga zur Erzwingung des Friedens“ gegründet. Nach seinem Vorschlage wären auch solche Streitfälle, die die Ehre, den territorialen Bestand oder Lebensinteressen eines Vertragspartei berühren, einer Untersuchungskommission zu unterbreiten. Gegen ein Mitglied, das zum Kriege schreitet, ohne vorher eine gütliche Beilegung versucht zu haben, sollen die Vertragsstaaten ihre militärischen und wirtschaftlichen Zwangsmittel in Anwendung bringen. Bereits im April 1915 hatte sich ferner in Haag eine „Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ konstituiert. Sie arbeitete ein „Mindestprogramm“ von Friedensbedingungen aus, dessen 6. Punkt folgendermaßen lautet: „Die Staaten werden gehalten sein, einvernehmlich diplomatische, ökonomische und militärische Maßregeln für den Fall zu treffen, als ein Staat zu den Waffen greifen sollte, ohne den Streitfall vorher einem Schiedsgerichte unterbreitet oder die Intervention des Untersuchungs- und Vermittlungsausschusses angerufen zu haben. Zu denselben Postulat gelangt schließlich auch der holländische Anti-Drloog-Kaad. Schließlich seien noch die Gutachten zweier Engländer, Unwin und Williams, erwähnt, die sie über das Mindestprogramm an die Zentralorganisation richteten. Nach ihrer Ansicht sollten die Zwangsmittel sowohl gegen Mitglieder des zu gründenden Staatenverbandes angewendet werden können, als auch gegen solche Staaten, die sich dem Verbände nicht anschließen wollten.

Fakt man die verschiedenen Vorschläge aus alter und neuer Zeit zusammen, so lehren drei Forderungen immer wieder: Schaffung eines alle zivilisierten Länder umfassenden Staatenverbandes, gegenseitige Verpflichtung der Mitglieder, alle ihre Streitigkeiten zunächst einer schiedsrichterlichen Behandlung zu unterbreiten und Anwendung wirtschaftlicher und militärischer Zwangsmittel gegen mutwillige Friedensbrecher. Ausgeschlossen wäre also danach, selbst nach allen diesen Projekten, der Ausbruch eines Krieges keineswegs.

Was nun die Frage anbelangt, ob ein derartiger allgemeiner Staatenverband Interessenkonflikte zwischen seinen Mitgliedern ausschließen würde, die nur mit den Waffen ausgetragen werden können, so gibt die Geschichte darauf eine sehr wenig tröstliche Antwort: Man denke nur an den schweizerischen und an den nordamerikanischen Sonderbundskrieg oder an den österreichisch-preussischen Krieg von 1866. Unerörtert ist ferner bisher die Frage geblieben, wem die Durchführung der angebotenen militärischen Maßregeln gegen ein renitentes Mitglied oder einen außerhalb des Verbandes stehenden Angreifer übertragen werden soll, ob einer aus Kontingenten der einzelnen Staaten zusammengefügten Bundesarmee oder den Armeen eines oder mehrerer Verbandsstaaten gewissermaßen in Delegationen wege, etwa nach dem Muster der Bundesintervention in Hessen-Kassel und Schleswig-Holstein.

Wenn trotz aller Schwierigkeiten und schlimmen Erfahrungen ein neuer Versuch gemacht werden soll, auf dem angebotenen Wege Bürgschaften für einen dauernden Frieden zu schaffen, so wird ihm diesmal die allgemeine Erschöpfung zugute kommen, die der jetzige Krieg zurücklassen muß und die wenigstens die europäischen Großmächte auf lange Zeit hinaus abhalten dürfte, sich in neue Kriege zu stürzen. Ein Schrei nach friedlichen Abmachungen mit durch die Menschheit gehen, wie Herr v. Bethmann Hollweg

ost.

reich-Ungarns.

monatlich K 4.50
 vierteljährlich 13.—
 halbjährlich 26.—

Für Oesterreich-Ungarn:
 bei täglich zweimaliger Postver-
 sendung
 monatlich K 5.30
 vierteljährlich 15.—
 halbjährlich 30.—
 bei täglich einmaliger Postver-
 sendung
 monatlich K 4.50
 vierteljährlich 13.—
 halbjährlich 26.—

Für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 18.—
 und durch die Postämter laut dort
 auflegender Postzustellungsliste.

Ränder des Weltpostvereins:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 22.—
 und durch die Postämter laut dort
 auflegender Postzustellungsliste.

Einzelbriefe für auswärts:
 Morgenblatt 16 h
 Nachmittagsblatt 8
 Nachmittagsblatt separat 8

917

XXIV. Jahrgang

oldau eingedrungen. tators Kerenski.

Wir stehen sonach an der Schwelle einer neuen Zukunft, die uns hinausführen soll in die weite Welt, uns zu deren Bürgern machen und unsere abgenützte, verbrauchte Innenpolitik vertauschen will mit tatkräftiger, sprunghafter und schlagfertiger Weltpolitik. Denn nur wer eine solche treiben will, darf sich vermaßen, die Lebensbedingungen eines Reiches über See sicherzustellen. Das aber wollen wir, im Verein und geleitet durch unseren Herrscher. Es ist gut, die Grundlagen und Vorbedingungen für eine solches Beginnen näher ins Auge zu fassen, selbst auf die Gefahr hin, schon Bekanntes zu wiederholen. Nur dadurch gewinnen wir die Richtlinien für unsere Politik. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß unsere Zukunft stark beeinflusst werden wird durch die Bestrebungen, uns Geltung und Gleichberechtigung auf dem Meere zu verschaffen. Dieser Kampf stellt die unerläßliche Voraussetzung, daß wir Herren in der Adria und an der diese beherrschenden Ostküste sind. Wer diese unsere Lebensbedingung bestreitet, ist unser Gegner, und hiemit ist unser Verhältnis zu Italien festgelegt. Wir sind ferner eine Balkanmacht, nichts, was sich auf dem Balkan abspielt, kann uns gleichgültig sein. Daraus folgt, daß wir keine Staatenbildung auf dem Balkan zulassen werden, welche uns feindliche Ziele verfolgt. Die verflochtenen Königreiche Serbien, Montenegro und Rumänien haben uns gewirgt. Diese kurze Betrachtung schon lehrt, daß die Richtlinie unserer Außenpolitik nach dem Südosten Europas zeigt und daß von seiner Weltpolitik nur dann die Rede sein kann, wenn im Südosten unserer Monarchie alle Verhältnisse zu unsern Gunsten geregelt sind. Die Magnetnadel unserer Politik zeigt nach SO!

Das nimmt unsere gesamte Kraft, unsere gespannteste Aufmerksamkeit in Anspruch, es schließt auch aus, daß wir sonstige Ziele verfolgen, welche nicht wirtschaftlicher Natur sind. Das bezieht sich in erster Linie auf unsere Verhältnisse zu Rußland. Mit diesem Reiche in Freundschaft, in regsten und vertrauensvollen Handelsbeziehungen zu stehen, ist unser aufrichtiger Wunsch, und ein Bedürfnis. Aber mit welchem Rußland? Fast möchte man sagen: mit Rußlands seligen Erben. Wie immer die Geschichte Rußlands verlaufen mögen, wie lange auch noch die Zukunfts bauern werden, das eine ist sicher: der Kolos zerfällt. Der Kern, das Großrussentum verschiebt sich nach Osten, wird asiatisch, hat sich der Japaner zu erwehren und das Testament Peters des Großen erfährt eine neue Auflage: der ungestüme Drang nach der Nja Sophia wird umgeschaltet in das heiße Verlangen, den Persischen Golf und durch diesen das offene Meer zu erreichen. Mit oder gegen Englands Erlaubnis, das ist die Frage? Wem von Rußlands seligen Erben gehört nun unsere Sympathie? Finnland ist etwas entlegen, trotz magharischer Verwandtschaft, aber es baut sich näher ein Polen auf, die Ukraine ringt nach der staatlichen Wiebergeburt. Unsere Politik muß sich da entscheiden, muß wählen. Die Wahl ist nicht schwer, wenn man die Ethnographie als Beraterin nimmt, sie wird gefährlich, wenn wir der Geschichte folgen. Ethnographisch aufgebaut, ist Polen ein Reich von 10 bis 12 Millionen Einwohnern, geschichtlich aber und im Fiebertraum glühender polnischer Patrioten reicht es von der Ostsee bis an das Schwarze Meer und eine Minderheit von 10 Millionen würde eine 50-Millionen-Mehrheit Anderssprachiger beherrschen und bedrücken. Das ist eine Unmöglichkeit, angesichts der Tatsache, daß das Königreich Polen, sofort nach seinem Entstehen, den Prozeß der Demokratisierung durchmachen muß, als erste Stufe seiner Lebensmöglichkeit. Ein Bauernstand muß geschaffen werden, gerade so wie in

„Weltpolitik!“

Von Otto v. Gersiner.

Also eine, die ganze Welt umfassende Politik, welche zur Erreichung ihrer Ziele auch die letzte Faser der eigenen Kraft einzusetzen bereit ist. Das ist des Landes nicht der Brauch. Wir werden uns eine solche Politik angewöhnen und sie, dem Himmel sei's geklagt, den Engländern erst abgucken müssen.

Blättern wir in der Geschichte unseres Landes, so finden wir als Markstein die Zeit um und an dem Wiener Kongreß, bestimmend und beeinflussend für die Politik des Staates. Und diese Politik mutet uns an, wie ein unseren heimischen Gebirgen entspringender Strom. In der gesamten Zeit bis zum Wiener Kongreß hat unsere Politik einen ungestümen, oft unerwarteten Lauf, stürmt hinweg über das Geröll von Jahrhunderten, bricht in der Eugenschen Zeit ungeahnte Hindernisse, bis sie ermattet an den Wiener Kongreß gelangt. Jetzt geht sie eintönig und säuberlich zwischen enggezogenen Dämmen, wohlbehütet durch die Strompolizei bis in das Freiheitsjahr, um nach einem kurzen Aufschäumen in einer langweiligen Ebene weiterzukollern. Und endlich zwischen Schilf und Röhricht wie ein Steppenfluß im Sande zu versickern. Die Zeit des 19. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch eine Politik der Entfugung, der Enttäuschungen, durch ein Zurückweichen auf allen Fronten, bis man endlich glücklich an den Grundsatz der unentwegten Beschränkung auf die eigenen Grenzen gelangt war. Der leidige Umstand, daß dieser Grundsatz wohl von uns, nicht aber von den bösen Nachbarn anerkannt wurde, führte zum Weltkrieg.

Und damit endete eine Periode, in welcher wir ausschließlich mit der Schlichtung innerer Angelegenheiten, besser gesagt mit der Züchtung nationaler Schwierigkeiten, beschäftigt waren.

Der Weltkrieg hat uns eines besseren belehrt, wir hatten die Nationalitätenfragen überschätzt, nicht sie waren so übermäßig groß, wir waren zu schwach, um sie richtig zu bewerten, und zu arm an Zielen, um ihrer zeitgerecht Herr zu werden. Größer als die Aufgaben, welche uns der Weltkrieg stellt, können jene auch nicht sein, welche zu einer weitausgreifenden, die Welt umspannenden Politik erforderlich sind, und hat uns die Nationalitätenfrage nicht gehindert, den Weltkrieg ehrenvoll und siegreich zu bestehen, dann darf auch die Nationalitätenfrage kein Hindernis sein, unseren Platz im Völkerkonzert würdig auszufüllen. Das ist die Lehre des Weltkrieges, welche zur Weltpolitik führen muß.

Die Gedenkfeier im Reichstag.

Der Reichskanzler für einen kraftvollen und weissen Frieden.

Die Erinnerung an den denkwürdigen 4. August 1914 wurde durch die Feier, die gestern abend in der Wandelhalle des Reichstages stattfand, eindrucksvoll wachgerufen. In der Halle, die im Lichte des riesigen Kronleuchters erstrahlte und die mit unseren Flaggen und denen unserer tapferen Verbündeten geschmückt war, sah man die hervorragendsten Vertreter aller Kreise des Volkes vereint. Zur Rechten und Linken der Rednerbühne die Vertreter der Studentenschaft in Weiss. Neben dem Reichskanzler die Staatssekretär Dr. Helfferich, Visco, Dr. Solz, Graf Roedern, Minister Dr. Sydow, General Gröner vom Kriegsamt, neben dem Präsidenten des Reichstages Dr. Kaempf die beiden Vizepräsidenten Prof. Paasche und Dove nebst einer stattlichen Reihe von Reichsboten, die beiden Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Birkel. Geh. Rat D. Boigts und Oberhofprediger D. Orjander.

Das Niederländische Dankgebet, vorgelesen von einer selbigen Kapelle, leitete die Feier ein. Reichstagspräsident Dr. Kaempf, der den Reigen der Ansprachen eröffnete, wies auf die unvergleichlichen Erfolge unseres Heeres und unserer Flotte hin. Ist auch unsere Flotte an Zahl der Schiffe der englischen nicht gewachsen, an Mut und Nichtigkeit übertrifft der deutsche Seemann den britischen. Unsere U-Boote haben die Welt Herrschaft Englands zur See zur Legende gemacht. Mit Hohn haben unsere Feinde die Friedensworte des Kaisers beantwortet. Als vor einigen Wochen die deutsche Volksvertretung in ihrer Mehrheit den Kraft- und würdevollen Willen zum Frieden bekundete, da klang aus dem Widerhall schrill heraus das Verlangen nach altem deutschen Lande, die Forderung nach der Zerstückelung und Zerschmetterung Deutschlands.

Man billigt sie uns den Frieden nicht zu, der uns von Gottes und Rechts wegen zusteht, so werden sie uns entschlossen finden, weiter zu kämpfen bis zu einem glücklichen Ende zur Sicherung unseres Vaterlandes und zu unserer freien Entwicklung. Wie am 4. August 1914, geloben wir das Gleiche am 4. August 1917. Und das ganze Volk ist damit einverstanden. Wir werden unser Schwert scharf halten zur Sicherung unseres Vaterlandes und es nicht eher niederlegen, als bis unsere Kriegs- und Friedensziele erreicht sind. (Lebh. Beifall.)

Generalleutnant Fehr. v. Frentag-Loringhoven, Chef des stellvertretenden Generalstabes, schilderte in markigen, packenden Sätzen die unvergleichlichen Taten unseres Volksheroes während dieser Kriegsjahre. Er zollte der glänzenden Führung, den Leistungen unserer Flotte bewundernd Dank. Wenn der Friede noch immer nicht erreicht ist, so liegt das vor allem an den weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verhältnissen, die unseren Feinden immer neue Bundesgenossen zuführen. Den besten Dank können wir den Toten, die auf den Schlachtfeldern für uns gestorben sind, dadurch abstaten, daß wir uns denselben seltschen Schwung zum Durchhalten bewahren. (Lebh. Zusf.)

Graf v. d. Schulenburg-Grünthal, der an Stelle des vgl. durch Krankheit verhinderten Grafen v. Schwerin-Boewitz das Wort ergriff, sprach die Hoffnung aus, daß die deutsche Landwirtschaft trotz aller Schwierigkeiten es ermöglichen werde, daß das deutsche Volk durchhält. Man hat uns in drei Jahren nicht aushungern können, man wird's auch im vierten nicht können. Die Stimmung der deutschen Landwirte ist mit einem Satz: Wir müssen, wollen und werden siegen! Mit Gott vorwärts! (Großer Beifall.)

Oberbürgermeister Wermuth, der schilderte, wie den heutigen Städten der Krieg ein zwar unerbitlich harter, aber höchst genialer Lehrmeister geworden ist, wies darauf hin, daß der Wert der Lebensmittel, die zur Verteilung an die Bevölkerung durch die Stadtgemeinde gegangen sind, auf 20-25 Milliarden Mark zu schätzen ist; was sie darunter durch Eigenkäufe erworben haben, kann man mit einiger Sicherheit auf 9-10 Milliarden beziffern. Die Städte sind Händler allergrößten Stils geworden; sie handeln nicht nur mit Mehl, Butter, Milch, Fleisch und Wurst, Zucker u. Eiern, ja sogar mit Eisen und neuen Kleidern. (Weiterleit.)

Die Fürsorge für die Kriegerfamilien ist das zweite große Ackerfeld. Aufgaben von unermesslicher Schwere werden erst mit dem Frieden einsegen, dann werden die Anfänge, die schon im Kriege für die Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, für erweiterten Arbeitsnachweis und gegen die Kreditnot gemacht sind, als klein und winzig erscheinen gegenüber dem Umfange, zu dem sie sich in aller Schnelle und Energie auswachsen müssen. Herrlich, wenn es den deutschen Städten gelingt, als Mitförderer gesunden und besonnenen, aber auch als begeisterte, unheugame Verfechter unaufhaltamen Vorwärtsschreitens auf den Plan treten. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, wies darauf hin, daß der deutsche Arbeiter nicht abseits stehe, wenn es gilt, das Vaterland zu verteidigen. Die Arbeiterschaft weiß nur zu gut, daß es den Feinden gar nicht um den preussischen Militarismus, sondern um Unterdrückung des deutschen Handels und der deutschen Industrie zu tun ist. Darum hat die Arbeiterschaft auch die Kriegskosten auf sich genommen, selbst das Zivildienstgesetz. Die Leistungen der Arbeiterschaft beruhen auf ihrer Erziehung durch die Organisationen. Ein fester Glaube, Deutschland zum Zusammenbrechen bringen zu können. Ein Volk, das so zusammenhält, ist nicht zu vernichten, weder durch Waffengewalt, noch durch wirtschaftlichen Druck. Die Gefahr ist noch nicht vorüber, darum stehen wir weiter zum Vaterlande, bereit zum Frieden, entschlossen zum Kampfe. (Lebh. Beifall.)

Der nächste Redner, Herr Max v. Schinkel-Hamburg, sprach den Namen des Handels und der Schifffahrt. Der Krieg hat dem Handel zwar arg die Flügel beschneiden. Aber trotzdem hat er Treffliches geleistet. Mancherlei Fehler sind von den Kriegsgesellschaften begangen worden, aber dennoch haben sie Großes zustande gebracht. Der Handel wird wieder seine Aufgaben voll erfüllen, wenn er wieder in seine Rechte eingesetzt wird. Dann sehen Handel und Schifffahrt wieder zuversichtlich in die Zukunft. Dazu gehört auch ein guter Friede. Dann: Freie Bahn für ehrliche Arbeit daheim und in der Welt. (Lebh. Zusf.)

Als Vertreter der Industrie gab Geh. Kommerzienrat C. v. Borjig ein Bild von deren Wirken. Die deutsche Industrie, die nicht auf den Krieg vorbereitet war, stand dem Krieg als etwas Rätselhaftem gegenüber, das sie zu verschlingen drohte. Man fürchtete Arbeitseinstellungen und Stilllegung von Werken. Aber es kam anders. Anerkannt muß werden, daß die große Mehrzahl der Arbeiter und Beamten trotz größter Schwierigkeiten treu ihre Pflicht erfüllt hat. Die Industrie hat auch noch dem Kriege ihre

sozialen Verpflichtungen, wenn möglich noch mehr als bisher, erfüllen zu können. (Lebh. Beifall.)

Die Leistungen des Handwerks würdigte Klempnermeister Plate, M. d. S., in knappen Sätzen. Das Handwerk mußte die allererschwersten Opfer bringen. Mehr als die Hälfte der Betriebe sind stillgelegt. Das Handwerk wird trotzdem seine Pflicht weiter tun.

Dr. Koeber, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, wies darauf hin, daß die Privatbeamten von der Kriegsnot mit besonderer Bucht getroffen wurden. Da mußten die Organisationen eingreifen. Der kommende Friede wird uns die wirtschaftliche Freiheit wieder sichern. (Beif.)

Reichskanzler Dr. Michaelis

führte aus:

Wir stehen unter dem Eindruck der Größe des Tages, an dem vor drei Jahren das Volk aufstand, um in begeisterter Einmütigkeit den Riesenkampf anzunehmen, der uns aufzuzwingen worden war. Der 4. August soll in der Geschichte des deutschen Volkes zu allen Zeiten sein der Tag höchster vaterländischer, todesmüthiger und siegesgewisser entschlußfreudiger Bereitwilligkeit gegenüber der größten Gefahr, die je auf ein Volk herniederbrach.

Wir wissen heute alle, was wir wollen. Wir wollen das von den Vätern uns anvertraute Erbe unverfehrt den kommenden Geschlechtern weitergeben. Wir wollen unsere Kinder und Kindeskinde davor bewahren, daß Kriegsüble, wie diese, auf sie herniederfallen. Wir wollen unser Vaterland durch einen kraftvollen und weissen Frieden umwehren, damit deutsches Wesen einen sicheren Boden gesunder und kräftiger Entwicklung behalte für alle Zeit.

Die Männer, die vor mir gesprochen haben, haben ohne Ruhmredigkeit in wahrhaftiger Selbsthinschätzung der Welt bewiesen, daß unsere Kraft nicht erschöpft ist, daß unser Wille stark ist, wie er am 4. August 1914 war, um durchzusetzen, was wir erstreben. Heute kommt es darauf an, die Leuchtfeuer hell aufzulodern zu lassen: Ein Ziel, ein Wille, ein Vaterland! Und dieses Vaterland größer und wichtiger als unser Einzelleben! Je größer die Opfer, desto herrlicher der Lohn! Wir geloben dem Kaiser und dem Reiche die Treue, und was uns das Herz freimacht, das rufen wir aus: Vaterland, Kaiser und Reich Hurra! Hurra! Hurra! (Stürmischer Beifall. Die Anwesenden erheben sich und stimmen „Heil dir im Siegerkranz“ an.)

Präsident Dr. Kaempf schlägt die Absendung folgenden Telegramms an den Kaiser vor:

Die Vertreter aller Stände und Berufe sind heute zu einer Gedenkfeier des 14. August 1914 vereint. Nachdem Eurer Kaiserliche und Königl. Majestät den Feinden hochherzig die Hand zum Frieden geboten, nachdem der Reichstag den Friedenswillen des deutschen Volkes kraftvoll zum Ausdruck gebracht hat, bekundet die heutige Versammlung ihren Entschluß, wenn unsere Feinde zu keinem Frieden bereit sind, den Bestand und die Sicherheit unseres Vaterlandes verbürgt, einmütig und unerschütterlich mit Eurer Majestät zusammenzustehen, bis unsere Feinde gesonnen sind, das Recht des deutschen Volkes auf Freiheit und Sicherheit seiner Entwicklung anzuerkennen. Angesichts der glänzenden Taten unserer und unserer Verbündeten todesmüthigen Truppen, die in Ost und West auch bei Beginn des viernten Kriegsjahres den Sieg an unsere Fahnen geheftet haben, erhoffen wir unter der glorreichen Führung Eurer Majestät und der Eurer Majestät verbündeten Monarchen einen ehrenvollen und gesicherten Frieden.

Die Versammlung stimmte einmütig zu und schloß mit der Abingung des Liedes: Deutschland über alles!

Lloyd Georges Begeisterungsrede an das englische Volk.

Budapest, 6. August.

Die nach den jüngsten Eröffnungen des Grafen Czernin und des deutschen Kanzlers mit gespannter Ungeduld erwartete neue Aeußerung Lloyd Georges über Englands Kriegsziele liegt nunmehr vor. Der starke Mann, der als letzter in den fünfstimmigen Chor einfällt, den englische Staatsmänner im Laufe einer Defade abgefungen haben, hat die am wenigsten dankbare Partie auf sich genommen. Seine Rede ist, der Eindruck kann nicht verwischt werden, eine Kriegsrede, zwar eine recht sonderbarer Art, und Kriegsreden zu halten, mag heutzutage nicht einmal in England, ja, wie wir vermuten, dort vielleicht noch viel weniger als anderswo, ein reizendes oder lohnendes Geschäft sein. Lloyd George aber stimmte eine längst nicht gehörte Arie an, die sich auf das Motiv „Wiederherstellung“ aufbaute, von dem er annimmt, daß es in unseren Ohren übel klingen. Im Augenblick, da Rußlands Machthaber einem Einzigen freie Hand geben und seine Politik von allen Parteien, das könnte heißen, auch von dem wiederholt auf einen eroberungs- und entschädigungslosen Frieden festgelegten Willen des Arbeiter- und Soldatenrates unabhängig machen: in diesem bedeutsamen Wendepunkte übergeht auch Englands führender Politiker jene zwar nie klipp und klar gutgeheißenen, doch immerhin gleichsam als Verhandlungsgrundlage angenommenen Bestimmungen mit einem diesjüngenden Stillschweigen und greift dafür eines böse, schillernde Schlagwort „Wiederherstellung“ auf, das alle Erinnerungen einer, wie sich herausstellt, mit Unrecht abgetan gewählten Periode des unseligen Weltkrieges heraufbeschwört. Er nennt es den Anfangswuchstaben des Friedensalphabets und möchte diesen unangehörigen Friedensstotterern beibringen. Er vergißt über dabei, und es ist nur logisch, daß sein Gedächtnis ihm diesen Dienst leistet, drei Dinge, die wir in diesem Zusammenhange zu vergessen für kühn halten: die Friedensresolution des deutschen Reichstages, die Rede des Reichskanzlers Dr. Michaelis, der ihr im wesentlichen beigetreten ist, und die jüngste Kundgebung unseres Ministers des Auswärtigen. Entnimmt der englische Premier diesen drei Erklärungen nicht, daß die Zentralmächte nach wie vor einer Deutung des juristischen Begriffs der reparation beitreten, die auf einen Verzicht auf Einverleibung der besetzten Gebiete hinausläuft? Denkt er, wie Mr. Asquith zu Kriegsbeginn gesprochen hat, so ist ihm in der Sprache Frankreichs zuzurufen: „Quo messieurs les assassins commencent!“ Möge man also mit der Wiedereinsetzung des mit Gewalt vertriebenen edlen Königs Konstantin von Griechenland, mit der Herstellung der osmanischen Souveränität über Aegypten und mit ähnlichen Wiedergutmachungen den Anfang machen... Wir sind dabei! Der neue Vorstoß schreckt uns nicht, wie er uns auch in unserer feststehenden friedlichen Absicht nicht wankend macht.

Aber die Rede Lloyd Georges ist nicht an unsere Adresse gerichtet. Im Quintett von Rednern, das das englische Ministerium aus seiner Mitte ausstellte, bedurfte es wahrlich nicht der Verstärkung der Stimmittel, die für die Aufreizung zum Kriege aufgewandt wurden. In diesem Quintett hat man Lloyd George auch nicht zu seinen Kollegen gewandt sich vorzustellen, und wenn er mit dem ganzen Einsatz seiner Beredsamkeit bald auf Schreckgespenster hinweist, wie die Dinge ohne Englands Eingreifen gekommen wären, bald Truggebilde des Sieges vorgaukelt, wie er dank diesem Eingreifen kommen müsse, so spricht er beide Male zu den Fenstern hinaus, und seine Worte möchten zum Herzen der Schwachen im englischen Volke dringen. Diese Teile seiner Rede sind von einer merkwürdigen Erregung gefärbt, seine abgehakten Sätze sprudeln durcheinander, ein Affekt treibt ihn, den der Inhalt seiner Rede durchaus nicht hinlänglich erklärt. Es muß so sein, daß jene schwachen Herzen im englischen Volke nicht die Minderheit bilden. Mit allen stimulierenden Mitteln eines erfahrenen Wunderdoktors werden sie gelobt, das Märchen vom Kronrat in Potsdam wird ihnen aufgetischt, zuletzt aber wird Lloyd George zum Rattenfänger von Hameln und flötet ihnen eine süße Melodie vom Erfolge vor, der nahe, zum Greifen nahe sei, nur ein Vorprung verdecke ihn, man müsse nur ausharren, man könnte bereuen, so knapp vor dem Ziele fehrigemacht zu haben. Dem Einwand Rußlands begegnet Lloyd George in seiner sattem bekannten direkten Art; er behauptet mit der ganzen Unbeirrtheit, die ihm in solchen Fällen eigen ist, daß die russischen Dinge jetzt zwar ein Wellental, einen Abstieg der stolzen Kurve der Ententehoffnungen bedeuten, daß er aber auch den aufsteigenden Ast schon vor seinen geistigen Augen sehe. Es ist sicher, daß er um diese Fähigkeit, namentlich in Rußland, beneidet werden wird, wo man so unhöflich sein könnte, ein Rezept von ihm zu verlangen, das er zu schreiben kaum imstande sein wird.

Für Italien hat Lloyd George nur Allgemeinheiten übrig, die unmöglich anders als abkühlend gemeint sein

und auch unmöglich anders wirken können. Von unserer Monarchie kein Wort, dagegen wird Italien gnädig zugestanden, daß es auf dem Gipfel der Freiheit und Zivilisation neben Serbien und Griechenland stehe, die jedoch vor ihm dorthin gelangt seien, und die Erwartung wird ausgesprochen, daß Italien weiter entschlossen kämpfen werde. Sonnino kam nach London, den Lohn dieses Kampfes zu fordern. Italien wird entsetzt auf die leeren Hände starren, mit denen er heimkommt.

Das Haupthezmittel Lloyd Georges jedoch ist die den Alldeutschen in die Schuhe geschobene Absicht der Wiederaufnahme des Krieges in zehn Jahren. Hier werden neue Samen jenes Mißtrauens ausgestreut, aus denen die Saat des Weltkrieges emporgesprossen ist. Ein neues Schlagwort wird geprägt: „Kein zweites Mal soll es Krieg geben!“ „Ein für allemal soll die Gefahr erledigt werden!“ Lloyd George glaubt also nicht, daß seine politische Verheißung des nahen, glücklichen Kriegsendes die gewünschte Wirkung tun wird, und rollt eine andere, neue Perspektive, die des Zukunftspazifismus, auf. Ein starkes Reizmittel fürwahr. Wem aber ist es zugebracht? Offenbar jenen Kreisen, die die Institution der Arbeiter- und Soldatenräte in England eingeführt haben. Es scheint, daß diese Strömung doch keine unbeachtliche Größe ist, vielmehr ist sie schon jetzt stark und kann morgen reißend werden. Dieser Strömung wirft sich Lloyd George mit ausgebreiteten Armen entgegen, aber seine Wucht kann den Eindruck nur verstärken, daß es ihm darum zu tun ist, gegen eine drohende Gefahr anzukämpfen. Es ist die Gefahr, daß England, das bereits allem Kriegsenthusiasmus entsagt hat, unter den entscheidenden Einfluß der Faktoren gerät, die den Kriegsgedanken mit voller Ueberzeugung und mit den Methoden der extremsten russischen Revolutionäre bekämpfen. Die Rede Lloyd Georges ist eine Kriegsrede, aber der Mann, der die ausgreifenden Gesten des überzeugten Agitators macht, hat schlotternde Knie.

Ueber die Rede Lloyd Georges wird aus London telegraphisch berichtet:

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Bureau: J. Brückner, D. Schönbauer, J. Nagy, J. J. & Co., Geb. Leopold, Ant. Hezel, Rudolf Messo, Jul. Tenzer, Ludwig Hegel, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 18. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anzeigen für den Pester Lloyd.

Einzel: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller, Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

64. Jahrgang.

Budapest, Dienstag, 7. August 1917

Nr. 196

Die Rede Lloyd Georges und der Friede.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Es muß sehr arg um die Entente bestellt sein, viel ärger, als wir es in unseren vorsichtigen Schätzungen bisher annahmen. Das ist die einzige logische Erklärung für die Rede, die Lloyd George in der Queens Hall gehalten hat. So spricht nicht ein von seinen Einbildungen und Gefühlen hingerissener Fanatiker, dem man noch die Lüge als bloße Selbstbelugung anrechnen und verzeihen könnte. So spricht ein Abenteurer, der den Ton der Leidenschaft nachspricht, dabei aber in völliger Herzenskälte nach jedem Mittel greift, um aus seiner verzweifeltten Lage herauszukommen. Warum aber ist Lloyd George so verzweifelt? Auch dies verrät die Rede dem, der sie auf ihre psychologischen Hintergründe hin durchspricht. Die militärische Lage allein, so trostlos sie sich ausnimmt, vermöchte Lloyd George noch nicht zu beugen; über Niederlagen sind die englischen Minister noch immer mit der Versicherung hinweggegangen, daß das Glück in einigen Monaten oder auch Jahren sich wenden werde. Aber das ist es eben: so bequem können es sich englische Minister nicht mehr machen, mit so fernem Ausblick lassen sich die unter ihrer Führung leidenden Menschen nicht mehr trösten. Verzweifelt ist Lloyd George über den inneren Feind in England, in allen Ententeländern, über die Leute, die, wie er sagt, mehr daran denken, den Krieg zu beendigen als zu gewinnen. Es muß sehr viele Leute solcher Art in der Entente geben, so viele, daß sich ein Lloyd George bereits mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität und seiner Ueberredungsgabe gegen sie stemmen muß. Vielleicht ist es nicht übertrieben, wenn wir behaupten, daß die Stimmung in den Ententestaaten derart beschaffen ist, daß sie die an der Kriegsförderung schuldigen Staatsmänner hinwegzujagen droht. Wäre das ein Wunder? Wie ist denn an der Schwelle des vierten Kriegsjahres die Lage, die die Ententevölker erschauen müssen?

In Rußland steht es so, daß selbst ein Lloyd George nicht mehr magt, täuschende Nebensarten anzuwenden, und daß er sich, was diesem bedenkenlosen Hezer nachgerade nur in den Stunden äußerster Not widerfährt, mit der Wahrheit zu helfen sucht. So ist noch nie, seit es Bündnisverträge in der Geschichte gab, von einem Verbündeten über den anderen gesprochen worden. Wenn die Russen das Bild ihrer Zustände, hingemalt mit den trassen Pinselfrichen des englischen Premiers, vor Augen bekommen, dann muß sie Entsetzen ergreifen. Lloyd George bekennt über Rußland die Wahrheit, weil sich da wirklich nicht mehr hinter dem Berge halten läßt und weil von der Leichtgläubigkeit schon viel verlangt wird, wenn Lloyd George versichert, von einem Wiedererstehen der russischen Kraft noch zur Zeit der Entscheidungen in diesem Kriege überzeugt zu sein. Frankreichs Stimmung

ist durch einen mutigen Mann im englischen Unterhause jüngst enthüllt worden. Die französischen Minister sind trotz ursprünglicher Zusage der Queens Hall ferngeblieben. Sie haben es vorgezogen, dem Sturm, der ihnen in dem eigenen Lande entgegenschlug, an Ort und Stelle zu begegnen. Die Verschlechterung in der Stellung des Kabinetts Ribot steht zweifellos im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die annexionistischen Geheimverträge. Dem Marineminister erlaubten die Angriffe auf sein Ressort, sich unter einem unpolitischen Vorwand zurückzuziehen und für bessere Lage aufzusparen. Der Minister des Innern Malby blickt dem Kollegen sehnsüchtig nach. Die Sozialisten machen Miene, dem Ministerium die Gefolgschaft zu kündigen. Das französische Volk glaubt nicht mehr an den Sieg. Es hat genug vom Kriege und von den unerträglichen Verlusten, und Ribot, der es nach englischer Vorbild eine Zeitlang mit hochfahrender Rede verjagt, weiß, daß sein Volk auch die englischen Kraft- und Ermüdungsphrasen satt hat und eher zum Widerspruch gereizt wird, wenn man es sie wieder hören lassen will. Auf Amerikas Hilfe zu warten, sind die Ententevölker auch schon zu müde und zu ungeduldig. In Amerika selbst scheint das höchste Kriegsbegeisterung verflohen zu sein, und Lloyd George weiß sie, während seine Kollegen in letzter Zeit Wilson mit niedriger Schmeichelei festzuhalten suchten, nicht anders mehr neu zu entfachen, als durch das Aufspielen des dummen Märchens von Deutschlands Plänen in Südamerika. Und das englische Volk? Nach Lloyd Georges Rede sind wir mehr denn je überzeugt, daß die Friedenssehnsucht des englischen Volkes eine die Hezer beängstigende Stärke erreicht hat. Nicht nur das Volk, auch die Arme will, wie man im Unterhause jüngst zu hören bekam, endlich wissen, wofür die Entente kämpft. Es ist zweifelhaft, ob als Antwort auf die Frage, die Graf Czernin der gequälten Menschheit in den Ententeländern von den Rippen nahm, die Lustlust Lloyd Georges befriedigen kann, daß er den zeitlichen Frieden zurückweise, um für den ewigen Frieden weiterzukämpfen. Auch nach der Verheerung und Irreführung dreier langen Kriegsjahre kann das englische Volk nicht so um alle Vernunft gebracht sein, daß es sich durch das mehr kindische als freche Argument Lloyd Georges für Englands Eintritt in den Weltkrieg sollte gefangen nehmen lassen. England ist nach diesem merkwürdigen Logiker in den Krieg gegangen, weil, ja weil Europa nach drei Kriegsjahren so aussieht, wie es eben aussieht. Halten wir das Bild unserer Erfolge in der erquickenden anschaulichen Schilderung des leitenden Ententestaatsmannes fest: „Sie sehen, was über Europa hereingebrochen ist. Obwohl wir unsere Macht, alle unsere großen Heere und Flotten in den Kampf geworfen haben, Belgien, Serbien, Montenegro, einige der schönsten Provinzen Frankreichs und Rußlands wurden über den Haufen geworfen, verwüstet, gedemütigt, versklavt. Bulgarien und die Türkei

sind elende Vasallenstaaten.“ Sehen wir von den Siebenswürdigkeiten an die türkische und bulgarische Adresse ab, die ja auch nur die Wut bezeugen, daß es den Mittelmächten gelungen ist, so kriegstüchtige Bundesgenossen zu gewinnen und festzuhalten, so bleibt von der ganzen eigenartigen Beweisführung nur die Mitteilung zurück, daß England vor drei Jahren in den Krieg gegangen ist, weil die Mittelmächte und ihre Verbündeten nach drei Jahren als Sieger da stehen! Ja, wir haben dieses Verbrechen begangen, wir haben nicht begriffen, daß wenn England das Schwert erhebt, es unsere Pflicht und Schuldigkeit ist, zur Wahrung seines Prestige ihm den Sieg zu überlassen. Aber nachdem wir uns an Englands Enttäuschung schuldig bekannt haben, müssen wir doch fragen, wie konnte England im August 1914 den Gang der Ereignisse voraussehen? Und wenn es so voraussichtlich war, wie konnte es als der gute Freund aller Länder, deren Schicksal Lloyd George jetzt beweint, über sich bringen, daß diese Entwicklung tatsächlich und nicht bloß in der prophetischen Vorstellung Englands sich vollziehe? Warum hat es, um von anderem zu schweigen, zumindest Italien und Rumänien mit allen Mitteln selbst in den Krieg gezerrt? Ueberhaupt wozu ist es in den Krieg gegangen, warum hat es durch seine dentliche Ermüdung Rußland und Frankreich in den Krieg taumeln gemacht, wenn es doch, um zu verhindern, daß wir all diese verbretcherischen Siege erringen, bloß vom Kriege fernzubleiben brauchte?

Aber freilich behauptet Lloyd George, daß nicht nur die Mittelmächte über Siege verfügen, daß auch England großmächtig gesiegt habe, und zwar eben jetzt in Flandern. Auf den dortigen Schlachtfeldern sind dafür allerdings keine Beweise zu finden. Darum beweist Lloyd George den Sieg durch die Mitteilung einer Voraussage des Generals Haig über das dann tatsächlich eingetretene Ergebnis der Schlacht. Wenn Haig diese Voraussage wirklich gemacht hat, dann wird ihn Hindenburg nicht um seine Bejahenheit beneiden. Aber dem Staatsmann, der bewußt die niederträchtige Lüge von der Berliner Weltkriegskonferenz der Mittelmächte wiederholt, ist ohne weiteres zuzutrauen, daß er auch die anscheinend so beweiskräftige Voraussage des britischen Oberbefehlshabers glattweg erfunden hat. Zehntausende von tapferen Engländern sind in dem Irrglauben, für eine edle Sache zu kämpfen, in Flandern inmitten unermesslicher Schrecken gestorben, und auch die unedle Politik ihrer Staatslenker hat von diesem Massensterben nicht den geringsten Nutzen gezogen. Aber Lloyd George will noch immer seinen Landsleuten einen großen Sieg vortauschen, und um das zu erreichen, stellt er sich als einen gutgelaunten Mann dar, der sich über einen großen Erfolg vom Herzen freut. Die Engländer sollen an den Sieg in Flandern glauben, weil Lloyd George es über das Herz bringt, über das Massensterben in Flandern schlechte Witze zu reizen. Deutsche Soldaten begraben in ehrfürchtiger Menschlichkeit den gefallenen Engländer, der

7. VIII. 1917

Blatt

Preis für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 54.—; monatlich K 4.50; vierteljährlich K 13.50; monatlich K 4.60. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 5.20.

Preis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für England K 18.—, für alle anderen Länder K 22.80. Bei den Postämtern: in Deutschland 12 Mk. 35 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 15 Frk. 50 Cent.

Abonnements-Nummern: Schriftleitung 359, 6332, Haupt-Verwaltung 3665, Versandstelle 1024, Druckerei 3638.

71. Jahrg.**Wien, 7. August.**

Herr Lloyd George hat sich wie Franz Moor niemals mit Kleinigkeiten abgegeben. Die jüngste Rede des englischen Premierministers hat selbst die Kenner der kräftigen oratorischen Kunst des englischen Premierministers in Erstaunen gesetzt, da sie durch ihren unverhüllten Zynismus, ihre lobige Verbitterung, ihre anmaßende Frivolität alle früheren Leistungen des englischen Premierministers in den Schatten gestellt hat. Es hieße der Wahrheit ins Gesicht schlagen, so wie es Herr Lloyd George so gerne tut, wenn man diesem Staatsmanne ein hohes Maß von Temperament, von rednerischer Stärke, von verzweifelter Energie absprechen wollte. Die Ziele, die sich der ehemalige, unbedeutende Waliser Advokat gesteckt, waren immer sehr hohe. Zuerst war sein Ehrgeiz darauf gerichtet, England umzuwälzen und dann genügte ihm auch dies nicht und er wollte die ganze Welt mit sich reißen. Nun aber scheint der Augenblick gekommen zu sein, wo die Macht der Tatsachen sich als stärker erweist als die ungezügelter Kraft und die mächtig aufschäumenden Leidenschaften des englischen Premierministers, und jetzt, da alle seine Pläne zu scheitern drohen, wirft er die letzte Scheu von sich und schreckt nicht vor den äußersten Exzessen einer Redekunst zurück, welche grundlose Verdächtigungen, Beschimpfungen, Verdrehungen und maßlosen Hochmut zu ihren wirksamsten Argumenten zu machen versucht. Herr Lloyd George hat, obwohl ein solches Unterfangen bei einem verantwortlichen Staatsmanne mehr als sonderbar erscheint, eine unwahre Zeitungsnachricht zum Ausgangspunkte einer programmatischen Kundgebung gemacht. Den von den „Times“ erfundenen Kriegsrat, der in Potsdam am 5. Juli 1914 stattgefunden haben soll, und an welchem die obersten deutschen Würdenträger, sowie Erzherzog Friedrich und Graf Berchtold teilgenommen haben sollen, stellte er als geschichtliche Tatsache hin und als Beweis dafür, daß die Zentralmächte, welche in dieser Beratung den Weltkrieg beschlossen hätten, die Schuld an dieser fürchterlichen Katastrophe der Menschheit trügen. Ebenbürtig diesem Ursprunge des Krieges, wie er sich in den Köpfen der „Times“ und des Herrn Lloyd George widerspiegelt, erscheinen die Kriegsziele Deutschlands nach den phantastischen Erzählungen des englischen Premierministers. Wir erfahren zu unserem Erstaunen, daß Deutschland nicht bloß Frankreich und Rußland zerschmettern wollte, sondern daß es auch mit dem Plane umging, sich der griechischen und italienischen Flotte zu bemächtigen und

beständig zweimaliger Zustellung für Wien: monatlich K 4.50 vierteljährlich 13.— halbjährlich 26.—

Für Oesterreich-Ungarn: 2x täglich zweimaliger Postver- sendung monatlich K 5.20 vierteljährlich 15.— halbjährlich 30.—

bei täglich einmaliger Postver- sendung monatlich K 4.50 vierteljährlich 13.— halbjährlich 26.—

Für Deutschland: viertel. Kreuzbandfend. K 18.— und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

Sender des Weltpostvereines: viertel. Kreuzbandfend. K 22.— und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

Einzelpreise für auswärts: Morgenblatt 16 h Nachmittagsblatt 6 h Nachmittagsblatt separat 8 h

ichspost.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

an **Dienstag** den **7. August** 1917

XXIV. Jahrgang

Lawa entfernt.

Reichs- ten Isonzoschlacht?

Seine tapferen Landsleute zwischen den Felsen und Abgründen des Trentino und des Karstes die Freiheitsfahne zum Siege führten", so wird man lächeln und — verstehen. Das sind billige Höflichkeiten, mit denen man nicht allzustreng ins Gericht gehen darf. Daß Lord George, unmittelbar nachdem er sich vor Sonnino und Basci verbeugt hat, es seinen Verbündeten haarklein vorrechnet, daß sie Englands Eingreifen allein zu verdanken haben, wenn sie heute nicht schon allesamt vollständig fortgeblasen sind, ist eine Freundlichkeit, mit der sich auseinanderzusetzen wir den Russen, Franzosen und Italienern überlassen können.

Was Lloyd George während der ersten halben Stunde seiner Rede sagte, waren jedoch alles noch Harmlosigkeiten, waren noch hinnehmbare Zumutungen an die Urteilsfähigkeit seiner Hörer. Aber es kam stärker. „Wollte England“, fragt der Ministerpräsident spakhast, um damit die Friedensliebe Englands zu beweisen, „mit seiner jämmerlich kleinen Armee in Deutschland einfallen?“ Bewahre nein, das wollte es nicht. Es wäre den Briten nicht nur niemals eingefallen, in Deutschland einfallen zu wollen, es wäre ihnen vielmehr überhaupt am liebsten gewesen, wenn sie sich vom Waffenkampfe hätten völlig fernhalten können. Ihr Vorhaben war, solange es sich nur immer aufrecht halten ließ, es den Russen und Franzosen zu überlassen, ihre Haut zu Markte zu tragen. Nur höchst widerwillig und so spät als möglich, als es sich schon nicht mehr anders machen ließ, entschloß sich England, mehr zu riskieren, als die Soldaten der — anderen. Es griff erst ein, als es erkennen mußte, daß Frankreich und bis zu einem fortgeschrittenen Grade auch Rußland und Italien schon ausgeblutet, aus ihnen nichts mehr zu holen war und der Brite, wollte er nicht die Waffen strecken, selbst kämpfen mußte. Er tat es, jedoch nicht so, daß es ihm just auch wohlgefiel. Deshalb sah er sich nach neuen Söldnern um, die ihm die weitere Fortsetzung der eigentlichen mißlichen Kriegesarbeit abnehmen sollen. „Amerika“ hält Lloyd George den Amerikanern vor, wäre ein Jahr nach Abschluß des Friedens in eine hoffnungslose Lage geraten. Wie das geschehen sollte, nachdem Amerika die größte Kriegsindustrie geschaffen und zum Bankier der Welt sich verwandelt hatte, blieb Lloyd George die Antwort schuldig.

Doch hören wir weiter. „Wollte Rußland, das über kein ausreichendes Bahnnetz verfügte, um seine eigenen Grenzen zu verteidigen, in Deutschland einfallen? Hat Frankreich das gewollt, das offenbar nicht vorbereitet war, seine Grenzen zu schützen? Oder tat es Belgien? Oder wollte die serbische Armee nach Berlin marschieren?“ — Gemach. Eines nach dem andern. Darüber, ob Rußlands Bahnnetz ausreichend ausgestaltet war, um eine Offensive nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu ermöglichen, wollte Lloyd George doch den hierfür kompetenten russischen Generalstab urteilen lassen. Dieses wird dem Strategen Lloyd George erwidern, daß allenfalls, dies ist Auffassungssache, die Dichtigkeit der russischen Aufmarsch-Bahnlinien vor Beginn des Krieges vielleicht noch etwas zu wünschen übrig ließ. Eine oberste Grenze dafür gibt es überhaupt nicht. Je mehr Radiallinien zur Grenze führen, desto besser. Es sei zugegeben, daß es der russischen Heeresleitung erwünscht gewesen wäre, insbesondere im asiatischen und auch im östlichen Teile des europäischen Moskowiterraiches über mehr durchlaufende Schienenstränge zu verfügen. Aber Rußland mußte sich diesem teilweisen Mangel gegenüber in der Art zu helfen, daß es schon im Frühjahr 1914 mit den Mobilisierungsarbeiten begann, die westlichen Gubernements mit

Der Dilettant als Kriegskanzler.

Eine militärische Erwiderung auf Lloyd Georges Rede.

Wien, am 6. August.

Der britische Ministerpräsident hat am Samstag vor einer großen Versammlung, in der sich auch zahlreiche Minister, darunter die Herren Sonnino und Basci, befanden, in der Londoner Queenshall über die „allgemeinen Kriegsziele“ des Vierverbandes gesprochen. Vermutlich haben dem Vortrage des englischen Staatslenkers auch Generale beigewohnt. Es ist anzunehmen, daß sie rot wurden bei Anhören dieser militärischen Weisheiten und sich für ihr politisches Oberhaupt, für ihr Vaterland, für den gesamten Verband, vor aller Welt bis ins Innerste ihrer Seele schämten. Man kann sich in das Empfinden der militärischen Zuhörerschaft Lloyd Georges hineindenken. Patriotismus und Disziplin verboten den anwesenden Offizieren dem Sprecher ins Wort zu fallen und ihn zu beschwören, in dieser seiner Tonart einzuhalten, mit der er sich und das britische Heer vor dem ganzen Auslande bloßstellt. Es ist trostlos traurig, wenn ein Mann, der berufen ist über das Geschick einer Vielzahl von Völkern, die in einem schweren Kampfe stehen, zu gebieten, so entsetzlich laienhafte Auffassungen über die militärische Kriegsführung hegt, die für die große Entscheidung ja doch in erster und letzter Linie den Ausschlag gibt. Aber es wird fast lächerlich, wenn dieser Mann, der das Denken nicht nur Englands, sondern auch aller seiner Verbündeten öffentlich darstellt, seine Unwissenheit auch noch mit größter Unbefangenheit enthüllt.

Daß die jüngste Rede Lloyd Georges der politischen Entstellungen schaler Gemeinplätze voll ist, kann man ihm allenfalls noch zugute halten. Dem Ministerpräsidenten Heben noch die Eierhäuten seiner demagogischen Herkunft an. Auch wenn man aus dem Munde des englischen Kanzlers vernimmt, daß „Sonnino und

8. VIII. 1917

Bethmann Hollwegs Polenpolitik.

Von Justizrat Wagner.

Bei jedem Ministerwechsel in Preußen muß man bei der Unsicherheit und dem wiederholten Wechsel in der Polenpolitik fragen, ob die Politik in der gleichen Richtung fortgeführt oder wieder einmal geändert wird. So geschah es auch, als v. Bethmann Hollweg als Reichskanzler und Ministerpräsident an die Stelle des Fürsten Bülow trat. Der Zweifel, ob Bethmann Hollweg den gleichen Weg gehen würde wie Fürst Bülow, griff sehr bald Platz, weil er die Ausübung der Enteignung, obwohl sie zur planmäßigen Fortsetzung der Ansiedlung notwendig war und von der Ansiedlungskommission gewünscht wurde, hinausshob, bald aus diesem, bald aus jenem Grunde, hauptsächlich aber mit Rücksicht auf die österreichischen Delegationen, bei denen die Polen ein großes Wort führten. Dann sprach Bethmann Hollweg selbst. Auf ein Begrüßungstelegramm des Deutschen Ostmarken-Bereins aus Posen, dankte er durch eine Depesche und setzte hinzu: „Ich freue mich, daß die Ostmärker durch die aus der Luft gegriffenen Gerüchte über einen angeblichen Wechsel in der Ostmarkenpolitik der Regierung sich nicht beirren lassen und gesonnen sind, in Einigkeit und Hand in Hand mit der Regierung auf dem alten Wege fortzuschreiten. Nunquam retrorsum.“

Das war im Jahre 1911. Und wie sieht es heute aus, nach kurzen sechs Jahren? Der um den Schutz des Deutschtums hochverdiente Oberpräsident v. Waldow ist längst von seinem Posten in Posen geschieden. Sein Nachfolger v. Eichenhart versucht es, durch Entgegenkommen die Polen zu gewinnen. Die Regierungspräsidenten in Posen und Bromberg sind unter dem Beifall der polnischen Presse entlassen, ebenso der Schulrat Walschow und der Landrat Neumann. Dagegen wurde der Erzbischofstuhl von Posen-Gnesen, der jahrelang verwaist war, weil man früher einen Polen nicht wollte und einen Deutschen nicht fand, mit einem polnischen Erzbischof besetzt, und auch Weihbischof der Diözese Kattin, sonst stets ein Deutscher, wurde ein Pole. Der § 13a des Ansiedlungsgesetzes kam nicht mehr zur Anwendung. Der Minister v. Breitenbach hat sogar versprochen, daß den Polen zur Ansiedlung Staatsbeihilfen gewährt werden sollen. Der Sprachenparagraf des Vereins- und Versammlungsrechts wurde aufgehoben, ein Gesetzentwurf zur Aufhebung der Enteignung ist dem Herrenhause vorgelegt. Höchstwahrscheinlich wurde auch ein Gesetz ausgearbeitet, das die Schutzmaßnahmen, die durch die Besitzbefestigung deutscher Bauerngüter geschaffen sind, unwirksam machen sollte. Aber auch die Grundlagen der deutschen Volksschulen sind erschüttert, der polnischen Unterrichtssprache ist ein größerer Platz eingeräumt, und es schweben Erwägungen, polnische Staatsschulen in Preußen zu errichten, eine geradezu unerhörte Neuerung. Damit sind so ziemlich alle Dämme niedergedrungen, die in jahrelanger Arbeit von Bismarck und Bülow gegen die Polenslut aufgerichtet sind. Der Schutz der Deutschen gegen das festorganisierte und zielbewußte deutschfeindliche Polentum ist aufgegeben. Ist das der alte Weg, den Bethmann Hollweg zu gehen versprach? Ist dies das Nunquam retrorsum, wie er beteuerte? Sodann aber hat v. Bethmann Hollweg auch das Königreich Polen geschaffen; die Verantwortung dafür kann er auf andere nicht abschieben. Der Polenstaat, der durch deutsches Blut den Russen abgenommen war, wird durch deutsche Offiziere und Beamte eifrig ausgebaut, eine Gegenleistung von den Polen nicht verlangt. Zum mindesten hätte man doch einen vorbehaltlosen Verzicht auf die deutsche Ostmark verlangen müssen und gleich von vornherein das staatsrechtliche Verhältnis des neugeschaffenen Königreiches zum Deutschen Reich festlegen müssen. Zur Sicherung dieser bedeutamen deutschen Interessen ist nichts geschehen. Bethmann Hollweg baute allein in „vertrauensvoller Hoffnung“ auf den guten Willen der Polen.

Was hat Bethmann Hollweg mit seinem schrankenlosen Entgegenkommen gegen die Polen beabsichtigt? Vielleicht wollte er bei Beginn des Krieges einen Zwiespalt mit den Polen vermeiden, der die Feinde ermutigen konnte. Dann ist er aber viel zu weit gegangen, denn es geht nicht an, um augenblicklich Ruhe zu haben, die ganze Zukunft zu verkaufen. Auch trifft es nicht zu; denn der Umschwung in der Polenpolitik begann mit der Ernennung eines neuen Oberpräsidenten in Posen, der es sich von Anfang an angelegen sein ließ, eine Versöhnung mit den Polen zu suchen. Das war lange vor dem Weltkriege. Man kann daher nur annehmen, daß Bethmann Hollweg, nach dessen Anweisung doch

Der Brief Kaiser Wilhelms an Präsident Wilson

Sp. London, 7. d. (Reuter.) Der Text des Briefes, den der deutsche Kaiser an Präsident Wilson am 10. August 1914 übersandt, und den Gerard am gleichen Abend telegraphiert hat, ist in extenso folgender: 1. Prinz Heinrich wurde vom König Georg V. empfangen, der ihm mündlich auftrug, mir zu sagen, daß England neutral bleibe im Falle, daß ein Krieg auf dem Kontinent zwischen Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn ausbrechen sollte. Diese Botschaft wurde mir durch meinen Bruder von London nach seinem Gespräche mit dem König telegraphiert und wurde mir am 29. Juli mündlich wiederholt.

2. Mein Botschafter in London teilte die von Sir Edward Grey nach Berlin gesandte Botschaft mit, welche besagt, daß England nur eingreifen würde, wenn Frankreich vernichtet würde.

3. Mein Botschafter in London meldete am 30. Juli, daß ihm Sir E. Grey im Verlaufe einer besondern Unterredung erklärt habe, daß, wenn der Konflikt auf Rußland (nicht Serbien) und Oesterreich beschränkt bliebe, sich England nicht rühren würde. Doch wenn wir uns in den Krieg einmischen würden, würde es einen schnellen Entschluß fassen und weittragende Maßnahmen treffen, d. h. wenn ich das mit verbündete Oesterreich sich allein schlagen ließe, würde England mich ruhig lassen.

4. Da diese Mitteilung vollständig der Botschaft zuwiderließ, welche mir der König mitgeteilt hatte, telegraphierte ich S. M. am 20. oder am 30. Juli dies, danke ihr für die von meinem Bruder überbrachte liebenswürdige Botschaft, und bat ihn, seinen ganzen Einfluß zu verwenden, um zu verhindern, daß Frankreich und Rußland Kriegsvorbereitungen treffen, welche mich in meinen Vermittlungsanstrengungen verhindert haben würden. Ich fügte hinzu, daß ich mit dem Zaren in ständiger Verbindung stehe. Der König antwortete mir im Laufe des Abends in liebenswürdiger Weise, daß er seiner Regierung die Weisung gegeben habe, ihren ganzen Einfluß auf ihre Alliierten auszuüben, um zu verhindern, daß sie irgend welche provozierende militärische Maßnahmen treffen. S. M. fragte mich gleichzeitig an, ob ich die Uebermittlung des englischen Vorschlages nach Wien, nach welchem Oesterreich Belgrad und einige andere serbische Städte beschlagnahmen sollte, annehme. Außerdem sollte Oesterreich sich in den Besitz eines Terrainstreifens als Faustpfand setzen, um eine Garantie für die andern schriftlich niedergelegten serbischen Versprechen zu haben. Dieser nämliche Vorschlag wurde mir im gleichen Moment von Wien für London telegraphiert in vollständiger Uebereinstimmung mit dem englischen Vorschlage. Außerdem hatte ich die Mitteilung dem Zaren von mir aus telegraphiert, bevor ich sie von London oder Wien erhalten hatte.

5. Ich übermittelte sofort die Telegramme vice-versa Wien und London. Ich fühlte, daß ich so die Ereignisse verzögern konnte und ich freute mich in der Voraussicht, daß die Frage friedlich geregelt werden könnte.

6. Während ich am folgenden Tage die Note an den Zaren vorbereitete und ihn benachrichtigen wollte, daß Wien, London und Berlin sich über die einzuschlagenden Schritte verständigt hätten, telephonierte mir der Kanzler, daß der Zar die vorhergehende Nacht die vollständige Mobilisation der russischen Armee befohlen hatte, was natürlich gegen Deutschland gerichtet war, weil bis anhin die Armeen des Südens gegen Oesterreich mobilisiert worden waren.

7. Mein Botschafter in London benachrichtigte mich telegraphisch, daß er zu wissen glaube, daß die englische Regierung die Neutralität Frankreichs garantiere und er zu erfahren wünsche, ob sich Deutschland jedes Angriffes enthalten würde. Ich telegraphierte persönlich dem Könige, daß die Mobilisation nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, da sie schon angeordnet worden sei, doch wenn S. M. die Neutralität Frankreichs mit seinen Streitkräften garantieren könne, würde ich auf den Angriff auf Frankreich verzichten und es beiseite lassen. Meine Truppen würde ich sonstwo verwenden. S. M. antwortete, daß sie glaube, daß mein Vorschlag auf ein Mißverständnis begründet sei, und daß, soweit ich weiß, Sir Ed. Grey mein Anerbieten nie ernst genommen hat. Er gab weiter keine Antwort und erklärte statt dessen, daß England die Neutralität Belgiens verteidigen müsse, die Deutschland aus

strategischen Gründen verletzen mußte, weil man schon benachrichtigt worden war, daß Frankreich Vorbereitungen treffe, um in Belgien einzumarschieren, und weil der König von Belgien mein Gesuch um freien Durchzug zurückgewiesen hatte, obwohl ich die Unabhängigkeit seines Landes garantierte. Ich bin dem Präsidenten für seine Botschaft sehr dankbar." (gez.) Wilhelm I. R.

Gerard erzählt hierauf, wie er beim Kaiser eine Audienz verlangt habe, um ihm Kenntnis zu geben von dem Angebote Wilsons, daß er zwischen den kriegführenden Mächten vermitteln wolle. Wilhelm II. empfing ihn im Garten seines Palastes in Berlin. Während der Audienz setzte der Kaiser das an Wilson gerichtete Dokument selbst auf und bat Gerard, es zu telegraphieren. Während des gleichen Nachmittages suchte eine in Deutschland sehr hochgestellte Persönlichkeit Gerard auf der Botschaft der Vereinigten Staaten auf und bat ihn, im Interesse der guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, die Botschaft des Kaisers an Wilson nicht zu veröffentlichen, was Gerard annahm.

Gerard macht hierauf folgenden Kommentar zur Botschaft des Kaisers:

In diesem interessanten Dokument tritt vor allem die Verletzung der Neutralität Belgiens zutage, dessen Gebiet nach den Worten des Kaisers von Deutschland aus strategischen Gründen verletzt werden mußte. Man fügt die schwache Entschuldigung hinzu, daß man benachrichtigt worden sei, daß Frankreich seinen Einmarsch in Belgien vorbereite, ohne nur die Spur von einem Beweis zu haben, daß von seiten Frankreichs vor der Invasion des unglücklichen Landes durch Deutschland eine vorangehende Grenzverletzung begangen worden sei.

Der „Daily Telegraph“ bringt mehrere Mitteilungen des früheren Botschafters Gerard, der sich namentlich über die in der Nacht vom 7. Oktober 1914 in einem Nebengebäude der amerikanischen Botschaft in Berlin vorgenommene Haussuchung schwer beklagt. Die Amerikaner hatten die Hilfeleistung für jene englischen Zivilpersonen übernommen, die bei der Eröffnung der Feindseligkeiten in Berlin zurückgehalten worden waren. In dem früheren britischen Konsulatsgebäude hatten die Amerikaner ein Hilfsbureau eingerichtet, auf welchem mit Erlaubnis des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen englische Untertanen beschäftigt wurden. Am 2. Oktober war der zweite Sekretär der amerikanischen Botschaft, Harvey, Zeuge einer von Berliner Polizisten vorgenommenen Haussuchung in dem erwähnten Nebengebäude. Die Angestellten, Männer und Frauen, wurden verhaftet; Papiere und Bücher wurden beschlagnahmt. Am andern Morgen fand an Ort und Stelle eine Untersuchung statt, wobei es sich herausstellte, daß die Haussuchung auf Weisung des Staatssekretärs des Auswärtigen stattgefunden hatte. Gerard besag sich darauf nach dem Ministerium des Auswärtigen, wo ihm von den dortigen Beamten mitgeteilt wurde, daß der Befehl nicht von ihnen ausgegangen sei. Immerhin entschuldigte man sich gegenüber der Botschaft. Als sich Gerard an die Militärbehörde der Kommandantur wandte, wurde ihm am 10. Oktober der Bescheid zuteil, die Haussuchung sei auf Weisung des Ministers des Auswärtigen und des Marineministers vorgenommen worden. Nun ist aber allgemein anerkannter Grundsatz, daß Bücher und Schriftstücke einer Botschaft, einschließlich derjenigen Dokumente, welche dieser Botschaft von einer fremden Nation vorübergehend anvertraut sind, nicht angetastet werden dürfen. Der Minister des Auswärtigen sah dann ein, daß er eine Ungehörigkeit begangen habe und Zimmermann ersuchte Herrn Gerard, den Zwischenfall zu vergessen, was Gerard versprach. Gerard vergleicht die Haltung der deutschen Regierung mit derjenigen der amerikanischen Regierung, welche die Dokumente von Igel's, der in den Vereinigten Staaten Spionage für Deutschland getrieben hatte, nicht beschlagnahmen ließ. Als dann das Treiben Igel's bekannt wurde, verwahrte sich der deutsche Botschafter gegen die Beschlagnahme der Papiere mit der Begründung, von Igel's sei Angestellter der deutschen Botschaft in Washington.

Sp. Paris, 7. d. Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit den Enthüllungen des früheren Botschafters der Vereinigten Staaten in Berlin. Sie erblicken darin eine überzeugende Bestätigung der schlimmsten Absichten des deutschen Kaisers, der Mitschuld der deutschen Regierung an dem Ultimatum gegen Serbien, endlich der Bemühungen der Deutschen, England zur Neutralität im Weltkriege zu veranlassen. Die deutschen Intrigen seien jedoch an der Vernunft und am Patriotismus der Engländer gescheitert.

Gerechter und gerechtfertigter Krieg.

Von Hofrat Prof. Dr. Lammasch.*

Da in vielen Fällen die Frage, auf welcher Seite das Recht im Kriege ist, nicht klipp und klar beantwortet werden kann, wie ja auch bei privaten Zwistigkeiten, wie zum Beispiel bei Ehegatten oder sonstigen Familienangehörigen, die Schuld häufig eine geteilte ist, ist es nicht zu verwundern, daß das Völkerrecht, als es von den Höfen religiöser und philosophischer Betrachtung in die Niederungen der Wirklichkeit hinabstieg, die Frage nach der Gerechtigkeit eines Krieges immer mehr ausschaltete. Ein Fortschritt der Menschheit ist dies aber nicht gewesen. Noch Hugo Grotius lehrte ausdrücklich (L II, cap. 1 und 22), daß gerechte Ursache des Krieges einzig das erlittene Unrecht sei, und beruft sich dabei auf Augustinus. Aber selbst *ex justis causis* (aus gerechter Ursache) dürfe der Krieg nicht leichtsinnig (*non temere*) unternommen werden. (L II, cap. 24.) Von leichtfertigen Kriegen abzunehmen, ist der Hauptzweck seines Werkes „*De jure belli ac pacis*“. Während er mit Schrecken wahrnahm, aus wie geringfügigen Ursachen man in seiner Zeit oft zum Kriege schritt, und wie im Kriege alle Sünden vor dem göttlichen und menschlichen Recht schwinde, wollte er zeigen, daß es unter den Staaten ein gemeinsames Recht gebe, das sowohl für den Krieg als auch im Kriege gelte (*esse aliquod inter populos jus commune, quod et ad bella et in bellis valeret*, Prolegomena § 29 f.). Aus der heutigen Wissenschaft aber ist das „*Jus ad bellum*“ (Recht zum Kriege) verschwunden. Das Völkerrecht nimmt den Krieg als geschichtliche Tatsache hin, ohne die Rechte der Belligerenten nach Recht oder Unrecht zur Kriegsführung zu differenzieren.

Gewiß nur ein Geist, wie der von Laplace an einer berühmten Stelle postulierte, nicht aber der unserer Diplomaten, vermöchte zu sagen, welcher Krieg materiell gerecht und welcher Krieg materiell ungerecht ist.

Ganz etwas anderes ist es aber, zu erkennen, ob ein Staat, bevor er zum Schwert greift, alles getan habe, was von ihm verlangt werden kann, um die friedliche Beilegung seiner Differenz mit einer anderen Macht oder einen billigen Ausgleich ihrer kollidierenden Interessen zu erlangen. Kann aber von einem souveränen Staat in dieser Beziehung überhaupt etwas verlangt werden? Wer kann verlangen? Und was kann verlangt werden? Ist nicht jeder Staat Herr über die Entscheidung, ob und wann er Krieg führen will? Kann ihm ein anderer in dieser Entscheidung hinein-

* Aus dem bereits einmal erwähnten neuen Buche Prof. Lammasch' „Das Völkerrecht nach dem Kriege“ (Christiania, R. Ascheboug & Co.), das in unserem Buchhandel demnächst erscheint, sind wir in der Lage, unseren Lesern obiges Kapitel vorzulegen, das eine wichtige Frage der Verhütung von Kriegen darstellt. Prof. Lammasch' Buch gehört zu den wenigen österreichischen Kriegsschriften, deren Bedeutung über Oesterreich und über den Krieg hinausreicht. (L. A. R.)

reden? Die Erfahrungen der letzten Zeiten haben nur gezeigt, daß ein Krieg, dessen unmittelbarer Anlaß nur zwei oder drei Mächte betreffen mag, die Tendenz hat, auch noch andere mit sich fortzureißen, und daß ein Krieg von solcher Ausdehnung wegen der Größe des Uebels für die gesamte Staatenwelt alle Mächte berechtigt, boneinander so viel Rücksicht zu fordern, daß sie nur dann zu ihm als dem letzten, dem allerletzten Auskunfts- mittel schreiten, wenn sie vorher alle anderen Mittel ernstlich versucht und wenn diese sich als unzureichend herausgestellt haben. Darum haben die an einem Konflikt nicht unmittelbar beteiligten Mächte einen zwar nicht juristischen, aber moralischen Anspruch darauf, mit ihren Vermittlungsvorschlägen gehört zu werden, und können den weiteren Anspruch erheben, nur dann einen Krieg zwischen anderen Staaten als gerechtfertigt ansehen zu müssen, wenn diese ihre Vorschläge ernstlich in Erwägung gezogen wurden. Allerdings kann man, nach der heutigen Auffassung des Souveränitätsbegriffes, nicht sagen, daß irgendwelche Staaten anderen gegenüber ein Recht hätten, ihnen die Führung eines Krieges absolut zu verbieten. Noch immer gilt der Satz Bynkershoofs „*Ut iniquum est principem ad bellum cogere, ita et ad pacem*“. (Es nicht etwa anzunehmen, wohl aber sie anzuhören und ernstlich in Erwägung zu ziehen. Ist es nützlich und wünschenswert (Art. 3), daß die Unbeteiligten ihre Vermittlung anbieten, so verletzt die Partei, die sich weigert, deren Vorschläge auch nur anzuhören, ihre Pflicht gegenüber den zur Vermittlung berechtigten Mächten, deren Intervention ja, wie auf Nigras Antrag beschlossen wurde, niemals als unfreundlicher Akt angesehen werden darf. (Art. 3, Absatz 3.) Mit vollem Recht hat daher die Konferenz 1899 den völlig unlogischen Antrag Weltowitsch abgelehnt, als Gegenbild zu jenem Antrag Nigras, ausdrücklich anzusetzen gleich unbillig, einen Fürsten zum Kriege wie zum Frieden zu zwingen.) Wohl aber kann man, wie ja auch in der Haager Friedensakte von 1899, Art. 3, anerkannt wurde, ihnen das Recht nicht absprechen, dem im Streit befindlichen Staat ihre Vermittlung oder ihre guten Dienste anzubieten, und zwar in solcher Weise und unter solchen begleitenden Umständen anzubieten, daß dieses Anbot nicht von vorn herein in den Wind geschlagen werden kann. Dem Recht des Unbeteiligten, seine Vermittlung anzubieten, muß die Pflicht der Streitparteien entsprechen, die Vermittlungsanträge sprechen, daß auch die Ablehnung einer angebotenen Mediation niemals als unfreundlicher Akt angesehen werden dürfte. Während man bisher das Anbieten einer Vermittlung vorwiegend als einen den Streitlustigen erwiesenen „guten Dienst“ auffaßte, ist bei dem heutigen Weltzustand das Recht auf das eigene Interesse jener Mächte, die den Weltfrieden erhalten wollen, gegründet. Wenn die Neutralen es früher noch nicht wußten, so hat dieser Krieg ihnen die Augen darüber geöffnet, daß sie von einem zwischen Großmächten geführten Krieg nicht unberührt bleiben können. Die Vorstellung, der Krieg berühre bloß die Belligerenten selbst und sei für alle anderen Staaten eine *Res inter alios acta* (eine Sache, die zwischen anderen spielt), ist völlig unrichtig. Auch Abyssinien und Liberia sind von den Folgen des gegenwärtigen Krieges gewiß nicht ganz unbetroffen geblieben. Vollends haben die Mächte, die im vollen Weltverkehr stehen, wirtschaftliche Schäden erlitten, die nicht viel geringer sind als die manchen Kriegen der Vergangenheit. Insbesondere durch die Unterbindung des Verkehrs auf dem Meere haben sie die schwere Einbuße ihrer Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr erlitten und sind dadurch in Krisen hineingezogen worden, die den Erwerb und Nahrungsstand von Millionen beeinträchtigt haben. Die Mobilisierung fast aller Armeen Europas hat auch den neutralen Staaten enorme Kosten verursacht und tief in die Verhältnisse der Familien, deren Erwerb und Beruf eingegriffen. Zahlreiche Angehörige neutraler Staaten, die bisher in den Gebieten der Kriegführenden friedlich ihrem Erwerb oblagen, sind durch die Störungen in der Wirtschaft dieses Staates auch in ihren Verhältnissen schwer betroffen worden, Familienbände und Geschäftsverbindungen, die man für unlösbar gehalten hatte, sind aufs schmerzlichste zertrissen worden. Bürger neutraler Staaten sind wegen der Identität oder der Ähnlichkeit ihrer Sprache mit jener eines der Belligerenten mißhandelt worden, Kapitalanlagen von Neutralen in den Kriegsgebieten sind zerstört worden usw. Erst nach Abschluß des Krieges wird dessen schreckliche Bilanz gezogen werden können, nicht bloß für die Kriegsparteien, sondern auch für die Neutralen.

Für Amerika hat dies erst jüngst Murray Butler gesagt: „Es ist ein Unsin, zu sagen, daß das amerikanische Volk auf der anderen Seite der Erde lebe und daß das Drumter und Drüber es nicht berühre. Man frage den Baumwollpflanzer des Südens, den Arbeiter in den Kupfergruben des fernem Westens, den Holzfaller in Pugetund, den Hafenarbeiter in New-York, Baltimore oder New-Orleans, den Börsemann in Wallstreet, Statestreet oder Nassallestreet, ob er wisse, daß in Europa Krieg ist, und merke auf seine Antwort. Man frage den Jünger des internationalen Rechtes, den Erforscher der politischen Ethik und der Heiligkeit der Verträge oder den überausen Anhänger bürgerlicher Freiheit, ob die Vereinigten Staaten ein Interesse an diesem Kriege haben, und man merke auf seine Antwort.“ Und für Chili hat dessen Vertreter am Internationalen Ackerbauinstitut in Rom M. Albinate erklärt, die finanziellen Konsequenzen des europäischen Krieges seien für sein Vaterland so schwere, daß es zur allergrößten Sparsamkeit genötigt und nicht mehr imstande sei, den bisherigen Jahresbeitrag von 40.000 Franken zu leisten, sondern bis auf weiteres um Einreißung in die zweite Klasse

Post.

Bezugspreise
 betätigt zweimaliger Zustellung
 für Wien:
 monatlich K 4.50
 vierteljährlich 13.—
 halbjährlich 26.—

Für Oesterreich-Ungarn:
 bei täglich zweimaliger Postver-
 sendung
 monatlich K 5.20
 vierteljährlich 15.—
 halbjährlich 28.—

bei täglich einmaliger Postver-
 sendung
 monatlich K 4.50
 vierteljährlich 13.—
 halbjährlich 26.—

Für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 16.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufliegender Postzeitungsliste.

Bänder des Weltpostvereins:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 22.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufliegender Postzeitungsliste.

Einzelpreise für auswärts:
 Morgenblatt 16 h
 Nachmittagsblatt 6
 Nachmittagsblatt separat 8

reich-Ungarns.

1917

XXIV. Jahrgang

von Focsani. es an der Isonzofront.

zwischen Rußland und den Mittelmächten noch immer ein dringendes Gebot voraussehender Staatsklugheit für jedermann, der nicht bloß „fortwursteln“, sondern wirklich Politik machen will.

Sat ein Lebensinteresse der Mittelmächte ein unabhängiges Polen geschaffen, so ist darin die beste Gewähr enthalten, daß diese Zusage auch erfüllt werden wird. Den striktesten Beweis hierfür bildet die Frage der Sonderstellung Galiziens. Wenn auch hier ein kaiserliches Versprechen bestand, wenn auch hier sich eine zahlreiche deutsche Partei für die Erfüllung desselben einsetzte, die Erledigung wird aufgeschoben, weil allzuvielerwiderstrebende Interessen dagegen sprechen. Den Schlüssel bildet also in erster Linie gegenseitiges Interesse. Und was liegt im Interesse der Polen, wenn selbst von ihrer traditionellen Dankbarkeit und Anhänglichkeit an das Kaiserhaus, in welchen bereits zwei Generationen in Galizien erzogen worden sind und nun die dritte emporkommt, abgesehen werden sollte? Die Polen haben mit Julius Andrássy den Anschluß Polens an Oesterreich und damit die Schaffung einer realistischen Monarchie stets ersehnt und befürwortet. Vom Kriegsausbruch angefangen, bis zu den Bauernversammlungen im Generalgouvernement Lublin im Jahre 1916 und der Vollversammlung in Krakau von Pfingsten 1917 war stets der Blick der Polen auf Oesterreich gerichtet. Wenn jemand Namen von Politikern nennen wollte, die anders denken, so möge daran erinnert werden, wie viele Deutsche während der Napoleonischen Freiheitskriege direkt auf Seite des Feindes waren, nicht bloß mit ihren Empfindungen, sondern auch mit ihren Waffen. Das Gros der Polen war — und ist noch immer, trotz alledem — auf Seite Oesterreichs. Trotz alledem? Es ist von mancher Unbill schon viel gesagt worden und ich will nicht unnötigerweise Refrimationen wiederholen, aber am wehesten tut mir das den armen Bewohnern Galiziens, Polen und Ruthenen zugefügte Unrecht des durch den Krieg verwüsteten Landes, in dem die Regierung in Widerspruch mit dem Beispiel Ungarns in Siebenbürgen und Deutschlands in Ostpreußen den Einwohnern nach langem Warten nur einen geringen Teil des durch den Krieg erlittenen Schadens ersetzte und die Bezahlung der vorgenommenen Requisitionen noch immer aufschiebt. Die Reichen mögen warten, wenn es nicht für alle reicht — dem Bauer und Arbeiter, der kein Obdach hat, gebührt sofortige Hilfe, Schutz, Nahrung. Die Zentralwirtschaft hat sich in Galizien am fühlbarsten gemacht und spottet jeder Beschreibung. Es sind die Wähler der Polnischen Volkspartei, welche am verbittertesten sind und welche Klage führen. War es nicht längst Pflicht der Regierungen, nicht der heutigen bloß, sondern auch der früheren, diesen Zustand sobald als möglich abzustellen, auch ohne direktes Verlangen der Abgeordneten, bloß aus Pflichtgefühl, aus Humanität und aus Liebe zum jungen Kaiser, der selbst für die Feinde des Staates ein mitfühlendes christliches Gefühl an den Tag gelegt hat und der weiß, was das polnische und ruthenische Volk infolge des Krieges gelitten. Ich habe Stimmen gehört und zwar Stimmen von einflussreichen Männern, die lauteten: „Wir werden Galizien doch früher oder später an Polen abgeben, da ist es Schade um jeden Kreuzer!“ Unter solchen Vorwänden wird die Erfüllung elementarer Pflichten verleugnet! Wer wollte so viel Glend, Schreden und Leid ertragen, auch wenn ihm „volle Entschädigung“ gewährt werden sollte? Gibt es hier überhaupt „volle“ Entschädigung? Konnte eine Verständigung mit Ungarn, wenn eine solche notwendig ist, nicht so fort ge-

Die österreichische Staatsidee und die Polen.

Der nachstehende Aufsatz kommt uns von geschätzter polnischer Seite zu. Wir veröffentlichen ihn aus Gerechtigkeit, um unseren Lesern auch eine vom polnischen Standpunkte aus gesehene Betrachtung der gegenwärtigen politischen Fragen zugänglich zu machen. Die Redaktion.

Die Mission Oesterreichs, die nunmehr selbst von den Feinden unseres Kaiserstaates anerkannt wird, verschiedene Völker unter Bewahrung und Hochhaltung ihrer Kultur und Eigenart unter dem milden Szepter der Habsburgischen Dynastie zu vereinigen, sollte bei der Schaffung einer künftigen Umgestaltung Europas vorbildlich werden. Dasjenige, was dem edlen Herzen des verbliebenen greisen Kaisers entsprang, ist nun als die Quintessenz der Staatsweisheit anerkannt worden, nachdem alle Bestrebungen, lebenden Nationen ihr Nationalitätsgefühl zu rauben, sämtlich im Sande verlaufen sind.

Aber ebenso wie die geänderte Regierungsform aus den Russen nicht andere Menschen formen konnte, und unter republikanischem Regime die rüden Kosaken in Stanislaw in ebenso unmenschlicher Weise plünderten und sengten, wie sie dies unter dem „Haren-Väterchen“ zu tun gewohnt waren, so gibt es auch unter uns Oesterreichern so manchen, der mit der den Polen zugesagten Unabhängigkeit unzufrieden, seinem Unmut darüber freien Lauf läßt, ihnen gerne anti-österreichische Intentionen zumutet und von der Einhaltung des den Polen gewährten Versprechens wohl gar eine Schwächung der Mittelmächte befürchtet — bloß deshalb, weil dies seinerzeit so Redensart war und weil dies einige einflussreiche Abgeordnete behaupteten, denen es gelungen war, die Fehler der Politik des Polenklubs der Regierung in einer Weise zu deuten, die ihnen wohl genehm war, aber mit dem wirklichen Sachverhalt nicht in Übereinstimmung stand.

Wenn wir uns jedoch nüchtern an die Tatsachen halten, so ergibt sich uns ein wesentlich anderes Bild der Sachlage.

Bethman-Hollweg hat im Jahre 1915 gesagt: Wir haben an die polnische Frage nicht gedacht, als wir den Krieg begannen — und im Jahre 1916 fügte er hinzu: Wir schaffen Polen, weil dies in unserem Interesse ist. Wer nicht vorausieht, daß eine monarchistische Reaktion in Rußland der allgemeinen Anarchie über kurz oder lang ein Ende machen wird, der sagt vielleicht heute: „Schade, daß wir Polen geschaffen haben, heute fürchten wir Rußland nicht mehr.“ Aber Rußland wird sich konsolidieren, das ist zweifellos, wird mit der Zeit die Erfüllung des Testaments Peter des Großen wieder aufnehmen — und da ist die Schaffung eines Bollwerkes

Die Kriegserklärung Chinas an Oesterreich-Ungarn.

Der provisorische Präsident des Reiches der Mitte hat Donnerstag den einstimmigen Beschluß des Kabinetts genehmigt, Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Krieg zu erklären. So ist also auch China in die Reihe unserer Feinde getreten, ein Staat, welchem gegenüber die Monarchie stets die größte Uneigennützigkeit bewiesen hat. Im Jahre 1912, als von keiner anderen Seite die Bereitwilligkeit gezeigt wurde, der chinesischen Regierung finanziell beizuspringen, hat Oesterreich-Ungarn durch Intervention des österreichisch-ungarischen Gesandten in Peking Dr. von Rothorn zwei Anleihen gewährt. Unsere Uneigennützigkeit ist damals auch voll gewürdigt worden, den erwähnten finanziellen Transaktionen sind weitere unter Führung der Niederösterreichischen Eskomptgesellschaft gefolgt, und unser Handel mit dem chinesischen Reich war in erfreulicher Zunahme begriffen. Der Wert der unter der China-Destination erfassten Ausfuhr Oesterreich-Ungarns nach China hob sich von den je 3,4 Millionen Kronen der Jahre 1911 und 1912 im Jahre 1914 auf fast das Doppelte, auf 6,16 Millionen Kronen. Die Anleihen, um die es sich hier handelt, sind 6 Prozent 300.000 Pfund Sterling Chinesische Schatzbons und 6 Prozent 450.000 Pfund Sterling chinesische Anleihe ex 1912 (Sloba-Anleihen) und drei kombinierte Anleihen ex 1913 im Betrage von 3,5 Millionen Pfund Sterling. Es kann natürlich keinem Zweifel unterliegen, daß China unter dem Drucke der Entente gehandelt hat und daß die chinesische Finanznot des Reiches dabei mitgewirkt haben mag.

In welchem Umfange das Riesenreich seine Selbstständigkeit eingebüßt hat, darüber erfahren wir ab und zu Einzelheiten aus der feindlichen Presse. Sind auch die Meldungen nur spärlich und oft genug einander widersprechend, darin stimmen sie sämtlich überein, daß die wirtschaftliche Lage Chinas bedenklich ist. Dieser Zustand wird verschärft durch die Eifer sucht der Verbündeten untereinander. Im Augenblicke sind es die Vereinigten Staaten und Japan, welche in ihrem Bestreben, die chinesische Republik „friedlich“ zu „durchdringen“, oft genug hart aneinander gerieten.

In „Paris-Midi“ wird die ungünstige Lage Chinas auf die immer heftiger werdenden finanziellen Schwierigkeiten des Landes zurückgeführt. Da aber England und Frankreich nicht in der Lage sind, China mit Geld zu unterstützen, so hat sich die Regierung in Peking Ende vorigen Jahres zum ersten Male an die Vereinigten Staaten gewandt. Indessen hat die von Seite der letzteren gewährte kleine Anleihe das Mißbehagen der alten Ententemächte hervorgerufen und einen formellen Protest der sogenannten Fünfmächtegruppe ausgelöst. Daß in dieser Gruppe die eine der Mächte, Deutschland, nicht mehr vertreten ist, hat jene Gruppe nicht weiter gestört. Nicht so die chinesische Regierung, welche den Einspruch als unberechtigt zurückwies, da ihm jede Grundlage fehle, so lange wie das Fünfmächte-Syndikat nicht vollständig sei.

Diese in Amerika abgeschlossene Anleihe, die durch die Verpfändung der Abgaben auf Tabak und Weine gesichert ist, hat bei den chinesischen Händlern Unzufriedenheit erregt, weil sie sich in ihrer Existenz um so mehr bedroht fühlen, als die aus dem Auslande eingeführten Tabake und Spirituosen einer Zollabgabe von nur 5 v. H. ad valorem unterliegen.

Was die chinesische Staatsschuld anbelangt, so beziffert sie eine englische Statistik auf 172 Millionen Pfund Sterling laut folgender Zusammenstellung:

	Centralregierung:	Provinzen:	Zusammen:
	(in Pfund Sterling)		
England	42,454.000	2,388.000	44,842.000
Deutschland	29,706.000	1,600.000	31,306.000
Frankreich	6,784.000	462.000	7,246.000
Rußland	15,884.000	—	15,884.000
Belgien	2,907.000	21.000	2,928.000
Japan	11,967.000	342.000	12,309.000
Vereinigte Staaten	3,907.000	3,738.000	7,645.000
Verschiedene Länder, darunter auch Oesterreich-Ungarn	44,315.000	5,788.000	50,103.000
	157,924.000	14,239.000	172,263.000

Auf Veranlassung des Finanzministers werden in den Münzen von Tientsin und Nanjing täglich 50.000 Stück Dollarmünzen geprägt. In den Verkehr gebracht werden sie von den Regierungsbanken, die dagegen ihre Noten aus dem Umlauf ziehen. Die Münze von Tientsin stellt ferner Silbergeld von 10, 20 und 50 Cents her, die im Norden des Landes zwar in Zahlung genommen, im Süden aber zurückgewiesen werden, weil man dort ähnliche Münzen nur mit einem namhaften Disagio loswerden kann. Schon vor längerer Zeit hat Japan angefangen, die chinesischen Bronzemünzen für seine Munitionszwecke aufzukaufen und dazu sogar mit Einwilligung der chinesischen Regierung eine besondere Gesellschaft ins Leben gerufen. Der sehr stattliche Gewinn aus diesem Geschäft wird je zur Hälfte zwischen der chinesischen und japanischen Regierung geteilt.

Von Interesse sind die Mitteilungen, die in dem soeben veröffentlichten Verwaltungsbericht der Banque de l'Indo-Chine über die Lage in China enthalten sind. Die trüben Zustände, so heißt es darin, die im letzten Jahre (1915) in den südlichen Provinzen herrschten — namentlich in Kanton — haben auch in der ersten Hälfte 1916 angehalten. Im Laufe des zweiten Halbjahres hat sich eine fühlbare Besserung vollzogen. Die Seidenernernte war sehr gut, man schätzt sie auf 53.000 Ballen, wovon drei

Fünftel nach Lyon, zwei Fünftel nach Amerika gingen. Die im Anfang des Jahres sehr flüchtig gemessenen Kapitalien sind knapp geworden infolge des Ausbruches einer sehr intensiven Geldkrise im nördlichen China. Diese Krise hatte im Süden nicht die anfänglich gefürchtete Rückwirkung. Sie hatte, in maßlosen Silberverkäufen veranlaßt, durch die hohen Preise und die Knappheit des Metalls, ihren Ursprung und wütete besonders in Tientsin und Schanghai. Nach in den ersten Monaten des laufenden Jahres hatten die Kassenbestände der Banken 30 Millionen Taëls betragen, waren aber durch übertriebene Silberverschiffungen nach London und Bombay in kurzer Zeit auf weniger als 15 Millionen gesunken. Die Folge davon war eine schwere Geldkrise, die sich in dem Maße verschärfte, in welchem sich die Geldsäcke versteiften. In Tientsin, und zwar in der französischen Zone, nahm die Lage schnell eine so bedrohliche Zerrung an, daß sie — wir zitieren wörtlich aus dem Bericht der Banque de l'Indo-Chine — „wahrscheinlich durch deutsche Mandover (!) ausgebeutet, den Bankrott der französischen Häuser und den plötzlichen Fortgang fast der gesamten, in diesen Häusern arbeitenden eingeborenen Personale zur Folge hatte. Depotzurückzahlungen fanden statt — namentlich in den französischen Banken“.

Natürlich hat die Erbitterung der Chinesen gegen die Franzosen ihre Ursache in den gewissenlosen Valutaspekulationen der französischen Banken in China, die nur ihrem Profitinstinkt gehorchen, ohne Rücksicht auf die dadurch entstehenden Leiden der Bevölkerung des Landes, dessen Gäste sie sind. Wenn die Sympathien Chinas gehören, mag dahingestellt sein. Den Mächten der Entente gehören sie auf alle Fälle nicht.

Die Dampfer des Oesterreichischen Lloyd „Bohemia“, „Silesia“ und „China“ sind, wie erinnerlich, seinerzeit bei Kriegsausbruch nach Schanghai geflüchtet.

für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.
 Abonnementsbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 70 h.
 monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—,
 zum Abholen in den Filialen, in allen
 Tabak-Handlungen und Vertriebsstellen:
 Monatlich K 3.—.
 Provinz und Ungarn:
 monatl. K 3.40, vierteljähr. K 10.20
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljähr. K 14.40.
 Für alle anderen dem Verlagsverein
 angehörl. Länder: Vierteljähr. K 18.—.
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Reichle
 Wenzelsplatz 97, und in den Filialen:
 Schulstraße 13, Telefon 9191
 I. Baumgartengasse 80, Tel. 40229
 X. Wollanplatz 5, Telefon 58244
 XIV. Wollanplatz 6, Tel. 38123
 XVI. Klausgasse 84, Telefon 34140
 XVII. Badnergasse 22, Telefon 17175
 XXI. Angererstraße 14.
 Für die an fremde Ausländer oder
 Vertriebsstellen bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen

tung

terreich.

r nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

Mazedonien und der Friede.

Von Hermann Wendel, Mitglied des deutschen Reichstages.

Von allen meist sehr gereizten Erwidierungen, die mein Artikel „Kriegszielpolitik und serbische Frage“ hervorgerufen hat, berühren die Ausführungen des Sobranjeabgeordneten Pissan Zankow am sympathischsten, weil sie am sachlichsten und nüchternsten sind. Zu welchen Ungerechtigkeiten und Vertiefungen der Groll darüber, daß nicht überall die Ansprüche Bulgariens auf ganz Mazedonien unbesehen anerkannt werden, manche Leute geführt hat, erhellt aus dem Trinkspruch des Grafen Oberndorff bei einem Festmahl der neugegründeten „Bulgarischen Gesellschaft zur Pflege kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland“. Den oben erwähnten Artikel als „halt- und wertlose Phantasterei“ bezeichnend, sprach der Herr Graf von den Mazedoniern, „für deren Freiheit auch so viel edles deutsches Blut geflossen ist“. Das ist, da das deutsche Volk einen Verteidigungskrieg zum Schutze der eigenen Haut zu führen meint, reichlich starker Tabak, und wenn der Herr Graf einmal in den deutschen Schützengräben seine Weisheit verbreiten wollte, könnte er feldgraue Deutlichkeiten als Antwort erhalten, daß ihm seine Bankettstimmung rasch verginge!

Mit Zankow dagegen ist eine Erörterung nützlich und vielleicht sogar eine Verständigung möglich. Zunächst einmal berührt seine Mitteilung erschütternd, daß man in Bulgarien selbst in Regierungskreisen an eine Abdrängung Serbiens von der Donau „nicht ernstlich“ denke. Nach dem Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte freilich ließ das Kabinett Radoslawow eine Denkschrift im Lande verteilen, in der es klipp und klar hieß: „Noch weitergehende territoriale Versprechungen auf Kosten Serbiens haben uns die Zentralmächte für unsere aktive militärische Mithilfe gemacht. Diese Versprechungen entsprachen unserem Verlangen, längs der Donau eine gemeinschaftliche Grenze mit Oesterreich-Ungarn zu haben.“ Wenn Zankow weiter mögliche Pläne der bulgarischen Regierung, von Serben bewohnte Gebiete an Bulgarien anzuschließen, aufs schärfste verurteilt, so verpflichtet das seine Partei zu einem begrüßenswerten Kampf gegen die Amerisionisten, die sich die Finger nach dem Morawatal lecken, denn selbst soweit die Bewohner dieses Tales nicht ursprünglich Serben waren, sind sie es durch vierzig Jahre Zugehörigkeit zu Serbien ganz gewiß geworden. Und wenn Zankow endlich den serbischen Einschlag der Gegenden um Prijzrenj-Zpef und Weischitina betont und dabei — und zwar im strengeren Sinne mit Recht — bemerkt, daß sie eigentlich außerhalb Mazedoniens liegen, so brauchte er nur diese seine Auffassung dahin zu erweitern, daß ganz Altserbien nicht zu dem von Bulgarien begehrten Mazedonien gehört, um der Verständigung wieder ein Stück näher zu rücken.

Aber nun zu dem umstrittenen Mazedonien und seinen Bewohnern, von denen Zankow behauptet, daß sie Bulgaren seien und sich auch seit alters her für Bulgaren ausgeben. Für die vergangenen Jahrhunderte stimmt das zwar nicht. Es lassen sich, was hier nur mit Rücksicht auf den beschränkten Raum unterbleibt, aus dem fünfzehnten, sechzehnten, siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert eine ganze Reihe von Zeugnissen beibringen, die dartun, daß damals die Mazedonier als Serben angesprochen wurden und sich auch selbst so nannten. Aber darauf mag gar kein übermäßiger Wert gelegt werden, denn entscheidend ist für die Beurteilung unserer Streitfrage die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart. Da ist es richtig, daß sich die Einwohner Mazedoniens auf Befragen häufig als Bulgaren bezeichneten. Es mußte aber schon auffallen, daß sie dabei statt des bulgarischen Ausdrucks Blgari meist das serbische Wort Bugari gebrauchten. Man bildeten aber mindestens bis zum Jahre 1878 Serben und Bulgaren keine nationalen Gegensätze, sondern betrachteten sich freundschaftlich als Zweige ein und desselben Stammes. Wenn also ein Serbe Grund hatte, sich Bulgare zu nennen, konnte er es, bei der engen Verwandtschaft der beiden Sprachen, ohne Gewissensbedenken tun. Den Grund aber lieferte häufig die Tatsache, daß der Serbe kühner, aufständiger, rebellischer und deshalb dem türkischen Herrn auch verdächtiger und verhaßter war als der Bulgare,

der durch all die Jahrhunderte Osmanenherrschaft stumpf und geduldig das fremde Joch auf dem Nacken trug. Wollte der Mazedonier also bei den Eroberern des Landes gut angeschrieben sein, so gab er sich als Bulgare aus, und diese Mimikry wurde schließlich auch dort zur Gewohnheit, wo es nicht nötig war, hatte aber mit bulgarischem Nationalgefühl ganz gewiß nichts zu tun. Ebenso stellte die Bezeichnung Bulgare bis zur Errichtung des Erarchats in den südslavischen Balkangegenden oft eine soziale statt einer ethnischen Tatsache fest. Selbst in der Gegend von Sarajevo, wo doch gewiß reinblütige Serben wohnen, bezeichnete man die unterste, mühselig schaffende, stumpfsinnig dahindämmende Schicht der leibeigenen Rajah als Bugarin. In welchem Sinne das Wort gebraucht wurde, geht auch aus den Versen des serbischen Volksliedes hervor:

Jednak svladschi svilu i kadivu
 Pa ponese budak na ramenu
 I obladschi bugarsko haljino
 Udschini se golema sirota.
 (Jemand wirft ab Seide und Samt
 und nimmt die Hade auf die Schulter
 und zieht an bulgarische Kleider,
 macht sich zum armen Teufel.)

Für ein bulgarisches Nationalgefühl der Mazedonier beweist das nichts.

Aber Zankow geht auch auf das schwierige Kapitel der mazedonischen Sprache ein, die er für eine bulgarische Mundart hält, und zwar hauptsächlich wegen des Artikels. Nun ist es richtig, daß in Mazedonien der Artikel vorkommt, den die serbische Sprache nicht kennt, aber er wird einmal weit seltener angewendet als im Bulgarischen, und dann findet man es häufiger, daß an Sprachgrenzen Eigentümlichkeiten übernommen werden. So hat auch bei manchen Mundarten der Alpenländer und der deutsche Sprachrhythmus die Ausbildung eines Artikels bewirkt. Aber es wird ja gar nicht bestritten, daß die mazedonischen Mundarten bulgarische Bestandteile enthalten, und zwar desto mehr, je näher ihr Verbreitungsgebiet dem eigentlichen Bulgarien liegt. Zankow ist kein Sprachforscher und ich bin es nicht. Aber der berühmteste aller Slavisten, Jagitsch, sagt: „Weder in der neueren Sprachentwicklung noch in den ältesten Phasen läßt sich eine scharfe Scheidewand zwischen dem Serbokroatischen und dem Slovenischen auf der einen oder dem Bulgarischen auf der anderen Seite ziehen; die Uebergänge sind vielmehr allmählich. Lautliche Eigentümlichkeiten des Serbokroatischen, zumal aus seinem östlichen Bereich, spiegeln sich im Bulgarischen, namentlich im Westen desselben, ab.“ (Archiv für südslavische Philologie, 1895.) Und ausdrücklich nennt er den mazedonischen Dialekt eine Uebergangsmundart zwischen dem Serbokroatischen und dem Bulgarischen. Auf dieser Unkenntnis fußt die ganze neuere Auffassung vom Volkstum der Mazedonslaven, die, wie Zankow sieht, nicht von der serbischen Propaganda aufgebracht ist und namentlich auch von deutschen und österreichischen Balkanforschern und Balkanforschern vertreten wird. Mach spricht von dem schwankenden Volkstum der Mazedonier. Say findet in Mazedonien „strittige Serbobulgaren und auch sogenannte Mazedonslaven, deren ethnische Zugehörigkeit zweifelhaft ist“. Chlumecly nennt die Mazedonier ein Mischvolk, nicht mehr serbisch genug, als daß die Bulgaren es nicht für sich hätten reklamieren können, und doch wieder nicht soweit bulgarisch, um „zur Not nicht auch als Serben gelten zu können“. Der Byzantologe Selzer meint: „Es wirkt unwiderstehlich komisch, wenn man sieht, wie sich die slavischen Gelehrten aufs hitzigste darüber herumschreien, ob gewisse Kantone Ostmazedoniens serbisch oder bulgarisch seien. Die Bevölkerung selbst weiß es nicht.“ Der Russe Alexander Amphiteatrov sagt von den Mazedoniern: „Es sind weder Serben noch Bulgaren, sondern ein autochthones slavisches Volk, im Besitz einer einfachen Sprache mit eigenen Wurzeln, und darum um so fähiger, sich einer anderen, einflussreicheren und entwickelteren Sprache anzupassen, die ihm die slavische Zivilisation aufdrängt.“ Barbulskij, Professor für slavische Philologie an der Universität Jassy, tut dar, „daß die Serben ebenso viele Gründe haben, zu behaupten, daß die mazedonische Sprache die serbische Sprache sei, wie viele Gründe

10./VIII. 1917

Blatt

is für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postverendung: Jährlich K 64.—; monatlich K 5.33.—; vierteljährlich K 16.00; monatlich K 4.00. Täglich zweimalige Postverendung: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 3.90.

is für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für England K 18.—, für alle anderen Länder K 22.50. Bei den Postämtern: in Deutschland K 20.—; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 15 Frk. 30 Cent.

Ab-Nummern: Schriftleitung 359. 6832. Haupt-Vorwaltung 3668, Versandstalle 1024. Druckerei 3668.

71. Jahrg.

Wien, 10. August.

In London ist zu Ehren des Herrn Pasic, des serbischen Ministerpräsidenten, „in partibus infidelium“, ein Frühstück veranstaltet worden, an welchem der unvermeidliche Herr Lloyd George, Lord Cecil, sowie der griechische und rumänische Gesandte teilnahmen. Die drei Balkandiplomaten können als eine Musterkollektion der „wohlthuenden, Völker beglückenden“ Tätigkeit der Entente erscheinen und sie mögen an der Frühstückstafel die „befreiten und beschützten“ kleinen Nationen verkörpert haben: Das überhaupt nicht mehr bestehende Serbien, das um die letzten Reste seiner Existenz ringende Rumänien und das um seine Unabhängigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht gewaltsam gebrachte Griechenland, welches die Kühnheit hatte, nicht das Schicksal der mit der Entente verbündeten Balkanstaaten teilen zu wollen. Bei dieser Frühstückstafel hielt Herr Pasic eine Rede, die als eines der merkwürdigsten Dokumente des unerhörtesten Uebermutes, der frechsten Fribolität und zu gleicher Zeit der klüglichen Lächerlichkeit in der Geschichte fortzuleben verdienen würde. Die englische Regierung, die im Jahre 1915, als die gerechte Strafe Serbien traf, feierlich versicherte, es werde alles geschehen, um die edle, serbische Nation vor dem Untergange zu retten, fühlt sich jetzt wenigstens verpflichtet, ab und zu, da sie ihr Versprechen, wie die Ereignisse bewiesen haben, nicht eingehalten hatte, Frühstücke zu Ehren sonderbarer Ehrengäste, gleich Herrn Pasic, zu veranstalten. Und Herr Pasic benützt solche Gelegenheiten, um, wie es die Art von Bankrotteuren ist, durch Großsprecherereien bei der Welt durch Ankündigung weitumfassender, gewaltiger Unternehmungen, neuen Kredit zu erlangen. Bankrotteure haben nichts mehr zu verlieren und so versuchen sie durch schwindelhafte Lügen und hochstaplerische Pläne sich eine neue Existenz zu gründen. Der „Ehrengast“ Herr Pasic hat von einem ehrenvollen Frieden gesprochen, obwohl die Worte „Ehre und Pasic“ sich schwer reinen lassen. Die Kriegsziele nun, die der Ministerpräsident des augenblicklich nicht existierenden Serbiens entwickelt hat, laufen, wie ja nicht anders zu erwarten ist, auf die Zerstörung der Monarchie hinaus. Doch möchten wir gleich bemerken, daß wir mit einem der Kriegsziele des

holen. Eine halbe Stunde lang standen wir in dem schneidenden Winterwind wartend da, während die Boote nachgesehen wurden und das Schiff mit abgestoppten Maschinen schwer auf- und niederstampfte.

Plötzlich wurde einer von uns auf mehrere schwarze

11. VIII. 1917

Lloyd George und Pasic.

Die Englisch-serbische Gesellschaft, die während des Weltkrieges gegründet wurde, hat dem serbischen Ministerpräsidenten Nikola Pasic anlässlich seiner letzten Anwesenheit in London ein Frühstück gegeben, bei welchem die englischen Minister Lloyd George und Lord Cecil Serbien der unentwegten Unterstützung Großbritanniens versicherten und dessen „Wiederherstellung ohne Vorbehalt“ als ein Gebot der britischen Ehre bezeichneten. Aber selbst mit diesen in die glänzendsten sympathischen Phrasen gehüllten Erklärungen scheint Nikola Pasic nicht zufrieden gewesen zu sein, denn er forderte seinerseits nicht nur die Wiederherstellung Serbiens, sondern die Verschlingung Oesterreich-Ungarns, womit er indirekt zugab, daß die Restauration Serbiens in seiner alten Gestalt nach den Ereignissen des Weltkrieges ein Ding der Unmöglichkeit sein dürfte, da man einen total zertrümmerten Staat ebenso nicht mehr rekonstruieren kann, wie einen in hundert Scherben zerbrochenen Topf. Pasic kennt eben das von ihm und seinen Leuten zugrunde gerichtete Land besser, als es die Herren Lord Cecil und Lloyd George kennen, die in ihm „ein herrliches Gemälde sehen, das nur vom Schmutz jahrhundertelanger türkischer Barbarei durch den Weltkrieg gereinigt werden müsse“. Die englischen Minister wissen offenbar nicht, daß Serbien erst, als es die türkische Herrschaft abgeschüttelt hatte, „das kriminellste Land der Erde“ wurde, eine Tatsache, über die der Belgrader Polizeipräsident Dr. Duschau Wimpic ein Buch geschrieben hat. Die englischen Minister wissen ferner nicht, daß Serbien bloß nach kurzer Besetzung von einem Mitglied der Englisch-serbischen Gesellschaft ein „Sumpf“ genannt worden ist, „dessen Gesellschaft von maßlosem Größenwahn beseelt und dessen öffentliches Leben von jeher durch Korruption vergiftet ist“. Diese Feststellungen sind in dem Buche Seaton Watsons (Scotus viator) erschienen. Sie können also von den beiden Ministern jederzeit behufs Korrektur ihrer politischen Ansichten über Serbien eingesehen werden.

Ihre Meinungen über die endgültige Stellungnahme Großbritanniens im künftigen Weltfrieden in der serbischen Frage sind übrigens ebenso von bloß bedingter Wichtigkeit wie das neuerdings proklamierte Erklärungsprogramm des Nikola Pasic. Denn wenn es einmal zum Frieden kommt, dann dürfte Herr Lloyd George, dieser eifrige Kriegsprediger, kaum mehr die Premierchaft innehaben, und Herr Pasic wird, wenn überhaupt mit Serbien verhandelt werden sollte, kaum der Unterhändler dieses total zertrümmerten Staatswesens sein. Nur dem Umstande, daß er ein Ministerpräsident ohne Land und Volk

ist, dankt er es ja überhaupt, daß er noch die Bezüge eines solchen sich aus dem englischen Staatschatz auszahlen lassen kann. In den serbischen Gefangen- und Interniertenlagern in Oesterreich, Ungarn, Deutschland und Bulgarien, wo die überwiegende Mehrheit seiner früheren Wähler dem Frieden und der Heimkehr zu ihren Familien entgegenharrt, und in den von der k. u. k. österreichisch-ungarischen Militärverwaltung beaufsichtigten und unterstützten Bevölkerung in Serbien selbst erkennt niemand mehr die Führerschaft des Herrn Pasic und des mit ihm aus dem Lande geflüchteten radikalen Klüngels an. Es ist daher eine Annahme, wenn Nikola Pasic heute noch die Führung der Geschäfte des von ihm zugrunde gerichteten Volkes beansprucht. Daß er seinen politischen Grundsätzen aus seiner Jugendzeit — wo er Anhänger Bakunins war — dem Programm der Zerkümmern Oesterreich-Ungarns auch als Kreis treugeblieben ist, zeigt, daß er selbst aus der Riesenkatastrophe, die Serbien durch seine Politik ereilte, nichts gelernt hat.

Lloyd George, der an die kleinen Völker glaubt, weil er selbst einem solchen — wie er ausdrücklich hervorhebt — entstammt, glaubt an die Möglichkeit der Wiederherstellung Serbiens. Es gibt indessen zahlreiche englische Staatsmänner und Diplomaten, die anders gedacht haben und denken. König Eduard, Sir Wyndham, Sir Carrington und andre haben nie in ihrem Leben auch den Serben gegenüber ein Hehl gemacht, daß nach ihrer Auffassung und Ansicht Serbien keine Existenzberechtigung habe. Uebrigens hat auch Lloyd George in einer gewissen Hinsicht recht, wenn er Serbien einen Platz einzunehmen empfiehlt, wie ihn etwa die im vereinigten großbritannischen Königreich lebenden Länder haben. Der österreichisch-ungarischen Auffassung von der künftigen Stellung Serbiens würde eine solche allerdings nicht entsprechen, da die Monarchie auf dem Standpunkt eines Friedens ohne Annexionen steht. Wie schlecht ist es um die Verteidigung der serbischen Sache bestellt, wenn ein englischer Staatsmann nur deshalb an die Zukunft des serbischen Volkes zu glauben vorgibt, weil es seine Niederlagen bejingt. Es ist eine Tatsache, daß die serbische

Gesellschaft, seit Jahrzehnten in nationalistischer Psychose versunken, einem Wahnmöglichen gleich der Katastrophe entgegenstürzte. Es ist eine Tatsache, daß sie auch jetzt noch, wie die Rede des Herrn Pasic auf dem Londoner Bankett zeigte, von dieser schrecklichen Psychose nicht geheilt ist. Aber neu ist, daß durch diese serbische Gesellschaftskrankheit auch ausländische Staatsmänner infiziert werden können. Wie anders läßt sich sonst die Apostrophe Lloyd Georges an Herrn Pasic verstehen, „daß es seine Tat sei, daß die Zivilisation die Herausforderung der preussischen Barbarei annehm!“

Der serbische Bauer, der wahre Held in den serbischen Kriegen, wie ihn kurz vor dem Beginn des Weltkrieges Major Milan Prebicevic — gewiß ein glaubwürdiger Zeuge — in einem im ganzen Serbentum bekannten Essay geschildert hat, ist nicht nationalistisch, sondern fatalistisch gesinnt. Er kämpfte für die Katastrophenspolitik des Herrn Pasic nicht, weil er sie verstand, sondern aus blindem Gehorsam. Das muß festgestellt werden, weil den serbischen Soldaten Herr Pasic und seine Leute als Blutzengen für ihre Sache führen und für ihre Mordpolitik, die das ganze Unheil des Weltkrieges, den drohenden Zusammenbruch der europäischen Zivilisation heraufbeschworen hat.

Rußland das Opfer französischer Kriegstreiberei.

Graf Pourtalés als Kronzeuge über Frankreichs Scharfmacherei im Juli 1914.

Berlin, 13. August.

Der frühere deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalés hatte die Freundlichkeit, einen Vertreter des Wolffschen Bureaus zu empfangen. Auf die Frage des Vertreters, wie nach der Ansicht des Grafen die Haltung der französischen Regierung während der dem Weltkriege vorausgegangene Krise gewesen sei, erwiderte der Botschafter:

„Ich hatte vom ersten Augenblick der Krise den Eindruck, daß die französische Diplomatie eifrig bemüht war, Del ins Feuer zu gießen und zum Kriege zu heizen. Besonders war ihr Bestreben deutlich zu erkennen, die russische Regierung und die russische öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß Deutschland den österreich-ungarisch-serbischen Konflikt provozierte und daß es sich in Wirklichkeit weniger um einen österreich-ungarisch-russischen als russisch-deutschen Konflikt handle. Schon die Anwesenheit des Präsidenten der französischen Republik und des französischen Ministerpräsidenten in Petersburg, unmittelbar bevor die Krisis in ihr akutes Stadium trat, wirkte nach meinen Wahrnehmungen nicht ausgleichend, sondern im Gegenteil **a u f h e z e n d**. Sehen Sie sämtliche diplomatischen Veröffentlichungen der Entente über die Verhandlungen vor Kriegsausbruch durch. Obgleich die französische Regierung unter Zuhilfenahme von recht bedenklichen Agentenberichten ein Material zurechtstellte, das möglichst günstig für sie wirken sollte, werden Sie nirgends finden, daß das Pariser Kabinett irgendeinen Schritt für die Erhaltung des Friedens unternahm. Es lehnte vielmehr wiederholt direkt ab, im Sinne einer Beruhigung und Versöhnung einzuwirken. Die Haltung des französischen Botschafters Paleologue war von Anfang der Krise an auf deren Verschärfung eingestellt. Ich bitte Sie, die Nummer 6 des englischen Blaubuches aufmerksam durchzulesen. Es ist darin eine Unterredung zwischen Paleologue, Buchanan und Sazonow wiedergegeben, die sie am 24. Juli über das österreich-ungarische Ultimatum hatten. Dort ist ausdrücklich festgestellt, daß der französische Botschafter mit Sazonow zusammen auf Buchanan eindrang, um ihn zur Erklärung der absoluten Solidarität Englands mit Rußland und Frankreich zu veranlassen, eine Erklärung, die, wenn sie erfolgt wäre, natürlich außerordentlich versteifend auf die ganze Situation hätte wirken müssen. Am Schlusse des Referates von Buchanan heißt es wörtlich:

Nach der Sprache des französischen Botschafters scheint es mir, daß, selbst wenn wir (d. h. England) ablehnen sollten, uns ihnen anzuschließen, Frankreich und Rußland entschlossen sind, eine feste Haltung einzunehmen.

Der nächste Tag, der 25. Juli, brachte den bekannten deutschen Schritt, wonach sich Deutschland, falls ein österreich-ungarisch-russischer Streit entstehen sollte, bereit erklärte, vorbehaltlich seiner Bündnispflicht zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn mit anderen Großmächten eine Vermittlung eintreten zu lassen. Am 25. Juli hatte Deutschland England gegenüber seine freundliche Einwirkung in Wien in Aussicht gestellt und zu gleicher Zeit verhandelte auf mein dringendes Anraten Sazonow mit dem österreich-ungarischen Botschafter in einer langen freundschaftlichen Unterredung über die österreich-ungarischen Forderungen an Serbien. Um versöhnliche Aussprachen zwischen Petersburg und Wien tunlichst zu fördern, bei

monatlich	K 4.50
vierteljährlich	18.—
halbjährlich	28.—
Für Oesterreich-Ungarn:	
bei täglich zweimaliger Postver-	
sendung	
monatlich	K 5.20
vierteljährlich	18.—
halbjährlich	28.—
bei täglich einmaliger Postver-	
sendung	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	28.—
Für Deutschland:	
viertel, Kreuzbandfend.	K 18.—
und durch die Postämter laut dort	
ausgelegender Postzeitungssätze.	
Für den Weltpostverein:	
viertel, Kreuzbandfend.	K 22.—
und durch die Postämter laut dort	
ausgelegender Postzeitungssätze.	
Eingabestelle für auswärts:	
Wien	16 h
Nachmittagsblatt	6
Nachmittagsblatt separat	8

Reichspost.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

en, Dienstag, den 14. August 1917 XXIV. Jahrgang

öbe in der Moldau. riedensbestrebungen.

einer den praktischen Bedürfnissen vollkommen gerecht werdenden Weise durchgeführt. Als Ziele wurden von der Reichsbildung gesteckt: der Schutz des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie die Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes, denn das Deutsche Reich ist ein Reich von Menschen als seinen Angehörigen, neben denen die Einzelstaaten außerdem als seine Mitglieder erscheinen. Zu letzteren gehört Elsaß-Lothringen nicht; es ist eine Provinz des Reiches. Die Durchführung der gesetzten Ziele hat zu dem sein durchdachten und entwickelten Ineinandergreifen der Befugnisse des Reiches und der Einzelstaaten geführt, das die deutsche Verfassung so erheblich vor derjenigen anderer Bundesstaaten, wie der Schweiz, Nordamerikas unterscheidet. Bei der Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung ist dem Reiche zumeist die erstere, den Einzelstaaten die letztere zugewiesen, doch bleibt auch hier das Recht des Reiches auf die in der Verfassung einzeln ausgeführten Gebiete beschränkt. Die Befugnisse, dieses Gesetzgebungsrecht teilweise auf die Einzelstaaten zu übertragen, sowie das Recht der letzteren, Ausführungsvorschriften zu erlassen, sichern den einzelnen deutschen Stämmen eine freie Entwicklungsmöglichkeit ihrer Eigenheiten, wie sie die feste Kammer der Einheitsgesetzgebung in den Ländern unserer nur angeblich freieren Gegner nicht aufkommen läßt.

Als die Sturmflut der russischen Revolution das Zarentum hinweggeschwemmt hatte, glaubten Feinde desselben das Ende für jede monarchische Staatsform gekommen und selbst in England wurde laut die Absetzung des Königs verlangt. Welch grundlegender Unterschied zwischen der unbeschränkten Herrschergewalt und dem verfassungsmäßigen Kaisertum besteht, ist diesen Hitzköpfen nicht klar geworden. Von der Militärgewalt eines Napoleon ist dem deutschen Kaiser nichts geblieben. Seine Stellung bestimmen die Verfassungsworte: Das Präsidium des Reiches steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen „Deutscher Kaiser“ führt. Wo finden die französischen Schreier einen Gegensatz gegenüber dem Präsidenten einer Republik? Wie letzterer ist der Kaiser der Vertreter des Landes nach außen und nach innen, die Kundgebungen des Staatswillens gehen von ihm aus oder werden in seinem Namen erlassen; bei allen bedeutenden Handlungen ist er aber an die Mitwirkung der Regierungen der Einzelstaaten (des Bundesrates) und der Volksvertretung (des Reichstages) gebunden. Daß dem Präsidenten einer Regierung die Pflicht obliegt, die Regierung zu leiten und die dazu nötigen Personen heranzuziehen, ist auch in demokratisch verwalteten Ländern anerkanntes Recht und diese Rechtslage wird auch nicht dadurch eine andere, daß er die Ausführung ganz oder teilweise anderen überläßt. Wenn der deutsche Kaiser auf dem zurzeit wichtigsten Gebiete der Selbsterhaltung selbst seine ganze Person eingesetzt hat, so ist das nur ein Beweis für seine hohe Auffassung seiner Aufgaben und seine volle Hingabe an diese, ein leuchtendes Beispiel echt deutscher Pflichterfüllung, wie sie das ganze Volk befeelt und der keiner unsexer Gegner ein ähnliches an die Seite zu stellen vermag.

Die politische Körperschaft, durch welche die deutschen Staaten — nicht die Fürsten — das ihnen zustehende Souveränitätsrecht im Reiche ausüben, ist der Bundesrat. Neben den 25 Bundesstaaten ist hier auch Elsaß-Lothringen vertreten, von den 61 Stimmen entfallen auf Preußen 17, Bayern 6, die anderen Staaten ihrer Größe entsprechend weniger. Alle Vertreter desselben Staates können ihre Stimmen nur einheitlich nach den Anweisungen

Die Demokratisierung des Deutschen Reiches.

Von einem deutschen Juristen.
Straßburg i. G., im August.

Langatmigen Ausfällen gegen den deutschen Imperialismus und das preußische Junkertum hat die feindliche Presse nicht weniger falsche Ausführungen über die Demokratisierung des gehassten Reiches folgen lassen. Zeigen Engländer und Franzosen schon in anderen einfacheren Dingen eine verblüffende Unkenntnis deutschen Wesens und Denkens, so kann es vollends nicht Wunder nehmen, wenn sie, die Feinde eines deutschen Staatsgebildes nicht erfassend, Sinn und Bedeutung des Bestehenden und des neu Erstrebten verkennen. Zum vollen Verständnis der neuen Entwicklung, ihrer Ziele und Aussichten, ist gerade im Nachbarlande die Kenntnis des Bestehenden von Bedeutung, wo gleiches Wesen ein volles Verständnis und die zunehmende Annäherung ein wachsendes Interesse begründen.

Nach der Entwicklung des deutschen Staatenbundes zum Bundesstaate konnte Bismarck im ersten Reichstage die Regierungsgewalt mit den Worten umgrenzen: „Die Souveränität ruht nicht beim Kaiser, sie ruht bei der Gesamtheit der verbündeten Regierungen.“ Die wenigen Worte zeigen, daß ein Imperialismus im englisch-französischen Sinne damals schon gerichtet war, er ist mit der Verfassung des Reiches unvereinbar gewesen und geblieben. Die früher bestrittene Teilbarkeit der Souveränität zwischen Reich und Einzelstaaten ist glänzend erwiesen und durch die genaue Festlegung des Zweckes der Reichsgründung in

14. VII. 1917

Zar Ferdinand I.

Zum dreißigjährigen Regierungsjubiläum.
Von Arthur Dz. Sofia.

Als im Jahre 1881 in Rußland Alexander III. zur Regierung kam, wurde es von Petersburg her deutlich, daß Rußland nicht etwa ein selbständiges und starkes Bulgarien, sondern nicht viel mehr als eine russische Balkanprovinz haben wollte. Fürst Alexander von Bulgarien aber bemühte sich, eine selbständige bulgarische Politik zu treiben. Es gelang ihm im Jahre 1885 auch, die Vereinigung mit Ostrumelien herbeizuführen, trotzdem Rußland ihm die Serben in den Rücken hegte. Aber die fortgesetzten Bemühungen Rußlands, ihn abhängig zu machen, lasteten schwer auf dem Fürsten, und den Treibereien des dritten Alexander gelang es, der Regierung des ersten Bulgarenfürsten im Jahre 1886 ein jähes Ende zu machen.

Bulgarien, gezwungen, sich nach einem neuen Fürsten umzuschauen, fand nirgend Unterstützung. Es mußte als ein ungeheures Wagnis erscheinen, den Thron zu besteigen, dessen erster Inhaber unter Mitwirkung jenes mächtigen Zarenreiches entfernt worden war, das von den Bulgaren als die Befreiermacht verehrt wurde und das doch von einem selbständigen Bulgarien durchaus nichts wissen wollte. Die Wahl der Großen Sobranje fiel am 7. Juli 1887 auf den Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg-Gotha. In Schloß Ebenthal bei Wien empfing Prinz Ferdinand eine zehntöpfige Abordnung der Großen Sobranje, die ihm die Krone Bulgariens antrug. Ueber seine Entscheidung jedoch wurde einstweilen nichts Genaueres bekannt, und völlig unbemerkt vollzog sich am 10. August die Abreise des Prinzen von der Station Gänserndorf nach Orsova. In der Frühe des 11. August wurde zu Schiff die Reise donauabwärts fortgesetzt. Nach Ueberschreitung der bulgarisch-rumänischen Grenze in Widin betrat Prinz Ferdinand erstmals bulgarischen Boden, von der Bevölkerung herzlich und feierlich empfangen. In der alten Zarenstadt Tirnowo war es, wo Fürst Ferdinand am 14. August den Eid auf die bulgarische Verfassung ablegte, und dieser Tag bleibt für die bulgarische Geschichte der Tag, von dem die neue bulgarische Dynastie datiert.

Die Verhältnisse, die der damals erst 26 Jahre alte Fürst in Bulgarien vorfand, waren nach außen und innen ungemein schwierig. Im Innern fand Fürst Ferdinand zunächst an dem von ihm zum Ministerpräsidenten gemachten ehemaligen Regenten Stambulow eine starke Stütze, der es gelang, die ersten von russischer Seite angezettelten Putschversuche energisch zu unterdrücken.

Vor besonders schwierige Fragen sah sich der Fürst gestellt, als er im Jahre 1893 Bulgarien eine Landesmutter schenken wollte. Die bulgarische Verfassung sieht vor, daß der erste Kronprinz und dessen Nachfolger der griechisch-orthodoxen Kirche anzugehören hätten. Die Eltern der Prinzessin Maria Luise von Bourbon und Parma, die Fürst Ferdinand als Braut erloren, legten jedoch Gewicht auf Sicherstellung der katholischen Erziehung der Kinder. Am 20. April 1893 ging die Vermählung in Italien vor sich, von wo aus das Paar eine Hochzeitsreise durch Italien und Griechenland unternahm. Mehr und mehr bemühte sich der Fürst darum, die amtliche Anerkennung der Mächte zu erlangen. Angesichts der immer stärker werdenden Treibereien, die Rußland in Bulgarien anzuzetteln wußte, sah er sich veranlaßt, am 18. Mai 1894 die Abdankung des Rußland ganz besonders verhaßten Ministerpräsidenten Stambulow zur Kenntnis zu nehmen, und nachdem am 1. November 1894 der russische Kaiser Alexander III. gestorben war, der es darauf abgelegt hatte, Bulgarien in Vasallenschaft zu bringen, schien auch die Zeit für eine Verständigung zwischen Bulgarien und Rußland günstiger. Rußland machte den Uebertritt des Thronfolgers zur orthodoxen Kirche zur Bedingung, während der Papsi Leo XIII. dem katholischen Elternpaar den Mittelweg zugestehen wollte, die Erziehung des Fürstensohnes nach dem „unierten“ Ritus der griechisch-katholischen Kirche zuzugestehen. Im Jahre 1896 entschloß sich Fürst Ferdinand zu einem Opfer, „so groß, so grausam

Morgen-Ausgabe



Es ist ratsam, Kriegsziele zu erörtern?

Von Julius Meinel.

Daß die ganze Welt heute Frieden will, darüber besteht wohl kein Zweifel; es hat daher keinen Zweck, dieser Friedenssehnsucht noch besonderen Ausdruck durch Resolutionen und dergleichen zu verleihen.

Ganz anders aber verhält es sich mit Diskussionen über die Kriegsziele oder Friedensziele, wie man sie gerade nennen mag. Daß über Kriegsziele gesprochen werden muß, und nicht etwa, wie manche sonderbare Politiker meinen, nur von den sogenannten kompetenten Faktoren, darüber besteht heute wohl kein Zweifel mehr; nicht nur gesprochen, sondern recht viel soll darüber gesprochen werden, denn die Frage der Kriegsziele ist ja doch diejenige Frage, um die sich heute in sämtlichen kriegführenden Staaten alles dreht.

Es gibt Politiker, die in einem Atem Einberufungen des Parlaments, Demokratifizierung und Gott weiß was sonst noch für freiheitliche Dinge verlangen, dann aber päpstlicher als der Papst sein wollen und erklären, über die Kriegsziele dürfe man nicht sprechen, sondern einfach weiterkämpfen und durchhalten; ja, um alle Welt, führen wir denn den Krieg um des Krieges, um des Durchhaltens willen? Heute ist die ganze Welt, wenn sie überhaupt über

176
Nehmen wir an, der verantwortliche Leiter der englischen auswärtigen Politik würde Kriegsziele aufstellen, die so vernünftig und gemäßigt formuliert sind, daß sich mit einigem guten Willen beiderseits geringe Gegenstände leicht überbrücken ließen, so würde doch mit einem Schlag die Bevölkerung der Mittelmächte jedes Verständnis für eine Weiterführung des Krieges verlieren; alle Welt würde zu Verhandlungen drängen, niemand würde einsehen, wozu man weiter schreckliche Opfer bringen soll, wo doch der Gegenstand, um den noch weiter gekämpft werden soll, kein Blutvergießen mehr wert ist. Dieselben Wirkungen nun, die alles vernünftige Reden und Handeln der Gegenseite auf uns ausübt, dieselben Wirkungen können wir durch eine entsprechende Haltung unsererseits auf die Gegner ausüben, und die haben wir auch tatsächlich schon zu wiederholten Malen ausgeübt. Wir haben gesehen, welch großen Eindruck die Friedensresolution des deutschen Reichstages gerade im feindlichen Ausland machte, wir konnten dies aus den Blätterstimmen entnehmen; der Tenor der hierauf folgenden Ausführungen der feindlichen Staatsmänner war der, daß man auf der Basis der Reichstagsresolution allenfalls unterhandeln könnte, aber man habe aus den Erklärungen des Vertreters der deutschen Regierung nicht entnehmen können, ob die herrschenden Klassen, diejenigen, die in Deutschland bisher die Macht in Händen hatten, ebenfalls dieser Resolution zustimmten. Es erscheint gänzlich überflüssig, zu untersuchen, ob dies Ueberzeugung oder Heuchelei auf Seiten der feindlichen Staatsmänner ist. Eins aber steht fest: Wenn es einmal über jeden Zweifel erhaben festgestellt und in der Welt verkündet sein wird, daß das ganze deutsche Volk, die großen Massen sowohl wie die oberen herrschenden Klassen, nichts weiter will, als die eigene Existenz behaupten, daß man sich selbst nichts nehmen lasse, aber auch niemandem anderen etwas wegnehmen wolle, dann werden die Friedensbewegungen in allen feindlichen Ländern solche Kraft gewinnen und alles mit sich fortreißen, daß die größten Kriegsheber, die geschicktesten Demagogen die Völker der feindlichen Staaten nicht mehr für die Weiterführung, für die Verlängerung des Krieges werden gewinnen können.

Noch eins zum Schluß: Unklarheit des

etwas einig ist, darüber einig, daß dieser Krieg nicht zu Ende gehen dürfe, bevor er nicht allen Staaten, die unter ihm leiden, einen dauernden Frieden gebracht hat; wenn wir also weiter Krieg führen, ohne überhaupt den Versuch zu machen, mit den Gegnern Meinungen auszutauschen — sei es auf diese oder jene Weise —, so wird eben der Krieg entweder ewig fort-dauern oder aber erst dann sein Ende finden, bis die eine Partei zusammenbricht; wir wollen nicht wünschen, daß dies wir sein werden. Wer sichert uns aber vor einer solchen Möglichkeit? Im Krieg ist alles möglich. Sehen wir aber davon ganz ab, daß der Krieg für uns ein ungünstiges Ende nehmen könnte, bleiben wir nach wie vor überzeugt, daß die Gegner unterliegen werden! Wäre nun ein solches Kriegsende, vom Standpunkt einer höheren Politik aus gesehen, als das Beste zu betrachten? Ich glaube nicht, denn wenn der Krieg mit der Niederlage, mit der vollkommenen Besiegung und Unterwerfung einer Seite enden möchte, so würde dies den Keim für einen neuen, vielleicht noch größeren und grausameren Krieg der Zukunft legen. Der Sieger könnte sich seines Sieges nicht lange freuen, wenn er diesem nicht durch alle möglichen realen Sicherungen für die Zukunft befestigt; vor allem anderen müßte er womöglich in Zukunft ein noch größeres Heer als bisher erhalten; um vor Gegenrüstungen sicher zu sein, müßten alle feindlichen Gebiete auf absehbare Zeiten militärisch besetzt gehalten werden; woher aber in Zukunft solche Armeen nehmen, wer soll in Zukunft für die Mittel aufkommen, um solche Armeen zu bezahlen? Vielleicht die besiegten feindlichen Staaten? Mit diesen wollen wir aber doch wieder Geschäfte machen, wenn schon nicht aus Freundschaft, so deswegen, um unsere eigene Volkswirtschaft wieder auf die Beine zu bringen; doch gesetzt den Fall, wir könnten die Ausgaben für Armeen bestreiten, so werden wir doch fleißig arbeiten müssen, wenn wir wieder aufbauen, wenn wir Geschäfte machen und wieder zu Wohlstand kommen wollen. Zur künftigen Friedensarbeit muß aber jedes Volk seine besten Kräfte stellen, kein Volk, das jetzt gekämpft hat, wird sich den Luxus erlauben können, allenfalls seine Invaliden, Krüppel, Witwen und Waisen arbeiten und seine besten jungen Kräfte auf den Exerzierplätzen militärische Übungen machen zu lassen. Es ist also nur natürlich und notwendig, daß wir alle, nicht nur wir Oesterreicher, sondern auch unsere Bundesgenossen, wie die Feinde, über das sprechen, was nach dem Kriege sein soll. Je vernünftiger und gemäßiger wir sprechen, desto besser für uns wird die Wirkung derartiger Auseinandersetzungen im feindlichen Ausland sein. Daß dem so ist, dafür haben wir doch schon die besten Beweise: Jedesmal, wenn im feindlichen Ausland — sei es in den Parlamenten, sei es bei öffentlichen oder privaten Veranstaltungen — von Politikern oder anderen angesehenen Leuten oder gar von verantwortlichen Staatsmännern in vernünftiger, gemäßiger Weise über die Kriegsziele der betreffenden Staaten gesprochen wurde, ist über unsere Bevölkerung sofort eine gewisse Beruhigung gekommen; wir haben die Feinde plötzlich nicht mehr als zähnefletschende Raubtiere, sondern wieder als Menschen gesehen, ja noch mehr, es wurde jedesmal durch derartige Enunziationen unsere Erbitterung über die Feinde vermindert und unser Kriegswille — man kann dies doch ruhig sagen — erheblich geschwächt, ebenso wie unsere Kriegsstimmung sofort in die Höhe ging, wenn wir maßlose, chauvinistische, unverhältnißliche Aeußerungen aus dem feindlichen Lager hörten.

15./VIII. 1917

Erklärungen über die Stockholmer Konferenz im Unterhause.

London, 13. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Unterhause gab Henderson eine längere Erklärung über seinen Rücktritt und die begleitenden Umstände ab. Er bestritt, jemals die Absicht von einer Aenderung seiner Haltung gegenüber der Stockholmer Konferenz geäußert oder seine Kollegen irreführt zu haben, und legte dann dar, daß er bei der Konferenz der Arbeiterpartei in der Sache für oder wider die Stockholmer Konferenz stärkere Ausdrücke für die russische Meinung gegen die Konferenz gebraucht habe, als sie in der Mitteilung der russischen Regierung enthalten waren. Er habe nicht beabsichtigt, der Konferenz irgendeine Mitteilung vorzuenthalten. Er habe die Konferenz davon in Kenntnis gesetzt, daß sich die Stellung der russischen Regierung geändert habe. Henderson sprach sich gegen eine weitere Erörterung aus und beteuerte seinen Wunsch, den Krieg siegreich zu Ende geführt zu sehen.

Lloyd George erklärte, das ganze Haus werde Hendersons Ruf nach Einigkeit und Sieg zustimmen. Henderson habe alle Mitglieder des Kabinetts unter dem Eindruck gelassen, daß er beabsichtige, auf der Arbeiterkonferenz seinen Einfluß gegen die Stockholmer Konferenz zu verwenden. Er tadle Henderson, weil er die Mitteilung der russischen Regierung der Konferenz vorzulesen unterlassen habe. Lloyd George warf die Frage auf, ob irgend jemand die Vorstellung habe, daß es keinen wesentlichen Unterschied

konnte man einen Trupp von kleinen Weltbürgern sehen, voran die schmutzigen Mädchenkinder — in weißen Kleidchen mit bunten Bändern an den Köpfen —, die durch die junge Kasanienallee am westlichen Seeufer ihre prächtigen Blumensträuße trugen, Rosen, Nelken und Schleierkraut, um dem Onkel Michaels ihre duftigen Grüße im Hause am See darzubringen. Es war der eigene Einfall der Kleinen, die in aller Herrgottsfrühe das Brächtigste von den Gartenbeeten und den Wiesen gepflückt hatten. Ward je in solcher Daun' ein Reichskanzler begrüßt und gefeiert? ...

Das Prophezeien haben wir uns alle abgewöhnt, wenn auch, Gott sei Dank, nicht das felsenfeste Vertrauen und die siegesgewisse Zuversicht im Großen und Entscheidenden. Es fällt mir nicht ein, aus dem Gesichtswinkel des kleinen Saarow Zukunft und Erfolge eines jener Auserlesenen vorherzusagen zu wollen, die das Schicksal auf die Höhen der Macht und Verantwortlichkeit stellt, um ihnen Lorbeerkränze oder Dornenkränze zu flochten. Offen

15./VIII. 1917

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern: Keine größeren Gefechts-handlungen.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef: Südlich des Trotusulabschnittes machte der Gegner uns durch starke Gegenangriffe unseren Geländegewinn streitig. Auch südlich des Ditov- und Casinutales führte er heftige Angriffe, die sämtlich zurückgeschlagen wurden.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen: Bei Panciu kam es zu neuen Kämpfen, bei denen der Feind in erfolglosen Angriffen schwerste Verluste erlitt.

Zwischen Susita und Putnata drängten unsere Truppen den sich zäh wehrenden Gegner nach Nordwesten ins Gebirge zurück.

Im Gebiet von Sereth verließen Rumänen die Fronten. Die Rumänen haben sich in den letzten Tagen von Sereth nach Nordwesten zurückgezogen. Die Fronten sind jetzt bei Sereth, Putnata und Susita. Die Rumänen haben sich in den letzten Tagen von Sereth nach Nordwesten zurückgezogen. Die Fronten sind jetzt bei Sereth, Putnata und Susita.

gehen beide schließlich zu Gericht, der Richter fällt nach reiflicher Ueberlegung das Urteil und die Streitsache ist aus der Welt geschafft. Und selbst wenn der Richter aus menschlicher Schwäche gerirrt haben sollte, der Streit ist beigelegt, und das ist das Wichtigste. Daraus folgt mit zwingender Notwendigkeit: Es muß ein Gericht geschaffen werden, vor dem die Staaten ihre Streitigkeiten auf friedlichem Wege begleichen können. Wenn nun auch diese Schlussfolgerung ganz richtig ist, so wäre es doch verfehlt, in einer allgemeinen Friedenskonferenz das Allheilmittel zu erblicken.

Wir hatten schon Anfänge dieser Einrichtung, die Friedenskonferenz im Haag, einberufen durch Zar Nikolaus. Diese Konferenz wagte sich gar nicht an ihre eigentliche Aufgabe, den dauernden Frieden zu stiften, Kriege für alle Fälle zu verhindern, sondern begnügte sich in weiser Selbstbeschränkung, durch heilsame Gesetze die Schrecken zukünftiger Kriege zu mildern; sie war also mehr eine Kriegs- als eine Friedenskonferenz. Und es ist ein Treppenvitz der Weltgeschichte, daß der Einberufer, Zar Nikolaus, die zwei blutigsten Kriege der Weltgeschichte, wenn nicht ganz, doch zum großen Teile auf seinem Gewissen hat. Trotzdem halten manche noch immer einen internationalen Gerichtshof für das unfehlbare Mittel, der Menschheit die Greuel des Krieges zu ersparen; und besonders die Engländer beteuern unablässig, der gegenwärtige Krieg wäre nicht ausgebrochen, wenn Oesterreich seine Streitsache einer internationalen Konferenz vorgelegt hätte. Und doch mußten gerade die Engländer am besten wissen, wie die Londoner Konferenz, welche die Hinterlassenschaft des Balkankrieges zu ordnen hatte, durch Englands eigene Schuld zum Gespötte wurde. Man hatte auf dieser Konferenz einen neuen Staat geschaffen, das freie Albanien, — auf dem Papier; man hatte dem neuen Staate auch einen Herrscher gegeben, — auf dem Papier. Aber niemand kümmerte sich darum. Nicht einmal Nikita von Montenegro scherte sich um die hochmögende Konferenz und kämpfte in Albanien weiter. Man schickt ihm eine internationale Panzerflotte als Drohung, und Nikita ließ sich auf dem Logen im Kreise seiner Getreuen abbilden, wie er lächelnd dem Schauspieler zusah, das man ihm zu Ehren veranstaltet hatte. Er wußte, daß er auf den Kriegsschiffen da unten mehr Freunde als Gegner hatte.

Ein wirklicher Friedens-Weltgerichtshof müßte die Machtmittel besitzen, um die Widerspenstigen zu zähmen, sonst kann er wohl Beschlüsse fassen, aber die Beschlüsse werden eben Beschlüsse bleiben. Zuvor schon würden sich bedeutende Schwierigkeiten einstellen, schon bei der Frage der Zusammensetzung dieses internationalen Gerichtshofes. Wer soll ihn beschicken? Vor allem doch die europäischen Staaten. Bloß diese? Was würde Amerika, was würde Japan dazu sagen? Sie werden nicht zugeben, daß sie fehlen. Wenn aber die Union, dann wird sich Brasilien und mancher amerikanische Staat melden, wenn Japan, dann werden auch China und Siam Sitz und Stimme haben wollen und andere asiatische Staaten; so wird man zu keinem Ende kommen, bis nicht jeder Beduinen-scheich und jeder Negerhäuptling seinen Vertreter entsendet hat. Also vielleicht doch nur die europäischen Staaten? Soll dann jeder Staat eine Stimme und nur eine Stimme haben? Dann wäre Montenegro ebenso vertreten wie Deutschland, der Fürst von Monaco so wie Oesterreich. Gerechter Weise müßte jeder Staat eine seiner Bevölkerungszahl verhältnismäßige Anzahl von Stimmen haben. Rechnen aber da die außereuropäischen Besitzungen

Ein Weltgerichtshof.

Wien, am 14. August.

Als die Brüder Montgolfier den ersten Ballon vor der staunenden Menge in die Lüfte steigen ließen, soll eine Zuschauerin den Ausspruch getan haben: „Jetzt ist den Menschen nichts mehr unmöglich, jetzt werden sie gewiß auch ein Mittel gegen den Tod erfinden, aber ich werde es leider nicht mehr erleben.“ Es hat seither noch manche staunenswerte Erfindungen gegeben, aber das Mittel gegen den Tod ist ausgeblieben. Es ist eben doch so: Gerade die wertvollsten Erfindungen sind immer nur Gegenstand unserer Wünsche geblieben. Der Stein der Weisen ist noch nicht gefunden. Zu den noch unentdeckten Erfindungen gehört es auch, die Menschheit vor dem Jammer des Krieges zu bewahren und ihr den dauernden, ungestörten Frieden zu sichern. Doch man will ein solches Mittel schon gefunden haben und die Stockholmer Konferenz soll es zum Gegenstande ihrer Hauptforderung an die Staaten machen, ein allgemeiner Kongreß der Völker und Staaten, ein internationales Schiedsgericht, ein Weltgerichtshof soll das ständige Tribunal zur Vermeidung der Kriege werden.

Woher kommen die gewaltsamen Völkerkonflikte? Weil es keine über den Staaten stehende weltliche Macht gibt, welche die Streitigkeiten der Völker und Staaten auf friedlichem Wege entscheidet, deshalb müssen sie zu den Waffen greifen. Wenn zwei Privatleute über einen gemeinsamen Rain streiten, dann

15. VIII. 1917

LOYD

Poste Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: I. Blokkner, B. Eckstein, Györi & Nagy, Julius & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezel, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Heyl, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Poste Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Poste Lloyd.

Esselen: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Der faule Friede.

Von Hofrat Dr. Samuel Radd.

B u d a p e s t, 14. August.

Warum wohl kann der Friede nicht zustande kommen? Auf diese Frage geben die Engländer sehr deutlich und vernehmbar folgende Antwort: „Wir wollen keinen faulen Frieden. Wir wollen einen dauerhaften, soliden Frieden, einen Frieden, der allen Fährlichkeiten und Störungen entrückt ist.“ Die Antwort klingt so biedermännisch und treuherzig, daß den naiven Menschen förmlich die Tränen in die Augen treten. Was sind doch die Engländer für wadere, gründliche Leute, die bei dem Frieden ganz so wie bei ihren Messerlingen und Handschuhen auf solide, ehrliche Arbeit bedacht sind! Wer diese so dick zur Schau getragene Sorge um die Dauerhaftigkeit des Friedens erweist sich bei näherer Prüfung als eitel Trug und Arglist. Die klingenden Worte verbergen einen Sinn, der etwas ganz anderes meint, als was heuchlerisch verkündet wird.

Denn für jeden Menschen mit gesunden Sinnen ist es wohl klar: haben wir einmal erst den Frieden wieder, dann braucht uns lange Zeit um seine Erhaltung nicht hänge zu sein. Das ist die cura posterior. Eine Sorge, die gegenüber dem Elend der Gegenwart in den Hintergrund tritt. Den Völkern, so denken wir, ist die Lust am Kriegsführen für lange Zeit vergällt. Die Dauerhaftigkeit des Friedens, der diesen Krieg abschließen wird, bedarf nicht der fein ausgeklügelten diplomatischen Sicherheiten. Sie steht unter dem Schutz der Erschöpfung, die den Gedanken der Erneuerung des Haders nicht leicht aufkommen läßt. Selbst Lord George, der unermüdlichste aller Kriegsbegehrer, hat keine rechte Freude mehr am Schlachtenlärm, er hat allzu viel Bitterkeit herunterwürgen müssen. Eben jetzt hat er wieder einen schlechten Tag gehabt, und in dem Brief an den Kollegen Henderson hört man, förmlich das Heulen des Schafals, der an den Stäben seines Käfigs rüttelt. Und die nächste Zeit, so glauben wir, wird ihm noch manche bittere Bescherung bringen. Der Abfall so manchen Mitläufers wird ihn zu ähnlichen Wutausbrüchen reizen. Woher soll dann, gelingt es nur erst, den Krieg irgendwie zu beendigen, die Lust kommen, die Brandfackel neu zu entzünden?

Selbst jene Parteien, die über die Punktationen enttäuscht und unwillig sein werden (und naturgemäß kann es an solchen nicht mangeln), werden genötigt sein, ihren Verger zu verschlucken und gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Wichtig ist es also, irgendwie zum Frieden zu kommen: für seine Erhaltung und Wahrung, das hoffen wir zu Gott, wird schon gesorgt werden.

Einen Friedensschluß, wie Lord George ihn herzustellen vorgibt, hat es, soweit die geschichtliche Erinnerung reicht, eigentlich niemals gegeben. In jedem Friedensdokument findet sich die Formel, daß es für ewige Zeiten Geltung habe. Diese Vorstellung ist unerlässlich, es ist aber das unvermeidliche Schicksal der Völker, daß ihnen diesfalls immer wieder Enttäuschungen bereitet werden. Auf dem Berliner Kongreß, an dem die größten und bedeutendsten Staatsmänner teilgenommen, meinte man ebenfalls, die Schlichtung der Weltkämpfe sei für unendliche Zeiten verbrieft und besiegelt. Hätte man etwa die Urkunde des Berliner Kongresses nicht unterfertigen sollen, weil der Hader nicht für ewige Zeiten aus der Welt geschafft worden ist? Das denkwürdigste Übereinkommen des neunzehnten Jahrhunderts war die Wiener Schlußakte, die das Werk des berühmten Kongresses krönte. Um die von Lord George scheinbar so eifrig gesuchte Permanenz des Friedenswerkes zu verbürgen, haben sich überdies die Souveräne feierlich das Wort gegeben, das Werk der Staatsmänner wie ihren Augapfel zu hüten, in brüderlicher Eintracht über den mühsam begründeten Rechtszustand zu wachen und jeder Störung einmütig und mit bewaffneter Hand entgegenzutreten. Aber wie allbekannt, haben all diese Skautelen und Maßregeln dem Friedenswerk nicht den Charakter der Ewigkeit zu verleihen gewußt. Es scheint also, daß nach den Lehren der Geschichte es einen anderen als einen faulen Frieden, einen Frieden nämlich, der dem Wechsel der irdischen Geschicke entrückt wäre, unter den Staaten niemals gegeben hat.

Auch ist es ganz sicher, die Sorge, um Gottes willen ja keinen sogenannten faulen Frieden zu schließen und lieber den Krieg fortzusetzen, ist bei den englischen Staatsmännern nicht echt, sie ist nicht ernst zu nehmen. Mit dieser wohlklingenden Formel haben sie nur einen vermessenen Gedanken ausgedrückt, der das Tageslicht zu scheuen hat und mit dem sie sich nicht recht hervorwagen. Sie fürchten, durch das zynische Bekenntnis ihrer Begehrlichkeit den naiven demokratischen Bundesgenossen an der Reme zum Neukerker zu treiben. Wenn mit der Parole „Keine Annexionen! Keine Entschädigungen!“ wirklich Ernst gemacht wird, so müßten ja nicht bloß die Zentralmächte die eroberten Gebiete räumen, auch England müßte die den Deutschen entrissenen afrikanischen Kolonien zurückgeben und auf den Erwerb kleinasiatischen Gebietes, durch den die Bagdadbahn ruiniert werden soll, Verzicht leisten. Dazu kann sich aber die von Balfour

Zeitung

704

gelehrten Sachen

ch M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 5.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 1/2. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. in SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

t im Artois.

Die Friedensnote des Papstes.

Die „Germania“ hebt in ihrem heutigen Leitartikel die Tatsache hervor, daß es sich bei dem Rundschreiben des Papstes um den ersten großen Friedensschritt des Papstes als neutraler Souverän handelt, zum Unterschied von seinen bisherigen Bemühungen in seiner rein kirchlichen Eigenschaft. Die Aktion des Papstes ist, fährt die „Germania“ fort, von so großer Tragweite, daß wir sie uns nicht denken können ohne die Voraussetzung einer vorherigen Fühlungnahme mit den beiden Mächtegruppen. In der Tat sind auch die Vorbereitungen der päpstlichen Demarche auf amtlichen Wege erfolgt.

Bezüglich des Inhalts der päpstlichen Vorschläge hält es die „Germania“ für zutreffend, wenn italienische Blätter heute andeuten, der Gedanke, der Friede müsse auf dem Recht, nicht auf der Gewalt aufgebaut werden, sollte verwirklicht werden durch die Proklamierung der Freiheit der Meere, der Vereinbarung eines Schiedsgerichtsverfahrens, durch Verzichte auf die Schadloshaltung, die Räumung und Wiederherstellung Belgiens und die Rückgabe der deutschen Kolonien. Wir möchten freilich annehmen, fügt die „Germania“ hinzu, daß in dieser Aufzählung ein nicht unwesentlicher Punkt fehlt, nämlich der der wirtschaftlichen Wiedernäherung der Völker nach dem Kriege.

Nach der Bestätigung der „Germania“, die offenbar aus unterrichteten Quellen schöpft, wird man die italienischen Inhaltsangaben der Papstnote bis zu einem gewissen Grade ernst nehmen dürfen. Die „Germania“ findet in den vom Papst aufgestellten Grundrissen mancherlei Anklänge an die Friedensresolution, auf die sich die Mehrheit des Deutschen Reichstags am 19. Juli zusammengefunden hat unter Zustimmung des neuen Reichskanzlers. Diese Aeußerung trifft schon deshalb zu, weil der Papst, ebenso wie der Deutsche Reichstag, den Frieden auf der Grundlage des Rechts schaffen soll. Nur vermiffen wir in den vorläufigen Inhaltsangaben, daß diese Rechtsgrundlage vom Papst gleichmäßig für alle Parteien aufgestellt werde. Die Note spricht zwar von der Rückgabe europäischer Gebiete — wobei übrigens ein merkwürdig geringes Gewicht auf den europäischen Osten gelegt wird — aber sie scheint von den außereuropäischen Gebieten, mit Ausnahme der deutschen Kolonien, völlig zu schweigen. Wir konnten bisher trotz angestrengten Suchens auch nicht ein Wort über die Rückgabe der von England besetzten Gebiete in Mesopotamien, Arabien, Südpalästina und Persien finden. Der Beweis dafür, daß hier eine allgemein gültige Rechtsgrundlage für den Frieden gefunden werden soll, steht also noch aus.

* Lugano, 15. August.

Eine außerordentliche Sitzung des italienischen Kabinetts ist für den nächsten Sonnabend in Rom anberaumt worden. Wie eingeweihte Kreise betonen, ist diesem Ministerrat die größte Bedeutung beizumessen. Es werden nicht nur Sonninos Abmachungen mit den Alliierten, sondern auch die neueste Friedensnote des Papstes zur Verhandlung kommen. Hinsichtlich der angeblichen Haltung der Note des Papstes gehen die Meinungen der Presse weit auseinander. Der „Secolo“, der sich sehr gereizt zeigt, vermutet, der Papst wolle Oesterreich vor der Zertrümmerung retten. Die katholische Presseagentur dagegen verbreitet die Nachricht, daß die Note auf dem Boden der Botschaft Wilsons stehe. Jedenfalls wird in Ententekreisen der Note allseitig große Bedeutung beigemessen.

Das „Giornale d'Italia“ sagt, daß der Papst seit einiger Zeit Nachrichten bezüglich der Friedensbedingungen der Kriegführenden einzog, um durch eine Enzyklika einen neuen Friedensappell ergehen zu lassen, doch setzte der Papst, als er seine Untersuchungen beendet hatte, anstatt der Enzyklika eine regelrechte diplomatische Note auf, die den Kriegführenden und neutralen Mächten übermittelt wurde. Das päpstliche Dokument wurde auch der italienischen Regierung zugestellt. Es ist nicht gewiß, ob seine Veröffentlichung bevorsteht, aber man kann heute sagen, daß der Papst auf Grund der erhaltenen Bedingungen im allgemeinen Richtlinien festlegt, in deren Rahmen sich die Friedensverhandlungen entwickeln

1917

184

17. VIII. 1914

188

Der Wortlaut der Papstnote.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* München, 17. August.

Die Note des Papstes an die Regierungen der kriegführenden Völker, die jetzt von der Nuntiatur veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

An die Häupter der kriegführenden Völker!

Seit Beginn unseres Pontifikates haben wir inmitten der Schrecknisse welche der furchterliche Krieg in Europa entfaltet hat, vorab an diesen drei Zielen festgehalten: In vollkommener Unparteilichkeit allen Kriegführenden gegenüber zu verfahren, wie es dem gemeinsamen Vater geziemt, der alle seine Kinder in gleicher Liebe umfängt; uns ferner beständig darum zu bemühen, allen so viel Gutes als möglich zu erweisen, jedoch ohne Ansehen der Person, ohne Unterschied der Nationen und der Bekenntnisse, dem allgemeinen Gebot der Liebe gemäß, wie auch mit Rücksicht auf das erhabene geistige Amt, das uns von Christus übertragen worden ist, wie es gleichfalls unsere Friedenssendung erfordert, nichts, so viel an uns liegt, zu versäumen, das beitragen könnte, das Ende dieses Unheils zu beschleunigen, indem wir versuchten, den Völkern und deren Häuptern maßvollere Entschlüsse zu empfehlen und abgeklärte Erwägungen, die einen gerechten und dauernden Frieden anzubahnen vermöchten.

Nicht alles, was wir zur Erreichung dieses höchsten Zieles taten, wurde der Öffentlichkeit kund. Wer immer indes unserem Bitten während dieser drei jüngst verfloffenen schmerzreichen Jahre mit Aufmerksamkeit folgte, konnte leicht inne werden, daß wir umjeren Entschluß, vollkommene Unparteilichkeit zu wahren, ebenso treu blieben, wie unserem Bemühen, hilfreich zu sein, daß wir unentwegt die Völker und deren Häupter ermahnten, gute Freunde und Brüder zu werden. Gegen das Ende des ersten Kriegsjahres richteten wir an die kämpfenden Völker die eindringlichsten Mahnungen, und diese boten auch den Weg zu einem dauernden und für alle ehrenvollen Frieden, doch leider verhallte unser Ruf, ohne Gehör zu finden, und der Krieg tobte erbarmungslos zwei weitere Jahre fort mit allen seinen Greueln, ja sogar mit gesteigerter Grausamkeit und dehnte sich weiter aus vom Festlande auf das Meer und bis in die Lüfte. Vernichtung und Tod hat er auf unbefestigte Städte, auf friedliche Dörfer und deren unschuldige Einwohnerschaft gebracht. Niemand vermag sich auch nur vorzustellen, wie die Leiden aller sich vermehren und erschweren würden, wenn diesen blutüberströmten drei Kriegsjahren sich noch weitere Monate anschließen oder gar, was das Schlimmste wäre, weitere Jahre. Soll denn die zivilisierte Welt nicht mehr sein als ein Leichenfeld?

Europa, so glorreich und blühend, soll es denn, wie vom allgemeinen Bahnstirn erfasst, dem Abgrund zustürzen, Selbstmord begehen? In dieser qualvollen Lage angesichts der schweren Gefahren erheben wir von neuem den Ruf nach Frieden und erneuern unsere dringlichen Aufforderungen an diejenigen, welchen die Geschicke der Völker anvertraut worden sind.

Wir haben überhaupt kein politisches Sonderziel, noch Beeinflussen uns Einflüsterungen oder Bestrebungen der im Kriege befindlichen Staaten. Es leitet uns vielmehr einzig und allein das Bewußtsein höchster Pflicht des gemeinsamen Vaters aller Gläubigen, die eindringlichen Bitten unserer Kinder, die uns um Friedensvermittlung ansehn, endlich die Stimme der Menschlichkeit, der Vernunft.

Wir wollen uns nun aber nicht mehr auf allgemeine Mahnungen beschränken, wie es die Umstände bisher nahelegten. Wir wollen zu genaueren Vorschlägen schreiten. Wir laden die Regierungen der kriegführenden Völker ein, sich über die folgenden Leitsätze zu einigen, welche die Grundlage eines gerechten und dauerhaften Friedens zu bilden geeignet scheinen. Den Regierungen überlassen wir die Sorge, zu umgrenzen und zu ergänzen.

Vor allem wäre als Ausgangspunkt und Grundlage anzusehen, daß an die Stelle der materiellen Gewalt der Waffen trete die sittliche Macht des Rechts. Daraus ließe sich ein gerechtes und gemeinsames Abkommen ableiten über die gleichzeitige gleichmäßige Verminderung des Rüstungswahns. Die Regeln und die Bürgschaften, die dabei zu sehen wären, wären ihr Maß und ihre Norm darz

18. VIII. 1917

191

Neue die Presse.

Morgenblatt.

Wien, Samstag, den 18. August

1917.

Ganzj. K. 10, halbj. K. 5, viertelj. K. 12.
Abonnement für das Ausland:
 Vierteljährig:
 Bei uns (Kreuzband, Versendung): Deutsch-
 land, Bulgarien K. 24, 4 Staaten des Welt-
 postvereines K. 25.
 Bei den Postämtern in Deutschland
 K. 11.15, Schweiz Fr. 15.65, Belgien Fr. 15.95,
 Italien L. 11.47, Rumänien Fr. 15.95, Serbien
 Fr. 12.60, Bulgarien Fr. 15.65, Brasilien L. 5.50,
 Griechenland (S. d. Buchhandl. Eltheroudakis
 & Bach, Athen od. K. Zeigis-Exp. in Triest) K. 12.60,
 Europ. Türkei (Oest. Postämter) K. 15.40, Asiat.
 Türkei K. 17.45, Ägypten K. 15.54, Bama-
 mark Kr. 11.20, Schweden Kr. 13, Norwegen
 Kr. 10.54, Finnland M. 15.10, Holland F. 9.—, Bei
 den Agenturen in Italien: Loescher & Co., Rom
 Fr. 15.50, Frankreich: Hachette & Co., 111, Rue
 Mauvour, Fr. 15.50; England: Saarbach, London, 11,
 Bride Lane, Fleet Street, E. G. Siegle & Co., London
 E. G. 128, Leadenhall Street, St. 1 ab. 1; Nord-
 amerika: E. Steiner, 25 Park Place, G. E. Stecher,
 181-185 West 25 th St., L. A. Rosswag, 57, Second-
 Avenue in New York, Doll. 6.40, Vertreter für das ges.
 Ausland: Saarbachs News Exch., Ges. m. b. H., Mainz.
 Für die an Agenten, Austräger oder Verchleesser
 bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Wiederherstellung.

Von Georg Gothein,

Mitglied des deutschen Reichstages.

Berlin, 14. August.

Lloyd-George hat dem deutschen Kaiser und dem Reichskanzler den Vorwurf gemacht, sie stammelten und stotterten, wenn sie das Wort: „Wiederherstellung“ aussprechen sollten. Es ist aus den vorliegenden Uebersetzungen nicht zu ersehen, ob er das Wort „restitution“, das ist Rückgabe, oder aber „reparation“ gebraucht hat, was nicht nur die Rückgabe, sondern auch die Wiederherstellung in den früheren Zustand, die Restitutio in integrum, beziehungsweise die Erstattung der dafür notwendigen Kosten bedeuten würde.

Nun hat bei der Anfrage wegen des Durchzuges deutscher Truppen durch Belgien die deutsche Regierung sich bereit erklärt, Belgien allen ihm daraus erwachsenden Schaden zu vergüten, sofern es diesem Durchzug keinen Widerstand entgegensetze. Diese Bedingung hat Lord Cecil geflissentlich zu erwähnen vergessen; als er dieser Tage im englischen Parlament deswegen interpelliert wurde. Da Belgien sich dem deutschen Durchmarsch mit den Waffen widersetzt hat — was an sich sein gutes Recht war — so besteht für Deutschland keine übernommene Verpflichtung, es für die erlittenen Kriegsschäden zu entschädigen.

Es scheint übrigens, daß Lloyd-George von Deutschland und Oesterreich-Ungarn verlangt, sie sollten für alle Kriegsschäden in den feindlichen Ländern, also in Serbien, Rußland und Frankreich, ja auch in Rumänien und Italien aufkommen, obgleich die Kriegserklärung von diesen unter Bruch ihrer Bündnisverträge ausgegangen ist. Das paßt in seinen Plan, die Mittelmächte als die Friedensförderer anzusprechen und ihnen als den Schuldigen die Kosten aufzuerlegen. Freilich wird er sich selber sagen, daß solche Forderungen nie durchzusetzen sind. Denn selbst wenn es unseren Feinden gelingen sollte, uns aus Irland, Litauen, Polen, Rumänien, Serbien, Montenegro, Belgien und Nordfrankreich zu verdrängen, was uns völlig ausgeschlossen erscheint, so würde das nach den bisherigen Erfahrungen nur im Stellungskampf mit vollständiger Verwüstung all dieser Gebiete möglich sein. Für Belgien wie für Nordfrankreich könnte man gar kein größeres Unglück ausdenken, als das, von Engländern und Franzosen zurückerobert zu werden; nur als völlig verwüstete Trümmerhaufen würden sie in deren Hände übergehen und das gleiche traurige Geschick würde Elsaß-Lothringen, würde Polen, würde Rumänien blühen, wenn die Waffen unserer Gegner letzten Endes siegreich würden.

Dabei würden diese Zerstörungen weit weniger die Folge unserer Verteidigungskämpfe als die des Angriffs unserer Feinde sein. Hat sich doch Lloyd-George erst kürzlich gerühmt, daß die Trichterstellungen, in denen wir ihnen bei Ypern so große Verluste beibrachten, ehe wir sie aufgaben, von den englischen Granaten herrührten. Wer kann hinterher feststellen: diese Zerstörung ist durch kriegerische Maßnahmen der Entente,

jene durch solche der Mittelmächte hervorgerufen! Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und Deutschland ebenso wie Oesterreich-Ungarn haben sich bereit im Herbst 1916 zu Friedensverhandlungen bereit erklärt, diese aber sind von den feindlichen Mächten brüsk abgelehnt worden. Gerade seitdem haben namentlich in Nordfrankreich und Belgien, aber auch auf anderen Kriegsschauplätzen die schwersten Verwüstungen stattgefunden. Und hat nicht Italien am Isonzo die blühenden Städte, Dörfer und Fluren zu Trümmerhaufen und Wüste gemacht! Haben nicht die Rumänen bei ihrem Einfall in Siebenbürgen, die Russen in Ungarn, der Bukowina, Galizien und Ostpreußen ohne jede Not, aus reiner Zerstörungslust, unsagbare Verwüstungen angerichtet! Haben nicht die Engländer völkerrechtswidrig den Krieg in die afrikanischen Kolonien getragen, haben sie nicht überall, wo sie die Macht dazu hatten, deutsche Handels- und Industrieniederlassungen zerstört, ja selbst die Geschäftsbücher vernichtet! Ist nicht ihr ausgesprochenes Ziel in diesem Krieg, den deutschen Ueberschandel dauernd zu vernichten!

Lloyd-George will die Rolle Cromwells spielen, und wie jener den holländischen Handel vernichtete und die englische Flagge zur allein meerbherrschenden machte, so will er jetzt den wichtigsten Handelskonkurrenten Englands dauernd niederringen. Wenn es ihm auch gelungen ist, für dieses Ziel fast die ganze Welt gegen die Mittelmächte und ihre Verbündeten in die Schranken zu rufen, so sind wir davon selbstverständlich durchdrungen, daß er es nicht erreichen wird. Unsere Widerstandskraft ist zu groß; auch England wird sich daran verbluten, wird sich wirtschaftlich und finanziell deziert schwächen, daß schließlich der von ihm exträumte Siegespreis der politischen wie wirtschaftlichen Weltmachtstellung auf die Vereinigten Staaten von Amerika einerseits, auf Japan andererseits übergehen wird. Zu deren Gunsten ruiniert sich Europa in diesem Krieg, verliert es die Führerstellung.

Aber auch der Versuch, Deutschland dauernd als Industrie- und Handelsmacht auszuschalten, ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Ein Land, das über solche Kohlen- und Eisenerzreserven verfügt — und die liegen ganz überwiegend in Schlesien und auf dem rechten Rheinufer — ein Land mit einem so arbeitsamen, intelligenten Volk kann wirtschaftlich gar nicht dauernd ausgeschaltet werden. Das war bei einem so kleinen, wenn auch überaus tüchtigen und kapitalstarken Volk wie den Niederländern möglich, ist aber bei Deutschland wie bei Oesterreich-Ungarn ausgeschlossen.

All solche Erwägungen greifen auch in England mehr und mehr um sich, und Lloyd-George sieht sich genötigt, in jeder seiner Reden gegen sie aufs Witendste anzukämpfen. Auf die Dauer — wenn die englischen Erfolge sich auf einige eingenommene Trichterstellungen beschränken und die Seeschiffahrtstonnage sich immer weiter vermindert — wird ihm das nicht gelingen. Deshalb sucht er auch heute bereits nach einem Weg, der ihm einen anständigen Rückzug sichert; der es ihm ermöglicht, mit seiner unübertroffenen dialektischen Kunst seinen Landsleuten weiszumachen, daß er den erstrebten Erfolg auch tatsächlich erreicht habe. Deshalb legt er

18. VII. 1917

fanterie fing den gewaltigen Stoß überall auf und warf den Feind unter enger Mitwirkung der Artillerie und der Flieger wieder zurück. An den von Rouleux und Menin auf Ypern führenden Straßen drang sie über unsere alte Stellung hinaus in erfolgreichem Angriff vor.

In allen anderen Abschnitten des weiten Schlachtfeldes brach der englische Ansturm vor unseren Hindernissen zusammen. Trotz schwerster Opfer haben die Engländer nichts erreicht! Wir haben in der Abwehr einen vollen Sieg errungen. Unererschütterter, in gehobener Stimmung steht unsere Front zu neuen Kämpfen bereit!

Im Artois griffen die Engländer gegen Abend bei Loos wieder heftig an; örtliche

hatte nach Freidum und Best, die immer bei immer raffiniertere Bedürfnisse hervorrief, die Feder der uns mit immer neuen Genüssen überdrückte und der Stimmung unterer Reden und unferes Handels, ihn selbst in den Mittel- und Bolschidschen erhaben; garten Darwinismus und die immer neuen Bestände, idastischen Schritten Gocdels, das Borden eines Bänder, die ungeheure Verbreitung der Pflanzen, Charakterismusstreit um die Mitte des vorigen Jahr, führt und steigend weiter in den Problemen der Ethik immer mehr Eingang gefunden und die Stellungnahme

Tiefere Triebkräfte.

Von einem Gelehrten.

Nun wieder, bei der schroffen Zurückweisung des Friedensanbotes der Mittelmächte, bei dem Reiseverbot gegenüber der Stockholmer Konferenz, jetzt bei der Stellungnahme gegen die Friedensabsichten des Papstes begegnet man in der englischen Politik Auffassungen und Handlungen, die fürs erste überraschend und unbegreiflich dünken, in Wirklichkeit aber tief hinabreichen in britische Eigenart und Ethik: Diplomatische Hinterdrückung der Wahrheit, das alles wird unter Umständen für englische Politik, Klugheit und ethischer Wert bezeichnet. Dem Kenner der Geschichte ist dies nichts Neues. Die ganze englische Eroberungspolitik der verfloffenen Jahrhunderte ist denselben Weg gegangen. Nur hat sich heute derselbe Grundsatz zu einem umfassenden System entwickelt, das alle anderen Rücksichten verschlingt.

Wie ist es möglich, daß eine derartige Politik mit so eiserner Konsequenz verfolgt wird und sich durch ganze Jahrhunderte hindurch zu einem folgerechten, fast lückellos geschlossenen System ausgestalten konnte? Es liegt uns fern, nun etwa in England alles schwarz sehen zu wollen. Wir wissen sehr wohl, daß keineswegs alle britischen Untertanen mit der Politik der führenden Kreise einverstanden sind.

Aber beim Studium der englischen Philosophie, insbesondere der englischen Ethik drängt sich uns eine eigentümliche überaus lehrreiche Erkenntnis auf. Die ganze englische Politik ist nichts weiter als die praktisch angewandte Ethik der großen englischen Moralphilosophen. Die englische Politik wendet den Grundsatz des rücksichtslosesten Egoismus an, weil nach englischer Auffassung der Egoismus das Wesen der Sittlichkeit ausmacht. Die Politik Englands ist durchaus und im höchsten Grade sittlich — nach englischer Auffassung. Eine andere Politik wäre einfach — unmoralisch, unsittlich, verwerflich.

Diese Behauptung erscheint ungeheuerlich. Aber nur auf den ersten Blick. Die Geschichte der englischen Ethik liefert den unwiderleglichsten Beweis. Nur von hier aus kann man Englands Politik wirklich begreifen. Nur von hier aus kann man auch versuchen, England bezugkommen, nicht in militärischem, sondern im allgemein kulturellem Sinne. Alle anderen Versuche müssen unbedingt scheitern. Denn sie treffen nur einzelne Ausläufer, nicht die Lebenswurzel. Solange England am ethischen Utilitarismus festhält, ist es gegen alle Angriffe gefeit.

Worin besteht das Wesen der utilitaristischen Ethik? Diese gebelbt regelmäßig auf dem Boden einer positivistischen, empiristischen und naturalistischen Weltanschauung. Diese Weltanschauung anerkennt nur die Tatsachen der Erfahrung, alles das, was sich empirisch feststellen läßt. Ueber Sinnliche Faktoren, metaphysische Gesichtspunkte sollen grundsätzlich ausgeschlossen sein. Darnach ist der Mensch nur ein kleines Glied der Natur, von denselben Gesetzen beherrscht, die überall in der Natur herrschen. Diese Gesetze sind durchaus eindeutig und dulden auch nicht die leiseste Ausnahme. Darum wirken die Kräfte notwendig dort, wo alle Bedingungen zu ihrer Entfaltung vorhanden sind. Und da auch der Mensch denselben Gesetzen unterliegt, so ist jede menschliche Tat im Naturalismus nur die unbedingt notwendige Folge der jedesmal gegebenen Bedingungen.

19. VIII. 1917

ist.

ch-Ungarns.

für Wien:	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	25.—
Für Oesterreich-Ungarn:	
d. h. täglich zweimaliger Postver-	
sendung	
monatlich	K 5.20
vierteljährlich	15.—
halbjährlich	30.—
bei täglich einmaliger Postver-	
sendung	
monatlich	K 4.50
vierteljährlich	13.—
halbjährlich	25.—
Für Deutschland:	
viertelj. Kreuzbandfend. K 18.—	
und durch die Postämter laut dort	
aufgelegener Postsetzungssätze.	
Minder des Weltpostvereins:	
viertelj. Kreuzbandfend. K 22.—	
und durch die Postämter laut dort	
aufgelegener Postsetzungssätze.	
Einzelpreise für auswärtig:	
Morgenblatt	16 h
Nachmittagsblatt	6
Nachmittagsblatt separat	6

17 XXIV. Jahrgang

Uzofschlacht.

über 250 Geschütze und
Kriegsgewehre.

Der Papst und der Friede.

Wien, am 18. August.

Ein Dokument von weltgeschichtlicher Bedeutung liegt vor uns, das Schreiben des Papstes an die Oberhäupter der kriegsführenden Staaten. Der Katholik wird zu die Prüfung dieses politischen Aktes des Heiligen Vaters herantreten mit jener Ehrfurcht, die dem im Losen des Weltsturmes liebevoll und bekümmert seine Herde suchenden Völkerhirten gebührt; aber auch der der katholischen Kirche Fernerstehende wird seinen Respekt zollen dem Fürsten der Geister, der ohne eine Handvoll Soldaten, mit nichts gewappnet als mit der Heiligkeit seines Amtes und der Auserlesenheit seiner Person, sich inmitten des gewaltigen Ansturzes der ganzen Erde unparteiisch, geistig frei und in Hoheit zu erhalten vermochte; Königreiche und Republiken wurden gegen den Wunsch ihrer Völker und Väter in die große Parteilung hineingezwungen, nur nach schmalen Flecken mehr zählt die Erde, die nicht Kriegsland ist; Papst Benedikt XV. aber hat es vermocht, allen Drohungen, Bedrängnissen, Täuschungen, Versuchungen zum Trotz über dem Tumulte der Leidenschaften zu bleiben, ein wirklicher undoreingenommener Arbitrer. Man kann seine Vermittlung verhindern, aber man vermag nicht seinen Anspruch auf dieses Mittleramt zu bezweifeln. Er ist der einzige große, makellose Unparteiische, der in der ganzen Welt geblieben ist, nachdem ringsumher alles in Streit und Krieg versank.

Das Mittleramt des Papstes muß seinem Unternehmen, zusammenführend und versöhnend unter die Völker zu treten, die Merkmale seines Wesens auf-

reicherungen mit fremdem Gebiete ablehnt; es geht aber darüber noch hinaus und verlangt die Sicherung der Freiheit der Meere, eine Forderung, die noch viel weittragender zugunsten der Mittelmächte spricht, denn daß die Gegner uns nicht zerstückeln werden, haben sie wohl schon selbst eingesehen, daß sie uns aber durch die Beschlagnahme oder Beherrschung der wichtigsten Meeresstraßen, der Straße von Otranto, von Suez, der Dardanellen und durch die Vernichtung unseres Ueberseehandels wirtschaftlich erdroffeln können, das schwebt ihnen immer noch als Kriegsziel vor und darum wird eigentlich heute noch gekämpft. Unsere nominelle Existenz würden sie uns heute vielleicht zubilligen, aber nicht eine, die gesichert wäre vor der Verarmung und dem Zerfall durch Verhungern.

Das sind Worte der päpstlichen Friedensaktion, welche die Haltung Oesterreich-Ungarns nicht zweifelhaft erscheinen lassen können, und gewiß werden die Mittelmächte einmütig alles unternehmen, um die diesmaligen Friedensbemühungen des Papstes entgegenkommend zu unterstützen. Vielleicht werden es sich die Gegner doch überlegen, die schwere Verantwortung auf sich zu laden, sich vor dem höchsten unparteiischen Forum der Welt und vor allen Friedensfreunden als die Vereitler der Völkerveröhnung zu belasten.

oo
192
M
W
11
aj
19
19
ai
U
L
E
S
T
I

ing

lung.)

47. 4. 42

Preis der Anzeigen:

Kolonialzelle 70 s. Abendbl. 30 s. Reklaman
A 1.20. Abendbl. A 1. Familienanzeigen
88 mm breit A 1.20. Auf diese Preise 10%
Teuerungszuschlag. Platz- und Daten-Vor-
schriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen
nehmen an: Unsere Exped. in Frankfurt a. M.:
Gr. Eschenheimerstr. 3337. Schillerstr. 20.
Malar: Schillerplatz 3, Berlin: Mauerstr. 16/18.
Dresden A: Waisenhaustr. 25. München: Perusa-
strasse 5. Offenbach: Biebererstr. 34. Stuttgart:
Poststrasse 7. Zürich: Nordstr. 62. Unsere
übrig. Agentur. u. d. Annonc.-Expeditionen.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-
Druckerei O. m. b. H.
Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Die letzten Balkankonferenzen der Entente.

o Lugano, 13. August.

Von allen Problemen, die die Einheit der Entente gefährden, ist keines so schwierig zu lösen wie das balkanisch-levantinische. Wohl gibt es ein weiteres Gebiet mit einem starken latenten Interessengegensatz, das gesamte Mittelmeer, aber das absolute Uebergewicht der heiden Westmächte auf diesem uralten Meere hindert Italien daran, schon jetzt eine Lösung zu suchen, die seinen Wünschen entspricht. Um so schärfer stoßen sich die Interessen zwischen Serben und Südslawen im allgemeinen auf der einen und den Italienern auf der anderen Seite im Adriatischen Meere. Man geht kaum fehl mit der Annahme, daß der Beitrittsvertrag zur Entente, den die italienische Regierung im April 1915 zu London unterzeichnete, nur eine allgemeine Lösung der adriatisch-levantinischen Frage für den Siegesfall umschrieb, jedoch konkrete Abmachungen auf einen späteren Zeitpunkt verschob. In dieser offenen Frage krankt die Entente seit den ersten italienischen Kriegstagen und aller Lösungsversuche sind gescheitert. In aller Erinnerung ist es noch, wie die Königsfamilien von Serbien und Montenegro im Winter 1915 nach ihrer Vertreibung durch die Heere der Zentralmächte es trotz ihrer nahen Blutsverwandtschaft mit der Königin von Italien nicht nur vermieden, sich auf italienischem Boden anzusiedeln, sondern in Rom nicht einmal einen Fuß in den Quirinal setzten, vielmehr es vorzogen, im Wagon auf dem Bahnhofe zu übernachten.

Immer wieder wurden neue Verhandlungen angeknüpft und Lösungen gesucht, ohne daß sich ein Vergleich ermöglichen ließ. Eine schwere Verwicklung des Problems erfolgte nach der russischen Revolution. Ein demokratisches und überdies durch innere Unruhen zerrissenes Rußland mußte auf die Beschützerrolle, die das Zarentum auf dem Balkan gespielt hatte, verzichten. Die italienische Politik, deren Kopf ausschließlich nach Osten gerichtet ist, stand nun vor einer ganz unerwarteten Perspektive. Sie hatte nicht mehr die Aufgabe, die russischen mit ihren eigenen Interessen im nächsten Orient auszugleichen, sondern brauchte nur noch ihre eigenen Interessen gegen den Widerstand viel schwächerer Kleinstaaten durchzubringen und dafür die Unterstützung der Westmächte zu gewinnen, da Rußland in der auswärtigen Politik der Entente gar keine Stimme mehr hat. Wer die italienische Presse zwischen den Zeilen zu lesen versteht, den können alle schönen Phrasen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der italienische Imperialismus mit seinem Drang nach dem Osten seit diesem Frühjahr mächtig erstarkt ist und die Vorherrschaft auf dem Balkan anstrebt. Für Serbien, den Nebenbuhler Italiens, hat die russische Revolution gleichfalls eine Neuorientierung nötig gemacht. Das orthodoxe Rußland hatte aus religiösen Gründen Serbien immer auf das orthodoxe Mazedonien als Expansionsland verwiesen, jedoch die serbischen Bestrebungen zur Vereinigung mit den katholischen Slowenen und Kroaten nicht vorbehaltlos unterstützt. Sobald nun das orthodoxe Zarentum gefallen war, mußten die westlichen Einflüsse auf Serbien die Ueberhand gewinnen. Diese wollten es, um einen Sonderfrieden mit Bulgarien zu ermöglichen, von Mazedonien ab- und auf die südslawischen Teile der österreich-ungarischen Monarchie hinführen. Ihren ersten Erfolg haben diese Einflüsse auch schon zu verzeichnen. Das serbische Pressebüro hat jüngst das Programm für die Gründung eines serbisch-kroatisch-slowenischen Südslawenstaates veröffentlicht, das am 20. Juli d. J. auf Korfu von Baschitsch und dem Präsidenten des südslawischen Komitees Dr. Trumbitsch, dem früheren Führer der kroatischen Partei im dalmatinischen Landtag, unterzeichnet worden ist. Dieses Programm fordert unter ausdrücklicher Zustimmung des südslawischen Komitees von London, dem wichtigsten Sprachrohr der beteiligten Kreise in den Ententeländern, die Gründung eines serbisch-kroatisch-slowenischen Einheitsstaates auf demokratischer Grundlage unter der Krone der Karageorgewitsch, der alle Völker umfaßt, wo die drei Stämme in zusammenhängenden Massen wohnen und der etwa 12 Millionen Einwohner zählen würde.

Dieser Aufruf hat in Italien große Aufregung erzeugt, weil er die eigenen Kreise und Absichten aufs Schwerste zu stören droht. Offizielle Kreise beeilten sich zu versichern, daß Herr Baschitsch das Programm veröffentlicht habe, ohne die westlichen Großmächte zu befragen oder sie auch nur vorher zu verständigen, sodaß es nur einen frommen Wunsch der Serben ausdrückte. Doch waren die Gegensätze zwischen dem italienischen und dem von einflussreichen westlichen Kreisen unterstützten serbischen Orientprogramm nachgerade so scharf geworden, daß eine vorläufige Einigung dringend gesucht werden mußte, sollte nicht die Einheit der ganzen Ko-

1917

199



Preis der Anzeigen:
 Kolonialzelle 70 g. Abendbl. 10 g. Reklamen
 2.50, Abendbl. 1.50, Familienanzeigen
 86 mm breit 1.20. Auf diese Preise 10%
 Teuerungszuschlag. Platz- und Daten-Vor-
 schriften ohne Verbindlichkeit. — Anzei-
 gen nehmen an: Unsere Exped. in Frankfurt a. M.:
 Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schillerstr. 21,
 Mainz: Schillerplatz 3, Berlin: Mauerstr. 16/18,
 Dresden: A. Waisenhausr. 25, München: Perers-
 strasse 5, Osnabrück: Bieberstr. 34, Stuttgart:
 Poststrasse 7, Zürich: Nordstr. 62. Unsere
 übrige Agentur u. d. Annonc.-Expeditionen.
 Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

19. / VIII. 1917

Wahlen ohne Wahlkreise.

Von Professor Dr. Hugo Preuß.

Von der prinzipiellen Anerkennung des gleichen Wahlrechts ist es nur ein kleiner Schritt zu der Erkenntnis, daß diese Gleichheit durch die Ungleichheit der Wahlkreise praktisch wieder aufgehoben wird. Jedoch läßt dabei der Irrtum unter, daß der entscheidende Fehler eben in der Ungleichheit der Wahlkreise liegt, während er der Wahlkreiseinteilung in und für sich anhaftet. Auch eine mathematisch genau gleiche Einteilung würde das Wesen der Sache unberührt lassen. Und zwar könnte sie nicht einmal ihren nächsten — zugleich primitivsten — Zweck erreichen, die Gleichheit in der Verteilung des Stimmgewichts. Das hat schon an der Wiege des schweizerischen Konstitutionalismus Abbé Stähelin argentin mit seinem bekannten Beispiel: 147 Stimmen werden in sieben genau gleiche Abteilungen von je 21 Stimmen geteilt; dann können je 11 Stimmen in vier Abteilungen d. h. 44 Stimmen eine formale Mehrheit schaffen gegen eine formale Minderheit von 103 Stimmen! Als trotz absoluter Gleichheit der Einteilung kann diese an und für sich in der zufälligen Gruppierung die Macht verleihen, einer kleinen Minderheit das Übergewicht über alle andern zu geben; die politische Wirkung von mehr als zwei Dritteln der Stimmen ist glatt ausgeschaltet. Und weil solche Zauberkräfte in jeder beliebigen Wahlkreiseinteilung schlummern, ist das Bestreben sehr natürlich, die Gruppierung nicht dem blinden Zufall zu überlassen, sondern Methode hineinzubringen je nach der Lagerung bestimmter Interessen. Jede Wahlkreiseinteilung als solche verführt unwiderstehlich zur Wahlkreisgeometrie.

Der Reaktion dagegen verdammt das Proportional-System seine Anziehungskraft. Es trägt den Gedanken einer veredelten Ordnung dieser Dinge ohne Zweifel in sich; und praktisch bringt es in jeder seiner Formen eine gewisse Milderung der Mißstände. Aber jede seiner Formen bringt auch wieder andere praktische Mißstände mit sich und kann doch die alten eben nur mildern, nicht beseitigen. Der Grund ist wiederum die Wahlkreiseinteilung, die der Proporz durch Verringerung der Zahl der Kreise zwar ändert, von der er jedoch nicht loskommt. Wohl erkennen seine Gegner, daß er in der Konsequenz seines tragenden Grundgedankens die Wahlkreise überhaupt beseitigen müßte; aber sie erkennen zugleich, daß ihre Methoden dazu nicht im Stande sind, ohne ihre an sich schon bedenkliche Kompliziertheit zu völliger Unmöglichkeit zu steigern. In der Tat kann man dem Reichstagswähler nicht zumuten, Listen von 397 Namen, freie oder gebundene oder panachierte Listen usw., zu handhaben; und die Ermittlung des Wahlergebnisses würde ein ganzes statistisches Amt Jahre lang beschäftigen können.

Und doch ist gerade dies die Aufgabe: für die Reichstagswahlen das ganze Reichsgebiet als einen einzigen Wahlkreis zu organisieren, ebenso für Landtagswahlen das ganze Staatsgebiet und für Gemeindevahlen das ganze Gemeindegebiet. Nur so ergibt sich ein tatsächlich gleiches Wahlrecht. Aber wichtiger noch ist, daß nur so die künstliche Verschiebung von Mehrheiten und Minderheiten, die gesetzlich sanktionierte Fälschung des Wahlergebnisses dauernd verhindert werden kann; am wichtigsten die Wirkung, die durch Beseitigung der Wahlkreispolitik mit ihren unheilbaren Krebsgeschäden auf die Bildung der öffentlichen Meinung, des politischen Gemeinwillens, auf die Auslese des politischen Personals und die Parteiloyalität eintritt. Sinn und Zweck der Reichstagswahlen ist ausschließlich, den Gemeinwillen des ganzen deutschen Volkes in der Reichspolitik um rechtlichen Ausdruck zu bringen. Freilich geht es über die Kraft jeder Rechtsordnung, die öffentliche Meinung mit fehlerloser Sicherheit zu erfassen und restlos zu organisieren. Aber elementarste Pflicht jeder Rechtsordnung ist es, weitaus nicht offenbare und unzweifelhafte Fehlerquellen, die der Erreichung jenes Ziels durchaus entgegenwirken, geflissentlich hinein zu organisieren. Das geschieht aber durch die Lokalisierung der Wahlentscheidung in Wahlkreisen.

Dagegen erhebt sich der beliebte Vorwurf der „Atomisierung“, weil die Beseitigung der „historischen Gliederungen und Zusammenhänge“ den einzelnen Wähler entwurzele und als „isoliertes Individuum“ dem Staatsganzen unmittelbar gegenüberstelle. Leute, die den Gedanken entlastet von sich weisen, daß wir etwa von dem englischen Parlamentarismus lernen könnten, verweisen dann lebhaft auf die „Mutter der Parlamente“, das englische Haus der Gemeinen, das recht eigentlich in der Vertretung der Grafschaften und Städte, also der Wahlkreise, wurzelt. Ja, das war einmal; und wie in vielem andern hat sich auch hierin die englische Entwicklung vom mittelalterlich ständischen zum modernen parlamentarischen Wesen allmählich und ohne scharfen Bruch vollzogen. Also ganz anders als auf dem Kontinent. Unsere Wahlkreise haben wenig oder nichts von der Natur historischer Umbe-

abgedankt hatte, sondern auch dem Kunstfreund eine angenehme Gabe. H. G. P.

= [Die Immunisierung gegen Biengift.] Auf Grund der Tatsache, daß manche Insekten gegen Biengift unempfindlich sind oder es doch im Laufe der Zeit werden und andere zeitweilig keine Veränderung in ihrer Empfindlichkeit beobachten können, ging H. Dold mit Tierversuchen und serologischer Methodik diesen Erscheinungen nach und berichtet über seine Versuchsergebnisse in der „Zeitschrift für Immunitätsforschung und experimentelle Therapie“ (Bd. 26, Heft 2, 1917). Er träufelte mehreren Kaninchen, die gegen Biengift charakteristisch reagierende Nasen- und Augenschleimhäute haben, mehrmals in bestimmten Intervallen eine wässrige native Gistlösung, die er auf Filterpapier eingetrocknet monatelang konservieren konnte, auf die Bindehaut des linken Auges. Das Ergebnis war: die Empfindlichkeit ließ in den aufeinanderfolgenden Injektionen nicht nach und zuletzt zeigte die Bindehaut des linken Auges die gleiche Reaktivität wie die des als Kontrolle dienenden rechten Auges. Nichts hatte der Tierkörper kein Gegengift (Antitoxin) erzeugt, was durch die weitere Untersuchung des Bluteserums der behandelten Tiere bestätigt wurde. Gemische mit Biengiftlösung und dem Serum der Versuchstiere und neuer Tiere reizten die Konjunktiva zu gleichen Erscheinungen. Da die wirksame Substanz (n. Langer) eine organische Base ist, ließ sich dieses Resultat erwarten; denn bis jetzt sind nur gegen Eiweiße oder deren höhere derivative Antikörper einwandfrei festgestellt worden. Nach Dold ist die chinesische Biene giftärmer als die „deutsche“, da er selbst mit einer 5 bis 7mal größeren Dosis nicht den von Langer beobachteten Reaktionsauschlag erzielen konnte. Dold, der die deutsche Medizin- und Ingenieurschule für Chinesen in Shanghai leitet, hält daher die chinesische Biene für „gutmütiger“ und sieht hierin eine Parallele zum chinesischen Volkscharakter — eine Annahme, die auch durch die Kriegserklärung Chinas auf Vereinen Englands und Konsorten illustriert wird. Von höherem Interesse ist die beobachtete höhere Empfindlichkeit von weißen oder albinotischen Kaninchen gegenüber von schwarzen oder pigmentreichen. Wahrscheinlich erhöht die zarte Haut- und Schleimhautbildung von Albinos deren Resorptionsfähigkeit gegen Biengift oder die vasomotorische Empfindlichkeit überhaupt. Da die Giftwirkung auf die Konjunktiva als eine Gefäßreaktion aufgefaßt wird, könnte die Erscheinung auf diese Weise erklärt werden. Dold möchte nun auch die verschiedenartige Wirkung des Biengiftes auf die Insekten mit deren Pigmentgehalt in der Haut in Beziehung bringen und reist deshalb eine Umfrage unter den Insekten an. Bisher leicht lassen sich deren Beobachtungen nach dem bezeichneten Gesichtspunkte einheitlich zusammenfassen. Th.

ist, Kommission zu diesem Zwecke dem Handelsminister ein Gutachten über die Höhe der Preise auf Grundlage der durchgeführten Beratungen zu erstatten.

Die Deutsche Reichsbank zum Beispiel aus Berlin, 18. d., wird telegraphisch: In der zweiten Augustwoche hat die gesamte Umlauf des Deutschen Reichsbank um 362,5 Millionen Mark genommen, während sich die fremden Gelder um 340,6 Millionen Mark erhöht haben, so daß die Entente endgültig besiegt würde, das gute Geschäft, welches die Amerikaner mit ihren Kriegslieferungen an unsere Feinde gemacht haben, sich in ein schlechtes Geschäft umwandeln würde. Wie wenig Vertrauen sie in die Zahlungsfähigkeit oder Zahlungswilligkeit ihrer jetzigen Verbündeten gehabt haben, beweist der Umstand, daß sowohl England als Frankreich bei Aufnahme ihrer Anleihen in den Vereinigten Staaten amerikanische Papiere oder Papiere zahlungskräftiger neutraler Staaten als Deckung hinterlegen mußten, wie ein Kaufmann, dem man keinen Personalkredit, sondern nur einen durch Effekten bedeckten Kredit einräumen will. Bei aller seiner Vorsicht sieht Amerika aber, gerade weil es zur Rettung seiner Ruhestände an dem Kriege teilzunehmen beschlossen hat, sich genötigt, noch tiefer in seinen Beutel zu greifen und den Ententestaaten weitere Milliardenanleihen zu gewähren. Bei der Kapitalkraft Englands und Frankreichs werden die Amerikaner wohl, wenn auch in langgestreckten Zeiträumen, zu ihrem Gelde kommen. England und Frankreich selbst können aber die Milliardenborschüsse, die sie ihrerseits den Alliierten, insbesondere Serbien, Montenegro, Portugal, Belgien, Rumänien, gegeben haben, als dubiose Forderungen buchen, wenn sie überhaupt etwas davon hereinbekommen werden. Wie ungeheuer groß diese Borschüsse in den drei Kriegsjahren schon geworden sind, ersieht man aus den wiederholten Mitteilungen der englischen Regierung und den Ausweisen der Bank von Frankreich, welche mit herangezogen wurde, diese Borschüsse, selbstverständlich nicht auf ihr eigenes Risiko, sondern unter Garantie der französischen Regierung, auszuführen. Jeden Tag wachsen diese dubiosen Ruhestände Englands und Frankreichs. Es ist das jedenfalls ein riskantes, man könnte sagen, faules Geschäft. Wenn Rußland nicht bald Frieden schließt, so haben die französischen Kapitalisten, welche an zwanzig Milliarden russischer Werte haben sollen, vielleicht Ursache, auch für diesen Besitz zu zittern, zumal man nicht weiß, wie sich die Dinge auch im Innern Rußlands, wo bereits chaotische Zustände herrschen, weiter entwickeln werden.

Das wohl allerjüngste Geschäft Englands ist die gewaltige Einbuße seiner Handelsmarine durch den U-Boot-Krieg. Das ist die verwundbarste Stelle des englischen Wirtschaftslebens. Als Beherrscherin der Meere war Großbritannien in den Krieg getreten. Die Vernichtung des ihm unbequemen deutschen Seehandels und der deutschen Kriegsflotte war ein Hauptziel seiner Kriegsführung. Und nun sieht es sich selbst in seinem Welthandel bedroht, wird nach dem Krieg über eine so geminderte Handelsflotte verfligen, daß seine Seeverbindung und Geschäftsverbindung mit den eigenen Kolonien darunter auf das empfindlichste leiden muß. Durch seine mächtige Kriegsflotte hatte England seine Handelsinteressen zu Beginn des Krieges mehr als hinreichend geschützt geglaubt. Wo ist aber diese Kriegsflotte? Die stolzen Dreadnoughts, die größten Schlachtschiffe, die die Welt je gesehen, mußten sich vor den deutschen U-Booten verstecken halten, sie trauen sich nicht auf die offene See, sie machen ihrem Namen Dreadnought, was so viel heißt als „Fürchte nicht“, keine Ehre. Inzwischen nimmt das Verhängnis seinen Lauf. Die englische Handelsflotte wird von Tag zu Tag kleiner, und mit einer Besorgnis, die sie nicht zu verhehlen vermögen, sehen die englischen Staatsmänner der weiteren ernstlichen Entwicklung der Dinge entgegen. Der Geldwert der versenkten Schiffe ist Nebensache, Hauptsache ist die geschaffene Schiffsraumnot und die dadurch hervorgerufene Lebensmittelnot, von der England nach seinen Versuchen, uns und Deutschland auszuhungern, nun selbst heimgesucht ist. Die Deuierung, von der England verschont zu werden glaubte, weil ihm nach seiner Meinung

Ein schlechtes Geschäft.

Für England sollte der Krieg ein gutes Geschäft werden, man betrachtet ja dort alles vom Geschäftsstandpunkt. Für Amerika war er es, solange es sich von der aktiven Teilnahme an den Feindseligkeiten fernhielt. Die Spekulationen dieser beiden Gegner, die Erwartungen und Hoffnungen, die sie an ihre Beteiligung am Kriege knüpften, haben sich in jeder Hinsicht als eitel und grundfalsch erwiesen. Diese praktischsten und geriebensten Geschäftsleute haben sich vollständig verrechnet. Das Gegenteil von all dem, was sie wollten, ist eingetreten. Wie haben sie gegen den Militarismus gewettert, und nun sehen sie sich genötigt, ihre Bombenbesitzer, die bisher von jeder Militärdienstpflicht frei waren, in Millionenheere einzureihen. England hatte in allen früheren Kriegen, an denen es teilnahm, das Prinzip gehabt, möglichst wenig Geldopfer und noch weniger Blutopfer zu bringen, vielmehr seinen jeweiligen Bundesgenossen sie zuzuschleichen. Es muß jetzt schon zwanzigmal soviel an Menschenaufgebot und Kriegskosten aufwenden, als es bei Kriegsausbruch in Aussicht genommen hatte. Das ist das erste schlechte Geschäft, dem sich weiter ebenso mißglückte anreihen. Die sogenannten Demokratien, die sich anmaßen, den Mittelmächten ihre künftige Staatsform und Verfassung vorzuschreiben, sich überhaupt in die inneren Angelegenheiten zu mischen, sind im Laufe des Krieges zu Autokratien geworden. Lloyd George, Wilson, Poincaré unterscheiden sich von dem früheren Regime des Raren, mit dem sie übrigens vor der russischen Revolution einen Herzenbund geschlossen hatten, so gut wie gar nicht. Namentlich sie doch selbst ihre Vereinerung eine Entente cordiale und nur der Abkürzung wegen hat man sie später schlechtweg als Entente bezeichnet. Die Umwandlung der englischen, französischen, amerikanischen Demokratie in eine Autokratie ist für diese Staaten und ihre Bewohner gewiß auch ein sehr schlechtes Geschäft.

Vom rein kommerziellen und finanziellen Standpunkte ist aber die Zahl der schlechten Geschäfte unserer Gegner Region, besonders diejenigen Englands sind gar nicht zu zählen. Der größte Stolz Englands und Frankreichs vor dem Kriege war es, ihre Staatsschuld nur im eigenen Lande untergebracht zu sehen, dem Auslande nicht nur nichts zu schulden, sondern Gläubiger vieler anderer Staaten zu sein. Dies

19. VIII. 1917

Der Friedensvorschlag des Papstes.

Nach einer Mitteilung der Agenzia Stefani.

Wien, 18. August.

Wir veröffentlichen im nachstehenden den Friedensvorschlag des Papstes in der Fassung, wie die Rundgebung von der Agenzia Stefani mitgeteilt worden ist. Das wichtige Schriftstück liegt jetzt nur in einer Rückübersetzung aus dem Französischen ins Italienische vor. Da die Veröffentlichung des authentischen Wortlautes in der allernächsten Zeit verfügt werden dürfte, möchten wir die Publikation abwarten, um die nähere Besprechung auf den unbedingt verlässlichen Wortlaut zu stützen.

Die Rundgebung des Papstes.

An die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker.

Von Anbeginn unseres Pontifikats, inmitten der Schrecken des furchtbaren über Europa entfalteten Krieges, haben wir uns vor allem drei Dinge vorgenommen: vollkommene Unparteilichkeit zu wahren gegenüber allen Kriegführenden, wie es demjenigen gebührt, welcher der Vater aller ist und welcher alle seine Kinder mit gleicher Zuneigung liebt; ununterbrochen bestrebt zu sein, allen möglichst viel Gutes zu erweisen, ohne Ansehung der Person, ohne Unterscheidung der Nationalität oder der Religion, wie es uns sowohl das allgemeine Gesetz der Nächstenliebe als die uns vom Christus übertragene höchste geistliche Würde vorschreibt; endlich — wie es in gleicher Weise unsere friedensstiftende Sendung erheischt — nichts von dem zu unterlassen — so weit es in unserer Macht steht — was dazu beitragen könnte, das Ende dieser Not zu beschleunigen, indem wir den Versuch unternehmen, die Völker und ihre Staatsoberhäupter zu Entschlüssen der Mäßigung und zu ruhiger Erwägung des Friedens, eines „gerechten und dauerhaften“ Friedens zu führen.

Jeder, der während der drei eben abgelaufenen schmerzvollen Jahre unserem Worte gefolgt ist, hat leicht erkennen können, daß wir zwar unserem Entschluß vollkommener Unparteilichkeit und unserem Bestreben wohlzutun, immerdar treugeblieben sind, aber ebenso unablässig die kriegführenden Völker und Regierungen ermahnt haben, wieder Brüder zu werden, obwohl nicht alles bekanntgegeben ist, was wir getan haben, um dieses edle Ziel zu erreichen.

Gegen Ende des ersten Kriegsjahres richteten wir an die im Streite befindlichen Nationen die lebhaftesten Ermahnungen und gaben überdies den Weg an, dem man folgen müsse, um zu einem beständigen und für alle ehrenvollen Frieden zu kommen. Leider wurde unser Ruf nicht gehört und der Krieg ging noch während zweier Jahre mit allen seinen Schrecken erbittert weiter; er wurde sogar grausamer und breitete sich zu Lande und zu Wasser aus, ja bis in die Lüfte; Verheerungen und Tod sah man hereinbrechen über unverteidigte Städte, über ruhige Dörfer, über ihre unschuldige Bevölkerung. Und jetzt kann niemand sich vorstellen, um wie viel sich die Leiden aller vermehren und erschweren würden, wenn weitere Monate, oder schlimmer noch, weitere Jahre sich diesen blutigen drei Jahren anreihen. Soll die zivilisierte Welt denn ganz zu einem Feld des Todes werden? Will das so ruhmvolle und blühende Europa, wie von einem allgemeinen Wahnsinn hingezogen, dem Abgrund entgegensteilen und zu seiner Selbstvernichtung die Hand bieten?

Wir, die wir keine besondere politische Absicht verfolgen, die wir weder auf Einflüsterungen noch auf die eigennützigen Bestrebungen irgendeiner der kriegführenden Parteien horchen, sondern als gemeinsamer Vater aller Gläubigen einzig getrieben sind von dem höchsten Pflichtgefühl, von den inständigen Bitten unserer Kinder, welche unsere Vermittlung und unser friedensstiftendes Wort er-

stehen, von der Stimme der Menschlichkeit und der Vernunft selbst, wir lassen in einer so beängstigenden Lage, angesichts einer so schweren Bedrohung von neuem einen Friedensruf ertönen und richten abermals eine dringende Mahnung an diejenigen, welche die Geschicke der Nationen in ihren Händen halten. Um uns aber nicht mehr auf allgemeine Ausdrücke zu beschränken, wie es uns bisher die Umstände ratfam erscheinen ließen, wollen wir nunmehr zu Vorschlägen übergehen, die in höherem Maße anschaulich und ausführbar sind, und die Regierungen der kriegführenden Völker auffordern, sich über die folgenden Punkte, welche als die notwendige Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden erscheinen, ins Einvernehmen zu setzen, wobei ihnen überlassen bleibt, die Punkte im einzelnen festzulegen und zu ergänzen.

Vor allem muß der Grundgedanke sein, daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Rechts tritt; hieraus folgt ein billiges Einvernehmen aller zum Zwecke gleichzeitiger und gegenseitiger Verminderung der Rüstungen nach bestimmten Regeln und unter gewissen Sicherheiten bis zu dem Maße, das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in jedem Staate notwendig und ausreichend ist; sodann an Stelle der Streitkräfte die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit mit ihrer hohen friedensstiftenden Wirkung gemäß vereinbarter Normen unter Androhung bestimmter Nachteile gegenüber dem Staate, der sich weigern sollte, entweder die internationalen Streitfragen der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen oder deren Entscheidungen anzunehmen.

Wenn einmal auf diese Weise die Vorherrschaft des Rechtes hergestellt ist, möge man jedes Hindernis beseitigen, das dem Verkehr der Völker im Wege steht, indem man in gleicher Weise durch feste Regeln die wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der Meere sichert; dies würde einestheils vielfache Konfliktgründe ausschalten, andernteils allen neue Quellen des Wohlstandes und Fortschrittes eröffnen.

Was den Ersatz der Schäden und der Kriegskosten betrifft, so sehen wir kein anderes Mittel die Frage zu lösen, als daß wir den allgemeinen Grundsatz eines vollständigen und gegenseitigen Verzichts aufstellen, der im übrigen durch die unendlichen aus der Abrüstung sich ergebenden Wohltaten gerechtfertigt ist; dies um so mehr, als die Fortsetzung eines solchen Blutvergießens einzig und allein aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu verstehen wäre. Wenn es andererseits noch besondere Gründe für gewisse Fälle geben sollte, möge man sie mit Gerechtigkeit und Billigkeit abwägen.

Aber diese friedlichen Vereinbarungen mit ihren unermesslichen Vorteilen, die sich aus ihnen ergeben, sind nicht möglich ohne die beiderseitige Herausgabe der gegenwärtig besetzten Gebiete. Folglich seitens Deutschlands: Vollständige Räumung Belgiens mit Garantie seiner vollen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber gleichviel welcher Macht. Gleichfalls Räumung des französischen Gebietes; seitens der anderen kriegführenden Parteien eine ähnliche Herausgabe der deutschen Kolonien.

Was die strittigen territorialen Fragen betrifft, beispielsweise die zwischen Italien und Oesterreich, zwischen Deutschland und Frankreich, so kann man hoffen, daß die streitenden Parteien in Anbetracht der unermesslichen Vorteile, die ein mit Abrüstung verbundener dauerhafter Frieden bringt,

gewillt sind, sie aus einer versöhnlichen Gesinnung heraus zu prüfen, dabei den Bestrebungen der Völker nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen, wie wir es bei früherer Gelegenheit gesagt haben, Rechnung zu tragen und gelegentlich die Sonderinteressen dem Allgemeinwohl der großen menschlichen Gemeinschaft einzuordnen.

Derselbe Geist der Billigkeit und Gerechtigkeit wird die Prüfung der anderen territorialen und politischen Fragen leiten müssen, besonders derjenigen, welche sich auf Armenien, auf die Balkanstaaten und auf Gebiete beziehen, welche zum ehemaligen Königreich Polen gehörten, dem seine edlen geschichtlichen Ueberlieferungen und die von ihm insonderheit während des gegenwärtigen Krieges erduldeten Leiden gerechterweise das Mitgefühl der Nationen gewinnen müssen.

Dies sind die hauptsächlichsten Grundlagen, auf denen, wie wir glauben, sich die kommende Neuordnung der Völker stützen muß. Sie sind so beschaffen, daß sie die Wiederkehr ähnlicher Konflikte unmöglich machen und die Lösung der für die Zukunft und das materielle Wohlbedinden aller kriegführenden Staaten so wichtigen wirtschaftlichen Frage vorbereiten. Indem wir sie Ihnen überreichen, Ihnen, die Sie zu dieser tragischen Stunde die Geschicke der kriegführenden Nationen lenken, sind wir daher von einer beglückenden Hoffnung beseelt, nämlich sie angenommen zu sehen und so zu erleben, daß der schreckliche Kampf, der immer mehr und mehr als unnötige Megelei erscheint, ein Ende nimmt. Alle Welt erkennt ja an, daß die Waffenehre sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite unverletzt ist. Leihen Sie also unserer Bitte Ihr Ohr, nehmen Sie die väterliche Aufforderung an, welche wir im Namen des göttlichen Erlösers, des Friedensfürsten, an Sie richten. Denken Sie über Ihre sehr große Verantwortung vor Gott und vor den Menschen nach; von Ihren Entschlüssen hängen Ruhe und Freude unzähliger Familien ab, da Leben tausender junger Leute, mit einem Wort, das Glück der Völker, denen diese Wohltat zu verschaffen Ihre unbedingte Pflicht ist. Möge der Herr Ihnen Entschlüsse eingeben entsprechend seinem heiligsten Willen, möge es dem Himmel fügen, daß Sie sich nicht nur den Beifall Ihrer Zeitgenossen verdienen, sondern auch bei den zukünftig Geschlechtern den schönen Namen von Friedensstiftern sichern.

Was uns betrifft, die wir im Gebet und in der Buße r allen gläubigen Seelen, die nach dem Frieden seufzen, verbunden sind, ersuchen wir für Sie vom Heiligen Geist Licht und Rat.

Vom Vatikan, am 1. August 1917.

(gez.) Benediktus P. P. XV."

(Siegel.)

Der französische Text.

Aux Chefs des peuples belligérants.

Dès le début de notre Pontificat, au milieu des horreurs de la terrible guerre déchaînée sur l'Europe, nous vous sommes proposé trois choses entre toutes: garder une parfaite impartialité à l'égard de tous les belligérants, comme il convient à celui qui est le Père commun et qui aime tous ses enfants d'une égale affection; nous efforcer continuellement de faire à tous le plus de bien possible, et cela sans acception de personnes, sans distinction de nationalité ou de religion, ainsi que nous dicte aussi bien la loi universelle de la charité que la suprême charge spirituelle à nous confiée par le Christ; enfin, comme le requiert également notre mission pacificatrice, ne rien omettre, autant qu'il était en notre pouvoir, de ce qui pourrait contribuer à hâter la fin de cette calamité, en essayant d'amener les peuples et leurs chefs à des résolutions plus modérées, aux délibérations sereines de la paix, d'une paix juste et durable.

Quiconque a suivi notre oeuvre pendant ces trois douloureuses années, qui viennent de s'écouler, a pu facilement reconnaître, que, si nous sommes restés toujours fidèles à notre résolution d'absolue impartialité et à notre action de bienfaisance, nous n'avons pas cessé non plus d'exhorter peuples et gouvernements belligérants à redevenir frères, bien que la publicité n'ait pas été donnée à tout ce que nous avons fait pour atteindre ce très noble but.

Vers la fin de la première année de guerre, nous adressions en lutte les plus vives exhortations, et le plus nous indiquions la voie à suivre pour arriver à une paix stable et honorable pour tous. Malheureusement notre appel ne fut pas entendu; et la guerre s'est poursuivie, acharnée, pendant deux années encore, avec toutes ses horreurs; elle devint même plus cruelle et s'étendit sur terre, sur mer, jusque dans les airs; et l'on vit s'abattre sur des cités sans défense, sur de tranquilles villages, sur leurs populations innocentes, la désolation et la mort. Et maintenant personne ne peut imaginer combien se multiplieraient et s'aggraverait les souffrances de tous, si d'autres mois, ou, pis encore, si d'autres années venaient s'ajouter à ce sanglant triennat. Le monde civilisé devra-t-il donc n'être plus qu'un champ de mort? Et l'Europe, si glorieuse et si florissante, va-t-elle donc, comme entraînée par une folie universelle, courir à l'abîme et prêter la main à son propre suicide?

Dans une situation si angoissante, en présence d'une menace aussi grave, nous qui n'avons aucune visée politique particulière, qui n'écoutons les suggestions ou les intérêts d'aucune des parties belligérantes, mais uniquement poussés par le sentiment de notre devoir suprême de Père commun des fidèles, par les sollicitations de nos enfants qui implorent notre intervention et notre parole pacificatrice, par la voix même de l'humanité et de la raison, nous jetons de nouveau un cri de paix et nous renouvelons un pressant appel à ceux qui tiennent en leurs mains des destinées des nations. Mais pour ne plus nous renfermer dans des termes généraux, comme les circonstances nous l'avaient conseillé par le passé, nous voulons maintenant descendre à des propositions plus concrètes et pratiques, et inviter les gouvernements des peuples belligérants à se mettre d'accord sur les points suivants, qui semblent devoir être les bases d'une paix juste et durable, leur laissant le soin de les préciser et de les compléter.

Tout d'abord le point fondamental doit être, qu'à la force matérielle des armes, soit substituée la force morale du droit; d'où il résulte un juste accord de tous pour la limitation simultanée et réciproque des armements, selon des règles et des garanties à établir, dans la mesure nécessaire et suffisante au maintien de l'ordre public en chaque état; puis, en substitution des armées, l'institution de l'arbitrage, avec sa haute fonction pacificatrice selon des normes à concevoir et des sanctions à déterminer contre l'état qui refuserait soit de soumettre les questions internationales à l'arbitrage soit d'en accepter les décisions.

Une fois la suprématie du droit ainsi établie, que l'on enlève tout obstacle aux voies de communication des peuples, en assurant, par des règles à fixer également, la vraie liberté et communauté des mers, ce qui, d'une part, éliminerait de multiples causes de conflit, et, d'autre part, ouvrirait à tous de nouvelles sources de prospérité et de progrès.

Quant aux dommages à réparer et aux frais de guerre, nous ne voyons d'autre moyen de résoudre la question, qu'en posant, comme principe général, une condonation entière et réciproque, justifiée du reste par les bienfaits immenses à retirer du désarmement; d'autant plus qu'on ne comprendrait pas la continuation d'un pareil carnage uniquement pour des raisons d'ordre économique. Si, pour certains cas, il existe, à l'encontre, des raisons particulières, qu'on les pèse avec justice et équité.

Mais ces accords pacifiques, avec les immenses avantages qui en découlent, ne sont pas possibles sans la resti-

tion réciproque des territoires actuellement occupés. Par conséquent, du côté de l'Allemagne, évacuation totale de la Belgique, avec garantie de sa pleine indépendance politique, militaire et économique, vis-à-vis de n'importe quelle puissance; évacuation également du territoire français; du côté des autres parties belligérantes, semblable restitution des colonies allemandes.

Pour ce qui regarde les questions territoriales, comme par exemple celles qui sont débattues entre l'Italie et l'Autriche, entre l'Allemagne et la France, il y a lieu d'espérer qu'en considération des avantages immenses d'une paix durable avec désarmement, les parties en conflit voudront les examiner avec des dispositions conciliantes, tenant compte, dans la mesure du juste et du possible, ainsi que nous l'avons dit autrefois, des aspirations des peuples, et à l'occasion coordonnant les intérêts particuliers au bien général de la grande société humaine.

Le même esprit d'équité et de justice devra diriger l'examen des autres questions territoriales et politiques, et notamment celles relatives à l'Arménie, aux Etats Balcaniques et aux territoires faisant partie de l'ancien royaume de Pologne, auquel en particulier ses nobles traditions historiques et les souffrances endurées, spécialement pendant la guerre actuelle, doivent justement concilier les sympathies des nations.

Telles sont les principales bases sur lesquelles nous croyons que doit s'appuyer la future réorganisation des peuples. Elles sont de nature à rendre impossible le retour de semblables conflits et à préparer la solution de la question économique, si importante pour l'avenir et le bien-être matériel de tous les états belligérants. Aussi, en Vous les présentant, à Vous qui dirigez à cette heure tragique les destinées des nations belligérantes, nous sommes animés d'une douce espérance, celle de les voir acceptées et de voir ainsi se terminer au plus tôt la lutte terrible, qui apparaît de plus en plus comme un massacre inutile. Tout le monde reconnaît d'autre part, que, d'un côté comme de l'autre, l'honneur des armes est sauf. Prêtez donc l'oreille à notre prière, accueillez l'invitation paternelle, que nous Vous adressons au nom du divin Rédempteur, Prince de la Paix. Réfléchissez à Votre très grave responsabilité devant Dieu et devant les hommes; des Vos résolutions dépendent le repos et la joie d'innombrables familles, la vie de milliers de jeunes gens, la félicité en un mot des peuples, auxquels Vous avez le devoir absolu d'en procurer le bienfait. Que le Seigneur vous inspire des décisions conformes à sa très sainte volonté. Fasse le ciel, qu'en méritant les applaudissements de Vos contemporains, Vous vous assuriez aussi, auprès des générations futures, le beau nom de pacificateurs.

Pour nous, étroitement unis dans la prière et dans la pénitence à toutes les âmes fidèles qui soupirent après la paix, nous implorons pour Vous du divin esprit lumière et conseil.

Du Vatican, 1. Août 1917.

20. VIII. 1917

II.

einmaliger Postverendung:
 Monatlich 5 K — h
 Vierteljährig 14 K — h
 Halbjährig 28 K — h
 Ganzjährig 56 K — h

Mit täglich zweimaliger Postverendung:
 Monatlich 5 K 60 h
 Vierteljährig 16 K 50 h
 Halbjährig 33 K — h
 Ganzjährig 66 K — h

Für das Ausland:
 Mit täglich einmaliger Postverendung:
 Für Deutschland vierteljährig 20 K
 Für die andern Länder des Weltpostvereines 23 K

Bei den Postämtern vierteljährig:
 In Deutschland März 9.12, Schweiz Fr. 13.30, Bulgarien Fr. 14.30

Inserate übernehmen alle renommieren in- und ausländ. Annoncenbureau.

51. Jahrgang.

Die päpstliche Note.

Die Friedensnote des Papstes, die heute im offiziellen Wortlaut vorliegt, ist das große, überragende Ereignis des Tages. Von der höchsten religiösen und sittlichen Autorität der gläubigen katholischen Welt ausgegangen, ist die Note schon darum sicher überall dort, wo noch ein Funken von Verantwortlichkeit für die ideoellen Bedürfnisse der Menschheit glüht, wert, einen ehrerbietigen Empfang und ernste Erwägung zu finden. Aber auch dort, wo der Papst nur als neutraler souveräner Repräsentant gewertet wird, müßte sich seinen Vorschlägen außerordentliche Beachtung zuwenden, denn sie kommen von der einzigen Persönlichkeit höchsten Ranges in Europa, die in diesem Weltkriege keine eigenen, keine irdischen Interessen wahrzunehmen hat und der man daher geläutertes und unbefangenes Urteil vorweg zubilligen möchte. Ueber das Wesen dieser Vorschläge bewahrt man in hiesigen politischen Kreisen noch Zurückhaltung. Der Brief des Papstes ist dem Kaiser Karl erst Samstag zugestellt worden, und so groß auch das Bedürfnis ist, zu dem wichtigen Dokument Stellung zu nehmen, so ergibt sich doch aus der Natur der zu beratenden Materie, daß sie mit aller Besonnenheit und Gründlichkeit erwogen werden muß. Voraussetzungen über das Ergebnis dieser Beratungen sind natürlich ganz unmöglich und auch ganz unstatthaft. Selbst der Umstand, daß Oesterreich-Ungarn sich durch den Mund seines Vaters der auswärtigen Politik schon wiederholt vielfach zum Gedanken eines ehrenvollen Friedens für beide kriegsführende Teile bekant hat, soll ebensowenig zu billigen Schlüssen über die zu gewärtigende Beurteilung der päpstlichen Note auf seiten der Regierung der Donaumonarchie ausgenützt werden wie der Umstand, daß Oesterreich-Ungarn als die größte am Weltkriege beteiligte katholische Macht den Anregungen des Papstes selbstverständlich vorweg jede mögliche freundlich verehrungsvolle Berücksichtigung angedeihen lassen wird. Die Stimmen, die über die Friedensanregung des Papstes bisher aus Feindeskreisen vorliegen, zeigen, daß sie eine geteilte Aufnahme gefunden hat. Während die anglo-amerikanische Gruppe, soweit ihre Presse in Betracht kommt, eine schroffe Ablehnung voraussetzt und errät, steht die italienische Presse dem

gegenüber welcher Macht immer sichergestellt sein wird; weiter in gleicherweise die Räumung des französischen Gebietes; von seiten der übrigen Kriegführenden ebenso die Rückstellung der deutschen Kolonien.

Was die territorialen Fragen anlangt, wie beispielsweise jene, die den Gegenstand des Streites zwischen Italien und Oesterreich sowie zwischen Deutschland und Frankreich bilden, so besteht die Hoffnung, daß die streitenden Teile in Erwägung der unermeßlichen Vorteile eines mit der Abrüstung verbundenen dauerhaften Friedens diese Fragen im Geiste des Entgegenkommens prüfen und hiebei, so wie Wir dies bei einem früheren Anlaß gesagt haben, im Rahmen der Gerechtigkeit und Möglichkeit den Wünschen der Völker Rechnung tragen und gegebenenfalls die Sonderinteressen mit dem allgemeinen Wohl der großen menschlichen Gesellschaft in Einklang bringen werden.

Der gleiche Geist der Billigkeit und Gerechtigkeit wird die Prüfung der andern territorialen und politischen Fragen leiten müssen, insbesondere jener, welche sich auf Armenien, auf die Balkanstaaten und auf diejenigen Gebiete beziehen, die Bestandteile des ehemaligen Königreiches Polen bildeten, dessen vornehmste geschichtliche Ueberlieferungen und während des gegenwärtigen Krieges erduldeten Leiden gerechterweise die Sympathien der Nationen zu wecken müssen.

Dies sind die hauptsächlichsten Grundlagen, auf denen, wie Wir glauben, die künftige Neuordnung der Völker aufgebaut werden müßte. Sie sind so beschaffen, daß sie die Wiederkehr ähnlicher Konflikte unmöglich machen und die Lösung der wirtschaftlichen Frage vorbereiten, welche für die Zukunft und das materielle Wohlergehen aller kriegführenden Staaten so wichtig ist. Indem Wir Euch, wie Ihr in dieser schicksalsschweren Stunde die Geschichte der kriegführenden Nationen lehrt, diese Grundzüge zur Kenntnis bringen, sind Wir von der beglückenden Hoffnung befeelt, sie angenommen und damit den schrecklichen Dampf, der immer mehr als zweckloses Blutbad erscheint, baldigt beendigt zu sehen.

Alle Welt erkennt andererseits an, daß die Waffenehre aller Teile unverfehrt ist. Leihet also Euer Ihr Unserer Bitte und nehmet die väterliche Einladung, die Wir im Namen des göttlichen Erlösers, des Friedensfürsten, an Euch richten, an. Seid Eurer schweren Verantwortlichkeit vor Gott und den Menschen eingedenk. Von Euren Entschlüssen hängen Ruhe und Freude zahlloser Familien, das Leben Tausender unger Leute, mit einem Wort, das Glück der Völker ab, denen Ihr die Wohltat dieser Entschlüsse unbedingt schuldet. Möge Euch der Herr die seinem heiligsten Willen entsprechenden Entschlüsse eingeben. Möge es der Himmel an Euch, daß Ihr den Beifall Eurer Zeitgenossen erlangt und Euch bei den kommenden Geschicktern den schönen Namen der Friedensstifter sichert.

Wir, die Wir in Gebet und Buße mit Euch nach dem Frieden seufzenden gläubigen Völkern eng verbunden sind, erflehen für Euch im heiligen Geiste Erleuchtung und Rat.
 Vom Vatikan, am 1. August 1917.
 Bez. Benedikt XV. P. P.
 (Siegel.)

21. VIII. 1917

Oesterreich-Ungarn und die päpstliche Friedenskundgebung.

Gemeinsame Beantwortung durch die Regierungen von Wien und Berlin.

Von unterrichteter Seite.

Wien, 20. August.

In Deutschland und in Oesterreich-Ungarn ist nunmehr der Text der päpstlichen Friedenskundgebung veröffentlicht worden, nachdem man bereits mehrere Tage vorher von Frankreich und England aus einen zurechtgeschüttelten Text erhalten hatte, der in seiner böswillig verfälschten Abfassung bestimmt war, die Oeffentlichkeit in den Mittelstaaten ungünstig gegen die Friedensnote Benedikts XV. zu stimmen und zu beeinflussen. Dieses ganze Geschäft der publizistischen Giftmischerei hatte Keuter in seine bewährte Regie genommen. Dank der Vorsicht der Regierungen der Mittelmächte und unserer Presse selbst ist dieser feindliche Anschlag nicht gelungen.

Um die Stellungnahme klarzulegen, welche die Monarchie gegenüber der Friedensbotschaft des Papstes einzunehmen haben wird, müssen wir diese Kundgebung im Lichte der offiziell bekannt gegebenen Kriegsziele der Monarchie betrachten. Die Monarchie strebt einen ehrenvollen und dauerhaften Frieden an, einen Frieden ohne Kontributionen und Annexionen, der die Existenz und Entwicklung der Monarchie verbürgt. Zugleich hat unsere Regierung bereits den Gedanken empfohlen, eine internationale Rechtsordnung für die Dauerhaftigkeit dieses Friedens zu begründen. Die päpstliche Note wurde in unserer Oeffentlichkeit, angefangen von den regierenden Kreisen bis zu den breitesten Volksmassen in der sympathischsten Weise begrüßt. Eine solche Aufnahme sicherte ihr die edle Menschlichkeit, von deren Gefühl sie getragen ist, und der sichtlich Charakter der wirklichen Neutralität, welche der Heilige Stuhl vertritt. Der Papst kann mit Recht erklären, daß er die ganze Menschheit in Liebe umfaßt, und als neutraler Souverän eine Friedensmission übernimmt. Dieselbe Auffassung teilen auch die maßgebenden Kreise Deutschlands: und in dieser Richtung besteht die vollste Uebereinstimmung zwischen der österreichischen und deutschen Oeffentlichkeit.

In der Note Benedikts lassen sich vier Teile unterscheiden. Den ersten Teil bildet die allgemeine Einleitung, in welcher der Heilige Vater erklärt, welches große Ziel er erstrebt: die Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens; und darin stimmt die Note vollkommen mit den Kriegszielen der Monarchie überein.

21. VIII. 1917

Die Friedensbotschaft.

Die Friedensnote des Papstes liegt nunmehr im genauen Wortlaut vor. Wir begrüßen die hochbedeutende Kundgebung des Heiligen Vaters mit gebührender Achtung und werden bestrebt sein, die Worte, die er in seiner doppelten Eigenschaft als Oberhaupt der katholischen Kirche und als neutraler Souverän an unsern Herrscher richtet, unbefangenen, leidenschaftslos und gewissenhaft zu prüfen.

Vom tiefsten Mitleid über das Unheil ergriffen, das ein mehr als dreißähriger Krieg über Europa gebracht hat, stellt der Papst an die kriegsführenden Völker und deren Regierungen die eindringliche Bitte, den weiteren Blutbergießen ein Ende zu machen und über die strittigen Fragen im Geiste der Versöhnung schlüssig zu werden.

Diese edlen Worte sind uns aus der Seele gesprochen, und auch wir sind der Ueberzeugung, daß jedes weitere Kämpfen nutzlos ist und sich der gegenwärtige Krieg nur in einer wechselseitigen Ausprache aller Beteiligten beenden läßt. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, haben die Centralmächte bereits im Dezember vergangenen Jahres eine Friedensnote veröffentlicht. Der gleiche Gedanke hat in der Thronrede unsres Herrschers beredten Ausdruck gefunden, und noch vor kurzem hat Graf Czernin in seiner Ansprache an die Vertreter der österreichischen und ungarischen Presse mit Nachdruck betont, daß wir nur einen Verteidigungskampf führen und gern bereit sind, einen ehrenvollen Frieden im Wege der Verständigung und des Ausgleiches zu suchen. Fast dieselben Worte finden sich in der Botschaft des Papstes; wir sind daher mit ihm in diesem Punkt eines Sinnes.

Während aber der Heilige Vater in seinen bisherigen Bemühungen um den Frieden sich auf in allgemeiner Form gehaltene Mahnungen beschränkt hat, tritt er diesmal mit klar umrissenen Vorschlägen hervor, denen, wie wir schon jetzt feststellen möchten, in erster Linie der Gedanke einer allgemeinen Abrüstung zugrunde liegt. Dem Papst schwebt dabei vor, unter Schaffung entsprechender und wirksamer Sicherheiten die Rüstungen bis zu jenem Maße zu vermindern, das zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in jedem Staate notwendig und ausreichend ist, und er meint, daß an Stelle der materiellen Kraft die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit zu treten hätte, einer Schiedsgerichtsbarkeit unter gemeinsam vereinbarten Normen mit Androhung bestimmter Nachteile für den Staat, der dieser Vereinbarung zuwiderhandeln sollte. Hand in Hand damit müßte die wahre Freiheit und die Gemeinsamkeit der Meere gesichert werden. Auch in diesem so überaus wichtigen Punkt könnte unsre Regierung dem Papst unerschütterliche Gefolgschaft leisten. Hat doch Graf Czernin in seiner früher erwähnten Ansprache darauf hingewiesen, daß nach dem Schiedsgerichtsweg Mittel und Wege gesucht

undenkbar. Nie dürfen diese durch so viele Opfer und solchen Heidenmuth geheiligten Stätten in die Hände des Feindes fallen. Diese Abwehr richtet sich nicht gegen den hohen Verfasser der Friedensbotschaft, sondern nur gegen jene, welche sich unterfangen wollten, die Worte des Papstes in gewaltsamer Weise für ihre eigenen Zwecke zu deuten. Um jedoch jeden Zweifel auszuschließen, sei nochmals betont, daß wir die konkreten Vorschläge der Friedensbotschaft dankbarst begrüßen und in ihr die geeignete Grundlage für die Einleitung von Verhandlungen erblicken.

Ob die Entente diese Hoffnung teilt, erscheint allerdings mehr als fraglich.

Zur Stunde wird die wahrnehmende Stimme des Heiligen Vaters von dem Donner der Geschütze im Westen und Süden übertönt. Wir stehen in neuem schwerem Kampfe um das Land, das man uns rauben will, und an die Front unsres deutschen Bundesgenossen branden gewaltige Wellen französischer und englischer Truppen an. Unsre Gegner glauben noch immer, das Kriegsglück zu ihren Gunsten wenden zu können. An der stürmischen Standhaftigkeit der verbündeten Armeen werden auch diese neuen Angriffe zerstoßen, wird auch diese letzte Hoffnung unsrer Feinde zerschanden werden. Dann wird vielleicht bei unsern Gegnern die Erkenntnis einzutreten halten, daß das weitere Blutbergießen tatsächlich nutzlos ist, und dann werden sie vielleicht gewillt sein, den Weg der Verhandlungen zu beschreiten, auf den die gütige Hand des Heiligen Vaters die gequälte Menschheit zur Herstellung eines gerechten und dauernden Friedens verweist.

21. VIII. 1917

Wien, 21. August.

Benedikt XV. hat mitten im Weltkriege den päpstlichen Stuhl bestiegen und von dem Tag an, da er die oberste Würde der katholischen Christenheit empfing, war seine stete Sorge dem hohen und großen Ziel gewidmet, der leidenden Menschheit die Segnungen des Friedens wieder zu schenken. Das edle Herz des Heiligen Vaters war tief erschüttert durch das Elend, welches die Welt heimjucht und sein weitumfassender Geist war unablässig tätig, Mittel aufzufinden, um die Erdenkinder von dem furchtbaren Unglück zu befreien. Die Erlösung vom Weltkrieg — dieses Ziel strebt der Stellvertreter des Erlösers mit unermüdlichem Eifer an und seine jüngste bedeutungsvolle Kundgebung, deren authentischen Wortlaut wir gestern veröffentlichten, ist durchdrungen von dem Geist der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit. Wir wollen gleich vorausschicken, daß die Friedensnote Benedikt XV. in hiesigen maßgebenden Kreisen die sympathischste und achtungsvollste Beurteilung gefunden hat und daß sie bei der deutschen Reichsregierung denselben Eindruck auslöste. Der Papst fühlt sich in zweiseitiger Eigenschaft berufen, den Versuch zu machen, eine Verständigung zwischen den kriegführenden Staaten anzubahnen. Als Oberhaupt der katholischen Kirche wendet er sich an die gesamte Christenheit, um gemäß den erhabenen Lehren des Evangeliums an Stelle der Herrschaft des Hasses die Nächstenliebe wieder in ihre Rechte einzusetzen. Als neutraler Souverän ruft er die regierenden Personen der kriegführenden Staaten an, damit sie den gerechten und dauerhaften Frieden herstellen, den Frieden, dessen Grundlagen, wie sie sich der Papst denkt, Benedikt XV. in seiner Note mit vollkommener Unparteilichkeit darlegt. Diesmal hat sich der Heilige Vater nicht damit begnügt, wie er es bei früheren Anlässen getan, allgemeine Mahnungen an die kriegführenden zu richten, sondern er macht bestimmte konkrete Vorschläge, durch deren Annahme der dauerhafte und gerechte Friede seiner Auffassung nach gesichert werden würde und er drückt in bezug auf einige Fragen territorialer Natur Wünsche aus, deren Erfüllung ihm für die Erreichung seines hohen Zieles wichtig erscheinen.

Der erste grundlegende Gedanke — wir sprechen zunächst von den Vorschlägen des Heiligen Vaters — für den künftigen Frieden ist die Verdrängung der materiellen Kraft durch die moralische Kraft des Rechtes. Damit dieses Ideal verwirklicht werden könne, ist es notwendig, daß eine solche internationale Rechtsordnung Platz greife, die die Sicherheit der Staaten verbürgt und eine Wiederholung einer ähnlichen Weltkatastrophe wie der heutigen verhütet. Benedikt XV. schlägt nun vor, eine allgemeine Abrüstung ins Werk zu setzen, durch die die Wehrmacht der Völker auf das Maß herabgesetzt wird, welches zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich ist. Hand in Hand damit soll die Einriekung obligatorischer Schiedsgerichte einhergehen, mit denen die Festsetzung bestimmter Strafandrohungen gegen jenen Staat, der sich weigern sollte, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen, verbunden sind. Im engsten Zusammenhang damit steht die Freiheit der Meere, die gleichmäßig garantierte Sicherheit in der Benutzung der großen Wasserstraßen für alle Völker. Es soll eben kein Staat mehr eine brückende Uebermacht ausüben dürfen, und nicht bloß die Abrüstung der Flotten müßte ins Werk gesetzt werden, damit den Staaten die Gewähr einer friedlichen und ungefährdeten Fortentwicklung gegeben werde.

Als Friedensbasis schlägt der Papst, um eine allgemein gebräuchliche Redensart zu benutzen, den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen vor. Die eroberten

Altösterreichische Beziehungen zu Italien.

Friedliche Erinnerungen in der Kriegszeit.

Man erlaube mir, daß ich Ihnen jetzt einige Namen nenne von Personen, welche gleichzeitig in einer und derselben Stadt Hofanstellungen bekleideten, und Sie dann ersuche, zu raten, um welche Stadt, um welches Land es sich handelt. Die Namen lauten: Antonio Muscon, Hofhandelsmann, Giulio Anfosso, Ballmeister beim großen Bollhause, Ottavio Rifferon und sein Sohn Dionisio, Edelsteinschneider, Giovanni Lucan Bauverintendant, Gio. Ba. Coneval, Hofmaler, Ambros Breich aus Mailand, Schwertfeger und Vergolder, Pietro de Ferrari, Kammergoldschmied, Gio. Pieroni aus Florenz, oberster Baumeister, Giuseppe Raitino, Baumeister, Pietro Biscino, Maurermeister, Pietro Sambani aus Mantua, Lustgärtner, Alessandro Abundi, Kammerbildhauer, Sebast. Forteguerra, Historiograph, Drazio Forno, Rentmeister, Franc. Moderno, Hofperlbester, Aloigio Forno, Hofzahlmeister, Girolamo Bonacina, Hofkammerrat, Bapt. Spica, Maurermeister, Sebast. Bero, Zinngießer, Ant. Binago, und Franc. Chiesa Pächter der Landes-Wein- und Biergefälle, Giacorno Davachani Kirchenbaumeister. Man sage nun, wohin diese 23 Namen von Italienern gehören, wo ihre Träger gewirkt haben mögen? Vermuthlich an einem der kleinen Höfe Italiens, bei der kunstsiebenden Medicern in Florenz oder bei den prunkenden Herzogen von Parma, Modena oder Mantua? Weit gefehlt, diese 23 Italiener wirkten in der Zeit von 1624 bis 1629 in Prag, und ich habe ihre Namen den kulturgeschichtlich sehr wichtigen, über Veranlassung der k. k. Kunsthistorischen Sammlungen gerade jetzt herauskommenden „Urkunden und Regesten aus dem k. u. k. Reichsfinanzministerium“ von Gustav Bodenstein entnommen. Durch Nachblätter in anderen Werken hätte ich diese Zahl mit leichter Mühe auf ein Vielfaches bringen können.

Schlagen wir 50 bis 60 Jahre weiter, so entrollt uns das vorzügliche, bis heute noch unübertroffene Buch Heinrichs v. Srbik „Der staatliche Exporthandel Oesterreichs von Leopold I. bis Maria Theresia“ dasselbe Bild. Fast überall im Großgeschäft mit dem Staate, in den Gefällspachtungen Italiener mit ihren italienischen Beamten, Faktoren, Agenten. Unter Leopold I. kann man von einer ausgesprochenen Vorliebe für die Italiener sprechen, aber auch Karl VI. und seine große Tochter Maria Theresia, Josef II., Leopold II. und sogar Franz, der Gründer des österreichischen Kaiserstaates, haben die Ansiedelung von Italienern jeder Arbeitskategorie zielbewußt gefördert. Das geschah aus Achtung vor den vielseitigen Fähigkeiten der damaligen Italiener, aus Liebe zu Kunst, Kunsthandwerk und Industrie, in denen die damaligen Italiener Hervorragendes leisteten. Es ist aus den italienischen Pflanzungen Maria Theresias die blühende Seiden- und Seidenbandindustrie Wiens entstanden, in welcher sich heute noch zahlreiche italienische Namen finden und es sind heute noch nicht die „italienischen Schwalben“ vergessen, jene flinken Mädchen aus dem „Lande voll Sonnenschein“, welche über Veranlassung von Hutmachern in jedem Frühjahr bei uns, hauptsächlich im 7. Stadtbezirke Wiens, erschienen, bis zum Herbst bei uns blieben und mit ihren geschickten Händen aus Florentiner Stroh jene geschmackvollen und kleidsamen Florentiner Hüte herstellten, welche den Wiener Mädchen und Frauen so gut zu Gesicht standen. Mit Einbruch der kühleren Jahreszeit flogen die „italienischen Schwalben“ wieder heim. Auch den Gewerben der Kolonialwarenhändler,

Zuckerbäcker, Messerschmiede und Rauchfanglehrer wendeten sich bei uns Italiener gerne zu. In den 80er Jahren schätzte man die Zahl der fleißigen Bauarbeiter aller Gattungen, welche allein durch die Pforte von Pontebba in jedem Frühjahr zu uns kamen und sich namentlich über unsere Alpenländer ergossen, auf 80.000 und von diesen kehrten 60.000 zurück, wenn im Herbst die Saisonarbeit zu Ende war. Ein Viertel hatte bei uns eine neue Heimat gefunden.

Es war überhaupt von Haß gegenüber den Italienern bei uns keine Rede, selbst unsere italienischen Feldzüge änderten nichts an den Sympathien für das „Land der Goldorangen“, unsere Generale und Stabs-offiziere erfreuten sich an den dort erworbenen italienischen Ehrennamen und betrachteten, ob sie nun in Venedig, Verona oder Mailand garnisoniert hatten, ihre italienischen Erinnerungen als die schönsten ihres Lebens. Gar mancher pensionierter Feldmarschalleutnant ist nach Venedig sterben gegangen.

Eine ernste Verschlimmerung unserer Beziehungen zu Italien trat erst ein, als sich Frankreich einmischte, jenes ewig unruhige und immer Unruhen anstiftende Land, dessen größte Freude das Kriegsführen ist, und das sich trotzdem einbildet, an der Spitze der Friedfertigkeit zu marschieren. Die italienischen Staatsmänner sind dem französischen Willen gefügig gemacht worden durch Frankreichs Versprechen, es durchzusehen, daß das Adriatische Meer in einen italienischen Binnensee verwandelt werde.

Hier ist es am Platze, mit vollster Anerkennung eines Vortrages zu gedenken, welchen in der vorjährigen Jahres-sitzung der k. k. Akademie der Wissenschaften in Wien der hervorragende Grazer Rechtshistoriker und Numismatiker Arnold v. Luschnig-Bengreuth über Oesterreichs Anfänge in der Adria gehalten hat. Es ist davon auch ein Sonderabdruck (56 S.) in der Hof- und Staatsdruckerei erschienen, aber viel zu wenig bekannt geworden. In gedrängter Darstellung wird geschildert, wie schon die Gründung eines geschlossenen Herrschaftsgebietes von Böhmen bis zum Karst den Przemysliden Ottokar II. zu einer Annäherung nach der See hin und zur Erwerbung von Fordenone (deutsch Portenau) drängte, das zwar nicht direkt an der Adria liegt, nur nahe daran und schon in seinem Namen, ausgelegt wie „die Au an der Pforte“, weitere glänzende Verheißungen in sich schloß. Die Pforte wohin? Nirgends andershin als zur See und ins uralte Kulturland der Hesperiden. Luschnig tut sehr wohl daran, die Tatsache von Ottokars Herrschaft in Fordenone an die Spitze seines sehr bedeut-samen Buchleins zu stellen. Man sieht hieraus, daß die Ausbreitung von der Donau nach der Adria und die Besitznahme von Triest nicht etwa einem Herrschaftselüste der Habsburger entsprungen ist, wie die italienische Presse vielfach glauben machen will, sondern daß jeder Herrscher, welcher im alpi-nischen Binnenlande ein Länd-er-gebiet von überragender Bedeutung besitzt, gleichgültig ob er ein Przemyslide oder ein Habsburger sei, durch die Gewalt der Umstände dazu gedrängt wird, für seine Besitzungen einen Ausgang zur See zu suchen. Dieses Naturgesetz gilt nicht nur für die Alpenländer und unsere Zeit, sondern für alle Länder und Zeiten, und wir sehen daher überall auf unserem Planeten erbitterte und blutige Kämpfe der Binnenlands-herrscher um Hafenstädte. Die Habsburger als Nach-fahrer des großen Przemysliden konnten sich diesem Naturgesetze nicht entziehen und haben, genau einhundert Jahre nach ihrer Festsetzung in Oesterreich, mit Vergütigen das Schutrecht über Triest und sein Gebiet entgegengenommen, als es ihnen durch die Stadtväter 1382 in aller Form Rechtsens angetragen worden ist. Luschnig beschreibt in seiner, bis 1719 reichenden Darstellung ausführlich die verschiedenen Versuche der stolzen Republik, sich der österreichischen Schutzstadt zu bemächtigen, und als ihr dies trotz vorübergehender Erfolge nicht gelang, die Be-mühungen der Venezianer zu unserer Einschränkung und zur eigenen unumschränkten Herrschaft über die Adria, in Handel sowohl als in Politik. War die jedes Jahr von neuem erfolgende Vermählung des Dogen von Venedig mit der Adria, bei welcher der Bräutigam vom Bord eines vergoldeten Brantschiffes aus zum Zeichen des Gelöbnisses der Braut einen wertvollen Ring in den Schoß warf, nicht eine ständige Erneuerung nachhaltiger politischer Ansprüche? Die ganze Adria sollte venezianisch sein, und die politischen Ambitionen von heutzutage dehnen das auf das neue Königreich Italien aus. Hier liegt aber ein großer Unterschied vor, denn Venedig besaß bereits Städte und Landstriche in Istrien und Dalmatien, und ein Gerechtdenkender kann der Republik nicht verargen, wenn sie zu diesen Besitzungen außer dem zeitweise gefährvollen Seewege auch noch den sicheren Landweg gewinnen wollte. Dies liegt aber beim Königreiche Italien anders, denn es hat nie Istrien oder Dalmatien besessen, zwei Länder, in denen die Bevölkerung italienischen Stammes heute an die Slaven nicht entfernt heranreicht. Es ist absolut nicht wahr, daß für Sonnino oder einen anderen italienischen Staatsmann eine zwingende Veranlassung von elementarer Naturgewalt vorgelegen wäre, nach dem Besitze von Triest zu streben, sondern — die Italiener wollen einfach, nachdem sie den Franzosen zwei blühende Provinzen

ohne Entgelt hingegeben haben, den von Frankreich auf uns gezogenen Zukunftswchsel einlösen, um so zu einer Entschädigung zu kommen.

Triest? Wir müssen es den Italienern morgens und abends wiederholen. Wir wollen unseren Handel, unsere Ausfuhr auf eigenen Strahlen durch einen eigenen Hafen, durch eine eigene Handelsflotte, wie bisher. Solcherlei gibt man nie und nimmermehr her. Dazu benötigen wir Triest. Ein Türke würde in seiner blumigen Sprache sagen: „Triest ist unser goldene Pforte, der Schlüssel unseres Schiffes.“
E. v. B.

Mittwoch, 22. August 1917

Zeitung

704
gelehrten Sachen

Preis M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 1.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 1/2. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. In SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26 Farnspreh-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Vor Verdun.

Der Reichskanzler über die Papstnote.

Neue Enthüllungen über die Ententeziele.

Die Rede, die Reichskanzler Dr. Michaelis gestern im Hauptauschuß des Reichstages über die Papstnote hielt, hatte etwa den folgenden Wortlaut:

Nachdem ich auf den Posten des Reichskanzlers berufen worden bin, hat in der auswärtigen Politik meine Aufgabe zunächst darin bestanden, die Beziehungen mit den leitenden Staatsmännern der mit uns verbündeten Mächte aufzunehmen. Mit Bulgarien, der Türkei hat dies bisher leider nur auf schriftlichem Wege erfolgen können. Dagegen habe ich mit den Staatsmännern der verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie wiederholt in persönlichen Gedankenaustausch treten können, und zwar zunächst in Wien, alsdann im Großen Hauptquartier, zuletzt in Berlin bei dem Besuch des Grafen Czernin. Wir haben uns im vollen Vertrauen die Hand zu weiterer Arbeit gereicht. Das Bündnis steht unverbrüchlich fest. Es entspricht dem engen Verhältnis, das zwischen uns und den Verbündeten besteht, daß wir verabredet haben, den Gedankenaustausch fortlaufend zu pflegen.

Was unsere Feinde anbetrifft, so hat sich deren Zahl seit der Verabredung des Reichstages um drei vermehrt, Siam, Liberia, China. Ein triftiger Grund zu der Feindschaft gegen uns hat für diese Länder nicht bestanden. Sie haben lediglich unter dem Druck der Entente und der Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche letztere in Liberia und China sehr einflußreich sind, gehandelt. Wir haben den drei Ländern keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir sie für den den deutschen Interessen in völkerrechtswidriger Weise zugefügten Schaden zur Verantwortung ziehen werden.

Was das Verhältnis zu unseren Bundesgenossen anbelangt, so besteht nicht nur in politischer Beziehung, sondern auch bei allen kriegerischen Maßnahmen völlige Einheitlichkeit, im Gegensatz zu dem Verhältnis bei unseren Feinden. Dafür gebührt der Obersten Heeresleitung unser besonderer Dank. Der Einheitlichkeit in der Kriegführung entspricht der Erfolg. Ich habe den Generalfeldmarschall von Hindenburg gebeten, eine Mitteilung über die gegenwärtige militärische Lage zu machen. Daraufhin hat der Generalfeldmarschall mit folgendem Telegramm geantwortet:

„Nichts beweist die Wirkung unseres U-Bootkrieges mehr als die verlustreiche Zähligkeit, mit der Engländer und Franzosen ihre erbitterten Versuche fortsetzen, uns noch in diesem Jahre militärisch auf der Westfront niederzuringen. Mit stärkstem Einsatz von Material und Menschen wollten die Engländer nach sorgsamster Vorbereitung nun bereits zum zweiten Male in kurzer Zeit den Einbruch in unsere flandrische Stellung erzwingen. Starke Kräfte, auch solche ihrer Bundesgenossen, standen außerdem bereit, um dem Einbruch den Durchbruch folgen zu lassen und dann zur Eroberung der flandrischen Küste und zur Vernichtung der Stützpunkte der U-Boote zu schreiten. Beide Male scheiterte der gewaltige feindliche Ansturm unter schwersten Verlusten. Der Feind kam trotz rücksichtslosesten Menscheneinsatzes nicht über das Trichterfeld vor unseren Stellungen hinaus.“

„Aus denselben Gründen wie in Flandern setzte auch gestern am 20. August bei Verdun der Ansturm der Franzosen in großer Ausdehnung ein. Unsere artilleristische Gegenwirkung führte hier eine erhebliche Verzögerung des Beginns der feindlichen Angriffe herbei. Die Infanterieschlacht zeigte mitten in der Artillerieschlacht durch erfolgreiche Gegenstöße ihre hervorragende Angriffskraft. Auch hier gelang es den Franzosen nur, einzelne bedeutungslose Stücke des Trichterfeldes unter gewaltigen Verlusten in Besitz zu nehmen.“

„Diese Erfolge sind durch die unübertroffene Haltung unserer tapferen Truppen und die überlegene Führung erreicht worden. Auch die feindlichen Nebenangriffe bei Lens, an der Aisne und in der West-Champagne brachten infolge der weiter entwickelten, beweglichen Kampfweise unseres Heeres dem Feinde trotz seines Masseneinsatzes keinen Gewinn.“

„Boll Vertrauen können wir der Entwicklung der weiteren Kämpfe an der Westfront entgegensehen, die wohl der feindlichen Uebermacht keine örtliche Erfolge bringen können, im ganzen aber auf unsere durchaus günstige militärische Lage nicht rückwirken.“

„Im Osten errangen unsere Truppen in der Abwehr und im Angriff neue Siege. Feindliche Massenangriffe brachten überall verlustreich zusammen. Der eigene Angriff überrannte die feindlichen

weiter kann ich jetzt auf die materiellen Punkte der päpstlichen Rundgebung nicht eingehen. Ich bin aber bereit, mit dem Ausschuß in einer noch näher zu vereinbarenden Sonderform wegen der weiteren Verhandlungen bis zur Erteilung der Antwort Fühlung zu nehmen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß diese gemeinsame Arbeit uns dem Ziele näher bringen möge, das wir alle im Herzen tragen: Einen ehrenvollen Frieden fürs Vaterland.“

Der Kanzler im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstags trat heute vormittag um 10 Uhr wieder zusammen. Man sah dem Fortgang der Verhandlungen nach den Ereignissen des gestrigen Tages mit besonderer Spannung entgegen, und so erklärt sich, daß die Beteiligung aus den Kreisen der Abgeordneten an der heutigen Sitzung noch stärker war, als an den beiden vorhergehenden Tagen. Reichskanzler Dr. Michaelis erschien kurz vor Beginn der Sitzung; von der Regierung nahmen weiter der Stellvertreter des Kanzlers, Dr. Helfferich und Staatssekretär von Kühlmann an den Beratungen teil.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Abg. Fehrenbach entstand eine lange Auseinandersetzung, in deren Verlauf über Indiskretionen der Presse aus dem für vertraulich erklärten Teil der gestrigen Sitzung Beschwerde geführt wurde. Auch diese Auseinandersetzung wurde für vertraulich erklärt.

Die Erklärung der Mehrheit.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter kam im Auftrage der Mehrheit in einer kurzen Erklärung auf die Kundgebung zurück, die gestern der Abg. Ebert ebenfalls im Auftrage der Mehrheit im Ausschuß vorgetragen hatte. Er erklärte, daß nach Ansicht der Mehrheit Punkt 1 nicht mehr notwendig gewesen wäre, wenn die zweite Erklärung des Reichskanzlers bereits formuliert vorgelegen hätte. (In dem Punkt 1 war ausgesprochen worden, daß in den Vorverhandlungen über die Friedensresolution vom 19. Juli zwischen der Vertretern der Parteien und dem Reichskanzler keine Partei hätte annehmen können, daß der Reichskanzler sich nicht auf den Boden der Reichstagsentscheidung stellen würde.)

Hierauf wurde die allgemeine Aussprache über die auswärtige Politik fortgesetzt. Der fortschrittliche Redner, der soeben im Namen der Mehrheit die obige Erklärung abgegeben hatte, billigte weiter die programmatischen Ausführungen des neuen Staatssekretärs, insbesondere seinen Hinweis auf das Studium der öffentlichen Meinung im Ausland als eine der wichtigsten Aufgaben der auswärtigen Politik. Heute werde das allerdings schwer durchzuführen sein, aber es eröffneten sich im Osten Perspektiven, die man schon jetzt ins Auge fassen müsse. Die „Deutsche Tageszeitung“ habe Herrn von Kühlmann als ungeeignet für seinen Posten bezeichnet, ein Urteil, das dem Staatssekretär im Ausland sicher nicht geschadet haben wird. Ueber die Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Juli 1914 sollte dem Reichstage genauere Auskunft gegeben werden, als es durch das deutsche Weißbuch geschehe. Der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Unterhaltung Gerards mit dem Kaiser und über das Kaisertelegramm an Wilson sei nicht glücklich gewesen.

Der Redner fragte, was an den Behauptungen der „Neuen Züricher Zeitung“ über Telegramme, die dem Kriegsausbruch vorausgegangen sein sollen, richtig sei. Die Friedensresolution sei eine glückliche Tat des Reichstags gewesen. Es waren falsche Anschauungen im Publikum erweckt worden, so daß die Situation nicht überall richtig erkannt wurde. Die Verteilung von Schriften des Lehmannschen Verlages an der Front sei das widerspruchsvollste, was man sich denken könne angesichts der Erklärungen des Reichskanzlers vom 19. Juli, die doch im Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung erfolgt seien. Welches Kapital stehe denn eigentlich hinter diesem Schriftenvertrieb. Die dem Annektionismus zuneigende „Abnische Volkszeitung“ werde an einzelnen Stellen amtlich vertrieben, die „Frankfurter Zeitung“ aber vereinzelt verboten. Hier spielen tendenziöse Bestrebungen hinein. Die „Frankfurter Zeitung“ sei sogar schon zweimal unter Präventivzensur gestellt und ihr Telefonverlehr mit der Berliner Redaktion überwacht

worden. Ein solcher Zustand sei unerträglich und unvereinbar mit der Bildung einer zuverlässigen öffentlichen Meinung. Angriffe gegen die Friedensresolution des Reichstags zu richten sei verwerflich, weil die Gründe für sie nicht ungeschminkt dargelegt werden könnten.

Kriegs- und Friedensströmungen.

Durch die Friedensidee, die eine demokratische und christliche Idee sei, sei die Ententepolitik in die Defensive gedrängt worden. Der gestrige Beschluß der englischen Arbeiterpartei über Stockholm bedauerte eine Auslieferung gegen die Politik Lloyd Georges. Auch in Rußland sei der Grund zu einer Gesundung der öffentlichen Meinung gelegt worden. Die Friedensresolution des Reichstages hat die päpstliche Note erst möglich gemacht, sie natürlich aber nicht veranlaßt. Auch in der „Westminster Gazette“, dem Blatt Greys und Asquiths, werde die plumpe Art von Lloyd George getadelt. Überall seien also Ansätze einer Reaktion gegen die Kriegsströmungen vorhanden. Die Parteien, die die Wirkung der Friedensresolution überall beeinträchtigt haben, dürfen sich nicht darüber wundern, daß nun die Wirkung nicht größer wurde, als sie tatsächlich war. Die Ausführungen des Grafen Schwerin über die Hinausschiebung der preussischen Wahlreform kompromittieren den Reichskanzler und zwingen ihn, seine Politik in Zukunft klarer und unzweideutiger darzulegen. Selbstverständlich seien die Waffenerfolge die Grundlage unserer Politik im gegenwärtigen Augenblick. Aber die Politik sei dem wunderbaren Heere auch schuldig, etwas für den Frieden zu tun. Die Konservativen sind mit Schuld an der Züchtung der Alldeutschen. Wenn jedes Wort an seiner Wirkung auf das Ausland gewogen werden soll, welches Maß von Schuld tragen dann die Alldeutschen und ihre Patronage.

Die Reichstagsresolution.

Der Abg. Hausmann kam schließlich zu sprechen auf die Vorgeschichte der Friedensresolution und die Haltung der Regierung zu ihr. Innerhalb der Mehrheitsparteien gab es keine Meinungsverschiedenheiten über Sinn und Inhalt der Resolution, erst der Reichskanzler hat Zweifel und Unsicherheit hineingertragen. Ob diese Zweifel jetzt ausgeräumt sind, muß abgewartet werden. Voraussetzung dafür, daß die Friedensresolution ihren Zweck erfüllt, nämlich den feindlichen Kriegswillen zu lähmen, ist, daß sie einen überzeugten und überzeugenden Ausdruck in der Regierung findet. Stellt sich ein Minoritätskanzler widerstrebend unter dem Vorbehalt des Widerrufs auf den Boden der Resolution, so erscheint er dem Ausland gegenüber schwach und unaufrichtig, und die Majorität, die sich dieses bieten läßt, bekommt den Stempel der Hilflosigkeit; ihre Resolution wird entwertet. Das Problem ist, dem Ausland gegenüber gleichzeitig maßvoll und stark zu erscheinen. Dazu wäre eigentlich ein Kanzler nötig, der die Majoritätsgesinnung schon vertrat, als wir fast vor Paris standen. Der könnte führen, denn er wäre manchem von uns voran gewesen. Ein solcher Kanzler hätte die feste Basis des gesüßelmäßigen Vertrauens der Majorität, und alle nervösen Bergewissensversuche würden aufhören. Gerade unsere gute militärische Situation ermöglicht es uns, dem Ausland gegenüber in unserer Kriegsziele maßvoll aufzutreten, ohne den Eindruck der Schwäche hervorzurufen.

Die Deutung „Zeichen der Schwäche“ ist im Ausland nur dann möglich, wenn jemand, den das Ausland für einen Annektionisten hält, plötzlich maßvoll in seinen Kriegszielen wird. Es soll nicht gesagt sein, daß der Kanzler ein Annektionist ist. Aber auffällig ist, daß die rechtsstehenden Parteien ihn immer wieder als ihren Mann begrüßen. Diese Atmosphäre bringt ein Element der Unsicherheit in den Reichstag und auch in die Massen, das be-

seitigt werden muß, wenn wir unsere militärisch gute Situation ausnützen wollen. Die Entente ist moralisch schwächer als wir. Das ist unsere große Siegeschance. Aber wir können diese Chance nur ausnützen und den Zusammenbruch der feindlichen Moral durch politische Mittel nur herbeiführen, wenn bei uns volle Einigkeit besteht. Besonders wertvoll ist ein Kanzler, der nicht nur humane Gesinnung, sondern auch die suggestive Kraft hat, diese Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Denn, da wir, wie Staatssekretär von Kühlmann richtig gesagt hat, schon heute mit der öffentlichen Meinung des feindlichen Auslands in Verhandlung stehen, so wird die große Politik zu einer Kunst des Ausdrucks. Wir wünschen uns eine Regierung, die rein durch ihre führenden Persönlichkeiten die Kräfte der Versöhnung wahrhaft

Oberst Batz bespricht die Maßnahmen gegen die „Frankfurter Zeitung“ und teilt mit, daß den Beschwerden abgeholfen ist.

Ein nationalliberaler Vertreter wendet sich zu den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs von Kühlmann. Es sei nicht richtig, daß nur die rechts stehenden Blätter gegen den neuen Staatssekretär Stellung genommen hätten, auch ein liberales Blatt, wie die „Vossische Zeitung“, hätte mit unverkennbarer Deutlichkeit auf die politische Vergangenheit des Staatssekretärs hingewiesen und vor einer Orientierung nach englischer Seite mit Nachdruck gewarnt. In Anknüpfung an die gestrige Rede des Staatssekretärs, nach welcher nicht nur die Macht, sondern auch das Recht in der Vordergrund zu stellen sei, hebt der nationalliberale Vertreter hervor, daß England in seiner jahrhundertlangen Politik immer nur den Machtfaktorpunkt vertreten habe.

Bei Schluß des Blattes antwortet Staatssekretär von Kühlmann.

Vossische



Zeitung

Begründet

1764

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage „Zeitbilder“, jeden Donnerstag und Sonntag. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. 2.50 oder vierteljährlich M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Teuerungszuschlag 30%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co, Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Der Kanzler und die Mehrheitsresolution.

Neue englische Anstürme in Flandern gescheitert.

Reibung des Vossischen Telegraphen-Büros.

Berlin, 22. August, abends.

In Flandern haben sich die heute früh einsetzenden englischen Angriffe östlich von Ypern auf eine Front von 15 Kilometer ausgedehnt, sie sind unter schweren Verlusten für den Feind gescheitert.

Vor Verdun ruhte bisher der Infanteriekampf; das

die Höhe vor. Belle um Belle wurde zusammengeschossen, die Höhe blieb fest in deutscher Hand. Mehrere Versuche feindlicher Sturmtruppen, gegen Forges vorzustoßen, scheiterten blutig im Artilleriefeuer. Westlich der Maas wurden am Nachmittag alle wütenden französischen Angriffe gegen unsere Linien von unseren tapferen Verteidigern abgeschlagen. Bei diesen Angriffen blieben ganze französische Sturmhaufen im Feuer liegen. Die französischen Verluste in diesem Abschnitte sind ganz außer-

ordentlich. Auch nächste Angriffe der Franzosen wurden in erbitterten Nahkämpfen, teilweise schon im Feuer blutig zurückgewiesen.

An der Ostfront brachen russische Angriffe südlich des Trotus-Tales unter schweren Verlusten für den Feind zusammen. Dasselbe Schicksal erlitten drei starke feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Cosna nördlich Czoczsi, ebenfalls vier heftige Stürme gegen die Höhe 805 nördöstlich von Soveja.

Zusammenstoß im Hauptauschuß.

Die gestrige Beratung des Hauptauschusses des Reichstages über die auswärtige Politik hat zu einem unerwarteten Konflikt zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der Mehrheitsparteien geführt, die am 19. Juli die bekannte Friedensresolution im Plenum des Hauses zur Annahme gebracht hatten. Der Streit entbrannte infolge einer überaus scharfen Rede eines Zentrumsmitgliedes, das den Kanzler in Anbetracht der zahlreichen konservativen und alldeutschen Interpretierungsversuche seiner letzten Reichstagsrede vor die Frage stellte, ob er seine Zustimmung zu der Reichstagsresolution aufrecht erhalte.

Die erwähnten Versuche, eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Standpunkt des Reichskanzlers und der Reichstagsresolution zu konstruieren, haben vor allem die einschränkende Bemerkung des Reichskanzlers in seiner damaligen Rede zum Ausgangspunkt genommen, daß die von ihm erstrebten Ziele im Rahmen der Reichstagsresolution, „wie er sie versteht“, zu erreichen seien. Aus der gestrigen Kanzler-Erklärung geht hervor, daß der Zentrumsabgeordnete dem Reichskanzler den Vorwurf gemacht hat, er habe am 19. Juli die erwähnte Einfügung in seine Rede ohne Vorwissen der Mehrheitsparteien und im Gegensatz zu ihrer berechtigten Erwartung seiner vollen Zustimmung vorgenommen. Der Reichskanzler hat gestern diese Tatsache zugegeben. Er hat nach dem vorliegenden halbamtlichen Bericht von Schattierungen in der Auffassung der Kriegszielresolution gesprochen. Aus dem Bericht geht aber nicht unmittelbar hervor, welche Stelle seiner Erklärung den unmittelbaren und hauptsächlichsten Anlaß für die Erregung der Mehrheitsparteien gebildet hat.

Im Zusammenhang mit den darauf folgenden Ereignissen läßt sich aber erkennen, daß sich der Reichskanzler mit ziemlicher Deutlichkeit einer Festlegung auf die Reichstagsresolution entziehen wollte, wenn er auch vermeiden hat, eine der Entschiedenheit gegensätzliche Ueberzeugung auszusprechen. Nachher hat dann Dr. Michaelis, offenbar unter der Einwirkung persönlicher Unterredungen, die während der Verhandlungspause stattfanden, seinen Standpunkt abermals modifiziert. Er hat den Inhalt seiner Rede vom 19. Juli aufrecht erhalten, aber es geht aus dem Bericht nicht hervor, ob er auch den von den Mehrheitsparteien gewünschten Kommentar zu der Rede gegeben hat.

Insmerhin ist wenigstens für den Augenblick nach der zweiten Erklärung des Reichskanzlers und nach der darauffolgenden Erklärung des Abgeordneten Ebert im Namen der Mehrheitsparteien eine gewisse Beruhigung eingetreten. Daß die Angelegenheit damit zu Ende wäre, kann man nicht behaupten. Der Abgeordnete Ebert hat insbesondere betont, daß unter den Anhängern der Reichstagsresolution Schattierungen in der Auffassung dieser Kundgebung nicht bestehen. Wenn also der Reichskanzler — was ja noch nicht festgestellt ist — eine solche abweichende Schattierung für seine eigene Auffassung aufrecht erhält, so würde er damit aufhören, auf dem Boden der Resolution zu stehen. In Reichstagskreisen verläutet denn auch, daß vermutlich eine weitere Klärung der Angelegenheit angestrebt werden wird. In diesem Zusammen-

hang ist es erwähnenswert, daß die Führer der Reichstagsfraktionen gestern abend einer Einladung in das Reichskanzlerpalais gefolgt sind.

Die erste Kanzler-Erklärung.

Nach dem vorliegenden halbamtlichen Bericht hatte die erste Erklärung des Reichskanzlers folgenden Inhalt:

„Einer der Herren Vorredner hat bemängelt, daß ich in meiner Reichstagsrede vom 19. Juli bei der Bezugnahme auf die dem Reichstage vorgelegte Friedensresolution die Worte gebraucht habe: „wie ich sie auffasse“.

Ich erkenne ohne weiteres an, daß bei den Vorbesprechungen mit den Herren Fraktionsführern ein solcher Zusatz nicht ausdrücklich von mir erwähnt worden ist. Andererseits möchte ich feststellen, daß die von mir gebrauchte Wendung materiell meine Haltung zu der Resolution, wie ich sie in den erwähnten Vorbesprechungen zum Ausdruck gebracht habe, und wie sie aus den in meiner Reichstagsrede umschriebenen Friedenszielen hervorgeht, in keiner Weise widerspricht. Ueber die Ziele im einzelnen, die sich bei den Friedensverhandlungen im Rahmen der Resolution werden erreichen lassen, sind Schattierungen der Auffassung gewiß möglich, wie ich solche bei den Vorverhandlungen auch innerhalb der Mehrheitsparteien wahrgenommen zu haben glaube.“

Die zweite Erklärung des Kanzlers.

Nach einer Verhandlungspause führte Reichskanzler Dr. Michaelis aus: In meiner Erklärung von heute vormittag hat ein Abweichen von meinen Darlegungen in der Rede vom 19. vorigen Monats nicht ausgesprochen werden sollen; deren Inhalt halte ich aufrecht.

Daß ich die Absicht eines Abweichens nicht gehabt habe, geht aus der Tatsache hervor, daß ich bereits heute vormittag die Einladung zu Besprechungen habe ergehen lassen, die die von mir als erwünscht bezeichnete engste Fühlungnahme zwischen mir und dem Reichstag herstellen sollen, und zwar zunächst für die Verhandlungen über die Antwort, die der Kurie auf die Friedensnote des Papstes zu erteilen ist.

Diese Antwort kann nur getragen sein von dem Streben nach einem Frieden des Ausgleichs und der Verständigung, wie es in der Resolution des Reichstags vom 19. Juli seinen Ausdruck gefunden hat.

Die Stellungnahme der Mehrheit.

Hierauf gab im Auftrage der Mehrheitsparteien des 19. Juli Reichstagsabg. Ebert folgende Erklärung ab:

Die Vertreter der Parteien, die die Reichstagsklärung vom 19. Juli 1917 eingebracht haben, stellen fest:

1. In den Vorverhandlungen, die über die Resolution zwischen den Vertretern der beteiligten Parteien und dem Reichskanzler seiner Zeit stattgefunden haben, konnte nach den ausgetauschten Erklärungen keine derselben annehmen, daß der Reichskanzler sich nicht auf den Boden der Reichstagsentscheidung stellen würde;

2. Die Bemerkung des Reichskanzlers, daß innerhalb der Mehrheitsvertreter sachliche Differenzen über die Auffassung der Reso-

wurde für Landwirtschaft und Fischerei ein Erzeugungswert von vier Milliarden Mark roh und 2,9 Milliarden rein bei einer Zahl der Beschäftigten von 2,824.000 festgestellt. Zum Vergleich sei erwähnt, daß für das Jahr 1905 das Reichsamt des Innern die deutsche landwirtschaftliche Hervorbringung auf 15 Milliarden Mark Roh- und — einschließlich der Forstwirtschaft — auf 8 1/2 Milliarden Reinertrag schätzte. Da zur gleichen Zeit in beiden Ländern der Rohwert der gewerblichen Arbeit auf ungefähr 36 Milliarden angesetzt wurde, bestand die bereits vor mehr als einem Jahrzehnt erlangte wirtschaftliche Ueberlegenheit Deutschlands in den 11 Milliarden Mark, die es aus dem Boden mehr herauschlug.

Aber wo immer wir die Frage anschnitten, so tritt uns der vollständige Verfall der englischen Landwirtschaft entgegen. Noch von 1870 auf 1871 betrug das Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Grundbesitz Großbritanniens 56 Millionen Pfund Sterling, 1911 nur noch 42 Millionen. Indessen ist in Preußen von 1892 bis 1914 gewachsen die Zahl der Zensiten: von 1.025.942 auf 2.816.838 und ihr Einkommen von 1851 Millionen auf 5378 Millionen Mark. Dort ein Rückgang um mehr als 24 Prozent, hier ein Aufschwung um 300 Prozent. Wieviel koloniale und sonstige Abnehmer der englischen Industriewaren müssen aufgetrieben werden, um diese Schwächung des inneren Marktes, um diese Verringerung der Kaufkraft des flachen Landes auszugleichen! Deutschland hat, indem es seine Bevölkerung in fünfzig Jahren um nahezu dreißig Millionen erhöhte, der Hauptsache nach zu Hause „kolonisiert“. Seine Landwirtschaft machte dieselben Fortschritte wie seine Industrie. England lieh den einen Erwerbszweig verflümmern. Wohl weist man darauf hin, daß der Hektarertrag in England noch höher ist als in Deutschland. Doch wenn wir, Steinmann-Bucher folgend („Englands Niedergang“, Berlin, Leonhard Simions Nachfolger), die entsprechenden Zahlen beider Länder vergleichen, kommen wir zu seltsamen Schlussfolgerungen:

Hektarertrag (in 100 Kilogramm)

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafers	Kartoffeln
Deutschland (1914)	20,7	17,2	19,8	19,0	135,1
England und Wales	21,0	—	18,2	16,6	164,4
Irland (1913)	25,6	18,9	24,9	22,6	161,2

Danach würde an Hektarertrag England in den meisten, Irland in allen Fruchtarten selbst Deutschland weit übertreffen, und wie oft (erst jüngst von Theda, „Das wirtschaftliche Problem der modernen Industriestaaten“) sind diese Paradoxien zum Beweis der blühenden englischen Landwirtschaft vorgebracht worden! Wie steht es aber darum wirklich? Diese Frage beantwortet eindeutig folgende Zahlenzusammenstellung:

Anbau (in 1000 Hektar)

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafers	Kartoffeln
Deutschland	1996	6299	1582	4988	3386
England, Wales und Irland	702	24	701	1223	415

Gesamtertrag (in 1000 Tonnen)

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafers	Kartoffeln
Deutschland	3972	10.427	3138	9038	45.569
England, Wales und Irland	1481	5	1321	2226	6741

Das Geheimnis der englischen hohen Ackererträge liegt also lediglich darin, daß in Großbritannien und Irland nur der allerbeste Boden überhaupt unter den Pflug genommen wird. Es ist ein Trugspiel der Zahlen, wenn auf der einen Seite Durchschnittserträge des ganzen Landes mit dem Ausnahmisertrag bevorzugter Lagen auf der anderen Seite verglichen werden. Und steht die „grüne Insel“ Irland sogar noch über den britischen Ackererträgen, so darf man auch hier an kein Wunder glauben: es sind eben von acht Millionen Hektar der Gesamtfläche nur 700.000 bis 800.000 Hektar mit Getreide und Kartoffeln bebaut. Die Anbaufläche und selbst die Fortjungen gehen ständig zurück. Irland ist ein reines Viehwirtschaftsland geworden, seine Volkszahl ist in siebenzig Jahren um vier Millionen zurückgegangen — ein in Europa sonst beispielloser Fall —, dafür zählt es um anderthalb Millionen Schafe mehr als in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Dies für gibt jedoch gerade in Irland keine Entfaltung der Industrie. Sind doch 43 vom Hundert der Gesamtbevölkerung Landwirte, gegen 8,5 in England, 11,8 in Schottland und 35,2 in Deutschland. Das blühendste Gewerbe Irlands ist eben das Auswanderungsgewerbe. Es gehörte früher zum guten Ton jedes Englandreisenden, die „üppigen Rajen“ zu bewundern und — ohne freilich das feuchte Klima der britischen Inseln übertragen zu können — allen zur Nachahmung anzupfehlen. Allein so lang Gott nicht wieder auf den guten Einfall kommt, die Menschen mit Himmelsmanna zu nähren, müssen sie dem eigenen Boden abringen, was ihres Leibes Notdurft, oder über See gewaltige Gebiete unter politischer und wirtschaftlicher Gewalt halten, dabei das Meer beherrschen, um die Zufuhren zu sichern. Entweder Arbeit oder großgrundbesitzliche Jagdherlichkeit; dann aber auch erobernder Imperialismus und Seegewalt als Lebensgebot.

Und ist es Segen dem eigenen Lande? Weniger, der in seinem Buche „England“ (Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger) ergreifend schildert, wie nach der Schlacht bei Culloden die nord-schottischen Clanhauptlinge, von der englischen Re-

gierung gefördert, den alten Clangemeinschaft in ihr Eigen umwandeln und wie die Herzöge von Argyll und andere dabei Hunderttausende und Millionen von Morgen stahlen, sagt von dem heutigen Nordschottland, es könnte an Betriebsamkeit und Besiedelung der Schweiz, der es so sehr ähnelt, gleichen, und doch ist es eine Einöde, die menschenleere Wüstenei Europas. „Ganz vereinzelt, meilenweit voneinander entfernt, liegen kleine Ortschaften von wenigen Häusern, und die Grundbesitzer gestatten nicht, neue Häuser zu bauen. So sieht man am Loch Awe, einem See, dessen Gestalt und Umfang ungefähr dem Zürchersee gleicht, kein Haus, alles in allem liegen an ihm fünf winzige Dörfer. Selbst die Touristenwege werden (wie jetzt bei uns in den Alpen) immer mehr gesperrt, um nur ja die Jagd nicht zu schädigen. Dazwischen liegen die Viehweiden, die ein paar Hirten Unterhalt gewähren, eine Anzahl Hotels für die Sommergäste und die Schlösser der Adligen, die mit allem Luxus ausgestattet sind.“ In der Tat, wozu den Boden bebauen, wenn ein raubbeladener Beamter aus Indien oder ein Londoner Spekulant in südafrikanischen „Goldbars“ für eine Moorhuhnjagd oder für den Sommeraufenthalt in einem Hochlandsschloß mehr zahlt, als wogende Aehrenfelder je eintragen könnten? Schließlich machen die Renten den Glanz des Adels aus, nicht sein Verhältnis zur Volkswohlfahrt.

Es ist also doch wohl weniger der „Freihandel“ oder die „Natur“ als die derbe Umatur der Bodenbesitzverteilung, was das altfröhliche England Wadefields in Jagdgrund nach Indianerart verwandelt hat. Der Lloyd-George von einst hätte diesen Akt bedenklos zugestimmt, er, der als Kulturachiwirler dieser Zustände auf dem Lande in seiner früher erwähnten Rede sagte: „Der Staat hat seit sehr langer Zeit für unsere Wege überhaupt nichts getan. Ich glaube, außerhalb Londons ist seit achtzig Jahren keine Landstraße gebaut worden. Wir haben keine Zentralbehörde für Straßen und Wegbau... Die große Nordstraße von London nach Carlisle, die berühmteste Heerstraße der englischen Geschichte, untersteht nicht weniger als 72 Behörden, von denen 46 für ihre Erhaltung auskommen.“ Heute jedoch will Lloyd-George im Handumdrehen eine Million Morgen mehr beackert haben! Ist das wahr — alle Achtung, obwohl es natürlich immer bloß nur einem Bruchteil Leben und Nahrung sichern würde. Allein man darf an der Genauigkeit der Zahlen noch ein wenig zweifeln. Schon vor zwölf Jahren bemerkte Schulze-Gänerich in seinem berühmten Buche über den englischen Imperialismus, die Befestigung des südafrikanischen und des australischen Busches durch die Pflanzung von Weiden sollte deshalb nicht recht gelingen, weil es an ländlichen Ansiedlern aus England fehle, die städtischen aber auch in Uebersee am liebsten in den Städten sich sammendrängen. Menschenmangel nötigt zu extensiver Landwirtschaft und Landwirtschaft in extensiver Form sei eben die Schafzucht. So sei Australien ein Land geworden der Schafzucht und der großen Städte. Und auch in England selbst herrscht das Schaf unter allen Tiergattungen vor: ein Schaf auf zwei Menschen gegen bloß ein Schwein auf dreizehn Menschen.

Wie sollen da mit einemmal, während überdies drei Millionen Engländer auf den französischen Schlachtfeldern stehen, die Hände hergelassen sein, eine Million Morgen mehr wirklich zu bestellen? Ein Wunder — glaubt es nur! Und doch kein Wunder, wenn es auch recht wunderbar ist, wie sich die Linien der Ausfuhr und der Einfuhr im Kriege entwickelt haben. Die Ausfuhr betrug 1913 10.715 Milliarden Mark, 1915 7696 Milliarden Mark, 1916 10.130 Milliarden Mark; die Einfuhr jedoch 1913 13.446 Milliarden Mark, 1915 17.036 Milliarden Mark, 1916 18.982 Milliarden Mark. Da sich indessen die Ausfuhr der Vereinigten Staaten im gleichen Zeitraum von 10.199 Milliarden Mark auf 21.844 Milliarden Mark gehoben hat, wobei sich Farmer, Viehzüchter und Eisenruß in die Gewinne teilen, so lehnen die Zahlen deutlich, wie sich Englands und der übrigen Verbandsstaaten Abhängigkeit von Amerika mehr als verdoppelt hat. Indes läßt Lloyd-George, der einst so beweglich über die Verödung der englischen Fluren klagte, deren mögliche Behauer mit ihrem Fleisch und Knochen Nordfrankreichs Boden düngen.

K. L.

Der klagende Lloyd-George und der frohlockende Lloyd-George.

Es war vor acht Jahren, am 20. April 1909, Lloyd-George vernichtete noch nicht den preussischen Militarismus, sondern den „vergiftenden Einfluß“ der Bierbrauer und Wiskyfabrikanten; er verhöhte noch nicht den deutschen Widerstand in Flandern, sondern den Lord Rothchild und die übrigen Peers, die nicht gern Steuern zahlen mochten. Damals sprach er die betrieblen Worte: „Wer England von Nord bis Süd, von Ost bis West durchkreuzt und wieder durchkreuzt hat, muß bestürzt gewesen sein, wahrzunehmen, daß so viel Brache und Verwilderung auf einer so eng bevölkerten kleinen Insel möglich ist. Millionen Acres sind unbepflanzter und unfruchtbarer Boden, gewähren weniger Menschen ein Auskommen als vor tausend Jahren — Acker, die auf dem Kontinent mit Fruchtbaumen bepflanzt und auf einen noch höheren Stand des Anbaues gebracht würden...“ Er kommt dann auf die Wiederbewaldung von Odland zu sprechen und weist auf Deutschland hin, wo von insgesamt 133 Millionen Morgen Land 34 Millionen bewaldet seien; dagegen befänden sich im Vereinigten Königreich von 77 Millionen Morgen bloß drei Millionen oder vier Prozent unter Wald. Nach dem besten „Sachkenner“ (Maxwell) liefere die Verwaltung, Erhaltung und Neupflanzung der deutschen Wälder einer Million Seelen, die Bearbeitung der von den Wäldern gelieferten Rohstoffe etwa drei Millionen Seelen den Unterhalt... Vor drei Tagen aber redete Lloyd-George ganz anders: „Die Anbaufläche ist um eine Million Acres größer als früher. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß nach der Ernte die Nahrungsmittelverhältnisse durchaus befriedigend sein werden.“

Also befände sich England vielleicht gar, dank dem Kriege und seinen entvölkernden Wirkungen, auf dem Rückweg zum selbstbefriedigenden Ackerbaustaat? Wer hat recht, der über Englands Verwüstung klagende oder der über Englands Neuergrünen frohlockende Lloyd-George? Die Ursache des Niederganges der englischen Landwirtschaft erkannte Lloyd-George wie Marx und wie neuerdings Eduard Meyer im Landraub und Landkauf der Großen; 1883 waren in Großbritannien von einer Landfläche von 77 Millionen Acres 40 Millionen im Besitz von 2500 Personen. Andere machen andere Gründe verantwortlich. Steinmann-Bucher in seinem neuesten Buche „Englands Niedergang“ spricht von einer „Aufsorption“ der Landwirtschaft durch den Freihandel, und der Geograph Dove bezeichnet das feuchte Klima der Insel als für den Körnerbau ungünstig. Indes ist doch zweifellos Englands Klima Balkenklima und dennoch sind seine Waldbestände ebenso verflümmert wie sein Ackerboden. Dieses Schwinden des Pfluglandes ist eine Sache der letzten siebenzig Jahre. Noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vermochte der englische Boden die Menschen zu nähren, die er trug. 1839 konnte List in seinem „Nationalen System“ die landwirtschaftliche Gütererzeugung mit zehn Millionen Mark schätzen und nach der amtlichen Produktionsstatistik vom Jahre 1907